

Marxistische Studien

Neue Technik — soziale Alternativen
Umweltpolitik
Charakter der Produktivkraftentwicklung
Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft
Politisches Klassenbewußtsein — DKP-Studie
Lebensweise — Vereine — Kultur
Internationale ökonomische Arbeitsteilung
Krisendebatte
Monopolgruppen und Staat
Der „junge Marx“ in bürgerlicher Sicht
Neue Engels-Dokumente

Jahrbuch des IMSF 3

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 3/1980

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Beirat:

Heinz Jürgen Axt, Hermann Bömer,
Christoph Butterwegge, Edgar Gärtner,
Bernd Greiner, Bernd Güther,
Johanna Hund, Mechtild Jansen,
Steffen Lehndorff, Bernd Moldenhauer,
Hartmut Obens, Christine Preiß,
Jan Prieue, Witich Roßmann,
Walter Simon, Angelina Sörgel,
Kurt Steinhaus, Harald Werner

Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Marxistische Studien

Neue Technik — soziale Alternativen

Umweltpolitik

Charakter der Produktivkraftentwicklung

Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft

Politisches Klassenbewußtsein — DKP-Studie

Lebensweise — Vereine — Kultur

Internationale ökonomische Arbeitsteilung

Krisendebatte

Monopolgruppen und Staat

Der „junge Marx“ in bürgerlicher Sicht

Neue Engels-Dokumente

Jahrbuch des IMSF 3

3/1980

© by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF).
6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher
Genehmigung des IMSF gestattet.
Gesamtherstellung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda

ISSN 0171-3698

Inhalt

Vorwort	7
Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts	
<i>André Leisewitz</i> , Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen. Ergebnisse und Probleme einer Tagung des IMSF	13
<i>Edgar Gärtner</i> , Zur Diskussion über ein ökologisches Gesamtkonzept in der BRD ...	26
<i>Frigga Haug</i> , Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Qualifikationsentwicklung	43
<i>Lothar Peter</i> , Produktivkraftentwicklung, Automation und gesellschaftliche Veränderung. Bemerkungen zur Polemik von Frigga Haug	59
<i>Klaus Priester</i> , Humanisierung oder Rationalisierung? Zum Forschungsprogramm „Humanisierung der Arbeit“ in der BRD	66
Gewerkschaftstheorie	
<i>Georg Fülberth</i> , Zur historischen Entwicklung der marxistischen Gewerkschaftstheorie	87
<i>Gert Hautsch/Klaus Pickshaus</i> , Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft. Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute	98
<i>Witich Roßmann</i> , Marxistische Gewerkschaftstheorie. Bericht über ein Seminar des IMSF	118
Lebensweise, Kultur, Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse	
<i>Dirk Hünisch</i> , Entwicklungsbedingungen und Faktoren politischen Klassenbewußtseins. Ergebnisse einer empirischen Studie über junge Mitglieder in der DKP	127
<i>Kaspar Maase</i> , Zwischen „Verbürgerlichung“ und „Klasse für sich“. Ansätze zur Untersuchung von Lebensweise und Kultur der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik ...	149
<i>Friedhelm Kröll</i> , Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse. Ein Literaturbericht zur Vereinsforschung in der Bundesrepublik	172
Politische Ökonomie: Analyse und Kritik	
<i>Dieter Boris/Rainer Falk</i> , Modernisierung und internationale Arbeitsteilung. Staatsmonopolistische Struktur- und Modernisierungspolitik und fortschreitender Internationalisierungsprozeß	191

<i>Wilma Albrecht</i> , Zum Investitionsmechanismus staatsmonopolistischer Regionalpolitik in der BRD	219
<i>Jörg Goldberg</i> , Neue ökonomische Krisentendenzen im Kapitalismus. Ein Literaturbericht	239
<i>Christoph Butterwegge</i> , Monopolgruppen und Staat	258
Marx-Engels-Forschung	
<i>Winfried Schwarz</i> , Der „junge Marx“ in der Literatur 1975—1980: Bericht über veränderte Interpretationstendenzen in der Bundesrepublik	271
<i>Erich Kundel/Alexander Malysch</i> , Wissenschaftliche Ergebnisse und methodologische Erfahrungen aus der MEGA-Arbeit	297
<i>Michael Knieriem</i> , Die Brüder Ermen in Manchester	312
<i>Richard Kumpf</i> , Militärdienst und Studienabsichten des jungen Engels	321
Neue Engels-Dokumente	327
Bericht	
<i>Johannes Henrich von Heiseler</i> , Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus und Sozialismus. Bericht über ein Seminar des IGLM, Warschau, und des IMSF	330
Forschungseinrichtungen in der BRD	
<i>Angelina Sörgel</i> , Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik und Westberlin	341
Marxistische Forschungseinrichtungen im Ausland	
<i>Wolfgang Arlt</i> , Das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (IML)	358
<i>Roger Martelli</i> , Das Institut für Marxistische Studien (I.M.R.), Paris	368
<i>Tibor Halay</i> , Das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP, Budapest	373
<i>J. Emeljanow</i> , Das Institut für Internationale Arbeiterbewegung (IMRD), Moskau ..	380
IMSF-1980: Publikationen und Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen des IMSF	386
Autoren dieses Bandes	390
Zusammenfassungen zu den Beiträgen IMSF-Jb 3 1980	392

Vorwort

Nach Leser Anregungen halten es Redaktion und Beirat des Jahrbuchs für zweckmäßig, jeden Band mit einem *umfangreicheren Vorwort* einzuleiten. Es soll wie bisher die Mitteilungen des Herausgebers und der Redaktion enthalten. Gleichzeitig sollen aber Schwerpunkte, Rubriken und Einzelbeiträge im Kontext ihrer Planung, ihrer Entstehung, ihres Diskussionszusammenhangs und ihrer Intention kurz vorgestellt werden. Dies wird, wie wir hoffen, dem Leser eine schnellere und bessere Orientierung in der thematischen Vielfalt der Bände ermöglichen. Diesem Zweck sollen auch die *Zusammenfassungen* der Beiträge am Ende des Bandes dienen. Nur für Tagungsberichte, Institutsvorstellungen u. dgl. wird auf Zusammenfassungen verzichtet, da sich der Gegenstand eindeutig aus der Überschrift ergibt. Neben der schnellen Information des Lesers sollen die Zusammenfassungen auch Archivzwecken dienen.

Mit dem Auslaufen der zweiten Jahrbuch-Periode erfolgt eine teilweise *Umbesetzung und Erweiterung des Beirates*. Peter Marwedel scheidet aus beruflichen Gründen aus; ebenfalls Kaspar Maase, der inzwischen in einen engeren Arbeitszusammenhang mit dem IMSF getreten ist, an der Redaktion des vorliegenden Bandes 3/1980 mitgewirkt hat und ab Band 4/1981 der Redaktion beitreten soll. Beiden Kollegen sei für die bisherige Mitarbeit gedankt.

Neu in den Beirat berufen wurden Edgar Gärtner (z. Z. Luxeuil les Bains; Frankreich), Bernd Greiner (Marburg), Mechtild Jansen (Köln), Steffen Lehdorff (Köln), Christine Preiß (München) und Jan Priewe (Bielefeld).

Die aktuellen Entwicklungen in Wissenschaft und Technik, ihre Auswirkungen auf Arbeit und soziale Lebensbedingungen sind gegenwärtig Ausgangspunkt bedeutsamer sozialer Bewegungen und theoretischer Reflexionsbemühungen. Sie reichen von der Auseinandersetzung der Gewerkschaftsbewegung mit kapitalistisch angewandter neuer Technik bis zu „grünen“ und „alternativen“ Protesten, sie fordern die marxistische Theorie der Produktivkraftentwicklung ebenso heraus, wie sie nach konkreten, von technologischen und sozialen Erkenntnissen getragenen Alternativvorschlägen im Arbeiterinteresse verlangen. Wir führen in diesem Jahrbuch den Diskussionsstrang fort, der im vorigen Band mit Überlegungen zum Problem „Arbeiterbewegung und Neue Technik“ begonnen wurde.

André Leisewitz faßt Ergebnisse und Anstöße der IMSF-Tagung „*Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen*“ zusammen. Das Spektrum der Fragen reicht von den gegenwärtigen Grundlinien wissenschaftlich-technischer Entwicklung über Fragen der Umweltkrise bis zum Problembereich Ressourcenverknappung und Wachstum. Erkennbar werden gemeinsame Positionen von marxistischen Natur-, Technik- und Sozialwissenschaftlern; vor allem ergibt sich ein Katalog für weitergehende Forschungen, die aktuelle Entwicklungen erfassen und alternative Klassenstrategien der Arbeiterbewegung fundieren können.

In der Umweltpolitik tritt die sozialliberale Regierung mit dem Anspruch auf ein ökologisches Gesamtkonzept auf. Edgar Gärtner weist in seinem Beitrag nach, daß die Programme der Bundesregierung weiterhin den Monopolen die Selbstreinigungskräfte der Natur sichern wollen, statt mit dem Verursacherprinzip Ernst zu machen und den Anspruch der Bevölkerung auf Gesundheit und Nutzung der natürlichen Umwelt obenan zu

stellen. Elemente einer antimonopolistischen Umweltstrategie seien in der gewerkschaftlichen Diskussion und vom BBU entwickelt worden.

An kritische Überlegungen *Lothar Peters* im vorigen Jahrbuch knüpft die Auseinandersetzung zwischen *Frigga Haug* und ihm an. Im Zentrum steht die Frage, ob und in welchem Sinn die gegenwärtige Etappe der Produktivkraftentwicklung als „revolutionär“ zu bezeichnen ist. *Haug* bejaht dies; nur so sei die tiefgreifende Umwälzung in Verbindung mit der Automation zu erfassen und von arbeitsorientierter Wissenschaft als Komplex neuer Kampffelder der Arbeiterbewegung zu analysieren. Ein Ausschnitt aus einer empirischen Studie über Meßwartentätigkeit soll die neuen Herausforderungen für Kapital und Arbeiter veranschaulichen.

Peter schlägt vor, unter unseren Bedingungen von „kapitalistisch bestimmtem wissenschaftlich-technischem Fortschritt“ zu sprechen; diese Begrifflichkeit sei offen für die zukünftig sehr langwierige und komplizierte Entwicklung des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und ihren kapitalistischen Aneignungsformen. Den wesentlichen Differenzpunkt sieht *Peter* in der Frage, ob die gegenwärtig konkreten Erscheinungsformen der Produktivkräfte im Kapitalismus als revolutionär bezeichnet werden könnten; wer dies, wie *Frigga Haug*, bejahe, getate in Gefahr, das Handeln der Klassen nur als zweitrangig zu erfassen.

Ein Feld solcher Klassenauseinandersetzung, in dem auf Folgen des kapitalistisch bestimmten technischen Fortschritts reagiert wird, ist bezeichnet mit der Forderung nach Humanisierung der Arbeitswelt. *Klaus Priester* untersucht, was das von der Bundesregierung seit 1974 geförderte Forschungsprogramm erbracht hat. Das Ergebnis seiner Analyse: Getrieben wird vorwiegend Rationalisierungsforschung; damit es wirklich zu einer sicheren Verbesserung der Arbeitsbedingungen kommt, müssen die Schwerpunkte des Forschungsprogramms anders gesetzt und vor allem wirksame gewerkschaftliche Mitbestimmung erkämpft werden.

Unter der Rubrik „*Gewerkschaftstheorie*“ sind Beiträge eines IMSF-Seminars veröffentlicht, das im Februar 1980 stattfand. Es sollte in erster Linie der Selbstverständigung von auf diesem Gebiet wissenschaftlich arbeitenden Marxisten dienen und Positionen für zentrale Problemkomplexe herausarbeiten. Zum einen war dabei Fragen nachzugehen, die in der jüngsten polemischen Diskussion um die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung für Deutschland bzw. die BRD aufgeworfen worden waren. Zum anderen galt es, an jene fortgeschrittene Problementwicklung anzuknüpfen, die *Frank Deppe* in seinem jüngsten Buch „*Autonomie und Anpassung*“ (Marburg 1979) präsentiert hat. Das Seminar hat damit Fragen auf einer theoretisch-analytischen Ebene aufgegriffen, die auch in der Tagespolitik von zentraler Bedeutung sind.

In seinem überarbeiteten Referat geht *Georg Fülberth* den Ansätzen marxistischer Gewerkschaftstheorie bei Marx und Engels und ihrer Entwicklung in der Folgezeit nach. Dabei stehen Fragen der Strategiefähigkeit der Gewerkschaften, des Verhältnisses von Spontaneität und Bewußtheit, von Partialerfahrung und Verallgemeinerung im Mittelpunkt. *Fülberth* zeigt, wie sich mit dem Übergang zum Imperialismus und besonders zugespitzt nach dem ersten Weltkrieg die Notwendigkeit einer Konkretisierung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft ergibt — gibt es nun doch nicht mehr nur eine Arbeiterpartei. Ferner erweist sich der Integrationismus nicht als nur vorübergehendes Phänomen. Die Fehler der Gewerkschaftspolitik der KPD führt er für die Weimarer Republik u. a. darauf zurück, daß Lenins Hinweis nicht konsequent genug beachtet worden sei, daß un-

ter Bedingungen parteipolitischer Spaltung der Arbeiterbewegung dem Kampf um die Einheitsgewerkschaft zentrale Bedeutung zukomme.

Gert Hautsch und *Klaus Pickshaus* versuchen in ihrem für das Jahrbuch überarbeiteten Referat eine inhaltliche Bestimmung des Begriffs gewerkschaftlicher Autonomie heute. Dabei ist nach ihrer Ansicht auszugehen von der Existenz des SMK, der Spaltung der Arbeiterbewegung, relativ starkem bürgerlichem Einfluß in der Arbeiterklasse, dem Übergewicht der integrationistischen Strömung in den politischen Formationen der Sozialdemokratie. Sie knüpfen in ihrer Bestimmung (Einfluß als Gegenmachtpositionen auf jeweils konkret historischem Niveau, Fassung von Arbeiterinteressen auf der Grundlage der Vergesellschaftungstendenz usw.) an die Positionen von *Frank Deppe* an, halten es jedoch für zweckmäßig, Klassenautonomie vom Standpunkt der gesamten Klassenbewegung zu erfassen, was die Wechselwirkung politischer und gewerkschaftlicher Organisationen einschließt. Sie entwickeln den wichtigen Gedanken, daß im gewerkschaftlichen Bereich Klasseninteressen der Arbeiter unmittelbarer, an der Konfrontation mit dem Kapital orientiert, relativ elementar und spontan wirksam werden und nach vereinheitlichendem Ausdruck drängen. Es sind somit selbst in einer stark sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaft andere Mechanismen der Politikbestimmung wirksam als in einer entsprechenden politischen Partei. *Witich Roßman* referiert in seinem Bericht neben den wichtigsten Aussagen der Seminardiskussion auch die Grundzüge des Vortrages von *Frank Deppe*.

Forschungen zur Bewußtseinsentwicklung in der Arbeiterklasse bilden einen Schwerpunkt in der Arbeit des IMSF. Die Reihe der Veröffentlichungen in den beiden ersten Jahrbüchern wird fortgesetzt mit Ergebnissen einer empirischen Studie über junge Mitglieder in der DKP, die *Dirk Hänisch* ausgewertet hat. Die politische Sozialisation im Elternhaus, vor allem aber die Diskussion im Freundes- und Bekanntenkreis erweisen sich als erstrangige Faktoren für die Ausbildung politischen Klassenbewußtseins, das zur Organisierung in der kommunistischen Partei motiviert.

Anknüpfend an verschiedene Stränge der gegenwärtigen Forschung zu alltäglicher Lebensweise und Kultur der Arbeiter, werden Fragen des Bewußtseins und des Handlungspotentials der Lohnarbeiter in zwei weiteren Beiträgen unter kulturtheoretischem Blickwinkel behandelt. *Kaspar Maase* diskutiert verschiedene Positionen zum Problem einer Verbürgerlichung der Lebensweise der Arbeiter in der Bundesrepublik. Da der Privatismus, die isoliert-individualistische Auffassung von Problemen und Erfahrungen im privaten Lebensbereich, die bürgerliche Hegemonie in der Lebensweise stütze, komme der Entwicklung neuer Formen von Arbeiteröffentlichkeit entscheidende Bedeutung zu. Die historischen Vorbilder der Arbeiterbewegungskultur könnten hier und heute allerdings nicht nachgeahmt werden.

Friedhelm Kröll gibt einen Literaturbericht zur Vereinsforschung in der Bundesrepublik. Er findet Anhaltspunkte für seine These: Die Aktivität von Arbeitern in Vereinen wird von herrschender Seite den Zielen der Integration und der Versäulung bürgerlicher Herrschaft im Alltag untergeordnet; sie enthält aber zugleich Momente der Selbsttätigkeit, der Kommunikation und sozialer Verantwortlichkeit, die gegen privatistische Tendenzen in der Lebensweise entwickelt werden können.

In der Rubrik „*Politische Ökonomie: Analyse und Kritik*“ werden verschiedene Diskussionsstränge vergangener Jahrbücher fortgeführt. Den ersten Teil bilden mit den Beiträ-

gen von *Dieter Boris/Rainer Falk* und *Wilma Albrecht* Realanalysen von Grundprozessen des SMK der BRD.

Dieter Boris und *Rainer Falk* untersuchen die Wechselwirkung von staatsmonopolistisch gesteuerter Strukturveränderung — für die sozialliberale Struktur- und Modernisierungspolitik programmatisch formuliert von *Volker Hauff* — und internationaler Arbeitsteilung. Dabei geht es ihnen vor allem um die Beziehungen BRD—Dritte Welt. In der Analyse der Fakten stellen die Autoren die Hauptstränge westdeutscher Außenexpansion dar: Internationalisierung der Monopole, Außenhandel, Direktinvestitionen, Auslandsproduktion, Ausländerbeschäftigung. Sie stellen fest, daß die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung seit Beginn der 70er Jahre nicht nur durch die wachsende Macht der Rohstofflieferanten — und hier besonders die OPEC —, sondern ebenso durch höhere Industrialisierungsstufen eines Blocks von Entwicklungsländern gekennzeichnet ist. Implizit verfechten die Autoren die These, daß die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung zur Hauptschubkraft der Entwicklung des SMK der BRD geworden ist (Strukturpolitik) und zum anderen über diese Formen der Reaktion und Anpassung die aktive Beeinflussung der internationalen Verhältnisse im Interesse des westdeutschen Großkapitals erfolgt.

Im Beitrag von *Wilma Albrecht* geht es um die Regionalpolitik als eine Form staatsmonopolistischer Strukturpolitik. In Verfolgung von Ansätzen, die *Hermann Bömer* im Jahrbuch 2/1979 entwickelt hat, behandelt die Autorin besonders den Investitionsmechanismus und die staatsmonopolistische Investitionssteuerung als Haupthebel der Regionalpolitik. Die entsprechenden Programme werden in Umfang, Wirkung, Relevanz dargestellt. Angesichts der realen Entwicklung erweist sich die Selbstdarstellung dieser staatsmonopolistischen Aktivitäten als Gestaltungsfunktion weitgehend als Propaganda.

In den folgenden Beiträgen von *Jörg Goldberg* und *Christoph Butterwege* stehen theoretische und ideologiekritische Aspekte im Vordergrund. *Jörg Goldberg* unterzieht in seinem Literaturbericht die Krisenerklärungen in einer Reihe von neueren BRD-Publikationen, die mit linkem Anspruch — z. T. mit marxistischer Orientierung — auftreten, einer kritischen Analyse. In vieler Hinsicht kann er an seine Veröffentlichungen in den vorhergehenden Jahrbüchern anknüpfen. Praktische Bedeutung erhalten derartige Untersuchungen gerade deshalb, da inzwischen die Diskussion um die Alternativmemoranden auch eine theoretische Ebene erreicht hat, auf der es um Monopol-, Krisen- und Staatsbegriff geht. *Goldberg* geht systematisch vor und stellt den Standpunkt der Autoren jeweils zu zentralen Gebieten dar. Die Hauptaufmerksamkeit widmet *Goldberg* Autoren bzw. Autorengruppen wie *Altwater/Hoffmann/Semmler*, *Werner Glastetter*, *Müller/Rödel/Sabel/Stille/Vogt*, *SOST*, *Karl Georg Zinn*.

Christoph Butterwege möchte mit seinem Beitrag die Untersuchung und Diskussion der Monopolgruppenkonzeption beleben und hält besonders die monopolistische Konkurrenz bzw. den realen Einfluß von Monopolgruppen auf den Staat für die zentrale analytische Achse, um zu einem konkreteren Verständnis der Prozesse im SMK gelangen zu können. Dabei rezipiert er vor allem frühere und aktuelle Diskussionen der Wirtschaftshistoriker der DDR.

Das vorliegende Jahrbuch erscheint wieder mit der Abteilung „*Marx-Engels-Forschung*“. Mit bescheidenen Mitteln soll damit ein Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung des Lebens und Werkes der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus geleistet und deren aktuelle Wirkung in der BRD untersucht werden. Es zeigt sich, daß dabei nicht

nur die Unterstützung der internationalen Marx-Engels-Forschung — wie etwa mit dem Beitrag von *Erich Kundel* und *Alexander Malysch* — gewonnen werden kann, sondern auch Engels-Forscher der BRD wie *Michael Knieriem* oder *Richard Kumpfan* der Beteiligung interessiert werden können. Angesichts des baldigen 100. Todestages von Karl Marx am 14. 3. 1983 gewinnt die Entwicklung dieser Abteilung für das IMSF besondere Bedeutung.

Winfried Schwarz hat die 1975—1980 in der BRD erschienene Literatur westdeutscher Autoren über den jungen Marx (bis 1844/45) zum Gegenstand seiner Untersuchung gemacht. Er geht der Frage nach, welche Veränderungen sich in der bürgerlichen Marx-Interpretation mit dem Wirksamwerden der Linkstendenzen in der jungen Intelligenz und der immer stärkeren Präsenz der Marx-Engels-Forschung sozialistischer Länder vollzogen haben. Das Ausspielen des „humanistischen Entfremdungsphilosophen“ gegen den reifen Marx ist dabei passé. Eine Reihe von Autoren ignoriert die Entwicklung von Marx zum Materialisten in der genannten Periode und erfaßt ihn ungeschichtlich bzw. retrospektiv durch die ‚Brille der politischen Ökonomie‘.

Erich Kundel und *Alexander Malysch*, Leiter der Marx-Engels-Abteilung der IML in Berlin und Moskau und Sekretäre der MEGA-Redaktionskommission geben über die Arbeit an dieser fundamentalen Marx-Engels-Edition nach dem Erscheinen von 11 MEGA-Bänden einen Zwischenbericht. Der Leser erhält nicht nur einen informativen Überblick über die Struktur der MEGA, die Editionsprinzipien usw., sondern auch über einige interessante Aspekte des Marx'-Engelsschen Werkes, die sich mit neuen Dokumenten erschlossen haben.

Dem 160. Geburtstag von Friedrich Engels am 28. 11. 1980 sind die Engels-Studien von *Richard Kumpf* und *Michael Knieriem* gewidmet. Es ist erfreulich, daß in diesem Zusammenhang auch bisher nur wenig oder nur einem engen Leserkreis bekannte Engels-Dokumente publiziert werden können. *Kumpf* untersucht, wie F. Engels gegen die Interessen des Vaters, seine Absicht, ein Universitätsstudium zu absolvieren, zu verwirklichen suchte. Die Studie von *Knieriem* beschäftigt sich mit der Familie Ermen, in Manchester Teilhaber der Firma „Ermen & Engels“. Dadurch bedingt, gab es über zwanzig Jahre einen engen Kontakt von F. Engels zu dieser Familie. Aus den dargelegten Fakten erschließen sich somit zusätzliche Einsichten in die Biographie von Friedrich Engels.

Ein weiterer Block von Beiträgen dient der *Information über wissenschaftliche Einrichtungen und Forschungsrichtungen* in Europa. *J. H. von Heiseler* berichtet über ein Seminar, das das IMSF mit dem polnischen „Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus beim ZK der PVAP“ durchgeführt hat; Thema: Widersprüche und Konflikte in Kapitalismus und Sozialismus. *Angelina Sörgel* analysiert die Arbeit der wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Bundesrepublik; neben einer Übersicht über die Hauptrichtungen ihrer Arbeit werden auch die Positionen im Spektrum wirtschaftspolitischer Theorien deutlich gemacht.

Vier marxistische Forschungseinrichtungen im Ausland stellen ihre Entwicklung und die gegenwärtigen Hauptprojekte dar: Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) aus Berlin, das neugegründete Institut für Marxistische Studien (IMR) aus Paris, das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP aus Budapest und das Institut für Internationale Arbeiterbewegung (IMRD) aus Moskau.

Zum Ende dieses Vorworts und unserer Einführung in die Texte des vorliegenden Bandes möchten wir mitteilen, daß die Beiträge in „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF

4/1981" durch den Schwerpunkt und das Generalthema *Der Staat und das politische System im SMK der BRD* bestimmt sein werden.

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Frankfurt am Main, Juni 1980

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen

Ergebnisse und Probleme einer Tagung des IMSF

André Leisewitz

1. Entwicklungsrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner gesellschaftlichen Anwendung — 2. Marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus — 3. Kritik bürgerlicher Wissenschafts- und Technikideologie — 4. Ressourcenverknappung, ökonomisches Wachstum und technischer Wandel — 5. Ökologie und Umweltkrise in der Bundesrepublik — 6. Schlußfolgerungen, Probleme.

Das IMSF führte am 29./30. März 1980 in Frankfurt/M. eine Tagung „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen“ durch. Ziel war eine erste Bestandsaufnahme der Diskussion unter marxistischen Wissenschaftlern der Bundesrepublik über

- Grundprozesse der gegenwärtigen und zukünftigen Wissenschafts- und Technikentwicklung,
- marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus,
- bürgerliche Auffassungen zum Verhältnis von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft,
- Ressourcenverknappung und Wachstumsproblematik sowie
- Ökologie und Umweltkrise in der Bundesrepublik.

Beabsichtigt waren sowohl Selbstverständigung wie Problemschau, Diskussion theoretischer Ansätze wie Verallgemeinerung des gegenwärtigen Informationsstandes. Es wurden Vorträge und Korreferate gehalten, an die sich eine allgemeine Diskussion anschloß. An der Tagung nahmen 250 Wissenschaftler unterschiedlicher gesellschafts-, natur- und technikwissenschaftlicher Richtungen sowie Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung teil. Sie konnten an die Konferenz „Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe“ (März 1979) anknüpfen, die Problemen der neuen Technik auf der betrieblichen Ebene und den Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Gegenwehr gewidmet war.

Vorträge, Korreferate und die Materialien der Tagung sowie Berichte über die Diskussionen erscheinen als gesonderte Publikation.¹ Daher werden hier nur die wichtigsten Ergebnisse referiert sowie einige Probleme benannt, die sich aus der Diskussion ergeben haben.

¹ Technik — Umwelt — Zukunft. Eine marxistische Diskussion über Technologieentwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die „Grünen“. Materialien der Tagung „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen“, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 29./30. März 1980 in Frankfurt am Main, Frankfurt/M., Verlag Marxistische Blätter, 1980.

1. Entwicklungsrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner gesellschaftlichen Anwendung

Vortrag von A. Leisewitz (IMSF), Korreferat von *Bernhelm Booß* (Bielefeld, z. Zt. Universität Roskilde).

Der *einleitende Vortrag* ging von drei Fragestellungen aus. Erstens: Welche Hauptentwicklungsrichtungen in Wissenschaft und Technik sind gegenwärtig unter dem Gesichtspunkt ihrer zukünftigen praktischen Nutzung zu konstatieren? Zweitens: Worin bestehen die zentralen Entwicklungstendenzen des gesellschaftlichen Produktivkraftsystems? Drittens: Welchen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen kommt für die Umgestaltung des Produktivkraftsystems eine Schlüsselfunktion zu?

Als Hauptrichtungen der modernen Wissenschafts- und Technikentwicklung wurden angesehen: Energieforschung, insbesondere Plasma- und Fusionsforschung; Elektronik (Halbleitertechnologie und Quantenelektronik); Biotechnologie. Die Gemeinsamkeit der genannten Richtungen besteht in der Erforschung von Prozessen und Gesetzmäßigkeiten auf der molekularen und atomaren Strukturebene, für die die Entwicklung der Quantenmechanik die theoretischen Voraussetzungen geschaffen hat. Eingehender dargestellt wurden Fusionsforschung, Lasertechnologie, Elektronik und Halbleitertechnologie sowie biotechnologische Verfahren und Gen-Technik.

Hinsichtlich der Entwicklung des modernen Produktivkraftsystems wurde als „eigentlicher Kern der wissenschaftlich-technischen Revolution“ die breite Einführung „logischer Maschinen“ bezeichnet, die logische Steuerungsfunktionen des Maschinen- und Anlagensystems übernehmen. Die Einführung solcher maschineller Einrichtungen zur Aufnahme, programmierten Verarbeitung und Umsetzung von Informationen in Steuerungsbefehle sei Voraussetzung für die Überwindung der Schranke der Produktivkraftentwicklung, die sich aus der Begrenztheit der Fähigkeiten des Menschen zur sinnlichen Aufnahme, Verarbeitung und beliebig schnellen Umsetzung von Daten ergibt. Sieht man hierin die zukünftige Entwicklungsrichtung des Produktivkraftsystems, so kommt der Elektronik eine Schlüsselfunktion zu, da sie die Voraussetzungen für die Konstruktion der „logischen Maschinen“ liefert.

Abschließend wurden neuere Automationskonzeptionen zur Prozeßsteuerung diskutiert, die auf der Anwendung dezentraler, miniaturisierter Prozeßrechner im Rahmen hierarchischer Steuerungssysteme beruhen. Wenn auch gegenwärtig die Mikroprozessor-Technik zur Informationsverarbeitung in erster Linie außerhalb der materiellen Produktion angewendet werde, so sei doch in Zukunft mit ihrer Anwendung in Verbindung mit neuen Verfahren der Materialbearbeitung in weiten Bereichen der materiellen Produktion zu rechnen. Hier sei — wie auch aus allen neueren Prognose-Studien entnommen werden könne — mit gewaltigen Arbeitsplatz- und Qualifikationsproblemen zu rechnen, die zu den zentralen sozialen Kampffeldern der nächsten Jahrzehnte gehören werden.

Booß ergänzte bei Einverständnis mit den Grundaussagen des Vortrages: Man dürfe bei aller Dominanz der genannten Hauptrichtungen nicht übersehen, daß sich gegenwärtig in faktisch allen wissenschaftlich-technischen Bereichen Veränderungen mit beachtlichen praktischen Auswirkungen vollzögen. Für die Gesamtentwicklung in Wissenschaft und Technik seien charakteristisch: die zunehmende Bedeutung gesellschaftswissenschaftlicher Überlegungen in den Naturwissenschaften und im Ingenieurwesen; eine allgemeine Tendenz zur Mathematisierung und Schaffung künstlicher Erfahrung mit Hilfe mathe-

matischer Modelle; eine zunehmende „Diversifikation“ in Forschung und Produktion im Sinne zunehmender Vielfalt von Nutzungsmöglichkeiten wissenschaftlicher Ergebnisse; die weitgehende Unterordnung von Forschung, Technologie und Entwicklung unter militärische Bedürfnisse; die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung; die Verwissenschaftlichung der Allgemeinbildung und das Eindringen von Wissenschaft in das Alltagsleben; schließlich die engere Verbindung von Wissenschaft und Arbeiterklasse nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Abwehr sozialer Belastungen, die sich aus der kapitalistischen Anwendung von Wissenschaft und Technik ergeben, sondern auch im Sinne der Freisetzung der Potenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner Nutzung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

In der *Diskussion* — es beteiligten sich 13 Tagungsteilnehmer — standen vier Problem-bereiche im Mittelpunkt.

Erstens: Bedeutsame wissenschaftlich-technische Entwicklungen ergeben sich nicht nur aus der Erforschung der „Mikroebene“ molekularer, atomarer und subatomarer Prozesse und Strukturen, sondern auch aus der Erforschung globaler Beziehungen, wie sie z. B. Gegenstand der Ökologie, Klimatologie u. a. Richtungen sind (*Bohle, Adamczak*).

Zweitens: Bei der Beurteilung der Energieforschung müssen stärker Möglichkeiten der Energieeinsparung, Verfahren zur Optimierung der Energieausnutzung und Produktionsverfahren mit geringem Energieverbrauch berücksichtigt werden. *Adamczak* und *Gärtner* verwiesen auf biotechnologische Verfahren. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand für die Produktionstechnologien der Zukunft die Erzeugung von Energie mit hoher Energieflußdichte erforderlich sei, für die alle diskutierten biologischen oder anderen „alternativen“ Energiequellen nicht ausreichen. Daher seien solche Verfahren wie die Energiegewinnung aus Kernfusion sinnvoll und notwendig (*Leisewitz*).

Drittens: Stand und Perspektiven der Automation. Die Anwendung „logischer Maschinen“ und die Ersetzung einfacher logischer Funktionen des Menschen bei der Prozeßsteuerung eröffnet zugleich die Perspektive der Formalisierung schöpferischen Denkens. Es stellte sich die Frage, inwieweit auch schöpferisches Denken automatisierbar sei (*Krämer-Friedrich, Mathis*). Einen Überblick über Automationsschritte im Bereich der materiellen Produktion gab *Birkwald*.

Viertens: *Werner* stellte die Frage, ob die wissenschaftlich-technische Revolution sich überhaupt im Kapitalismus entfalten könne oder ob ihr nicht systembedingte Grenzen entgegenstünden, z. B. bei der Vermittlung der notwendigen Qualifikationen und der Verwissenschaftlichung der Allgemeinbildung. Er verwies dabei auf die sehr widersprüchliche, zögernde Entwicklung von Automationsverfahren in der Vergangenheit. *Leisewitz* vertrat die Ansicht, letztlich entscheidend für die breite Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Anwendung der „logischen Maschinen“ sei das Interesse des Kapitals an profitabler Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit. Würden die ökonomischen Grenzen überwunden, die in der Vergangenheit der breiten Anwendung automatischer Prozeßsteuerungseinrichtungen entgegenstanden, so würden sich auch die als Kernprozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution zu bezeichnenden Umwälzungen im Produktivkraftsystem durchsetzen. Das sage jedoch noch nichts über systembedingte Unterschiede der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus.

2. Marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus

Vortrag von *Josef Schleifstein* (IMSF), Korreferat von *Hellmuth Lange* / *Bernd Moldenhauer* (Bremen).

Schleifstein gab eine konzentrierte Darstellung der Marxschen Auffassung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus und setzte sich mit dem Marxismus kritisch gegenüberstehenden Positionen in der „grünen“ und Alternativbewegung auseinander, wie sie von *Robert Jungk*, *Klaus Traube*, *Freimut Duve* u. a. vertreten werden.

Ausgehend von der Dialektik des Zusammenhangs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zeigte *Schleifstein*, daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik formationsbestimmt ist, daß sie in der bürgerlichen Gesellschaft also kapitalistische Entwicklung und damit „auf die eine oder andere Weise von den Antagonismen der Gesellschaft geprägt“ ist. Mit der von *Marx* hervorgehobenen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zu universeller Entwicklung der Produktivkräfte sei unlösbar auch deren Deformation verknüpft: „Der technische und wissenschaftliche Fortschritt im Kapitalismus trägt unvermeidlich ein Janusgesicht, er entwickelt sich, indem das Kapital zugleich die Springquellen allen Reichtums, ‚die Erde und den Arbeiter‘ untergräbt.“ Dieser widerspruchsvolle Charakter kapitalistischer Produktivkraftentwicklung treffe zuerst die wichtigste Produktivkraft, den arbeitenden Menschen; er drücke aber auch den anderen Elementen des Produktivkraftsystems seinen Stempel auf: „Es war unvermeidlich, daß die ausbeuterischen, inhumanen Eigenschaften der kapitalistischen Gesellschaft auch in einem bestimmten ‚technologischen Regime‘, in einer bestimmten Organisation des Zusammenwirkens von Mensch und Technik, im Verhältnis zu den natürlichen Ressourcen ihren Ausdruck finden.“ Einerseits formationsbestimmt, besäßen Wissenschaft und Technik andererseits eine relative Selbständigkeit, seien sie — soweit sie objektive Naturgesetze erkennen und technologisch anwenden — „ein allgemeiner menschlicher Wissensschatz“ und damit auch Basis für die Entwicklung und Umgestaltung der Produktivkräfte in der sozialistischen Gesellschaft.

Sicher könne man manche Vorschläge der alternativen Technikritiker akzeptieren; abzulehnen sei jedoch ihr weithin charakteristisches Ausweichen vor der offenen Gegnerschaft zum Kapitalismus, indem der „Industrialismus“, die „Großtechnik“, die „Verherrlichung“ des Wachstums und der Produktivität zur Wurzel des Übels erklärt würden. Es gebe keinen plausiblen Grund dafür, Großtechnik prinzipiell als undurchschaubar und unkontrollierbar anzusehen. Für die Befriedigung zahlreicher Bedürfnisse auf dem einmal erreichten zivilisatorischen Niveau unersetzlich geworden, biete sie oft eher als kleine oder mittlere Technologie die Voraussetzung für umweltfreundliche Produktion und günstigere Arbeitsbedingungen. Unhaltbar sei auch der an den Marxismus gerichtete Vorwurf der „blinden Anbetung der Produktivität“. Hier werde Produktivität schon im Begriff auf kapitalistische Effektivität und Rentabilität reduziert. Der Marxismus verstehe unter Entfaltung der Produktivität im geschichtlichen Maßstab nicht nur Steigerung der Wirksamkeit der technischen Mittel, sondern viel umfassender die Entwicklung aller schöpferischen Potenzen des Menschen, mit *Marx* „Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck.“

Lange und *Moldenhauer* trugen drei Überlegungen vor:

Erstens: Alle bisher entwickelten Techniken zeichneten sich durch eine gewisse Varia-

tionsbreite in der für sie konstitutiven Kombination von lebendiger Arbeit und gegenständlichen Momenten des Arbeitsprozesses aus; es gäbe eine Variationsbreite möglicher Anwendungsweisen der Technik, die ausschließlich gesellschaftlicher Zwecksetzung unterworfen sei. Insofern seien Auffassungen von *an sich* ökologisch schädlicher oder menschlich verkrüppelnder Technik unhaltbar.

Zweitens: Bei allen Techniken gäbe es jedoch „Grenzen ihrer Anwendbarkeit im Sinne universeller Entwicklung der Menschen und nicht-ausbeuterischer Aneignung der Natur“, die sich aus dem naturgesetzlichen Moment der Funktionsprinzipien jeglichen technischen Systems ergäben. Diese Grenzen betreffen insbesondere den Charakter der lebendigen Arbeit, die der Betrieb eines maschinellen Systems erfordert, also mehr oder weniger schwere körperliche Arbeit, bestimmte Proportionen von Hand- und Kopfarbeit usw.

Drittens: Diese Grenzen können nur durch Weiterentwicklung der Technik, durch weitere Abgabe körperlich oder geistig vereinseitigender Funktionen an maschinelle Aggregate überwunden werden. Eine solche Weiterentwicklung der Technik schließt steigende Anforderungen an die Kontrollfähigkeit der lebendigen Arbeit ein. Hier liegt, so *Lange/Moldenbauer*, der entscheidende Dissens mit den Vertretern der Ökologiebewegung und ihrer Auffassung, daß sich komplexe „großtechnische“ Systeme prinzipiell gesellschaftlicher Kontrolle entzögen. Die Technikentwicklung könne demokratischer Zwecksetzung untergeordnet werden — eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung zur Verhinderung ökologisch schädlicher und menschlich verkrüppelnder Auswirkungen. Die demokratische Kontrolle müsse Ergänzung finden in einer breiten Ausweitung wissenschaftlich-technischer wie gesellschaftswissenschaftlicher Kenntnisse über Technikentwicklung und Folgen-Abschätzung.

Die *Diskussion*, an der sich zwölf Teilnehmer der Tagung beteiligten, konzentrierte sich auf drei Fragen:

Erstens: Quellen der Ideologie der Alternativbewegung. *R. Schweicher* und *Th. Neumann* vertraten gleichermaßen die Auffassung, daß man der Alternativbewegung nicht unterstellen könne, ihr Ausgangspunkt sei die Kritik an Wissenschaft und Technik. Diese Bewegung sei vielmehr die sehr heterogene Reaktion auf die Erfahrung, daß die technische, die Produktivkraftentwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft statt zu einer Erweiterung und Entfaltung der lebendigen Arbeit gerade zu deren Einschränkung führe. Ein progressives Moment dieser Bewegung sei die Forderung nach demokratischer Kontrolle; ihre soziale Distanz zur produktiven Nutzung und Beherrschung von Technik mache sie jedoch anfällig für bürgerliche Technik-Dämonisierung.

Zweitens: In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde ein gewisses Dilemma der marxistischen Arbeiterbewegung konstatiert: Obwohl sie über relativ weit entwickelte Kenntnisse und theoretische Einsichten in den Zusammenhang von Technik- und Gesellschaftsentwicklung oder die Ursachen der Umweltzerstörung verfüge und auf dieser Grundlage Alternativkonzeptionen entwickelt habe, würden diese Positionen in der Alternativbewegung doch höchstens am Rande aufgenommen. Man müsse also mehr über Ansatzpunkte der Auseinandersetzung nachdenken.

Drittens: Man dürfe gegenüber dem „technologischen Determinismus“ der Alternativbewegung nicht in den umgekehrten Fehler verfallen, die „Unschuld der Technik“ zu retten. *S. Krämer-Friedrich* verwies darauf, daß mit der wachsenden Dimension der Technikentwicklung auch die Möglichkeit des Auseinanderfallens von bezweckten und unbeab-

sichtigen Folgen der Technikanwendung wachse. Da die Produktivkraftentwicklung sich immer nur in und vermittelt bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse vollziehe, betonte *Schleifstein*, könne es in der Klassengesellschaft keinen Lebensbereich geben, der sich „unschuldig“, nur aus seiner Eigengesetzlichkeit heraus habe entwickeln können. Eine der Ursachen für die wachsende Möglichkeit des Auseinanderfallens von bezweckten und unbeabsichtigten Folgen der Technikanwendung sah *Moldenhauer* darin, daß einerseits mit der Wissenschafts- und Technikentwicklung die Handlungsmöglichkeiten der Menschen enorm zunähmen, während die wissenschaftlichen Kenntnisse über potentielle Folgen als Grundlage kritischer Abschätzung nicht in gleichem Maße anwachsen.

3. Kritik bürgerlicher Wissenschafts- und Technikideologie

Vortrag von *Hans Heinz Holz* (Groningen), Korreferat von *Thomas Neumann* (Düsseldorf).

H. H. Holz gab in seinem Vortrag einen gerafften Überblick zur Entwicklung bürgerlicher Technikauffassungen im imperialistischen Deutschland. Zwei Richtungen seien hier, trotz wechselnder Form und wechselnden Vokabulars, durchgängig zu beobachten: einerseits eine dämonisierende Richtung, die Technik als „Zerstörungsmacht“ begreife (nach dem 1. Weltkrieg repräsentiert durch *Spengler*, *Ortega* u. a.) und zur Verlagerung der Gesellschafts- in die Technikkritik beigetragen habe. Die andere Richtung werde gespeist vom bürgerlichen Interesse an Technikentwicklung als Grundlage des Akkumulationsprozesses: die idealistisch-apologetische Strömung (*Dessauer* u. a.). Bei ihr trete der Ingenieur als „Erfinder“ in den Vordergrund, der bereits prä-existierende Ideen „findet“. Auch diese Richtung trägt den Keim des Technik-Pessimismus in sich: Der einzelne ist der prä-existierenden Welt technischer Ideen unterworfen, Technik wird verstanden als sich selbst entfaltendes Gebilde — so die idealistische Kritik an *Dessauer*.

Nach dem zweiten Weltkrieg reproduziert sich der ideologische Widerspruch von Technik-Apologie und -Dämonisierung erneut, nun nicht mehr im irrationalistischen Vokabular der 20er Jahre, sondern in der Sprache des Neopositivismus, der analytischen Wissenschaftstheorie usw. Die eine Richtung geht aus vom herrschenden Interesse an gesellschaftlicher Bedürfnissteuerung: Technikentwicklung erscheint als Bedrohung von Lebensqualität, nicht als Instrument der Bedürfnisentfaltung und -befriedigung. Die Ideologie des *Club of Rome*, die Propagierung des Null-Wachstums und die Theorie vom Wertmanagement verbinden sich hier.

Demgegenüber reproduziert die andere Richtung bürgerlicher Technikauffassung sich in der Vorstellung „autonomer“ Technikentwicklung und durch sie gesetzter Sachzwänge, denen gesellschaftliche Bedürfnisse untergeordnet werden müßten und die allein von Experten beurteil- und beherrschbar seien. Beide Richtungen fließen in der Forderung nach Eliten- oder Expertenherrschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammen, ihre Legitimation ist die Ideologie der Technik-Bewertung, der profit-kalkulierenden Kosten-Nutzen-Abschätzung, des „technology assessment“.

Die Verbindung von Technik-Entwicklung und Technik-Bewertung eröffnet nun ein Feld des ideologischen Klassenkampfes um das Denken der technischen Intelligenz. Es ergibt sich die Möglichkeit der Erarbeitung alternativer, humanen Wertpräferenzen verpflichteter Werte-Kataloge, die mit profitorientierten Wertsetzungen konfrontiert wer-

den können. Anhand solcher, einen Wertzusammenhang konstruierenden Modelle (die von Werten wie Haltbarkeit, Sicherheit u. a. ausgehen), lassen sich dem Kapitalismus immanente Widersprüche aufzeigen und damit Ansatzpunkte für gesellschaftskritisches Bewußtsein in der technischen Intelligenz gewinnen. *Holz* entwickelte diesen Gedanken am Beispiel der Auseinandersetzungen im VDI bei der Diskussion um entsprechende Richtlinien und Wertpräferenzen.

Tb. Neumann sprach von einer „teilweise offenen ideologischen Situation“, in der es besonders auf die Formulierung von Problemen ankomme. Er nannte vier Bereiche. 1. Das neue Niveau des Systems Wissenschaft — Technik — Produktion erfordere heute erneutes Nachdenken über das Verhältnis von Eigengesetzlichkeit und -dynamik dieses Systems und Gesellschaftsentwicklung. 2. Wenn der wissenschaftlich-technische Fortschritt heute ein Feld des Klassenkampfes sei, so müßten die einzelnen Bereiche dieses Feldes genauer umrissen werden, um beurteilen zu können, mit welcher Akzentsetzung und welcher Absicht die bürgerliche Ideologie den einen oder anderen Gegenstand ergreift. *Neumann* demonstrierte dies an der unterschiedlichen Institutionalisation von Technik (primär im industriellen Bereich) und Wissenschaft (primär im Hochschulbereich und bei Forschungsinstitutionen). 3. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt wirft eine Reihe neuer Fragen auf, auf die es gegenwärtig keine definitive Antwort gibt: die Abschätzung der Perspektiven der neuen Technologien; das Problem der Qualifikationsentwicklung; das Verhältnis von Natur- und Gesellschaftswissenschaften; Rückwirkungen der weltweiten Industrialisierung auf die Wissenschafts- und Technikentwicklung der industrialisierten Länder. 4. müsse in Rechnung gestellt werden, daß in den zurückliegenden zehn Jahren neue soziale Kräfte sich in die Auseinandersetzung um Wissenschafts- und Technikentwicklung eingeschaltet hätten: die Studentenbewegung; eine Bewegung progressiver Wissenschaftler; die gewerkschaftliche Diskussion um eine eigenständige Position zu Wissenschaft und Forschung; schließlich die Alternativbewegung.

In der *Diskussion* (15 Wortmeldungen) wurden zunächst die Anregungen von *Holz* aufgenommen, Zugänge zur Entwicklung gesellschaftskritischen Denkens in der technischen Intelligenz offenzulegen. Hier wurden drei Positionen vorgetragen: 1. Möglich sei die Entstehung spontan-materialistischen (*Boble*), ja sogar spontanen dialektisch-materialistischen Denkens (*Adamczak*) bei Naturwissenschaftlern im wissenschaftlichen Arbeits- und Aneignungsprozeß. 2. Das Bewußtsein des Widerspruchs von gesellschaftlicher Realität und akzeptierten Normen der Technikentwicklung (*Goergens, Holz*) könne zu Ausgangspunkten ideologischer Arbeit und politischer Praxis werden. 3. fragte *Jung*, ob nicht die Forderung nach Entwicklung alternativer Techniken bei der Intelligenz Bewußtseinsprozesse auslösen und sie zum Verbündeten der Arbeiterbewegung machen könne. Hier stelle sich die Grundfrage, ob die Technologien selbst, die Elemente des Produktivkraftsystems und die Form der Naturaneignung zum Gegenstand des Klassenkampfes werden könne oder ob der Versuch der Einflußnahme auf die Technik selbst und damit auch die Forderung nach Entwicklung alternativer Technik im Kapitalismus illusorisch sein müsse.

Zu dieser Frage wurden verschiedene Standpunkte formuliert: *Paetau* verwies (wie *Lange/Moldenhauer*) auf „Variationsmöglichkeiten“ der Technikentwicklung im Kapitalismus auf der Basis der jeweils entwickelten Produktivkräfte; *Neumann* hob den Zusammenhang zwischen objektiven Bedürfnissen und alternativer Technik hervor. Der Umweltschutz sei Beispiel für die Möglichkeit „alternativer Technik“, denn es gebe reale

Alternativen zur profitorientierten Nutzung der Umwelt im Produktivkraftsystem. *Bömer* verwies auf alternative Verkehrstechnologien. Skeptischer äußerte sich *Gärtner*: Die Aufnahme technologischer Alternativen aus der Ökologiebewegung durch das Kapital (wie zunehmende Nutzung von Biomasse, Nutzung von Abwärme usf.) zeige gerade, daß es illusionär sei, durch technologische Alternativen soziale und Umweltprobleme lösen zu wollen. *Holz* argumentierte: Technik stelle als Ganzes ein System dar, innerhalb dessen es selbstverständlich Alternativen der Weiterentwicklung gäbe. Die Entwicklung eines Technik-Systems ohne Großtechnik sei dagegen illusionär, eine solche Forderung reaktionär. Alternativen im Rahmen des gegebenen Technik-Systems könnten aber nicht getrennt werden von gesellschaftspolitischen Alternativen: letztere seien konstitutiv für die Nutzung alternativer Technologien. Notwendig sei also immer die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativkonzeptionen — innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems wie über dieses hinausgedacht.

Die sozialen Folgen kapitalistischer Nutzung der neuen Technik sind unmittelbar spürbar im Betrieb selbst. Mehrere Diskussionsbeiträge gingen auf Arbeitsbedingungen und technische Alternativen auf der betrieblichen Ebene ein. Dabei wurden drei Probleme der gewerkschaftlichen Arbeit benannt: 1. Es mangle an Konzeptionen für eine „alternative Einsatzmöglichkeit“ der neuen Technik. Hier sei die Ausarbeitung konkret faßbarer, umsetzbarer Alternativen für die Anwendung der neuen Technik im Betrieb eine eminent wichtige Aufgabe, die die Gewerkschaften nur in Kooperation mit Spezialisten leisten könnten. 2. Das Kapital reagiere auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der Intensivierung der Arbeit durch technischen Fortschritt. 3. Die Anwendung von Elektronik drohe die Belegschaften totaler Kontrolle zu unterwerfen — gleichermaßen ein Hebel zur Arbeitsintensivierung. Bei allen drei Problembereichen könne die gewerkschaftliche Gegenwehr nicht nur in Betriebsvereinbarungen und vergleichbaren Absicherungen bestehen, sondern erfordere auch wirkungsvolle technische Lösungen zur Einschränkung der Belastungen der Belegschaften.

4. Ressourcenverknappung, ökonomisches Wachstum und technischer Wandel

Vortrag von *Jan Priewe* (Bielefeld), Korreferat von *Hermann Bömer* (Dortmund).

Priewe behandelte vier Fragen: 1. Gibt es angesichts endlicher Ressourcen auf der Erde physische Wachstumsgrenzen? 2. Wie ist die ökologische Technikkritik zu beurteilen? 3. Was sind die Ursachen der gegenwärtigen Wachstumskrise? 4. Wie läßt sich ein alternativer Wachstumstyp charakterisieren?

Zur ersten Frage vertrat *Priewe* prononciert folgenden Standpunkt: Gegenwärtig können aus der perspektivischen Entwicklung weder des Bevölkerungswachstums noch der Nahrungsmittelproduktion noch der nicht-regenerierbaren natürlichen Ressourcen noch der Umweltbelastungen Wachstumsgrenzen abgeleitet werden. „Zwar stellen sich enorme Umstellungsprobleme während der kommenden 50 Jahre, Probleme extrem langfristiger Planung, die unter kapitalistischen Bedingungen kaum lösbar sind; jedoch kann von physischen Wachstumsgrenzen nicht die Rede sein.“ Vielmehr müsse konstatiert werden, daß die Energie-, Rohstoff- und ökologische Krise nicht Ergebnis akuter oder latenter Wachstumsgrenzen sind, sondern daß sie die kapitalistische Form der Produktivkraftent-

wicklung darstellen. *Priewe* verdeutlichte diese Auffassung anhand der Auswirkungen des Profitmotivs auf Entwicklung und Nutzung der Energieressourcen.

Der ökologischen Technikkritik und dem von der OECD propagierten „japanischen“ Wachstumsmodell (schneller technischer Wandel, aggressive Weltmarktkonkurrenz bei Massenarbeitslosigkeit, extremer Leistungsselektion, starker Einkommensungleichheit und hoher Umweltbelastung) stellte *Priewe* das Konzept eines alternativen Wachstumstyps entgegen, der ein hohes Maß an gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung mit hohem technischen Standard und Umweltverträglichkeit verbinden sollte. Ein solcher Wachstumstyp erfordere einen deutlichen Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur zugunsten des Dienstleistungssektors mit stärker binnenwirtschaftlich orientierter Wachstumsstrategie. Zweiter wesentlicher Gesichtspunkt sei die Änderung des gesamten Produktivkraftsystems zugunsten der intensiv erweiterten Reproduktion der Natur und der natürlichen Ressourcen. Das erfordere die Änderung vieler Produktionsverfahren und Produkte, Energieeinsparung usw. Gesellschaftliche Gebrauchswertplanung werde damit in großem Umfang notwendig. Ein solcher Wachstumstyp müsse als Ziele vereinigen die volle Nutzung der Produktivkräfte, insbesondere Vollbeschäftigung, Entfaltung des technischen Fortschritts, Herstellung ökologischer Gleichgewichte sowie verbesserte Bedürfnisbefriedigung vor allem in der gesellschaftlichen Konsumtion.

Bömer konzentrierte sich auf das Energieproblem. Er hielt *Priewe* entgegen, die Feststellung, daß in den nächsten Jahrzehnten nicht von physischen Wachstumsgrenzen gesprochen werden könne, lenke von der Notwendigkeit ab, bereits heute das Energieproblem *umfassend* anzugehen und alle möglichen Energieressourcen der Zukunft zu erschließen. Die Konzentration auf einzelne Energieträger bzw. -quellen (Öl, Kohle) werde schwerwiegende ökologische und ökonomische Probleme nach sich ziehen. Einer von diesem Gesichtspunkt ausgehenden alternativen Energiepolitik stünden gewichtige politische und soziale Hindernisse im Weg, insbesondere das imperialistische Interesse an Ausbeutung der ölexportierenden Länder.

Eine alternative Energiepolitik in der BRD müsse sich an folgenden Punkten orientieren: 1. Energieeinsparung und Optimierung der Energieausnutzung; 2. drastische Senkung des Anteils von Erdöl und Erdgas bei den Primärenergieträgern; 3. Erhöhung des Steinkohle-Anteils; 4. Entwicklung und Einsatz regenerierbarer Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser, Biogas); 5. Erzeugung eines bedeutenden Teils der Elektrizität mit Kernkraftwerken; 6. Entwicklung umweltschonender Verfahren der Energieerzeugung bei verstärktem Kohleeinsatz und Durchsetzung schärfster Umwelt- und Sicherheitsauflagen, wobei der Verstaatlichung und demokratischen Kontrolle der Energiewirtschaft und Kraftwerksindustrie eine besondere Rolle zukomme; 7. Verhinderung der Herstellung des geschlossenen atomaren Brennstoffkreislaufs in der BRD und internationale Lösung der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsprobleme.

In der *Diskussion* sprachen neun Tagungsteilnehmer zu folgenden Fragen: Physische Grenzen und Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen; Charakter und Durchsetzungsmöglichkeit von Wachstumsalternativen; Probleme der Technikbeherrschung unter den qualitativ anderen Gesellschaftsbedingungen des Sozialismus.

Rechtziegler (IPW, Berlin/DDR) betonte, daß sich schon gegenwärtig Probleme aus der physischen Begrenztheit aller nichtregenerierbaren Rohstoffe und Energieressourcen ergäben. Er verwies hier auf die Politik der OPEC-Länder, die begonnen hätten, die Erdölförderung ihren eigenen politischen und ökonomischen Interessen unterzuordnen und

die Förderung derzeit nicht ausdehnten, da in den letzten fünf Jahren trotz umfangreicher Prospektierungsmaßnahmen keine neuen Vorräte entdeckt worden seien. Zugleich müßten die Ressourcen immer unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, zu welchen ökonomischen Bedingungen sie erschließbar seien. Gegenwärtig ließen sich weltweit zwei Tendenzen beobachten: einerseits die Tendenz eines weiter ansteigenden Energieverbrauchs; andererseits der Versuch zur Umstrukturierung der Energiebilanzen, der in den imperialistischen Ländern bisher jedoch gescheitert sei, da weder geplante Einsparungsmaßnahmen noch die Senkung des Erdöl-Anteils an den Primärenergieträgern hätten durchgesetzt werden können. Diese verfehlte Energiepolitik sei die eigentliche Ursache der Labilität der kapitalistischen Energiemärkte im Übergang zu den 80er Jahren.

Kontrovers diskutiert wurde auch die Frage, wo Ansatzpunkte für die Durchsetzung eines alternativen Wachstumstyps zu sehen seien. *Goldberg* schlug vor: Man müsse zuerst einmal unterscheiden zwischen der stofflichen Seite eines solchen alternativen Wachstumstyps (der Seite der Gebrauchswertplanung) und der Frage nach der Durchsetzungsmöglichkeit. Hier könne unterschieden werden zwischen Innovationen a) auf der Produktebene und b) auf der Produktions- oder Prozeß-Ebene. Während auf der Produktebene Alternativen leichter zu formulieren und durchzusetzen seien (da damit noch nicht unmittelbar in die Profitsphäre eingegriffen werde), stehe dem auf der Prozeß-Ebene das Interesse des Kapitals an den jeweils billigsten und profitabelsten Produktionsverfahren gegenüber. Einflußnahme auf Arbeitsbedingungen und Produktionstechnologien würden daher auf starken Widerstand des Kapitals stoßen. *Priewe* äußerte sich skeptisch gegenüber einer solchen Unterscheidung von stofflicher und wertmäßiger Planung. Zwischen dem Verwertungsinteresse des Kapitals und den unter seiner Regie produzierten Gebrauchswerten bestünde ein enger Zusammenhang. Es sei sicher auch falsch, die Gewerkschaftsbewegung ausschließlich auf die „defensive“ Aufgabe des Schutzes der Arbeitskraft vor extremer Ausbeutung durch vertragliche Rahmenbedingungen für die Anwendung neuer Technik festzulegen. Statt dessen müsse die Arbeiterbewegung Normen für die Technikentwicklung selbst formulieren und auf diese Einfluß zu nehmen versuchen.

5. Ökologie und Umweltkrise in der Bundesrepublik

Vortrag von *Edgar Gärtner* (Luxeuil les Bains), Korreferat von *Wolfgang Adamczak* (Marburg).

Gärtner gab in seinem Vortrag zuerst einen Überblick über Herausbildung und Grundbegriffe der Ökologie, um dann Kriterien für die Einschätzung der Entwicklung natürlicher und anthropogener Ökosysteme abzuleiten. Als allgemeine Grundlage für die Ableitung von Gütekriterien sei die Theorie der Evolution zu betrachten. Entscheidende Bedeutung für die Stabilität naturnaher Ökosysteme komme der Aufrechterhaltung der genetischen, energetischen und räumlichen Diversität von Ökosystemen zu. Grobe menschliche Eingriffe führten zu Regressionsprozessen von Ökosystemen mit drastischem Rückgang der Diversität und Organisiertheit, wobei der Rückfall entwickelter Ökosysteme auf weniger differenzierte, primitivere Stufen die Befriedigung physischer und kultureller Bedürfnisse der Menschen erschwere. „Die z. B. in Mesopotamien oder im Mittelmeergebiet abgelaufenen Regressionsprozesse zeigen, daß menschliche Einwirkungen industrieller oder vorindustrieller Natur in der Lage sind, hochentwickelte Ökosysteme innerhalb

von nur wenigen Jahrzehnten auf Entwicklungsstufen zurückzuwerfen, von denen aus eine Regeneration bis zu Entwicklungsstufen vergleichbarer Komplexität auf einem natürlichen Entwicklungsweg etliche Jahrtausende benötigen würde."

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Umweltbelastungen in der Bundesrepublik vertrat *Gärtner* folgende Auffassung: Indiz dafür, daß die quantitative wie qualitative Ausdehnung anthropogener Veränderung von Ökosystemen in den letzten Jahrzehnten bereits an die Grenze der Belastbarkeit des Naturhaushalts in der BRD stoße, sei das beschleunigte Aussterben von Pflanzen- und Tierarten. Bei *aquatischen Ökosystemen* (Beispiele Bodensee, Rhein; Oberflächengewässer) sei in den letzten Jahren nur eine begrenzte Verbesserung der Wasserqualität zu konstatieren, die auf massive staatliche Eingriffe zurückzuführen sei, nicht auf „marktwirtschaftliche“ Mechanismen. Die Trends für die *Belastungsfaktoren der Luft* seien unterschiedlich, z. T. sogar gegenläufig. Bei Rückgang der Grob- und Feinstaubbelastung sei seit den 60er Jahren die Schwefeldioxid-Gesamtbelastung der Luft trotz Produktionsausweitung konstant geblieben (bei regionalen Verbesserungen), die Stickoxyd- und Kohlenwasserstoff-Emissionen seien dagegen gewachsen. Generell habe die Bedeutung der schwieriger kontrollierbaren Mikroverunreinigungen zugenommen. Die einzige nachhaltige Verbesserung der Luftqualität betreffe den Rückgang der Blei-Immissionen. Als Gesamtbilanz müsse festgehalten werden, daß die Umweltprobleme nicht gelöst, sondern lediglich verschoben worden seien.

Adamczak sah die politische Bedeutung der Ökologie in folgenden Punkten: 1. Sie liefert wissenschaftliche Grundlagen für die Notwendigkeit und Berechtigung solcher Forderungen wie Erhalt von Artenvielfalt oder von Naturschutzgebieten, die zur Stabilität der Ökosysteme beitragen und dem Erhalt eines evtl. zukünftig nutzbaren Genpools dienen. 2. Sie verdeutlicht die Notwendigkeit umfassender, langfristiger Planung gesellschaftlicher Prozesse. Die Auseinandersetzung um das Bundesimmissionschutz-Gesetz, um das Abwasserabgabengesetz und das Umwelt-Chemikaliengesetz zeige, daß gegenwärtig mit dem Argument der Wirtschaftskrise und der wirtschaftlichen Belastung der Unternehmen massiv versucht werde, auf der Ebene der Gesetzgebung die Spielräume für Umweltbelastung und -zerstörung wieder auszuweiten.

In der kürzeren *Diskussion* — sechs Beiträge — wurden eine Reihe konkreter Probleme des Umweltschutzes angeschnitten. So verwies *I. Zeller* darauf, daß in der Ökologiebewegung der Zusammenhang von außerbetrieblicher und Arbeitsumwelt unberücksichtigt bleibe. Hier müßten die Arbeitsbedingungen der Belegschaften solcher Konzernbetriebe untersucht werden, die durch Umweltkandale bekannt geworden seien. Über ökonomische und ökologische Aspekte der Chemisierung der Landwirtschaft und der Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel sprachen *Mabro* und *Plumbhoff*. *Bömer* betonte, daß die Tatsache relativer Erfolge bei der Bekämpfung von Umweltbelastungen auf verschiedenen Gebieten auch deswegen für die Umweltschutzbewegung von großer Bedeutung sei, weil sie zeige, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen reale Verbesserungen möglich seien und sich der Kampf um entsprechende Ziele also lohne.

6. Schlußfolgerungen, Probleme

Überblickt man Verlauf und Ergebnisse der Tagung, so verdienen folgende Gesichtspunkte besondere Hervorhebung. 1. Es ist in einer für beide Teile produktiven Weise gelungen, das Thema von gesellschafts- und naturwissenschaftlicher Seite anzugehen. Da-

bei hat sich gezeigt, daß es in der Bundesrepublik eine größere Zahl von Naturwissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen gibt, die Probleme der Wissenschafts- und Technikentwicklung von marxistischen und fachwissenschaftlichen Positionen aus bearbeiten können. Bemerkenswert ist auch, daß die Kommunikation zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern auf der Tagung relativ problemlos war.

2. Eine ganze Reihe von Fragen wurde kontrovers diskutiert und es wurden neue, offene Probleme aufgeworfen. Das betrifft sowohl wissenschaftlich-technische Fragen der Produktivkraftentwicklung (z. B. die Beurteilung zukünftigen Energiebedarfs, die nicht trennbar ist von der Einschätzung des Energieverbrauchs zukünftiger Produktionstechnologien) wie ökonomische und politische Fragen (so die nach den Durchsetzungsmöglichkeiten technologischer Alternativkonzeptionen oder nach Ansatzpunkten gewerkschaftlicher Technologiepolitik auf der betrieblichen Ebene). Unterschiedliche Auffassungen gab es auch bei der Bewertung einzelner an sich unumstrittener Fakten und Entwicklungstrends — so bei der Frage nach den Auswirkungen der Ressourcenverknappung im Energie- und Rohstoffbereich.

Zumindest einige Probleme sollen benannt werden, die weiterer Untersuchung bedürfen.

a) *Stand und Perspektiven der wissenschaftlich-technischen Revolution in der BRD.* Die meisten marxistischen Arbeiten zu dieser Frage geben bisher nur einen — zudem an Einzelbeispielen orientierten — beschreibenden Überblick. Für eine abgesicherte Beurteilung zukünftiger Trends wären quantifizierende Untersuchungen des gegenwärtigen Standes von Automation und Anwendung neuer Technik in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen notwendig. Dabei kommt besondere Bedeutung der Entwicklung der Fertigungstechnik zu, von der das technologische Niveau und die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie abhängen. Interessant wäre eine Untersuchung der staatlichen Technologieförderung auf diesem sowie dem Elektronik-Sektor als Indikator zu erwartender Trends. Dabei müßte auch den sozialstrukturellen Folgen nachgegangen werden: Das betrifft nicht nur Qualifikations- und Beschäftigungsprobleme der Arbeiter im gesamten produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten in Handel, Verwaltung und Dienstleistung, sondern auch Gruppen der Intelligenz, deren Spezialistentätigkeit der Arbeitszerlegung und teilweisen Entwertung unterworfen wird.

b) *Energiebedarf und Produktivkraftentwicklung.* Der zukünftige Energiebedarf ist sicher in erster Linie abhängig von den ökonomischen Wachstumsraten. Von Bedeutung — und hier gab es unterschiedliche Auffassungen — ist aber auch der Energiebedarf der zukünftigen Produktionstechnologien. Hier wäre eine Abschätzung der realen Perspektive von Technologien mit geringem Energiebedarf (genannt wurden Biotechnologien) sowie der Möglichkeiten der Energieeinsparung bzw. der Optimierung der Energieausnutzung zu untersuchen. Das schließt die Untersuchung des Potentials alternativer, regenerierbarer Energiequellen ein.

c) *Ansatzpunkte und Durchsetzungsmöglichkeiten technologischer Alternativen.* Diese Fragen, die u. a. von Jung und Goldberg eingebracht wurden, sind Ausgangspunkt für die Entwicklung gewerkschaftlicher Strategien gegen die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Kapitals, die sich nicht auf reine Schutz-Abkommen zur Abmilderung sozialer Folgen beschränken, sondern auf die Technologieentwicklung selbst Einfluß nehmen wollen.

d) *Theoretische Probleme der Erfassung der wissenschaftlich-technischen Revolution.*

Auf Unklarheiten der begrifflichen Abgrenzung von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution hat *Lothar Peter* bereits im letzten Band der „Marxistischen Studien“ hingewiesen. Geht man von einer begrifflichen Fassung aus, wie sie im einleitenden Referat der Tagung gebraucht wurde, so stellen sich folgende Fragen: worin besteht die sozialökonomische Spezifik der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus? Wo liegen Systemgrenzen ihrer Entfaltung? Inwieweit müssen in ihre begriffliche Fassung solche Gesichtspunkte eingehen wie die aus den Vergesellschaftungsprozessen resultierende Notwendigkeit extrem langfristiger Planungen (im ökologischen Bereich, bei der Erschließung von Energie- und Rohstoffressourcen usf.)?

3. Das Aufgreifen solcher Fragen könnte einen Beitrag liefern zur weiteren Ausarbeitung des theoretischen Standpunktes der marxistischen Arbeiterbewegung der Bundesrepublik zu den Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dies ist, wie *J. Schleifstein* in seinem Schlußwort betonte, eine wesentliche Voraussetzung für Kooperation und theoretisch-ideologische Auseinandersetzung mit der ökologischen Bewegung und für die Entwicklung von Alternativprogrammen, in denen Lösungen für konkrete Fragen der Arbeitsbedingungen, der technologischen Veränderungen, des Arbeits- und Umweltschutzes im Interesse der arbeitenden Menschen entwickelt werden.

Zur Diskussion über ein ökologisches Gesamtkonzept in der BRD

Edgar Gärtner

1. Zur Beziehung zwischen Ökologie und Ökonomie — 2. Eine neue Phase der Umweltpolitik? — 3. Zur Geschichte des Umweltprogramms der Bundesregierung; — 4. Die „marktwirtschaftliche“ Auslegung des Verursacherprinzips als Denkverbot; — 5. Ein klassenneutrales Kostenzurechnungsprinzip? — 6. Der „optimale Entsorgungsgrad“ im Sinne des Monopolkapitals; — 7. Die konjunkturpolitische Instrumentalisierung des Umweltschutzes: das Gemeinlastprinzip; — 8. Systemerhaltung statt „ökologisch-systemarer“ Umweltpolitik; — 9. Ansätze eines antimonopolistischen Ökologie-Konzepts.

1. Zur Beziehung zwischen Ökologie und Ökonomie

Den noch unter uns weilenden Jahrgängen von Vollhumanisten muß die Frage nach den Beziehungen zwischen der Ökologie und der Ökonomie — rein philologisch gesehen — als unsinnig erscheinen, leiten sich doch beide Begriffe vom gleichen griechischen Ursprung „oikos“ (Haus) ab. Aber auch die geltenden wissenschaftlichen Definitionen beider Begriffe sind eng verwandt, wenn nicht gar weitgehend deckungsgleich. So benutzte bereits der Begründer der wissenschaftlichen Ökologie, *Ernst Haeckel*, in seinen populärwissenschaftlichen Vorlesungen zur „natürlichen Schöpfungsgeschichte“ von 1868 die Bezeichnung „Oeconomie der Natur“ als Synonym für den Begriff „Oecologie“. Die Begriffe Ökologie und Ökonomie unterscheiden sich also allenfalls dadurch, daß die Ökologie das „Haushalten“ in einem umfassenderen Sinne versteht als die klassische Nationalökonomie.

Aber diese semantischen Probleme sind in den gegenwärtigen theoretischen Diskussionen und den praktischen umweltpolitischen Auseinandersetzungen sicher von sehr geringer Bedeutung; denn inzwischen hat der für die Umweltpolitik der sozial-liberalen Regierungskoalition zuständige Bundesinnenminister *Gerhart Rudolf Baum* selbst für definitorische Klarheit gesorgt: „Ökologie, Umweltpolitik ist immer Langzeitökonomie.“¹

Selbst Bundeskanzler *Helmuth Schmidt*, der sich bisher mit umweltpolitischen Aussagen zurückgehalten hat und jedenfalls nicht im Verdacht steht, ein heimlicher „Grüner“ zu sein, hat vor kurzem entdeckt, „daß Ökonomie und Ökologie keine prinzipiellen Gegensätze sind, sondern daß sie sich durchaus sinnvoll ergänzen können. (...) Beides, die Ökonomie und die Ökologie, gehören zur Hauswirtschaft, zur Volkswirtschaft, zur Weltwirtschaft. Wer sorgsam ist und wer sparsam ist, zum Beispiel im Einsatz von Rohstoffen und von Energie, der handelt zugleich ökologisch richtig und ökonomisch richtig. Er han-

1 G. R. Baum, Zum Spannungsfeld von Umweltpolitik und industrieller Entwicklung. Ansprache anlässlich einer Vortragsveranstaltung des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln am 30. Oktober 1978, in: Umwelt. Informationen des Bundesministers des Innern zur Umweltplanung und zum Umweltschutz (abgekürzt: Umwelt/BMI) Nr. 66/19, Januar 1979, S. 1.

delt betriebs- und volkswirtschaftlich richtig.² Was soll man von diesen Bekenntnissen halten?

2. Eine neue Phase der Umweltpolitik?

Bundesinnenminister Baum kündigte in der zitierten Rede den Übergang zu einer höheren Phase der Umweltpolitik an. Nachdem die Erarbeitung des umweltrechtlichen Instrumentariums (mit Ausnahme des Chemikaliengesetzes und der Störfallverordnung) im wesentlichen abgeschlossen sei, komme es nun darauf an, das Vollzugsdefizit der Umweltschutzgesetze abzubauen und Planungs- und Investitionsentscheidungen gründlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen zu unterziehen; denn die Zerstörung der für das Wirtschaftsleben unentbehrlichen Naturgrundlagen schreite trotz erheblicher Anstrengungen der Wirtschaft und des Staates — die umweltbezogenen Aufwendungen in der BRD während der siebziger Jahre werden einschließlich der laufenden Betriebskosten auf insgesamt 120 Milliarden DM geschätzt — immer noch fort. Weitere finanzielle Anstrengungen sowie technologische und gesetzgeberische Einzelmaßnahmen reichten allein nicht aus, um diesen Trend umzukehren. Notwendig sei eine Verknüpfung aller Maßnahmen durch einen „ökologisch fundierten Planungsrahmen“.³

Eine Umweltpolitik, die diesen Namen verdiene, ziele weit über Einzelkorrekturen zugunsten der Umwelt hinaus. Es gehe um die Zukunftsorientierung der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik überhaupt. „Umweltschutz steht nicht neben Wirtschaftspolitik, Wachstumspolitik, Verkehrspolitik, Energiepolitik, Städtebau- und Raumordnungspolitik, sondern ist durchgehend verbindlich zu integrierende Leitlinie. (...) Umweltpolitik mit diesem Anspruch, verstanden als langfristige Überlebensstrategie zur Erhaltung unserer Industriekultur, muß zwangsläufig in Konflikt mit anderen politischen, vor allem kurzfristigeren Zielsetzungen kommen.“⁴

Auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) im Januar 1979 in Bonn zeigte *Baum* dann aber einige Hindernisse auf, auf die eine solche Neuorientierung der Umweltpolitik stoße. Es fehlten flächendeckende ökologische Informationen, die Wirkung von Schadstoffen auf Einzelorganismen und Lebensgemeinschaften und die funktionalen Zusammenhänge in den wichtigsten Ökosystemen seien unzureichend erforscht. Das erschwere die Quantifizierung ökologischer Kriterien und die Erstellung ökologisch-ökonomischer Nutzungsmodelle, die Voraussetzung für eine gemeinsame Sprache zwischen Ökologen, Technologen und Ökonomen seien. Er werde demnächst ein Ökosystemkonzept vorlegen, das die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Fachpolitiken aufzeige. Der Umweltschutz sei „eine Herausforderung gleicher Größenordnung wie die soziale Frage im vergangenen Jahrhundert“. Doch die Chancen zur Durchsetzung umweltpolitischer Ziele seien derzeit weder im nationalen Bereich noch auf dem internationalen Feld günstig.⁵

2 H. Schmidt, Verantwortungsvolles Engagement für den Umweltschutz. Eröffnungsansprache auf der Umweltmesse ENVITEC '80 in Düsseldorf am 11. Februar 1980, in: Bulletin (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) Nr. 19/15. Februar 1980, S. 154.

3 Vgl. Anm. 1, S. 2.

4 Ebenda.

5 G. R. Baum, Perspektiven der Umweltpolitik, Ansprache vor der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) am 25. Januar 1979, in: Umwelt/BMI Nr. 67/9. März 1979, S. 1 ff.

Der bereits im „Umweltbericht '76“, der Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung, enthaltenen Forderung, „Umwelteinwirkungen und ihre wechselseitigen Abhängigkeiten und Querverbindungen als Ganzes zu betrachten“⁶, d. h. das bisher vorwiegend an einzelnen Umweltmedien (Boden, Wasser, Luft) bzw. Produkten (Nahrungsmittel, Pestizide usw.) ausgerichtete Umweltschutzinstrumentarium in ein alle Medien und Schutzobjekte umfassendes Umwelt-Gestaltungsinstrumentarium zu verwandeln⁷, möchte das Bundesinnenministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nun mit der Erarbeitung eines „Aktionsprogramms Ökologie“ nachkommen. Anlässlich der konstituierenden Sitzung der Steuerungsgruppe der Projektgruppe Aktionsprogramm Ökologie, die vom derzeitigen Vorsitzenden des 1972 vom Bundesinnenminister eingesetzten Rates von Sachverständigen für Umweltfragen geleitet wird, umriß *Baum* die Aufgaben dieses Gremiums wie folgt: Es solle „den Weg freischaufeln für klare Entscheidungen der Politik“, eine „Dolmetsch-Aufgabe für das Umsetzen ökologischer Forschungsergebnisse in praktisches Handeln“ übernehmen. Ein in Zusammenarbeit mit Sachverständigen aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zu erarbeitender „ökologischer Situationsbericht“ solle „ungeschminkt Schwachstellen beim Durchsetzen des Vorsorgegedankens aufzeigen“.⁸

Nach den Worten des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, *Günter Hartkopf*, soll mit dem „Aktionsprogramm Ökologie“ in der Umweltpolitik der Vorrang des „Vorsorgeprinzips“ gegenüber dem bisher geltenden „Feuerwehrprinzip“ durchgesetzt werden: „Umweltpolitik wurde bislang im Sinne einer Verminderungs-, bestenfalls einer Verhinderungspolitik begriffen. Infolgedessen dominiert bis heute der ‚technische Umweltschutz‘, die stoff- oder produktbezogene Betrachtung. Aufgrund des immensen Nachholbedarfs seit Anfang der 70er Jahre war diese Sicht unter dem gesetzgeberischen Aspekt der Soforthilfe durchaus adäquat. (...) Spätestens mit Beginn dieses Jahrzehnts jedoch muß sich aber in der Umweltpolitik eine erweiterte Betrachtungsweise durchsetzen. Dies bedeutet, daß über den konsequent weiterzuverfolgenden Weg innovatorischer Umwelttechnik hinaus eine weitere Langfristpolitik, die sich am zentralen Problem der Ressourcenschonung orientiert, Eingang in die Praxis findet.“⁹ Das sind gute Vorsätze, denen sich selbst radikale „Grüne“ anschließen können. Aber wie steht es um ihre Realisierung?

3. Zur Geschichte des Umweltprogramms

Die für den Umweltschutz in der BRD zuständigen Minister und Staatssekretäre erwecken den Anschein, als wollten sie jetzt nachholen, was bei der Erarbeitung des Umweltprogramms der Bundesregierung zu Beginn der 70er Jahre (u. a. von *Hartkopf* persönlich mitverantwortet) versäumt wurde, nämlich das Umweltprogramm im Sinne einer ökologisch-systemaren Perspektive zu formulieren, wie das damals vor allem von der Pro-

6 Umweltbericht '76. Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom 14. Juli 1976, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1976, S. 34.

7 G. Hartkopf, Möglichkeiten und Grenzen einer ökologisch orientierten Umweltpolitik in den 80er Jahren. Rede aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Hochschulstudiums des Gartenbaus und der Landschaftsgestaltung am 21. März 1979 in Westberlin, in: Umwelt/BMI Nr. 69/1. Juni 1979, S. 1.

8 G. R. Baum, Rede anlässlich der konstituierenden Sitzung der Steuerungsgruppe der Projektgruppe Aktionsprogramm Ökologie am 7. Dezember 1979, in: Umwelt/BMI Nr. 74/1. Februar 1980, S. 1.

9 G. Hartkopf, Technik im Umweltschutz. Vortrag auf dem internationalen Fachkongreß der ENVITEC '80 am 11. Februar in Düsseldorf, in: Bulletin Nr. 17/13. Februar 1980, S. 140.

jektgruppe zur „Organisation wissenschaftlicher Beratung“ (*Picht-Kommissionen*) gefordert worden war. Die *Picht-Kommission* (*Picht, Bresch, Häfele, Kriele*) war in ihrem Gutachten zum Schluß gekommen, die Beseitigung der bereits eingetretenen Umweltschäden und die Organisation einer Umweltnutzung im Einklang mit den Prinzipien der Ökologie zwingt „zu einer grundlegenden Reform der Weise, wie unsere Gesellschaft ihre Probleme auffaßt und ihre Entscheidungen trifft.“¹⁰

Die *Picht-Kommission* war insofern wissenschaftlich ehrlich, als sie davon ausging, die bestehenden politischen und administrativen Strukturen entsprächen nicht dem übergreifenden und systemaren Charakter des Umweltproblems. Als Wissenschaftler seien sie verpflichtet, von einer Analyse der objektiven Strukturzusammenhänge auszugehen und bräuchten sich weniger darum zu kümmern, ob die gegenwärtige Kompetenzverteilung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft sich mit diesen Strukturzusammenhängen decke. Im Ansatz dieser Kommission war also unausgesprochen die Frage nach notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen enthalten.

Georg Picht selbst war davon überzeugt, die Probleme des Schutzes bzw. einer rationalen Gestaltung der Umwelt konfrontierten die Gesellschaft mit der Notwendigkeit einer „Transformation unserer politischen Strukturen“. Der Umweltschutz reduziere sich nicht auf quantifizierbare Daten. Vielmehr sei eine seriöse Behandlung der Probleme nur möglich, wenn wir „das ökologische System unserer Gesellschaft in seiner Gesamtheit zu erfassen vermögen“.¹¹

Während das *Picht-Gutachten* zum Schluß gekommen war, die „Ursachen der rapide um sich greifenden Denaturierung unserer Umwelt“ ergäben „sich aus ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Prozessen“¹², und die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung in Umweltfragen müsse diesem komplexen Ursachenzusammenhang in Form der Organisation interdisziplinärer („horizontaler“) Beraterstäbe und Forschungsinstitute Rechnung tragen, hatten Ressortegoismen und Kompetenzstreitigkeiten in der Regierung längst entschieden, daß medienbezogene „vertikale“ Projektgruppen eingerichtet wurden, deren thematische Arbeitsteilung weitgehend sowohl der bestehenden Kompetenzverteilung in Regierung und Verwaltung als auch der herkömmlichen disziplinären Struktur der wissenschaftlichen Forschung folgte. Die ökologische Perspektive als allgemeiner Orientierungsrahmen für die Umweltforschung und für die Prioritätensetzung in der Umweltpolitik wurde ausgeblendet. Der Plan einer systematischen Aufarbeitung der Umweltschädigungen war fallengelassen worden. Statt mit der Umweltnutzung, d. h. der Art und Weise der gesellschaftlichen Naturaneignung, beschäftigt sich das so erarbeitete Umweltprogramm einseitig mit defensivem Umweltschutz, der vorwiegend auf Meßprobleme und die Entwicklung neuer technischer Verfahren eingeengt wird, d. h. statt als sozial verursacht, werden die Umweltprobleme verkürzt als technisch verursacht und als technisch lösbar hingestellt.

10 Gutachten zur geeigneten Organisationsform der wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung in Umweltfragen und zur geeigneten Form der Beratung bei der Durchführung von nichtministerieller Tätigkeit, in: Materialien zum Umweltprogramm der Bundesregierung. Anhang zur Bundestagsdrucksache VI (2710), S. 568.

11 Zit. nach: G. Küppers/P. Lundgreen/P. Weingart, Umweltforschung — die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik, Frankfurt/M. 1978, S. 151.

12 Vgl. Anm. 10.

Statt der von der *Picht*-Kommission für notwendig erachteten Verwissenschaftlichung der Politik, d. h. statt der Ausrichtung der Gesamtpolitik an einem ökologisch und soziologisch begründeten rationalen Zielsystem wurden Umweltpolitik und Umweltforschung den bestehenden irrationalen politischen und wirtschaftlichen Strukturen angepaßt. Ökologische Themen nehmen bis heute in der Umweltforschung der BRD einen untergeordneten Platz ein.¹³

4. Die „marktwirtschaftliche“ Auslegung des Verursacherprinzips als Denkverbot

Was sich allenfalls als Resultat eines langjährigen Einsatzes des gewählten umweltpolitischen Instrumentariums hätte einstellen können, stand für die Autoren des Umweltprogramms von vornherein fest: „Die soziale Marktwirtschaft wird sich auch im Hinblick auf die Lösung der Umwelprobleme gegenüber anderen Wirtschaftssystemen als leistungsfähiger erweisen. (...) Die Aufgaben der Umweltpolitik geben keinen Anlaß, von dem bewährten Prinzip der Selbstverantwortlichkeit jedes Unternehmens ... abzuweichen.“¹⁴ Diese Aussage kann sich aber nur dann bewahrheiten, wenn die umweltpolitischen Ziele von vornherein so festgelegt werden, daß sie in den Ordnungsrahmen der „Marktwirtschaft“ passen. Dann muß aber die objektive Hierarchie der Umweltprobleme und der übrigen dringenden Gegenwartsprobleme (wie vor allem die Frage von Krieg und Frieden) auf den Kopf gestellt werden. Nicht die Erhaltung unserer natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen wäre oberstes Ziel einer solchen Politik, sondern die Erhaltung der „gesamtgemeinschaftlichen Stabilität“.¹⁵ Die im *Picht*-Gutachten implizit enthaltene Frage, ob die Ziele der ökologischen Stabilität und der gesellschaftlichen Stabilität sich vielleicht widersprechen, dürfte gar nicht erst gestellt werden.

Tatsächlich enthält das im Umweltprogramm entwickelte zentrale umweltpolitische Instrument, das „Verursacherprinzip“, in seiner „marktwirtschaftlichen“ Auslegung ein solches Denkverbot. Sowohl für die Bundesregierung als auch für die „Sachverständigen“ in den Projektgruppen und später im 1972 eingesetzten „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen“ (SR-U), dem umweltpolitischen Gegenstück zum wirtschaftspolitischen Sachverständigenrat, stand von vornherein außer Frage, daß das Prinzip der Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über die Konkurrenz auf dem Markt zu höchstmöglichem Wohlstand und Glück für alle Tauschpartner führt. Da auf eine historische Untersuchung des Entstehungszusammenhangs der Umweltkrise verzichtet wurde (selbst die Mitglieder der *Picht*-Kommission begingen trotz ihrer sich wohlthuend von der Borniertheit der übrigen „Sachverständigen“ abhebenden Um- und Weitsicht diese Unterlassung), konnten sie in ihrer Gewißheit nicht dadurch erschüttert werden, daß die Geschichte der „Marktwirtschaft“ bzw. des Kapitalismus seit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts genau das Gegenteil lehrt.

Die industriellen Umweltzerstörungen sind für die „Sachverständigen“ weder auf das Profitstreben der Kapitalisten noch auf ein Versagen der Marktmechanismen zurückzuführen, sondern der Vergeßlichkeit der Wirtschaftspolitiker anzulasten. Diese hätten es unterlassen, rechtzeitig die notwendigen Bedingungen für das Funktionieren des Marktes

13 Vgl. Anm. 11.

14 Umweltpolitik. Das Umweltprogramm der Bundesregierung, 4. erg. Aufl., Stuttgart-Westberlin-Köln-Mainz 1974, S. 34 f.

15 Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1978, S. 15.

zu schaffen.¹⁶ Als Anhänger der klassischen Nationalökonomie, die Luft und Wasser zu „freien Gütern“ erklärte, hätten sie vergessen, die plötzlich stärker beanspruchte Selbstreinigungskraft der Umweltmedien ökonomisch zu bewerten. So hätten die Unternehmer ihre betrieblichen Kosten durch die unentgeltliche Belastung der Umwelt mit Abfallprodukten senken und damit der Allgemeinheit einen Teil der eigenen Kosten als „soziale Kosten“ aufbürden können. Es komme nun darauf an, diese Diskrepanz zwischen einzel- und volkswirtschaftlichen Kosten wieder aufzuheben. Nach dem „Verursacherprinzip“ soll „derjenige die Kosten einer Umweltbelastung tragen, der für ihre Entstehung verantwortlich ist“.¹⁷ Die individuelle Zurechnung der „Sozialkosten“ oder „externen Effekte“ auf die einzelnen „Wirtschaftssubjekte“ könne erfolgen über die Erhebung von Abgaben für Umweltbelastungen, wenn notwendig aber auch über spezifische Auflagen und Verbote, die Erhebung von Sondersteuern oder die Einführung von Lizenzierungsverfahren. Allerdings seien die volkswirtschaftlichen Zusatzkosten von Umweltbeeinträchtigungen nur unvollständig zu ermitteln, da die Wirkungen von Schadstoff-Emissionen auf die Umwelt noch unzureichend geklärt seien und dabei auch „außerökonomische Werte“ berührt würden.¹⁸

Diese Schwierigkeiten seien zu umgehen, wenn politisch entschieden würde, „welcher Wert einer menschenwürdigen Umwelt beizumessen ist“.¹⁹ Die im Umweltprogramm als Hebel der Umweltpolitik vorgezogenen Abgaben für Umweltbelastungen sollten so hoch bemessen sein, daß sie über die Verteuerung umweltbelastender Produkte die Unternehmer zu einer umweltfreundlichen Richtung ihrer Produktions- und Investitionsentscheidungen und die Konsumenten zu einem umweltfreundlicheren Konsumverhalten veranlassen; d. h., man dachte an eine indirekte „Investitionslenkung“ über die „Konsumentensouveränität“ — ungeachtet der Tatsache, daß heute kaum noch jemand an das Märchen glaubt, die Verbraucher steuerten durch ihre Nachfrage das Angebot.

Letztlich steht hinter der „marktwirtschaftlichen“ Auslegung des Verursacherprinzips die Überlegung, umweltkonformes Produzieren für die Unternehmer profitabler zu machen als umweltschädigendes. Damit gestehen die etablierten Umweltpolitiker und ihre „sachverständigen“ Berater aber ungewollt ein, daß ihnen die Fortsetzung der Profitorientiertheit der Produktion als grundlegender Maßstab für das anzuwendende umweltpolitische Instrumentarium gilt. So beginnt die Herleitung des „Verursacherprinzips“ im zitierten Gutachten von *Ackermann, Geschka* und *Karsten* nicht etwa damit, Kriterium für die Auswahl der umweltpolitischen Instrumente müsse ihre ökologische Wirksamkeit sein. Vielmehr schreiben sie: „In einer Wirtschaftsordnung, die wesentlich auf der Steuerung des Wirtschaftsablaufs durch Markt und Wettbewerb beruht, und die ihre entscheidenden Impulse von der privaten unternehmerischen Initiative erhält, muß jede wirtschaftspolitische Maßnahme darauf geprüft werden, inwieweit sie diese Selbststeuerung fördert oder beeinträchtigt: Unter mehreren möglichen Wegen zur Erreichung eines Ziels ist demjenigen der Vorzug zu geben, der den Markt am wenigsten beeinträchtigt.“²⁰

16 Gutachten zur Gesamtbelastung der Volkswirtschaft durch das Umweltprogramm der Bundesregierung, in: Materialien zum Umweltprogramm der Bundesregierung. Anhang zur BT-Drucksache VI (2710), S. 599.

17 Vgl. Anm. 14, S. 32.

18 Vgl. Anm. 16, S. 603.

19 Ebenda.

20 Ebenda, S. 601.

5. Ein klassenneutrales Kostenzurechnungsprinzip?

Das Verursacherprinzip war im *Ackermann-Gutachten*, im Umweltprogramm der Bundesregierung und im ersten Umweltgutachten des Umwelt-Sachverständigenrats als reines Kostenzurechnungsprinzip und nicht im Sinne einer strafrechtlichen oder ethischen Verantwortung interpretiert worden: „Die Frage, wer ‚Verursacher‘ innerhalb einer ökonomischen Kausalbeziehung ist, ist primär eine Frage der ökonomischen Effizienz, nicht dagegen der sozialetischen Verantwortung.“²¹ Das *Ackermann-Gutachten* hatte präzisiert, eigentlicher Verursacher einer Umweltschädigung sei nicht der Erzeuger, sondern der Verbraucher eines umweltbelastenden Produkts. Er müsse deshalb letztlich die beim Erzeuger erhobenen Gebühren über höhere Preise tragen.²² Sowohl das Umweltprogramm als auch das erste Gutachten des Sachverständigenrats gingen davon aus, eine Verbesserung der Umweltqualität gehe zwangsläufig zu Lasten des materiellen Konsums. Die Verbraucher würden für ihren Konsumverzicht jedoch in Form einer Verbesserung der allgemeinen Umweltqualität entschädigt. Damit wird die Problematik der Verteilung von Kosten und Nutzen des Umweltschutzes auf die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft angesprochen. Sie wurde aber erst 1975 im Rahmen der Vorarbeiten zum Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel etwas systematischer behandelt.²³

Es ist einleuchtend, daß die Realisierung des „Verursacherprinzips“ in Form von Abgaben und deren teilweise oder gänzliche Weitergabe in den Preisen nur dann zu Ergebnissen führen kann, die mit den erklärten Zielen der sozial-liberalen Verteilungspolitik übereinstimmen, wenn sie tatsächlich die Unternehmen zum Übergang auf umweltfreundliche Technologien und Produkte und damit zur Verminderung der Abgaben und Preisaufschläge veranlaßt. Die dadurch bewirkte allgemeine Verbesserung der Umweltqualität käme dann in erster Linie den Schichten zugute, die sowohl im Arbeitsleben als auch in ihrer Freizeit am stärksten von Umweltbelastungen betroffen sind. Das „Verursacherprinzip“ wäre somit ein Mittel, um in der Umweltpolitik im Sinne der 1975 veröffentlichten „Thesen zur sozialdemokratischen Umweltpolitik“²⁴ den Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen gerecht zu werden.

Eine allen Bevölkerungsschichten zugute kommende allgemeine Sanierung der Umwelt lag aber durchaus nicht im Sinne der Urheber des „Verursacherprinzips“. Ihr Ziel war vielmehr (in den Worten des *Ackermann-Gutachtens*) ein „gesamtwirtschaftlich optimaler Entsorgungsgrad“²⁵, der mit Hilfe von Kosten-Nutzen-Vergleichen festgestellt werden sollte. Der Umwelt-Sachverständigenrat forderte im „Umweltgutachten 1974“ zu diesem Zweck die Erstellung eines „ökonomisch-ökologischen Gesamtmodells“ zur Bewertung des Zustandes und der Entwicklung der Umwelt im Zusammenhang mit den übrigen wirtschaftspolitischen Zielen. Nur durch eine „systematische Problemübersicht“ seien im Umweltschutz Scheinlösungen und Problemverschiebungen zu vermeiden.²⁶ Im „Um-

21 Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, *Umweltgutachten 1974*, S. 10.

22 Vgl. Anm. 16, S. 602 f.

23 J. Jarre, *Umweltbelastungen und ihre Verteilung auf soziale Schichten*, Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel Bd. 32, Göttingen 1975.

24 Abgedruckt in: *Umwelt. Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure für Immissionsschutz, Abfall, Gewässerschutz* Nr. 2/1975, S. 12.

25 Vgl. Anm. 16, S. 602.

26 Vgl. Anm. 21, S. 203.

weltgutachten 1978" ging der Sachverständigenrat unter Hinweis auf bestehende Lücken des Wissens über die ökologischen Wirkungen der Schadstoffe und deren Rückwirkung auf die ökonomische Entwicklung realistischerweise von dieser Vorstellung wieder ab. Man fragt sich deshalb, warum die verantwortlichen Umweltpolitiker diesen Ansatz nun im Zusammenhang mit der Vorbereitung des „Aktionsprogramms Ökologie“ wieder aufgreifen; denn am Forschungsstand der Ökologie hat sich seither nicht viel geändert.

Allerdings gingen die genannten Vorschläge, um die Messungs- und Zurechnungsprobleme zu vereinfachen, nicht mehr wie das Umweltprogramm der Regierung vom Konzept der „sozialen Kosten“ aus (worauf es sich übrigens zu Unrecht bezieht).²⁷ Statt dessen sollen die zur Einhaltung staatlich festgelegter Grenzwerte notwendigen Vermeidungs- bzw. Beseitigungskosten abgeschätzt werden. Diesem Ansatz schloß sich in der Fortschreibung des Umweltprogramms von 1976 auch die Bundesregierung an.

6. Der „optimale Entsorgungsgrad“ im Sinne des Monopolkapitals

Was ist nun unter dem angestrebten „gesamtwirtschaftlich optimalen Entsorgungsgrad“ zu verstehen? Die Autoren des *Ackermann-Gutachtens* und des *Umweltgutachtens* von 1974 beantworteten diese Frage am Beispiel der Gewässergütekunde. Im *Ackermann-Gutachten* heißt es: „Mit einer bestimmten Schadstoffmenge können unsere Flüsse ohne weiteres belastet werden. Es wäre sogar volkswirtschaftlich nachteilig, die natürliche Reinigungskapazität der Wasserläufe nicht zu nutzen.“²⁸ Der Umweltsachverständigenrat überlegte, welche Gewässergüteklasse als Ziel der Umweltpolitik festgelegt werden sollte. Die Güteklasse III (stark verunreinigt) führe zweifelsohne zu gravierenden Beeinträchtigungen der Gewässernutzung. Ob die Güteklasse II (mäßig verunreinigt) dem gesamtwirtschaftlichen Optimum entspreche, sei offen. Es sei aber sicher, daß die Festsetzung der Güteklasse I (rein oder schwach verunreinigt) die „beachtlichen Wirkungen der Selbstreinigung“ weitgehend ungenutzt ließe.²⁹

Man bezieht sich dabei auf eine in der Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz durchgeführte Berechnung, wonach die Selbstreinigungskraft des Niederrheins auf einer Fließstrecke von 170 Kilometern die Größenordnung von rund 15 Mio. Einwohnergleichwerten erreichen kann, sofern die Abbauleistungen der Mikroorganismen nicht durch toxische Abwässer gehemmt werden. Daraus ließe sich ein ersparter Kläranlagen-Aufwand von etwas 500 Mio. DM jährlich errechnen.³⁰ Diesen Überlegungen zufolge geht es also bei der Gewässer-Sanierung nicht darum, der Bevölkerung die Möglichkeit zum gefahrlosen Baden in den Flüssen, die noch in der Vorkriegszeit und zu Beginn der Nachkriegszeit bestand, zurückzugeben. Vielmehr sollen die Abwässer nur soweit gereinigt werden, daß die Selbstreinigungskraft der Gewässer weiterhin ausgenutzt, d. h. die sich widersprechende Nutzung der Flüsse als Trinkwasserreservoir und Abwasserkanal fortgesetzt werden kann.

Doch damit nicht genug. Bisher wurde nämlich unterstellt, die „marktwirtschaftliche“ Auslegung des Verursacherprinzips in Form von Abgabensystemen oder, noch systemkonformer, als Handel mit Verschmutzungsrechten, Schaffung privater Eigentumsrechte

27 Vgl. Abschnitt 9.

28 Vgl. Anm. 16, S. 602.

29 Vgl. Anm. 21, S. 48.

30 Zit. ebenda.

an bisher „freien“ Umweltgütern o. ä. werde auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt. Das ist jedoch bisher nur in Ausnahmefällen geschehen. So wird beispielsweise die Wasserwirtschaft nicht durch das 1976 verabschiedete Abwasserabgabengesetz reguliert (da die Abgaben — in lächerlich geringer Höhe — erst ab 1981 erhoben werden sollen), sondern durch die aus dem Wasserhaushaltsgesetz abgeleiteten branchenspezifischen Verwaltungsvorschriften über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwässern und den Mindestinhalt der von den Bundesländern zu erstellenden Bewirtschaftungspläne.

Die Unternehmer konnten sich mit „marktkonformen“ Hebeln der Umweltpolitik, die die „unternehmerische Initiative“ fördern sollten, niemals anfreunden. Vielmehr zogen sie die Anwendung systemfremder ordnungsrechtlicher Auflagenlösungen, die sich regional und branchenspezifisch unterschiedlich ausgestalten lassen und ihnen gegenüber den Kommunen einen großen Verhandlungs- bzw. Erpressungsspielraum lassen, eindeutig vor.³¹

Beim bestehenden Kräfteverhältnis müssen die den Bewirtschaftungsplänen vorausgehenden Verhandlungen zwischen den Unternehmen, den Kommunen und den Landesbehörden dazu führen, daß Großkonzerne besonders günstige Bedingungen aushandeln können. Im Falle der Wasserwirtschaft würde dann nicht nur, wie dargestellt, weiterhin das Selbstreinigungspotential bei Beeinträchtigung anderer Wassernutzungsinteressen strapaziert, sondern das Selbstreinigungspotential geriete auch weitgehend in die alleinige Verfügungsgewalt der großen Konzerne, d. h. die führenden Monopole könnten sich die zur Reproduktion des Selbstreinigungspotentials aufgewandte gesellschaftliche Arbeit weitgehend unentgeltlich aneignen. Statt durch Abgabenzahlungen zur Einleitung umweltorientierter technologischer Innovationen angeregt zu werden, könnten die Großkonzerne ruhig fortfahren, Wasser und Luft als „freie Güter“ zu behandeln, während die Arbeiterklasse und die Mittelschichten sowie z. T. auch das nichtmonopolistische Kapital mit ihren Steuergeldern für die nachträgliche Reinigung der von den Monopolunternehmen verschmutzten Umweltmedien aufkommen müßten.

Die Realisierung dieser parasitären Strategie ist schon sehr weit fortgeschritten; denn die gleichen Konzerne, die mit ihren moralisch verschlissenen Produktionsanlagen weiterhin die Umwelt belasten, bieten auf der anderen Seite über Tochterunternehmen den Kommunen und dem Staat teure Anlagen zur Wasserreinigung, Trinkwasseraufbereitung, Abfallbeseitigung usw. an. Das Gedeihen dieser Tochterfirmen ist natürlich davon abhängig, daß die Umwelt weiterhin mit überholten Produktionsverfahren und Produkten belastet wird.

Die Ausrichtung des Umweltschutzes auf eine nachträgliche Entsorgung spiegelt sich deutlich in der Struktur der umweltschutzbezogenen Investitionen und Betriebskosten wider. Die Industrie investierte nach Untersuchungen des IFO-Instituts nur etwa halb so viel in den Umweltschutz wie im *Ackermann-Gutachten* geschätzt worden war. Dafür waren die Betriebskosten der Entsorgungseinrichtungen etwa doppelt so hoch wie die Investitionsaufwendungen.³² Das weist deutlich darauf hin, daß die Industrie den Forderungen der Umweltpolitik kaum durch eine Modernisierung des Produktionsapparates ent-

31 D. Erwingmann/K. Zimmermann, Umweltpolitische Interessenanalyse der Unternehmen, Gewerkschaften und Gemeinden, in: M. Jänicke (Hrsg.), Umweltpolitik. Beiträge zur Politologie des Umweltschutzes, Opladen 1978, S. 76.

32 R. U. Sprenger, Was kostet der Umweltschutz? Kosteneffekte und ihre Wettbewerbswirksamkeit in der deutschen Industrie, in: U — das technische Umweltmagazin Nr. 3/1977, S. 10 ff.

sprochen haben kann. Dann müßte das Verhältnis zwischen Investitionsaufwendungen und Betriebskosten umgekehrt sein. Auf der anderen Seite entfallen die Umweltaufwendungen des Staates vorwiegend auf Investitionen in Entsorgungsanlagen.³³ Auf diese Weise läßt sich erklären, warum sich der Zustand unserer Umwelt trotz des Einsatzes von 120 Mrd. DM in einem Jahrzehnt kaum verbessert hat.

Mit der Strategie der nachträglichen Entsorgung konnte gerade erreicht werden, daß die Fortführung der kapitalistischen Form der Naturaneignung nicht durch eine weitere Verschlechterung des Zustands der Umweltmedien gefährdet wurde. Das ist der „optimale Entsorgungsgrad“ im Sinne des Monopolkapitals.

7. Die konjunkturpolitische Instrumentalisierung des Umweltschutzes: das Gemeinlastprinzip

Soweit die Einführung umweltfreundlicher Technologien und Produkte wirklich unvermeidlich war, wurde sie in der Regel weder über die Anwendung „marktkonformer“ Hebel des „Verursacherprinzips“ noch über „unternehmerische Initiative“ durchgesetzt, sondern mittels staatlicher Subventionen, Steuererleichterung, Förderung von Forschung und Entwicklung usw. Auch die wenigen Anzeichen einer leichten Verbesserung der Umweltsituation, wie sie sich etwa am Rhein und am Bodensee feststellen lassen, gehen nicht auf „marktwirtschaftliche“ Anreizsysteme zurück, sondern auf öffentliche Investitionsprogramme in Milliardenhöhe wie in jüngster Zeit das Programm für Zukunftsinvestitionen, mit dessen Hilfe die Bundesregierung die Umweltschutzaufwendungen konjunkturpolitisch instrumentalisieren wollte.³⁴

So ist es nur logisch, wenn der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in seinem Jahresbericht 1978 forderte, nun auch verbal vom „Verursacherprinzip“ abzugehen und statt dessen vom „Gemeinlastprinzip“ zu sprechen.³⁵ Die Anwendung des „Gemeinlastprinzips“ wurde erstmals auf dem berühmt-berüchtigten „Gymnicher Gespräch“ im Juli 1975 ernsthaft in Erwägung gezogen, als Wirtschaftspolitiker, Vertreter der Unternehmer-Verbände und Umweltschützer angesichts der Wirtschaftskrise über eine konjunkturpolitische Instrumentalisierung der Umweltschutzaufwendungen berieten. Später ging dann der Umwelt-Sachverständigenrat in seinem Gutachten von 1978 ausführlich auf die Beziehungen zwischen dem Verursacher- und dem Gemeinlastprinzip ein, wie sie sich für ihn darstellen.

Der SR-U weist hier darauf hin, der Vollzug der Umweltpolitik sei durch die Rezession in der Mitte der 70er Jahre erschwert worden. Dabei sei es zu einem „Aufweichen“ des Verursacherprinzips gekommen, und das Gemeinlastprinzip habe sich zunehmend in den Vordergrund geschoben. Nun zeichne sich aber der Übergang zu einer „dritten Phase“ der Umweltpolitik ab: „... hier wird Umweltschutz — frei von Euphorie und wirtschaftspolitischem Pessimismus — stärker als Langfristpolitik verstanden und unter diesen langfristigen Perspektiven auch als integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik

33 W. Meißner/E. Hödl, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes, in: Berichte des Umweltbundesamtes Nr. 3/1977.

34 Vgl. E. Gärtner, Ökologie und Umweltkrise in der BRD. Beitrag zur Tagung des IMSF „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen“, März 1980. Erscheint demnächst in: IMSF (Hg.), Technik — Umwelt — Zukunft, Frankfurt/M. 1980.

35 Jahresbericht 1978 des Deutschen Industrie- und Handelstages, Bonn 1978.

aufgefaßt. Der Umweltpolitik wird dabei vor allem die Aufgabe zuteil, die qualitative Basis für künftiges quantitatives Wachstum zu sichern. (...) Damit verbunden wird ein verstärkter Zwang zur Integration mit anderen politischen Teilbereichen und ihren Zielen; dieser hat wiederum folgerichtig die Tendenz verstärkt, nicht mehr dogmatisch auf der Position des reinen Verursacherprinzips zu verharren.³⁶

Das Gemeinlastprinzip könne zum ergänzenden Bestandteil einer „ökonomisch rationalen Umweltpolitik“ werden, wenn es als zusätzliches Anreizinstrument mit verursachergerechten Abgablösungen verbunden werde. Auch unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Effizienz könne die Anwendung des Gemeinlastprinzips erforderlich werden, wenn das Verursacherprinzip politisch nicht durchsetzbar sei. Schließlich seien Maßnahmen nach dem Gemeinlastprinzip unter dem Gesichtspunkt einer „gesamtpolitischen oder Systemrationalität“ dann sinnvoll, „wenn sie zu einer Minderung von Ziel- und Interessenkonflikten beitragen ...“.³⁷ Eine Verbindung von Verursacher- und Gemeinlastprinzip sei schon deshalb notwendig, weil mit dem Vermeidungskostenansatz ohnehin nur ein Teil der gesamten Umweltkosten in die unternehmerische Kostenrechnung eingebracht werden könne.³⁸ Über diese Kombination könnten auch die infolge der Anwendung des Verursacherprinzips zu erwartenden Wettbewerbsverzerrungen ausgeräumt werden.

Dieser Vorschlag läuft in der Realität allerdings genau auf die oben bereits herausgearbeitete monopolistische Aneignung gesellschaftlich reproduzierter Naturpotentiale hinaus. Die Anwendung des Verursacherprinzips kann ja nur deshalb Konkurrenzpositionen verschieben, weil die verschiedenen Zweige der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion die Umwelt unterschiedlich stark belasten. Nicht zufällig sind die am stärksten umweltbelastenden Branchen auch die mit den im langjährigen Durchschnitt höchsten Profitraten und dem höchsten Monopolisierungsgrad. So müßten nach Berechnungen des Battelle-Instituts die Zweige Chemie, Steine und Erden, Eisen und Stahl sowie NE-Metalle allein etwa 80 Prozent der industriellen Umweltschutzinvestitionen vornehmen.³⁹ Der Abbau dieser „Wettbewerbsverzerrungen“ durch die Anwendung des Gemeinlastprinzips ist gleichbedeutend mit der staatlichen Anerkennung und Festschreibung der monopolistischen Naturaneignung dieser Industriezweige.

Außerdem meint der Sachverständigenrat, für eine konjunkturpolitische Instrumentalisierung der Umweltschutzaufwendungen sei nur die Anwendung des Gemeinlastprinzips, nicht aber des Verursacherprinzips geeignet, da dieses zu betrieblichen Kostensteigerungen führe und das Beschäftigungsproblem verschärfe.⁴⁰ Er schließt sich hier den Argumenten an, mit denen das „mehrjährige öffentliche Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge“ (Zukunftsinvestitionsprogramm) der Bundesregierung vom März 1977 begründet wurde. Durch das Arbeitsplatzargument, d. h. in der Praxis die glatte Erpressung „Umweltschutz oder Arbeitsplätze“, wurden auch die Gewerkschaften veranlaßt, sich stark zu machen für die Verabschiedung und Realisierung

36 Vgl. Anm. 15, S. 523.

37 Ebenda, S. 536

38 Ebenda, S. 549.

39 Schätzungen der monetären Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen bis zum Jahre 1980, durchgeführt für das Bundesministerium des Innern durch das Battelle-Institut, in: Berichte des Umweltbundesamtes Nr. 1/1976.

40 Vgl. Anm. 15, S. 554.

dieses Programms;⁴¹ denn sie sahen darin die Gelegenheit zu beweisen, daß der Umweltschutz Arbeitsplätze schafft und daß die Unternehmungsklagen von einem „Investitionsstau“ infolge von Umweltschutzaufgaben unbegründet sind. Die beschäftigungsfördernde Wirkung der Umweltschutzausgaben war schon 1976 in einem vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Gutachten der Wirtschaftswissenschaftler *Meißner* und *Hödl* errechnet worden.⁴²

Inzwischen ist es unter allen führenden Politikern der etablierten Parteien zu einem Konsens darüber gekommen, im Rahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ sei eine Harmonie zwischen Wirtschafts- und Umweltpolitik möglich. Das stimmt insofern, als beide Politikbereiche zur Zeit eindeutig dem gleichen Ziel, der Steigerung der Monopolprofite, dienen. So schloß sich nun auch der Generalsekretär der CDU, *Heiner Geissler*, auf der Fachtagung der CDU unter dem Titel „Lebenswerte Zukunft“, die nicht zufällig zeitlich beinahe zusammenfiel mit der SPD-Tagung „Ökonomie-Ökologie-Umweltpolitik“, im März 1979 der Ansicht des Umwelt-Sachverständigenrats an, in der Umweltdiskussion seien bisher zu sehr die Kosten betont worden, während die „positiven ökonomischen Wirkungen des Umweltschutzes“ vernachlässigt worden seien.⁴³

8. Systemerhaltung statt „ökologisch-systemarer“ Umweltpolitik

Bei dieser einhelligen Befürwortung des Gemeinlastprinzips kann aber die Frage nach der Verteilung der Umweltschutzkosten zwischen den Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft nicht lange unterdrückt werden. Nach *Heiner Geissler* erfordert eine „lebenswerte Zukunft“ einen „neuen sozialen Ausgleich nicht nur zwischen den sozialen Gruppen, sondern auch zwischen den organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen den Generationen und nicht zuletzt zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Eine lebenswerte Zukunft erfordert ein neues Verständnis einer über den Einzelinteressen stehenden gemeinwohlorientierten Politik, eine Politik im Sinne des ökologischen Imperatives, die auch auf diejenigen hört, die ohne Stimme sind: die stumme ausgebeutete Natur, die Menschen, die noch nicht geboren sind, und jene, die nach uns leben werden, und nicht zuletzt die armen Länder.“⁴⁴

Bundesinnenminister *Baum* begründet die neue Phase der Umweltpolitik, die mit dem „Aktionsprogramm Ökologie“ eingeleitet werden soll, zwar nicht mit solch sozialer Demagogie; aber die in allen seinen Reden auftauchende Forderung nach einem „Vorrang marktwirtschaftlicher Formen“⁴⁵ der Umweltpolitik (während längst die Sozialisierung der privatkapitalistisch verursachten Umweltschutzkosten praktiziert wird) sowie seine Verteidigung des Abwasserabgabengesetzes (des einzigen Umweltschutzgesetzes, das zumindest verbal dem Vermeidungskostenansatz des „Verursacherprinzips“ entspricht) gegenüber der CDU-Mehrheit im Bundesrat dienen letztlich dem gleichen Zweck: davon abzulenken, daß auch die herrschende Umweltpolitik Klassenkampf von oben ist.

41 Vgl. H. Tofaute, Ergebnisse der Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung, in: WSI-Mitteilungen Nr. 8/1978, S. 462 ff.

42 Vgl. Anm. 33.

43 H. Geissler, Keine Gegensätze: Wirtschaftliche Freiheit und Schonung der Umwelt, in: U — das technische Umweltmagazin Nr. 4/1979, S. 20.

44 Ebenda.

45 Vgl. Anm. 1, 2.

Es ist nicht zu erwarten, daß die „ökologisch-systemare Perspektive“, die der Umweltpolitik der BRD schon zu Beginn abhanden ging, durch das angekündigte „Aktionsprogramm Ökologie“ zurückgewonnen wird; denn die Denkverbote, die der offiziellen Interpretation des „Verursacherprinzips“ von Anfang an inhärent waren, sind inzwischen durch die Praxis der Berufsverbote für kritische Wissenschaftler und Lehrer noch verschärft worden. Die Regierungsparteien haben seit 1972/73 zugunsten der Förderung der Expansion weniger Großkonzerne mehr oder weniger bewußt auf eine weiterblickende Technologie- und Strukturpolitik verzichtet.⁴⁶ Während mit dem Umweltprogramm ursprünglich immerhin noch wirtschaftsstrukturelle Veränderungen im Sinne einer Schrumpfung stark umweltbelastender Sektoren und einer Ausweitung umweltneutraler bzw. umweltkonformer Aktivitäten bewirkt werden sollten, geht der für den Umweltschutz verantwortliche Minister inzwischen ausdrücklich davon aus, an den bestehenden Disproportionen werde sich nichts ändern.⁴⁷

Die angekündigte „dritte Phase“ der Umweltpolitik wird, sofern die Bevölkerungsmehrheit keine Änderungen erzwingt, keine „ökologisch-systemare Perspektive“ eröffnen, sondern noch stärker dem Ziel der Systemerhaltung um jeden Preis untergeordnet werden, wie das der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen im Schlußkapitel seines Umweltgutachtens 1978 bereits deutlich ausgedrückt hat: „Umweltpolitik wird in Zukunft nicht als isolierte Ökologiepolitik, sondern stärker als Bestandteil der gesellschaftlichen Stabilitätspolitik verstanden und betrieben werden müssen. Eine zu hohe Eingriffsintensität der Umweltpolitik gefährdet nämlich die soziale Stabilität durch die damit verbundenen wirtschaftlichen Zieleinbußen ebenso wie ein zu geringes Maß an Umweltschutz. Gerade deshalb muß die Umweltpolitik stärker als bisher einem schrittweisen politischen Abstimmungsprozeß mit ökonomischen und anderen Zielen unterzogen werden, deren Erreichung ebenfalls eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität darstellt.“⁴⁸

9. Ansätze eines antimonopolistischen Ökologiekonzepts

Es ist allerdings fraglich, ob die vom Sachverständigenrat beklagte Polarisierung der umweltpolitischen Auseinandersetzungen zwischen „Grünen“ und „Technokraten“ durch verbale Annäherungsversuche und harmonistische Staatsmetaphysik überwunden wird. Der Umwelt-Sachverständigenrat weist selbst darauf hin, daß das „Verursacherprinzip“ beträchtlichen Teilen der Bevölkerung gegenüber nicht mehr in der Lage ist, die ihm zugeordnete Ablenkungs- und Verschleierungsfunktion auszuüben. Er befürchtet, das Verursacherprinzip stehe in Gefahr, „zu einem allgemeinen Alibibegriff zu werden, unter den alle speziellen Steuerungsabsichten und Einzelmaßnahmen gefaßt werden können.“⁴⁹ Dadurch sei es zwar sicher gut geeignet, Konflikte und Interessengegensätze zu verwischen. Auf der anderen Seite sehe die Bevölkerung jedoch die Belastung der Verursacher analog zur Haftung für Schäden oder zur strafrechtlichen Verantwortung. Sie erwarte

46 Vgl. u. a. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF Nr. 1, 1978, S. 9 ff.

47 Vgl. Anm. 1.

48 Vgl. Anm. 15, S. 575.

49 Ebenda, S. 523.

von der Anwendung des Verursacherprinzips eine für sie folgenlose Übernahme der Umweltschutzkosten durch die primären Verursacher der Umweltschäden.⁵⁰

Auch der DGB interpretierte das Verursacherprinzip in seinem Umweltprogramm von 1974 als „Herstellerverantwortlichkeit“.⁵¹ Im Unterschied zu den oben zitierten Umwelt-„Sachverständigen“ knüpft dieses Programm am Konzept der „sozialen Kosten“ an, wie es von K. W. Kapp formuliert wurde, d. h., es wendet nicht nur den Begriff, sondern nimmt auch die mit ihm verbundenen kritischen Implikationen auf.

Im Hauptwerk *Kapps* bezieht sich der Begriff der Sozialkosten „auf alle diejenigen negativen Effekte und Verluste, die dritte Personen oder die Allgemeinheit als Folge der Produktion zu tragen haben und für die der Unternehmer nicht ohne weiteres belangt werden kann“.⁵² Im Unterschied zu den „Umwelt-Sachverständigen“, die sich zu Unrecht auf ihn berufen, erklärt Kapp ausdrücklich: „Die grundsätzlichen Ursachen der Sozialkosten liegen im Profitstreben mit der Minimierung der privaten Produktionskosten.“⁵³ Er wendet sich im Vorwort zur amerikanischen Neuauflage seines Buches von 1971⁵⁴ und in neueren Veröffentlichungen⁵⁵ ausdrücklich gegen Konzepte der „Internalisierung“ der „Externalitäten“ über den Markt, sondern leitet jene „systemare Perspektive“ ab, die der sozial-liberalen Umweltpolitik von vornherein fehlte. Das Auftreten von Umweltzerstörung zwingt dazu, sich die Frage zu stellen, „ob die profitorientierten Investitionskriterien nicht grundlegender Berichtigung bedürfen. Das Auftreten von Sozialkosten läßt uns an sämtlichen Entscheidungsmechanismen zweifeln, denen privatwirtschaftliche Kosten- und Ertragsrechnungen zugrunde liegen, wobei die Entscheidungen über die Wahl der Technik, der Produktionsfaktoren sowie über die zu produzierenden Güter und Dienstleistungen in dieser kritischen Aussage eingeschlossen werden. (...) Eine wirksame Inangriffnahme des Umweltproblems besteht nicht in *Abhilfe*-, sondern in *Präventivmaßnahmen*.“⁵⁶

Kapps Ansatz ist sicher nicht revolutionär, sondern ausgesprochen reformistisch. Sehr viel radikaler sind die Schlußfolgerungen, die der amerikanische Ökologe *Barry Commoner* aus *Kapps* Sozialkostenkonzept zog: „Das wirkliche Problem besteht darin, herauszufinden, welche Art wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnung am besten geeignet ist, als Partner in dem Bündnis mit der Natur zu dienen.“⁵⁷ *Commoners* Buch hat allerdings die Umweltdiskussion in der BRD weniger beeinflusst als es verdient hätte. Das dürfte zumindest teilweise dem entstellenden Titel zuzuschreiben sein, unter dem es hier veröffentlicht wurde. Jedenfalls zeigen die Schlußfolgerungen *Commoners*, daß sich aus *Kapps* Ansatz eine antimonopolistische Strategie ableiten läßt, wenn man ihn von Inkonssequenzen befreit.

Kapps eigene umweltpolitische Schlußfolgerungen erinnern sehr an das „Gemeinlast-

50 Ebenda, S. 452 f.

51 DGB-Bundesvorstand, Umweltprogramm des DGB, S. 30.

52 K. W. Kapp, *Soziale Kosten der Marktwirtschaft*, Frankfurt/M. 1979, S. 10.

53 Ebenda, S. 11.

54 Ebenda, S. XVIII.

55 K. W. Kapp, *Umweltkrise und Nationalökonomie*, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Br. 108/1972, S. 231 ff.; abgedruckt in: H. Siebert (Hrsg.), *Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung*, Darmstadt 1979, S. 140 ff.; vgl. auch Anm. 58.

56 Vgl. Anm. 52, S. XIX f.

57 B. Commoner, *Wachstumswahn und Umweltkrise*, München-Gütersloh-Wien 1973, S. 258; der amerikanische Originaltitel des Buches lautet: *The Closing Circle — Nature, Man and Technology*.

prinzip", unterscheiden sich jedoch von dessen augenblicklicher Auslegung seitens der Unternehmerverbände und der etablierten Parteien durch die Einbettung in ein Konzept der Demokratisierung der Wirtschaft. Außerdem geht Kapp von vornherein von der unterschiedlichen Betroffenheit der gesellschaftlichen Klassen und Schichten durch die Umweltprobleme aus und unterstreicht die überragende Bedeutung der Arbeitsumwelt. Er fordert „die systematische, quantitative Erfassung der ökologischen Grundzusammenhänge und ihrer Gefährdung durch spezifische Techniken“, die „Erarbeitung von Umweltnormen oder Standards als praktische Ziele einer gesamtwirtschaftlichen Umweltpolitik“, die „bewußte gesellschaftliche Lenkung der Wissenschafts- und Forschungspolitik zum Zweck der Umweltkontrolle“, die „Entwicklung von wirksamen wirtschaftspolitischen Instrumenten zur Verwirklichung der Umweltziele“ sowie die „Ergänzung bzw. Substituierung der privatwirtschaftlichen durch eine gesamtwirtschaftliche Kostenrechnung . . . zunächst in realen Größen, das heißt in physischen Schädwirkungen“.⁵⁸

Ausgehend von Kapps Sozialkostenkonzept sind also zwei politische Linien möglich: einmal die, die Kapp selbst, bei aller Zurückhaltung hinsichtlich konkreter politischer Orientierungen, befürwortet hat, und auf der anderen Seite die weitergehende Interpretation der „sozialen Kosten“ als Ausdruck des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung und Verfügung, wovon sich die Forderung nach der Ausarbeitung einer „ökologisch orientierten politischen Ökonomie“ ableitet, deren theoretische Überlegungen und praktische Schlußfolgerungen nicht am „Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft“ haltmachen.

In der gewerkschaftlichen Umweltdiskussion sind beide Linien vertreten, was zu einer „Inkonsistenz der Gesamtargumentation“ im Umweltprogramm des DGB geführt hat.⁵⁹ Es heißt hier unter anderem: „Der Anspruch der Arbeitnehmer auf humane Arbeits- und Lebensbedingungen kann nur dann erfüllt werden, wenn qualifiziertes Wachstum unter Sicherung des ökologischen Gleichgewichts erfolgt. Dieses Ziel verbietet es, die Umweltpolitik allein dem arbeitsteiligen Wirtschaftsprozeß, dem Markt als Koordinator und einem lediglich reagierenden Staat zu überlassen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist vielmehr der Ausbau gesamtwirtschaftlicher Planung und Steuerung. An die Stelle eines lediglich auf Bedrohung und Zerstörung reagierenden Umweltschutzes muß eine vorausschauende Umweltgestaltung treten.“⁶⁰ Das sei nur möglich, wenn das Verursacherprinzip „in ein übergreifendes Konzept der Planung und Steuerung der gesellschaftlichen, technischen und ökonomischen Entwicklung eingebettet“ werde.⁶¹ „Zu der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen müssen Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften im gesamtwirtschaftlichen Bereich treten. (. . .) Die zunehmend dringlicher werdende Verknüpfung von Umweltplanung und Investitionslenkung wird ein wichtiges Handlungsfeld für die vom DGB geforderten Wirtschafts- und Sozialräte sein.“⁶²

Während sich das Programm hier eindeutig für direkte Eingriffe in die Gebrauchswert-

58 K. W. Kapp, *Ökonomie der Umweltgefährdung und des Umweltschutzes*, in: *Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall vom 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen, Frankfurt/M.* 1973, S. 26 ff.

59 K. Krusewitz, *Konservative Umweltpolitik der Gewerkschaften?*, in: *Das Argument* Nr. 118/November-Dezember 1979, S. 797 ff.

60 Vgl. Anm. 51, S. 35.

61 Ebenda, S. 33.

62 Ebenda, S. 24.

struktur der Produktion ausspricht, begnügt es sich im Abschnitt „Grundzüge der gewerkschaftlichen Umweltpolitik“⁶³ mit einer indirekten staatlichen Rahmenplanung, auf die die Gewerkschaften durch „kritische Mitarbeit“ Einfluß nehmen müßten. Insofern konnte auch die Unterstützung des Zukunftsinvestitionsprogramms mit dem Umweltprogramm des DGB gerechtfertigt werden, obwohl es sich an anderer Stelle ausdrücklich gegen das „Geschäft mit der Umwelt“ ausspricht.⁶⁴ Diese Widersprüche zwischen dem diagnostischen Teil des Programms und einigen seiner praktischen Orientierungen gehen darauf zurück, daß ihm keine konsistente Gesellschaftstheorie zugrunde liegt.⁶⁵

Das trifft in noch stärkerem Maße zu für den „Forderungskatalog“, den der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) im Juni 1979 für ein von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Vorbereitung des „Aktionsprogramms Ökologie“ veranstaltetes Hearing vorlegte. Der BBU möchte mit der Vorlage dieses Katalogs „Markierungspunkte setzen, an denen nach Meinung der Bürgerinitiativen die Trennlinie zwischen technokratischer Umweltkosmetik und einer konsequenten Umweltschutzpolitik verläuft.“⁶⁶

Da dieser Forderungskatalog, entsprechend dem Selbstverständnis der Bürgerinitiativen, aber bewußt unpolitisch bzw. vopolitisch bleibt, d. h. die Machtfrage, wenn überhaupt, mit weitaus geringerer Deutlichkeit stellt als das Umweltprogramm des DGB, könnten viele seiner Einzelaussagen ohne weiteres in das vom Bundesinnenminister bestellte „Aktionsprogramm Ökologie“ aufgenommen werden, so etwa folgender „ökologische Leitgedanke“: „Die Zielsetzung einer ökologischen Wirtschaft kann nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen im Bereich des technischen Umweltschutzes erreicht werden, sondern nur, wenn die Erfordernisse der Ökologie Grundlage der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden.“⁶⁷

Differenzen zu den „grünen“ Bekenntnissen *Baums* und Annäherungen an das Umweltprogramm des DGB ergeben sich dort, wo der Katalog sich (unausgesprochen) auf den Sozialkostenansatz *Kapps* bezieht (der inzwischen, preisgünstig vermarktet in der Reihe „Fischer-Alternativ“, von den „Grünen“ als Klassiker entdeckt wurde): „Die heutige Form der Marktwirtschaft ist zur Lösung der anstehenden Probleme nicht mehr in der Lage. Die Prinzipien der Marktwirtschaft führen zu einer zunehmenden Zentralisierung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Die Marktwirtschaft ist auf eine ständige Erhöhung der Produktion angelegt. Verschiedene Krisen sind nicht nur negative Auswirkungen und Randerscheinungen, sondern geradezu Bedingungen zum Funktionieren dieses Systems.“⁶⁸ Die Schlußfolgerungen aus dieser Einsicht bleiben im Rahmen der reformistischen Auslegung des Sozialkostenkonzepts: langfristig orientierte Rahmenplanung und Strukturpolitik, Demokratisierung der Wirtschaft, gezielte Steuerpolitik, Untertordnung der betriebswirtschaftlichen Kalkulation unter eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung, Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede, Auslegung des Verursacherprinzips im Sinne der strafrechtlichen Verantwortung.⁶⁹

63 Ebenda, S. 20 ff.

64 Ebenda, S. 17.

65 Vgl. Anm. 59, S. 807.

66 Forderungskatalog des BBU für ein ökologisches Gesamtkonzept in der BRD, Vorwort.

67 Ebenda, S. 3.

68 Ebenda, S. 6.

69 Ebenda, S. 6 f.

Auch der große Stellenwert, den der Katalog der Arbeitsumwelt und dem Beschäftigungsproblem einräumt⁷⁰, dürfte ein Zusammengehen der Bürgerinitiativen mit den Gewerkschaften in den umweltpolitischen Auseinandersetzungen fördern. Differenzen zu den Orientierungen der Arbeiterbewegung ergeben sich hingegen aus der Forderung nach dezentralisierter Kleinproduktion und der totalen Absage an die Kernenergie.⁷¹ Viele der Forderungen bleiben auf der technischen Ebene. Sie können deshalb leicht von den Vertretern der monopolhörigen Umweltpolitik aufgegriffen und sowohl in staatliche Technologieförderungsprogramme als auch in verbale Anbiederungsversuche an die Bürgerinitiativbewegung integriert werden.

Aber die weitgehenden Abrüstungsforderungen⁷² des Katalogs werden sich sicher nicht in den Ökologiekonzepten etablierter Parteien wiederfinden. Das gilt auch für die Forderungen zum Chemikaliengesetz. Wie die Gewerkschaften, insbesondere die IG Chemie, fordert der BBU, die Toxizitätsprüfungen von der projektierten Produktionsmenge unabhängig zu machen und auch die bereits auf dem Markt befindlichen Stoffe einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

Weite Teile des Forderungskatalogs des BBU können also zur Formierung einer geschlossenen antimonopolistischen Front in den anstehenden umweltpolitischen Auseinandersetzungen, insbesondere im Kampf um ein wirksames Chemikaliengesetz, beitragen (der selbst vom Umwelt-Sachverständigenrat kritisierte Regierungsentwurf⁷³ wird von Bundesinnenminister *Baum* bereits als Beispiel für die „ökologisch-systemare“ Umorientierung der sozial-liberalen Umweltpolitik angeführt). Der Forderungskatalog des BBU zeigt also trotz der vopolitischen Ebene, auf der er sich (bewußt) bewegt, eine Reihe von Konflikten auf, deren Austragung den mit der Erarbeitung des „Aktionsprogramms Ökologie“ beabsichtigten Anbiederungsversuch an die ökologisch motivierte Oppositionsbewegung zum Scheitern verurteilen muß.

Darüber darf man aber nicht vergessen, daß ausgehend vom Forderungskatalog des BBU noch ein beachtlicher Weg zurückzulegen bleibt, um zu einem Ökologiekonzept zu gelangen, das konsequent an den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse ansetzt.⁷⁴

70 Ebenda, S. 23 ff.

71 Ebenda, S. 8 ff.

72 Ebenda, S. 26 f.

73 Vgl. Umweltchemikalien. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen. Stellungnahme des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, in: Umweltbrief 19/17, September 1979.

74 Ein erster Versuch auf diesem Wege: E. Gärtner, Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt/M. 1979.

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Qualifikationsentwicklung

Frigga Haug

I. „Theoretisch scharfsinnig, aber empirisch unsolide“ — II. Wissenschaftlich-technische Revolution oder wissenschaftlich-technischer Fortschritt? — III. Was neu ist.

Der vorgegebene Titel* meines Beitrags enthält mehrere Begriffe, die umstritten sind. Warum sollte man über Begriffe streiten? Ist dies nicht eine akademische Spielerei, die ablenkt von wirklich relevanten praktischen Fragen? Die Frage muß verneint werden: Begriffe sind selber ein Programm, sind Handlungsanweisungen für die politische Praxis, von ihrer richtigen Fassung hängt ab, welchen Weg man gehen wird, welcher Strategie man folgt.

Nehmen wir den Begriff „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt“. Er stellt nicht nur offenbar den Sprachkonsens in den verschiedenen in diesem Band versammelten Beiträgen dar, er ist auch das Ergebnis eines Beitrages von *Lothar Peter*, der eine scharfe Kritik an den Positionen des ‚Projekts Automation und Qualifikation‘ enthält und auf den meine Ausführungen eine Entgegnung darstellen.

I. „Theoretisch scharfsinnig, aber empirisch unsolide“

Der abfertigende Ton, in dem *Peters* Kritik gehalten ist, macht mutlos, oder er verführt denjenigen, der dennoch das Voranschreiten nicht aufgeben will, zur Polemik. *Peter* wirft dem Projekt vor, Widersprüche zu mißachten, einen Kapitalstandpunkt einzunehmen, „projektiv“ und „selektiv“ vorzugehen — lauter Aburteilungen, deren Widerlegung die Diskussion um die Folgen der Automation kaum voranbrächte. Sein Haupteinwand: „Die von der Projektgruppe prononciert vorgetragene These (Automation führt zu Höherqualifikation, F. H.) stützt sich mehr auf Ergebnisse einer teilweise scharfsinnigen und zutreffenden theoretischen und methodischen Kritik einschlägiger Studien zum Thema als auf solide empirische Befunde, die allenfalls in der Form illustrativer Hinweise auf Beispiele hochqualifizierter anspruchsvoller Automationsarbeit verstreut über verschiedene Publikationen beigebracht werden.“ Der Satz scheint gerecht, bescheinigt er doch Scharfsinnigkeit, bevor er kritisiert. Dadurch übersieht man leicht, daß er praktisch den sehr plumpen Versuch darstellt, durch reine Stimmungsmache die Arbeiten des ‚Projekts‘ aus der Diskussion zu nehmen. Da wir meinen, daß zur Wissenschaft und zu der durch sie gestützten Politik bestimmte Formen der Auseinandersetzung gehören, die niemals unterschritten werden sollten, seien einige Bemerkungen zum oben zitierten Satz erlaubt. Der Leser gewinnt den Eindruck, als ob es sich bei den Arbeiten des Projekts um „unseriöse“ Dinge handle. Dieser Eindruck kommt zustande durch mehrere Wendungen: die Befunde wurden „verstreut über verschiedene Publikationen beigebracht“. Was ist eigentlich gegen die Tatsache, daß mehr als nur ein Text veröffentlicht wurde, zu sagen? *Peter* gibt

zu verstehen, daß er mehrere gelesen hat, und es gelingt ihm im gleichen Satz, den durch nichts abgestützten Eindruck zu vermitteln, daß die Publikationstätigkeit des Projekts *nicht systematisch* sei — eben ziellos verstreut, ohne daß er dies so genau aussprechen muß. Er verschweigt, daß die einzelnen Arbeiten des Projekts überhaupt nicht das Ziel verfolgen, empirische Befunde zu verstreuen, sondern jeweils verschiedene umstrittene Fragen im Gesamtfeld des mit den Begriffen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse umrissenen Komplexes diskutieren.

Zuvor aber spricht er seine Vorbehalte scheinbar deutlicher aus: Das ‚Projekt‘ stütze seine These nicht „auf solide empirische Befunde“. Der Bannstrahl, mit dem die bürgerlichen Wissenschaftler lange schon die Marxisten aus der Wissenschaft exkommunizierten — was bedeutet er, wenn Marxisten ihn gegen Marxisten schleudern? Zweifellos soll auch hier eine Zensur erteilt, Untauglichkeit bescheinigt werden.

Aber was ist eigentlich „eine solide empirische Basis“? Leider gibt *Peter* dafür keine Maßstäbe an, gibt nur zu verstehen, daß *Kern* und *Schumann* oder auch das *Göttinger SOFI* trotz „methodischer Vorbehalte“ hier doch vertrauenswürdiger seien. Was ist aber eine Empirie, gegen die man methodische Vorbehalte hat, bzw. was für Vertrauen verdienen da die Ergebnisse? Aber die Sache kommt noch schlimmer. *Peter* gibt in seinem Satz zu verstehen, daß die These „Automation führt zu Höherqualifikation“ solide empirisch hätte untermauert werden müssen, als ob marxistische empirische Forschung in der Verifikation von Thesen bestünde!

Tatsächlich werden unsere „empirischen“ Bände, mit den Ergebnissen aus der Untersuchung an vielen 100 Arbeitsplätzen keineswegs den Beleg für soundso viele Höherqualifikationen bringen. Unsere „These“ ist vielmehr — wie das in marxistischer Forschung üblich ist — *historisch* abgeleitet, in empirischem Nachvollzug der Geschichte der Arbeitstätigkeiten (hierzu liegt ein Buch vor) und dient zur Bestimmung veränderter *Bedingungen*, in denen die wirklichen Kämpfe stattfinden. Die tatsächlichen Lösungen, die Arbeiter und Unternehmer in der wirklichen Produktion tagtäglich hervorbringen, haben wir untersucht. Hierzu haben wir keine „These“ vorweg formuliert, eben weil wir die veränderten Praxen erst erforschen mußten, die lebendige Geschichte sind, keine Verwirklichung von Gesetzen.

Unnötig fast, auf die dritte Unterstellung in einem einzigen Satz einzugehen, wir hätten die oben angeführte ominöse These aus „scharfsinniger Kritik einschlägiger Studien“ gewonnen, statt empirisch. Zwar erweckt diese Sequenz beim Leser den Eindruck, es handle sich beim Projekt um lauter Intellektuelle des sattsam bekannten Typs von Kritikastern, die nichts Praktisches tun, wenn sie es auch beim Kritisieren zu einiger Meisterschaft bringen; übergangen wird dabei, daß wir die These eben nicht metatheoretisch entwickelten, sondern historisch und ferner, daß die Kritik vorliegender empirischer Untersuchungen der Entwicklung von *Kategorien* für unsere eigene Untersuchung diene.¹

1 Das Projekt *Automation und Qualifikation* veröffentlichte bisher: eine sekundärstatistische umfangreiche Arbeit zur Ausbreitung von Automation in der BRD mit einem historischen Teil (Das Argument, Berlin-West/Karlsruhe, Sonderband 7 — AS 7, *Automation in der BRD*); eine historische Arbeit zu „Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung“ (AS 19), die die Einsichten der Kritischen Psychologie so zu verarbeiten sucht, daß die bisher in der üblichen Technikgeschichte nur erahnbare Geschichte der Entwicklung der menschlichen Arbeitstätigkeiten schreibbar wird. Der Band endet mit der Vorstellung des empirischen Fragebogens, mit dem das Projekt in 68 Betrieben gearbeitet hat; ein dritter Band (AS 31) „Theorien über Automationsarbeit“ setzt sich mit vorliegenden Studien über Automation auseinander, um

Aber lassen wir die Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorwürfen Peters an uns, die hier dazu dienen sollte, bestimmte Umgangsformen für wissenschaftliche Diskussionen zu fordern, und wenden uns dem Grund zu, der das Unbehagen hervorrief, das Peter zu solcher Abfertigung unserer Arbeit veranlaßte. Der Grunddissens, um den es sich zu streiten lohnt, besteht m. E. in einer Auffassung, die im Begriff des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ bzw. dem, der dabei nicht gesagt wird, „wissenschaftlich-technische Revolution“, deutlich wird.

II. Wissenschaftlich-technische Revolution oder wissenschaftlich-technischer Fortschritt?

In seinem 1954 erstmals veröffentlichten Werk „*Science in history*“ schlägt J. D. Bernal für die Benennung der revolutionären Umwälzungen in Industrie und Landwirtschaft im 20. Jahrhundert den Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ vor.² „Bedenkt man noch die plötzliche Beschleunigung der gesamten wissenschaftlichen Arbeit und ihrer Anwendung von der Kernspaltung und vom Fernsehen bis zur Herrschaft über Krankheiten, dann sollte man meinen, es habe niemals eine wissenschaftliche Revolution gegeben, wenn das keine ist.“³ Der Begriff setzte sich in der DDR relativ schnell durch, während insbesondere von konservativer, aber auch liberaler Seite in den kapitalistischen Ländern hartnäckig vom „Wandel“ die Rede war, von „Fortschritt“ oder „Veränderung“ und Produktivkraftentwicklung in „Stufen“ gedacht werden sollte.⁴

Daß für konservative Kreise die Vorstellung einer Revolution in den Produktivkräften, also einer Umwälzung der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß auf keinen Fall begrüßenswert ist, liegt auf der Hand. Warum aber wird von Lothar Peter vorgeschlagen, den Revolutionsbegriff in diesem Fall durch den unbestimmteren des Fortschritts zu ersetzen? Er schreibt zunächst über die Mikroprozessoren: „Diese Veränderungen, deren Anfang vor etwa fünf bis zehn Jahren liegt, sind so enorm, daß sich der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, veranlaßt sah, von einer ‚dritten industriellen Revolution‘ zu sprechen. Nach meiner Auffassung handelt es sich jedoch nicht um eine ‚dritte industrielle Revolution‘, sondern um eine neue Stufe im Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, dessen ungehinderte Entfaltung innerhalb der Schranken des Privateigentums der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist. Der Begriff der ‚dritten indu-

tragfähige Kategorien für empirische Untersuchungen zu entwickeln. Der Band enthält eine Übersicht über alle bisher veröffentlichten Studien zur Automationsarbeit mit Angaben über die Hauptfragestellungen, den Untersuchungsbereich, den zugrunde liegenden technologischen Stand, Zeitpunkt der Untersuchung und Geldgeber sowie eine Angabe über die behaupteten Folgen für die Qualifikation der Produzenten. — Einzelsstudien befassen sich mit der Druckindustrie, der öffentlichen Verwaltung, der Forschungsförderung, Folgen für die Schulerziehung, der Computeranwendung beim Konstruieren; in meinem, im Argument 111 (1978) veröffentlichten Habilitationsvortrag versuche ich Maßstäbe zu formulieren für eine marxistische empirische Sozialforschung. In verschiedenen Zeitschriften und Sammelwerken veröffentlichten wir mehr als 20 Aufsätze, die im einzelnen aufzuführen hier zu viel Umfang einnehmen würde. Vgl. dazu die Bibliographie in: Forum Kritische Psychologie 6, Berlin/West 1980. Zwei empirische Bände und ein Handbuch für Gewerkschaften sind in Vorbereitung.

2 J. D. Bernal, Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin/DDR 1961, S. 883.

3 Ebenda.

4 So etwa in der berühmten Studie des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft, RKW: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1972.

striellen Revolution' unterstellt — ähnlich wie die schon während der zwanziger Jahre von sozialdemokratischer Seite benutzte Formel der ‚zweiten industriellen Revolution‘ —, daß auf der Basis der gegebenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse beliebig viele Umwälzungen der Produktivkraftstruktur stattfinden können, ohne daß es notwendigerweise zur antagonistischen Zuspitzung in der Beziehung der Produktivkräfte zu den Produktionsverhältnissen kommen müsse. Zumindest legt der Begriff der ‚dritten industriellen Revolution‘, wie er von Eugen Loderer dargestellt wird, nicht die Deutung nahe, daß zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesetzmäßige, systemhafte Zusammenhänge bestehen und ein bestimmtes Niveau der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit bestimmter Eigentumsformen, also bestimmter Produktionsverhältnisse bedarf, um sich weiterentwickeln zu können.“⁵

Beim Versuch, im Namen „gesetzmäßiger, systemhafter Zusammenhänge“ die Möglichkeit einer 3. industriellen Revolution innerhalb der gleichen Gesellschaftsformation zurückzuweisen, stößt Peter zwangsläufig auf das Problem, überhaupt von technologischen Revolutionen zu reden, nach der bei Marx beschriebenen sogenannten Großen Industriellen Revolution, die an der Wiege des Kapitalismus stand. Auch der in der bisherigen marxistischen Diskussion übliche Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ also scheint ihm zu unscharf, da er nichts aussage über den „zeitlichen Geltungsbereich“, keine „präzise Periodisierung der Produktivkraftentwicklung“ zulasse, das Verhältnis zwischen „revolutionären und nichtrevolutionären Phasen“ der „kapitalistischen Produktivkraftgeschichte“ nicht zu bestimmen erlaube und den „Revolutionsbegriff“ verflache; ferner sei der Zusammenhang zur „sozialökonomischen Struktur“ bzw. ihrer Veränderung nicht deutlich, Ungleichzeitigkeiten und Unabhängigkeiten von politischen Veränderungen würden unklar. Er problematisiert, ob man überhaupt von revolutionären Prozessen reden könne, solange die kapitalistische Gesellschaftsformation die bestimmenden Verhältnisse blieben, und schlägt vor, statt dessen die gegenwärtige Produktivkraftbewegung als „kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritt“ zu bezeichnen.⁶

Inhaltlich scheint ihm der Verzicht auf den Revolutionsbegriff im genannten Zusammenhang auch deswegen berechtigt, weil die gemeinten wissenschaftlichen und technischen Erfindungen nicht „plötzliche Umbrüche in der materiell-technischen Basis des Produktionsprozesses“ hervorbrächten, sondern wirklich nur schon länger vorhandene Technologien verallgemeinert würden⁷ („schon länger“ meint hier, seit „Anfang der fünfziger Jahre“). Das tatsächliche Auseinanderklaffen zwischen Erfindung und Anwendung gibt ihm die Möglichkeit, den Revolutionsbegriff in jener Kluft verschwinden zu lassen, statt ihn — in seiner Logik konsequent — dem Erfindungszeitraum zuzuordnen.

„Die technische Basis ist daher revolutionär“

Was gewinnt Peter mit der Auswechslung des Revolutionsbegriffs gegen den des Fortschritts? Wir erinnern uns, der Revolutionsbegriff im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte war ihm zu unscharf, nicht präzise genug, nicht trennscharf.

5 Lothar Peter, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt..., 2. a. O.

6 Ebenda, S. 281.

7 Ebenda, S. 282.

Wie könnte da der weit schwammigere Begriff des Fortschritts ein höheres Maß an Präzision bringen? Der Kontext macht deutlich, worauf es ihm ankommt. Schließlich will er ja nicht einfach den Revolutionsbegriff durch den des Fortschritts ersetzen, sondern nur dann, wenn die Gesellschaftsformation, in der die Produktivkräfte verändert werden, gleich bleibt. Die Dürftigkeit in der den Produktivkräften zugemessenen Bestimmung, sie müßten, um revolutionär zu sein, „plötzlich umbrechen“, wird erweitert: sie können überhaupt nur revolutionär sein, wenn ein Formationswechsel stattfindet. Solange dies nicht geschieht, handelt es sich um „kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritt“.

Man sieht, die Produktionsverhältnisse, als eine Art Subjekt der gegenwärtigen Geschichte, bestimmen, was technologisch verändert wird. Sie haben die Bewegung im Griff. Wir wollen nicht darauf bestehen, daß marxistische Wissenschaft wie in Beton gebettet Marxsche Erkenntnisse ausschließlich wiederholen darf, gleichwohl zitieren wir, was *Marx* zur technischen Basis der Produktion sagte, um überprüfen zu können, was die *Peter'sche* Revision seiner Aussagen bringt: „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern“. Und *Marx* fährt fort, die Widersprüche durch die Entwicklung der Produktivkräfte mit der Produktionsform, die sie selber vorantreibt, mit Worten wie Katastrophe, Leben und Tod, Ungeheuerlichkeit usw. zu beschreiben. Für die vorwärts treibenden Elemente führt er den Begriff des Umwälzungsferments ein.⁸

Es liegt auf der Hand, daß unter dem begrifflichen Diktat „kapitalistisch bestimmten Fortschritts“ die bei *Marx* geschilderten Katastrophen in gewisser Weise eine harmlose Einseitigkeit erhalten. Ein Vorteil solcher Betrachtungsweise liegt in einer geringer werdenden theoretischen Anstrengung. Man kann z. B. ungehemmt über die schrecklichen Folgen des Einsatzes neuer Technologie sprechen, ohne zugleich immer überprüfen zu müssen, ob die Folgen unter sozialistischen Bedingungen notwendig anders sind, das heißt ohne zugleich über die Perspektive der menschlichen Arbeit unter den Bedingungen automatisierter Tätigkeiten forschen zu müssen. Man kann also sagen, durch Automation erfolgt Dequalifizierung, Polarisierung, Taylorisierung, Intensivierung, kurz eine vollständige Entmenschlichung der Arbeitsbedingungen, und kann im gleichen Atemzug behaupten, daß die automatisierte Produktion die Arbeitsweise sozialistischer Gesellschaften auszeichnet, kurzum die Entwicklung der Arbeitenden befördert.

Der Gegensatz liegt in der Bestimmtheit durch die Produktionsverhältnisse. Wenn aber die Qualität der Arbeit bis zum Gegensatz ausschließliches Resultat der Verhältnisse ist, warum soll man dann überhaupt von dem spezifischen Entwicklungsstand der Produktivkräfte reden? Was hängt davon ab, ob wir es mit mechanisierter Produktion oder mit automatisierter zu tun haben? Letzteres, so erfahren wir bei *Peter*, ist gegenüber dem

8 Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, MEW, Bd. 23, S. 510 ff.

9 Vgl. Darcy Ribeiro, Der zivilisatorische Prozeß, Frankfurt/Main 1971.

ersteren eine fortschrittlichere Stufe. Worin aber besteht ihre Fortschrittlichkeit, wenn sie sich in den Händen der Kapitalisten ausschließlich rückschrittlich auswirkt? Wäre es da nicht konsequent, ganz auf einen Entwicklungsbegriff bei den Produktivkräften zu verzichten und von kapitalistisch bestimmter Veränderung zu sprechen? Aber da ist der „Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“, an dem *Peter* doch festhalten möchte; dieser gibt ihm die Möglichkeit zu behaupten, daß bei kapitalistisch bestimmtem technischen Fortschritt sich die neuen Technologien nicht wirklich „entfalten könnten“.

Diese Feststellung ist sicher richtig, jedoch zu wenig, zu verharmlosend. Denn sie lenkt ab von der Frage, welche Entfaltung denn möglich ist und welche schon realisiert ist. Und da wir sehen, daß gegenwärtig der Kapitalismus zur Entfaltung dieser Produktivkräfte immer noch geeignet ist, bleibt uns die Aufgabe, dieses zu begreifen, statt sich mit den Möglichkeiten des Sozialismus zu beruhigen. *Peter* versteht offensichtlich unter dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, daß der Kapitalismus die Produktivkräfte hemmt.

Das ist aber noch ein sehr vereinfachendes Widerspruchsdenken. Denn in Wirklichkeit hemmt der Kapitalismus die Produktivkräfte und entwickelt sie zugleich. Und dabei geschieht auch nicht nur diese Hemmung, sondern zugleich eine Destabilisierung der Gesellschaftsformation durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die immer neue Bewegungsformen notwendig macht. Insofern wirken die Produktivkräfte, ihrerseits durch Verwertung des Werts und Aufrüstung angetrieben, immer noch als eine Art blinder Geschichtskraft. Sie sind durch die Produktionsverhältnisse nicht eindämmbar. Ihre Folgen sind von uns genau zu studieren. *Peter* ersetzt dieses Studium und darin insbesondere die Frage, ob Umbrüche, eine technologische Revolution stattgefunden haben, deren unterdrückte Widersprüche ans Licht zu holen wären, durch die Vorab-Definition, daß gar keine stattfinden können. Er sucht begriffliche Garantien. Dabei führt die Unverträglichkeit einer bestimmten Art und Weise zu produzieren mit den sozialen Verhältnissen, unter denen dieses geschieht, hier im Falle von Automation und Kapitalismus für ihn dazu, daß unter dem Diktat der Verhältnisse alles Vorwärtsweisende und Widerstreitende aus den Produktivkräften ausgemerzt wird, ihre Folgen für die Arbeitenden mithin ausschließlich negativ sind. Fragen wir hier noch nicht, wie dies technisch möglich sein kann, sondern sehen zunächst, daß auf diese Weise jeder Widerspruch der Entwicklung und damit auch ein Motor der Geschichte stillgestellt ist. Diese Konsequenz scheint von *Peter* auch gewollt.

Gegen Klassenkampfismus, für Analyse von Kampfbedingungen

Peter fragt nicht, wie sich die Entwicklung der Produktivkräfte, die Produktionsverhältnisse und die Klassenkämpfe aufeinander beziehen, sondern postuliert schlicht als einzige bewegende Kraft den Klassenkampf. Dabei soll es mir keinesfalls darum gehen, demgegenüber einen Fortschrittsautomatismus zu behaupten, der den politischen Veränderungen die Arbeit abnimmt. Dennoch muß genau studiert werden, welche Prozesse einem der blinde Mechanismus der Produktivkraftentwicklung abnimmt und welche nicht. Gegen die Verwendung des Revolutionsbegriffs für die Produktivkraftentwicklung hält *Peter* die Notwendigkeit einer „Systematisierung und Periodisierung“, d. h. die Abfolge der Formationen, die durch die Klassenkämpfe umgewälzt werden.

Im heute konkreten Fall des Einsatzes automatisierter Maschinen und Anlagen in den Betrieben macht er auf der Grundlage arbeitsorientierter Wissenschaft also Vorschläge für den Klassenkampf an die Gewerkschaften. Er rät im einzelnen: „politischen Druck“ auszuüben, „Gegenmacht“ herauszubilden, „Mitbestimmungsrechte“ extensiv zu nutzen, „den Kampf um Einfluß auf die wesentlichen Entscheidungen über Mittel, Ziele und Folgen der modernen Produktivkraftentwicklung zu verknüpfen“, mit dem „Kampf gegen die direkten Folgen des technischen Fortschritts“; und er verrät, daß es zum „ehernen Bestand kapitalistischer Unternehmenspolitik“ gehöre, den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ aufrechtzuerhalten. — Aber wußten denn die Gewerkschaften dies nicht alles schon vorher, bzw. genügt für solche Ratschläge nicht schon das bloße Wissen um die Tatsache, daß wir überhaupt im Kapitalismus leben, unabhängig vom konkreten Stand der Produktivkräfte? Tatsächlich zitiert *Peter* zur Bestätigung der Richtigkeit seiner Worte einige führende Gewerkschaftsvertreter und Programme bzw. bestätigt umgekehrt deren Richtigkeit dadurch, daß sie in seinen Ableitungszusammenhang passen.

Die Produktivkräfte können im Kapitalismus nicht stillgestellt werden; hierfür kann das Kapital keine Befriedigungsstrategien entwickeln. Daher wird das Feld, auf dem die Klassenkämpfe stattfinden, ständig umstrukturiert durch Antriebskräfte, die außerhalb der politischen Kämpfe liegen, durch fortwährende Vergesellschaftungsschübe. Indem *Peter* gegen diesen Zusammenhang einen Primat der Produktionsverhältnisse setzt, ist für ihn die Vorstellung eines revolutionären Charakters der gegenwärtigen Produktivkraftveränderungen unmöglich geworden; als Triebkräfte der Geschichte bleiben die Klassenkämpfe, die die Abfolge der Formationen ausfechten. Aber gerade dieser Versuch, die Wichtigkeit der Klassenkämpfe durch Zuweisung an einen „systematischen“ Ort in der Geschichte herauszuarbeiten, läßt sie in der geballten Kampfanstrengung erstarren, zeigt nicht die Verwicklungen in der konkreten Geschichte; gibt etwa der Erforschung der Produktivkraftentwicklung und ihrer Bedeutung für die Klassenkämpfe keinen Raum für neue Erkenntnisse im veränderten Kraftfeld und liefert so auch keine besseren Waffen.

Wenn man darunter das Richtige versteht, kann man sagen, daß wir auf einem „Primat der Produktivkräfte“ beharren. Die Formulierung ist für die schlecht, die nach Theorien suchen, die das Eingreifen für überflüssig erklären. Sie ist brauchbar, wenn man vom Eingreifen ausgeht. Man müßte vollständiger von einem „Primat der Produktivkraftentwicklung für das politische Eingreifen“ sprechen. Die Produktivkräfte sind, wie die Produktionsverhältnisse, die absolut unumgehbaren Bedingungen unserer Eingriffe in gesellschaftliche Verhältnisse. Aber anders als die Produktionsverhältnisse, die uns ständig zur Privatisierung drängen, üben die Produktivkräfte einen permanenten Vergesellschaftungsdruck aus. Will man nicht voluntaristisch eingreifen, muß man sich dieses Drucks vergewissern. Sonst predigt man einen abstrakten, bedingungslosen (d. h. seine Bedingungen ignorierenden) Klassenkampf: *Klassenkampffismus*.

Gegen Begriffsgarantien, für Widerspruchsdenken

Beginnen wir von vorn: Die Produktivkräfte bezeichnen die Art und Weise des menschlichen Handelns gegenüber Natur, die Vergesellschaftung der Arbeit. Sie bestimmen Kompetenzen, die akzeptiert werden müssen. Ihnen entsprechen soziokulturelle Formationen, d. h. auf einer neuen technologischen Basis werden neue Formationen möglich. Historisch gab es auf der Basis einer Produktionsweise mehrere soziokulturelle Formatio-

nen. Heute finden wir die gleiche technologische Basis für die kapitalistischen wie für die sozialistischen Länder, bzw. wir finden die Technologie der 1. industriellen Revolution mit den soziokulturellen Formationen Kapitalismus und Sozialismus (hinzukommen die unterschiedlichen soziokulturellen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern der Dritten Welt) und die gleiche Ungleichzeitigkeit für die Automation.

Die von *Peter* geforderte Periodisierung mit systemhaften gesetzmäßigen Zusammenhängen findet realhistorisch so nicht statt. Der Sozialismus existiert schon mit den Produktivkräften, die dem Kapitalismus gemäß waren. Dieser brachte die Produktivkräfte hervor, die den zukünftigen sozialistischen Gesellschaften angemessen sind, und existiert noch. Die Geschichte der Revolutionen, des absolut unregelmäßigen, sprunghaften „Gangs der Geschichte“ lehrt, daß die Fähigkeit, Widersprüche (aus denen Entwicklungen ja resultieren) zu erfassen, hinter den wirklichen Widersprüchen meist meilenweit zurückbleibt.

Wir haben sozialistische Gesellschaften auf technisch lächerlicher Basis. Die kapitalistischen Gesellschaften sind den sozialistischen in der technischen Entwicklung, Arbeitsproduktivität usw. überlegen. Wir haben technische Revolutionen, und die soziale bleibt aus. Wir haben soziale Revolutionen, und die technische Entwicklung bleibt Jahr für Jahr hinter den Plänen zurück. Die Geschichte schreitet nicht ordentlich Stufe für Stufe voran. Wir haben in der „Dritten Welt“ durch die Überlagerung vorkapitalistischer Gesellschaften durch einen kolonialen Kapitalismus und durch die Überlagerung der daraus resultierenden Formationen durch den Systemgegensatz gesellschaftliche Verhältnisse von einer Widersprüchlichkeit, hinter der unsere Vorstellungskraft und unsere Denkfähigkeit weit zurückbleibt. Wir müssen alles tun, um die krassen Gegensätze, die Ungleichzeitigkeiten und die Antagonismen so radikal zu erfassen wie sie sind. — *Lothar Peters* Dogma, daß Revolutionen in den Produktivkräften unmöglich sind ohne Revolutionen in den Produktionsverhältnissen, ist — selbst wenn man das Problem, ob eine Produktivkraftrevolution im Kapitalismus *faktisch* stattgefunden hat, einmal ausklammert — gemessen an diesen Anforderungen unsinnig, ein widerspruchseliminierendes Denken, das Sprünge in der Realität verniedlicht und in dieser widerspruchseliminierenden Funktion lähmend ist.

Die gegensätzlichen Gesellschaften haben, in der militärischen Konkurrenz der Systeme, ein Vernichtungspotential angehäuft, das den Globus per Knopfdruck atomisieren kann. Die Weltmacht USA erleidet Niederlage auf Niederlage durch Kolonialvölker. Das zu erfassen, braucht eine Denkweise, die mit *Peters* sicherem Stufengang nichts zu tun hat. Wir müssen die Risse im Gebäude studieren, nicht die Freitreppe. Dennoch gibt es Entsprechungen zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den ihnen möglichen Produktionsverhältnissen. Die Ungleichzeitigkeiten, das Auseinandertreten von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen heißt dann doch aber, daß dies zum Basisproblem dieser Formation wird und um so dringlicher von uns studiert werden muß.

Sozialistische Gesellschaften mit zurückgebliebenen Produktivkräften, kapitalistische Gesellschaften mit „überentwickelten“ Produktivkräften und das Aufeinandereinwirken dieser widersprüchlichen Strukturen: dies scheint uns das vorgegebene Kraftfeld zu sein, in dem die Klassenkämpfe in der ersten und zweiten Welt sich bewegen. Die so sich verschärfenden Widersprüche zu begreifen und als Veränderung im Kampffeld aufzufassen, macht es notwendig, am revolutionären Charakter der technologischen Basis festzuhalten und im hier diskutierten konkreten Fall die technologischen Veränderungen und ihre Folgen als wissenschaftlich-technische *Revolution* wahrzunehmen.

III. Was neu ist

Was ist das Revolutionäre an den mit der Automatisierung gemeinten technologischen Veränderungen? An der Technologie ist das Verhältnis der Menschen zur Natur ablesbar. Umwälzungen geschehen hier — miteinander verknüpft — auf zweierlei Weise. Automatisierung setzt voraus, daß in der Natur vorhandene Selbstregulierungen von Größen erkannt sind, um sie maschinell regulieren zu können, setzt also ein wissenschaftliches Verhältnis zur Natur voraus. Automationstätigkeit besteht im Studium der Fehler vergegenständlichter Regelungstheorie von Produktionsprozessen in der Perspektive ihrer Weiterentwicklung.¹⁰

Die Anforderungen an die Produzenten verändern sich radikal. Sie müssen anderes wissen und können; sie brauchen eine andere Ausbildung, andere Formen von Zusammenarbeit werden aktuell; vor allem wird eine andere Haltung gegenüber dem Produktionsprozeß und seinen Bestandteilen zwingend. Diese revolutionäre Umwälzung trifft einerseits auf die alten Produzenten, ihre Erfahrungen, Kenntnisse, Tugenden, andererseits wird sie vorangetrieben in den alten Verhältnissen. Soll der Produktionsprozeß überhaupt funktionieren (häufig tut er dies nicht), ist er eine Herausforderung für beide Seiten. Dabei versuchen die Unternehmer natürlich, möglichst billig davanzukommen: weniger Arbeiter einzustellen, die wenigen intensiver auszulasten, wenig Ausbildung zu vermitteln, wenig zu zahlen. Zugleich wissen sie selber nicht genau, was die neuen Produktivkräfte verlangen. Sie befinden sich in einer Experimentalsituation, die sie für sich nutzen wollen. Jedes Mehr, das sie den Arbeitern einräumen, verlangt für sie zugleich eine psychologische Gegensteuerung, um weiter die Legitimation des Systems aufrechtzuerhalten. Aber auch die Produzenten und ihre Organisationen wissen nicht spontan, welche Folgen die neuen Produktivkräfte für sie haben. Welche Ausbildung ist angemessen? Welche neuen Momente sollten Bestandteile der Tarifverhandlungen werden? Welche Verantwortung ist unzumutbar? Welche Arbeitsbedingungen sind in welcher Perspektive zu verändern? Welche Arbeitsteilung soll aufgehoben werden?

Die Umwälzung der technologischen Produktivkräfte verändert das Kampffeld für die Klassenkämpfe. Gerade weil die Anforderungen an die Produzenten höher werden — hinsichtlich Qualifikation, Entwicklung in der Arbeit, Lernen, Kooperation —, werden die Konflikte schärfer, und es werden die Folgen für die einzelnen Arbeiter katastrophal, sofern die Arbeiterorganisationen die den technologischen Umwälzungen angemessenen Bedingungen nicht durchsetzen. Die Gewerkschaften haben für wirklich emanzipatorische Forderungen die Produktivkräfte im Rücken. Eben deshalb sind die Abwehrstrategien der Unternehmer heftiger, die, da sie auf die entwickelten Produktivkräfte — die technologischen wie die menschlichen — nicht verzichten können, verstärkt die Wissenschaften der Menschenverführung für sich in Anspruch nehmen. Zugleich arbeitet die neue Technologie doppelt für die Unternehmer. Die drohende Arbeitslosigkeit nimmt ihnen ein Großteil an Integrationsbemühungen ab, und in dieser Form haben die Gewerkschaften die neuen Produktivkräfte auch gegen sich.

10 Vgl. Argument Sonderband 43, Teil II, viertes Kapitel.

Arbeitsorientierte Wissenschaft und revolutionäre Produktivkräfte

In diesem Zusammenhang ist eine intensive Erforschung der Anforderungen, der Bedingungen und Veränderungen vom Standpunkt arbeitsorientierter Wissenschaft dringend geboten. Zustimmung zu dem, was die Gewerkschaften auch ohne die Wissenschaft wissen, und Ermunterung zu starkem Tun reichen keinesfalls. Aber die empirische Forschung ist ungeheuer schwierig. Gerade weil es sich um Neues handelt, taugen die alten Werkzeuge zum Begreifen nicht. Im Umgang mit wirklichen Veränderungen müssen die Wissenschaftler ihre Vorurteile abbauen, ihre alten Gedanken aufgeben. So werden sie auf Umstrukturierungen der Kraftfelder stoßen und zugleich mit der Entwicklung ihres Forschungsgegenstandes ihre eignen Forschungsmethoden entwickeln und ihre Erkenntnisse über die Dinge, die Menschen wie den Prozeß der Erkenntnis selber erweitern. Auch hier ist eine Revolutionierung der Wissenschaft auf der Tagesordnung.

Es scheint mir wenig sinnvoll, weitere Erklärungen zu formulieren, warum die Entwicklung der Produktivkräfte revolutionär ist und warum die wissenschaftlich-technische Revolution eine höhere Qualifikation von den Produzenten verlangt. Es ist dies auch eine Frage der Empirie, allerdings nicht so, daß Hochschulabschlüsse gezählt werden könnten und Facharbeiterlehren oder ähnliches und damit Beweise erbracht wären. Die gestiegenen Anforderungen bezeichnen nur eine wesentliche Linie im Kraftfeld. Wie die Produzenten sich wirklich verhalten, läßt sich nicht ableiten und muß daher empirisch erforscht werden. Um die Auseinandersetzung fruchtbarer fortzusetzen, plädiere ich dafür, die Ebene zu wechseln und die noch bleibenden Vorwürfe und Bemängelungen am konkreten Material zu entfalten. Daher stelle ich im Fortgang einen Ausschnitt aus unserer empirischen Arbeit vor. In dieser Konkretion sind natürlich nicht umfassende Aussagen zur Qualifikation zu erwarten; vielmehr ist es unsere Absicht, so genau wie möglich Grundlagen für gewerkschaftliche Forderungen in einzelnen Bereichen zu entwickeln.

Der Text entstand auf der Basis von Untersuchungen an 92 Meßwartenarbeitsplätzen und überprüft am Problem der Anforderung „Von-Hand-Fahren“ die notwendige Qualifikation sowie die Ausbildungspraxis in den Unternehmen. Der Text soll es möglich machen, nicht länger ausschließlich um „richtigen“ oder „falschen“ Marxismus zu streiten, sondern die Fruchtbarkeit oder Unfruchtbarkeit unserer Vorgehensweise exemplarisch zu überprüfen.

Von-Hand-Fahren¹¹

Bei der Untersuchung der einzelnen Arbeitstätigkeiten gingen wir davon aus, daß es nicht genügt, den von uns beobachteten Ausschnitt der täglichen oder wöchentlichen Arbeit zur Grundlage unserer Analyse zu machen. Aber auch die Erfassung eines Tagesablaufs im ganzen, so minutiös sie erfolgt, muß in ihrer unbegrifflichen Vielfalt Entscheidendes verfehlen, so wie wenn ich einen Professor beschreibe als jemanden, der am Tage soundso viele Minuten mit Laufen verbringt, andere mit Sitzen und in die Landschaft blicken, wieder andere mit dem Tragen von mehreren Kilo Aktenordnern und Büchern; die Absurdität fällt uns in diesem Beispiel sofort auf, weil wir die wesentlichen Merkmale

11 Die nachfolgenden Ausführungen sind Auszüge aus dem Kapitel „Über das neuartige Verhältnis von Theorie und Praxis bei der Automationsarbeit“, aus: Projekt Automation und Qualifikation: Automationsarbeit. Empirische Untersuchungen, Bd. 1, Berlin-West 1980.

geistiger Arbeit etwa von Professoren kennen. Welches sind aber die wesentlichen Merkmale der Arbeiten an den neuen Maschinen und Anlagen, und wie sind sie zu erfassen? Entscheidend für die Frage der Qualifikation und also der notwendigen Kompetenz muß auf jeden Fall sein, was der Arbeiter im Notfall, was er als Spitzentätigkeit vollbringen muß. In dieser Weise ist es sogar überflüssig, den gesamten Tagesablauf zu erheben, es sei denn, einzelne Momente enthalten ein besonderes Lernarrangement und tragen zur Entwicklung des Arbeiters entscheidend bei, oder sie sind umgekehrt dermaßen belastend, daß sie Entwicklungen weitgehend verhindern. Wir fragen daher nach Spitzentätigkeiten ebenso wie nach dem Gewöhnlichen und dem Verhältnis beider im Tageslauf.

Die erstaunliche Antwort auf die Frage nach der Spitzentätigkeit: Von-Hand-Fahren, schien zunächst Beweis dafür, daß nur noch als Einsprengsel in den Tagesablauf existiert, was „früher“ qualifizierte allgemeine Beschäftigung war, so daß auf eine Reduzierung, wenn nicht Dequalifizierung der Arbeiter geschlossen werden muß. Aus praktischer Erfahrung im Umgang mit den Dingen stellt sich hier allerdings eine Anschlussfrage. Wie kann es möglich sein, eine qualifizierte Tätigkeit, wie das Fahren einer Anlage von Hand, die nicht mehr zur alltäglichen Praxis gehört und daher auch der dauernden Übung entbehrt, als „Einsprengsel“, also nur ab und an durchzuführen, ohne im Vollzug zu scheitern?

Die Faktoren, die alle gleichzeitig beherrscht werden müssen, einschließlich der Genauigkeit der sensu-motorisch gesteuerten Handbewegungen, scheinen zunächst zwei mögliche Weisen der Aneignung nahezu legen:

1. *Man lernt es durch den täglichen Umgang, durch Übung.* Wenn man eine Sache immer wieder macht, können einzelne Elemente soweit routinisiert werden, daß sie (in der Sprache der Handlungsstrukturtheorie) „automatisch“ ablaufen; das gibt die Möglichkeit, sich auf die weniger gewordenen übrigen zu konzentrieren. Nach einem Ablaufplan — zunächst diesen Griff, dann jenen, den dritten nicht auslassen, dazwischen auf dieses und jenes achten — geschieht die weitere Aneignung, bis die Anlage „beherrscht“ wird. Voraussetzung für eine solche Beherrschung ist eine durch Training zu erwerbende Optimierung der Handlungsabfolge, nicht notwendigerweise die genaue Kenntnis der Vorgänge, die „gefahren“ werden. Daß dabei immer wieder Unfälle passieren, „menschliches Versagen“ vorkommt, liegt auf der Hand und scheint lediglich eine Frage der Konzentrationsfähigkeit zu sein und immer wieder der Praxis in der Form des „Auswendiglernens“.¹²

2. *Die andere mögliche Weise der Aneignung wäre die theoretische Durchdringung.* Man eignet sich gewissermaßen „von oben“ das Verfahren an und prüft dann, welche Regler welche theoretisch abgeleiteten Funktionen ausführen. Hier verschwindet die unendliche chaotische Vielfalt der gleichzeitig zu verrichtenden und zu bedenkenden Elemente auf dem Wege der Abstraktion, nicht der „Routinisierung“, nicht des „Auswendiglernens“. Es leuchtet ein, daß dieses theoretische Verfahren ungleich ökonomischer und auch menschlicher ist, weil die wirkliche Relevanz der Dinge und Vorgänge Voraussetzung ist, nicht das Funktionieren allein. Zugleich erkennt man, daß es bei einem bestimmten Produktivkraftstand — dem automatisierten — das einzig Mögliche ist, da ge-

¹² Zur Psychologie von Fehlverhalten vgl.: B. Nemitz in: F. Haug (Hrsg.), Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung, Köln 1980.

¹³ Inwieweit das Erfahrungswissen der Arbeiter aus langjähriger Produktionspraxis durch ihre Beteiligung am Anlagenaufbau in die „soft ware“ eingebaut wird — sie so im Wortsinn ihres Könnens enteignet werden — behandeln wir an anderer Stelle.

rade die Nicht-Alltäglichkeit des Von-Hand-Fahrens das Kennzeichnende des Prozesses ist, ohne dabei jedoch diese Weise der Praxis ganz auszuschließen. — Die theoretische Aneignung hat allerdings (wie weiter oben ausgeführt) das Manko, daß sie für sich zwar bis zur praktischen Durchdringung vorstoßen können muß, dies jedoch auch nur in der Theorie. Kann man z. B. Auto fahren, wenn man es theoretisch ganz und gar begriffen hat? Keineswegs. Mindestens zur Beherrschung der eigenen Bewegungen und ihrer Abfolge gehört Übung. Ebenso verlangt die Vielfalt der Bedingungen, der jeweils andere Reaktionen für die Fahrweise entspringen können, ein Ausmaß an theoretischer Durchdringung, das nur in der Wechselwirkung mit praktischer Erfahrung entwickelt werden kann. Zudem wäre bei der Produktionsweise des Handfahrens die theoretische Berechnung zu langsam, ihre unvermittelte Übersetzung in Bewegungsabläufe ganz unmöglich.

Wir kommen also zu dem Resultat, daß die Automatisierung des Produktionsprozesses umfassendes theoretisches Begreifen ermöglicht durch die praktische Zusammenfassung der verschiedenen Bereiche. Zur theoretischen Beherrschung durch die Produzenten zwingt diese Weise zu produzieren gerade dann, wenn das üblicherweise automatisch geregelte von Hand gefahren werden muß. Dabei ist die theoretische Durchdringung insbesondere deswegen notwendig, weil jegliche vorher meist praktizierte Form der routinisierten Aneignung wegen der relativen Seltenheit des Vorkommnisses fehlt. Zugleich genügt die theorieförmige Aneignung nicht, da praktische Beherrschung ohne Übung nicht auskommen kann, eben weil in der praktischen Tat jedes einzelne Moment gar nicht theoretisch errechnet werden kann. An die Stelle der Berechnung tritt die Routine. Die Perspektive für das Fahren von automatisierten Maschinen und Anlagen wäre in solchen Fällen also eine Ausbildung, die umfassende Theorieaneignung, das Studium der Gesetze der Naturwissenschaften verbindet mit der Übung im praktischen Umgang mit den Dingen.

Die Wirklichkeit gehorcht zweifellos einer solchen Perspektive nicht. Einmal ist die Notwendigkeit solcher Ausbildung nicht unmittelbar bewußt; da jede Form von Arbeiterbildung einerseits die Lohnkosten (entweder direkt oder in der Form des wachsenden Bildungshaushaltes) erhöht und zum anderen das Vorenthalten von möglichst viel Kopfarbeit für die Unternehmer und ihre „Köpfe“ eine Form der Aufrechterhaltung von Herrschaft ist, bedarf die Durchsetzung auch der für den Produktionsprozeß notwendigen Arbeiterausbildung klassenkämpferischer Auseinandersetzung und ist auch in diesem Fall in die notwendigen Forderungen der Gewerkschaften aufzunehmen.

Bei unserer Untersuchung in den Betrieben haben wir zunächst aufgenommen, wo das Handfahren als Aufgabe des Produktionsarbeiters auftritt und sodann geprüft, wie er für diese Praxis ausgestattet wird. Dafür fragten wir einerseits nach dem Bereich, aus dem der Arbeiter kommt, und der Vorbildung, die er mitbringt, also nach seiner Bildungsbiographie, zum anderen nach der Art der automationsspezifischen Ausbildung wie auch nach der Weiterbildung, die vorgesehen und durchgeführt wird.

Zum Stand der Ausbildung an 92 Meßwartenarbeitsplätzen

Als Problem und zugleich als „Spitzenanforderung“ wurde die Tätigkeit des „Handfahrens“ an allen Meßwarten formuliert. Die Unklarheit über die dafür notwendige Qualifikation äußert sich z. B. in der eigentümlichen Abbildung der Probleme als solche der Haltung: „Bei totalem black out des Rechners wird es sehr schwer, die Anlage weiterzufah-

ren, da gibt es Schwierigkeiten mit der Motivation." Wie unsicher wirklich das Wissen über die notwendigen Fähigkeiten ist, zeigt ein Blick auf die Art und Weise ihrer Herstellung. Für uns zeigte sich als chaotische Vielfalt, was eine absolute Willkür in der zugestandenen Lernart und -zeit dokumentiert.

Aber ist nicht ein so willkürlicher Umgang mit Ausbildungsinhalten, -formen und -zeiten selber Beweis, daß die Arbeiter die Maschinen auch dann beherrschen können, wenn sie nicht eigens dafür ausgebildet werden? Ein solcher Einwand muret uns zu, als exotische Unternehmerlaune aus der Analyse herausfallen zu lassen, daß tatsächlich in einer Reihe von Fällen (etwa einem Drittel) zeitlich umfangreiche und inhaltlich systematische Ausbildungen durchgeführt werden, wobei in diesen Fällen noch zusätzliche fortbildende Elemente in die Arbeitsabläufe eingebaut sind (z. B. Störungssimulationen, Rundgängerei, Wechsel zur Reparatur und vergleichende Verlaufsprotokolle zur Fehlerdiagnose und Prozeßoptimierung), sowie Fortbildungskurse angeboten werden. Da man wohl davon ausgehen kann, daß die Unternehmer kein Interesse daran haben, freiwillig ein die Produktionsnwendigkeiten überschießendes Wissen zu vermitteln und zu zahlen, muß unsere Frage umgekehrt gestellt werden: was passiert mit den Vielen, deren Ausbildung in unterschiedlichem Grade geringer ist?

Selektion statt Ausbildung

Zunächst können wir wohl davon ausgehen, daß die Hauptkämpfe von uns gar nicht aufgenommen werden konnten und sie sich vor unserem Untersuchungsfeld abspielen als Selektion all derer, die in die Reihe der Automationsarbeiter gar nicht erst aufgenommen wurden. Einhellig berichten die Systemanalytiker, die Personalleiter und die technischen Leiter, daß nur „die Besten“ aus den alten Anlagen und die mit großer Praxis überhaupt ausgewählt wurden. In der friedlichen Formulierung, die unser Zutrauen zu den Produkten dieser Werke erhöhen könnte, verbirgt sich die Katastrophe für all jene, die nicht genommen wurden — schließlich kann nicht jeder der Beste sein —, verbirgt sich auch der erbitterte Konkurrenzkampf, der unter den Arbeitern herrschen muß, und der ein solidarisches Vorgehen in den zu automatisierenden Betrieben fast verunmöglicht. Zudem bedeutet die ungesicherte Umstellung auf ein ganz neues Betätigungsfeld ein Verlassen der Produktionssphäre, in der man sicher war im Sinne von kompetent, in der man zu Hause war, ein unerhörtes Risiko für die einzelnen Arbeiter, welches nur wegen des höheren Risikos des Arbeitsplatzverlustes überhaupt eingegangen werden kann.

Wo diese Drohung wegfällt, beispielsweise in einigen staatlichen Betrieben, hörten wir, daß die Arbeiter aus den alten Anlagen sich besonders wenig für die neue Produktionsweise eigneten, „weil sie Angst haben“, „weil sie sich weigern, sich überhaupt auf die begriffliche Fassung einzulassen“. Und von denen, die sich solche Weigerung nicht leisten konnten, heißt es: „Sie stehen wie gelähmt vor den Rechnern und haben Angst. Dann rennen sie immerzu in die Anlage, obwohl sie dort gar nichts sehen können, während der Rechner seine Befehle ins Leere spuckt.“

Erschwert so die innerbetriebliche Auswahl solidarische Aktionen — etwa für eine ausreichende Ausbildung und Information — bietet die außerbetriebliche Stellenausschreibung zusätzliche Möglichkeiten für die Unternehmer, an der notwendigen Ausbildung Einsparungen vorzunehmen. Am wenigsten Aufwand wird mit den Leuten „von außerhalb“ gemacht. Während nun mit den immerhin „Besten“ der vorherigen Produktions-

stufe noch eine Reihe von Ausbildungsanstrengungen unternommen werden, schrumpft dieses Bemühen sichtlich bei den Facharbeitern vom „freien“ Arbeitsmarkt, von denen offenbar erwartet wird, daß sie die neuen Produktionsqualifikationen schon als Eigenschaften mitbringen oder, wo dies nicht der Fall ist, selber sehen, wie sie dazu kommen. Was an Leidensdruck dahinter steht, ahnt man noch aus den als bloße Beschreibung vorgebrachten Worten eines Unternehmers: „Er hat 6 Monate für die Bedeutung der Lämpchen gebraucht und fast drei Jahre für die Überwindung der Anfangsschwierigkeiten — privat hat er die Prozeßanweisungen und Systembeschreibungen studiert... Daß ständig Neuerungen an der Anlage vorgenommen werden, sorgt doch automatisch dafür, daß er was dazulernt... Außerdem besucht er jetzt nach Feierabend Elektronikurse.“ Gleich in mehreren Fällen fanden wir als Selbstverständlichkeit berichtet, daß sich die Produzenten das nötige Wissen für die aktuelle Produktion noch nach Feierabend in Kursen oder anhand von Lehrbüchern, die ihnen der Betrieb „großzügig“ zur Verfügung stellt, oder gar „heimlich“ durch Entwenden der Schaltpläne zu Hause aneignen.

Lernen beim Aufbau der Anlage

Beliebte und immerhin die Produktion gewährleistende Lernmethode ist die Einbeziehung der späteren Meßwerte in den Aufbau der Anlage, die häufig mehr als ein Jahr beträgt. Dabei geht es kaum darum, daß man auf diese Weise die ohnehin vorhandenen Arbeiter weitere Kosten vermeidend einsetzt, sondern dieser Aufbau muß in erster Linie begriffen werden als Lernzeit. Die Berichte stimmen darin überein, daß die so „geschulten“ Produzenten nicht nur den Unwillen und die Angst vor der neuen Anlage verlören, sondern sogar, daß sie jetzt mit einer gewissen Begeisterung an den neuen Arbeitsplätzen sich einsetzen ließen. Die Erfolgsmeldungen bewegen sich auf dem Gebiet der Motivation.

Dabei ist unmittelbar einleuchtend, daß eine andere Haltung eingenommen wird, wenn die herkömmliche Produktionswelt wie mit Geisterhand weggenommen wird und bloße Symbole an ihre Stelle treten, als wenn die neue Symbolproduktion von den Meßwerten selbst hergestellt wurde, sie also die Veränderung bewirkten. Der so erfolgte Angstabbau ist sicherlich eine Vorbedingung für das Lernen, ebenso wie die Begeisterung, an der neuen Form mitgewirkt zu haben, die Aneignung des Geschaffenen vorantreibt.

Was aber lernten die Produzenten der neuen Stufe durch diese Herstellung inhaltlich? „Sie können sich jetzt was vorstellen“, erfuhren wir, oder „sie haben Ortskenntnis“, als ob der neue Umgang mit der Materie wesentlich auf der Anschauung beruhe. Was weiß ich denn, wenn ich die nötigen Rohre mit verlegt habe, die mehreren hundert Ventile anbrachte und die Apparate verkettete? Ganz offensichtlich wird mir so der Sinn der Befehle des Öffnens und Schließens von Ventilen z. B. und ihres Zueinanders als gleichzeitig mögliche Handlung und als praktisches Produktionsmoment erschlossen. Zudem kann ich mir vorstellen, wo ein Ventil jetzt bei diesem Stadium des Prozesses geschlossen sein müßte und vor allem — im Falle einer Störung — wo es liegt. Was ich nicht weiß, ist, wie die Errechnung des Prozeßablaufs und seiner Übersetzung in Ablaufbefehle möglich war und daher nicht, warum und wie beeinflusbar beim wirklichen Prozeß Abweichungen, Störungen, Überschreitungen und Unterschreitungen als Fehler der Berechnung ausgelöst durch den Widerstand der Materie, die durch eine vergegenständlichte Strategie von Maschinerie beherrschbar gemacht, sich nun in der alltäglichen Produktionspraxis als unvoll-

endet beherrscht erweist, ohne daß es in meiner Verfügung stände, diese vergegenständlichte Strategie verbessern zu können.

Notwendige Folge ist, daß die Meßwarte, wiewohl sie an den Schaltstellen der Prävention und Therapie der Unfälle sitzen, davon betroffen werden als ob es sich um ein katastrophenförmiges Schicksal handele. Die Angst vor dem erwarteten Unheil, die als Dauerspannung nicht ausgehalten werden kann, muß dabei verarbeitet werden. Die Formen liegen uns als unzählige Berichte über Streß und Angst, Magengeschwüre, Ungeeignetheit für die Warte oder gar als Tugend des Phlegmas vor.

Überraschenderweise wird den Meßwarten, die in ihrer Lernbiographie keinen Anlagenaufbau vorweisen können, nun keineswegs ein langes praktisches Element als Äquivalent zugestanden (eine Ausnahme ist die Methode des Stufenanlernens), sondern sie sind im Gegenteil diejenigen, in deren produktionsbegleitende Fortbildung — sei es aus Eigeninitiative, sei es ausdrücklich zugestanden, — theoretische Kurse Eingang finden.

Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Ausbildung

Daß diese Mitarbeit beim Anlagenaufbau als Lernarrangement nicht ausreicht, zudem bei ständiger Innovation zumindest durch ebenso fortwährende Beteiligung am Umbau ergänzt werden müßte, zeigt im übrigen auch das praktische Verhalten der entsprechenden Betriebsleitungen. In fast allen Fällen fand eine zusätzliche „Ausbildung“ in fast systematischer Form statt, zudem erwuchs unter dem Eindruck der Bedeutung der Anlagenortskennntnis und ihrer gleichzeitigen Unzureichendheit oder auch der Tatsache, daß wichtige Einzelheiten immer wieder vergessen werden, ebenfalls bei den Meßwarten, die beim Anlagenaufbau schon ausreichend Gelegenheit zu Ortskunde hatten, ein Lernarrangement in der Arbeit, welches eine systematische Begehung des Schauplatzes vorsieht. Nur in einem einzigen Werk, in dem die Meßwarte nicht am Anlagenaufbau beteiligt waren, kommt ein solches Verfahren vor. Dieses stellte insgesamt eine bemerkenswerte Lösung für die anstehenden Aufgaben dar. Die Arbeiter wurden nicht nur vertraglich verpflichtet, ein hohes Ausmaß an Lerneinheiten zu absolvieren — jeder Meßwart durchlief eine theoretische Schulung von 100 Stunden in zwei Jahren und wurde gleichzeitig per Simulation an der nicht produzierenden Anlage geschult —, zugleich wurde versucht, durch Lohnanreize ein permanentes Weiterlernen herbeizuführen. Nach der Einsicht „wenn er weiß, wie die Maschine funktioniert, behandelt er sie besser“, werden beständig Weiterbildungsveranstaltungen angeboten, die mit einer Leistungsprüfung abzuschließen sind; nach jeder Prüfung gibt es eine Lohnerhöhung. In diesem Werk hatten 70 % der Arbeiter schon mehrere solcher Prüfungen hinter sich gebracht (zumeist 3—4). Zugleich ließen die Personalleiter keinen Zweifel daran, daß „sie sich auf Dauer trennen müßten von den Arbeitern, die gar nicht weiter lernen wollten“.

An einer weiteren Meßwarte ist als Arbeitselement vorgesehen, was einen anderen theoretischen Zugriff auf den praktischen Produktionsablauf lernförmig enthält: Die Meßwarte zeichnen nach den Fehlerprotokollen und Wertausdrücken Verlaufskurven von typischen Fehlerverläufen, um im Vergleich die Reaktionen der Materie auf die unterschiedlichen Eingriffe, die Änderungsprozesse, die Dauer bis der Prozeß wieder „normal“ lief usw. studieren zu können, und — in Diskussion mit den Ingenieuren — Verallgemeinerungen vorzuschlagen, die eine als vorläufige Regel auszusprechende neuartige und die Prozesse genauer durchschauende Fahrweise erlauben. Das Lernen beruht hier auf dem

Moment, welches menschliches Lernen von bloßer Dressur unterscheidet, auf der Entwicklung des Anzueignenden.

Die Tatsache, daß die Unternehmer für ihre automatischen Maschinen und Anlagen Facharbeiter der vorhergehenden Produktionsstufe auf dem Arbeitsmarkt und in ihrem eigenen Betrieb fix und fertig vorfinden, gibt ihnen die Möglichkeit, die Qualifikationen, die sie insbesondere für das Von-Hand-Fahren brauchen, voraussetzen zu können, bzw. für diese Qualifikation keine eigenen Ausbildungspläne zur Erarbeitung vorzuschlagen. Ihr einziges Problem ist, daß die einzelnen Facharbeiter bei dem Einsatz an automatisch-gesteuerten Maschinen und Anlagen die Fertigkeit des Von-Hand-Fahrens verlieren, also Maßnahmen der Auffrischung getroffen werden müßten. Auf der Seite der Arbeiter drückt sich dieses Verfahren als Beraubung aus. Was sie jahrelang gelernt haben und was sie für die gesamte Produktion kompetent macht, ist jetzt bloßes Einsprengsel geworden, wie als ob ein Klavierspieler im Konzert nur alle halbe Stunde eine Tonleiter spielen sollte. Der Blick auf den Verlust des Gewohnten verstellt die Aussicht auf den möglichen Gewinn des Ungewohnten. Die Hilflosigkeit beim Umgang mit den neuen Anforderungen läßt in diesem Arrangement als persönlichen Mangel erscheinen, was als Recht auf angemessene Ausbildung allgemein gefordert werden müßte.

Daß ein Teil ihrer Qualifikationen nur noch selten gebraucht wird und sie zudem die neuen Anforderungen nicht kennen, macht die Arbeiter mißtrauisch; je anerkannter ihr bisheriger Beruf war, desto selbstbewußter treten sie gegen den Einsatz der neuen Anlagen auf (insbes. z. B. die Werkzeugmacher). Daß die Maschinen einen Teil der Arbeiter ersetzen, zwingt die Produzenten zusätzlich zum Widerstand. Dieser Widerstand, der unter den gegebenen Produktionsverhältnissen notwendig ist, wirkt dabei zugleich hemmend auf die Möglichkeiten, sich das neue umfangreichere Wissen für die Technologie anzueignen, ein Widerspruch, der nur über gewerkschaftliche Kontrolle des Einsatzes von Technologie und die Gewährung umfassender Information und Ausbildung gelöst werden kann, in der Vereinzelung unlösbar ist.

** Anmerkung der Redaktion:* Der vorliegende Aufsatz ist eine Replik von Frigga Haug auf einen Beitrag von Lothar Peter, der in 'Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979' veröffentlicht worden war (Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung, ebenda, S. 279—299). Da sich der Beitrag von Lothar Peter u. a. auch mit von Frigga Haug vertretenen Positionen kritisch auseinandersetzte, wurde ihr seitens der Redaktion die Möglichkeit zur Erwiderung gegeben. Dabei wurde unverbindlich der nun auch den vorliegenden Beitrag kennzeichnende Titelvorschlag gemacht. Es versteht sich von selbst, daß Frigga Haug hier ungekürzt ihrer Meinung Ausdruck verleiht.

Um die unterschiedlichen Diskussionspositionen für den Leser noch deutlicher zu machen und ihm austreichende Grundlagen einer Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen, haben wir Lothar Peter gebeten, in einer kurzen, auf die wesentlichen Gegensätze bezogenen Replik auf den Beitrag von Frigga Haug einzugehen. Dieser Beitrag ist im Anschluß an F. Haugs Aufsatz veröffentlicht.

Die Redaktion 'Marxistische Studien' hofft, daß mit der Veröffentlichung der Kontroverse die Debatte um Qualifikation und wissenschaftlich-technischen Fortschritt, einschließlich der darin eingeschlossenen Grundsatzfragen, neue Impulse erhält.

Produktivkraftentwicklung, Automation und gesellschaftliche Veränderung

Bemerkungen zur Polemik von Frigga Haug

Lothar Peter

Theoretische Probleme des Konzepts der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ — „Allmacht der Produktionsverhältnisse“? — Gegen eine einseitige Fassung des „Primats der Produktivkräfte“ — Determinanten der gesellschaftlichen Arbeit — Aufgaben marxistischer Analyse

Das IMSF hat mir freundlicherweise Gelegenheit gegeben, zur Replik von *Frigga Haug* auf meinen Beitrag im Jahrbuch 2/1979¹ Stellung zu nehmen. Es würde mir nicht schwerfallen, *F. Haugs* Polemik im gleichen Stil zu erwidern. Aber wer hätte schon etwas davon? Statt dessen will ich versuchen, an einigen Punkten aufzuzeigen, worin der sachliche Gehalt der Kontroverse besteht.

Meine Bemerkungen zum Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution bezogen sich hauptsächlich auf Probleme, wie sie zum Beispiel in der Diskussion zwischen *Jürgen Kuczynski*, *Wolfgang Jonas* und *Rolf Sonnemann* über die Periodisierung der kapitalistischen Produktivkraftgeschichte behandelt worden sind.²

Der Periodisierungsversuch *Kuczynskis*, der zwischen nicht weniger als vier „Revolutionen der Produktivkräfte“ in der Entwicklung des Kapitalismus unterscheidet, wirft unvermeidlich die Frage auf, wie sich die spezifisch revolutionäre Qualität von Produktivkraftveränderungen begründen läßt, wenn sich diese Veränderungen innerhalb eines Prozesses vollziehen, der seinerseits insgesamt durch eine „fortwährende Umwälzung der Produktion“ (*Marx*) geprägt ist.

Theoretische Probleme des Konzepts der „wissenschaftlich-technischen Revolution“

Des weiteren scheint es mir schwierig zu sein, die theoretische Erklärungsfunktion des Begriffs der wissenschaftlich-technischen Revolution für die Erkenntnis der Entwicklungsbedingungen bzw. Schranken der Produktivkräfte im Kapitalismus genau zu definieren. Durchbricht — um diese Schwierigkeit in zwei Fragen auszudrücken — die Dynamik der gegenwärtigen, insbesondere von Automation gekennzeichneten Produktivkraftbewegung notwendig die kapitalistischen Produktionsverhältnisse? Oder ist die bestehende kapitalistische Produktionsweise selbst so entwicklungs- und adaptionsfähig, daß sie zukünftig weitere wiederum als „revolutionär“ zu bezeichnende Veränderungen der gesellschaftlichen Arbeit oder auch nur einzelner ihrer Momente hervorbringen kann? Mir scheint der Begriff des „kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fort-

1 Vgl. L. Peter: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung; in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2/1979.

2 J. Kuczynski: Vier Revolutionen der Produktivkräfte, Theorie und Vergleiche. Mit kritischen Bemerkungen und Ergänzungen von Wolfgang Jonas, Berlin (DDR) 1975.

schritts" den Möglichkeiten einer zukünftig sehr langwierigen und komplizierten Entwicklung des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und ihren kapitalistischen Aneignungsformen besser Rechnung zu tragen als der Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution, der, aus welchen Gründen im einzelnen auch immer, häufig die etwas mechanistische Vorstellung einer absoluten „Obergrenze“ der Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervorruft. Die Folge davon können vereinfachende Vorstellungen über die politischen Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus sein.³ Liegt nicht gerade darin jene von *F. Haug* beschworene Gefahr der „Begriffsgarantien“, mit Hilfe derer sich das Denken gegen die Realität gesellschaftlicher Prozesse immunisieren kann?

Thesen wie die, daß die wissenschaftlich-technische Revolution notwendig in eine „Revolution der Produktion“ übergehen müsse⁴, die allerdings schon nicht mehr innerhalb des Kapitalismus realisierbar sei, sind zumindest zu unbestimmt, als daß sie verkürzende politische Ableitungen über die Funktionen der Produktivkraftentwicklung für die historische Herausbildung einer neuen Gesellschaftsformation ausschließen könnten.

Gleichwohl gibt es zwischen der von vielen Marxisten vertretenen Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution und dem von mir vorgeschlagenen Begriff des „kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ in wesentlichen Punkten Übereinstimmungen, die zugleich den gemeinsamen Unterschied zu Paradigmen der nichtmarxistischen Produktivkrafttheorie hervorheben. Auch ich sehe, wie die Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution, in der systematischen Verwissenschaftlichung der Produktion und in der Übertragung nichtschöpferischer Regelungs- und Steuerungsfunktionen auf maschinelle Aggregate die wichtigsten Charakteristika der modernen Produktivkraftbewegung, die eine tiefgreifende Veränderung der Stellung des Menschen im Produktionsprozeß einleitet. Mit der Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution stimme ich auch darin überein, daß der Kapitalismus aufgrund seiner ökonomischen Gesetzmäßigkeiten prinzipiell nicht fähig ist, die weitere Entfaltung der Produktivkräfte ohne sozialökonomische Krisen zu gewährleisten, was zugleich die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus erklärt.

Frigga Haug jedoch glaubt in meinem Vorschlag, die gegenwärtig, durch Verwissenschaftlichung und Automation geprägte Entwicklungsphase der Produktivkräfte im Kapitalismus als „kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritt“ zu bezeichnen, einen unumstößlichen Beweis dafür entdeckt zu haben, daß ich den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine totale formationsspezifische Determinationsmacht über die Produktivkräfte zuspreche. Unter dem von mir verfüigten „Diktat der Verhältnisse“, dem starren „Primat der Produktionsverhältnisse“, sei, wie *F. Haug* mich verstanden wissen will, die Entwicklung der Produktivkräfte bis zur „Stillebung“ paralytisch. Übrig bleibe, da mir die Verneinung der revolutionären Potenzen der heute sich vor allem in der Automationsarbeit entfaltenden Produktivkräfte den Blick für das Neue und „Vorwärtsweisende“ verstelle, in meinem Beitrag nur der ebenso hilflose wie voluntaristische Appell an die Arbeiterbewegung, sich politisch gegen die Herrschaft des Kapitals aufzubauen.

3 Auf dieses Problem macht zum Beispiel der französische Marxist Joe Metzger aufmerksam. Vgl. H.-J. Sandkühler: Wissenschaft, Technik und revolutionäre Veränderung; in: *Marxistische Blätter* 6/79, S. 18.

4 Vgl. Autorenkollektiv: Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution. Eine historische Untersuchung, Berlin (DDR) 1972.

Indem ich die Formbestimmtheit der Produktivkräfte verabsolutiere, sei ich nicht in der Lage, die materiellen Bedingungen zu erkennen, auf deren Grundlage es der Arbeiterbewegung überhaupt erst möglich werde, den Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und ihrer kapitalistischen Aneignung seiner revolutionären Lösung entgegenzuführen.

„Allmacht der Produktionsverhältnisse“?

Trifft es nun zu, wie *F. Haug* schreibt, daß ich mich von einer Allmacht der Produktionsverhältnisse blenden lasse? Übergehe ich tatsächlich die im Fortschritt der Produktivkräfte wirksam werdenden Impulse für die Praxis des Klassenkampfes? Sehe ich in den Produktivkräften nur noch, wie *F. Haug* mir vorwirft, das Formbestimmt-Negative: Massenarbeitslosigkeit, Lohnabbau, Entfremdung, Dequalifizierung, Taylorisierung und wachsende Arbeitsmühe?

F. Haug schreibt: „Peter versteht offensichtlich unter dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, daß der Kapitalismus die Produktivkräfte hemmt. Das ist aber ein sehr vereinfachendes Widerspruchsdenken. Denn in Wirklichkeit hemmt der Kapitalismus die Produktivkräfte und entwickelt sie zugleich.“⁵ Genau das aber habe ich selbst auch in meinem inkriminierten Beitrag geschrieben. Es heißt dort, um nur eine Stelle zu zitieren, wörtlich: „Aber der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen reproduziert sich in der konkret-historischen Bewegung der Produktivkräfte selbst: ebenso wie der Kapitalismus ständig neue produktive Potenzen, neue effektivere Arbeitsmittel, Werkstoffe und Technologien hervorbringt, vergeudet und vernichtet er tagtäglich enorme Produktivkräfte.“⁶ Die Unterschiede zwischen *F. Haug* und mir können also kaum, wie sie meint, darin liegen, daß sie die revolutionäre Dynamik der Produktivkräfte hochhält, während ich auf der Behauptung einer, durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse besiegelten totalen Stagnation der Produktivkräfte beharre. Wenn ich es richtig sehe, gehen wir vielmehr gemeinsam davon aus, daß der Kapitalismus sowohl die für den Übergang zum Sozialismus erforderliche materiell-technische Basis schafft als auch jene Vergesellschaftungsformen der Arbeit erzeugt, die sich nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen frei von Antagonismen und Krisen fortentwickeln können, was jedoch nicht bedeutet, daß spezifische, historisch vorgegebene Produktivkräftelelemente unter sozialistischen Produktionsverhältnissen schlagartig die Arbeitsbedingungen und gesellschaftlichen Beziehungen der Produzenten verändern. Die dem Sozialismus adäquaten Produktivkräfte entfalten sich, wie zum Beispiel der vergleichsweise niedrige Stand der Automation, der gegenwärtig sogar steigende Umfang von Schichtarbeit und Diskrepanzen zwischen der Entwicklung des gesellschaftlichen Produktionsapparates und der Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen „Gesamtarbeiters“ in einem Land wie der DDR illustrieren, in einem sehr schwierigen und mühsamen Prozeß, denn die Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse verbürgt keinen abrupten, sich über die stofflichen Besonderheiten der Produktivkräfte hinwegsetzenden Umschlag der Arbeitsbedingungen und sozialen Beziehungen der Produzenten in ihrer Arbeit.

⁵ *F. Haug*: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Qualifikationsentwicklung; vgl. den vorhergehenden Beitrag in diesem Band.

⁶ *L. Peter*: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt... a. a. O., S. 291.

Gegen eine einseitige Fassung des „Primats der Produktivkräfte“

Während ich in diesen Punkten keine gravierenden Divergenzen der Auffassung von *F. Haug* zu meinen eigenen Überlegungen sehe, scheint mir jedoch zwischen uns strittig zu sein, ob die gegenwärtig konkreten Erscheinungsformen der Produktivkräfte im Kapitalismus als revolutionär bezeichnet werden können. *F. Haug* beteuert zwar, daß sie keineswegs einem „Fortschrittsautomatismus“ das Wort reden wolle, wenn sie — im Gegensatz zu mir — am „Primat der Produktivkräfte“ festhalte, aber ihre Darstellung tendiert dahin, den „revolutionären Charakter“ der Automationsarbeit in einem sehr unmittelbaren, verkürzendem Sinn mit grundlegenden Veränderungen des gesamten gesellschaftlichen Systems zu identifizieren.

So wichtig zweifellos die Erforschung der vor unseren Augen sich abspielenden Neuerungen des Produktionsprozesses ist und so sehr die sich mit dem raschen Voranschreiten moderner elektronischer Technologien und automatisierter Produktionsverfahren abzeichnenden „neuen Kampffelder“ der sorgfältigen Analyse bedürfen, damit die Arbeiterbewegung nicht auf spontan-reaktives Handeln verwiesen bleibt, so wenig lassen sich jedoch diese technologischen Innovationen selbst schon als revolutionäre Qualität im Sinne einer Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsweise begreifen. Das Dilemma der Interpretation *F. Haugs* liegt aber gerade darin, daß sie die Bewegung der Produktivkräfte, insbesondere in Gestalt der Automation als Subjekt der Auflösung und Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft reflektiert.

Dagegen läßt sich zunächst einwenden, daß die für den Übergang zum Sozialismus erforderlichen materiellen Bedingungen im kapitalistischen Europa historisch längst herangereift sind. Oder hat etwa die sozialistische Arbeiterbewegung mit ihrer revolutionären Perspektive während der vergangenen hundert Jahre gleichsam am Stand der Produktivkräfte „vorbeigekämpft“? Trotz enormer Veränderungen und einer ganzen Reihe „technischer Revolutionen“ konnten jedoch die Produktivkräfte die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bekanntlich nicht durchbrechen. Das ist allerdings in der Weise, daß, wie *F. Haug* zu glauben scheint, die Produktivkräfte selbst als Subjekt revolutionärer Umwälzungen fungieren, auch gar nicht möglich, weil die Produktivkräfte für sich genommen keine geschichtsbildende Potenz darstellen, sondern eine solche Potenz nur entfalten können, wenn sie zur Triebkraft der geschichtlichen Bewegung des Klassenkampfes und des politischen Handelns der Klassen werden, wie *Marx* in seiner Formulierung, die „größte Produktivkraft (sei) die revolutionäre Klasse selbst“⁷ treffend zum Ausdruck brachte.

Determinanten der gesellschaftlichen Arbeit

Wissenschaftler in den sozialistischen Ländern versuchen der Schwierigkeit, den Zusammenhang zwischen Veränderungen der Produktivkräfte („wissenschaftlich-technische Revolution“ heute) und der Funktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als in sich widersprüchlichen Entwicklungsformen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses analytisch zu erschließen, dadurch beizukommen, daß sie zwischen der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ in stofflicher Hinsicht (Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände, technische Struktur des Produktionsprozesses als Resultat wissenschaftlicher Vor-

7 Karl Marx: Das Elend der Philosophie, MEW, Bd. 4, S. 181.

laufarbeit usw.) und einer „neuen Revolution der Produktion“ unterscheiden, worunter offensichtlich eine dem Stand der Produktivkräfte entsprechende Vergesellschaftungsform der Organisation der Arbeit verstanden wird.⁸ Während die Repräsentanten dieser Auffassung jedoch betonen, daß eine „neue Revolution der Produktion“ auf der durch die wissenschaftlich-technische Revolution geschaffenen materiellen Basis nur unter sozialistischen Bedingungen durchführbar sei, scheint sich für *F. Haug* schon jetzt, also innerhalb der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise, eine „revolutionäre Umwälzung“ (*F. Haug*) des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit anzubahnen. Damit spielt sie aber, ob sie es will oder nicht, die Bedeutung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als spezifische Determinationsform der Arbeit herab und verselbständigt den vergesellschafteten Charakter der Arbeit zu einer Emanation der Produktivkräfte. Warum aber existieren trotz der angeblich „revolutionären Umwälzung“ der Arbeit und trotz des angeblich „revolutionären Charakters“ der Automationsarbeit die kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch immer? Warum reicht dervon den Produktivkräften ausgeübte „Vergesellschaftungsdruck“, um mit *F. Haug* zu sprechen, nicht aus, die Fesseln der auf dem Privateigentum beruhenden kapitalistischen Produktionsweise zu sprengen, wo er sich doch nach ihrer Meinung als „revolutionäre Umwälzung“ äußert?

Die Antwort auf diese Frage bleibt *F. Haug* schuldig, weil ihr im Zustand der Faszination durch die Fortschritte des verwissenschaftlichten Produktionsprozesses entgeht, daß sich im heutigen Kapitalismus nicht nur die Produktivkräfte, sondern auch die Produktionsverhältnisse noch immer fortentwickeln. Mit der Rede vom „ständigen Privatisierungsdruck“ ist es da nicht getan, will man der tatsächlichen Elastizität und Anpassungsfähigkeit der Produktionsverhältnisse, aber auch des politischen Überbaus wissenschaftlich Rechnung tragen, einer „Lernfähigkeit“ des kapitalistischen Systems also, die zwar den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht eliminieren kann, nichtsdestoweniger aber bisher noch stets Produktivkräfte in einer Weise in Reproduktionselemente des Kapitalverhältnisses zu transformieren vermochte, von der sich die Verfechter eines „Primats der Produktivkräfte“ in ihrem technologischen Optimismus nichts träumen lassen. Offensichtlich kann die Frage, wie das wechselseitig reproduktive und zugleich antagonistische Verhältnis zwischen Vergesellschaftung der Produktion und ihrer kapitalistischen Aneignungsform aufzuheben sei, nicht durch die Hypostasierung der Produktivkräfte als dem eigentlichen Träger einer Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaft theoretisch beantwortet werden. Es ist deshalb ebenso falsch, sich an einen „Primat der Produktivkräfte“ zu klammern, wie es verfehlt wäre, den Auflösungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft aus einem vermeintlichen „Absterben“ der Produktivkräfte und einem daraus folgenden Zusammenbruch des Systems herzuleiten.

Aufgaben marxistischer Analyse

Wenn es statt dessen die Aufgabe marxistischer gesellschaftswissenschaftlicher Analyse der Entwicklung der Arbeit im Kapitalismus ist, die den technologischen Veränderungen immanenten Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen und längerfristig auch für eine der Stellung des Menschen im hochentwickelten Produktionsprozeß angemessene gesellschaftliche Organisation der Arbeit zu erforschen, so ist es aber im

8 Vgl. Autorenkollektiv, a. a. O., besonders S. 265 ff.

Zusammenhang solcher Untersuchungen ebenfalls notwendig, die sozialökonomischen und politischen Bedingungen zu reflektieren, unter denen die Bewegung der Produktivkräfte abläuft. Eine Aufhebung des Antagonismus zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung läßt sich wissenschaftlich nur begründen, wenn man die Bewegung dieses Widerspruchs auf die politische Bewegung des Klassegegensatzes und seine praktischen Erscheinungsformen bezieht.

Da die Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse und mithin die kapitalistische Beherrschung der „lebendigen Arbeit“ notwendig durch außerökonomische, staatlich organisierte Gewaltverhältnisse politisch und ideologisch vermittelt ist, bedürfen die Produktivkräfte gleichsam einer „Übersetzung“ in das bewußte politische Handeln der Arbeiterklasse: nur insofern kann man von der revolutionären Potenz — oder besser revolutionären Funktion — der Produktivkräfte sprechen.

Frigga Haug jedoch ruft den Eindruck hervor, als seien die durch Automation an die Produzenten gestellten Qualifikationsanforderungen hinsichtlich einer komplexen geistigen Durchdringung und Aneignung des Produktionsprozesses selbst schon der entscheidende Hebel, mit dem die kapitalistische Produktionsweise aus den Angeln gehoben werden könne. Nun ist es einerseits gewiß richtig (und darin ist auch die Kritik *F. Haugs* an meinem Beitrag teilweise zutreffend), nicht nur die negativen sozialen Folgen der Automation zu beachten, sondern auch sorgfältig zu untersuchen, ob sich in den von der Automation objektiv geforderten Qualifikationen geschichtlich neue Interessenelemente herausbilden, die für die zukünftige gewerkschaftliche und politische Praxis der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Schichten eine wichtige Rolle spielen. Andererseits nützen jedoch auch gutgemeinte wissenschaftliche Erkenntnisse über den sich verändernden Charakter der gesellschaftlichen Arbeit wenig, wenn sie nicht in Beziehung zur Analyse des politischen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen gebracht werden.

Freilich kann ich nicht für mich in Anspruch nehmen, in meinem, den Anstoß für die Kontroverse mit *F. Haug* gebenden Beitrag bereits den Zusammenhang zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt in der gesellschaftlichen Arbeit und der konkreten Bewegung des Klassenkampfes ausführlich, systematisch und kohärent dargestellt zu haben. Aber ich habe zumindest versucht, an einigen Beispielen zu verdeutlichen, warum — vom Interessenstandpunkt der Arbeiterbewegung her gesehen — der Kampf gegen die kapitalistischen Auswirkungen von Rationalisierung, Automation und neuer Technik in den Kampf um Machtpositionen übergehen muß, der alle Ebenen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und der politischen Herrschaft betrifft. *F. Haug* hat sich nach Kräften bemüht, gerade diesen Teil meiner Ausführungen der Lächerlichkeit preiszugeben. Was ich zu sagen hätte, so bemerkt sie ironisch, wüßten die Gewerkschaften längst selbst. Für meine „Ratschläge“ genüge schon das „bloße Wissen um die Tatsache, daß wir überhaupt im Kapitalismus leben...“⁹, was soviel heißen soll wie, daß diese „Ratschläge“ wegen ihrer den konkreten Stand der Produktivkräfte überspringenden Allgemeinheit für die Arbeiterbewegung unbrauchbar seien. Gilt das, was nach *F. Haug* „die Gewerkschaften“ längst schon wüßten, auch für jene breite und einflußreiche Strömung im DGB und den Einzelgewerkschaften, die auf Sozialpartnerschaft eingeschworen ist und für die zwischen technischem Fortschritt und gesellschaftlicher Entwicklung keine systemspezifischen Zusammenhänge bestehen? Und zeugen zum Beispiel programmatische Äußerun-

9 *F. Haug*: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt... a. a. O.

gen wie die der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, daß „Wachstum für die Wohlstandsmehrung als Voraussetzung für die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ziele“ zu gelten habe, die wiederum als „Freiheit der individuellen Lebensgestaltung“ und „Sicherung der Existenzbedingungen . . . für die ganze Gesellschaft“¹⁰ definiert werden, von jenem (von mir aus auch nur sehr allgemeinen) Bewußtsein, daß „wir überhaupt im Kapitalismus leben“? Kennzeichnen Aktionen wie die der IG Druck und Papier zur Abwehr negativer Auswirkungen der neuen rechnergesteuerten Textsysteme nicht die am weitesten vorgeschobenen Positionen der Arbeiterbewegung im Kampf um die Arbeitsbedingungen automatisierter Produktion, obwohl doch diese Aktionen ohne Zweifel noch weit davon entfernt waren, betriebliche und überbetriebliche Formen gewerkschaftlicher Gegenmacht zu entwickeln?

Die Frage danach, welche Möglichkeiten des praktischen politischen Handelns sich der Arbeiterklasse heute durch die Entwicklung der Arbeit erschließen, läßt sich wissenschaftlich erst beantworten, wenn das in den Produktivkräften sich entfaltende Neue mit der Analyse der empirischen Bedingungen und Erscheinungsformen des Klassengegensatzes vermittelt wird. Diese Vermittlung in der wissenschaftlichen Arbeit ist das eigentlich Schwierige, dessen Anerkennung auch den Bemühungen von *Frigga Haug* nicht zum Nachteil gereichen würde.

10 Programm der GTB, zitiert nach Renate Schmucker: Gewerkschaftsprogramm Textil-Bekleidung; in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 11/1978, S. 19.

Humanisierung oder Rationalisierung?

Anmerkungen zu Funktion, Ergebnissen und Perspektiven staatlich geförderter Forschung zur „Humanisierung der Arbeit“ (HdA) in der Bundesrepublik

Klaus Priester

I. Ziele des HdA-Programms — II. Zur Projektvergabe- und Finanzierungspraxis — III. Forschungsergebnisse: erste Erfahrungen — IV. Perspektiven des HdA-Programms.

Das Aktionsprogramm „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA-Programm) der Bundesministerien für Arbeit (BMA) sowie Forschung und Technologie (BMFT)¹ steht seit seiner Veröffentlichung 1974 im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik.²

Im folgenden soll — auch im Anschluß an frühere eigene Arbeiten³ — untersucht werden, was aus den ursprünglich weitreichenden Absichten des HdA-Programms im Prozeß seiner Umsetzung in die Forschungspraxis geworden ist und welche Perspektiven sichtbar sind.

- 1 Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens. Aktionsprogramm des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung und des Bundesministers für Forschung und Technologie, in: Sozialpolitische Informationen, Sonderausgabe, 8. Mai 1974.
- 2 Siehe dazu zusammenfassend F. Naschold, Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1980, S. 221—230; ders., „Echte Humanisierungspolitik darf nicht am kurzen Gängelband einer hoheitlich-staatlichen Politik entwickelt werden“, Interview mit E. Möller, in: Der Gewerkschafter 5/1980, S. 4—9; W. Pöhler, Staatliche Förderung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1980, S. 230—242; K. H. Janzen, Noch wächst das Unbehagen, in: Der Gewerkschafter 3/1979, S. 5—7; ders., Technologiepolitik und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1980, S. 256—262; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Glombig, Egert, Rappe (Hildesheim), Lutz, Stockleben, Hoffmann (Saarbrücken), Grunenberg, Schmidt (Kempten), Cronenberg, Dr.-Ing. Laermann und der Fraktionen der SPD und FDP — Humanisierung des Arbeitslebens, Bundestagsdrucksache 8/3844, 21. März 1980; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein, Müller (Remscheid), Lenzer, Dr. George, Dr. Probst, Pfeifer, Franke, Dr. Blüm, Hasinger, Benz, Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Dr. Laufs, Pfeiffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und Genossen der und der Fraktion der CDU/CSU — Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen, Bundestagsdrucksache 8/3852, 24. März 1980; Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 217. Sitzung, 14. Mai 1980, Plenarprotokoll 8/217, S. 17426—17452; Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU — Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen, Bundestagsdrucksache 8/3999, 13. Mai 1980. (Der Antrag wurde im Plenum nicht beraten und an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.)
- 3 Siehe E. Dähne/K. Priester, Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf. Materialien zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen und zur „Humanisierung der Arbeit“ in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1978 (IMSF-Informationsbericht 20), S. 143—151; siehe auch E. Dähne/K. Pickshaus/K. Priester, Thesen zum politischen Stellenwert der „Humanisierungs“-Debatte für die Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: Humanisierung der Lohnarbeit? Der Kampf um die Arbeitsbedingungen, Berlin/West 1977 (Argument-Sonderband 14), S. 166—175; S. Roth, Anmerkungen zur Funktion des staatlichen Humanisierungsprogramms, in: Ebenda, S. 78—87.

I. Ziele des HdA-Programms

Anstoß zur Erarbeitung des HdA-Programms war nach Angaben seiner Verfasser die nach dem Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 notwendig gewordene nähere Bestimmung dessen, was unter „gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen“ bei der menschengerechten Gestaltung der Arbeit, deren Anwendung das Gesetz (wie später eine Reihe anderer Arbeitsschutzgesetze auch) fordert⁴, eigentlich zu verstehen sei. Das Programm ist Ausdruck der Erkenntnis, daß die Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik verbesserungswürdig sind. Bereits die erste sozialliberale Bundesregierung hatte die „Humanisierung der Arbeitswelt“ zu einem der zentralen Programmpunkte ihrer zunächst proklamierten neuen, „vorausschauenden Sozialpolitik“ gemacht; dies war Ausdruck einer stärkeren Betonung des Präventionsgedankens in der Sozialpolitik des Staates.⁵ Ursprünglich setzte sich das HdA-Programm zum Ziel: 1. die Erarbeitung von Schutzdaten, Richtwerten, Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten; 2. die Entwicklung menschengerechter Arbeitstechnologien; 3. die Erarbeitung und Erprobung neuer Formen der Arbeitsorganisation und die beispielhafte Gestaltung von Arbeitsplätzen; 4. die Verbreitung und Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und Betriebserfahrungen in die Praxis.⁶ Im Rahmen dieser gemeinsamen Programmziele von BMFT und BMA haben sich später für den Bereich des BMFT, das ca. 90 Prozent aller Vorhaben betreut, fünf Aktionsrichtungen für die Forschung herausgebildet.⁷

Verbesserung der Arbeitsqualität: Hierunter fallen Projekte zur Ausweitung von Arbeitsinhalten, zur Entwicklung ganzheitlicher Arbeitsvollzüge sowie zur Schaffung von „Möglichkeiten einer mit der Arbeit verbundenen Höherqualifizierung“ der Beschäftigten. „Dabei soll zugleich dafür Sorge getragen werden, daß die Beschäftigten auch dispositive und kontrollierende Arbeitsaufgaben übertragen bekommen und auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, eine stärkere Kontrolle über die eigene Arbeit zu gewinnen.“ Ferner gehören zu diesem Forschungsschwerpunkt „Aktivitäten zur Herstellung von Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten, die den sozialen Bedürfnissen der Beschäftigten entsprechen und die einen Abbau von Fremdkontrollen ermöglichen“. Im übrigen ist beabsichtigt, „durch die weitere Ausgestaltung der Arbeitsverfassung... die Arbeitnehmer stärker als bisher bei der Festlegung ihrer Arbeitsaufgaben und ihrer Arbeitsbeziehungen zu beteiligen“.

Abbau schädigender und unzuträglicher Über- und Unterbeanspruchungen und -belastungen: Hierbei geht es um die Erforschung gesundheitsschädigender Einflüsse der Ar-

4 Siehe §§ 90/91 Betriebsverfassungsgesetz, § 3 Arbeitsstättenverordnung; ähnlich § 13 Arbeitsstoffverordnung, § 1 Arbeitssicherheitsgesetz.

5 Siehe dazu E. Standfest, Sozialpolitik als Reformpolitik, Köln 1979 (WSI-Studie 39); E. Reidegeld, Staatliche Sozialpolitik in den ersten Nachkriegsjahren und in der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 122—154; H.-U. Deppe/K. Priester, Grundzüge staatlicher Sozial- und Gesundheitspolitik, in: H.-U. Deppe (Hrsg.), Vernachlässigte Gesundheit, Köln 1980, S. 61—84. IMSF, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M. 1976 (Beiträge des IMSF 4) S. 331—339, 365—391.

6 Vgl. Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens, Aktionsprogramm..., a. a. O.; Sachbestandsbericht zum Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“, in: BMFT-Mitteilungen 3/1980, S. 50.

7 Vgl. W. Pöhler, Fünf Jahre Humanisierungsprogramm im Bereich des Bundesministers für Forschung und Technologie, in: ders. (Hrsg.), ... damit die Arbeit menschlicher wird. Fünf Jahre Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens (HdA), Bonn 1979, S. 9—37, bes. S. 14 ff. — Die folgenden Zitate stammen, soweit nicht anders angegeben, aus diesem Text.

beitsumgebung (z. B. Lärm, Schadstoffe), von Überbeanspruchungen durch Leistungsverdichtung und Arbeitszeitregelungen (Nacht-, Schichtarbeit), zu geringer und einseitiger Beanspruchungen, technischer, sozialer und psychischer Zwänge, die die Kommunikations- und Handlungsfähigkeit der Beschäftigten beeinträchtigen sowie von Mehrfachbelastungen am Arbeitsplatz.

Erhöhung der Arbeitssicherheit: Unter diesen Forschungsschwerpunkt fällt die Arbeitsunfallforschung, die zwar zu den traditionellen Gebieten des Arbeitsschutzes gehört, nach Ansicht der Programmgestalter aber auch zukünftig weiterverfolgt werden soll.

Verminderung negativer Wechselbeziehungen zwischen Arbeitswelt und anderen Lebensbereichen: Hierbei geht es einmal um die von der konkreten Arbeitsplatzsituation und den sie beeinflussenden gesellschaftlichen Faktoren ausgehenden Einflüsse auf die Freizeit- und außerbetrieblichen Lebensgewohnheiten der Beschäftigten, zum anderen um die Auswirkungen der Lebenslage im allgemeinen, der Bildungs- und Berufschancen auf die Arbeitssituation. „Benachteiligungen in einem Bereich korrespondieren im Regelfall mit Nachteilen im anderen Bereich. Es muß ein Ziel der Humanisierung des Arbeitslebens sein, durch Gestaltung der Arbeitsbedingungen diese Wechselbeziehungen von Arbeit und anderen Lebensbereichen positiv zu beeinflussen.“

Entwicklung übergreifender HdA-Strategien: Diese Aktionsrichtung orientiert sich auf die Anknüpfung „an andere staatliche Politiken, wie z. B. die Technologiepolitik, die Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die regionale und sektorale Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und andere“ sowie an die Strategien von Unternehmen und Gewerkschaften, die Entwicklung der Gesetzgebung usw. „Es ist ein Ziel des Humanisierungsprogramms, alle Aktivitäten anderer Teilstrategien zu nutzen, um eine menschengerechte Arbeitsgestaltung kurz- und mittelfristig zu gewährleisten.“

An den so skizzierten Aufgabenstellungen wird deutlich, daß zumindest programmatisch z. T. sehr detaillierte Vorstellungen darüber bestanden, in welchen Bereichen und mit welchen Zielen geforscht werden sollte. Gleichwohl haben sich die konkreten Zielplanungen seit Veröffentlichung des HdA-Programms mehrfach verschoben. Hierzu hat sicherlich auch die bald geäußerte gewerkschaftliche Kritik beigetragen. Sie läßt sich etwa folgendermaßen skizzieren:⁸ 1. Das HdA-Programm sei zu breit angelegt, es enthalte über hundert als Forschungs- und Entwicklungsaufgaben deklarierte Probleme, deren Bearbeitung „eine jahrelange und noch weiter zu detaillierende Forschungsarbeit“ notwendig mache. 2. Der überwiegende Teil der benannten Forschungsaufgaben bewege sich im Rahmen der traditionellen Forschungskonzeption, d. h. das Programm ist darauf ausgerichtet, eine Vielzahl von Aktivitäten durch Forschungsinstitute, Verbände und staatliche Verwaltungen auszulösen, Projekte „in der üblichen Weise abzuwickeln und wissenschaftliche Gutachten anzufertigen“. Dagegen machten die Probleme der Arbeitsbedingungen ein anderes Vorgehen notwendig: „Das Forschungsprogramm müßte weitgehend identisch und integriert sein mit einem *Realisierungsprogramm* der Humanisierung der Arbeit.“ Dies jedoch würde eine andere Konzeption der wissenschaftlichen Arbeit und Bewertung voraussetzen, etwa im Sinne einer auf Veränderung ausgerichteten Forschung.

⁸ Vgl. dazu M. Helfert, Forschungs-, aber kein Realisierungsprogramm. Stellungnahme zum Forschungsprogramm der Bundesregierung zur Humanisierung der Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 12/1974, S. 472–478. Die folgenden Zitate beziehen sich — soweit nicht anders angegeben auf diese Quelle.

3. Viele Projekte seien auf die Erforschung der Grenzen von Beanspruchungen und schädigenden Arbeitsbedingungen ausgerichtet, während unklar bleibe, an welchen Kriterien und mit welchen Verfahren diese Grenzen festzulegen sind, insbesondere wenn die „Bedürfnisse der Menschen“ stärker berücksichtigt werden sollten. 4. Das isolierte Vorgehen der Forschung durch fehlende Berücksichtigung der Gesamtzusammenhänge könne sich desintegrierend auswirken. Es bestehe die Gefahr, „daß jeweils nur einzelne Aspekte der Arbeitsbedingungen gesehen und verändert werden“, ohne die gegenseitige Verflochtenheit unterschiedlicher Aspekte der Arbeitssituation zu berücksichtigen.

5. Das Programm enthalte keinerlei Aussagen „über die Abhängigkeit der Arbeit von den Verwertungsbedingungen und -interessen des Kapitals und über die daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Verwirklichung von bestimmten Maßnahmen der Humanisierung der Arbeit“. Aus einer derart „konfliktlosen Sichtweise“ ergebe sich schließlich auch die das Programm tragende Vorstellung, daß allein durch die Forschung menschengerechte Arbeitsbedingungen zu realisieren wären. 6. Im Rahmen der Entwicklung einer (fehlenden) Durchsetzungsstrategie zur HdA müßten die betroffenen Beschäftigten bei der Festlegung von Forschungszielen und -inhalten *zwingend* beteiligt werden. 7. Unklar sei, „inwieweit die Probleme der Arbeitsbedingungen es notwendig machen, ein neues Modell der wissenschaftlichen Begleitung von konkreten Veränderungen und neuer Formen der Kooperation zwischen der Wissenschaft, den Gewerkschaften, den Beschäftigten und den Unternehmen zu entwickeln“.

Es scheint, als ob durch derart pointiert vorgetragene Kritik tatsächlich einige inhaltliche und organisatorische Veränderungen bei der Abwicklung des HdA-Programms bewirkt worden sind. So wurde 1976 anstelle der offensichtlich überforderten Ministerialbürokratie von BMA und BMFT ein „Projekträger HdA“⁹ mit der Durchführung des Programms betraut. Er ist für die Durchführung aller HdA-Vorhaben zuständig, die vorher von der Verwaltung des BMFT selbst betreut wurden, während die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) in Dortmund die vom BMA betreuten Projekte durchführt oder nach außen vergibt. Mit der Leitung des Projekträgers HdA wurde *Prof. Willi Pöhler*, Leiter des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund und Industrie-soziologe, betraut; der Mitarbeiterstab wurde um Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitswissenschaftler erweitert und zahlenmäßig verdoppelt.¹⁰

Gleichzeitig wurde das Beraterwesen im Rahmen des HdA-Programms reformiert. Zehn Gutachterausschüsse wurden eingerichtet, die die einzelnen Vorhabenschwerpunkte beraten sollen. Dabei wurden — in diesem Umfang erstmals in der staatlichen Forschungsförderungspolitik der Bundesrepublik — neben wissenschaftlich-technischen Experten in stärkerem Maße Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der Unternehmer berufen. Es kann davon ausgegangen werden, daß das HdA-Programm das Forschungsprogramm mit dem — zumindest quantitativ — größten Einfluß der Gewerkschaften ist. Al-

9 „Projekträger sind — meist in den Großforschungszentren eingerichtete — nachgeordnete Verwaltungsstellen, die das Fachreferat (des zuständigen Ministeriums — K. P.) bei der Antragsberatung, in der Organisation des Gutachterwesens, bei der administrativen und fachlichen Abwicklung der Projekte unterstützen.“ (G. Bräunling, Humanisierung der Arbeitsbedingungen durch Technologiepolitik, in: W. Pöhler (Hrsg.), ... damit die Arbeit menschlicher wird, a. a. O., S. 142.)

10 Vgl. ebenda, S. 144.

lerdings sind mit dieser verstärkten Repräsentanz der Gewerkschaften auch personelle und Kompetenzprobleme verbunden.¹¹

Die stärkere Einbeziehung der Gewerkschaften bewirkte u. a. auch die nun einsetzende stärkere Berücksichtigung solcher Forschungsprojekte, die von Einzelgewerkschaften des DGB und Betriebsräten vorgeschlagen wurden. Schließlich wurde beim Projektträger HdA auch ein eigenständiger Förderschwerpunkt „Umsetzung von Humanisierungserkenntnissen“ etabliert, für den 1978 zum ersten Mal in größerem Umfang Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden.¹²

Eine weitere Veränderung gegenüber der ersten Projektphase bestand darin, daß Ansätze für ein Beobachtungs- und Bewertungsinstrumentarium geschaffen, d. h. bei größeren Forschungsvorhaben Projektbegleiter eingesetzt wurden, „die den Verlauf des Vorhabens periodisch und kritisch dem Projektträger berichten“¹³ sollen. Zudem wurden und werden parallel zu den meisten größeren Betriebsprojekten arbeits- und sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen durchgeführt, wobei Sozialwissenschaftler allerdings nur zum Teil auch schon in die Projektplanung und -konzeption eingeschaltet wurden.

Im folgenden sollen einige Anmerkungen zur Praxis der Projektvergabe und zur Verteilung der Fördermittel gemacht werden, um den realen Stellenwert des HdA-Programms im Kontext staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik besser einschätzen zu können.

II. Zur Projektvergabe- und Finanzierungspraxis

Die gewerkschaftliche Kritik trug dazu bei, daß zumindest *versucht* wurde, tradierte Forschungspraktiken ansatzweise zu verändern, betriebliche und gewerkschaftliche Instanzen nicht nur zu beraten, sondern auch an der Konzipierung und Durchführung von Projekten direkt zu beteiligen. Die sich als Folge herausbildenden besonderen Beratungs- und Organisationsstrukturen zur Abwicklung des HdA-Programms, die nun dargestellt werden sollen, verdienen auch im Hinblick auf die durch diese Institutionen praktizierte Finanzierungspraxis Beachtung.¹⁴

Das BMFT wird in Fragen der Programmentwicklung von einem drittelparitätisch aus

11 So schreibt etwa das IG-Metall-Vorstandsmitglied K. H. Janzen: „Oftmals sind unsere Funktionäre zur gleichen Zeit in mehreren Ausschüssen, so daß sie häufig nicht Zeit genug haben, um sich hinterher bei der Projektdurchführung intensiv um die einzelnen Betriebe zu kümmern.“ (Janzen, Technologiepolitik und Gewerkschaften, a. a. O., S. 259) — Ganz offensichtlich fehlt innerhalb der Gewerkschaften eine personelle Infrastruktur, die in der Lage wäre, das HdA-Programm kritisch zu begleiten. Dies ist angesichts der — etwa im Vergleich zu den Unternehmerverbänden — deutlich geringeren finanziellen Möglichkeiten der Gewerkschaften und der traditionell vorrangigen Beschäftigung ihrer Mitarbeiter mit anderen Problemen nicht verwunderlich. Ein Ausweg könnte darin bestehen, die Einarbeitung von Mitarbeitern, die HdA-Projekte begleitend beobachten können, über die Initiierung eigener HdA-Begleitungsprojekte aus Mitteln des BMFT im Rahmen des HdA-Programms finanzieren zu lassen. Dies ist in einzelnen Fällen auch geschehen (WSI, IG Metall; siehe dazu ebenda, S. 259). Ein solches Vorgehen erscheint notwendig angesichts der Tatsache, daß wirksame gewerkschaftliche Beteiligung an der Programmdurchführung — die vom BMFT ja ausdrücklich gewünscht wird — eben nur mit entsprechend qualifizierten Experten möglich ist.

12 Vgl. Bräunling, a. a. O., S. 145; ausführlicher bei H. H. Herzog, Umsetzung von Humanisierungserkenntnissen durch Weiterbildung, in: Pöhler (Hrsg.), ... damit die Arbeit menschlicher wird, a. a. O., S. 114—129.

13 Bräunling, a. a. O., S. 145.

14 Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf Angaben des Projektträgers HdA. — Vgl. dazu Pöhler, Fünf Jahre Humanisierungsprogramm ..., a. a. O., S. 18—21.

Wissenschaftlern, Gewerkschafts- und Unternehmervertretern zusammengesetzten *Fachausschuß* beraten;¹⁵ das BMFT fällt die Förderentscheidungen und entscheidet zusammen mit dem BMA über die Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung des HdA-Programms.

Die Abwicklung des HdA-Programms selbst liegt in den Händen des „relativ autonomen“¹⁶ *Projekträgers HdA*; er unterstützt und berät Antragsteller (Firmenleitungen, Betriebsräte, Wissenschaftler und wissenschaftliche Institutionen) bei der Ausarbeitung von Förderanträgen und der Durchführung genehmigter Projekte; er gibt dem BMFT Empfehlungen zur Förderentscheidung, schließt im Auftrag des BMFT Forschungsverträge ab und gibt nach Abschluß von Projekten „einen Bericht über Erfolg oder Mißerfolg“.¹⁷

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Projekträger HdA zehn *Sachverständigenkreise* gebildet, in denen Wissenschaftler, Gewerkschafts- und Unternehmervertreter, Berufsgenossenschaften (Unfallversicherungsträger) und andere Fachverbände vertreten sind. „In diesen Sachverständigenkreisen werden von den antragstellenden Firmen, Verbänden und Instituten die jeweiligen Projekte vorgetragen und gemeinsam mit den Sachverständigen diskutiert. Die Sachverständigen geben dem Projekträger eine Förderempfehlung, die dieser auswertet und mit einer eigenen Stellungnahme an das Ministerium weiterleitet.“¹⁸

In diesen Sachverständigenkreisen sind Gewerkschaftsvertreter *beteiligt*, d. h. in der Regel unterrepräsentiert; gleichwohl werden sie auf diese Weise in das Beratungs- und Bewilligungssystem eingebunden. Von ihrer Entscheidungskompetenz und den Mitbestimmungsmöglichkeiten her dürfte ihnen allenfalls eine Feigenblatt-Funktion zukommen. Dies wird dem Vernehmen nach von Gewerkschaftsseite auch entsprechend eingeschätzt. Die — gewollten — Folgen dieser Integration von Gewerkschaftsvertretern sind die gegensätzliche Interessen verdeckenden Mechanismen der Konsensbildung in der Programmgestaltungs- und Projektberatungsphase.¹⁹ Daß dies unter dem Zwang zur Einigung oft zu forschungsstrategisch und hinsichtlich ihrer praktisch-betrieblichen Relevanz unsinnigen, weil nur Randprobleme der Arbeitsbedingungen betreffenden und zentrale Fragen ausblendenden, Forschungsprojekten führt, die quasi als „Kompromiß“ unterschiedlicher — z. T. auch gegenläufiger — Interessen angelegt sind, erscheint vor diesem Hintergrund verständlich.

15 Zur Zusammensetzung dieses Fachausschusses vgl. im einzelnen BMFT (Hrsg.), *Beratungsplan 1979 des BMFT*, Bonn 1979, S. 28. — Ihm gehören acht Vertreter von Unternehmen und Unternehmerverbänden, sieben Vertreter des DGB oder von DGB-Gewerkschaften, ein DAG-Vertreter sowie acht Wissenschaftler aus Hochschulen oder sonstigen Forschungsinstituten an.

16 Bräunling, a. a. O., S. 144. — Allerdings ist hierzu anzumerken, daß der Projekträger HdA Teil der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“ (DFVLR), Bonn, ist. Diese Großforschungseinrichtung muß als ein Zentrum der Rüstungsforschung und -entwicklung betrachtet werden. Im Entwurf des Bundeshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1979 (Einzelplan 14, Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung) heißt es: „Die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. (DFVLR) nimmt *in erheblichem Umfange* Aufgaben auf dem Gebiet der wehrtechnischen Luftfahrtforschung wahr.“ (Anlage zur Bundestagsdrucksache 8/2150 [Einzelplan 14], S. 174.) — Vgl. auch E. Dähne, *Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? Materialien zu den offenen und verdeckten Rüstungs- und Militärausgaben im Bundeshaushalt — Kosten des Bonner Atomprogramms*, Frankfurt/M. 1980 (Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 9), S. 103 ff.

17 Pöhler, *Fünf Jahre Humanisierungsprogramm* . . . , a. a. O., S. 19.

18 Ebenda, S. 20. — Zur Zusammensetzung dieser Sachverständigenkreise siehe ausführlich BMFT (Hrsg.), *Beratungsplan 1979* . . . , a. a. O., S. 40—42.

19 Siehe dazu näher Pöhler, *Fünf Jahre Humanisierungsprogramm* . . . , a. a. O., S. 20.

Unter diesen Gesichtspunkten muß auch die Einrichtung von *Fachkonferenzen und -gesprächen* betrachtet werden, die nach Auffassung des Projektträgers dazu dienen sollen, „richtungweisende Themen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aufzufinden und ... Förderaktivitäten in bisher noch nicht berücksichtigten Branchen oder Themenbereichen anzuregen“.²⁰ Diese — auch als Informationsveranstaltungen für die beteiligten Betriebe, Wissenschaftler und Gewerkschaften gedachten — Beratungen, von denen allein zwischen 1975 und 1977 zehn zu unterschiedlichen Problemfeldern stattfanden²¹, dürften das auf Gewerkschaftsseite bestehende Informationsdefizit kaum beheben und die Möglichkeiten, Einfluß auf die inhaltliche Ausrichtung der Forschung und der Förderschwerpunkte zu nehmen, nicht wesentlich erweitern.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch die Institutionalisierung eines besonderen *Mitspracherechtes* für an Projekten beteiligte *Betriebs- und Personalräte* zu nennen. In den BMFT-Förderungsgrundsätzen für HdA-Projekte heißt es hierzu: „Bei betrieblichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten, welche die Arbeitnehmer des antragstellenden Unternehmens betreffen, wird eine schriftliche Einverständniserklärung des örtlichen Betriebsrates zum Antrag verlangt.“²²

Hierin scheint nun in der Tat ein wesentlicher Fortschritt zu liegen. Allerdings muß einschränkend angemerkt werden, daß eine bloß formale Einverständniserklärung noch lange kein wirksames Mitwirkungs-, Beteiligungs-, Mitsprache- oder gar Mitbestimmungs- und Entscheidungsrecht darstellt. Insofern kann von „obligatorische(r) Beteiligung der Betriebsräte“ an HdA-Projekten — wie dies der frühere Forschungsminister *Matthöfer* formuliert²³ — im Sinne einer tatsächlichen Mitgestaltung des Forschungsprozesses und der Anwendung der Forschungsergebnisse nicht unbedingt die Rede sein.

Im Hinblick darauf — und dies zeigt gerade die auf einschlägigen Projekterfahrungen basierende gewerkschaftliche Kritik²⁴ — mutet es eher wie eine Verkennung in der betrieblichen Praxis existierender Schwierigkeiten an, wenn *Matthöfer* schreibt: „Kein betriebliches Projekt wird gefördert, dem nicht der zuständige Betriebsrat zugestimmt hat. *Möglichst* sollen alle Problempunkte von vornherein diskutiert und in Form von Betriebsvereinbarungen geregelt werden.“²⁵ Hierbei wird auch übersehen, daß die meisten der auftretenden Probleme in betrieblichen HdA-Projekten sich erst im Verlauf des Forschungsprozesses ergeben, also a priori nicht vorhersehbar sind, zumal dann, wenn die Belegschaftsvertretungen nicht von Anbeginn an in die Planungsüberlegungen einbezogen sind und die Forschungsprobleme, detaillierten Fragestellungen, Maßnahmen der Durchführung und angestrebten Ziele mitformulieren.

Gerade die Beteiligung der unmittelbar Betroffenen und ihrer betrieblichen Vertretungen kann aber erst gewährleisten, daß HdA-Projekte tatsächlich der Erforschung von für die betroffenen Beschäftigten *relevanten* Aspekten der Arbeitsbedingungen und der *Durchsetzung von spürbaren Verbesserungen am Arbeitsplatz* dienen. Ansonsten besteht

20 Ebenda.

21 Vgl. dazu H. Matthöfer, *Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft*, Köln — Frankfurt/M. 1977, S. 182; siehe auch Pöhler, *Fünf Jahre Humanisierungsprogramm ...*, a. a. O., S. 20.

22 Grundsätze des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zur Förderung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet „Humanisierung des Arbeitslebens“, Bonn, den 28. 9. 1976 (vervielf. Mskr.), S. 9, Ziffer 5.2.1/III.

23 Matthöfer, a. a. O., S. 185.

24 Siehe dazu z. B. Janzen, *Technologiepolitik und Gewerkschaften*, a. a. O., S. 259.

25 Matthöfer, a. a. O., S. 185. — Hervorhebung von mir (K. P.).

die Gefahr, daß aus Steuergeldern Subventionierungspolitik im Interesse der Unternehmen betrieben wird und die tatsächliche umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterbleibt.

Betrachtet man nun die Entwicklung und Verteilung der Finanzmittel für das HdA-Programm, so wird zunächst deutlich, daß dieser Bereich staatlicher Forschungspolitik nur eine äußerst geringe Rolle spielt. Der Anteil der für das HdA-Programm im Bereich des BMFT, das ca. 90 % aller Maßnahmen durchführt, ausgegebenen bzw. eingeplanten Mittel am Gesamthaushalt des Forschungsministeriums betrug 1974 0,4 %, 1979 1,6 %; 1982 soll er rund 2,1 % betragen.²⁶ Angesichts der hohen Förderbeträge für z.B. Energieforschung und -technologie, Weltraumforschung sowie naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die zusammen mehr als 60 Prozent aller vom BMFT verteilten Fördermittel erhalten²⁷, erscheinen die in das HdA-Programm investierten Summen eher als Schönheitspflesterchen in einem rein naturwissenschaftlich-technologisch ausgerichteten Förderspektrum. Das bedeutet nicht nur, daß die HdA-Ausgaben im Vergleich zu anderen Förderschwerpunkten außerordentlich gering sind, sondern auch, daß „alle anderen Gelder ... in eine Technologiepolitik (fließen), die *nicht* an Humanisierungskriterien orientiert ist“²⁸, teilweise aber ebenfalls technologische Innovationen betrifft, die Auswirkungen auf die Gestaltung von Arbeitsplätzen haben.

Tabelle 1

Entwicklung der Finanzmittel für das HdA-Programm (Mio. DM) 1974 bis 1983

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ^{a)}	1981 ^{b)}	1982 ^{b)}	1983 ^{b)}	Summe 1974-79
BMA	2,2	3,5	5,4	5,4	6,9	8,3	8,4	8,4	8,4	8,4	31,7
BMFT	11,5	28,1	39,7	48,5	75,1	90,0	110,0	134,0	156,0	185,0	292,9
Insges.	13,7	31,6	45,1	53,9	82,0	98,3	118,4	142,4	164,4	193,4	324,6

a) 1980: Haushaltsansatz

b) 1981 bis 1983: mittelfristige Finanzplanung

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Glombig ..., a. a. O., S. 15; eigene Berechnungen.

Aus *Tabelle 1* geht hervor, daß zwischen 1974 und 1979 rund 325 Mio. DM für die HdA-Forschung ausgegeben wurden; davon entfielen mehr als 90 Prozent auf das BMFT. Dabei ist eine kontinuierliche Steigerung der zur Verfügung gestellten Mittel im Bereich des BMFT festzustellen, während die BMA-Mittel zukünftig nicht mehr gesteigert werden sollen. Allerdings bleibt in dieser Aufstellung unberücksichtigt, daß im Bereich des BMA für das 1980 bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) einzu-

26 Alle nachfolgenden Daten bei BMFT (Hrsg.), BMFT-Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens. Planperiode 1978—1982, Bonn 1978; Pöhler, Fünf Jahre Humanisierungsprogramm, a. a. O.; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Glombig ..., a. a. O., S. 15; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein ..., a. a. O.; Sachstandsbericht zum Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“, a. a. O. — Die in den verschiedenen offiziellen und offiziellen Quellen angegebenen Daten stimmen nicht immer überein. Dies ist zum Teil auf nachträglich vorgenommene Korrekturen in den Haushaltsansätzen und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführte Umverteilungsmaßnahmen zurückzuführen.

27 Berechnet nach BMFT (Hrsg.), Förderungskatalog 1978, Bonn 1979, S. 3.

28 Naschold, „Echte Humanisierungspolitik ...“, a. a. O., S. 4.

Tabelle 2
Förderaktivitäten von BMFT und BMA (Stand: Mitte 1978)

Programmschwerpunkt		Anzahl der Vorhaben		Fördermittel	
		insges.	Prozent	insges. (Mio. DM)	Prozent
Verhütung von Unfällen	abgeschl.	66	10,7	5,662	2,4
	laufend	36	5,9	13,761	5,7
	insgesamt	102	16,6	19,423	8,1
Bekämpfung arbeitsbedingter Krankheiten	abgeschl.	13	2,1	0,418	0,2
	laufend	19	3,1	2,198	0,9
	insgesamt	32	5,2	2,616	1,1
Abbau unzumutbarer Belastungen	abgeschl.	127	20,7	25,000	10,4
	laufend	189	30,8	101,885	42,6
	insgesamt	316	51,5	126,885	53,0
Verbesserung der Qualität der Arbeit	abgeschl.	17	2,8	7,026	2,9
	laufend	70	11,3	59,452	24,9
	insgesamt	87	14,1	66,478	27,8
Verminderung negativer Wechselbeziehungen zwischen Arbeitswelt und anderen Lebensbereichen		—	—	—	—
Programmbegleitende Forschung	abgeschl.	22	3,6	1,520	0,6
	laufend	27	4,4	15,955	6,7
	insgesamt	49	8,0	17,475	7,3
Verbreitung und Umsetzung von Erkenntnissen und Betriebserfahrungen	abgeschl.	12	2,0	1,113	0,5
	laufend	16	2,6	5,346	2,2
	insgesamt	28	4,6	6,459	2,7
HdA-Aktivitäten insgesamt	abgeschl.	257	41,9	40,739	17,0
	laufend	357	58,1	198,597	83,0
	insgesamt	614	100,0	239,336	100,0

Quelle: Pöhler, Fünf Jahre Humanisierungsprogramm..., a. a. O., S. 13.

richtende „Bundeszentrum Humanisierung des Arbeitslebens“ weitere 10 Mio. DM aus Haushaltsmitteln des Bundes vorgesehen sind.²⁹

Wie verteilen sich nun diese Mittel auf die Programmschwerpunkte des HdA-Programms? Welche Prioritäten sind feststellbar? *Tabelle 2* zeigt, daß bis Mitte 1978 mehr als die Hälfte aller Vorhaben und Mittel Projekten zugeflossen sind, die den Abbau unzumutbarer Arbeitsbelastungen zum Inhalt hatten, ein gutes weiteres Viertel der Mittel solchen Projekten, die der Verbesserung der Arbeitsqualität dienen sollen. Dagegen kommt der programmbegleitenden Forschung (7,3 % der Mittel) und dem Schwerpunkt „Verbreitung und Umsetzung von Forschungsergebnissen“ (2,7 %) ebenso wie der Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen (1,1 %) nur geringe Bedeutung zu.

Im Bereich der Wechselbeziehungen zwischen Arbeitssituation und anderen Lebensbereichen wurde bis Mitte 1978 überhaupt nicht geforscht. Allerdings werden seit 1979 auch zu diesem Programmbereich vereinzelte Projekte durchgeführt.

Nach der Übersicht in *Tabelle 2* wurden also bis Mitte 1978 insgesamt fast 240 Mio. DM an Fördermitteln festgelegt. Mehr als 600 Projekte im Bereich von BMA und BMFT wurden gefördert, von denen 257 bereits abgeschlossen sind. Bei den abgeschlossenen Projekten handelt es sich hauptsächlich um kleinere, die im BMA-Bereich durchgeführt wurden.³⁰

Für den Bereich des BMFT ist es möglich, etwas tiefer in die Details der Mittelvergabe nach Forschungsschwerpunkten vorzudringen. Dies erscheint nicht zuletzt auch deshalb sinnvoll, weil *Tabelle 2* nur eine summarische Übersicht über die vergebenen Mittel ist, die nichts über die Entwicklungsrichtung und die Ausstattung von Einzelbereichen aussagt. In *Tabelle 3* wurde versucht, die vom BMFT vergebenen Fördermittel nach Teilprogrammen und Aktivitätsschwerpunkten aufzuschlüsseln. Dabei zeigt sich, daß über den gesamten Zeitraum hinweg ca. zwei Drittel der Finanzmittel in die Teilprogramme „Arbeits- und Betriebsorganisation“ sowie „Arbeitsplätze, -mittel und -umgebung“ fließen. Mit im Zeitverlauf abnehmender Tendenz entfällt ein Fünftel bis ein Drittel der Mittel auf das Teilprogramm „Arbeitstechnologien“; der Schwerpunkt „Umsetzung“ hat erst in den letzten Jahren nennenswertes Gewicht erlangt: 1979/80 war dafür immer noch weniger als ein Fünftel der Mittel eingeplant.

Betrachtet man die Fördermittelverteilung noch detaillierter (*Tabelle 4*), so lassen sich für die letzten Jahre folgende Entwicklungstendenzen aufzeigen.³¹ Für fast alle Aktivitätszweige und Teilprogramme sind z. T. starke Steigerungen der Finanzmittel zu verzeichnen; die HdA-Fördermittel insgesamt haben sich seit 1977 fast verdoppelt. Nach wie vor eindeutiger *Förderschwerpunkt*, der (mit rückläufiger Tendenz) immer noch ein Viertel der Gesamtmittel umfaßt, ist die Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitsstrukturen in der industriellen Produktion. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um in der Elektro-, Automobil- und metallverarbeitenden Industrie durchgeführte Projekte, die als „Modellversuche“ zur Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation (z. B. durch Auflockerung oder Abschaffung der Fließbandarbeit) bezeichnet werden. Mit ihnen sollen Alternativen zu stark arbeitsteilig organisierten Produktionsprozessen erforscht und erprobt

29 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein . . . a. a. O., S. 2 und 5 f.; siehe dazu auch Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Glombig . . . a. O., S. 19 f.

30 Vgl. Pöhler, Fünf Jahre Humanisierungsprogramm . . . a. a. O., S. 11 f.

31 Vgl. dazu BMFT (Hrsg.), BMFT-Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens, a. a. O., S. 14 ff.

werden, wobei neben mehr technologisch orientierter Forschung auch in starkem Maße arbeits- und sozialwissenschaftliche Begleitforschung betrieben wird. An der Durchführung beteiligen sich neben vor allem größeren Industriebetrieben private Forschungsinstitute, hochschulfreie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, darunter insbesondere die Fraunhofer-Gesellschaft sowie arbeits- und sozialwissenschaftliche Hochschulinstitutionen.

Tabelle 3

*HdA-Fördermittel im Bereich des BMFT nach Teilprogrammen
(Maßnahmebereichen) 1974 bis 1982^{a)}*

Teilprogramm	1974		1975		1976		1977		1978 ^{b)}	
	Mio.DM	%	Mio.DM	%	Mio.DM	%	Mio.DM	%	Mio.DM	%
Arbeits- und Betriebsorganisation	4,0	31,5	10,0	34,0	13,4	33,6	16,1	33,2	26,1	33,5
Arbeitsplätze, -mittel, -umgebung	4,4	34,6	10,6	36,1	12,1	30,3	18,8	38,8	24,4	31,3
Arbeitstechnologien	4,0	31,5	6,7	22,8	9,8	24,6	8,0	16,5	15,6	20,0
Umsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse; übergreifende Studien und Dienste	0,3	2,4	2,1	7,1	4,6	11,5	5,6	11,5	11,9	15,3
HdA-Programm insgesamt (BMFT-Anteil)	12,7	100,0	29,4	100,0	39,9	100,0	48,5	100,0	78,0	100,1 ^{c)}

Teilprogramm	1979 ^{b)}		1980 ^{b)}		1981 ^{b)}		1982 ^{b)}			
	Mio.DM	%	Mio.DM	%	Mio.DM	%	Mio.DM	%		
Arbeits- und Betriebsorganisation			30,2	31,8	38,1	31,8	40,2	30,0	45,0	30,0
Arbeitsplätze, -mittel, -umgebung			31,8	33,5	37,1	30,9	40,2	30,0	45,0	30,0
Arbeitstechnologien			16,7	17,6	23,3	19,4	26,8	20,0	30,0	20,0
Umsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse; übergreifende Studien und Dienste			16,3	17,2	21,5	17,9	26,8	20,0	30,0	20,0
HdA-Programm insgesamt (BMFT-Anteil)			95,0	100,1 ^{c)}	120,0	100,0	134,0	100,0	150,0	100,0

a) Die Summenangaben für die letzte Zeile der Tabelle weichen für die meisten Jahre von den Angaben in *Tabelle 1* ab. Dies ist auf Veränderungen in der kurz- und mittelfristigen Finanzplanung und nachträgliche Korrekturen des BMFT-Haushalts zurückzuführen.

b) Soll-Zahlen.

c) Abweichung von 100 Prozent durch Runden.

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach BMFT (Hrsg.), *BMFT-Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens*, a. a. O., S. 15 ff.

Dagegen spielt der Büro-, Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich eine untergeordnete Rolle, obwohl gerade hier in den letzten Jahren erheblich rationalisiert wurde. Immerhin scheint es jedoch, daß — möglicherweise aufgrund der geübten Kritik — Forschungen auf diesem Sektor ausgeweitet werden sollen. Hierbei werden augenblicklich noch in starkem Maße öffentliche Verwaltungseinrichtungen hinsichtlich der Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitsstrukturen als Forschungs- und Experimentierfeld genutzt (z. B. das Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg, die Hamburger Justizbehörde, kommunale Krankenhäuser und Müllabfuhrbetriebe). Auch hier beteiligen sich arbeitspsychologische, sozial- und organisationswissenschaftliche Institutionen an der Forschung.

Jeweils etwa ein Zehntel der Finanzmittel (1979) entfällt auf arbeitsplatz- oder -umgebungsbezogene Forschungen im Bergbau (hier überwiegend in Betrieben der

Tabelle 4
HdA-Fördermittel im Bereich des BMFT nach Teilprogrammen (Maßnahmebereichen) und Aktivitäten 1977 bis 1979^{a)}

Teilprogramm	Aktivitäten	Finanzmittel					
		1977		1978		1979	
		Mio. DM	%	Mio. DM	%	Mio. DM	%
Arbeits- und Betriebsorganisation	Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitsstrukturen in der Produktion	15,0	30,9	21,9	28,1	23,9	25,2
	Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitsstrukturen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich	1,0	2,1	4,2	5,4	6,3	6,6
Arbeitsplätze, -mittel, -umgebung	Abbau schädlicher Umgebungseinflüsse am Arbeitsplatz	4,7	9,7	8,2	10,5	10,2	10,7
	Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bergbau	6,7	13,8	8,6	11,0	10,6	11,2
	Menschengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und -mitteln	4,1	8,5	3,7	4,7	3,9	4,1
	Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik	0,6	1,2	0,8	1,0	1,2	1,3
	Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze für Behinderte	—	—	0,3	0,4	2,3	2,4
	Arbeitsmedizinische Forschungen	2,8	5,8	2,8	3,6	3,6	3,8
Arbeitstechnologien	Entwicklung und Erprobung technischer Hilfen für den Arbeitsprozeß	6,4	13,2	8,9	11,4	9,5	10,0
	Entwicklung menschengerechter Fertigungsverfahren	1,5	3,1	6,7	8,6	7,2	7,6
Umsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse; übergreifende Studien und Dienste	Umsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse und Betriebserfahrungen in die Praxis	0,3	0,6	4,5	5,8	7,8	8,2
	Übergreifende anwendungsorientierte sozialwissenschaftliche Forschung	1,9	3,9	4,1	5,3	5,0	5,3
	Projektadministration	3,4	7,0	3,3	4,2	3,5	3,7
HdA-Programm insgesamt (BMFT-Anteil)		48,4	99,8 ^{b)}	78,0	100,0	95,0	100,1 ^{b)}

a) 1977: Ist-Zahl (Abweichung um 0,1 Mio. DM durch Runden); 1978/79: Soll-Zahlen (Finanzplanung); siehe auch Anm. a) zu Tabelle 3.

b) Abweichung von 100 Prozent durch Runden.

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach BMFT (Hrsg.): BMFT-Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens, a. a. O., S. 15 ff.

Ruhrkohle AG) sowie in der metallverarbeitenden und chemischen Industrie (Lärmbekämpfung, Abbau von Schadstoffen). Die Notwendigkeit zur Durchführung von Forschungsarbeiten auf diesen Gebieten ergibt sich nicht zuletzt aus der großen Bedeutung z. B. der Lärm- und Hauterkrankungen sowie der Silikose im Spektrum der anerkannten Berufskrankheiten.³²

Dagegen spielen die arbeitsmedizinische Forschung, die in der Bundesrepublik insgesamt noch schwach entwickelt ist³³, und die Sicherheitstechnik im Rahmen des BMFT-Teils des HdA-Programms nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings ist dazu anzumerken, daß das BMA mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung über eine Einrichtung verfügt, die fast ausschließlich in diesen Bereichen forscht.

Im Bereich der Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitstechnologien werden vor allem technische Hilfen für manuelle Tätigkeiten (Manipulatoren, Handhabungsgeräte und -systeme, auch Industrieroboter) sowie für Prüf- und Kontrolltätigkeiten und neue Fertigungsverfahren (z. B. neue Gießereitechniken, Verfahren der Metallverarbeitung, Trennverfahren usw.) gefördert. Ein großer Teil dieser Forschungen wird in der metallverarbeitenden Industrie durchgeführt, teilweise in Verbindung mit sozialwissenschaftlicher Begleitforschung (z. B. Untersuchung der sozialen Auswirkungen der Einführung von Industrierobotern im Volkswagenwerk). Allerdings gewinnt man bei Durchsicht der Projektbeschreibungen gerade dieses Teilprogramms den Eindruck, daß hierbei in besonderem Maße lupenreine Technologieförderungs- und Rationalisierungspolitik subventioniert wird, die aus Konkurrenz- und Wettbewerbsgründen von den betreffenden Unternehmen ohnehin betrieben werden müßte.³⁴

Die grobe Vernachlässigung des Teilprogramms „Umsetzung“ wird in dieser Übersicht noch deutlicher als bisher. Zieht man die Kosten für die Projektadministration, die im Gegensatz zu der häufig — auch diffamierend — vorgebrachten Kritik³⁵ keineswegs ins Unermeßliche steigen, sondern stagnieren, sowie die Aufwendungen für übergreifende, allerdings keineswegs immer direkt „anwendungsorientierte“ sozialwissenschaftliche Forschung³⁶ von den „Umsetzungs“-Aufwendungen insgesamt ab, dann bleiben nur rund 8 % der Mittel für Umsetzungsmaßnahmen im engeren Sinne wie z. B. die Herausgabe von Handlungsanleitungen für betriebliche Praktiker, Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, Durchführung von Seminaren, Entwicklung von Beratungsmodellen zur Verbesserung des Transfers arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse usw. Gerade in diesem Bereich werden zukünftig besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, wenn die zu erwartenden Forschungsergebnisse praktische Relevanz erlangen sollen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß bereits die grobe Übersicht über die

32 Siehe dazu Dähne/Priester, a. a. O., S. 42 ff.

33 Siehe dazu Deutsche Forschungsgemeinschaft, Denkschrift zur Lage der Arbeitsmedizin und der Ergonomie in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1980; R. H. Simen, Vernachlässigte Arbeitsmedizin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. April 1980.

34 Siehe BMFT (Hrsg.), Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens, a. a. O., S. 33—38.

35 So verschiedentlich, vor allem von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion vorgebracht, in der Plenardebatte des Bundestages am 14. Mai 1980. — Siehe Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 217. Sitzung, a. a. O.; siehe dazu weiter Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein ..., a. a. O., S. 6 f.; Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU ..., a. a. O., S. 3.

36 Für Beispiele siehe BMFT (Hrsg.), BMFT-Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens, a. a. O., S. 42. — Allerdings soll hier nicht der Wert derartiger — notwendigerweise z. T. mehr „theoretisch“ und nicht direkt „anwendungsorientiert“ ausgerichteter — sozialwissenschaftlicher Forschungen bestritten werden.

Gewichtung der HdA-Teilprogramme und Aktivitäten deutlich werden läßt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Fördermittel vorrangig oder teilweise der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Konkurrenzsituation bestimmter Betriebe oder Branchen dient. Dies gilt *erstens* für die in großem Umfang geförderten Experimente mit neuen Arbeitsstrukturen in der industriellen Produktion (deren produktivitätssteigernde Wirkungen aus in- und ausländischen Erfahrungen hinlänglich bekannt sind³⁷ und neuerdings auch in der öffentlichen Verwaltung; dies gilt *zweitens* — m. E. noch eindeutiger — für die Entwicklung und Erprobung neuer Arbeits- und Fertigungstechnologien, deren Ergebnisse direkte Auswirkungen auf die Verbesserung der Wettbewerbssituation der herstellenden und anwendenden Unternehmen durch Modernisierungsschübe und die Möglichkeit zur Personaleinsparung haben dürften. *Drittens* ist aber auch bei z. B. im Bergbau durchgeführten Projekten nicht zu übersehen, daß die dort durchgeführten arbeitsplatz- und -umweltbezogenen Forschungen auch produktivitätssteigernde Wirkungen zeigen dürften — neben solchen, die direkt oder indirekt der Attraktivität von Untertagearbeitsplätzen (durch die Reduzierung von bergbauspezifischen Belastungen) dienen. Gerade der letztgenannte Aspekt scheint für den Steinkohlebergbau in der Bundesrepublik von Bedeutung zu sein, der von inländischen Arbeitskräften, insbesondere jungen Arbeitern, nicht gerade überlaufen wird.

Betrachtet man abschließend noch die Verteilung der Fördermittel nach Betriebsgrößen, so ist festzustellen, daß — entgegen vielfach geäußerten Beteuerungen aus dem BMFT³⁸ — kleine und mittlere Unternehmen keineswegs immer gleichberechtigt an der Mittelvergabe beteiligt waren und sind. Kamen wir in einer früheren Analyse der Verteilung der HdA-Mittel noch zu dem Schluß, daß etwa 50 % der zum 31. Dezember 1976 bewilligten Mittel auf einige wenige Großkonzerne und -betriebe entfielen und nur rund 15 % kleinen und mittleren Betrieben zur Verfügung standen (von denen einige allerdings wiederum völlig oder teilweise im Besitz von Großkonzernen waren³⁹, so zeigt sich aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre, daß aus der *erdrückenden* Dominanz der Großkonzerne hinsichtlich der Mittelvergabe eine nunmehr (Stand 31. Dezember 1979) immer noch fast fünfzigprozentige Beteiligung an der Durchführung von Forschungsprojekten geworden ist.⁴⁰

Allerdings beziehen sich diese Angaben für 1979 nur auf die Zahl der durchgeführten Vorhaben, nicht jedoch die Höhe der bewilligten Finanzmittel, deren Verteilung die

37 Zusammenfassend H. Kern u. a., Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestaltung. Darstellung relevanter Veränderungsprojekte in Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden. Göttingen o. J. (1975); K. Priester, „Humanisierung der Arbeit“ und Kapitalverwertungsinteresse, in: Humanisierung der Lohnarbeit? a. a. O., S. 130—155.

38 So z. B. in BMFT-Mitteilungen 4/1979, S. 41; BMFT-Mitteilungen 11/1979, S. 116 f.; BMFT (Hrsg.), Förderfibel. Informationen über die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1979 (4. Auflage); H. Tönsmann, FuE-Schlaglichter. Förderung technischer Entwicklungen bei Klein- und Mittelbetrieben durch den Bundesminister für Forschung und Technologie, Herford o. J.; siehe auch Bundesminister für Wirtschaft/Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Forschungs- und technologiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen, Bonn 1978.

39 Vgl. Dähne/Priester, a. a. O., S. 148 ff.

40 Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Glombig ..., a. a. O., S. 17 f.; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein ..., a. a. O., S. 11 f.

Bundesregierung verschweigt. Berücksichtigt man, daß die Renommierprojekte des HdA-Programms, die z. T. zweistellige Millionenbeträge verschlingen, ausnahmslos in Großunternehmen (VW, Bosch, AEG-Telefunken, Krupp, Bayer, Continental, Ruhrkohle AG) oder aber in konzern eigenen Betrieben (z. B. Peiner Maschinen- und Schraubenwerke) durchgeführt werden und daß in Großunternehmen betriebene Forschung in der Regel teurer (u. a. weil mit Begleitforschung durchgeführt) ist, dann wird — auch ohne entsprechende, aufgrund der Materiallage schwierige Berechnungen — deutlich, daß der Löwenanteil der verteilten Mittel nach wie vor an Großkonzerne gehen dürfte. Hier liegt ein weiteres Indiz für den Verdacht, daß das HdA-Programm aufgrund der geübten Förderungspraxis zum Subventionsprogramm verkümmert sei.

III. Forschungsergebnisse: erste Erfahrungen

Die Darstellung und Bewertung vorliegender Ergebnisse aus Projekten des HdA-Programms kann nur vorläufigen Charakter haben und muß hier auf einige wenige Aspekte beschränkt bleiben. Der wesentliche Grund hierfür liegt in der äußerst zurückhaltenden Publikationspraxis des BMFT, das bis Anfang 1980 nur wenige Forschungsberichte über HdA-Projekte der Öffentlichkeit vorgelegt hat.

Auf der Grundlage von vorwiegend gewerkschaftlichen Veröffentlichungen zur Einschätzung der Ergebnisse von HdA-Projekten sowie von Zwischenergebnissen laufender Projekte, wie sie seitens betrieblicher „Humanisierungs“-Forscher präsentiert wurden, lassen sich zusammengefaßt folgende Feststellungen treffen:⁴¹

1. Betriebliche HdA-Projekte werden in der Regel unternehmensseitig geplant, entwickelt und initiiert. Gründe dafür sind häufig eine gewünschte größere *Produktionsflexibilität* (sowohl in bezug auf Produktionsschwankungen als auch anpassungsfähigere Personaleinsatzmöglichkeiten), die zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit erforderliche *Entwicklung neuer Fertigungsverfahren und Produkte*⁴², die auf die Senkung von Personalkosten zielende *Verringerung unproduktiver Maschinenstillstandszeiten* oder sonstiger *Produktionsunterbrechungen*, das Ausschalten von arbeitsorganisatorisch oder technologisch bedingten *Engpässen im Arbeitsablauf*, die *Erhöhung der Attraktivität einzelner Arbeitsplätze*, die schwer zu besetzen sind, und die durch den *Zwang zur Einhaltung neuer gesetzlicher oder sonstiger Regelungen* gebotene Verringerung schädigender Ein-

41 Vgl. zum folgenden Priester, „Humanisierung der Arbeit“ und Kapitalverwertungsinteresse, a. a. O., S. 138 ff.; G. Trautwein-Kalms, Ergebnisse des Projektes „Implikationen des Regierungsprogramms Humanisierung der Arbeit für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften“, Düsseldorf 1979 (vervielf. Mskr.), S. 3 ff.; Janzen, Noch wächst das Unbehagen, a. a. O.; E. Möller, Bleibt die Humanisierung im Nest? In: Der Gewerkschafter 1/1977, S. 7 ff.; M. Helfert/G. Trautwein-Kalms, Die gewerkschaftliche Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen und das Forschungsprogramm der Bundesregierung zur Humanisierung des Arbeitslebens, in: WSI-Mitteilungen 2/1978, S. 79 ff.; Kasiske/Manske/Pellul/Wobbe, Industrieroboter — Humanisierung oder Rationalisierung, in: Der Gewerkschafter 7/1978, S. 14 f.; G. Strauss-Fehlberg, Was Unternehmer meinen . . . , in: Der Gewerkschafter 7/1978, S. 16. f.; A. Bergmann, Humanisierungsprojekt VW Salzgitter: Im Nest lag ein Kuckucksei, in: Der Gewerkschafter 12/1979, S. 32 f.

42 So z. B. das mit mehr als 9 Mio. DM geförderte Projekt bei VW Salzgitter. Bergmann schreibt dazu: „Von Anfang an hat die Werkleitung unter dem Etikett ‚Humanisierung‘ das Ziel verfolgt, eine Montagemöglichkeit für einen 6-Zylinder-Dieselmotor zu schaffen. Heute wird dieser Motor auf den mit Steuergeldern installierten Anlagen produziert. Von den Humanisierungserkenntnissen der Wissenschaftler blieb dabei nicht viel übrig.“ (Bergmann, a. a. O., S. 32.)

flüsse am Arbeitsplatz oder in der Arbeitsumgebung. Fast alle diese Gründe sind letztlich *ökonomischer Natur*; die erforderlichen arbeitsorganisatorischen und technischen Veränderungen dienen in erster Linie dem Zweck, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, Kosten einzusparen und Profite zu maximieren.

2. Ein Teil der durchgeführten Projekte hatte direkt oder indirekt die *Vernichtung von Arbeitsplätzen* zur Folge. blieb das Problem der Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung und die Einführung neuer Technologien in den Arbeitsprozeß bereits im *HdA-Programm* selbst weitgehend ausgeklammert, so zeigt die *Praxis* der Projektdurchführung, daß eben auf der Grundlage des HdA-Programms und unter Berücksichtigung der BMFT-Förderkriterien bewußt oder unbewußt, gezielt beabsichtigt oder sich im Verlauf des Forschungsprozesses gleichsam „unter der Hand“ ergebend, *Rationalisierungsfor-*schung betrieben werden kann. Hiervor hat bisher auch die angestrebte „ganzheitliche Betrachtungsweise“, die bei der Beurteilung von Projektanträgen praktiziert werden soll, in aller Regel nicht geschützt. Allerdings könnte die — zukünftig stärker als bisher angestrebte — gewerkschaftliche Beratung und Begleitung betrieblicher HdA-Projekte dazu führen, daß auf der Basis von generell vor Projektbeginn abzuschließenden Betriebs- und Dienstvereinbarungen die Mitsprache-, Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte von Betriebs- und Personalräten dahingehend ausgeweitet werden, daß die ständige und kontinuierliche Einflußnahme der betrieblichen Vertretungen und der betroffenen Beschäftigten auf den Forschungsprozeß nicht mehr nur formal, sondern inhaltlich wirkungsvoll geregelt wird, damit für die Beschäftigten unerwünschte Folgewirkungen bereits vor dem Abschluß des Projekts weitestgehend ausgeschaltet werden können.⁴³

3. Es ist feststellbar, daß durch die Erprobung und Anwendung neuer arbeitsorganisatorischer und technischer Strukturen die *Arbeitsintensität z. T. erheblich gesteigert* werden konnte.

4. Angestrebte *Maßnahmen zur Höherqualifizierung*, Arbeitsbereicherung und -erweiterung haben sich bisher als *ambivalent* erwiesen. Zum einen kann durch sie die Arbeitsintensität erhöht werden, können bisher ungenutzte Leistungsreserven mobilisiert werden, zum anderen werden sie — wo erfolgreich erprobt — häufig nicht angewendet und müssen damit auch nicht höher entlohnt werden. Allerdings sind auch gegenteilige Erfahrungen bekannt, also Fälle, in denen z. T. nicht unbeträchtliche Höhergruppierungen — zumindest vorläufig noch oder vorübergehend — durchgesetzt werden konnten.⁴⁴ Dies dürfte wahrscheinlich jedoch nicht primär ein Ergebnis der Forschung selbst als vielmehr des entschlossenen Handelns der betrieblichen Vertretungsorgane der Belegschaften gewesen sein.

5. *Gesundheitliche Arbeitsplatz- und Umgebungsbelastungen* (z. B. Lärm, Schadstoffe, körperliche Schwer- und Schwerstarbeit) scheinen *in einzelnen Projekten verringert* worden zu sein. Dies könnte allerdings eher auf die — auch zum Zweck der Leistungssteigerung nutzbare — Anwendung gesicherter ergonomischer Erkenntnisse, den Zwang zur Erfüllung gewisser gesetzlicher Mindeststandards oder aber als „Beiprodukte“ der Automatisierung oder Höhermechanisierung bestimmter Arbeitsabläufe sich ergebende Verbesserungen zurückzuführen sein, wie z.B. den Wegfall schwerer körperlicher Arbeit

43 Diese von den Gewerkschaften gewünschte Praxis ist bisher auf einzelne Fälle beschränkt geblieben. — Vgl. dazu Janzen, Technologiepolitik und Gewerkschaften, a. a. O., S. 239.

44 Vgl. E. Möller, Immer das Rad neu erfinden, in: Der Gewerkschafter 5/1980, S. 7—9.

durch die Einführung von Industrierobotern oder die Automatisierung gefährlicher Arbeitsvorgänge. Eine derartige „Humanisierung der Arbeit“ durch ersatzlose Abschaffung gesundheitsgefährdender Arbeitsplätze ist eine gezielt herbeigeführte Rationalisierungsmaßnahme und muß als solche betrachtet werden. Dennoch kann — bei allen praktischen Schwierigkeiten, dies in der betrieblichen Praxis durchzusetzen — der Kampf der Belegschaften und Gewerkschaften nicht darum gehen, gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze zu erhalten oder gar zu verteidigen. Der Kampf muß vielmehr um die Schaffung (auch im Sinne der Entlohnung) gleichwertiger Ersatzarbeitsplätze geführt werden.

Insgesamt zeigt sich also, daß nach augenblicklichem Kenntnisstand hinsichtlich der konkreten praktischen Auswirkungen durchgeführter HdA-Maßnahmen eher noch die für die Beschäftigten negativen und unerwünschten Folgen überwiegen, wenngleich partiell eingetretene Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht gering geschätzt werden dürfen. Allerdings — und auch das ist eine Aufgabe der Forschung im Rahmen des HdA-Programms, die zu intensivieren wäre — müssen die Folgewirkungen von durchgeführten Projekten *langfristig* betrachtet werden. D. h., es müßte analysiert werden, ob sich einmal durchgesetzte Verbesserungen auf Dauer nicht in ihr Gegenteil verkehren, wenn z. B. „humanisierte“ Arbeitsvorgänge aufgrund ökonomischer oder sonstiger betrieblicher Umstände in einigen Jahren stillschweigend wegrationalisiert werden. Die vertragliche *Verankerung von „Humanisierungs-Besitzständen“* per Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag oder unter konsequenter Ausnutzung entsprechender betriebsverfassungsrechtlicher Regelungen könnte ein Weg zur Sicherung einmal durchgesetzter Verbesserungen sein.

Solchen Bestrebungen käme die in letzter Zeit festzustellende *Sensibilisierung* weiter Teile der Beschäftigten in Rationalisierungs- und „Humanisierungs“-Fragen sicherlich entgegen. Diese Sensibilisierung gegenüber der Qualität der eigenen Arbeitsbedingungen (aber auch darüber hinaus, im Sinne eines allgemein gewachsenen Umwelt- und Gesundheitsbewußtseins) hat in zurückliegenden gewerkschaftlichen Kämpfen eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt⁴⁵ und dürfte auch zukünftig für betriebliche und Tarifauseinandersetzungen als mobilisierender Faktor nutzbar zu machen sein. Mit Sicherheit hat das gewachsene (Arbeits-)Umweltbewußtsein in der Bevölkerung aber auch zur inhaltlichen Erweiterung und Aktivierung gewerkschaftlicher Diskussions- und Willensbildungsprozesse beigetragen, die sich heute immer stärker auch auf Rationalisierungsprobleme und Fragen der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik erstrecken.⁴⁶

Wirft man noch einen Blick auf die *sozialwissenschaftliche Begleitforschung*⁴⁷, dann zeigt sich, daß diese — entgegen allen offiziellen Proklamationen — keineswegs eine gleichberechtigte Rolle unter den am HdA-Programm beteiligten Wissenschaftsdisziplinen spielt. Hinzu kommt, daß sich neuerdings die Versuche mehren, gerade diesen Pro-

45 Siehe dazu näher Dähne/Priester, a. a. O., S. 127 ff.

46 Siehe z. B. G. Leminsky, Humanisierung der Arbeit aus eigener Kraft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1980, S. 213—220; Stellungnahme des DGB zur staatlichen Förderung neuer Technologien und zur Humanisierung des Arbeitslebens, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1980, S. 289—291.

47 Zu unterscheiden ist zwischen im Rahmen des HdA-Programms durchgeführter sozialwissenschaftlicher *Begleitforschung* zu — in der Regel aufwendigen — Betriebsprojekten und der darüber hinaus in allen Programmbereichen des HdA-Programms geförderten sozialwissenschaftlichen Forschung. Erstere macht nur einen Teil der insgesamt geförderten sozialwissenschaftlichen Forschung aus.

grammteil finanziell zu beschneiden.⁴⁸ Zwar sind die im Programmbereich des BMFT für HdA-Projekte bereitgestellten Finanzmittel für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche *Begleitforschung* von 0,2 Mio. DM 1974 auf 7,3 Mio. DM 1979 kontinuierlich angestiegen⁴⁹, doch sagt dies noch nicht viel über ihren tatsächlichen Stellenwert aus. Zum einen ist (die Bundesregierung ist offenkundig nicht in der Lage, die Mittel für die wirtschaftswissenschaftliche und die sozialwissenschaftliche Begleitforschung getrennt auszuweisen⁵⁰) davon auszugehen, daß die Summe der *sozialwissenschaftlichen* Begleitforschungsmittel geringer als oben genannt ist. Zum zweiten ist zu betonen, daß lediglich 10,2 % der HdA-Projekte im BMFT-Bereich gegenwärtig mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Begleitforschung durchgeführt werden, und — mit abnehmender Tendenz seit 1977 — nur noch 8,4 % der Mittel auf sie entfallen.⁵¹ Hinzu kommt, daß im Bereich des BMA die HdA-Projekte nach Angaben der Bundesregierung ohne Begleitforschung durchgeführt werden.⁵²

Andererseits erschöpft sich die *sozialwissenschaftliche* Forschung im Rahmen des HdA-Programms nicht in betriebsprojektbegleitender Forschung. Zwischen 1974 und 1979 wurden im Bereich des BMFT insgesamt 292,9 Mio. DM für das HdA-Programm ausgegeben; davon erhielten wissenschaftliche Institutionen und Einzelwissenschaftler 111,5 Mio. DM (38 %). Hiervon wiederum entfielen auf Projekte im Bereich der

- Soziologie 35,0 Mio. DM (31,4 %)
- Ingenieurwissenschaften 33,8 Mio. DM (30,3 %)
- Ergonomie 19,8 Mio. DM (17,8 %)
- Arbeitsmedizin 12,8 Mio. DM (11,5 %)
- Arbeitspädagogik 4,3 Mio. DM (3,9 %)
- Arbeitspsychologie 2,9 Mio. DM (2,6 %)
- Wirtschaftswissenschaften 2,8 Mio. DM (2,5 %).⁵³

Nach diesen Angaben kommt den Sozialwissenschaften im Rahmen der nicht direkt an Unternehmen fließenden Mittel für wissenschaftliche Institutionen eine Spitzenstellung zu. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß *sozialwissenschaftliche* Forschung im Rahmen des HdA-Programms *ausschließlich außerhalb der Unternehmen betrieben* wird. Dies gilt *nicht* für die Ingenieurwissenschaften, die Ergonomie, die Arbeitsmedizin, die Wirtschaftswissenschaften und nur eingeschränkt für die Arbeitspädagogik und die

48 Dies bezieht sich sowohl auf die Höhe der Mittel als auch auf den Kreis der Empfänger. Ganz eindeutig — dies zeigte die Bundestagsdebatte am 14. Mai 1980 — möchte die CDU/CSU ihr mißliebige Forschungsinstitute und Wissenschaftler von der Mittelverteilung ausschließen. Explizit genannt wurden in diesem Zusammenhang vom CDU/CSU-MdB Gerstein das Göttinger „Soziologische Forschungsinstitut“ (SOFI) und der Industriepsychologe Prof. Michael Schumann, der Westberliner Arbeitspsychologe Prof. Walter Volpert und das von Prof. Frieder Naschold geleitete „Internationale Institut für vergleichende Gesellschaftsforschung“ (IIVG) am Wissenschaftszentrum Berlin/West — alles Wissenschaftler und Institutionen, die stärker als bislang üblich und im noch vorherrschenden Wissenschaftsverständnis bürgerlicher akademischer Kreise schicklich, „arbeitnehmerorientiert“ forschen. (Siehe Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 217. Sitzung, a. a. O., S. 17428 f.)

49 Vgl. dazu Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein . . . , a. a. O., S. 2. f.

50 Vgl. ebenda, S. 3.

51 Vgl. ebenda.

52 Vgl. ebenda. — Allerdings wird in geringerem Umfang allgemeine sozialwissenschaftliche Forschung betrieben. (Siehe dazu ebenda, S. 28 f.)

53 Alle Daten zusammengestellt und berechnet nach ebenda, S. 2 und 13 ff.

Arbeitspsychologie. Alle diese Disziplinen gehören — zumindest in größeren Mittel- und in Großbetrieben — in mehr oder minder großem Umfang zur Organisation und Aufrechterhaltung eines geordneten Produktions- und Geschäftsablaufs und sind in unterschiedlichem Ausmaß wichtig für den Bestand des Unternehmens. Es ist daher davon auszugehen, daß ein Teil der Fördermittel, die direkt an Unternehmen gezahlt werden, auch diesen Bereichen zugute kommt. Ihre quantitative Bedeutung wäre demnach größer, als es in dieser Zusammenstellung zum Ausdruck kommt, der Stellenwert der Sozialwissenschaften mithin weiter relativiert. Weiterhin ist zu beachten, daß rund zwei Drittel aller im Zeitraum 1974 bis 1979 für die sozialwissenschaftliche Forschung im BMFT-Programmteil verausgabten Mittel in den Jahren 1978 und 1979 bewilligt wurden, d. h. vier Jahre zuvor nur relativ wenig in diesen Bereich investiert wurde.⁵⁴

Es bleibt abzuwarten, ob es angesichts der geschilderten Bestrebungen zum Abbau der sozialwissenschaftlichen Programmteile zukünftig gelingen wird, den Stellenwert der sozialwissenschaftlichen Forschung als integraler Bestandteil des HdA-Programms zu sichern oder zu erhöhen. Nicht zuletzt dürfte hiervon auch abhängen, wie weit sich tatsächliche Humanisierungs- gegenüber bloßen Rationalisierungsinteressen bei der Abwicklung und weiteren Ausgestaltung des HdA-Programms durchsetzen können.

IV. Perspektiven des HdA-Programms

Mit dem Wechsel in der Leitung des Projektträgers HdA gingen und gehen auch Bestrebungen einher, dem HdA-Programm in der einen oder anderen Weise eine veränderte Stoßrichtung zu geben. Dabei war das Interesse der Unternehmer offenbar darauf gerichtet, den für ihre Belange wichtigen Bereich „Fertigungstechnik“, der eigentlich dem Projektträger HdA zugeordnet werden sollte (und damit auch unter die im Vergleich zu anderen Forschungsprogrammen relativ weitreichenden Kontrollmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten gelangt wäre), als eigenständiges Fachprogramm des BMFT in der gewohnten Weise unbehelligt von allzu großer gewerkschaftlicher Einflußnahme zu etablieren. Dies scheint bisher nur teilweise gelungen zu sein.

Anfang 1980 wurde das vom BMFT vorgelegte Programm „Fertigungstechnik“ von der Bundesregierung beschlossen und bis 1983 mit Fördermitteln in Höhe von 250 Mio. DM ausgestattet. Die Durchführung des Programms liegt nunmehr endgültig beim Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Projektträger Fertigungstechnik. Gleichwohl ist es den Gewerkschaften nach langen Verhandlungen mit dem BMFT gelungen, dieses neue Fachprogramm an das HdA-Programm anzubinden. Bundesforschungsminister Hauff erklärte bei der Vorlage des Programms, es werde „in enger Verbindung“ mit dem HdA-Programm durchgeführt.⁵⁵ Gleichfalls konnte auf Drängen der Gewerkschaften bei wichtigen Projekten im Rahmen dieses Programms die Verpflichtung zu sozialwissenschaftlicher Begleitforschung durchgesetzt werden, deren Umfang allerdings noch nicht feststeht. Außerdem wurde erreicht, daß im entsprechenden Fachausschuß Gewerkschaftsvertreter, Wissenschaftler und Unternehmervertreter gleichberechtigt beteiligt werden. Ähnliche Abmachungen wurden für das in Erarbeitung befindliche Programm „Informationstechnologie“ getroffen, deren Realisierung noch aussteht.⁵⁶

⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 24.

⁵⁵ Vgl. BMFT-Mitteilungen 2/1980, S. 20.

⁵⁶ Vgl. Janzen, Technologiepolitik und Gewerkschaften, a. a. O., S. 260.

Allerdings existieren allein im Bereich des BMFT noch einige weitere Forschungsprogramme, die — obwohl sie, wie z. B. das Datenverarbeitungs- und Mikroelektronikprogramm, in direktem Zusammenhang mit humanisierungsrelevanten Aspekten stehen — in keiner Weise an das HdA-Programm angebunden sind. „Es gibt bisher kaum Verknüpfungen zwischen den einzelnen Programmen. Deswegen passiert in diesen Förderungsbereichen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie genau das gleiche wie in der Vergangenheit: Techniker basteln vor sich hin. Wenn ihre Entwicklungen fertig sind und auf den Markt kommen, verlangt man von den Arbeitnehmern, sich anzupassen. Hinterher kommt ein Humanisierungsprojekt, das wieder reparieren soll, was ein technokratisch gestaltetes Technologieprojekt versäumt hat.“⁵⁷ Um in diesem Sinne die HdA-Forschung nicht zur „Reparaturforschung“ werden zu lassen, fordern die Gewerkschaften die Einrichtung einer besonderen Arbeitsgruppe innerhalb des BMFT mit der Querschnittsaufgabe „Bewältigung der sozialen Risiken des technischen Wandels“ und eines Instituts „Arbeit und Technik“. Letzteres hat die Bundesregierung bereits abgelehnt.⁵⁸

Im Spannungsfeld gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen droht das HdA-Programm sich auch zukünftig weiterhin unter dem Druck von *Unternehmereinflüssen* zum Subventionsprogramm zur Erforschung und Erprobung neuer Technologien fort-(oder zurück-)zuentwickeln. Ginge es nach dem Willen (und den Möglichkeiten) der CDU/CSU, so würde die sozialwissenschaftliche HdA-Forschung erheblich beschnitten, dagegen die arbeits- und ingenieurwissenschaftliche Begleitforschung nach bewährtem Muster ausgebaut⁵⁹; außerdem würde versucht werden, den Zuständigkeitsbereich des Projektträgers HdA weiter zu beschränken — wenn man das Programm schon nicht vollständig eliminieren kann.⁶⁰

Die *Bundesregierung*, so scheint es, ist auch weiterhin gewillt, das HdA-Programm, wenn auch mit organisatorischen Korrekturen (die möglicherweise wieder zu einer festen Anbindung des Projektträgers HdA an das BMFT führen werden), eher vorsichtig als forsch weiterzuführen und es im Sinne der verfolgten Strategie zur „Modernisierung der Wirtschaft“ einzusetzen. Es bedarf keiner Prophetie, um dem Programm in diesem Fall seine baldige Bedeutungslosigkeit für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen und realer Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten vorauszusagen.

Soll das HdA-Programm allerdings im *Interesse der abhängig Beschäftigten* nutzbar gemacht werden, so sind Weiterentwicklung und Ausbau notwendig. Hierbei kommt es nach den Vorstellungen des DGB darauf an, ein „abgestimmtes Gesamtkonzept der Forschungspolitik zur Humanisierung des Arbeitslebens und zur Entwicklung neuer Technologien“⁶¹ zu entwickeln, das folgende Bedingungen erfüllt:

— die rechtzeitige und umfassende Information der Gewerkschaften über geplante

57 ebenda.

58 Vgl. dazu Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerstein ..., a. a. O., S. 5.

59 Zur gewerkschaftlichen Kritik an der praktizierten arbeitswissenschaftlichen Begleitforschung im Rahmen des HdA-Programms siehe A. Bergmann, Wem nutzt die HdA-Begleitforschung, in: *Der Gewerkschafter* 5/1980, S. 14 f.

60 Das ist der Tenor der Äußerungen der CDU/CSU-Politiker in der Bundestagsdebatte am 14. Mai 1980.

61 Stellungnahme des DGB zur staatlichen Förderung neuer Technologien und zur Humanisierung des Arbeitslebens, a. a. O.

- Schwerpunkte, technisch-organisatorische Zielvorstellungen und die absehbaren sozialen Folgen;
- die Verbindung jedes Forschungsauftrags mit dem Zwang zur Information über mögliche soziale Folgen;
 - die Festlegung gesicherter und kontrollierbarer Auflagen an die staatlich geförderte Forschung, „die sicherstellen, daß nicht nur Gewinnsteigerung eintritt, sondern dauerhafte Arbeitsplätze entstehen und menschengerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden“;
 - die Berücksichtigung aller „Humanisierungs“-Erkenntnisse bei Planung und Durchführung der Förderungsprogramme;
 - die organisatorische Zusammenführung und Vereinheitlichung der Beratungsgremien in der Forschungsförderung;
 - die Einrichtung eines Förderbereichs „Bewältigung der sozialen Folgen des technischen Wandels“ mit ausreichender finanzieller Ausstattung.⁶²

Daß diese sicherlich richtigen Forderungen allerdings unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen kaum durchsetzbar sein dürften, wird in der Stellungnahme des DGB verschwiegen. Auch im Blick auf die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm des DGB muß hierauf hingewiesen werden. Um zu einer von den Gewerkschaften angestrebten „arbeitsorientierten Strukturpolitik“ oder „sozialverpflichteten Technologiepolitik“⁶³ zu gelangen, bedarf es sicherlich mehr als nur formulierter Erklärungen. Wenn man *Naschold* zustimmt, daß eine veränderte Strategie in der Humanisierungspolitik als notwendige Voraussetzung und Folgewirkung „die Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses“ und Veränderungen „in der Form staatlicher und auch gewerkschaftlicher Humanisierungspolitik“⁶⁴ braucht, dann ist dies gewiß nur durch die Aktivierung gewerkschaftlicher Kraft und die Besinnung auf die autonome Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften zu erreichen.

62 Vgl. ebenda

63 Pöhler, Staatliche Förderung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität, a. a. O., S. 241 f.

64 Naschold, Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaften, a. a. O., S. 230.

Zur historischen Entwicklung der marxistischen Gewerkschaftstheorie

Bemerkungen zum Problem der Kontinuität in der Einschätzung der Gewerkschaften durch die marxistische Arbeiterbewegung

Georg Fülberth

1. Funktionsbestimmung bei Marx und Engels — 2. Partei und Gewerkschaft bei W. I. Lenin — 3. Sozialreform, Revolution und Gewerkschaft bei R. Luxemburg — 4. Neue Probleme nach dem 1. Weltkrieg — 5. Neue Bedingungen und Formen in der Beziehung Arbeiterpartei(en) und Gewerkschaft.

In der bisherigen Darstellung zur Sicht der Gewerkschaften bei *Karl Marx*, *Friedrich Engels* und *W. I. Lenin*¹ wird der Bezug zur Aktualität fast stets hergestellt sei es als indirekte Kritik an der jeweils zeitgenössischen Politik von Arbeiterparteien, sei es als das Bemühen, die Marxsche Theorie für die praktische Tätigkeit der Arbeiterbewegung fruchtbar zu machen. (Versuche, die Positionen von *Marx*, *Engels* und *Lenin* als unbrauchbar für die Gewerkschaftspolitik darzustellen, sind in der Tagespolemik zwar häufig, stützen sich aber durchgehend nicht auf ausgearbeitete Analysen marxistischer Texte.) Durchgehend fällt auf, daß die Klassikerterminologie durch die Interpreten in der Regel sehr statisch gehandhabt wird. Selten wird untersucht, wie zentrale Fragestellungen von *Marx*, *Engels* und *Lenin* zum Problem der Gewerkschaften in der Praxis marxistischer Organisationen gerade dadurch ihre Identität sicherten, daß sie ihre äußere Gestalt wechselten.

1. Funktionsbestimmung bei Marx und Engels

In seiner Schrift „*Lohn, Preis und Profit*“ nennt *Marx* die beiden zentralen Funktionen gewerkschaftlicher Arbeit: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“²

Marx warnt hier vor einer Überforderung der spezifischen gewerkschaftlichen Mittel —

1 Z. B. N. Auerbach, *Marx und die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften im theoretischen System von Marx*. Vorwort: Karl Korsch. Nachdruck. Berlin 1972; A. Losowski, *Karl Marx und die Gewerkschaften*. Neudruck. Münster 1972; Rainer Zoll, *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1976; Georg Fülberth, *Probleme der Gewerkschaften in der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels*. In: Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harter (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*. 2. Aufl. Köln 1978, S. 32 ff.

2 Karl Marx, *Lohn, Preis und Profit*, MEW 16, S. 152.

insbesondere des Streiks — offensichtlich vor dem Erfahrungshintergrund der englischen Arbeiterbewegung der dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Hierzu rechnete zum Beispiel der Versuch, den Generalstreik, den „Heiligen Monat“, zum ausschließlichen Mittel einer plötzlichen Gesellschaftsveränderung zu machen. Damit ist ein Thema angesprochen, das bis 1914 die Auseinandersetzung zwischen Marxisten und SyndikalistInnen bestimmte. Die Überforderung gewerkschaftlicher Möglichkeiten kann dem Zweck dieser Organisation, „gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“ zu leisten, schaden. In der Nuancierung seiner Aussage macht *Marx* aber deutlich, daß er demgegenüber eine noch größere Gefahr sieht: nämlich den Verzicht auf den Kampf um die Abschaffung des Lohnsystems: er führe dazu, daß der Zweck *gänzlich*, nicht nur zum Teil verfehlt wird. Dabei begreift *Marx* als diese Hauptaufgabe der Gewerkschaften nach wie vor ihre tagtägliche Schutzfunktion, insbesondere in den Auseinandersetzungen um Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Wenn ihre Erfüllung letztlich vom Kampf gegen das Lohnsystem abhängig gemacht wird, dann wird die revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft der gewerkschaftlichen Tagesarbeit logisch vorangestellt, mag sie ihr historisch auch nachgeordnet sein.

Ein solches Verhältnis von revolutionärer Perspektive und unmittelbarer Schutzfunktion ist nicht jederzeit erfahrbar. Es kann in der Regel nur Ergebnis wissenschaftlicher Analyse sein und ist bei *Marx* letztlich abgeleitet aus dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation und aus dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.³ Wenn *Marx* selbst darauf hinweist, daß in Zeiten langwährender flotter Akkumulation Reallohnsteigerung und Zunahme des Mehrwerts miteinander vereinbar seien⁴, wenn er überdies auf die zahlreichen Mystifikationsmöglichkeiten in der Bestimmung des Warenwerts⁵, insbesondere auf die Gefahr einer Verwechslung von Preis der Arbeit und Preis der Ware Arbeitskraft⁶ hinweist, dann wird sichtbar, wie wenig selbst massenhafter Erfahrung allein die zentralen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft zugänglich sein konnten. Die Spannung von Theorie und Empirie wurde durch Organisation vermittelt: „Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“⁷

Wenn *Marx* und *Engels* nach 1848 häufig auf die Notwendigkeit der Herausbildung von Parteien der Arbeiterklasse neben den Gewerkschaften hinwiesen, dann nicht ausschließlich in dem Sinne, als sei in diesen Parteien die theoriegeleitete Strategiebildung gleichsam monopolisiert, während den Gewerkschaften lediglich die auf unmittelbare Erfahrung gestützte Vertretung von Tagesinteressen zukomme. Zumindest die zitierte Passage aus „*Lohn, Preis und Profit*“ sollte deutlich genug machen, daß der Kampf gegen das Lohnsystem nicht einfach aus den Gewerkschaften heraus an eine andere Organisation delegiert werden kann, sondern nach wie vor zu ihren Aufgaben gehört. Wenn *Marx* und *Engels* auf die Notwendigkeit der Gründung von Parteien hinwiesen, dann hatte dies nicht nur prinzipielle, sondern auch unmittelbar historische Gründe:

1. Die Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts waren offensichtlich nur kurzfristig strategiefähig. Ihre Politik trug starke Züge des Spontanen, der unmittelbaren Abhängigkeit

3 Karl Marx, *Das Kapital*. Kritik der politischen Ökonomie. MEW 23, S. 640 ff.; MEW 25, S. 221 ff.

4 MEW 23, S. 645 f.

5 MEW 23, S. 85 ff.

6 MEW 23, S. 557 ff.

7 Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW 16, S. 12.

nicht von den allgemeineren Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus, sondern von Aufschwung und Krise. Hinzu kam ihre noch häufige lokale Bornierung und das Vorherrschen von Berufsverbänden.

2. Spätestens mit dem Bonapartismus nahm die Staatstätigkeit einen neuen Charakter an, der es fraglich machte, ob ihm ausschließlich durch die Mittel gewerkschaftlicher Politik zu begegnen sei. Noch in seiner Einleitung zu Marx' Schrift *„Die Klassenkämpfe in Frankreich“* machte Engels 1895 sichtbar, daß die Arbeiterbewegung auf kein einziges Mittel des politischen Kampfes (von der Beteiligung am Parlament bis zum bewaffneten Aufstand) verzichten kann. Bereits in der *„Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“* (1864) hatte Marx darauf aufmerksam gemacht, daß das Proletariat auch auf die internationale Politik einwirken müsse.⁸ Diese Aufgaben reichten in jedem Fall weit über die Möglichkeiten eines rein gewerkschaftlichen Instrumentariums hinaus. Dabei kam im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts der Schaffung einer eigenen parlamentarischen Parteipolitik besondere Bedeutung zu. Die Grenze zwischen ausschließlich technischer Notwendigkeit der Parteibildung und der Gründung besonderer Instanzen der Strategieentwicklung, die über die Verarbeitung gewerkschaftlicher Erfahrung hinausgeht, ist dabei nicht immer genau zu bestimmen. Wenn Marx und Engels 1847/48 im *„Manifest der Kommunistischen Partei“* die spezifischen Aufgaben der Kommunisten in der demokratischen Bewegung erwähnten⁹, dann markierten sie einen notwendigen theoretischen Vorsprung der Partei, der allerdings in die Massenbewegung eingebracht werden mußte.

Als Beispiel für eine ausschließlich technische Funktion der Parteigründung, mit der keineswegs eine stärkere Akzentuierung des Kampfes um die Beseitigung des Lohnsystems verbunden sein mußte, kann die Herausbildung der britischen Labour Party zwischen 1899 und 1906 gelten: sie war nicht viel mehr als der parlamentarische Arm der Trade Unions, eine gewerkschaftsförmige Partei, die überdies bis zum ersten Weltkrieg eine enge Verbindung, teilweise sogar Abhängigkeit von der Liberalen Partei nicht völlig abstreifen konnte. Die Entwicklung der Trade Unions hatte gezeigt, wie zumindest damals der unmittelbaren gewerkschaftlichen Erfahrung zukunftssträchtige politische Themen, die durchaus von großer Bedeutung für Perspektive und Überwindung des Kapitalismus waren (Emanzipation der Frauen, Krieg und Frieden, Verteidigung der Allgemeinen Freiheiten, die Kolonialfrage, Befreiung von religiöser Bevormundung), nicht näher lagen als der Aktivität linksbürgerlicher Radikaldemokraten (der „Radicals“). Daran änderte sich mit der Gründung der Labour Party zunächst nicht viel.¹⁰

2. Partei und Gewerkschaft bei W. I. Lenin

Eine prinzipielle Analyse der verschiedenartigen Funktionen von Partei und Gewerkschaften legte erst *W. I. Lenin* vor. In seiner Definition werden die Positionen sowohl der Gewerkschaften als auch der Partei an den Polen „Bewußtsein“ und „Spontaneität“ fixiert. Die Gewerkschaften ordnet er dem Bereich der unmittelbaren Erfahrung und des „Ökonomismus“ zu. Diese Bornierung könnten sie nur überwinden durch die Arbeit der Partei, die der Bereich der Bewußtheit, von Theorie und Strategie sei. Zentraler Ort trade-

8 MEW 16, S. 13.

9 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 492 f.

10 Vgl. hierzu: G. D. H. Cole, *British Working Class Politics 1832—1914*. 4. Aufl. London 1965, passim.

unionistischer Erfahrung ist der Betrieb, der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Aktionsfeld der Partei dagegen stellt die gesamte Gesellschaft dar. „Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen.“¹¹ Nur dadurch vermag die Arbeiterklasse zum „Vorkämpfer der Demokratie“¹² — nicht nur der eigenen Rechte, sondern auch der aller anderen unterdrückten Klassen — zu werden. Indem die Partei die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern in die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse einbringt, kann sie erst die Arbeiterbewegung bündnisfähig machen. *Lenin* hebt in diesem Zusammenhang sehr plastisch hervor, wie es auf diese Weise möglich wird, daß Sozialisten die Rechte religiöser Sekten, aber auch der liberalen Selbstverwaltung gegen den Zarismus verteidigen.

An dieser Stelle muß die Frage nach der Verallgemeinerungsfähigkeit der Leninschen Position gestellt werden. Unverkennbar ist ja immerhin, daß die damaligen russischen Gewerkschaften kaum etwas mit der heutigen Gewerkschaftsbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern gemeinsam hatten. Schon durch die zaristische Unterdrückung waren sie immer wieder an überregionaler Koordination gehindert, zur Entpolitisierung angehalten; die vergleichsweise Geringfügigkeit der kapitalistischen Durchdringung des Landes ließ kaum einen Zusammenhang gewerkschaftlicher Arbeit zwischen den einzelnen industriellen Zentren zu. Unter diesen Umständen lag eine Tendenz zu Spontaneismus, zur ökonomistischen Selbstbeschränkung nahe. Allerdings hatten die teils noch sehr kurzlebigen, teils zwar relativ befestigten, dafür aber in ihren Zielsetzungen eher bornierten englischen Gewerkschaften, welche *Marx* und *Engels* kannten, den russischen kaum etwas an Strategiefähigkeit voraus, ohne daß die beiden Begründer des Marxismus die Rolle der Partei zumindest so ausführlich prononciert hätten wie *Lenin*. Vollends aber stellt sich die Frage, ob *Lenins* Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft auch auf eine durchkapitalisierte Gesellschaft mit hohem Organisationsgrad und nationalem Zusammenhang der Gewerkschaftsbewegung anwendbar sei. Hier ist die Auseinandersetzung zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat durchgehend strukturbestimmend und auch für die Zwischenklassen entscheidend. Sie spielt sich bereits auch schon auf staatlicher Ebene ab, so daß eine Trennung des gewerkschaftlichen Kampfes vom im engeren Sinne politischen nicht mehr denkbar ist. Hier muß ein hohes Maß an eigener, autonomer Strategiebildung in der Gewerkschaftsbewegung selbst für möglich gehalten werden, ohne daß diese sich auf die Durchsetzung von Tagesinteressen beschränkt.¹³

Solche Bedingungen von Gewerkschaftspolitik bestanden in der Lebenszeit von *Marx* und *Engels* und in der Entstehungsperiode der Leninschen Parteitheorie in keinem einzigen Land Europas. *Marx* und *Engels* haben sie im „*Elend der Philosophie*“ und im Kommunistischen Manifest allerdings zumindest teilweise — was die nationale Verallgemeinerung und die Politisierung des Klassenkampfes angeht — prognostiziert.¹⁴ *Lenin* wies für sein Organisationskonzept gerade auf ein mitteleuropäisches Land hin, in dem die Gewerkschaftsbewegung entschieden reifer war als in Rußland, nämlich auf Deutschland.

11 W. I. Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, LW 5, S. 436. (Hervorhebungen: Lenin.)

12 Ebd., S. 435.

13 Frank Deppe, Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse. Marburg 1979, S. 179 ff.

14 Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, MEW 4, S. 180 ff.; Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 470 f.

Nach dem Kölner Parteitag 1893 erschien ihm offensichtlich hier das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft zumindest annähernd in der Weise gelöst, die er auch in Rußland für notwendig hielt. Kritik — die er überdies vor 1914 nur sehr verhalten formulierte — deutete er in „*Was tun?*“ lediglich gegenüber der Tatsache an, daß die Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung zu großen Spielraum erhielten.¹⁵

Aus der Tatsache, daß nach *Lenin* auch solche Gewerkschaften, die weitaus entwickelter waren als die russischen, nämlich die deutschen, einer revolutionären Partei bedurften, muß geschlossen werden, daß zumindest in seiner Perzeption die Notwendigkeit einer revolutionären Partei neuen Typus nicht in erster Linie aus den besonderen Verhältnissen des Zarenreichs abgeleitet war, sondern aus der Komplexität der Gesamtaufgaben der Arbeiterbewegung. Seine später ausgearbeitete Imperialismustheorie unterstützt seine Parteitheorie: die besonderen Machtkonstellationen im Monopolkapitalismus, insbesondere deren internationale Dimension, sind nicht mehr allein durch gewerkschaftliches Alltagsbewußtsein wahrnehmbar. Um es an einem drastischen Beispiel zu demonstrieren: Krieg im Imperialismus war für jeden einzelnen Arbeiter unmittelbar erfahrbar, die heraufziehende Kriegsgefahr nicht. Nicht erst der Kampf gegen das Lohnsystem insgesamt, sondern auch gegen seine besonderen imperialistischen Ausprägungen wurde somit zu einer Aufgabe, durch welche Gewerkschaften, die auf sich allein gestellt gewesen wären, ebenso überfordert wurden wie gewerkschaftsförmige Parteien.

3. Sozialreform, Revolution und Gewerkschaft bei R. Luxemburg

In *Rosa Luxemburgs* Schrift „*Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*“ wird die Marxsche Argumentation von der logischen Überordnung des revolutionären Prozesses gegenüber dem Tageskampf an einem aktuellen Beispiel demonstriert. *Luxemburg* weist darauf hin, wie durch die russische Revolution von 1905 in vielen Bereichen Gewerkschaftsorganisationen überhaupt erst geschaffen wurden und wie in kurzer Frist — als Folge der Revolution — Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt werden konnten, die nahezu mit dem übereinstimmten, was etwa in Deutschland erst nach jahrzehntelangem gewerkschaftlichem Kampf erreicht worden war.¹⁶ Hier fällt die logische Überordnung revolutionärer Politik sogar mit dem historischen Ablauf unmittelbar zusammen.

Rosa Luxemburg hat sich in ihrer Massenstreikschrift gegen den möglichen Einwand gewehrt, das russische Beispiel sei mit deutschen Verhältnissen nicht vergleichbar. Die Schwierigkeit der Rezeption ihrer Schrift durch die deutschen Gewerkschaften lag allerdings gewiß auch in der Tatsache, daß in Deutschland Sozialreform seit der Bismarckschen Kombination von Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung als Präventivmaßnahme zur Verhinderung revolutionärer Durchbrüche gestaltet war, der Zusammenhang von Sozialreform mit den revolutionären Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung und dem Kampf der Arbeiterbewegung aber nicht unmittelbar erfahren werden konnte.

Eine offene, auch durch *Rosa Luxemburg* in ihrer Massenstreikbroschüre nicht gelöste Frage blieb, wie gezeigt werden konnte, daß auch unter den besonderen Bedingungen Deutschlands die Erfolge gewerkschaftlicher Tagespolitik keine gleichsam selbsttragen-

15 *Lenin*, *Was tun?* A. a. O., S. 368.

16 *Rosa Luxemburg*, *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*. Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1972, S. 114 ff.

den, nichtrevolutionären Maßnahmen waren, auch nicht lediglich Nebenprodukte eines revolutionären Prozesses, sondern daß und wie der gewerkschaftliche Kampf selbst eine Voraussetzung dieses revolutionären Prozesses sein kann. Die Forderung, daß die „organisierten Kräfte“ der Gewerkschaften als „Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse“ genutzt werden müßten, war ja bereits von *Marx* formuliert worden.¹⁷ Als Beispiel eines solchen Zusammenfallens von revolutionärer Perspektive und Tageskampf hatte er die englische Zehnstundenbill charakterisiert.¹⁸ Die Identität von revolutionärem Prozeß und gewerkschaftlichen „Hebeln“ konnte *Rosa Luxemburg* gewiß anhand der ersten Monate der russischen Revolution 1905 leicht aufzeigen. In Deutschland aber bestand zumindest dem Augenschein nach eine starke zeitliche Differenz zwischen Reformpolitik und revolutionärer Perspektive. Wenn Teile der westdeutschen Geschichtsschreibung hieraus das Problem des „Attentismus“ ableiten¹⁹, so befinden sie sich damit insofern zumindest vordergründig im Recht, als die Beziehung von Tagesarbeit und revolutionärem Prozeß durch die deutschen Marxisten vor 1914 auf lange Strecken hin nicht genügend herausgearbeitet worden ist.

4. Neue Probleme nach dem 1. Weltkrieg

Aus der Differenz zwischen revolutionärem Prozeß und Tageserfahrung resultiert das zwar nicht unbedingt notwendige, wohl aber empirisch auftretende Auseinanderklaffen von revolutionärer Theorie und Alltagserfahrung. In einer zugespitzten Situation konnten Gewerkschaften durch Marxisten sogar als „reaktionär“ bezeichnet werden. In seiner Schrift *„Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus* bejaht *Lenin* die Frage: „Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?“²⁰ Er übernimmt hier eine Frage der von ihm kritisierten ultralinken Richtung in der kommunistischen Bewegung. Der Terminus „reaktionär“ wird in diesem Zusammenhang von ihm offensichtlich akzeptiert. Hier spielt die konterrevolutionäre Rolle der Gewerkschaftsführungen in der deutschen Revolution eine Rolle. Sie haben tatsächlich die Grundlagen eines historisch überholten, reaktionären Regimes retten helfen.

Aber *Lenin* geht in der Begründung seiner Terminologie noch einen Schritt weiter: „Als die *höchste* Form der Klassenvereinigung der Proletarier, die *revolutionäre Partei des Proletariats* (die ihren Namen nicht verdient, solange sie es nicht gelernt hat, die Führer mit der Klasse und mit den Massen zu einem Ganzen, zu etwas Untrennbarem zu verbinden), sich herauszubilden anfang, da begannen die Gewerkschaften unvermeidlich *gewisse* reaktionäre Züge zu offenbaren, eine gewisse zünftlerische Beschränktheit, eine gewisse Neigung zur politischen Indifferenz, eine gewisse Stagnation usw.“²¹ Der Terminus „reaktionär“ wird hier gewählt, um eine Verzögerung in der Politikentwicklung der Gewerkschaften *relativ* zu der marxistischen Partei sichtbar zu machen. Ein Zurückbleiben ergibt sich bereits aus dem umfassenden quantitativen Charakter der Gewerkschaften als ersten Organisationen von vielen bislang noch nicht von der Arbeiterbewegung berührten Prole-

17 *Marx*, Lohn, Preis und Profit, a. a. O., S. 152.

18 *Marx*, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, a. a. O., S. 10 f.

19 Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M. und Berlin 1973.

20 *W. I. Lenin*, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 31 ff.

21 Ebd., S. 35 (Hervorhebungen: *Lenin*.)

tariern. Allerdings würde diese notwendige Differenz allein die Verwendung des Begriffs „reaktionär“ niemals rechtfertigen. In der unmittelbaren Situation von 1920 kommt bei *Lenin* zweifellos vor allem die Haltung der deutschen Gewerkschaftsführung 1918 als verschärfendes, letztlich aber zeitbedingtes Moment hinzu.²²

Wir werden hier an die Tatsache erinnert, daß die marxistische Bewegung nach 1918 ja mit zwei völlig neuen Phänomenen konfrontiert war, deren Analyse mehr als eineinhalb Jahrzehnte in Anspruch nahm, ehe erste gültige Ergebnisse vorgelegt werden konnten. Das eine war der Aufstieg rechter Sozialdemokraten in führende Regierungsfunktionen bürgerlicher Staaten. Das zweite Phänomen war die faschistische Massenbewegung. Zwar hat *Lenin* bereits in der Schrift „*Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus*“ empfohlen, in England eine Regierung MacDonald-Henderson taktisch zu stützen — das politische und soziale Wesen des Integrationismus als einer stabilen Strömung in der Arbeiterbewegung aber bedurfte weiterer Untersuchung. Ihre Massenverankerung zumindest mußte auf Revolutionäre gerade unter dem unmittelbaren Eindruck der Erfahrung des ersten Weltkrieges zunächst wie eine Provokation wirken. Dies drückt sich in zahlreichen Unschärfen der Terminologie aus, deren krasseste der Versuch war, Faschismus und Integrationismus zu benachbaren.²³ *Lenins* Kennzeichnung der Gewerkschaften als notwendig relativ „reaktionär“ hat mit diesem verhängnisvollen Fehlurteil nichts zu schaffen, ist aber einer jener ersten, notwendigerweise zunächst nur tastenden und daher nicht sofort zu endgültigen Lösungen führenden Versuche, mit denen die junge kommunistische Bewegung nach dem ersten Weltkrieg vollständig neue Erscheinungen in der Arbeiterbewegung zu interpretieren unternahm.

In diesem Zusammenhang wird häufig *Lenins* Äußerung zitiert, man müsse „zu jedem Opfer entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten“.²⁴ Hier sollte allerdings unbedingt auch der direkt vorausgehende Satz zur Kenntnis genommen werden: „Kein Zweifel, die Herren ‚Führer‘ des Opportunismus werden zu allen möglichen Kniffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hilfe der bürgerlichen Regierungen, der Pfaffen, der Polizei, der Gerichte in Anspruch nehmen, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften hineinzulassen, um sie auf jede Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften möglichst zu verleiden, um sie zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen.“²⁵

„Pfaffen, Gerichte, Polizei, Regierung“ als Instrumente von innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen: *Lenin* beschreibt hier die Gefahr, daß in den Gewerkschaften während einer komplizierten Lage durch eine integrationistische Führungsgruppe der Ausnahmezustand ausgerufen, die Verbandsdemokratie mit staatlichen Mitteln aufgehoben und die Einheitsgewerkschaft geopfert wird. Nur auf eine solche Situation, zu der sich

22 Dabei muß allerdings bedacht werden, daß die antisozialistische, ja reaktionäre Funktion, die Gewerkschaftsführungen 1918/19 spielten, durchaus wiederholbar ist. Vgl. etwa die jahrzehntelange Dominanz George Meanys in der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung.

23 Vgl. hierzu Josef Schleifstein, Die „Sozialfaschismus“-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund. Frankfurt/M. 1980.

24 *Lenin*, *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, a. a. O., S. 40.

25 Ebd., S. 39 f.

außer dem ehemaligen Funktionär *Georg Leber* in der Bundestepublik gegenwärtig wohl kein Gewerkschaftsführer bekennen wird, ist *Lenins* Empfehlung bezogen. Die „Schliche, Listen und illegalen Methoden“ wären dann nichts anderes als der Versuch, Einheitsgewerkschaft, innergewerkschaftliche Demokratie und Autonomie der Gewerkschaften gegenüber „Pfaffen“, politischer Polizei und Regierung in einem Moment zu verteidigen, in dem sie offiziell beseitigt werden sollen.

Bekanntlich hat die Kommunistische Internationale 1920 die Aufnahmebedingung gestellt, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften eigene Zellen gründen sollten, die sich ihrer Partei vollständig unterordnen müßten.²⁶ Auch dies muß als eine zeitgebundene Entscheidung gewertet werden: als der Versuch, nicht nur die systemüberwindende Funktion von Gewerkschaften, sondern auch ihre Autonomie gegen Führungen wiederherzustellen, die beides im ersten Weltkrieg geopfert hatten.

5. Neue Bedingungen und Formen in der Beziehung Arbeiterpartei(en) und Gewerkschaft

Nicht aus der Sondersituation am Ende des ersten Weltkriegs, sondern aus der historisch nahezu permanent auftretenden Spannung zwischen revolutionärem Prozeß und Tageserfahrung und der Verabsolutierung des letzteren Elements durch Teile der Arbeiterbewegung resultiert der Vorwurf des „*Opportunismus*“, der häufig von den revolutionären Kräften erhoben wird. *Engels* und *Lenin* haben ihn gegen Anpassungstendenzen in Gewerkschaften und Sozialdemokratie gerichtet. Sie kritisierten damit in der Regel zwei Richtungen: erstens die Übernahme bürgerlicher Normen durch Teile der Arbeiterbewegung, später — bei *Lenin*, noch nicht in den Äußerungen von *Engels* — den Integrationismus; zweitens den klassischen Reformsozialismus, vor 1914 vor allem in seiner Ausprägung als Zentrismus. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist „*Opportunismus*“ aber nach wie vor nicht nur ein politischer Begriff, sondern häufig genug die Kennzeichnung für ein persönliches Fehlverhalten: den Versuch, sich durch Prinzipienverzicht individuelle Vorteile zu sichern. Es wäre der begrifflichen Schärfe, aber auch der Fruchtbarkeit der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung wahrscheinlich eher damit gedient, wenn unter diesen Umständen der Ausdruck „*Opportunismus*“ durchgehend durch genauere Bezeichnungen ersetzt bzw. ergänzt würde.²⁷

In vielfältiger Weise zeigt sich bereits an diesen Beispielen, daß das Verhältnis von proletarischer Partei und Gewerkschaften seit dem ersten Weltkrieg eine entscheidende Komplikation erhielt. Von nun an wirkten in den meisten europäischen Ländern zwei Arbeiterparteien in den Gewerkschaften, nach 1945 reicht in den Westzonen und in der Bundesrepublik das Parteienspektrum, welches in der Einheitsgewerkschaft Einfluß hat, weit über Kommunisten und Sozialdemokraten hinaus. Das Verhältnis von revolutionärer Partei und „ökonomistischen“ Gewerkschaften, das *Lenin* entworfen hatte, gilt nicht

26 Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, in: Der zweite Kongreß der Komunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1921. Nachdruck Erlangen 1972, S. 391 f.

27 Zur Differenzierung des „*Opportunismus*“-Begriffs vgl. auch: Josef Schleifstein, Schlußbemerkungen in der Arbeitsgemeinschaft IV, in: Friedrich Engels, Denker und Revolutionär. Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, Veranstalter von der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. und 29. November 1970 in Wuppertal. Frankfurt/M. 1971, S. 219 ff.

mehr für die Beziehungen der sozialdemokratischen Partei zur Gewerkschaftsbewegung. In der Weimarer Republik trat die SPD-Führung als antirevolutionäre und antikommunistische Kraft auf und versuchte diese Positionen auch an die Gewerkschaften zu vermitteln. Damit gewann das Erfahrungsmoment, der „Trade-unionismus“, eine neue Bedeutung: es wurde für die revolutionäre Bewegung letztlich aufgewertet. *Lenin* hat auf die möglichen, ja sogar unvermeidlichen Spannungen zwischen der Strategiebildung der marxistischen Partei und den Erfahrungselementen des Ökonomismus hingewiesen. Ihrer Auflösung durch gegenseitige Durchdringung von Empirie des Alltags und revolutionärer Theorie dienen enge Beziehungen zwischen marxistischer Partei und Gewerkschaften.

Eine vergleichbare Spannung, wenngleich mit umgekehrtem Vorzeichen, wird aber auch zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei spätestens in dem Moment auftreten, da diese Partei integrationistisch dominiert ist und sich mit der bürgerlichen Herrschaft identifiziert. Den liberalen und christlichen Gewerkschaften stellte sich schon vor 1918 dieses Problem der Differenz zwischen Klassenerfahrung und Parteiideologien, welche dazu in Widerspruch standen, in großer Schärfe.²⁸ In der Weimarer Republik wurde das Bündnis zwischen Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie durch die Koalitionen der SPD mit der großkapitalistischen Deutschen Volkspartei Belastungen ausgesetzt, am dramatischsten im März 1930. Hier wäre die Organisation und Artikulation gemeinsamer Klassenerfahrung eine wichtige Aufgabe gerade der Marxisten in einer Einheitsgewerkschaft gewesen. Es ist bekannt, daß eine solche umfassende Gewerkschaftseinheit in der Weimarer Republik nicht bestand und ihre Prinzipien auch innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihm nahestehenden sozialdemokratisch orientierten Beamten- und Angestelltenverbände keineswegs voll realisiert worden sind. Zumindest in Wahlkämpfen haben sich diese sehr offen als Richtungsgewerkschaften, welche für die SPD eintraten, dargestellt.

Dreimal — auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918/19, dann unter der Führung von *Fischer* und *Maslow* 1924/25 und schließlich nach 1928 — sahen die Kommunisten unter diesen Voraussetzungen keine Möglichkeit mehr, selbst zur Einheitsgewerkschaft beizutragen und waren zur Bildung von Sonderorganisationen bereit. 1918/19 war diese Reaktion vor allem unter dem Einfluß der Rätebewegung stark syndikalistisch geprägt, ging aber letztlich auf die Haltung der Gewerkschaften im ersten Weltkrieg zurück; 1924/25 wirkte die Enttäuschung über die passive Haltung des ADGB im Krisenjahr 1923 mit einer Fehleinschätzung, welche die sich anbahnende relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus verkannte, zusammen; nach 1928 löste die Ausschlußpolitik des ADGB sektiererische Tendenzen aus, die einer falschen Situationsanalyse durch die Kommunistische Internationale (Prognose einer unmittelbar bevorstehenden revolutionären Periode) erst das Gewicht einer Massenbewegung verschaffte.

Es ist offenkundig, daß die Haltung der Kommunisten in allen drei Fällen der von *Lenin* betonten Notwendigkeit, gerade unter den Bedingungen der parteipolitischen Spaltung auf die Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft hinzuwirken, widersprach. Eine gängige Fehlinterpretation ist es allerdings, das Aufgeben der Arbeit in den Freien Gewerkschaften

28 Vgl. Herbert Gottwald, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCG) 1901—1933. In: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band II., Westberlin 1974, S. 113 ff.; Wolfgang Schröder und Peter Hafner, Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) (VDG) 1869—1933, ebd., Band II, S. 684 ff.

ten auf einen unbedingten Führungsanspruch der Kommunistischen Partei zurückzuführen. Am Anfang des Trennungsprozesses standen jeweils unmittelbare Erfahrungen mit der Politik der Gewerkschaftsführung im ersten Weltkrieg, mit ihrem Versagen 1923 (sowie ersten innergewerkschaftlichen Repressionen) und mit der Ausschlußpolitik in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Diese unmittelbare Erfahrung, die Empörung betroffener Arbeiter, ist die daraus folgende zweite Ursache. Auch hier handelt es sich um ein Moment von Spontaneität. *Lenin* hat in „Was tun?“ die Notwendigkeit der Abstraktion von solcher unmittelbarer Erfahrung, ihre Einbeziehung in die gesellschaftliche Totalität als Aufgabe der marxistischen Partei formuliert. Diese Notwendigkeit bestand am Ende der Weimarer Republik auch gegenüber der Verabsolutierung von Partialerfahrungen von Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. Wenn sie nicht genügend realisiert wurde, so bedeutet dies — gerade umgekehrt zur üblichen Deutung — nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Verallgemeinerungs- und Führungsarbeit durch die marxistische Partei, ein Überwiegen von (nun allerdings nicht „ökonomistischer“, sondern ultralinken) Spontaneität. Hier zeigte sich, daß eine politische Leitungsarbeit, die sich letztlich vor allem auf Teilerfahrungen stützte, in Distanz zur Gesamtheit von Arbeitererfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung geraten und somit in schlechtem Sinne abstrakt werden konnte. Dieses Problem ist seinerseits offensichtlich Ergebnis starker nicht nur politischer, sondern auch sozialer und ideologischer Fragmentierung der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik gewesen.²⁹ Gerade weil ihre vereinheitlichende Aufhebung im Kampf gegen Faschismus und Krise eine wesentliche Aufgabe der Marxisten ist, stellt sich die Frage, welches Maß an gemeinsamer *ökonomischer* und *sozialer* Erfahrung mobilisierbar war, denn der Spielraum für eine in erster Linie *politische* (im engeren Sinne), *revolutionäre* Gemeinsamkeit war am Ende der Weimarer Republik offensichtlich mindestens ebenso eng wie für eine Sammlung der Arbeiterklasse hinter dem Integrationismus.

Die *Brüsseler Konferenz der KPD* hat 1935 die Fehler der Partei in der Gewerkschaftspolitik scharf kritisiert und die Notwendigkeit des Kampfes um die Schaffung einer tatsächlichen Einheitsgewerkschaft betont.³⁰ Sie hat damit nicht nur *Lenins* Forderungen in seiner Schrift über den linken Radikalismus wieder Geltung verschafft, sondern auch eine strategische Einsicht neu formuliert, die *Friedrich Engels* bereits 1895 formulierte: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.“³¹ *Engels'* Vorschlag richtete sich gegen ein Fortleben des Blanquismus in der Arbeiterbewegung und erschloß den sozialistischen Parteien die Möglichkeit parlamentarischer Massenarbeit. Unter den Bedingungen des Imperialismus im 20. Jahrhundert ist Eigenaktivität der Mehrheit der Arbeiterklasse nicht nur eine Bedingung für revolutionäre Umwälzung, sondern auch für die Verteidigung und Er kämpfung von Frieden und Demokratie. Eine Politik, welche die Selbsttätigkeit der lohnabhängigen Massen voraussetzt, wird sich notwendig auf deren umfassendste Organisa-

29 Lothar Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: Frank Deppe, Willi Gerns und Heinz Jung (Hrsg.), *Marxismus und Arbeiterbewegung*, Josef Scheifstein zum 65. Geburtstag. Frankfurt/M. 1980, S. 40 ff.

30 Die *Brüsseler Konferenz der KPD* (3.—15. Oktober 1935). Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach. Berlin 1975. Vgl. S. 69; 107 ff.; 326 f.; 385 f.

31 *Friedrich Engels*, Einleitung (zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ [1895]) MEW 22, S. 523.

tionen, die Gewerkschaften, stützen. Diese müssen in einem hohem Maße strategiefähig sein. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß diese tatsächlich Einheitsgewerkschaften sind, d. h. daß auch die Marxisten die gleichberechtigte Möglichkeit haben, ihre Politik in dem Maße einzubringen, wie es nach den Regeln einer voll entfalteten innergewerkschaftlichen Demokratie möglich ist und den Interessen der Klasse entspricht.

Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft — Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute

Gert Hautsch / Klaus Pickshaus

I. Zum Inhalt von Klassenautonomie heute — II. Zur Problematik politischer Einflüsse auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Autonomie und Einheit — III. Zur Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung und der Problematik politisch-ideologischer Strömungen — IV. „Pluralismus“ und Vereinheitlichung.

In den letzten Jahren haben Diskussionen über die Funktion der Gewerkschaften und die Erweiterung ihrer Kampffelder und -inhalte zugenommen. Ein zentrales Problem ist dabei die Bestimmung von Inhalt und Reichweite gewerkschaftlicher Autonomie. Die Entwicklung einer kämpferischen, klassenorientierten Politik stellte sich in der zurückliegenden Zeit keineswegs als ein linearer Prozeß dar: Rückschläge, Brüche und innergewerkschaftliche Konflikte werfen die Frage nach den Durchsetzungsbedingungen autonomer Politik unter den Bedingungen einer Einheitsgewerkschaft auf. Dabei ist der Stellenwert politischer Faktoren, insbesondere die Wechselwirkung zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften ebenso zu untersuchen wie die innergewerkschaftliche politische Differenzierung.

Interessierte antikommunistische Kreise versuchen in den letzten Jahren, marxistische Beiträge in der Diskussion und Erarbeitung gewerkschaftlicher Autonomie als Taktik der „Unterwanderung“ zu diffamieren, bzw. der Einheitsgewerkschaft von vornherein eine sozialpartnerschaftliche Basis zu unterschieben.¹ Ebenso wichtig wie die Zurückweisung derartiger Angriffe ist die Weiterentwicklung der eigenen theoretischen Analyse der Perspektive des gesellschaftlichen Prozesses im staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) im Hinblick auf den Stellenwert der verschiedenen gesellschaftlich-politischen Kräfte und Organisationen.

Wenn in den ökonomisch-politischen Analysen auf Basis der SMK-Theorie festgestellt wird, daß sich das Aufgabenfeld der Gewerkschaften objektiv in den gesamten politischen Bereich hinein erweitert hat, dann stellen sich verschiedene theoretische Fragen in neuer Weise. Das gilt allgemein für das Verhältnis zwischen politischem und ökonomischem Kampf, für die strukturellen Grenzen gewerkschaftlicher Klassenpolitik auch unter diesen Bedingungen, für die Abgrenzung der marxistischen Konzeption von reformistischen

1 In seinem Kreuzzug gegen das Buch von Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, unterstellt Gerhard Beier z. B. den Autoren: „Durch Betonung der Autonomie, die — wo sie ernst genommen wird — sehr wohl im Widerspruch zur sowjetmarxistischen Gewerkschaftstheorie steht, wird der Versuch gemacht, die Gewerkschaften aus ihrer historisch gewachsenen Nähe zum freiheitlichen Sozialismus zu lösen und in eine neue Bindung an die vorgeblich einzige Partei für die Arbeiterklasse (die DKP) zu manövrieren.“ Sein Beleg: „Das alles geschieht unauffällig und teilweise verschlüsselt, wirkt suggestiv, bleibt aber für den kritischen Analytiker eindeutig feststellbar.“ Dieses Traktat Beiers im Geiste McCarthys wird von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben. So: Aus Politik und Zeitgeschehen B 41/79, 15. Oktober 1979, S. 27.

und syndikalistischen Vorstellungen, für die Beziehungen von gewerkschaftlichen Organisationen zu politischen Parteien in der Arbeiterbewegung und andere Fragen.

In den vergangenen 25 Jahren haben marxistische Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung eine politische Praxis entwickelt, die zeitweilige sektiererische Fehler in der Geschichte der kommunistischen Bewegung überwunden hat und auf eine konstruktive Politik zur Stärkung der Einheitsgewerkschaft gerichtet ist.² Demgegenüber weist die theoretische Verarbeitung neuer Probleme der Gewerkschaftsbewegung ausgehend von der Konzeption des SMK noch Lücken auf. Dies trifft zum Teil auch auf die Einordnung der aktuellen klassenpolitischen Strömung in die Tradition marxistischer Gewerkschaftstheorie und -politik zu.

Frank Deppes Studie „Autonomie und Integration“ hat der theoretischen Diskussion darüber wichtige Anstöße gegeben.³ Einige Fragestellungen, die sich zum Teil auf diese Studie beziehen, sollen hier aufgegriffen werden.

I. Zum Inhalt von Klassenautonomie heute

Der Begriff Autonomie wird schon seit längerem in der gewerkschaftstheoretischen Diskussion unter Marxisten verwendet. Mit ihm soll ganz allgemein die Orientierung einer progressiven Gewerkschaftspolitik umschrieben werden. Sein Inhalt kann sich nicht darauf beschränken, die Unabhängigkeit von Parteien und Organisationen zu betonen; er muß einer eigenen gewerkschaftspolitischen Funktionsbestimmung entsprechen. Die inhaltliche Fassung des Autonomiebegriffs ist nur im Rahmen einer ökonomisch-politischen Analyse möglich. Dabei scheint es sinnvoll, nicht allein vom Standpunkt der Gewerkschaften selbst auszugehen. Diese sind Teil der Arbeiterbewegung; ihre Möglichkeiten und Grenzen unter heutigen Bedingungen können nur in diesem Zusammenhang erforscht werden. Das gilt vor allem in bezug auf die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Klassenautonomie wäre auch in der Gewerkschaftsanalyse im Zusammenhang mit der allgemeinen Bestimmung der Autonomie der Arbeiterklasse zu definieren. Sie bedeutet, ganz abstrakt formuliert, auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Kampfes von den eigenen Klasseninteressen auszugehen. Nur so — in voller Unabhängigkeit vom Kapital — können auch die Gewerkschaften ihrer Aufgabe voll gerecht werden.

Die Analysen zur Rolle der Gewerkschaften, die auf Grundlage der Theorie des SMK erarbeitet worden sind, stützen sich auf die erforschten neuen Strukturen im Verhältnis von Politik und Ökonomie. Es wird von einer objektiven Tendenz zur Annäherung des ökonomischen und politischen Bereichs der Gesellschaft als Ergebnis der Vergesellschaftungstendenz ausgegangen. Daraus folgt, daß eine Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung schwerer möglich wird. Schon in früheren Analysen, so in dem Werk „Der Imperialismus der BRD“ (1971) wurde z. B. die gewachsene po-

2 Zu solchen Fehlern gehört in erster Linie die RGO-Politik in den letzten Jahren der Weimarer Republik, aber auch gewerkschaftspolitische Fehler zu Beginn der 50er Jahre, die u. a. in der These 37 der auf dem Münchener Parteitag der KPD 1951 verabschiedeten Entschließung zum Ausdruck kamen. Vgl. hierzu: KPD 1945—1965, Berlin (DDR), 1966, S. 66/67. Zu den Auswirkungen vgl. Rainer Kalbitz, Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Jacobi/Müller-Jentsch/Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaftspolitik in der Krise, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Berlin (West) 1978, S. 159 ff.

3 Frank Deppe, Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979.

litische Komponente von ökonomischen Forderungen sowie die Erweiterung des gewerkschaftlichen Aufgabenfelds (der Lohn reicht zur Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft nicht aus) abgeleitet.⁴ Mit diesen Analysen konnte jedoch noch nicht die Frage beantwortet werden, wie sich die objektive Politisierungstendenz subjektiv durchsetzen kann. Es war ja nicht so, daß die Arbeitskämpfe der letzten Jahre von der Masse der Beteiligten bewußt als politische Auseinandersetzungen geführt worden wären — auch wenn diese Kämpfe objektiv erhebliche politische Bedeutung hatten. Was die marxistische Gewerkschaftsanalyse leisten muß, ist die Beantwortung der Frage: Unter welchen Bedingungen kann Klassenautonomie im SMK zur vorherrschenden Praxis der Gewerkschaften werden?

Die Bedeutung von *Frank Deppes Arbeit*⁵ besteht vor allem darin, daß er eine neue Forschungsrichtung der marxistischen Gewerkschaftsanalyse ausformuliert hat. Für ihn ist entscheidend, von welchem Klassenstandpunkt aus auf die im SMK objektiv wirkende Vergesellschaftungstendenz reagiert wird. Eine Darstellung von *Deppes Analyse* kann hier unterbleiben⁶, sie soll in ihren Grundaussagen unterstrichen werden: Integrationismus als Aufgreifen der kapitalistischen Entwicklungslogik, Autonomie als Ausgehen von der Logik der Arbeiterklasse, die Bestimmung dieser Begriffe als zwei Pole, zwischen denen sich die Gewerkschaftspolitik im SMK bewegt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Differenzierung zwischen ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung, die im SMK wegen der zahlreichen Überschneidungen beider Bereiche schwieriger als früher wird. Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse reichen heute oft weit in den politischen Bereich, d. h. sie haben den Staat zum Adressaten und Kontrahenten. Deswegen allein verlieren diesbezügliche Forderungen aber noch nicht ihren ökonomischen Charakter.⁷ Hier reicht die „klassische“ Klassifizierung, wonach ökonomische Forderungen auf Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten zielen, politische Forderungen auf den Erlaß oder die Durchführung von Gesetzen⁸, nicht aus. Das Problem sollte nicht auf der Ebene formaler Abgrenzungskriterien diskutiert werden, sondern unter Berücksichtigung der politischen Dynamik dieser oder jener Bewegung. Vielleicht sollte dann von politischen Auseinandersetzungen ge-

4 Vgl. z. B. Autorenkollektiv des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, *Der Imperialismus der BRD*, Frankfurt/M. 1971. Dort wird der „qualitativ neue Charakter“ der gewerkschaftlichen Interessenvertretung daraus abgeleitet, daß der Staat als unmittelbarer Kontrahent in Arbeitskämpfen auftritt. Die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft erfordere deshalb die Eroberung politischer Positionen durch die Arbeiterklasse; ein Ziel, auf das die Gewerkschaften ihre Tätigkeit ausrichten müßten (S. 596). Die Gewerkschaften müßten „eine langfristig konzipierte Strategie gegenüber dem staatsmonopolistischen Kapitalismus“ entwickeln, weil sonst unter den heutigen Bedingungen auch die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse auf die Dauer nicht verteidigt werden könnten (S. 599).

5 Gemeint ist F. Deppes, *Autonomie...*, a. a. O.

6 Vgl. hierzu Gert Hautsch und Klaus Pickshaus, *Integration und Gewerkschaftsanalyse. Zur Diskussion einiger gewerkschaftstheoretischer Ansätze in der Bundesrepublik*; in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF* Nr. 2, Frankfurt/M. 1979, S. 245 ff. Vgl. auch die Rezension zu Deppes Buch durch Heinz Jung in *Marxistische Blätter* Heft 4, Frankfurt/M. 1979, S. 94 ff.

7 Besonders deutlich wird dies bei Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst an den Staat, die manchmal auch schon als ‚politische Forderungen‘ aufgefaßt werden. Eine solche schematische Einteilung erfaßt die Wirklichkeit nur unzureichend.

8 Diese Interpretation findet sich u. a. auch bei Thomas Hagelstange, *Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975*, Stuttgart 1979, S. 188 ff.

sprochen werden, wenn Forderungen nicht nur von außen an den Staat herangetragen werden („Die Regierung darf aus ihrer Verantwortung . . . nicht entlassen werden“), sondern wenn ein Eingriff in den politischen Entscheidungsprozeß beabsichtigt ist und mit gewerkschaftlicher Macht verwirklicht werden soll. Letzteres würde z. B. bedeuten, daß die Gewerkschaften eigenständige, an den Klasseninteressen orientierte politische Konzeptionen entwickeln und ihre Kraft zu deren Durchsetzung auch gegenüber dem Staat einsetzen.

Autonomie läßt sich aber nicht nur an der Haltung zu politischen Forderungen bestimmen; sie beinhaltet die Unabhängigkeit vom Kapital in allen Bereichen. Hier können Brüche auftreten. Für eine Reihe von Gewerkschaftern ist z. B. die Rücksichtnahme auf die SPD-geführte Bundesregierung eine Barriere für die Politisierung von Interessen, damit eine Begrenzung der Autonomie. In Bereichen, wo dies keine so große Rolle spielt, wird aber u. U. eine weitgehende Konsequenz in der Analyse dessen, was die Arbeiterinteressen erfordern, erreicht. Eine diesbezügliche Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik legt es nahe, von unterschiedlichen möglichen Stufen von Autonomie in einer bestimmten historischen Situation zu sprechen. Sie sind daran festzumachen, wie weit die Verallgemeinerung von Klasseninteressen jeweils geht. Das soll heißen, daß auch bei insgesamt beschränkter Autonomie Gewerkschaften in Teilbereichen des Klassenkampfes die Interessen der Lohnabhängigen konsequent anmelden und zum Kampfgegenstand machen können. Für die hier möglichen Entwicklungsstufen wäre *Deppes* Formulierung des Autonomiebegriffs zu präzisieren.

Kennzeichen von Autonomie ist dabei nicht das Maß an Konkretisierung der Reproduktionsinteressen, sondern die Forderung nach Lösungen, die die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zum Bezugspunkt haben.⁹ Z. B. gehen die mit dem Arbeitskampf 1978 in der Druckindustrie durchgesetzten Besetzungsregelungen, Besitzstandssicherungen und Arbeitsinhaltsabgrenzungen erheblich über den Rahmen bisheriger Rationalisierungsschutzabkommen hinaus. Sie zeigen — wenn auch mit Abstrichen —, daß auch auf insgesamt beschränktem Niveau von Autonomie in einzelnen Bereichen ernsthaftere Modifizierungen der Wirkungsweise kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten durchsetzbar sind. An diesem Punkt berührt die Gewerkschaftstheorie zentrale Fragestellungen der marxistischen gesellschaftspolitischen Strategie: In erster Linie das Verhältnis von Reform und Revolution. Der Kampf um Reformen hat im SMK einen höheren Stellenwert als im vormonopolistischen Kapitalismus. Dies ist Resultat der inneren Logik kapitalistischer Entwicklung. Nach Ansicht einer Reihe von marxistischen Wissenschaftlern können wegen des hohen Vergesellschaftungsgrads im heutigen SMK unter bestimmten Umständen einzelne Reformforderungen so weit getrieben werden, daß sie im Fall ihrer Durchsetzung das kapitalistische System untergraben. Mit Untergraben wird dabei nicht eine aktuelle Infragestellung des Kapitalismus gemeint, sondern Strukturveränderungen, die im Fall einer Linksentwicklung im staatlichen Bereich antikapitalistische Dynamik ent-

⁹ Als Beispiel können unterschiedliche Konkretisierungen einer wichtigen gewerkschaftspolitischen Forderung, der Arbeitszeitverkürzung dienen. Die Gewerkschaft NGG orientiert dabei — unter indirekter Absetzung von der DGB-Forderung nach 35-Stunden-Woche — auf gruppendifferenzierte Regelungen, die ausschließlich mit besonderen Arbeitsbelastungen bestimmter Teile der Belegschaften begründet werden. Die IG Druck und Papier — und ähnlich auch die IG Metall — hat ihre Forderung nach 35-Stunden-Woche als eine allgemeine Antwort auf die Rationalisierungsstrategie der Unternehmer verstanden.

wickeln können. Diese Problematik wird unter Marxisten allerdings selbst noch mit unterschiedlichen Positionen diskutiert.¹⁰

Im Rahmen einer derartigen Analyse wäre die Rolle der Gewerkschaften im Prozeß revolutionärer Veränderungen zu bestimmen. Dabei scheint uns *Deppes* Formulierung des Inhalts von Autonomie unter einigen Aspekten diskussionswürdig: „Als bloße ‚Schutz- und Abwehrkoalitionen‘ . . . sind Gewerkschaften notwendig, aber keineswegs autonom. (. . .) Die autonome Kraft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung beginnt vielmehr in dem Maße praktisch zu werden, wie die innere Gesetzmäßigkeit, die Logik der Selbsterhaltung und Fortentwicklung des kapitalistischen Systems modifiziert, durchbrochen bzw. außer Kraft gesetzt wird.“¹¹ Einerseits wäre zu fragen, ob die Trennung zwischen defensiver und autonomer Gewerkschaftspolitik auf dieser Ebene überhaupt hinreichend möglich ist. Bedeutet nicht auch die Setzung von Schranken für die kapitalistische Willkür (z. B. Arbeitszeitverkürzungen) in der historischen Verlängerung einen Eingriff in kapitalistische Prinzipien? Andererseits können die Gesetze des Kapitals wohl allenfalls in politisch-ökonomischen Umbruchperioden „außer Kraft gesetzt“ werden; selbst dann ist das fraglich und gilt auf jeden Fall nur, solange die antikapitalistische Bewegung in der Offensive ist. Nach einer eventuellen Stabilisierung der alten Produktionsverhältnisse würden durchgesetzte Planungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu staatsmonopolistischen Mechanismen umgewandelt werden. Dem Kapital können heute auf höherer Ebene als in der Vergangenheit Beschränkungen im Interesse der Arbeiterklasse auferlegt werden. Das verändert die Wirkungsweise kapitalistischer Gesetze, beeinflusst u. U. Strukturveränderungen des Kapitalismus, bleibt aber im Rahmen des kapitalistischen Systems. So verstanden wäre der Begriff alternativer bzw. antagonistischer Entwicklungslogiken brauchbar.¹²

Die „Logik der Produktivkräfte“ oder „Logik der Arbeiterklasse“ wäre Inhalt und Orientierung der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Dieser von *Marx* formulierte Begriff¹³ drückt aus, daß sich die Interessen des Proletariats gegenüber dem Kapital nicht einfach in einzelnen Forderungen niederschlagen, sondern eine eigenständige, real wirk-same Logik der gesellschaftlichen Entwicklung repräsentieren, anhand deren Antworten auf konkrete Probleme formuliert werden können. Es handelt sich dabei um eine aus den Entwicklungsgesetzen der Produktivkräfte entspringende Notwendigkeit, deren Erkenntnis und analytische Durchdringung Voraussetzung für eine Politik, die die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse konkret werden läßt, ist. Allerdings läßt der Begriff der antagonistischen Logik, wie er von *Lelio Basso* entwickelt worden ist, offenbar unterschiedliche Interpretationen zu. Von den Autoren des *Instituts für Sozialforschung*, Frankfurt/M., wird die genannte Dimension nicht erfaßt: „Beschreibbar sind sie (die Entwicklungstendenzen der ‚Logik des Klassenkampfes‘; d. Verf.) in Prozeßbegriffen der Be-

10 Vgl. als Beispiele Helmuth Kolbe, Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4, Berlin 1973; Peter Heß, Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft und Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in: ebenda, Heft 5/1975; S. I. Tjulpanow, Die marxistisch-leninistische Mehrwerttheorie und die Gegenwart, in: Autoren-Kollektiv, Kapitalistische Ausbeutung heute, Berlin (DDR) 1977.

11 Vgl. F. Deppe, Autonomie . . . , a. a. O., S. 97 f.

12 Bei *Lelio Basso*, auf dessen Ausführungen sich Deppe in dieser Frage stützt (z. B. S. 146 f.), klingt die Fassung dieses Begriffs teilweise mißverständlich.

13 Vgl. Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864), in MEW Bd. 16, S. 11, wo er die englische ‚Zehnstundenbill‘ als „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“ bezeichnete.

wußtwerdung, der Organisierung, des kollektiven Lernprozesses. . . . Analog zum proletarischen Organisationsprozeß entfaltet sich die Logik des Klassenkampfes zunächst als ein Kampf um die Reproduktion der Arbeitskraft und im weiteren Sinne als ein Kampf um die Kontrolle der materiellen Produktionsbedingungen."¹⁴

Entschlossener Kampf ist zwar entscheidender Bestandteil autonomer Klassenpolitik, aber nicht ihr alleiniger Inhalt. Die gesellschaftlichen Interessen des Proletariats bestehen nicht nur in der Sicherung konkreter Reproduktionsinteressen und der Bekämpfung des kapitalistischen Systems ganz allgemein, sondern sie beinhalten in der jeweiligen historischen Situation bestimmte gesellschaftliche Lösungen für sozialökonomische Probleme, die den kapitalistischen Lösungen entgegengesetzt sind. Dies wird auch von *Oskar Negt* nicht gesehen, wenn er den Begriff ‚Logik der Arbeiterklasse‘ als ein Alternativkonzept, mit dem die ideologische Bindung der Massen an das kapitalistische System aufgebrochen und diese auf sozialistische Politik umorientiert werden sollen, versteht: „Die politische Bedeutung dieser Konzeption zweier antagonistischer Logiken liegt darin, daß das bestehende System . . . nicht durch bloßen revolutionären Willen, durch Propaganda, voluntaristische Aufrufe, punktuelle Akte der Machtergreifung aufgelöst werden kann, sondern einzig durch eine Art materieller Gegenlogik hindurch, einer Logik, die in der Lage ist, eine noch stärkere Aggregatkraft auszustrahlen. (. . .) Der revolutionäre Wert einer politischen Strategie . . . (besteht) in ihrer Fähigkeit, die Massen von der kapitalistischen Logik zu trennen und die Realität durch bewußtes Eingreifen im sozialistischen Sinne zu verändern.“¹⁵

Diese Formulierungen sind äußerst abstrakt und vage. Die „materielle Gegenlogik“ kann auf dieser Basis nur heißen: Vorschlag eines Maßnahmebündels, das für die Bevölkerung attraktiver als die Rezepte der Vertreter des SMK ist. Das läuft — und dies geht aus Negts Artikel an anderer Stelle hervor — auf ein Programm konsequenter Reformpolitik hinaus. Wenn die Logik der Arbeiterklasse hierauf reduziert wird, geht jedoch deren materieller Gehalt verloren: Sie kann nicht einfach ein massenwirksames Entwicklungsmodell der Gesellschaft sein¹⁶; Reformforderungen müssen die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen und konkretisieren. Autonome Klassenpolitik bedeutet Aufgreifen und Umsetzen der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Dieser Zusammenhang erhält unter den Bedingungen des SMK erweiterte Bedeutung, da durch den Kampf der Arbeiterklasse dauerhafter „wesentliche Modifikationen“ (*Tjulpanow*) kapitalistischer Gesetze durchgesetzt werden können.

Der bereits früher entwickelte Begriff „Gegenmachtpositionen“¹⁷ könnte geeignet sein, diese Dynamik zu erfassen. Er drückt aus, daß die herrschende Macht die des Monopolkapitals bleibt, betont andererseits die Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Machtentfaltung als Grundlage für die Stabilisierung und Weiterentwicklung von Erfolgen. Gegen-

14 Vgl. Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, Die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Kontext der sozio-ökonomischen Entwicklung, Zwischenbericht — Erster Teil, Frankfurt/M. 1976, S. 23.

15 Oskar Negt, Zur Dialektik der Übergangsperiode in Westeuropa. Lelio Bassos Konzeption der revolutionären Transformation; in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla), Heft 34, Westberlin 1979, S. 9 f.

16 Konsequenterweise entwickelt Negt denn auch noch eine dritte „antagonistische Logik“: die der Transformationsperiode (a. a. O., S. 16). Eine solche Kategorie wird unsinnig, wenn man von objektiven Interessen der Arbeiterklasse bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht, deren Ausdruck die Logik der Arbeiterklasse ist.

17 Vgl. IMSF (Hrsg.), Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 263 ff.

machtpositionen sind auf unterschiedlichem Niveau des Klassenkampfes möglich. Entscheidend ist, in welche Richtung die Gegenmacht treibt: Nicht einfach die Sicherung der Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse, sondern Sicherung dieser Interessen durch Schritte, die eine Konkretisierung der „Logik der Arbeiterklasse“ sind.

Der Zusammenhang zwischen autonomer Interessenvertretung und der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus ist allerdings eine Problematik, die vor allem auch im Zusammenhang mit der Rolle der politischen Organisation der Arbeiterbewegung diskutiert werden muß.

II. Zur Problematik politischer Einflüsse auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Autonomie und Einheit

In vielen gewerkschaftsanalytischen Arbeiten wird keine oder eine zu geringe Aufmerksamkeit den historisch-politischen Einflußfaktoren für die Gewerkschaftsentwicklung gewidmet, die damit aus dem Zusammenhang der politischen Gesamtentwicklung der Klasse herausgelöst wird. Unbeachtet bleibt dabei ebenfalls die Wechselwirkung von parteipolitischen und gewerkschaftlichen Formationen der Arbeiterbewegung. Es ist deshalb kein Zufall, daß bisher auch das Problem der Einheitsgewerkschaft als einer Form der Zusammenarbeit mehrerer politisch-ideologischer Strömungen in der Arbeiterbewegung nur selten behandelt wurde. Sofern die Frage der Einheitsgewerkschaft überhaupt Beachtung fand, wurde sie zumeist unter dem Aspekt der Durchsetzung industriegewerkschaftlicher Strukturen analysiert.¹⁸

Unter Ausschaltung der historisch-politischen Entwicklungsbedingungen wird von manchen Autoren in der Organisationsform der Einheitsgewerkschaft mit industriegewerkschaftlicher Struktur ein wichtiges Element der Konflikteindämmung und des Integrationsprozesses gesehen. So meint *Wolfgang Streeck*, daß dieser Gewerkschaftstyp „offenbar weit mehr als andere gewerkschaftliche Organisationsformen einer Tendenz (unterliegt), sich als ‚verantwortlicher‘ Partner in eine gemeinsam mit Staat und Arbeitgebern betriebene, gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Stabilitätspolitik einbeziehen zu lassen“.¹⁹ Zurecht kritisiert an dieser Position *Walther Müller-Jentsch*, daß „nicht die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft primär für die Eindämmung der Konflikte und die Synchronisierung der Mitgliederinteressen mit den Systeminteressen verantwortlich zu machen (ist), sondern die in ihr und ihrer Politik zum Ausdruck kommende, völgängige gesellschaftliche Integration“.²⁰ Ähnliche Positionen wie *Streeck*, bei dessen Gewerkschaftsanalyse systemtheoretische Anleihen offensichtlich sind, vertritt in dieser Fra-

18 Dies trifft z. B. auf die bekannte Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zu. Vgl. J. Bergmann/O. Jacobi/W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 1, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1976.

19 Wolfgang Streeck, *Gewerkschaftsorganisation und industrielle Beziehungen. Einige Stabilitätsprobleme industriegewerkschaftlicher Interessenvertretung und ihre Lösung im westdeutschen System der industriellen Beziehungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 3, September 1979, S. 242. Eine gekürzte Fassung dieses Aufsatzes erschien unter gleichlautendem Titel in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11/1979, S. 721—733.

20 Walther Müller-Jentsch, *Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität*, in: ebenda, S. 274. Bei dem Aufsatz handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des gleichnamigen Referats von Müller-Jentsch auf dem 19. deutschen Soziologentag in Westberlin 1979, auf das ausführlicher im Jahrbuch 2/1979 des IMSF eingegangen wurde. (Vgl. Hautsch/Pickshaas, a. a. O.)

ge auch die *Projektgruppe Gewerkschaftsforschung*: „Die mit der Organisation nach dem Industrieverbandsprinzip verbundene Vereinheitlichung der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit hat durch den Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften zur Einheitsgewerkschaft ein weiteres Moment der Konfliktverminderung erfahren.“²¹ Die vordergründige Betrachtung der Gewerkschaftsentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Konfliktregulierung vernachlässigt, daß die Durchsetzung industriegewerkschaftlicher Strukturen und die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft Momente und Erfolge des Kampfes der Arbeiterklasse selbst sind. „Vielmehr muß die Tendenz zur Gewerkschaftseinheit — im organisatorischen wie im programmatischen Sinne — als Moment des Bildungsprozesses der Klasse begriffen werden, in dem sich — vermittelt über die Aufhebungen des Konkurrenzprinzips und der inneren Fraktionierung — die Einheit des Klassenhandelns formt, organisatorische Formen geschaffen werden, die diese Einheit zu artikulieren und selbst noch zu fördern vermögen.“²²

Frank Deppe versucht die Herausbildung relativ stabiler Massengewerkschaften und ihre heutige gesellschaftliche Anerkennung in den entwickelten kapitalistischen Ländern vor dem Hintergrund und als Moment des Vergesellschaftungsprozesses zu erklären, dessen Träger die sich zu gesellschaftlicher Macht organisierende Arbeiterklasse ist. Da die „zivilisatorische“ und „nivellierende“ Tendenz des Kapitals — das heißt unter anderem: die Herausbildung von Großproduktion und Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse — sich nur in einem langwierigen und widersprüchlichen Prozeß durchsetzt, kann sich auch die organisatorische Vereinheitlichung nur allmählich und widerspruchsvoll vollziehen. Der Vergesellschaftungsprozeß begünstigt zwar die Zentralisierung und Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung, zur Realisierung, zum bewußten Vollzug dieser objektiven Tendenz sind jedoch subjektive Vermittlungen ausschlaggebend. Historisch sind solche Anstöße zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung zumeist vom linken Flügel unternommen worden.

Deppe bezeichnet es als die Aufgabe marxistischer Gewerkschaftstheorie und -politik, zu begründen, daß „die Unterstützung autonomer Gewerkschaftspolitik keine taktische Wende bedeutet, sondern warum Einheit und Autonomie einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik mehr und mehr zu einem relativ selbständigen Element des Kampfes — vor allem auch gegenüber den politischen Parteien — um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen geworden ist“.²³ Dabei sieht *Deppe* in den Gewerkschaften keineswegs die Form, „in der sich die Gesamtheit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiterbewegung zusammenfaßt“.²⁴ Zur Definition von Autonomie gehört unter anderem als Bestimmung „die Integration der selbständigen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation und ihrer Politik in die politische Gesamtbewegung der Arbeiterklasse“.²⁵ In einem solchen Prozeß, in dem die Trennung des ökonomischen und des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung überwunden würde, ohne die organisatorische Besonderung von Parteien und Gewerkschaftsbewegung aufzuheben, würde allerdings ihr Verhältnis zueinander sich verändern. In dem Maße, in dem die gesellschaftspolitischen Gestaltungsaufgaben der Gewerkschaften in den Vordergrund rücken, „... verringert

21 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, a. a. O., S. 119.

22 F. Deppe, *Autonomie...*, a. a. O., S. 109.

23 Ebenda, S. 123.

24 Ebenda, S. 98.

25 Ebenda, S. 104.

sich die Distanz zwischen den gewerkschaftspolitischen und den parteipolitischen Orientierungen und Entscheidungen".²⁶ Wenn die gewerkschaftlichen Kämpfe in den politischen Raum drängen, werden die politischen Parteien und politischen Institutionen mit der neuen autonomen politischen Qualität der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert und von ihr beeinflusst. Den Beginn einer solchen Entwicklung sieht *Deppe* in einigen westeuropäischen Ländern (Italien, Frankreich und Spanien) in den siebziger Jahren.²⁷

Allerdings erweist sich die Beeinflussung von gewerkschaftspolitischer und parteipolitischer Entwicklung als höchst wechselseitig — im positiven wie im negativen Sinne. Die Stagnation bzw. die Rückschläge im Kampf um politische Veränderungen in Italien und in Frankreich zeigen deutlich ihre negativen Auswirkungen auf die Gewerkschaftsentwicklung. Es sollte deshalb stärker noch, als dies in der Verallgemeinerung der internationalen Erfahrungen bei *Deppe* geschieht, die Wechselwirkung zwischen politischen Kräftekonstellationen und Gewerkschaftsentwicklung ebenso wie die Bedeutung der politischen Gesamtentwicklung der Klasse betont werden. Dies gilt hier in erster Linie für die Frage nach den Realisierungsbedingungen einer autonomen Politik bei gleichzeitiger Gewährleistung der gewerkschaftlichen Einheit.

Auf den besonderen Stellenwert dieser Faktoren im historischen Prozeß verweisen die national bis heute sehr unterschiedlichen Gewerkschaftsstrukturen und die differierende Stärke der klassenpolitischen Positionen. Hauptindikator für die Kräftekonstellation in diesem Bereich ist die jeweilige Stärke der politischen Parteien, insbesondere hinsichtlich ihres Einflusses in der Arbeiterklasse. Die Entwicklung dieses politischen Kräfteverhältnisses, der Grad klassenpolitischer Einflusses und damit das Entwicklungsniveau des Klassenkampfes ist — so soll hier akzentuiert werden — von ausschlaggebender Bedeutung für die Frage, inwieweit in der Gewerkschaftsbewegung Einheit und Klassenautonomie realisiert werden können.

Für *Walther Müller-Jentsch* ist die Einheitsgewerkschaft offenbar nur auf nicht-antikapitalistischer Basis vorstellbar: „Im allgemeinen können sie (die Einheitsgewerkschaften, d. V.) sich erst auf der Basis eines, vor allem im politischen Parteiensystem sich widerspiegelnden, gesellschaftlichen Konsensus herausbilden und behaupten. Der Inhalt dieses Konsensus läßt sich negativ umschreiben als Verzicht auf revolutionäre Ziele und Aktivitäten, positiv als Akzeptierung der Grundstrukturen und Basisinstitutionen der bestehenden Gesellschaftsordnung, deren Veränderung allenfalls gradualistisch, auf dem Wege von Reformen angestrebt wird. Das heißt, dort wo starke politische Polarisierungen im Parteiensystem vorherrschen, wo das bestehende Gesellschaftssystem von (zumeist: kommunistischen) Parteien mit relevantem Mitglieder- und Wähleranhang grundsätzlich in Frage gestellt wird, ist die Richtungsgewerkschaft die Regel . . . Verschärfen sich aufgrund sozioökonomischer Entwicklungen die sozialen Konflikte und politischen Auseinandersetzungen, so tangiert dies nicht nur den erzielten Grundkonsens; auch die Einheitsgewerkschaft steht dann möglicherweise wieder zur Disposition.“²⁸

Obwohl mit dieser Aussage auf den ersten Blick die gegenwärtige Situation erfaßt zu sein scheint, sind hierzu einige kritische Anmerkungen zu machen. Unabhängig davon, ob *Müller-Jentsch* den gegenwärtigen Konsens der Einheitsgewerkschaft korrekt erfaßt,

26 Ebenda, S. 190.

27 Vgl. ebenda, S. 191 ff.

28 W. Müller-Jentsch, a. a. O., S. 273/4.

negiert er in seiner Analyse die Entstehungsbedingungen und -zielsetzungen der Einheitsgewerkschaften nach der Zerschlagung des Faschismus. In mehreren westeuropäischen Ländern einschließlich aller Besatzungszonen Nachkriegsdeutschlands wurden Einheitsgewerkschaften als Zusammenschluß der politischen und weltanschaulichen Hauptströmungen (der sozialdemokratischen und sozialistischen Richtung, der christlichen und kommunistischen Strömung) gegründet, zu deren programmatischem Selbstverständnis auf jeden Fall der Antifaschismus und eine antikapitalistische Demokratieauffassung gehörten. Antifaschistische Ausrichtung und gesellschaftliche Neuordnungsvorstellungen als Ziel einer einheitsgewerkschaftlichen Organisation waren zumindest anfangs auch bei den DGB-Gewerkschaften ein wechselseitiger Bedingungszusammenhang. Dieser Zusammenhang konnte solange aufrechterhalten werden, wie auch auf der parteipolitischen Ebene die Konfrontation noch nicht die Zusammenarbeit verdrängt hatte.

Während in Italien und Frankreich die Einheit der Gewerkschaftsbewegung durch Abspaltungen christdemokratischer und sozialdemokratischer Gruppen zerstört wurde²⁹, konnte in den fünfziger Jahren der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik die anfangs vorherrschende klassenpolitische Grundlage weitgehend entzogen werden. Dies wäre in Italien und Frankreich aufgrund der stärkeren Positionen der kommunistischen Parteien nicht möglich gewesen.

Es können hier nicht im einzelnen die Auswirkungen des bundesdeutschen Restaurationsmodells auf Massenbewußtsein und Politik der Gewerkschaften untersucht werden.³⁰ Unbestritten ist aber, daß sich im Zuge dieser Entwicklung der „Grundkonsens“ der Einheitsgewerkschaft „verschoben“ hat, daß Neuordnungsziele preisgegeben wurden und eine antikommunistische Abschottung nach links stattfand. Deshalb hält *Klaus von Beyme* an der deutschen Einheitsgewerkschaft bis heute für problematisch „die starke Belastung durch den Antikommunismus, der sich Hand in Hand mit der deutschen Teilung ausbreitete und der zu einem der stärksten Bindeglieder der Einheitsorganisation wurde“.³¹

Zweifellos hat die sozialdemokratische Dominanz in den DGB-Gewerkschaften, d. h. das eindeutige Übergewicht der politisch an der Sozialdemokratie orientierten Funktionäre und Mitglieder, eine innergewerkschaftliche Polarisierung bis zum Bruch mit anderen politischen Strömungen gar nicht akut werden lassen, zumal der Einfluß von Kommunisten und Sozialisten sehr stark reduziert war und der christliche Flügel proporzmäßig berücksichtigt wurde.³² Wie die Geschichte des DGB zeigt, ist aber der programmatische Konsens weder als widerspruchsfrei noch als statische Größe zu betrachten, wie dies die Bemerkung von *Müller-Jentsch* nahe legen könnte. Unter dem Einfluß verschärfter sozialer Konflikte und einer Stärkung der klassenpolitischen Positionen können sich auch die Inhalte der Konsensbildung innerhalb der Einheitsgewerkschaft verändern. Die Vereinigungsbestrebungen der italienischen Gewerkschaften, vor allem der Metallgewerkschaft-

29 Klaus von Beyme, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München 1977, S. 25/26.

30 Vgl. F. Deppe, *Autonomie...*, a. a. O., S. 75 ff.

31 Beyme, a. a. O., S. 22/23.

32 Vgl. zum Beleg: C. W. Wities, *Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtsstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen*, Westberlin 1976, S. 119—123 und J. Bergmann/W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 2: *Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre*, Frankfurt/Main 1977, S. 277.

ten, in den siebziger Jahren belegen, daß eine solche Entwicklung mit klassengewerkschaftlichem Verständnis als Ergebnis von Massenbewegungen möglich ist.

Es scheint also, daß die Realisierung bzw. der Aufbau der Gewerkschaftseinheit auf klassenpolitischer Grundlage nur in Phasen des Aufschwungs politischer Massenbewegungen möglich ist, wenn gleichzeitig dieser Prozeß auf der politischen Ebene seine Unterstützung findet durch die Dominanz klassenpolitischer Positionen bzw. das gemeinsame Agieren der Parteien der Arbeiterbewegung. Dies setzt die Fähigkeit der klassenorientierten Kräfte voraus, eine auf Einheit der Arbeiterklasse ausgerichtete Strategie zu entwickeln und zu verwirklichen.³³

Natürlich sind in der Einheitsgewerkschaft die Bedingungen für die Entwicklung eines gemeinsamen Handelns unterschiedlicher politischer Kräfte am günstigsten, das dann bis auf die politische Ebene reichen kann. Die politische Kräftekonstellation innerhalb des in der Arbeiterklasse verankerten Parteienspektrums kann von den Gewerkschaften nicht ignoriert werden, da diese sich auch innerhalb der Einheitsgewerkschaft in Strömungen ausdrückt. Anderenfalls wird die Gefahr von ernsthaften Konflikten bis zum Bruch akut.

Die Schwäche der politischen Klassenkräfte, der marxistischen Strömung und der kommunistischen Partei, stellt sich als eine Schranke für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und seines Ausdrucks in klassenpolitischen Positionen in den Gewerkschaften dar. So ist es auch nicht verwunderlich, daß alle Ansätze einer kämpferischen Interessenvertretung, die seit 1976 zu beobachten sind und als Elemente autonomer Politik bezeichnet werden können, angesichts der mangelnden effektiven Unterstützung aus dem Bereich der politischen Parteien noch durch starke Beschränkung auf den betrieblichen und tariflichen Bereich und durch weitgehenden Verzicht auf Forderungen an den Staat charakterisiert sind, die die SPD als Regierungspartei in Schwierigkeiten bringen könnten. Diese Erfahrungen weisen auf die Grenzen gewerkschaftlicher Autonomieentfaltung bzw. ihren engen Zusammenhang mit dem Entwicklungsniveau der klassenpolitischen Kräfte der Gesamtarbeiterbewegung hin.

III. Zur Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung und der Problematik politisch-ideologischer Strömungen

Um die reale Widersprüchlichkeit gewerkschaftlicher Politik zu erfassen, reicht es nicht aus, die Widerspiegelung der Kräfteverhältnisse auf parteipolitischer Ebene in den Gewerkschaften zu untersuchen. Eben darin besteht der Mangel mancher Analysen, die in den Mittelpunkt die Untersuchung der „SPD-Bindung der Gewerkschaften“³⁴ stellen

33 Vgl. zu den Fehlern der kommunistischen Bewegung in diesem Zusammenhang den Beitrag von Georg Fülberth in diesem Jahrbuch. Vgl. auch: Lothar Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: Deppe/Gems/Jung (Hrsg.), *Marxismus und Arbeiterbewegung*, Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt/Main, 1980, S. 40 ff.

34 Dies ist das Anliegen von Bodo Zeuner, „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla* 26, S. 3–32. Zeuner will die SPD-Bindung mit einer „generalisierten Staatsfixierung“ der Arbeiterklasse erklären. Demgegenüber sehen Rainer Deppe/Richard Herding/Dietrich Hoß die Ursache in der „Wiederherstellung der ‚Arbeitsteilung‘ zwischen Gewerkschaften und SPD in der Nachkriegszeit“. Dies., Zum Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften in der Klassenbewegung, in: J. Bergmann (Hrsg.), *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, Frankfurt/Main 1979, S. 183 ff.

oder nach parteipolitischen Kriterien differenzieren.³⁵ Dabei wird zu wenig berücksichtigt, daß der Gewerkschaftsbereich kein passives Abbild der politischen Ebene darstellt. Andere Versuche der kategorialen Erfassung mit dem Gegensatzpaar „kooperativ — konfliktorisch“, so in der Studie des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung*³⁶, wurden wegen der unzureichenden Analyse der Integrationsproblematik und der oberflächlichen Typologisierung kritisiert.³⁷ Die aus diesem Ansatz resultierende Charakteristik der Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit“ (*Müller-Jentsch*) geht nicht nur von einer vollzogenen und widerspruchsfreien Integration aus, sondern vernachlässigt auch die sich aus der Funktion der Gewerkschaften als unmittelbarer Interessenorganisation ergebende eigene Dynamik gewerkschaftlicher Politikfindung.

Trotz aller möglichen direkten parteipolitischen Einflüsse, Selektionsmechanismen und Einschränkungen der inneren Demokratie wird die Diskussion und Ausformulierung der Politik der Gewerkschaften in spezifischer Weise durch ihre unmittelbare Nähe zu den Klasseninteressen auf ökonomischem und sozialem Gebiet geprägt. Dies unterscheidet die Gewerkschaften als elementare und unmittelbare Klassenorganisation auch von anderen Organisationen mit „Massencharakter“ und einer vorwiegend politischen oder weltanschaulichen Ausrichtung. Auch *Joachim Bergmann* unterstreicht „die für Gewerkschaften konstitutive Situation des Dauerkonflikts mit dem Kapital: die materiellen Interessen der Lohnabhängigen können nur in ständigen Auseinandersetzungen wirksam vertreten werden, denn das jeweils erreichte Reproduktionsniveau ist unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise stets bedroht. Gewerkschaften stehen daher — anders als politische Parteien — unter dem anhaltenden Zwang, sich als wirksame Interessenvertretung bewähren zu müssen“.³⁸

In der kontinuierlichen Wahrnehmung und Formulierung der Interessen der Arbeiterklasse als Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft durch die Gewerkschaften haben die Interessen noch nicht jene verallgemeinerte und damit politisch-ideologische Form angenommen, wie es für politische Organisationen und Parteien typisch ist, da auf der politischen Ebene Klasseninteressen immer den Charakter von allgemeinen Interessen annehmen. Es sind also die ständige Notwendigkeit, sich gegen die „Übergriffe des Kapitals“ zu wehren, die zwangsläufige Entgegensetzung der Interessen von Kapital und Arbeit und die daraus resultierende Situation des Dauerkonflikts mit dem Kapital, die die gewerkschaftliche Politik und damit auch die Ausformung gewerkschaftspolitischer Strömungen in besonderer Weise bestimmen.

In dieser Spezifik der Gewerkschaften liegen auch die Grenzen jeder Integrationsstrategie und der Wirkung sozialpartnerschaftlicher Politik in der Gewerkschaft selbst. *J. H. von Heiseler* wies anhand der Ergebnisse einer empirischen Studie zum Bewußtsein Jugendlicher im Großbetrieb darauf hin, daß trotz der großen Rolle integrationistischer Gewerkschaftspolitik im untersuchten Bereich diese Politik „nicht im Einklang mit der sozia-

35 „In der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der BRD ist das Wirken zweier wesentlicher Strömungen sichtbar. Im DGB wirkt eine marxistische Strömung, deren Kern die Kommunisten bilden. . . Die im DGB dominierende sozialdemokratische Strömung tritt in den gewerkschaftspolitischen Fragen nicht einheitlich auf.“ Vgl. *Der Imperialismus der BRD*, a. a. O., S. 603/4.

36 Vgl. *J. Bergmann u. a., Gewerkschaften . . .*, a. a. O., S. 32 ff.

37 Vgl. *F. Deppe, Autonomie . . .*, a. a. O., S. 179 ff. Ebenso *Hautsch/Pickshaus*, a. a. O., S. 243 ff.

38 *J. Bergmann, Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie*, in: *J. Bergmann (Hrsg.), Beiträge . . .*, a. a. O., S. 218/9.

len Wirklichkeit der Gewerkschaft an der Basis" steht. Daraus könne man schließen, „daß sich aus der Funktion der Gewerkschaften als allgemeinem ökonomischen Interessenverband Tendenzen entwickeln, die geeignet sind, sozialpartnerschaftliche Illusionen abzubauen".³⁹ Diese der sozialpartnerschaftlichen Politik entgegenwirkenden Tendenzen werden in Konfliktsituationen besonders wirksam, wenn die Organisation kollektiver Solidarität der Arbeiterklasse als Funktion der Gewerkschaften in den Vordergrund tritt. In jeder Streiksituation ist analysierbar, wie durch die Polarisierung der Interessenfronten klassenorientierte Politik und Argumente einen bedeutend höheren Wirkungsgrad erzielen und vielfach politisch-ideologische Differenzen in den Hintergrund treten.

Dieser Aspekt, der bekanntlich für die praktische Orientierung der Gewerkschaftspolitik von zentraler Bedeutung ist, sollte deshalb noch einmal unterstrichen werden, um trotz der vorherigen Hervorhebung politischer Faktoren für die Gewerkschaftsentwicklung die Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung nicht aus dem Auge zu verlieren. Aus diesen Gründen ist auch für die Beurteilung von Entwicklungsprozessen der Gewerkschaftsbewegung eine Unterscheidung nach der gewerkschaftspolitischen Funktionsbestimmung grundlegender und aufschlußreicher als nach parteipolitischen Kriterien.

Als die zwei entgegengesetzten Pole der gewerkschaftlichen Funktionsbestimmung und Zielformulierung waren von *Frank Deppe* Integrationismus einerseits und autonome Vertretung der Klasseninteressen andererseits bestimmt worden. „Der aus der reformistischen Arbeiterbewegung hervorgehende Integrationismus entwickelt sich . . . aus einer Politik, für die sich immer mehr das Streben nach der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer sozialen und politischen Rechte im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie verselbständigt und die in diesem Prozeß . . . immer mehr dazu übergeht, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik anzuerkennen.“⁴⁰ Dagegen haben sich immer Positionen der kämpferischen Interessenvertretung, der Formulierung gewerkschaftlicher Ziele vom Standpunkt der Klasseninteressen, der Erweiterung gewerkschaftlicher Rechte als Gegenmachtpositionen zum Kapital und der Infragestellung des Systems kapitalistischer Lohnarbeit behauptet und neu entwickelt, die als autonome Gewerkschaftspolitik bezeichnet werden könnten.

Allerdings sind diese zwei Pole gewerkschaftlicher Funktionsbestimmung in der praktischen Politik in sehr unterschiedlicher Stringenz ausgeprägt, und sie schlagen sich in verschiedenen politisch-ideologischen Strömungen nieder. Dies macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, den einzelnen Differenzierungen und Varianten Beachtung zu schenken, um Widerstände und Anknüpfungspunkte für eine klassenorientierte Politik genauer angeben zu können. In diesem Zusammenhang ist auch die Analyse der Positionen der einzelnen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung.

Der Begriff der „Strömung“, wie er von *Petschick/Schleifstein/Schlüter* benutzt worden ist, versucht, als analytische Kategorie Differenzierungen nach gemeinsamen Forderungen, ideologischen Grundpositionen und Merkmalen in der Praxis zu erfassen.⁴¹ Er unterscheidet sich von Einteilungen mit festeren Konturen („Gruppierungen“) und ist

39 Johannes Henrich von Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF I, Frankfurt/Main 1978, S. 278.

40 F. Deppe, Autonomie . . . , a. a. O., S. 164.

keinesfalls identisch mit „Fraktionen“, wie sie etwa als organisatorische Verselbständigung parteipolitischer Strömungen die österreichische Gewerkschaftsbewegung kennt. Zu den Hauptströmungen der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung zählten *Petschick* u. a. die integrationistische und die reformistische Richtung sowie die marxistischen Kräfte.⁴²

Da *Deppe* zwar den Integrationismus als dominierende Strömung der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung umfassend analysiert, aber auf weitere einzelne Differenzierungen und Varianten nicht ausführlich eingeht, soll hier auf zwei Aspekte hingewiesen werden:

1. Eine wichtige Variante des Integrationismus ist in ihrer Mehrheit die christlich-soziale Richtung, die eine politische Stütze in den Sozialausschüssen der CDU/CSU besitzt und deren Vertreter die sozialpartnerschaftliche Orientierung vor allem auch theoretisch-argumentativ bestärkten.⁴³ Gerade von Vertretern dieser Richtung ist in jüngster Zeit besonders vehement gegen eine „Ausuferung gewerkschaftlicher Aufgabenstellungen“ und eine „Allzuständigkeit“ der Gewerkschaften Stellung bezogen worden, was im Grunde auf ein Abkappen der politischen Gestaltungsziele, auf eine Entpolitisierung und die Verhinderung einer autonomen Machtentfaltung hinausläuft.⁴⁴

2. *Deppe* analysiert in seiner Studie den klassischen Reformismus als historische und logische Grundlage des Integrationismus.⁴⁵ Dabei geht verloren, daß sich mit der zunehmenden Bedeutung dieses Integrationismus für die Stabilität des staatsmonopolistischen Systems notwendigerweise eine weitere, im ursprünglichen Sinne noch als reformistisch zu bezeichnende Strömung herausbildete, die im Unterschied zum Integrationismus zumindest in Ansätzen an einer antikapitalistischen Kritik festhält, Gewerkschaften als Kampforganisationen versteht und in konkreten sozialen Auseinandersetzungen auf einer kämpferischen Vertretung der Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse besteht.

Diese Differenzierung des Reformismus und die zentrale Rolle des Integrationismus als Herrschaftsmethode bürgerlicher Politik und Strömung in der Arbeiterbewegung hängen eng mit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammen. Denn „nur unter den Voraussetzungen des sich monopolisierenden Kapitalismus und zunehmender Regulierungsfunktionen des Staats stehen Instrumente bereit, die eine zeitweilige — tatsächliche oder scheinbare — Vermittlung von Arbeiter- und Kapitalinteressen

41 W. Petschick/J. Schleifstein/H. Schlüter, Der gewerkschaftliche Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse, in: *Das Argument* 62, Dezember 1970, S. 828 ff.

42 Ebenda. Vgl. auch F. Deppe, *Autonomie...*, a. a. O., S. 142.

43 Vgl. zum Beispiel die Haltung zur Mitbestimmung. (Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 54 ff.) Diese Richtung innerhalb der DGB-Gewerkschaften ist dabei keineswegs als politisch einheitlicher Block zu sehen. Zu beachten ist auch, daß die Haltung der CDU/CSU gegenüber der Einheitsgewerkschaft immer zwiespältig gewesen ist. Unter dem Motto des „Gewerkschaftspluralismus“ wurde und wird gleichzeitig der Aufbau und die Unterstützung insbesondere des reaktionären „Christlichen Gewerkschaftsbundes“ als Spaltungs- und Druckinstrument betrieben. Vgl. hierzu Frank Deppe/Witich Roßmann, „Gewerkschaftspluralismus“ und „repressive Integration“, in: F. Deppe u. a., *Strauß und die Gewerkschaften*, Köln 1980, S. 32 ff. Der gesamte Komplex der christlich-sozialen Strömung sollte unbedingt intensiver von der marxistischen Gewerkschaftsforschung beachtet werden.

44 So Norbert Blüm, Reform der Gesellschaft durch Reform der Gewerkschaft, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 8/1979, S. 466 ff. Vgl. auch ders., *Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht*, Stuttgart 1979.

45 F. Deppe, *Autonomie...*, a. a. O., S. 167 f.

ohne Gewaltanwendung ermöglichen; die Stärke der Gewerkschaften macht diese politischen Maßnahmen erst notwendig".⁴⁶

Fülberth und *Harrer* analysieren diese Doppelstruktur des Reformismus im Hinblick auf die historische Entwicklung der SPD und bezeichnen die zweite Richtung, die aus dem „klassischen Reformismus“ hervorging, als den „sozialistisch orientierten Reformismus“ oder „Reformsozialismus“ (so oft die Selbstbezeichnung). Diese Richtung „sieht Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln... Im Unterschied zum Integrationismus hält diese Richtung des Reformismus grundsätzlich am Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und — teilweise — auch an der Terminologie der Marxschen Kapitalismuskritik und am Klassenkampfpostulat fest".⁴⁷

Diese Differenzierung besitzt für die praktische Politik erhebliche Bedeutung. „Da dem Reformsozialismus die Arbeiterklasse im Gegensatz zum Integrationismus nicht lediglich als eine gleichwertige unter etlichen ‚unterprivilegierten‘ gesellschaftlichen Gruppen, sondern gewöhnlich noch immer als wichtigster Träger des sozialen Fortschritts gilt, spiegeln sich in seinen Forderungen ihre Interessen und Bedürfnisse wesentlich unmittelbarer als beim sozialliberalen Reformismus. Der sozialistische Reformismus fördert somit die Entwicklung eines Arbeiterbewußtseins, in dem die elementare gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse und ihre Interessenlage noch durchscheinen. Die Erweiterung seines Einflßbereiches auf Kosten der integrationistischen Komponente verbessert deshalb auch Bedingungen und Anknüpfungspunkte für eine Aktionseinheit der Gesamtarbeiterbewegung.“⁴⁸ Eine solche praktisch sehr bedeutsame Unterscheidung der zwei Varianten, die sich aus dem „klassischen Reformismus“ entwickelt haben, wird vielfach noch zu wenig in der marxistischen Literatur betont bzw. durch die undifferenzierende Verwendung des Begriffs „Sozialreformismus“ erschwert.⁴⁹

Während diese Doppelstruktur, wie *Fülberth* und *Harrer* im Hinblick auf die sozialdemokratische Politik einschätzen, in der SPD heute nur in Ansätzen entfaltet ist, spielt die (sozialistisch orientierte) reformistische Strömung in den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Das liegt eben in erster Linie an der Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung, die durch die notwendige unmittelbare Reaktion und Verarbeitung von Klassenenerfahrungen die Ausformung progressiver Strömungen begünstigt. Unter der Bedingung relativ schwacher Positionen der konsequent klassenpolitischen Kräfte in der Bundesrepublik ist die reformistische Strömung in den Gewerkschaften der einflußreichste Träger von Elementen einer autonomen Politik. Hier bestehen auch zahlreiche praktische Berührungspunkte zu marxistischen Positionen.

46 Georg Fülberth/Jürgen Harter, Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 11.

47 Ebenda, S. 14.

48 Ebenda, S. 16.

49 So zum Beispiel in der neueren Analyse: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus, Berlin (DDR), 1979. Es werden zwar immer wieder die Differenzierungen im „Sozialreformismus“ betont, jedoch nicht systematisch und begrifflich ausgeführt. („Die Kommunisten beachten die ideologischen und politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Richtungen im Sozialreformismus und berücksichtigen sie in der ideologischen Auseinandersetzung mit sozialreformistisch orientierten Kräften.“ S 125)

Die politische Struktur der Gewerkschaften, das Gewicht ihrer politischen Hauptströmungen wird durch die Entwicklung der Klassenbeziehungen und -kräfteverhältnisse stark beeinflusst. Gegenüber der politischen Struktur der DGB-Gewerkschaften, wie sie Anfang der siebziger Jahre von *Petschick* u. a. analysiert worden war⁵⁰, haben sich seit den verstärkten Krisenprozessen ab 1974 einige Verschiebungen ergeben. Der progressive Flügel mit starken Positionen der reformistischen Strömung wurde und wird insbesondere durch die IG Metall, die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff vertreten.^{50a} Von diesen Gewerkschaften gingen wichtige Impulse zu einer kämpferischen Gegenwehr aus, und von ihnen wurden nahezu alle relevanten Arbeitskämpfe seit der Krise 1974/75 getragen (Druckerstreiks 1976 und 1978, Metallstreik 1978, Stahlstreik 1978/79 und mehrere kleinere Arbeitskämpfe im Bereich der GHK). In jüngster Zeit zeichnet sich eine zunehmende kämpferische Interessenvertretung im Bereich der Gewerkschaft HBV ab, die mit einem schnellen Mitgliederzuwachs und der Einwicklung progressiver gewerkschaftspolitischer Positionen korrespondiert.⁵¹

Demgegenüber wird die integrationistische Strömung durch Gewerkschaften wie die IG Bergbau und Energie, die IG Bau-Steine-Erden, in wachsendem Maße durch die IG Chemie-Papier-Keramik, aber auch durch die Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten und Textil-Bekleidung repräsentiert. Es wird unter anderem von der weiteren Entwicklung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, insbesondere der ÖTV, in der integrationistische Kräfte sehr stark vertreten sind, abhängen, welche Strömung im DGB in den achtziger Jahren ihre Positionen festigen kann und eine dominierende Rolle zu spielen vermag.

IV. „Pluralismus“ und Vereinheitlichung

Ein Grundproblem gewerkschaftlicher Klassenpolitik — dies unterstreicht *Deppe* — ist die Vereinheitlichung der verschiedenen individuellen, fraktionellen und Gruppeninteressen in der Arbeiterklasse. Dies gelingt um so eher, je stärker die Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft artikuliert und zum Inhalt von allgemeinen Regelungen gemacht werden. Diese zentrale gewerkschaftliche Aufgabe der Vereinheitlichung wirft jedoch immer wieder das Problem des Verhältnisses zur „Pluralität“ politisch-ideologischer Positionen insbesondere in einer Einheitsgewerkschaft auf. Damit werden Fragen der Durchsetzungsbedingungen für Klassenautonomie in der Einheitsgewerkschaft angesprochen, die bei *Deppe* nicht weiter ausgeführt werden.

In den Diskussionen zu dieser Problematik gilt es zu betonen, daß die Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher politischer Positionen und die Durchsetzung innergewerkschaftlicher Demokratie ebenso notwendige Bestandteile autonomer Politik sind wie die Unabhängigkeit von Parteien, und daß dies auch dem Selbstverständnis des DGB entspricht. Problematisch scheint es indessen, wenn als Alternative zur jetzigen Situation ein

50 Vgl. *Petschick/Schleifstein/Schlüter*, a. a. O.

50a Wobei zu beachten ist, daß sich dieses Urteil nur auf die Gewerkschaften als Organisationen und ihre jeweilige durch Beschlußgremien formulierte und die Vorstände praktizierte Politik beziehen kann. Selbstverständlich bestehen und wirken die generell für den DGB charakteristischen Strömungen und Positionen auch in der Regel in den Einzelgewerkschaften.

51 Vgl. Autorenkollektiv, *Arbeitskampf an neuen Fronten, Soziale Bewegungen* Nr. 8, Frankfurt/Main 1980, hier das Kapitel zur HBV.

politischer Pluralismus innerhalb der Gewerkschaften empfohlen wird. In einem Beitrag der „Sozialistischen Studiengruppen“ (SOST) heißt es z. B.: „Worum es geht, ist, bei völliger Unabhängigkeit von den politischen Parteien nach gemeinsamen Lösungen im Interesse der Lohnabhängigen zu suchen, unter Anerkennung des Existenzrechts der verschiedenen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. An die Stelle einer Integration verschiedener politischer Tendenzen unter der Dominanz einer politischen Programmatik tritt das Bemühen um die Herstellung eines wirklichen Pluralismus, wie er nur unter Verzicht auf den Hegemonieanspruch einer Strömung zustande kommen kann.“⁵²

Eine solche abstrakte Forderung geht an der Tatsache vorbei, daß die Funktionserfüllung der Gewerkschaft einheitliches Handeln der Organisation voraussetzt; dazu bedarf es einer gewissen Vereinheitlichung in der Willensbildung, die die Möglichkeit der kollektiven Auswertung gemachter Erfahrungen und die Durchsetzung darauf beruhender Schlußfolgerungen einschließt. Die Verwirklichung des Pluralismus-Konzepts würde bedeuten, daß sich die Einheitsgewerkschaft nur als Dachverband verschiedener politisch-ideologischer Strömungen versteht, die jeweils ihre eigenen politischen Schlußfolgerungen und Orientierungen entwickeln. Daß dies gegenüber der gegenwärtigen Organisationsstruktur im DGB ein Rückschritt wäre, geht auch aus der Begründung hervor, mit der solche Überlegungen innerhalb der Gewerkschaften zur Diskussion gestellt werden. Klaus v. Beyme schreibt z. B.: „Falls die politischen Konflikte der Gruppen im Zuge der Polarisierung in der Bundesrepublik zunehmen sollten, könnte darüber hinaus auch im DGB ein innerer Pluralismus nötig werden, wie er im ÖGB praktiziert wird, wo politische Fraktionen... auftreten. Aber mit wachsender Ausdifferenzierung der Meinungsblöcke können gewandelte interne Konfliktmuster nötig werden.“⁵³

Ein solches „Modell“ würde die Gefahr beinhalten, die einheitliche Organisation in verschiedene „Meinungsgruppen“ aufzulösen und in den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß politische Abgrenzungskriterien von außen, d. h. von den politischen Parteien einzubringen. Denn die oben zitierten SOST-Autoren unterliegen einer Illusion, wenn sie glauben, „Pluralismus“ ließe sich unabhängig vom parteipolitischen Kräfteverhältnis etablieren. Im Gegenteil: das im politisch-parlamentarischen Bereich bestehende Monopol bürgerlicher Politik würde direkt und institutionalisiert in die Gewerkschaften hinein verlängert. Ergebnis könnte nur die stärkere Behinderung einer Entwicklung von Ansätzen autonomer Orientierung sein. Es ist denn wohl auch kein Zufall, daß Vorstellungen eines parteipolitischen Pluralismus seitens der CDU propagiert werden: „Zu den bewährten Strukturprinzipien der Industriegewerkschaft... könnte ein drittes Bein die stärkere Berücksichtigung von Meinungsgruppen sein. Dies muß nicht perfektioniert werden zu gewerkschaftlichen Fraktionen. Eine lose Form von Meinungsgruppen würde im übrigen auch die Extremisten zwingen, endlich Farbe zu bekennen... Wer für die DKP eintritt, soll zugeben, daß er auf eine Gewerkschaft hinarbeitet, die, wenn seine Arbeit Erfolg hat, im Dienste des Staates steht.“⁵⁴

Die Bildung von Parteienproporzkartellen innerhalb der Gewerkschaften ließe die Formulierung von gewerkschaftlichen Positionen nur noch auf der Ebene des kleinsten ge-

52 Vgl. o. Verf.: Bildungsarbeit in der Einheitsgewerkschaft, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 5/1979, S. 105.

53 Vgl. Klaus v. Beyme, Vielfalt in der Gemeinschaft: Gewerkschaften in Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1980, S. 191 f.

54 Vgl. Norbert Blüm, Reform..., z. a. O., S. 470.

meinsamen Nenners zu — oder als Oktroy der Mehrheitsfraktion. Eine solche Struktur widerspricht den Erfordernissen gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Zentrales Kriterium der innergewerkschaftlichen Willensbildung und zur Beurteilung von Praxis und Programmatik muß ein aus der gewerkschaftlichen Funktionsbestimmung selbst gewonnener Maßstab sein: die möglichst effektive Vertretung der Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen. Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Einheitsgewerkschaft ist dabei die Kompromißbildung ein konstitutives Element der Willensbildung, das nicht nur immer wieder zur teilweisen inhaltlichen Nivellierung mancher Aussagen führt, sondern oft auch deren widersprüchlichen Charakter bestimmt.⁵⁵ Da diese Kompromißbildung aber auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Erfahrungen und Interessen beruht, ist eine Weiterentwicklung zu autonomeren Positionen möglich.

Die Problematik der Vereinheitlichung gewerkschaftlicher Willensbildung und Zielformulierung bezieht sich nicht nur — noch nicht einmal in erster Linie — auf die unterschiedlichen ideologisch-politischen Strömungen. Diese hängen vielmehr selbst mit Differenzierungen in der Arbeiterklasse zusammen. Vereinheitlichung auf politisch-ideologischer Ebene setzt die Fähigkeit zur Vereinheitlichung unterschiedlicher Einzelinteressen von Teilen der Arbeiterklasse voraus. Hier werden die Schwierigkeiten unter Krisenbedingungen größer, wenn Konkurrenz- und Individualisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse zunehmen. Die Sorge um die Arbeitsplätze kann z. B. dazu führen, daß sich Belegschaftsvertreter aus der Automobilindustrie für den Ausbau des Individualverkehrs stark machen, während die Beschäftigten bei öffentlichen Verkehrsmitteln eine umgekehrte Politik verlangen. Das kann Konflikte auch zwischen den jeweiligen Einzelgewerkschaften oder innerhalb dieser provozieren.

Bei solchen Problemen wird die Fähigkeit zur Vereinheitlichung der Einzelinteressen als Bedingung erfolgreicher Gewerkschaftspolitik besonders deutlich. Diese kann nur auf der Ebene der allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats erfolgen; Voraussetzung dafür ist, daß die Gewerkschaften in der Lage sind, diese Interessen zu erkennen und in Politik umzusetzen. Hier wird die Problematik der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse (vgl. Abschnitt I) konkret. Eine theoretische Konzeption, die das negiert, ist nicht in der Lage, für das Problem divergierender Einzelinteressen in der Arbeiterklasse Lösungen mit Perspektive abzuleiten. In einem Artikel der SOST zu dieser Fragestellung wird ausgeführt: „Was schwerfällt, was aber allein eine Lösung dieses Konflikts bringen kann, ist die Einbindung dieser sektoralen Probleme in die Diskussion um gesamtgesellschaftliche Lösungen. Dies schließt ein, ‚eine reale Berechnung der ökonomischen, sozialen und damit auch finanziellen Implikationen bestimmter Weichenstellungen struktureller Art vorzunehmen‘.“⁵⁶

Unter gesamtgesellschaftlichen Lösungen wird in dem Artikel aber nicht eine alternati-

55 Ein Beispiel ist der Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm. Dort stehen in der Präambel zwei Linien des gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses unverbunden und offen widersprüchlich nebeneinander: Einerseits wird die Politik der Einheitsgewerkschaft auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit bezogen und Autonomie als Klassen- und Gegenmachtautonomie bestimmt, andererseits wird die Aufgabe gestellt, „am Ausbau des sozialen Rechtsstaats und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken und den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer fortzusetzen“. Vgl. hierzu Frank Deppe, Zur Diskussion um das neue Grundsatzprogramm des DGB, in: IMSF (Hrsg.), DGB wohin?, 2. Auflage, Frankfurt/Main 1980, S. 31.

56 Vgl. o. Verf., Sozialistische Politik im Sozialstaat, Thesen zur strategischen Orientierung der sozialistischen Linken, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 29, Hamburg, Mai 1980, S. 34.

ve gewerkschaftliche Konzeption etwa zur Verkehrs- und Beschäftigungspolitik, die von den gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ausgeht, gemeint, sondern ein zwi-schengewerkschaftlicher Interessenkompromiß auf Basis der volkswirtschaftlichen Ge-samtrechnung. Auch hier — wie bei den politisch-ideologischen Strömungen⁵⁷ — wird Vereinheitlichung nur in Form einer Nivellierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nen-ner für möglich gehalten. Das erlaubt keine vorwärtsdrängende Gewerkschaftspolitik. Der Appell an die Gewerkschaften, den „Bruch mit der kapitalistischen Logik“ zu wagen⁵⁸, bleibt plakativ, weil er mit den sozialökonomischen Problemen nicht verbunden werden kann.

Veränderte Kampfbedingungen und verschärfte soziale Probleme bewirkten bisher un-terschiedliche Reaktionen bei den Gewerkschaften: Teilweise wurden partikularistische Verhaltensweisen gefördert, teilweise konnten aber auch Momente der Solidarität und Vereinheitlichung gestärkt werden. Dies zeigt, daß es keineswegs einen generellen ge-werkschaftlichen „Lernprozeß“ gibt, wie vereinfachend oft formuliert wird. Vielmehr er-weist sich die politische Struktur der Gewerkschaft selbst als ein wichtiger Faktor für die Art der Verarbeitung der Erfahrungen und die Zielrichtung der Schlußfolgerungen. Auch dies ist, neben den ökonomischen Bedingungen, den Bewußtseinsprozessen usw. ein Fak-tor, der die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik beeinflußt, und dessen Ausprägung für die Analyse der konkreten gewerkschaftspolitischen Situation von Bedeutung ist.

Die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Widerstands, wie sie vor allem in den Ar-beitskämpfen 1978 zu beobachten war, erreichte dieses Niveau erst in einer Situation, als die Konfrontationspolitik des Kapitals sozialpartnerschaftliche Konfliktregulierung vor-übergehend blockierte. Dies gab der an Autonomie orientierten Strömung, worunter re-formistischen Kräften ein großes Gewicht zukommt, breiteren Spielraum, der durch Mo-bilisierung und Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht mit weitgehender Unterstü-tzung gewerkschaftlicher Spitzengremien genutzt wurde.

Auch wenn die Erfolgsbedingungen integrationistischer Politik unter den aktuellen ökonomisch-politischen Bedingungen erheblich schlechter sind als früher, sind die Ver-treter der herrschenden Klasse daran interessiert, soziale Konflikte einzudämmen. Des-halb ist der gegenwärtige Feldzug gegen die Gewerkschaften gekoppelt mit Angeboten ei-ner modifizierten Form sozialpartnerschaftlicher Beziehungen, die insbesondere auf den integrationistischen Flügel setzen. Diese Situation führt in vielen Gewerkschaften und im DGB zur Zunahme politisch-ideologischer Konflikte und zu Polarisierungstendenzen. Kern der antikommunistisch-antigewerkschaftlichen Kampagne ist deshalb die Tabuisie-rung antikapitalistischer Ansätze.

Alle Prognosen weisen darauf hin, daß die im Rahmen der „Modernisierungsstrategie“ der westdeutschen Konzerne geplanten Umstrukturierungen in einzelnen Wirtschaftsbe-reichen zu einer enormen Verschärfung sozialer Probleme, auch für gut organisierte Kern-gruppen der Arbeiterklasse, führen werden, die eine weitaus größere Dimension als in den letzten Jahren erwarten lassen.

Eine solche Situation kann dazu führen, daß Gewerkschaften mit einem „Rückzug aus der Politik“ reagieren und sich als „Kartell der privilegierten Arbeitsplatzbesitzer“ begrei-fen. Das ist eine ernstzunehmende Gefahr. Die Erschwerung sozialpartnerschaftlicher

57 Vgl. Fußnote 52.

58 Vgl. Sozialistische Politik ..., a. a. O., S. 36.

Konfliktregulierung kann aber auch Ansätzen zu autonomer Orientierung neuen Spielraum schaffen. Die Analyse der Faktoren, die solche Prozesse begünstigen bzw. hemmen, erfordert die Berücksichtigung aller Ebenen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Arbeiterbewegung. Über die Notwendigkeit, in der aufgezeigten Richtung weiterzuarbeiten, kann kein Zweifel bestehen.

Marxistische Gewerkschaftstheorie

Bericht über ein Seminar des IMSF

Witich Roßmann

Die Klassiker des Marxismus und die Gewerkschaften heute — Gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse im SMK — Charakterisierung der Strömungen — Zum Autonomiebegriff — Aktuelle Tendenzen im Verhältnis von Ökonomie und Politik in der gewerkschaftlichen Praxis.

Aktuelle Probleme der marxistischen Gewerkschaftstheorie waren am 23. Februar 1980 in Frankfurt Gegenstand eines Seminars des IMSF, das der Selbstverständigung unter Marxisten dienen sollte. Konkreter Anlaß war vor allem die Diskussion der von F. Deppe in seinem Buch „*Autonomie und Integration*“¹ aufgeworfenen theoretischen Thesen, Fragestellungen und Probleme. Diese verweisen indes über den konkreten Ausgangspunkt hinaus auf die aktuelle Relevanz der theoretischen Analyse der Gewerkschaften und ihrer Entwicklung. F. Deppes Anfang 1979 publizierte Analyse der aktuellen Krisenverarbeitung der Gewerkschaften 1974—1978, verbunden mit einer historischen Analyse und der Diskussion historischer wie aktueller theoretischer Ansätze der Gewerkschaftsanalyse steht im Schnittpunkt von mindestens vier wichtigen Entwicklungstendenzen:

- die Gewerkschaften stehen im Übergang zu den 80er Jahren, nach nur zum Teil erfolgreichem Angriff auf die Tabu-Politik der Unternehmerverbände, vor komplizierten strategischen und taktischen Fragen ihrer weiteren Orientierung;
- in die DGB-Grundsatzprogrammdiskussion wird stark mit Druck von außen hineingearbeitet, sei es durch „gewerkschaftspluralistisch“ begründete Spaltungsversuche, sei es durch Versuche staatlicher Instrumentalisierung der Gewerkschaften für globale ökonomische und politische Leitziele;
- die siebziger Jahre brachten für die Gewerkschaftsbewegung zahlreiche neue Problem- und Kampffelder wie u. a. die Auseinandersetzung mit institutionalisierten Formen staatlicher Einkommenspolitik (Konzertierte Aktion), mit der Dynamik inflationärer Reallohnentwertungsprozesse sowie der sich intensiv entfaltenden Rationalisierungsbewegung, die bei verringerten Wachstumsraten einen überzyklisch hohen Stand von Massenarbeitslosigkeit konstituierte. In diesen Bereichen kam es zu sozialen Kämpfen, die auf eine Verallgemeinerung, eine theoretische Fixierung des gegenwärtigen Standes der Klassenbeziehungen und -kräfteverhältnisse wie ihrer Entwicklungsdeterminanten und -tendenzen drängen;
- zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen dieser Klassenauseinandersetzungen — nicht zuletzt durch die Septemberstreik-Studie des IMSF von 1969/70 angeregt

1 Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Schriftenteihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. Bd. 9, Marburg/Lahn 1979, bes. Kapitel 3: Autonomie und Einheitsgewerkschaft.

— hatten ebenso einer gründlichen Auswertung wie die zahlreichen Hypothesen, Theorien und Prognosen, die seit Anfang der 70er Jahre über die Rückwirkungen der Veränderungen der Klassenstruktur, des SMK-Systems, des Reproduktionstyps, der Inflation und der Krise auf Bewußtsein und Verhalten, auf Aktion und Organisation der Arbeiterklasse aufgestellt worden sind, einer Überprüfung und möglicherweise einer Modifikation oder Korrektur bedürfen.

Die Absicht der Veranstalter, ein problemorientiertes Gespräch unter publizistisch und wissenschaftlich mit diesen Fragen beschäftigten Marxisten zu organisieren, wurde durch den begrenzten Teilnehmerkreis, die Konzentration auf die Erarbeitung einer eigenen positiven Konzeption und die Feststellung der dabei noch offenen Probleme gefördert. Einer historischen wie logischen Sicht der angesprochenen Probleme diente der Aufbau der einleitenden Referate von G. Fülberth „Die marxistische Arbeiterbewegung zur Gewerkschaftsfrage“, F. Deppe „Zur Analyse der Rolle der Gewerkschaften im heutigen Kapitalismus“, G. Hautsch/K. Pickshaus „Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute“.²

Die sich in mehreren Strängen entwickelnde Diskussion soll im folgenden mehr themenorientiert denn chronologisch skizziert werden.

Die Klassiker des Marxismus und die Gewerkschaften heute

Zu dem von Georg Fülberth aufgeworfenen Problem der Verallgemeinerungsfähigkeit von Klassikeraussagen zur Gewerkschaftsfrage wies J. Schleifstein zustimmend darauf hin, daß man methodisch das Problem des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften nicht zutreffend lösen könne, wenn man Marx, Engels, Lenin und Rosa Luxemburg die Konstruktion von Idealmodellen unterstelle. Sie analysierten jeweilig besondere nationale Typen. Ihre ersten Verallgemeinerungen wurden durch die Frage nach der bestmöglichen Entwicklungsform dieses Verhältnisses für die Arbeiterbewegung bestimmt. Das konkret-historische Herangehen sei typisch für sie gewesen. In der weiteren Diskussion wurde von F. Deppe und anderen, in allgemeiner Übereinstimmung mit Fülberth und Schleifstein, zugleich gegen eine zu stark historisch-relativierende Analyse darauf hingewiesen, daß Marx und Lenin ihre Bestimmung der Funktionen von Partei und Gewerkschaft nicht nur konkret-historisch, sondern auch als verallgemeinerte Ergebnisse aus der Klassen- und Klassenkampftheorie abgeleitet hatten. Die Frage der Verallgemeinerungsfähigkeit wurde in der weiteren Diskussion in mehreren Bereichen weiter verfolgt.

Zur Frage der Unterschätzung der Stabilität der reformistisch-integrationistischen Strömung in der Arbeiterbewegung durch die KPD erinnerte J. Schleifstein an eine Wende in der Einschätzung, die sich bei Lenin im Brief an die KPD und im „Linken Radikalismus“ angedeutet habe, die aber nicht weiter fortgeführt worden sei. Der Fülberthschen Kritik an der Leninschen Kennzeichnung „reaktionäre Gewerkschaften“ für reformistische Gewerkschaften stimmte er generell unter dem Vorbehalt zu, daß auch heute Konstellationen in einzelnen Ländern möglich sind, die diese Klassifizierung notwendig machen. Sie sollte aber nicht auf reformistische Gewerkschaften angewendet werden.

² Die überarbeiteten Referate von G. Fülberth und von G. Hautsch/K. Pickshaus sind in diesem Band abgedruckt. Es wird in diesem Bericht deshalb auf eine ausführlichere Darstellung dieser Referate verzichtet. Das Referat von F. Deppe stellte eine knappe Wiedergabe von Grundgedanken seines Buches dar. Der interessierte Leser sei darauf verwiesen. (Vgl. FN 1)

Die Kennzeichnung „umgekehrte Spontaneität“ als falsche Verallgemeinerung von Teilerfahrungen für die Ursachenerklärung der ultralinken Politik der KPD am Ende der Weimarer Republik sei „wissenschaftlich verharmlosend“. Das Sektierertum sei aus einer falschen Strategie und daraus abgeleiteten Zielsetzungen entstanden.

Günter Judick forderte eine sorgfältige Unterscheidung des dreimaligen Positionswechsels der Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage von 1919—1933. Dem ultralinken Kurs lagen jeweils verschiedene Motivationen zugrunde. Er war 1918/19 stark syndikalistisch und durch die Räteproblematik geprägt, 1924/25 durch eine generelle sektiererische Linie, die das Problem der relativen Stabilisierung verkannt hatte, und 1928/29 durch die Ausschlußpolitik des ADGB gegenüber den Kommunisten. Bei der Analyse des Positionswechsels der KPD sei darüber hinaus auch die Frage der veränderten Haltung zur Form der Arbeit in den Gewerkschaften (Fraktionsbildung) zu berücksichtigen. Er verwies dabei auf die Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale (Leitsatz 9). *Heinz Seeger* kritisierte eine oftmals zu defensiv angelegte RGO-Diskussion. Aus eigenem Erleben wies er unter anderem auf die starke Vernachlässigung des Problems der Arbeitslosen in der Weltwirtschaftskrise 1929—32 durch den ADGB hin, was von der RGO aufgegriffen wurde. Aus der direkten Sicht des früheren leitenden Funktionärs der Holzgewerkschaft schilderte er die Auseinandersetzungen im DGB in den fünfziger Jahren über die Aktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und gegen die Wiederbewaffnung. Er kritisierte die in der abwartenden Haltung zum Ausdruck kommende positive Identifikation wichtiger Gewerkschaftsführer mit dem Staat und forderte die Ausarbeitung von Alternativen in so reifer Qualität, daß sie auch für Sozialdemokraten versteh- und akzeptierbar seien.

H. Jung forderte, die Interpretation der Klassiker neu auf die gegenwärtige Situation zu beziehen, denn die historisch-logische Methode erfordere nicht allein die Reinterpretation, sondern vor allem auch die Untersuchung der gegenwärtigen Prozesse. Er warf dabei die Frage nach der traditionellen Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaften auf, die sich in Richtung „Funktionszuwachs der Gewerkschaften“ verändert habe. *Steffen Lehn-dorff* wies in Weiterführung der Ausführungen von *G. Fülberth* darauf hin, daß sich der heutige Charakter der gewerkschaftlichen Begrenzung von der zu Zeiten *Lenins* in Rußland deutlich unterscheide. Die damalige Dominanz der nur betrieblichen Perspektive und von spontanen Kampferfahrungen würde heute hauptsächlich nur noch für Betriebsräte gelten. Der umfassende organisatorische Charakter der bundesdeutschen Einheits- und Industriegewerkschaften zwingt diese, in größeren Dimensionen zu denken. Die Reproduktionsprobleme forderten heute häufig die Ausarbeitung komplexer gesamtgesellschaftlicher Alternativprogramme. Damit bleibe indes der klassenmäßige Inhalt solcher Programme noch unbestimmt. *G. Hautsch* schloß daraus auf die Notwendigkeit, die Inhalte der *Leninschen* Begriffe „Tradeunionismus“ und „Ökonomismus“ unter den heutigen Bedingungen zu konkretisieren.

Gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse im SMK

Die unterschiedlichen Ausgangspunkte der Konstitution von Gewerkschaften (Vertretung der unmittelbaren sozialen Interessen) und politischen Parteien der Arbeiterbewegung (Erkämpfung der politischen Staatsmacht, d. h. Kampf um die politisch verallgemeinerten, grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse) reproduzieren — so allgemeine

Übereinstimmung in der Diskussion — die grundlegende Teil-Ganze-Dialektik des Verhältnisses von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung. Die gewerkschaftliche Organisation — will sie ihre erste Funktion realisieren — wird, so *F. Deppe*, immer weitaus stärker als politische Parteien der Spannung ausgesetzt sein, die aus der Vertretung von partikularen Sonderinteressen resultieren. Die „Wiedervereinigung von Ökonomie/Politik“ qua Funktionszuwachs der Gewerkschaften — wie zum Teil historisch-traditionell von linkssozialistisch-syndikalistischer Seite oder aktuell in der italienischen Diskussion gefordert — könne deshalb auch nicht als Aufhebung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften gedacht werden. Die Einschätzung eines „Funktionszuwachses der Gewerkschaften“, darüber bestand Übereinstimmung in der Diskussion, basiert neben der umfassenderen organisatorischen Dimension gegenwärtiger Gewerkschaften auf den dahinterstehenden sozialökonomischen Entwicklungsprozessen. Sie wurden vor allem unter dem Aspekt ihrer Relevanz für die Bestimmung der gewerkschaftlichen Handlungsmacht gegenüber und im Rahmen der Gesetze des kapitalistischen Reproduktionsprozesses diskutiert. Ausgangspunkt war der von *F. Deppe* als Einheit von objektiven und subjektiven, ökonomischen und politischen Momenten bestimmte Vergesellschaftungsprozeß, der Gewerkschaften nicht allein konstituiert, sondern in dem diese zugleich als „bewußte Form der Vergesellschaftung“ agieren. Erst in und vermittelt der Organisation und des Kampfes konstituieren sich die Lohnarbeitsindividuen zur bewußten Klasse, die eine der kapitalistischen Logik entgegengesetzte Logik der Vergesellschaftung entwickle, die dem Kapital Verwertungsschranken setzt und die Naturwüchsigkeit seiner Gesetze zu einem gewissen Grade bricht. Dies reflektiere sich ideologisch im konservativen Vorwurf des „Kollektivismus“, der „schleichenden Sozialisierung“, mittels derer die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung das Wirken der klassischen Marktgesetze zerstöre.

Hautsch/Pickschhaus monierten den Begriff „alternative Entwicklungslogik“, den *Deppe* in seinem Buch — auf *L. Basso* begrifflich rekurrierend — verwendet, und plädierten dafür, von „Gegenmachtpositionen gegen die Macht des Monopolkapitals“ zu sprechen, „wenn sie — auf der Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Machtentfaltung beruhen und die kapitalistische Entwicklungslogik in Frage stellen“.

H. Jung forderte zur theoretischen Analyse dieses Problems die Berücksichtigung der strukturellen Veränderungen im ökonomischen und politischen System des SMK, die insgesamt auf eine wesentlich erhöhte Bedeutung der Klasseninteressen des Lohnabhängigenblocks hin tendieren. Trotzdem dürfe nicht die dominierende Rolle der Kapitalgesetze durch die Konstatierung einer Wechselwirkung zwischen Kapitalgesetzen und der Rückwirkung der subjektiven Vergesellschaftungsprozesse unterschätzt werden. *W. Roßmann* meinte, daß der Marxschen Kategorie der „Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“, die *Marx* noch eher beiläufig erwähnte, aufgrund der objektiven wie subjektiven Entwicklung der Arbeiterklasse, ihrer Organisationen wie institutionellen Verankerung im SMK eine erweiterte Bedeutung zukomme, da durch den Kampf der Arbeiterbewegung heute dauerhafter „wesentliche Modifikationen“ (*Tjulpanow*) kapitalistischer Gesetze durchgesetzt würden. Dies hätte auch das Potential reformistischer Politik erweitert, das über zyklische Perioden hinweg wirksam werde. Verzerrt reflektiere sich das in der stärkeren Diskussion über das Verhältnis von Markt- und Machteinflüssen in den bürgerlichen Einkommens- und Verteilungstheorien. Gegen eine solche Erweiterung der Kategorie der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse wandte *J. Schleifstein* ein, daß ihre Genese in

Marx' Kampf gegen die Lassalleanische Konzeption eherner gesellschaftlicher Gesetze zu sehen sei und daß es bei ihr größtenteils um die Durchsetzung objektiver Gesetze (Lohn-gesetz) sowie die Anerkennung von Kampfergebnissen der Arbeiterbewegung in staatlich-juristischer Gesetzesform gegangen sei. Zudem sei der funktionale Stellenwert dieser Kategorie für die linear-mechanische Begründung permanenter Reformierbarkeit des Kapitalismus in den Debatten um das Godesberger Programm, z. B. in *W. Eichlers* Rede zur Hundert-Jahr-Feier des Lassalleschen Arbeitervereins, zu berücksichtigen.

Übereinstimmung herrschte darüber, daß von einer erweiterten Gegenmachtposition der heutigen Arbeiterbewegung und dadurch bedingter Modifikationen gesellschaftlicher Gesetze auszugehen sei.

Charakterisierung der Strömungen

In diesem weiteren Begründungszusammenhang wies *F. Deppe*, der schon in seinem Einleitungsbeitrag — ebenso wie *Hautsch/Pickschhaus* — das Problem einer Neubewertung des Reformismus aufgeworfen hatte, darauf hin, daß der veränderte Stellenwert des Kampfes um Reformen und der reformistischen Strömung nicht nur als politische Frage analysiert werden kann. Zugleich stelle sich die Frage nach der inneren Logik kapitalistischer Entwicklung, die diesen anderen Stellenwert mit sich bringe. Er verwies dabei auf die Ergebnisse der SMK-Theorie bezüglich der neuen Aufgaben der Arbeiterbewegung und der Neubestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus. In diesem Zusammenhang wäre auch die neue Rolle der Gewerkschaften und reformistischer Politik zu bestimmen.

G. Judick und *J. Schleifstein* erinnerten daran, daß schon zur Zeit der DGB-Debatte um das Programm von 1963 (Düsseldorf) und gegen Ende der 60er Jahre eine sehr weitgehende begriffliche Differenzierung der Flügel in den Gewerkschaften praktisch und theoretisch durch die Marxisten herausgearbeitet worden sei.

Vom theoretisch-methodischen Aspekt her hatten *Hautsch/Pickschhaus* in ihrem Einleitungsbeitrag darauf verwiesen, daß die spezifische Gewerkschaftssituation (Dauerkonflikt mit dem Kapital als Strukturmoment) eine reine Übertragung von parteipolitischen Klassifizierungskriterien nicht sinnvoll erscheinen lasse. Die Unterscheidung nach gewerkschaftspolitischen Funktionsbestimmungen sei grundlegender.

Die begriffliche Ausdifferenzierung mittels der Begriffe Sozialreformismus, Opportunismus, Revisionismus wurde von einer Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer für ungenügend erachtet, um die einzelnen Strömungen in ihren widersprüchlichen Wechselbeziehungen und Entwicklungstendenzen adäquat zu erfassen.

Eine intensive Weiterarbeit an diesem Problem wurde allgemein für überaus wichtig erachtet. Dabei seien auch die neuen Ansätze, den Inhalt solcher Kategorien wie Monopolprofit, Arbeiteraristokratie etc. für die gegenwärtige Situation neu zu bestimmen, die die Autoren des Bandes „Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus“³ angenommen haben, zu berücksichtigen.

3 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrg.), Autorenkollektiv u. L. v. H. Petrak und W. Paff: Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus. Ursachen. Wirkungen. Gegenkräfte, Berlin/DDR 1979.

Zum Autonomiebegriff

In diesem Kontext kommt der inhaltlichen Bestimmung des Autonomiebegriffs eine gewichtige Rolle zu. *F. Deppe* war in seinem Referat davon ausgegangen, daß die Gewerkschaften nicht spontan autonom werden, da ihre Reproduktionskämpfe an die Akkumulationsbewegung des Kapitals gebunden sind. Gewerkschaften würden in dem Maße autonom, wie sie ihre Doppelfunktion — Schutz- und Gestaltungsfunktion, wie es im DGB-Programmtext heißt — wahrnehmen, in dem der Kampf um die grundlegenden Interessen verallgemeinert wird und sich zum politischen Kampf hin entwickelt. Dem kommen die objektiven und subjektiven Entwicklungsergebnisse des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, die zu einer engeren Wechselbeziehung von Ökonomie und Politik führen, entgegen.

Diese allerdings fordern — so *Hautsch/Pickschhaus* — eine genauere analytische Differenzierung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, denn unter diesen Bedingungen ist nicht mehr jede Forderung an den Staat per se politisch. *St. Lehndorff* unterstützte die Relevanz dieser Unterscheidung. Zwar erzwingt der gesellschaftliche Charakter vieler Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterklasse gesamtgesellschaftliche Alternativprogramme und führe daher zu verallgemeinerten politischen Forderungen. Damit sei aber die inhaltliche Bestimmung dieser Programme im Sinne der Klassenautonomie noch nicht zwingend verbunden.

Einig war man sich in der Diskussion, daß der Autonomiebegriff im Sinne von Klassenautonomie zu unterscheiden sei von einem Autonomieverständnis, das nur auf die formale Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien, von Kapital und Staat abstelle. Allerdings müsse auch dieses Moment von Autonomie, das sich in der Eigenständigkeit der Organisation und ihrer Beschlußfassung äußere, — darauf wies *G. Judick* nachdrücklich hin — als notwendiger Bestandteil der Klassenautonomie begriffen werden, der den Gewerkschaften helfe, ihre Funktionen wirksam realisieren zu können.

F. Deppe zog das Fazit, daß sich die Frage nach einer exakten inhaltlichen Fassung des Autonomiebegriffs nicht allgemein definieren lasse. Sein Inhalt werde konkret-historisch bestimmt. Die Rolle des politischen Teils der Arbeiterbewegung, darin schloß er sich *Pickschhaus/Hautsch* an, müsse bei der Definition des Autonomiebegriffs berücksichtigt werden.

Die Diskussion über die Beziehungen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Klassenorganisation und -bewegung bewegte sich auf mehreren Ebenen. Neben der allgemeinen Anerkennung der Relevanz der gewerkschaftlichen Autonomie wurde auch darauf hingewiesen, daß angesichts des konstatierten Funktionszuwachses der Gewerkschaften das alte mechanische Verhältnismodell Partei/Gewerkschaften mit relativ starr abgegrenzten Handlungsfeldern und z. T. starker innerer organisatorischer Verflechtung obsolet geworden sei. *G. Judick* verwies auf die komplizierter gewordene Teil-Ganze-Dialektik der Beziehungen, wenn sie unter solchen verschiedenen Dimensionen wie den Kampffeldern, der quantitativen (Zahl) und der qualitativen (Zusammensetzung, Homogenität/Heterogenität) Organisationsbreite betrachtet werde. *B. v. Mutius* schätzte für die inhaltliche Bestimmung der Autonomie die Äußerungen *R. Luxemburgs* zur sogenannten Neutralitätsdebatte als sehr fruchtbar für die gegenwärtigen Diskussionen ein. Wichtig sei es zudem, in der historischen Analyse der Wechselbeziehung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie zwischen der formellen und realen Bindung zu un-

terscheiden. Heute sei eine dritte Etappe dieses Verhältnisses zu konstatieren, in der es bei formeller Unabhängigkeit der Gewerkschaften eine starke reelle Bindung an die SPD gebe.

G. Hautsch forderte, genauer die für die Gewerkschaften wie die SPD gleichermaßen wirkenden Quellen für eine integrationistische Politik zu bestimmen, die das inhaltliche Fundament der heutigen Bindung zwischen SPD und Gewerkschaften mit prägen. G. Blum hob die Bedeutung der theoretischen Arbeit zur konsistenten Begründung der Gewerkschaftspolitik der DKP hervor. Sie könne verdeutlichen helfen, daß die Position der DKP Ergebnis einer grundsätzlichen Herangehensweise und einer Verarbeitung der historischen Erfahrung sei und nicht eine taktische Anpassung an gegenwärtige Verhältnisse. Er hob sieben wichtige Gesichtspunkte hervor, die das Verhältnis der DKP zu den bundesrepublikanischen DGB-Einheitsgewerkschaften bestimmen. Die DKP

- verteidige die Einheit der Gewerkschaften, der ein großer eigener Stellenwert bei der Vertretung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen zukommt, auch unabhängig vom erreichten Niveau der Klassenautonomie;
- setzt sich für eine Klassenorientierung der gewerkschaftlichen Politik ein;
- tritt für ein partnerschaftliches Zusammenwirken zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien der Arbeiterbewegung ein;
- hält die Universalität der Einheitsgewerkschaften und damit die Einheit und Gleichberechtigung aller Strömungen und Kräfte im DGB für unabdingbar;
- setzt sich gleichermaßen für die Entfaltung einer breiten innergewerkschaftlichen Demokratie *und* den Erhalt einer funktionsfähigen Einheit (gegen gewerkschaftspluralistische und syndikalistische Tendenzen) ein;
- tritt für die Veränderung des bisherigen Einbahnstraßenverhältnisses von DKP und DGB ein;
- engagiert sich für eine weltoffene Internationalisierung der Gewerkschaftsbeziehungen des DGB.

Aktuelle Tendenzen im Verhältnis von Ökonomie und Politik in der gewerkschaftlichen Praxis

In der Diskussion um aktuelle Entwicklungstendenzen und ihre Determinanten wurde die Frage der gewerkschaftspolitischen Auswirkungen des neuen Verhältnisses von Ökonomie/Politik sowie die Frage nach den Grundlagen der relativen Stabilität der integrationistischen Strömungen aufgeworfen. St. Lehdorff fragte nach den Chancen für eine gewerkschaftliche Linksentwicklung, die sich aus dem Zwang zu gesamtgesellschaftlichen Alternativen ergebe. Seines Erachtens könne sich Autonomie hier auf einem neuen Niveau entwickeln. Dies bestätige sich in der Tarifpolitik seit 1977/78. Die positive Entwicklung, über die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche gewerkschaftliche Antworten auf gesamtgesellschaftliche Probleme zu weisen, sei auf Granit gestoßen. Dabei sei eine Lücke entstanden. Auf der einen Seite habe sich die Notwendigkeit ergeben, die gesellschaftsverändernden Dimensionen gewerkschaftlicher Politik praktisch werden zu lassen. Andererseits sei vielfach der Auseinandersetzung auf der staatlich-politischen Ebene ausgewichen worden. W. Roßmann verwies auf einige aktuelle Tendenzen in Gewerkschaftskreisen, den ökonomischen und politischen Sektor voneinander abzuschotten. St. Lehdorff sah darin Tendenzen einer gewerkschaftlichen Kopie der „Politik auf Zeit“ und des

gewerkschaftlichen Krisenmanagements, die zum Teil mit Abwehrreaktionen und Antikommunismus auf linke Alternativen reagiere.

Die Entfaltung einer autonomen Politik 1977/78 in einigen Gewerkschaftssektoren wurde in engem Zusammenhang mit der Konfrontationspolitik des Kapitals gesehen, die die Gewerkschaften — genannt wurden insbesondere die IGM, IG Druck und Papier, die HBV und die IGBSE — zur Entwicklung von Mobilisierungsstrategien veranlaßt habe. Sie habe zur Zurückdrängung von Auswirkungen der Segmentierungs- und Fraktionierungsprozesse geführt und eine übergreifende Vereinheitlichung und Mobilisierung der betroffenen Teile der Arbeiterklasse ermöglicht. Die Modifizierung der Politik des Kapitals, das seit Anfang 1979 wieder stärker sozialpartnerschaftliche Integrationsmomente akzentuierte, lasse diesen Prozeß der Vereinheitlichung zum Teil wieder versanden. Partikularistische Tendenzen würden dadurch gefördert. Die in den Arbeitskämpfen 1976 bis 1978/79 entwickelten autonomen Positionen seien auch dadurch begrenzt geblieben, daß ihnen eine Entsprechung im politischen Sektor fehlte.

Hier habe sich erneut gezeigt, daß der gewerkschaftliche Zwang zur Vertretung auch partikularer Sonderinteressen ein strukturelles Moment bilde, das dem Prozeß der gewerkschaftlichen Vereinheitlichung und Politisierung Grenzen setze. Deshalb wurde von *Pickshaus* und *Deppe* eine intensivere Analyse der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Wirkungen im gewerkschaftlichen und politischen Sektor der Arbeiterklasse gefordert. *F. Deppe* sah hier zudem wichtige Ansatzpunkte zur Erklärung der integrationistischen Strömung in den Gewerkschaften, die sich auf solche Fragmentierungen und relative Privilegierungen stützen könne. Er nannte u. a. die Differenz der Situation von Arbeitslosen und gewerkschaftlich organisierten Stammbesetzungen bzw. der relativen Arbeitsplatzsicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie tarifpolitisch erkämpfte relative Privilegierungen in hochmonopolisierten Branchen oder Betrieben. Solche Prozesse könnten unter Umständen auch unterschiedliche Entwicklungen der Einzelgewerkschaften in der Krisenperiode erklären helfen.

K. Maase warf die Frage auf, inwieweit es tatsächlich legitim sei, aus der Entwicklung neuer Bedürfnisse und neuer Kampffelder auf eine größere Bereitschaft zu schließen, die politische Machtfrage aufzuwerfen. Er erinnerte an die Bedeutung des Kampfes der Arbeiterbewegung um politische Freiheitsrechte (z. B. Notstandsgesetze) und fragte nach der Entwicklungstendenz unter der SPD/FDP-Koalition. *G. Fülberth* ging in seinen abschließenden Bemerkungen auf das Verhältnis von durch die Entwicklungsprozesse ausgehendem objektivem Zwang zum politischen Engagement der Gewerkschaften und ihren realen Verhaltensmöglichkeiten ein. Er erinnerte an den politischen Orientierungsprozeß in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vor 1914, dem ebenfalls neue Existenzbedingungen und -fragen zugrunde lagen (Zollfrage, Wahlrecht, Aufrüstung, Krieg und Frieden). Die Gewerkschaften seien objektiv in die Politik gezwungen worden, dabei jedoch in eine stärkere Professionalisierung ihrer Gewerkschaftspolitik ausgewichen.

Das offene Ende der Diskussion hinterließ neben interessanten Ergebnissen eine Reihe relevanter Probleme, die weiterer theoretischer und empirischer Untersuchung bedürfen, wie z. B.

- die Untersuchung des veränderten Handlungspotentials der Arbeiterbewegung im ökonomischen und politischen System des SMK und den damit verbundenen Chancen und Grenzen eines kämpferischen gewerkschaftlichen und politischen Reformismus;

- die Wirkung der ökonomischen und politischen Krisenprozesse auf das Bewußtsein und das Verhalten der Arbeiterklasse und ihrer verschiedenen Gruppen;
- die Analyse der Bedingungen und Formen solidarischen, kollektiven Wirkens der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften und den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterbewegung. Dazu gehört auch die Untersuchung der gewerkschaftlichen Autonomieentwicklung;
- die Entwicklung der verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen in dieser neuen Situation und die Wirkung ihrer Strategien auf das Bewußtsein und die Aktionen der Arbeiterklasse.

Entwicklungsbedingungen und Faktoren politischen Klassenbewußtseins

Ergebnisse einer empirischen Studie über junge Mitglieder in der DKP

Dirk Hänisch

I. Vorbemerkung — II. Fragestellung, Methode und Auswahlverfahren — 1. Fragestellung und Probleme — 2. Methode und Auswahlverfahren — III. Das soziale Profil — 1. Allgemeine Angaben — 2. Soziale Herkunft — 3. Sozialstruktur und schulische Qualifikation — 4. Daten zur Betriebsgrößenstruktur — IV. Politische Sozialisation durch das Elternhaus — 1. Politische Einstellungen der Eltern — 2. Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und politischer Auffassung der Eltern — 3. Organisationsgrad der Eltern — 4. Motivierende Einflüsse der Eltern — V. Die Bedeutung der Freunde und des sozialen Umfeldes für die politische Motivierung — VI. Die Bedeutung der gesellschaftlichen Aktivitäten junger Mitglieder — 1. Gewerkschaftliche Organisation und Aktivität — 2. Kampferfahrung und die Rolle des Kontaktes zu marxistischen Kräften.

I. Vorbemerkung

Die Entwicklung von Organisationsbereitschaft und die politische Sozialisation Jugendlicher, die sich in Verbänden und Parteien der Arbeiterbewegung organisieren, ist bislang in der empirischen jugendsoziologischen Fotschung unbeachtet geblieben. Untersuchungen, die in abgesicherter Weise Aspekte der politischen Sozialisation dieses Teils der Jugendlichen thematisieren, sind recht dünn gestreut. Ebenso dürftig ist das veröffentlichte Material über die Sozialstruktur der in Parteien und Jugendorganisationen tätigen Jugendlichen. Sofern diese Daten überhaupt zugänglich sind, sind sie häufig veraltet oder unterliegen anderen Restriktionen, wie es bei lokalen oder regionalen Studien der Fall ist.

Unter linken Sozialforschern wurde dieser Bereich trotz einiger in den letzten Jahren veröffentlichten neueren Untersuchungen zum Bewußtsein von Arbeitern¹ und anderen

¹ Stellvertretend seien hier folgende Arbeiten genannt: Harald Werner, Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Köln 1979; Jugendliche im Großbetrieb. Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher. Verfaßt von J. H. v. Heiseler unter Mitwirkung von D. Hänisch und A. Jansen. Beiträge des IMSF Bd. 5, Frankfurt/M. 1978; Chr. Bierbaum u. a., Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Frankfurt/Köln 1977; S. Herkommer, J. Bischoff u. a., Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften, Hamburg 1979; W. Kudera u. a., Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt/M. 1979; Chr. Eckart u. a., Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und soziale Entwicklung. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 4, Frankfurt/M. 1975; L. Hack u. a., Leistung und Herrschaft. Soziale Strukturzusammenhänge subjektiver Relevanz bei jüngeren Industriearbeitern, Frankfurt/New York, 1979; R. Lichte, Betriebsalltag von Industriearbeitern. Konflikthandeln einer Belegschaftsgruppe vor und während einer Betriebsstilllegung, Frankfurt/New York 1978.

Gruppen und Schichten so gut wie nicht durch empirische Untersuchungen abgedeckt. Einflußfaktoren und -bedingungen, die die politische Teilnahme Jugendlicher in Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmen, sind in wissenschaftlichen Publikationen fortschrittlicher Sozialforscher bislang erst weitgehend theoretisch erörtert worden. Empirische Studien über Jugendliche, die sich in der politischen Arbeiterbewegung organisieren und dort mitarbeiten, tragen daher nicht nur dazu bei, die Defizite auf diesem Gebiet zu beheben, sondern bereichern auch die theoretische Diskussion. Letztlich ist der praktische Nutzeffekt solcher Studien für die politische Tätigkeit von Marxisten nicht zu unterschätzen.

Im folgenden sollen einige Ergebnisse einer IMSF-Studie jüngerer Datums vorgestellt werden. Es handelt sich um eine empirische Untersuchung über Jugendliche, die sich im politisch bewußtesten Teil der westdeutschen Arbeiterbewegung organisierten, der DKP. Anhand dieser Untersuchungsgruppe eröffnen sich für die Diskussion über Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen der Herausbildung sozialistischen Klassenbewußtseins gänzlich neue Perspektiven. Haben wir doch mit diesen Jugendlichen eine Untersuchungsgruppe, die sich durch ein entwickeltes Klassenbewußtsein auszeichnet und bei der widersprüchliche Bewußtseinsformen², wie sie für einen großen Teil der Bevölkerung kennzeichnend sind, im großen und ganzen durch tiefere und umfassendere Einsichten in den Klassencharakter des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems aufgehoben sind.

II. Fragestellung, Methode und Auswahlverfahren

1. Fragestellung und Probleme

Die hier vorgestellten Ergebnisse sind Teil einer IMSF-Studie, die einige Aspekte der politischen Sozialisation und Entwicklung Jugendlicher vor ihrem Beitritt in die DKP untersuchte. Die zentrale Fragestellung, die Untersuchung motivierender, aber auch hemmender Faktoren auf die Organisationsbereitschaft, schloß die Befragung zum ursprünglichen sozialen und politischen Kontext, aus dem die befragten Jugendlichen herkamen, mit ein. Das waren Fragen zur familiären Sozialisation (politische Auffassungen, Organisation der Eltern in politischen Parteien und anderen Organisationen, Konfliktgeladenheit der Beziehungen zu den Eltern), zur Bedeutung der Freundes- und Bekanntenkreise und anderer Personen im sozialen Umfeld der Jugendlichen.

Dieser Fragenbereich sollte verdeutlichen, welche Rolle Personen(gruppen) und andere Angehörige des sozialen Umfeldes für die politische Entwicklung der Jugendlichen spielten, die sich später in der DKP organisierten. Darüber hinaus wurde die Bedeutung von Kampf- und Aktionserfahrungen und anderer gesellschaftlicher Aktivitäten — einschließlich der gewerkschaftlichen — ermittelt, sowie unter anderem die Veränderung des sozialen Umfeldes und der Außenkontakte seit der Organisation. Zusätzlich stehen durch die Erhebung der sozialen und demographischen Daten der Jugendlichen Informationen über das soziale Profil zur Verfügung, die weitergehende Vergleiche erlauben.

2 Über das widersprüchliche Bewußtsein von Arbeitern vgl.: J. H. v. Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 273 ff.; ders., Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien, 2/1979, S. 370 ff.; H. Werner, Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein — zur Bedeutung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein, in: Marxistische Studien, 2/1979, S. 341 ff.

In der Untersuchung der Bedingungen der politischen Sozialisation und der Motivationen dieser Jugendlichen stand weniger die Erhebung oder Abfragung der subjektiven Motive und damit der individuellen Verlaufsformen der Politisierung im Vordergrund. Uns kam es auf die Darlegung grundsätzlicher und typischer Entwicklungslinien und -aspekte an, die fördernd auf die Organisationsbereitschaft wirkten. Dies bezog die Untersuchung der unterschiedlichen Zugangswege mit ein.

Diese Fragestellung beinhaltet einige methodische und inhaltliche Probleme. Da ist zunächst das Problem der notwendigen zeitlichen Fixiertheit der Untersuchung, welche die Prozeßhaftigkeit — einschließlich widersprüchlicher Momente — in der politischen Entwicklung der Befragten nicht ausreichend widerspiegeln kann, ein Problem, welches sich bei den meisten empirischen Studien mit ähnlich gelagerten Fragestellungen ebenfalls stellen dürfte.³ Damit korrespondiert die Schwierigkeit, daß mit der Ermittlung zeitlich länger zurückliegender Ereignisse, sozusagen aus der Retrospektive, die Gefahr einer Überlagerung durch aktuelle Einstellungen recht groß sein kann. Aus diesem Grunde verzichteten wir bewußt auf die Sammlung verbaler Äußerungen beispielsweise zur Frage, aus welchen Gründen der Eintritt in die DKP erfolgte. Die Fragestellungen konzentrieren sich in ihrer Mehrzahl auf die Erhebung von Informationen, von denen angenommen werden kann, daß zeitliche Verzerrungseffekte weitgehend ausgeschaltet sind.

2. Methode und Auswahlverfahren

Die Auswertung der hier vorgestellten empirischen Untersuchung basiert auf den Angaben einer Population von knapp 300 jungen Mitgliedern der DKP, die Ende 1978 anonym und schriftlich befragt wurden. Wesentliche Auswahlkriterien der Untersuchungspopulation waren Alter *und* Dauer der Mitgliedschaft der befragten Jugendlichen in der DKP. Es wurden in der Auswertung nur diejenigen einbezogen, die zum Erhebungszeitpunkt nicht länger als zwei Jahre Mitglied und nicht älter als 30 Jahre waren. Untersucht wurden folglich Angaben des Rekrutierungspotentials der DKP; befragt wurden Jugendliche, die noch im doppelten Sinne des Wortes als „junge Mitglieder“ bezeichnet werden können. Die zugrundeliegende Stichprobe wurde nach einem Auswahlverfahren in Anlehnung an das Klumpenstichprobenverfahren gebildet, d. h. es handelt sich bei dieser Studie um Vollerhebungen in relativ gut abgrenzbaren Einheiten. Als Vergleichsgruppe fungierten die Studierenden, daher setzt sich die gesamte Stichprobe proportional aus lohnabhängigen⁴ bzw. berufstätigen Jugendlichen und Studierenden zusammen. Die Ergebnisse dieser Studie können als repräsentativ für das Rekrutierungspotential der DKP in den genannten Altersgruppen angesehen werden.

Für die Untersuchung wurde ein umfassender standardisierter Fragebogen entwickelt und an verschiedenen Orten der Bundesrepublik (Großstädten und Universitätsstädten) mit der Hilfe zahlreicher „ehrenamtlicher“ Helfer eingesetzt. Bei der Feldarbeit wurden zwei wichtige Bedingungen voll berücksichtigt: erstens volle Anonymität der Befragungspersonen (Ausschaltung aller Dechiffrierungsmöglichkeiten der Angaben jedes einzelnen

3 Panel-Studien dürften bei solchen und ähnlichen Fragestellungen am sinnvollsten sein, da sie sozusagen prozeßproduzierte Daten verarbeiten. Praktisch sind solche Studien über Zeit und an ein und derselben Untersuchungsgruppe in unserem Fall schon alleine aus arbeitsökonomischen oder auswahltechnischen Gesichtspunkten nicht diskutabel.

4 Bei Verwendung dieser Kategorie schließen wir die kleine Gruppe der Beamten mit ein.

Befragten); zweitens optimale Vermeidung verzerrender Einflußfaktoren auf das Antwortverhalten (etwa politisch opportune Angaben infolge Kontrolle der Angaben durch andere Personen). Aus diesem Grunde erschien auch das arbeitsökonomischere Verfahren einer schriftlichen Gruppenbefragung unangemessen. Die während und nach der Erhebung gewonnenen Erfahrungen bestätigen, daß die anonyme schriftliche Befragung trotz aller in Kauf genommenen Nachteile eine für unsere Absichten angemessene Methode war.⁵

Wie die Auswertung zeigte, erfüllte das Erhebungsinstrument seinen Zweck. Lediglich einige Fragen mußten aufgrund nachträglich festgestellter Fehlerhaftigkeit (bedingt durch technische Gründe bzw. wegen doppeldeutiger Fragestellung) aus der Auswertung entfernt werden. Hier sollen einige Ergebnisse vorgestellt werden.⁶ Wir beschränken uns auf die Darstellung wichtiger Züge des sozialen Profils junger DKP-Mitglieder, auf die soziale und politische Herkunft, auf die Bedeutung der Freunde und anderer Personen im sozialen Umfeld bei der Herausbildung des politischen Interesses und der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten der Jugendlichen vor dem Eintritt, die die Rolle der Aktions- und Kampferfahrungen verdeutlichen dürften. Die erwähnte proportionale Zusammensetzung der Stichprobe macht es erforderlich, lohnabhängige und studierende Jugendliche gesondert auszuweisen. Wo möglich, ziehen wir Vergleichsdaten aus offiziellen Statistiken und veröffentlichten Untersuchungen über andere Parteien heran.

III. Das soziale Profil Jugendlicher, die in die DKP eintreten

Die Auswertung der Angaben über soziale Herkunft, berufliche Stellung und andere soziale und demographische Merkmale der Befragten erlauben es, die Untersuchungsgruppen, und damit das Rekrutierungspotential der DKP in diesen Altersgruppen, näher zu charakterisieren. Soziale Herkunft und berufliche Stellung ermittelten wir im Fragebogen mittels der sozialstatistischen Kategorien Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige, wobei weitere Untergruppendifferenzierungen vorgenommen wurden. Trotz einiger mit dieser Einteilung einhergehenden analytischen Mängel eröffnet dieses Verfahren die Möglichkeit des Bezugs zu offiziellen Statistiken.

1. Allgemeine Angaben

Altersmäßig konzentriert sich die Mehrheit der befragten Jugendlichen in der unteren Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts. Zwei Drittel der berufstätigen Jugendlichen treten mit 18 bis 22 Jahren in die DKP ein, also in einem Alter, in dem sie noch im unmittelbaren Übergangsfeld zum oder am Anfang ihres Lohnarbeiterdaseins stehen. Diese altersmäßige Konzentration dürfte kein Zufall sein, eher Ausdruck dessen, daß in diesen Altersgruppen größere Offenheit und Aufnahmebereitschaft für sozialistische Auffassungen herrscht als bei älteren Lohnabhängigen, unter denen sich weltanschauliche und politische Auffassungen relativ verfestigt haben.

⁵ U. a. war die ‚Ausfallquote‘ sehr niedrig.

⁶ Beabsichtigt ist die Veröffentlichung eines IMSF-Informationsberichtes über diese Untersuchung, der noch 1980 erscheinen soll.

Die Angaben zur Wohnsituation belegen, daß der größte Teil der Befragten ökonomisch halbwegs abgesichert und getrennt vom Elternhaus lebt. Lediglich 16 Prozent der lohnabhängigen Jugendlichen und 3 Prozent der Studierenden leben noch bei den Eltern, fast zwei Drittel der lohnabhängigen und knapp die Hälfte der studierenden Jugendlichen in einer eigenen Wohnung. Erstaunlich hoch sind die Anteile derjenigen, die in einer Wohngemeinschaft leben. Obwohl diese Wohnform eher für Studenten typisch ist, geben immerhin 16 Prozent der berufstätigen Jugendlichen an, gemeinsam mit anderen eine Wohnung zu teilen. Dieser Anteil dürfte über dem der gleichaltrigen Arbeiter und Angestellten liegen. Unter den in die DKP eingetretenen Studenten wohnen schließlich 46 Prozent in einer Wohngemeinschaft. Die Vergleichsquote unter den Studierenden in der Bundesrepublik ist mit 18 Prozent deutlich niedriger.⁷

Es ist klar, daß die Bildung von studentischen Wohngemeinschaften durch ökonomische Gründe begünstigt wird. Man kann aber dieses Ergebnis vor allem auf die Spezifik unserer Untersuchungsgruppe zurückführen, die sich durch eine stärkere Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber vorgegebenen gesellschaftlichen Normen auszeichnet.⁸ Für die jungen Mitglieder, die gemeinsame Wohnformen praktizieren, dürften die Wohngemeinschaften mehr als nur die Nutzung der gemeinsamen Kochstelle bedeuten, nämlich auch psychischen Rückhalt und gemeinsame solidarische Lebenspraxis im privaten wie politischen Bereich.

2. Soziale Herkunft

Betrachten wir nun die soziale Herkunft der befragten Jugendlichen.⁹ Die Sozialstruktur der Elternhäuser lohnabhängiger junger DKP-Mitglieder ist der der etwa gleichaltrigen Erwerbsbevölkerung¹⁰ sehr ähnlich, sofern die internen Differenzen unterhalb der verwendeten groben Gliederung hier unberücksichtigt bleiben. Mehrheitlich stammen die berufstätigen jungen DKP-Mitglieder aus den Reihen der Arbeiterklasse; ihre soziale Rekrutierung weist keine Überrepräsentation bestimmter Berufsgruppen auf.

Im Unterschied hierzu stammen die befragten Studierenden seltener aus Arbeiterfamilien, häufiger aus Angestellten-, Beamten- und Selbständigenfamilien. Es ist bekannt, daß Studierende aus Arbeiterfamilien an den Hochschulen der Bundesrepublik unterrepräsentiert sind, wenngleich dieser Anteil in den letzten Jahren anstieg. Diese Unterrepräsentation finden wir auch im Herkunftsprofil der befragten Studenten wieder, obwohl der Arbeiterkinderanteil höher ist als unter der gesamten Studentenschaft. Dagegen ist der Anteil derjenigen niedriger, die aus bürgerlichen Elternhäusern, also aus Selbständigenfamilien kommen.

7 Nach Erziehung und Wissenschaft, Zeitung der GEW, Heft 1/1980, S. 31.

8 Trotz Berücksichtigung des jüngeren Durchschnittsalters der lohnabhängigen Jugendlichen weisen diese im Vergleich zum gleichaltrigen Bevölkerungsdurchschnitt auch eine niedrigere Quote an Verheirateten aus. 22 % der männlichen und 26 % der weiblichen befragten Lohnabhängigen sind verheiratet, 40 bzw. 49 % hatten eine feste Beziehung und nur 35 bzw. knapp 21 % sind weder verheiratet noch in einer Beziehung. Im Vergleich beträgt die Quote der Verheirateten unter den 20- bis 30jährigen männlichen Erwerbstätigen 1974 42 % und unter den weiblichen 67 %; nach: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Gesellschaftliche Daten, 1977, S. 17.

9 Erhoben wurde der letzte vom Vater ausgeübte Beruf. Mit wenigen Ausnahmen ist der Vater traditionell die ökonomisch wichtigste Person im Haushalt.

10 Altersmäßig ist die berufliche Stellung der 45- bis 60jährigen Erwerbsbevölkerung am ehesten mit der beruflichen Stellung der Väter der lohnabhängigen Jugendlichen vergleichbar.

Tabelle 1: Soziale Herkunft junger lohnabhängiger DKP-Mitglieder im Vergleich zur Berufsgliederung der 45- bis 60jährigen Erwerbsbevölkerung, in gerundeten Prozenten

	Eltern der befragten lohnabhängigen Jugendlichen	Erwerbsbevölkerung* (54—60 Jahre)
Arbeiter	49	46
Angestellte	26	29
Beamte	10	10
Selbständige	15	15
	100	100

* Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1978, S. 18 sowie eigene Umrechnungen.

Tabelle 2: Berufliche Stellung der Väter befragter Studenten im Vergleich zur beruflichen Stellung der Väter deutscher Studienanfänger im Wintersemester 75/76, in gerundeten Prozenten

	Väter der befragten Studenten	Väter aller Studenten*
Arbeiter	26	18
Angestellte	38	36
Beamte	19	21
Selbständige	14	23
Sonstige/KA	3	3
	100	101 (= 100)

* Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Gesellschaftliche Daten 1977, S. 91. Gerundete Ergebnisse.

Bereits diese einfachen Vergleiche belegen die Unsinnigkeit von Äußerungen, die sich am Klischee vom „linksradikalen“ Sohn des rechten Polizeipräsidenten oder ähnlichem orientieren. Die soziale Herkunft eines Großteils der jungen DKP-Mitglieder ist in diesem Sinne durchaus normal, weil der größte Teil der Arbeiterklasse entstammt.

3. Sozialstruktur und schulische Qualifikation

Die Sozialstruktur der berufstätigen jungen DKP-Mitglieder ist im Gesamtbild durch einen Angestelltenanteil geprägt, der im Vergleich zur gleichaltrigen Erwerbsbevölkerung überdurchschnittlich hoch ausfällt. Bevor jedoch daraus Schlußfolgerungen gezogen werden, lohnt sich eine Unterteilung der Befragten nach Geschlecht, da ein Spezifikum unserer Untersuchungsgruppe der hohe Anteil weiblicher Personen ist. Wir erkennen, daß unter den männlichen berufstätigen Befragten der Arbeiteranteil weitaus höher liegt als das Gesamtbild vermuten ließ. Unter den weiblichen jungen Mitgliedern, bei denen übrigens so gut wie keine Nichtberufstätigen zu finden sind, steigt der Angestelltenanteil außerordentlich hoch an, auf 76 Prozent.

Tabelle 3: Berufliche Gliederung junger berufstätiger DKP-Mitglieder im Vergleich zur gleichaltrigen Erwerbsbevölkerung, in gerundeten Prozenten (ohne Studenten)

	Befragte Jugendliche insgesamt	Männliche Befragte	Weibliche Befragte	Bevölkerung* (20- bis 30- jährige)
Arbeiter	35	55	15	41
Angestellte	56	33	76	42
Beamte	7	9	5	13
Sonstige	2	3	4	5
	100	100	100	101 (= 100)

* Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, a. a. O., S. 18.

Daß dennoch die Arbeiterjugendlichen unter den berufstätigen Befragten mit etwas mehr als einem Drittel unterrepräsentiert sind, kann ein Hinweis auf Schwachpunkte der politischen Tätigkeit der DKP in zentralen Lebens- und Arbeitsbereichen der Kerngruppen der Arbeiterklasse sein. Dieses Ergebnis kann aber auch Ausdruck genereller Probleme im politischen Zugang zu Arbeiterjugendlichen sein.

Generell gilt nach *Armbruster* und *Leisner*, „daß verschiedene Berufsgruppen unterschiedlich parteigebunden sind. Die größte Nähe zu den politischen Parteien weisen Beamte sowie die Angestellten des öffentlichen Dienstes auf. Sie stellen inzwischen wohl 25 Prozent aller Mitglieder in SPD, CDU und FDP zusammen, ein offener Niederschlag auch der Begünstigung parteipolitisch gebundener Anwärter für den öffentlichen Dienst“. Darüber hinaus läßt „diese unterschiedliche Beteiligung je nach Berufstätigkeit ... eine Verstärkungstendenz erkennen: Die erstgenannten Berufsgruppen (Angestellte im öffentlichen Dienst, Selbständige und Angehörige freier Berufe, *D. H.*) sind zunehmend stärker in Parteien repräsentiert, die letztgenannten (einfache Angestellte und Arbeiter, *D. H.*) immer weniger“.¹¹ So hat die SPD zwar einen noch recht hohen Arbeiteranteil von etwa 22 Prozent¹², die Zugänge, also die Struktur des rekrutierten Potentials, bewirken jedoch fortlaufend die Erhöhung des Anteils von Angestellten und Beamten¹³, wobei die Beschäftigten im öffentlichen Dienst besonderes Gewicht haben.

Die DKP ist im öffentlichen Dienst sicher durch die Praxis der Berufsverbote und sonstiger Diskriminierung nicht begünstigt. Die besondere Zusammensetzung der befragten Population erschwert jedoch weitere Vergleiche. Mit dem hohen Anteil weiblicher Personen geht ein hoher Angestelltenanteil einher. In der männlichen Gruppe stellen jedoch die Arbeiterjugendlichen den größten Anteil der berufstätigen Parteimitglieder.

11 B. Armbruster, R. Leisner, Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik, Göttingen 1975, S. 103.

12 „Röntgenbild einer modernen Volkspartei. Sozialstruktur, Parteiaktivität und Informationsverhalten der SPD-Mitglieder“, in: Sozialdemokrat Magazin, 4/1978, S. 9.

13 Vgl. dazu die Tabelle bei H. W. Schmollinger/R. Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik, in: Prokla 26, 1976, S. 117.

Für die Jungsozialisten als Nachwuchsorganisation der SPD sind momentan nur ältere Quellen zugänglich. K. D. Voigt nannte 1972 folgende Quoten: 24 % der Jungsozialisten sind Arbeiter, 31 % Angestellte, 22 % Beamte und 7 % Studenten (zit. nach B. Armbruster, R. Leisner, a. a. O., S. 104). Diese Anteile dürften sich mittlerweile etwas geändert haben; sie dienen hier nur zur Orientierung.

Die berufliche Gliederung der lohnabhängigen Jugendlichen, die im Gesamtbild einen überdurchschnittlich hohen Anteil Angestellter auswies, spiegelt sich in gewisser Weise in den Angaben über das schulische Qualifikationsniveau wider. Berufstätige Jugendliche, die in die DKP eintreten, sind im Vergleich zur gleichaltrigen Bevölkerung höher qualifiziert, genauer: besitzen eine höhere schulische Qualifikation. Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches der BRD¹⁴ haben knapp 69 Prozent der 20- bis 30jährigen Bevölkerung höchstens den Hauptschulabschluß erreicht, 21 Prozent die mittlere Reife und über 9 Prozent das Abitur. Die von uns befragten berufstätigen Jugendlichen nennen zu 43 Prozent den Hauptschulabschluß, 36 Prozent besitzen die Mittlere Reife und 17 Prozent das Abitur oder die Fachhochschulreife. Es zeigt sich im Gesamtbild ein überdurchschnittlich hohes formales Qualifikationsniveau; die Gruppe der befragten Arbeiterjugendlichen liegt unter diesem Durchschnitt — zu prüfen wäre, ob der Durchschnitt der befragten Gruppe über dem Niveau aller Arbeiterjugendlichen liegt.

Es ist kein Zufall, daß bei unserer Untersuchungsgruppe ein höheres Bildungsniveau vorzufinden ist. Viele Untersuchungen zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und politischer Teilnahmebereitschaft. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren, daß gerade von den qualifizierteren Schichten der Arbeiterklasse politische Impulse ausgingen. Der Bildungsfaktor kann insofern als eines der begünstigenden Momente für Aufnahmebereitschaft und Übernahme sozialistischer Ideen und Auffassungen umschrieben werden.¹⁵

4. Daten zur Betriebsgrößenstruktur

Nach den Angaben über die Größe der Betriebe, in denen junge DKP-Mitglieder beschäftigt sind, trifft nicht das zu, was für den gewerkschaftlichen Organisationsbereich zu beobachten ist und was *Frank Deppe* bezeichnet als positive Korrelation zwischen der Betriebsgröße, die gleichzeitig den Vergesellschaftungsgrad der Produktion widerspiegelt, und dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad.¹⁶ Im Gesamtbild unserer Befragten, das auch nach einer Differenzierung in Arbeiterjugendliche und Angestellte relativ stabil bleibt, ähnelt die Struktur der Verteilung nach Betriebsgrößen stark der Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung in der offiziellen Betriebsgrößenstatistik. Abweichungen sind insofern zu beobachten, als die Pole (Klein- und Kleinstbetriebe vs. Großbetriebe) unterschiedlich stark besetzt sind. So ist der Anteil aus größeren Betrieben (ab 1000 Beschäftigte¹⁷) unter den jungen DKP-Mitgliedern höher als unter der Erwerbsbevölke-

14 Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1978, S. 337.

15 Vgl. J. H. v. Heiseler, *Die elementare Basis...*, a.a. O., S. 374: „Der Einfluß des öffentlichen Schulwesens, des vom Unternehmen angebotenen Seminars für ‚Mitarbeiter‘, ein Gewerkschaftslehrgang, ein Kurs der Marxistischen Abendschule haben gewiß alle jeweils eine die Widersprüche im Bewußtsein vereinheitlichende Wirkung, aber in zum Teil völlig gegensätzlicher Richtung. Jeder Bildungsfaktor führt aber im allgemeinen dazu, daß innere Widersprüche eher erkannt und vermieden werden.“

16 Vgl. die Ergebnisse einer INFAS-Repräsentativerhebung, in F. Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 56.

17 Die offizielle Betriebsgrößenstatistik unterteilt leider nicht weiter die in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten Arbeitenden. Daten über die Verteilung der 20- bis 30jährigen Erwerbsbevölkerung nach Betriebsgröße können wir daher nicht vorlegen. Angaben über gewerbliche und kaufmännische Auszubildende sind bei E. Stark—von der Haar, *Arbeiterjugend heute, Jugend ohne Zukunft?*, Neuwied und Darmstadt 1977, S. 195 f. zu finden.

rung. Insgesamt ist im Vergleich unter den Jugendlichen in der DKP eine leichte Verschiebung hin zu den größeren Betrieben zu beobachten. In der starken Besetzung der beiden Pole unter unseren Befragten spiegelt sich das Nebeneinander lohnabhängiger Jugendlicher aus Handwerks- bzw. Dienstleistungsbetrieben und industriellen Großbetrieben wider.¹⁸ In Anlehnung an die Klassifizierung des Betriebsverfassungsgesetzes sieht die Verteilung wie folgt aus:

Tabelle 4: *Junge DKP-Mitglieder nach Betriebsgröße, in gerundeten Prozenten*

bis 20 Beschäftigten	22
21 — 50	12
51 — 150	11
151 — 300	7
301 — 600	11
601 — 1000	7
1001 — 2000	13
Über 2001	18
	31
	101
	(= 100)

Als annähernde Vergleichsbasis können die Ergebnisse der offiziellen Arbeitsstättenzählung herangezogen werden. Obwohl diese Daten auf die Gesamtheit der Beschäftigten bezogen sind und vor allem im Mittelfeld andere Einteilungen vorgenommen werden, liefern sie wichtige Anhaltspunkte und verdeutlichen die vorangegangenen Ausführungen:

Tabelle 5: *Beschäftigte nach Größenklassen der Betriebe in der BRD, Anteile in Prozenten*

	1	2
Bis 19 Beschäftigte	31,4	4,6
20 — 49 Beschäftigte	12,3	7,0
50 — 99 Beschäftigte	9,8	8,6
100 — 199 Beschäftigte	9,8	11,2
200 — 499 Beschäftigte	12,6	18,2
500 — 999 Beschäftigte	8,0	13,1
über 1000 Beschäftigte	16,1	37,4
	100	100

Anm.:

1 = Ergebnis der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970, *Quelle*: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 1972, S. 511. In den Angaben sind die Beschäftigten in Handwerksbetrieben enthalten.

2 = Alle Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe (ohne Handwerk), Ende September 1976. *Quelle*: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1978*, S. 44 f.

18 Wobei dieses Verhältnis regionalen Besonderheiten unterliegt.

IV. Politische Sozialisation durch das Elternhaus

Es ist in der sozialwissenschaftlichen Literatur über die Sozialisation Jugendlicher weitgehend unbestritten, daß die politischen und weltanschaulichen Auffassungen der Eltern neben anderen Faktoren gewichtigen Einfluß besitzen auf die Herausbildung des politischen Interesses und Denkens der Kinder. Politische Interessiertheit und politisches Engagement der Eltern sind zwei zentrale Variable, die zufolge mehreren Untersuchungen — vor allem im angelsächsischen Raum — signifikante Auswirkungen auf die Verhaltens- und Einstellungsdispositionen der heranwachsenden Jugendlichen haben. So hebt *Wasmund* bei seiner Literaturrexpertise über amerikanische Untersuchungsergebnisse in Anlehnung an *Dawson/Prewitt* hervor: „Politisch Engagierte kommen in der Regel aus politisch interessierten und aktiven Elternhäusern. In Familien, in denen die Eltern aufgrund ihres politischen Desinteresses nie mit ihren Kindern über Politik sprachen, zeigen sich die Kinder ebenfalls nicht interessiert.“¹⁹ Nach seiner Auffassung kann als gesichert gelten, „daß Parteidentifikation, Wahlverhalten und Präferenzen gegenüber bestimmten Politikern . . . sowie rassistische Einstellungen früh durch die Familie vermittelt bzw. beeinflußt werden, sicherlich nicht zuletzt auch deshalb, weil die rassistischen und politischen Einstellungen dem Kinde am offenkundigsten sind“.²⁰

Bereits in einer IMSF-Studie über Jugendliche in einem Großbetrieb, die 1976 durchgeführt wurde, konnte ein Zusammenhang nicht nur zwischen der Gewerkschaftsmitgliedschaft der Eltern und der Befragten nachgewiesen werden, sondern darüber hinaus auch eine deutliche Unterscheidung dieser Jugendlichen durch fortschrittlichere und linke Einstellungen von denen, die aus unorganisierten Familien kamen.²¹ *Diederich* kommt in der zeitlich etwas länger zurückliegenden Auswertung einer empirischen Studie über Sozialstruktur und Sozialisation von CDU- und SPD-Mitgliedern zu dem Ergebnis, daß eine fast fünfzigprozentige Übereinstimmung zwischen den CDU- und SPD-Mitgliedern und der präferierten politischen Orientierung ihrer Eltern existiert.²² Diesen Befund können wir in unserer Untersuchung nicht in dieser Höhe feststellen.²³

Wir gingen in unserer Studie ebenfalls von einem, wenn auch begrenzten Einfluß der politischen Orientierungen der Eltern auf die frühe politische Sozialisation der befragten Personen aus. Als begrenzt muß dieser Einfluß deshalb bezeichnet werden, da der Faktor „politisches Klima im Elternhaus“ nicht vollständig die politischen Einstellungen und Dispositionen der Befragtengruppen determinieren kann. Dies wurde auch statistisch bestätigt, weil mit zunehmender Ferne vom Elternhaus, d. h. mit zunehmendem Alter und damit verbundener ökonomischer Selbständigkeit die von den Eltern ausgehenden Einflüsse bedeutungsloser werden. Andere und gewichtigere Faktoren treten an die Stelle des Elterneinflusses, die ihn modifizieren, negieren oder auch verstärken können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber die Frage, inwieweit das politische Klima im Elternhaus

19 K. Wasmund, *Politische Orientierungen Jugendlicher*, München 1977, S. 34.

20 *Ibid.*

21 *Jugendliche im Großbetrieb*, a. a. O., S. 154.

22 N. Diederich, *Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD*, in: J. Dittberner/R. Ebbinghausen, *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973, S. 51, Tabelle 19.

23 Der Anteil kommunistisch orientierter Eltern(teile) beträgt unter den lohnabhängigen jungen DKP-Mitgliedern 11 %, unter den Studierenden lediglich 4 %.

Impulse auf die frühe politische Sozialisation ausübt, also auf die *Herausbildung des politischen Interesses* überhaupt fördernd wirkt. Dies wird weiter unten noch zu zeigen sein.

In unserer Studie wurden die Antworten der jungen DKP-Mitglieder auf mehrere Fragen zur politischen und weltanschaulichen Orientierung der Eltern(teile), zur Organisation in gesellschaftlichen und politischen Verbänden und Parteien und zu ihren Aktivitäten im betrieblichen und/oder gewerkschaftlichen Rahmen ausgewertet. Die Ergebnisse liefern Aufschluß über die politischen Ausgangsbedingungen der jungen Mitglieder.

1. Politische Einstellungen der Eltern

Die politischen Einstellungen und Auffassungen der Eltern junger DKP-Mitglieder sind sowohl unter den Berufstätigen als auch unter den Studierenden am häufigsten, mit einem Anteil von 32 bzw. 33 Prozent, sozialdemokratisch geprägt. Die Anteile der kommunistischen Auffassungen unter den Eltern sind mit 11 bzw. 4 Prozent relativ niedrig und bestätigen nicht die Vorstellung einer weitgehenden Konformität der Einstellungen zwischen Eltern und jungen DKP-Mitgliedern. Im Gegensatz zu der von *Diederich* festgestellten politischen Konformität zwischen SPD- bzw. CDU-Mitgliedern und ihren Eltern besteht, was die politische Orientierung angeht, keine Übereinstimmung zwischen den Auffassungen junger DKP-Mitglieder und denen ihrer Eltern.

Tabelle 6: Politische Auffassungen der Eltern junger DKP-Mitglieder, in gerundeten %

	Eltern lohnabhängiger Jugendlicher	Eltern von Studierenden
Kommunistische Einstellung	11	4
Sozialdemokratische Einstellung	32	33
Konservative Einstellung	12	20
Christliche Einstellung	12	9
Libérale Einstellung	6	9
Rechte Einstellung	6	8
Unpolitische Einstellung	17	15
Sonstige/KA	4	2
	100	100

Andererseits sind die Anteile junger Mitglieder, die nach ihren Angaben aus unpolitischen, d. h. politisch desinteressierten Familien kamen, mit 17 bzw. 15 Prozent in beiden Untersuchungsgruppen relativ niedrig. Sie liegen unter den von *Diederich*²⁴ ermittelten Quoten von 26 bzw. 27 Prozent unpolitisch eingestellter Eltern von CDU- und SPD-Mitgliedern. Insgesamt sind ausgesprochen bürgerliche Einstellungen, vor allem konser-

24 N. Diederich, Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD, a. a. O., S. 50. Am Rande sei hier vermerkt, daß die Struktur der Untersuchungsgruppen nur mit Einschränkungen mit unserer verglichen werden kann.

vativ geprägte, häufiger unter den Eltern von Studierenden (53 Prozent) als unter den Eltern der jungen berufstätigen Mitglieder (42 Prozent) zu finden.²⁵

Die politische Einstellung der Eltern übte keinen unwesentlichen Einfluß auf die subjektiven Eintrittsbedenken und Vorbehalte gegenüber der Organisierung in der DKP aus. Jugendliche aus bürgerlich oder unpolitisch eingestellten Elternhäusern gaben weitaus häufiger als solche aus sozialdemokratischen an, daß sie wegen der Eltern Bedenken gegen eine politische Organisierung in der DKP hatten. Dabei nimmt die Häufigkeit dieser Bedenken zu, je gegensätzlicher die ideologische Orientierung der Eltern ist.

2. Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und politischer Auffassung der Eltern

Die Differenzen in der politischen Herkunft von Studierenden und berufstätigen Jugendlichen sind u. a. durch die unterschiedliche soziale Stellung der Eltern bedingt; es existiert eine enge Beziehung zwischen beruflicher Stellung und politischer Einstellung: Eltern mit sozialdemokratischen oder kommunistischen Auffassungen sind häufiger Arbeiter als Eltern mit bürgerlichen Auffassungen, unter denen der Anteil der Väter, die Beamte oder „selbständig“ sind, am höchsten ist. Die entsprechenden Assoziationskoeffizienten²⁶ für die Beziehungen zwischen politischen Auffassungen der Eltern und ihrer sozialen Lage als Arbeiter sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 7: *Assoziationen zwischen politischen Auffassungen und Arbeiterstatus der Eltern, nach Studierenden und Lohnabhängigen getrennt*

	Eltern waren Arbeiter und vertraten nach den Angaben		
	sozialdemokratische	unpolitische	bürgerliche
	Auffassungen		
Lohnabhängige	.40	— .06	— .37
Studierende	.65	.16	— .76

Anm.: Eltern mit kommunistischen Einstellungen sind hier nicht enthalten.

Aus dieser Tabelle ist sichtbar, daß es unter den Eltern sowohl der Studierenden als auch der jungen Lohnabhängigen eine positive Beziehung zwischen sozialdemokratischer Einstellung und Arbeiterstatus gibt; die Beziehung wird negativ unter Befragten aus bürger-

25 Unter ausgesprochen bürgerlichen Auffassungen sind hier liberale, christliche, konservative und rechte Auffassungen zu verstehen.

Wir stimmen in diesem Zusammenhang Allerbeck nicht zu, daß die Frage nach der politischen Orientierung unpräzise sei, da Linke zu übertriebener Etikettierung anderer politischer Positionen neigen. Bereits die Auszählung zeigt, daß dem nicht so ist. Wir können von einem relativ hoch entwickelten Differenzierungsvermögen auch bei jungen DKP-Mitgliedern ausgehen, was die Einschätzung anderer politischer Auffassungen betrifft. Seine Alternative, die Frage nach der Parteipräferenz, ist dagegen als untauglich anzusehen, zumal hier eine unzulässige Einengung politischer Positionen auf das existierende Parteienspektrum der BRD postuliert wird. Vgl. K. R. Allerbeck, *Soziologie radikaler Studentenbewegungen*, München und Wien 1973, S. 109.

26 Es handelt sich um das Assoziationsmaß Yule's Q für Vierfeldertabellen.

lich eingestellten Elternhäusern. Der Sachverhalt kann vereinfachend in prozentualen Anteilen vorgestellt werden.

Tabelle 8: Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischer Einstellung der Eltern junger DKP-Mitglieder, in gerundeten Prozenten.

	Eltern mit			
	kommunistischen Auffassungen	sozialdemokratischen Auffassungen	unpolitischen Auffassungen	bürgerlichen Auffassungen
Arbeiter	59	48	36	20
Angestellte	27	32	33	30
Beamte	0	9	17	21
Selbständige	14	5	11	23
Sonstige	0	5	3	6
	100	99 (= 100)	100	100

Im Spektrum dieses Zusammenhanges, der mit hoher Wahrscheinlichkeit unter der Bevölkerung der BRD nicht in dieser Weise existiert, nehmen die Eltern mit unpolitischer Haltung eine Art Zwischenposition ein.

3. Organisationsgrad der Eltern

Es besteht des weiteren ein Zusammenhang zwischen den Elternauffassungen und dem Niveau ihrer Organisiertheit in Parteien und Gewerkschaften. Im Vergleich zum Organisationsgrad der Bevölkerung in Parteien, der bei etwa 6 bis 7 Prozent liegen dürfte²⁷, ist der Grad der Parteimitglieder unter den Eltern der Befragten überdurchschnittlich hoch. Der für die BRD typische Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und Häufigkeit der Parteimitgliedschaften („Je höher die soziale Stellung, desto höher die Organisationsquote“) trifft nur für den Teil der Eltern mit bürgerlichem Bewußtsein zu; für sozialdemokratische und kommunistisch eingestellte Eltern konnte er keineswegs bestätigt werden. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Organisationsmerkmale der Elternhäuser junger DKP-Mitglieder.²⁸

Der hohe Anteil Gewerkschaftsmitglieder unter den Eltern mit sozialdemokratischen Auffassungen (wenn man den Anteil der kommunistisch eingestellten Eltern einmal unberücksichtigt läßt) ist auf die Sozialstruktur dieser Einstellungsgruppe zurückzuführen,

27 Ergebnisse einer INFAS-Repräsentativerhebung vom Oktober 1973, zit. aus: Gesellschaftliche Daten 1977, a. a. O., S. 295. Nach der gleichen Quelle sind die 50- bis 64jährigen mit einem Anteil von 9 % in Parteien organisiert. Dies entspricht altersmäßig am ehesten den Eltern der Befragten.

In Vereinen sind nach INFAS 30 % der Bevölkerung und 35 % der Männer über 50 Jahre organisiert (Armbruster/Leisner, a. a. O., S. 232).

28 Weitere Vergleichsdaten: 30 % aller abhängig Beschäftigten waren Ende 1978 im DGB organisiert (Gewerkschaftliche Monatshefte 11/79, S. 742). 39 % der Beschäftigten sind im DGB und in anderen Organisationen mit gewerkschaftsähnlichem Charakter (DAG u. a.) organisiert (nach Angaben des DGB-Gewerkschaftsbarometers 1979, durchgeführt von der MARPLAN-Forschungsgesellschaft, S. 1).

d. h. die hohen Quoten sind bedingt durch den hohen Arbeiteranteil unter diesen Eltern²⁹ und die damit oft einhergehende traditionelle Koppelung gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Orientierungen. Ähnliches gilt für den in der Tabelle nicht aufgeführten Grad der Ausübung betrieblicher und/oder gewerkschaftlicher Funktionen: Nach Angaben der Befragten übten 37 Prozent der Eltern mit sozialdemokratischer oder kommunistischer Einstellung eine solche Funktion aus, 8 Prozent sind es lediglich unter den bürgerlich eingestellten und 14 Prozent unter den unpolitischen Eltern junger DKP-Mitglieder.

Tabelle 9: *Organisationsgrade der Eltern junger DKP-Mitglieder nach politischer Auffassung der Eltern und Untersuchungsgruppen, in gerundeten Prozenten.*

	1	2	3	4	5	6
Gewerkschaftsmitgliedschaft	49	28	55	51	28	28
Parteimitgliedschaft	25	17	35	27	13	6
Nichtpolitische Organisation	32	29	35	24	31	20
Organisationsquote	71	58	78	74	57	50

Abk.: 1 = Eltern der befragten lohnabhängigen Jugendlichen
 2 = Eltern der befragten studierenden Jugendlichen
 3 = Eltern mit sozialdemokratischen und kommunistischen Auffassungen insgesamt
 4 = Eltern mit sozialdemokratischen Auffassungen
 5 = Eltern mit bürgerlichen Auffassungen
 6 = Eltern mit unpolitischen Haltungen

(Mehrfachnennungen der Mitgliedschaften waren möglich)

4. Motivierende Einflüsse der Eltern

Es dürfte kein Zufall sein, daß die Eltern lohnabhängiger junger DKP-Mitglieder überdurchschnittlich hoch in Parteien organisiert sind. Offensichtlich liegen darin günstigere Voraussetzungen für die politische Entwicklung von Jugendlichen überhaupt. In der schon erwähnten Studie von *Diederich* konnten ebenfalls hohe Anteile parteigebundener Eltern unter CDU- und SPD-Mitgliedern ermittelt werden. 25 Prozent der Eltern von CDU-Mitgliedern und 34 Prozent der Eltern von SPD-Mitgliedern sind nach seinen Ergebnissen in Parteien organisiert.³⁰ Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß bei drei Vierteln unserer Befragten aus parteimäßig organisierten Elternhäusern keine direkte politische Übereinstimmung mit den Auffassungen der Eltern existiert, folglich „vererbte“ Parteimitgliedschaft³¹ eher Ausnahme als die Regel ist.

29 Im Spektrum der bürgerlich orientierten Elternhäuser weisen die christlich eingestellten Eltern den höchsten Arbeiterfamilienanteil aus, damit verbunden auch den höchsten Anteil gewerkschaftlich organisierter Elternhäuser im Vergleich zu anderen mit bürgerlichen ideologischen Einstellungen.

30 N. Diederich, a. a. O., S. 52 f. Güllners Ergebnisse zeigen unter den jüngeren SPD-Mitgliedern einen schwindenden Einfluß der sozialisierenden Funktion der Elternhäuser. Der Rekrutierungskanal ‚sozialdemokratisch organisiertes Elternhaus‘ wird im Laufe der Zeit immer schmaler. So waren noch vor 1933 62 % der Väter von Dortmunder SPD-Mitgliedern ebenfalls in der SPD organisiert, 1945 bis 1950 noch 47 %, 1951 bis 1968 30 % und 1969/1970 nur noch 19 %. Vgl. dazu M. Güllner, Daten zur Mitgliederstruktur der SPD, in: Wahlforschung. Sonden im politischen Markt, Opladen, 2. erw. Aufl. 1977, S. 102.

31 Einer der wichtigsten Gründe liegt im Fehlen einer kontinuierlichen kommunistischen Wirkungsmöglichkeit. Die Wurzeln reichen bis zum Faschismus zurück, der personell hohe Opfer abforderte, und setzen sich fort in der Illegalität während der Adenauer-Ära. Daher sind die Quoten junger Mitglieder aus kommunistisch eingestellten Familien so niedrig.

Die Befragten aus Elternhäusern, welche in der SPD organisiert sind, stellen die Mehrheit der jungen Mitglieder, die überhaupt aus parteigebundenen Familien stammen. Immerhin kann ja davon ausgegangen werden, daß sozialdemokratische, möglicherweise aktiv engagierte Eltern eine Politik vertreten oder praktizieren, die den Auffassungen der DKP nicht unbedingt diametral entgegensteht, zumal ihr Engagement und ihre Ansichten im sozialdemokratischen Arbeitermilieu wurzeln. Die unmittelbaren Anknüpfungspunkte sind hier in vielen Fällen recht günstig gelagert.

Daß ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoher Anteil jugendlicher aus parteigebundenen Familien sich unter dem Rekrutierungspotential der DKP befindet, kann also auf die in diesen Elternhäusern „günstigeren“ politischen Sozialisationsbedingungen zurückgeführt werden, die generell erst einmal den Zugang zu und das Verständnis für politische Aussagen und Denkweisen erleichtern. Im Unterschied zu Jugendlichen aus unpolitischen Kreisen dürften die — vorsichtig formuliert — Defizite im politischen Denken weniger stark ausgeprägt sein bei den Jugendlichen, die aus politisch und gesellschaftlich engagierten Elternhäusern kommen, in denen politische Fragen früh thematisiert werden und früh Anregungen durch das politische Engagement der Eltern erfolgen.

Diese Aussage kann bestätigt werden anhand der Angaben zur Frage, welche Personen das politische Interesse anregen bzw. durch Diskussionen oder anders den Anstoß gaben, sich mit politischen Problemen näher zu befassen. Es gaben hier die meisten Befragten die Freunde an (s. u.); immerhin 23 Prozent der Lohnabhängigen und 11 Prozent der Studenten nannten die Eltern. Wie zu erwarten war, übten die Eltern mit kommunistischen Einstellungen am häufigsten einen motivierenden Einfluß aus. Von Interesse ist dabei die hohe Korrelation zwischen parteigebundenen Elternhäusern mit kommunistischen oder sozialdemokratischen Einstellungen und der Häufigkeit des genannten motivierenden Einflusses der Eltern auf die Herausbildung politischen Interesses.

Tabelle 10: *Motivierender Einfluß der Eltern auf die Herausbildung des politischen Interesses*

Elternhaus ist:	Eltern wurden von den Befragten	
	Genannt	Nicht genannt
kommunistisch und parteigebunden	81	19
sonstige mit kommunistischer Einstellung	57	43
sozialdemokratisch und parteigebunden	42	58
sonstige mit sozialdemokratischer Einstellung	19	81
bürgerliche Einstellung und parteigebunden	6	94
sonstige mit bürgerlicher Einstellung	4	96
unpolitische Einstellung	0	100
	p: .0000, df = 6	
Eltern kommunistisch	74	26
Eltern sozialdemokratisch	25	75
Eltern bürgerlich	5	95
Eltern unpolitisch	0	100

p: .0000, df = 3

In dieser Tabelle werden die verstärkenden Effekte der Parteimitgliedschaft der Eltern für die Herausbildung des politischen Interesses der Jugendlichen aus sozialdemokratischen bzw. kommunistisch eingestellten Familien anschaulich. Die Parteimitgliedschaft drückt in beiden Fällen in unterschiedlicher Weise auch einen höheren Grad der Politisierung des Familienklimas und der gesellschaftlichen Aktivität aus, zumal mit der Mitgliedschaft in der SPD (und in der kommunistischen Partei) im Unterschied zu den in bürgerlichen Parteien organisierten Eltern(teilen) auch häufiger Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und Ausübung betrieblicher bzw. gewerkschaftlicher Aktivitäten einhergehen.

V. Die Bedeutung der Freunde und des sozialen Umfeldes für die politische Motivierung

Weitaus größere Bedeutung für die politische Sozialisation Jugendlicher, die in die DKP eintreten, haben die Freunde und Bekannten sowie einige andere Personen im sozialen Umfeld. Nannten noch 25 Prozent der berufstätigen Jugendlichen und 11 Prozent der Studierenden die Eltern, so wurden die Freunde von 67 Prozent bzw. 65 Prozent genannt. Kein anderer Personenkreis im sozialen Umfeld der Befragten übte vor dem Eintritt so häufig Einfluß auf die politische Entwicklung aus wie die Freunde. Ihre dominierende Funktion ist Ausdruck ihrer größeren sozialen und personellen Bedeutung mit zunehmender Selbständigkeit gegenüber dem Elternhaus.³²

Die Angaben der berufstätigen Jugendlichen und Studierenden über die Bedeutung der Personen(kreise), von denen durch politische Diskussionen und andere Dinge Impulse für die Entwicklung des eigenen politischen Interesses ausgingen, weichen natürlich in den Fällen voneinander ab, wo sie gleichsam die unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituation repräsentieren. Mitschüler und Lehrer wurden aufgrund der längeren Schulzeit in erster Linie von Studierenden genannt.

Tabelle 11: *Bedeutung des sozialen Umfeldes für die politische Sozialisation junger DKP-Mitglieder vor dem Eintritt in gerundeten Prozenten (Mehrfachnennungen)*

	Junge Berufstätige	Studierende
Freunde und Bekannte	67	65
Arbeitskollegen	25	7
Kommilitonen	2	34
Mitschüler	14	37
Eltern	23	11
Freund bzw. Freundin	28	26
Ehemann bzw. Ehefrau	5	3
Geschwister	10	12
Lehrer	8	18
Andere	8	7

32 Vgl. H. Kreuzt: Der Einfluß auf politische Entscheidungen, in G. Wurzbacher (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart, 2. erweiterte Auflage 1977, insbesondere S. 120 ff.

Die politische Struktur der Freundeskreise unserer Befragten wurde vor dem Eintritt weitestgehend durch politisch desinteressierte und sozialdemokratische Auffassungen bestimmt. Auffallend wenige Mitglieder bewegten sich in Freundeskreisen, die der CDU nahe standen (5 Prozent). Studierende hatten am häufigsten sozialdemokratisch eingestellte Freunde; die Quote der Nennungen liegt bei dieser Gruppe mit 55 Prozent über der der berufstätigen Jugendlichen mit 45 Prozent. Dagegen rekrutieren sich berufstätige Jugendliche häufiger aus unpolitischen Freundeskreisen (49 Prozent, Studierende 35 Prozent; Mehrfachnennungen eingeschlossen). Maoistische Freunde sind, und das ist recht überraschend, mit 14 bzw. 13 Prozent jeweils gleich stark vertreten gewesen. Die Freundeskreise der Studierenden waren in der politischen Zusammensetzung insgesamt homogener als bei den lohnabhängigen Jugendlichen. Es ist anzunehmen, daß Studierende sich dezidierter auf Freunde mit bestimmten politischen Auffassungen festlegen, zumal der Organisationsgrad der Studierenden im MSB Spartakus über dem der Lohnabhängigen in der SDAJ lag.

Die von den Freunden ausgehenden Einflüsse auf die politische Entwicklung können an zwei Beispielen deutlich gemacht werden. Einerseits hat die Existenz bzw. Nichtexistenz politischer Strömungen Einfluß auf die Dauer der politischen Interessiertheit vor dem Eintritt in die DKP. Jugendliche, die ausschließlich aus unpolitischen Freundeskreisen im Vorfeld des Eintritts kommen, sind seltener längere Zeit vor dem Eintritt politisch interessiert als solche Jugendliche, die Kontakt zu politisch orientierten und interessierten Freunden hielten. Dabei sinkt der Anteil der Nennungen der Freunde als motivierende Personen(gruppe) bei diesen Jugendlichen im Vergleich zu denen, die sich unter politisch eingestellten Freunden, insbesondere sozialdemokratisch orientierten, aufhielten. Zum zweiten ist ein hoher Grad an Übereinstimmung zwischen den politischen Auffassungen der Freunde und politisch-organisatorischen Sympathien der Befragten nachweisbar. Wenn im Vorfeld des Eintritts mit politischen Organisationen sympathisiert wurde, so arbeiteten in drei Vierteln aller Fälle Freunde und gute Bekannte dort mit. In der Mehrheit waren dies sozialdemokratische Organisationen, vor allem die Jusos. Die frühe politische Entwicklung der Jugendlichen, so eine Schlußfolgerung, kann nicht losgelöst von der Entwicklung der Freundeskreise betrachtet werden.

Bei der Untersuchung der politischen Struktur der Freundeskreise und den Sympathien bzw. Mitgliedschaften der befragten Personen im Vorfeld des Eintritts in die DKP oder eine ihr nahestehende Organisation werden wiederum der hohe Stellenwert und die Dominanz sozialdemokratischer Einflüsse und Orientierungen für die politische Entwicklung dieser Befragten erkennbar. Sowohl unter den Eltern als auch — in noch höherem Maße — unter den Freunden³³ spielte diese ideologische Orientierung die größte Rolle. Dagegen nahmen ausgesprochen bürgerliche Auffassungen unter den Freunden einen geringen Stellenwert ein. Hier liegen deutliche Hinweise, daß Jugendliche mit sozialdemokratischen Neigungen ansprechbarer sind für sozialistische Vorstellungen. Die relative Nähe einer fortschrittlichen oder auch linken sozialdemokratischen Haltung zu Positionen der DKP bietet eine günstigere Ausgangsbedingung für die politische Entwicklung als Positionen, die im Kern antisozialistische oder antikommunistische Substanz beinhalten.

33 Sowohl Befragte aus sozialdemokratischen Familien als auch solche aus bürgerlich eingestellten oder unpolitischen Elternhäusern sympathisierten im Vorfeld ihres Eintritts in die DKP oder eine ihr nahestehende Organisation mit den Jusos, allerdings in (signifikant) unterschiedlicher Höhe.

ten. Befragte, die Freunde mit solchen politischen Orientierungen im Vorfeld des Eintritts angaben, nannten uns auch am häufigsten, daß sich seit ihrem Eintritt die Struktur des Freundeskreises im Vergleich zu früher stark verändert hat. Größere Stabilität zeigen dagegen die Freundeskreise junger DKP-Mitglieder, die im Vorfeld ihres Eintrittes gewerkschaftlich orientierte bzw. organisierte und sozialdemokratisch eingestellte Freunde hatten.

Eine unterschiedliche Rolle für die Herausbildung des politischen Interesses bei männlichen und weiblichen jungen Mitgliedern spielten persönliche Beziehungen, die insgesamt einen höheren Anteil weiblicher Befragter motivierten. Die Frage nach Anstoßpersonen ergab hochsignifikante Unterschiede. Etwa 40 Prozent der weiblichen Befragten nannten den Freund als Anstoßperson, jedoch nur 15 Prozent der männlichen die Freundin. Darüber hinaus ist dieser signifikante Unterschied auch bei der Frage, welche Personen die Eintrittsentscheidung mitbeeinflusst haben, sichtbar.

Weitere Vergleiche ergaben unter den männlichen Befragten eine längere Zeitdauer der politischen Interessiertheit im Vorfeld des Eintritts. Diese aufschlußreichen Ergebnisse, die hier nicht weiter ausgeführt werden können, liefern Anhaltspunkte für die gesellschaftlichen Sozialisationsbedingungen von Frauen, die durch traditionelle Erziehungsmuster und geschlechtsspezifische Wertorientierungen geprägt sind und eher behindernd auf die Übernahme sogenannter Führungsrollen in gesellschaftlichen Bereichen wirken.

VI. Die Bedeutung der gesellschaftlichen Aktivitäten junger Mitglieder

Aktionserfahrungen und gewerkschaftliche Organisationserfahrung sind zwei wichtige Momente, die Bewußtseinsentwicklung und Organisationsbereitschaft arbeitender Jugendlicher vorantreiben können. *Harald Werner* weist in seiner empirischen Untersuchung darauf hin: „Die gedankliche Aneignung der gesellschaftlichen Realität ist ein Prozeß, der Aktivität voraussetzt.“ Von Bedeutung ist die gewerkschaftliche und politische Aktivität, da sie „einerseits zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit führt und damit schon eine intensivere Erfahrung bewirkt, die aber darüber hinaus auch Informationen verfügbar macht, die aus der Einzelerfahrung nicht gewonnen werden können“.³⁴

Natürlich muß dabei berücksichtigt bleiben, daß Kampferfahrungen bzw. Aktionserfahrungen nicht spontan die theoretischen Einsichten über die inneren Zusammenhänge der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse und ihre Gesetzmäßigkeiten vermitteln. Gerade in Verbindung mit gewerkschaftlicher Organisation sind sie jedoch wichtige Voraussetzungen der Entwicklung zum sozialistischen Klassenbewußtsein. In den Aktionserfahrungen, in den Erfahrungen aus der aktiven Wahrnehmung betrieblicher und gewerkschaftlicher Funktionen drückt sich immer schon ein bestimmter Grad an Bewußtheit aus. Oft handelt es sich dabei um elementare Klasseinsichten, die mit Widersprüchen und illusionären Beschränktheiten behaftet sind, aber bereits den Keim bilden für die Entwicklung zum sozialistischen Klassenbewußtsein. Es ist die Aufgabe der marxistischen Arbeiterpartei, auf Basis dieser elementaren Erfahrungen und Einsichten die im wissenschaftlichen Sozialismus ausgedrückten Klasseninteressen bewußt zu machen und jegliche Erkenntnisschranken (wie etwa sozialpartnerschaftliche Denkweisen) zu überwinden.

34 H. Werner, Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein, a. a. O., S. 144 f.

die die Erkenntnis der inneren Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Verhältnisse hemmen.

Eine Reihe von Indikatoren standen unserer Untersuchung zur Verfügung, um den Grad der gesellschaftlichen Aktivität der Befragten im Vorfeld ihres Beitritts quantitativ auszudrücken. Wir beschränken uns auf die wichtigsten Ergebnisse und klammern an einigen Stellen die Studierenden bei der Darstellung aus. Erwartungsgemäß waren für diese die Ausbildungsinstitutionen der Ort, an dem sie gesellschaftlich tätig wurden und ihre Erfahrungen sammelten. Über zwei Drittel der Studierenden übten vor dem Parteieintritt Interessenvertretungsfunktionen in der Schule aus³⁵, 59 Prozent in der Hochschule.

1. Gewerkschaftliche Organisation und Aktivität

Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und Aktivität als wichtige Vermittlungsinstanz bei der Aneignung des Klassenbewußtseins wird bereits evident aus den Angaben über die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, vor allem unter den lohnabhängigen Jugendlichen. Als Indikator ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad hier deshalb von Interesse, da er im Zusammenhang mit anderen Angaben verdeutlicht, daß der Weg vieler lohnabhängiger Jugendlicher zur DKP offensichtlich über mehr oder weniger intensives gewerkschaftliches Engagement führt und seltener umgekehrt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad vor dem Eintritt in die DKP betrug unter den lohnabhängigen Jugendlichen 73 Prozent und unter den Studierenden 48 Prozent, wobei unter den Lohnabhängigen diese Quote noch über der SDAJ-Organisationsquote vor Eintritt liegt. Nach Eintritt in die DKP bis zum Befragungszeitpunkt erhöht sich der Organisationsgrad um 17 bzw. 18 Prozent auf 90 Prozent der lohnabhängigen und 66 Prozent der studierenden Jugendlichen. Dies sind in jeder Hinsicht überdurchschnittlich hohe Quoten.³⁶

Die Mehrheit (knapp zwei Drittel) der neu eingetretenen und gewerkschaftlich organisierten lohnabhängigen Jugendlichen gab an, vor dem Eintritt sich im gewerkschaftlichen Rahmen in irgendeiner Art und Weise engagiert zu haben. Die weitere Aufschlüsselung der Angaben gibt Einblick in die geleisteten Aktivitäten. So nahm gut die Hälfte dieser Befragten vor ihrem Eintritt an gewerkschaftlichen Veranstaltungen teil (u. a. Bildungsveranstaltungen), über ein Drittel arbeitete in einer Jugendgruppe mit und knapp ein Drittel übte gewerkschaftliche Funktionen aus.³⁷ Diese Daten können um Angaben über betriebliche Funktionen dieser Jugendlichen im Vorfeld des Beitrittes ergänzt werden, die

35 Ein nach unserer Auffassung bemerkenswert hoher Anteil, der die Bedeutung der bereits in der schulischen Sozialisation erlernten Fähigkeiten zu solidarischem Handeln andeutet. Der Anteil liegt zwar unter den lohnabhängigen Jugendlichen mit 58 % niedriger, ist aber dennoch recht hoch.

36 Vergleichsdaten liegen, soweit ersichtlich, nur eingeschränkt vor. Nach der „Kommunikationsstudie“ der SPD über Sozialstruktur und Informationsverhalten der SPD-Mitglieder im Jahre 1977 sind von allen SPD-Mitgliedern 47 % in einer DGB-Gewerkschaft und 3 % in der DAG. Die Daten, die Güllner über das Dortmunder SPD-Rekrutierungspotential ermittelte, zeigen, daß im Laufe der Jahrzehnte die Quote der gewerkschaftlich Organisierten abnimmt: Zwischen 1961 und 1967 betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter eingetretenen SPD-Mitgliedern noch 50 %, 1970 fällt er auf unter 40 % ab. (Quellen: Röntgenbild einer modernen Volkspartei, 2. a. O., S. 10, und M. Güllner: Daten zur Mitgliederstruktur der SPD, a. a. O., S. 102.)

37 Bei näherer Aufgliederung sind erhebliche Unterschiede festzustellen. 33 % der Arbeiterjugendlichen, 32 % der männlichen Angestellten, aber nur 13 % der weiblichen Angestellten übten gewerkschaftliche Funktionen aus.

das Bild abrunden und unter spezifischem Gesichtspunkt noch einmal den beachtlichen Anteil des betrieblich und gewerkschaftlich aktiven Kerns unter den lohnabhängigen Jugendlichen belegen. Damit liegt auch nahe, daß die Motivationen dieser Jugendlichen zum Eintritt in die DKP zu einem Großteil auf dem Hintergrund ihrer betrieblichen Konflikterfahrungen und der eigenen bewußten Wahrnehmung kapitalistischer Realität sich entwickelten.

Tabelle 12: *Betriebliche Funktionen junger Mitglieder vor dem Eintritt in die DKP, in gerundeten Prozentsen, Mehrfachnennungen.*

	Alle lohnabhängigen Jugendlichen	Arbeiterjugend	Männliche Angestellte	Weibliche Angestellte
Jugendvertreter	14	26	12	8
Vertrauensmann/-frau	15	26	16	10
Betriebsratsmitglied	2	2	8	0
Vertrauensmann bei der Bundeswehr/Zivildienst	3	5	12	0

Bei der niedrigen Quote der Betriebsratsmitglieder ist das junge Durchschnittsalter unserer Befragten zu berücksichtigen. Arbeiterjugendliche übten am häufigsten Funktionen im Betrieb aus. Diese Differenz zu den Angestellten ist allgemein in den Betrieben festzustellen: Arbeiter sind traditionell nicht nur die Hauptgruppe der gewerkschaftlich organisierten, das Netz der Institutionen mit Interessenvertretungscharakter (Vertrauensleute, Betriebsräte usw.) ist in ihrem Bereich auch entwickelter, d. h. dichter als im Angestelltenbereich.

Unter den Studierenden ist die Gruppe derjenigen, die vor dem Beitritt betriebliche Funktionen ausübten, natürlich gering.³⁸ Mitarbeit und Organisation im MSB Spartakus und im Zusammenhang damit in studentischen Interessenvertretungsgremien übernehmen hier gleichsam eine Ausgleichsfunktion, d. h. die Organisation im MSB erfüllt im studentischen Bereich eine ähnliche Funktion wie die gewerkschaftliche Organisation lohnabhängiger Jugendlicher.³⁹ Im Vorfeld des Eintritts organisierten sich fast drei Viertel der Studenten im MSB, dieser Anteil liegt erheblich höher als die vergleichbare Quote lohnabhängiger Jugendlicher in der SDAJ.

38 Wir finden dennoch Befragte, die im Vorfeld des Beitritts zur DKP bzw. vor ihrem Studium Jugendvertreter-, Vertrauensleute- und Betriebsratsfunktionen ausübten. Dies ist mit einem ungewöhnlich hohen Anteil von Absolventen des zweiten Bildungsweges unter den Studierenden verbunden. Eine interne Subgruppenanalyse wies dann auch hohe Anteile ehemaliger betrieblicher Funktionsträger unter diesen Studenten aus, der in einigen Fällen fast an die Quoten der lohnabhängigen Jugendlichen heranreicht. Offenbar vermitteln die Studiensituation und der Kontakt zu marxistischen Kräften an der Hochschule auf der Basis der spezifischen Ausgangsvoraussetzungen (Wahrnehmung betrieblicher Konflikte bzw. Kenntnis der Arbeitsverhältnisse) die Möglichkeit zur rationalen und kritischen Einordnung ihrer Erfahrungen. Thränhardt stellte fest: „Für die vier Abteilungen an der PH Westfalen-Lippe konnte 1972 festgestellt werden, daß etwa die Hälfte der Studenten, die in Hochschulgremien, Fachschaften und politischen Gruppen mitarbeiteten, über die Sonderprüfung an die PH gekommen waren. Bei 12 Prozent Gesamtanteil ist das eine erstaunliche Überrepräsentation.“ (D. Thränhardt, Hochschulzugang für Berufstätige ohne Abitur, in: Demokratische Erziehung, Heft 6/1975, S. 14.)

39 Was natürlich nicht heißt, daß die unterschiedlichen Zielsetzungen unberücksichtigt bleiben dürfen.

2. Kampferfahrungen und die Rolle des Kontaktes zu marxistischen Kräften

Die eingangs erläuterten Überlegungen zur Rolle der Aktionserfahrungen für die Entwicklung der Organisationsbereitschaft können exemplarisch anhand der Ergebnisse zur Frage, ob vor dem Eintritt an Aktionen zur Durchsetzung bestimmter Forderungen teilgenommen wurde (Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen o. ä.), verdeutlicht werden. 79 Prozent der Lohnabhängigen und 94 Prozent der Studierenden nahmen vor dem Eintritt häufiger an solchen Aktionen teil. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß die gegenwärtige Lage an den Hochschulen der BRD sich u. a. durch einen höheren Grad an Aktionen auszeichnet als es beispielsweise in Betrieben der Fall ist. Vergleicht man damit die Ergebnisse, die das IMSF in einer Studie über das Bewußtsein arbeitender Jugendlicher in einem chemischen Großbetrieb⁴⁰ ermittelte, so gaben dort nur 20 Prozent der Jugendlichen an, schon einmal an einer Aktion gegen Arbeitslosigkeit (Unterschriftensammlung, Demonstrationen usw.) teilgenommen zu haben. Ähnlich niedrig ist der Anteil Jugendlicher, die die Frage in einer *Shell*-Studie⁴¹, ob sie bereit wären, an einer Jugenddemonstration teilzunehmen, mit „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ beantworteten.

Unsere ermittelten Quoten über die Aktionserfahrungen junger DKP-Mitglieder vor ihrem Eintritt bestätigen in prägnanter Weise die These, daß diese Erfahrungen die Organisationsbereitschaft fördern. Es ist nicht so, daß sich die Befragten erst in der DKP organisieren und anschließend handlungsfähig werden und an Aktionen und Auseinandersetzungen teilnehmen, sondern eher umgekehrt, auch wenn hier und da Ausnahmen nicht ausgeschlossen sind. Aktions- und Kampferfahrungen können in diesem Sinne als der Hauptweg zur Organisationsbereitschaft bezeichnet werden.

Aktionserfahrungen an sich führen aber nicht automatisch zu einer sozialistischen Orientierung. Bereits die einfache Anschauung der Streikbewegungen in der Bundesrepublik lehrt dies. Der Zusammenhang zwischen Kampferfahrungen bzw. Handlungsbereitschaft und Organisationsbereitschaft ist kein Automatismus und kann nicht mechanistisch gefaßt werden. Die Entwicklung sozialistischen Klassenbewußtseins verläuft keineswegs gradlinig und widerspruchsfrei; sie folgt nicht einfach aus der bloßen Teilnahme an Aktionen und Kämpfen der Arbeiterklasse. Eingangs wurde schon auf die Rolle der marxistischen Kräfte und ihre Bedeutung für die Vermittlung klassenmäßiger Einsichten hingewiesen.

Es ist daher auch kein Zufall, wenn in empirischen Untersuchungen die gute Kenntnis von Kommunisten als in diesem Zusammenhang wesentlicher Faktor erscheint. In der schon erwähnten Studie von *H. Werner* über das ökonomische und politische Bewußtsein von Teilnehmern an Arbeiterbildungsveranstaltungen konnte beispielsweise ein positiver und hochsignifikanter Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, eine sozialistische Entwicklung der Bundesrepublik zu unterstützen, und den Kontakten zu DKP-Mitgliedern nachgewiesen werden. Auch in unserer Untersuchung wurde die außerordentlich wichtige Rolle des Kontaktes der befragten Jugendlichen zu Kommunisten deutlich. Die überwiegende Mehrheit nahm vor dem Beitritt an Aktionen und Auseinandersetzungen teil, an denen sich auch sozialistische und kommunistische Kräfte beteiligten; nur ein kleiner Teil nahm hauptsächlich an Aktionen außerhalb des Umfeldes der DKP teil.

40 Jugendliche im Großbetrieb, a. a. O., S. 111.

41 Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend zwischen 13 und 24. Vergleich über 20 Jahre, o. O., Bd. II, 1975, S. 161.

Die persönliche Überzeugung durch Kontakte, Diskussionen und Gespräche mit Marxisten erweist sich als wichtigstes Vermittlungsglied für die Zufuhr marxistischer Bildungselemente und die Unterstützung von Lernprozessen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Befragten auf die Frage, welche Anlässe maßgeblich das Interesse an der Politik und den Aussagen der DKP bestimmten, unterschiedslos mit einem Anteil von 90 Prozent den persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern der DKP bei verschiedenen Anlässen eine große oder sehr große Rolle einräumten. Die Beurteilung dieser Vorgabe erhielt den höchsten Anteil zustimmender Bewertungen, andere Vorgaben, die weitere Seiten der Tätigkeit der DKP einbezogen, wurden deutlich zurückhaltender bewertet. Das Bewertungsprofil kann etwa so umschrieben werden, daß die Bedeutung um so höher war, je persönlicher und direkter die Formen des Kontaktes waren.

Kampferfahrungen *und* die Vermittlung von Lernprozessen durch die Vertreter der marxistischen Arbeiterpartei, also das Lernen in der Aktion und aus der Aktion sind zwei Momente, die einen außerordentlich hohen Stellenwert für die Entwicklung zum sozialistischen Klassenbewußtsein und zur Organisationsbereitschaft besitzen.

Zwischen „Verbürgerlichung“ und „Klasse für sich“

Ansätze zur Untersuchung von Lebensweise und Kultur der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik

Kaspar Maase

I. Zur Problemstellung — II. Verbürgerlichung durch Individualisierung? — III. Verbürgerlichung durch Privatismus? — IV. Lebensweise und Aktivierung für eigene Interessen — V. Probleme der Kritik gegenwärtiger Lebensweise — VI. Eine Schlüsselfrage: Neue Vermittlungsformen von Privatheit und Öffentlichkeit — VII. Literatur.

I. Zur Problemstellung

Konjunktur, Schattengefecht oder...?

Von der „Konjunktur eines Begriffs“ spricht der Wissenschaftssoziologe *Lepenes* (1979)* angesichts der in der Bundesrepublik deutlich zunehmenden Beschäftigung mit Fragen der Arbeiterkultur. Er geht auf die Züge des Modisch-Spekulativen ein, die der Wissenschaftsbetrieb im Konkurrenzkampf um Forschungsgelder, Arbeitsmöglichkeiten und Publikationschancen auch dieser theoretischen Entwicklung notwendig aufprägt (S. 132, 135 f.). Zu Recht steht dies jedoch nicht im Vordergrund; neben verschiedenen „theorieimmanenten“ Tendenzen — die allerdings noch als besondere Antwort auf wirkliche gesellschaftlich-politische Probleme zu analysieren wären! — nennt *Lepenes* unter den Bedingungen, die die Aufnahme von entsprechenden Ansätzen vor allem aus England und Frankreich förderten, auch das Anliegen der Forscher, „bisher vernachlässigte und unterdrückte Akteure des historischen Geschehens ins Blickfeld“ zu rücken (S. 132).

Ritter, der als Herausgeber eines Sammelbands zur Arbeiterkultur über weite Strecken die gleichen Bezüge herstellt, verweist ein wenig ausführlicher auf Forschungslinien und Impulse, die am Marxismus orientierte Wissenschaftler seit einigen Jahren zur Beschäftigung mit dem Gegenstand beigetragen haben (1979a, S. 3, 6 f.; 1979b, S. 15) — nicht ohne am Beispiel der DDR-Volkskunde die „bedauerliche Einengung auf die mit dem proletarischen Klassenkampf in Verbindung stehenden Bereiche“ (1979a, S. 6 f.) zu rügen. Nimmt man zur Korrektur dieser auf der linken Seite recht lückenhaften und unscharfen Überblicke noch die Forschungsberichte von *Kramer* (1978a) und *Rotermund* (1980) hinzu, so erhält man ein erstes, zu weiterer Beschäftigung reizendes Bild von Vielfalt und Fruchtbarkeit der Fragestellungen — nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt aktueller Entwicklungsprobleme der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik (dazu *Maase* 1979).

Muß man überhaupt etwas so unmittelbar einsichtig Scheinendes wie die Bedeutung des Themas „Arbeiterkultur“ für Marxisten derart betonen? Offenbar schon. Soeben hat *Friedrich* die Vermutung geäußert, die in diesem Zusammenhang geführte Diskussion sei

* Die behandelten und zitierten Titel werden im Text des Beitrages nur in Kurzform nachgewiesen. Es wird nur der Name des entsprechenden Autors, das Erscheinungsjahr des Titels und ggfls. die Seitenzahl angegeben. Die ausführliche Titelangabe erfolgt (alphabetisch) am Ende des Beitrags in Abschnitt VII. Literatur.

ein „erschreckendes Symptom vorangeschrittenen Identitäts- und Realitätsverlustes der bundesdeutschen Linken“ (1980). Der verfochtene und bestrittene Bezugspunkt dieser Debatten, die „Position potentieller Kongruenz von Politik und Leben, Partei und Klasse, politischem Bewußtsein und individuellem Bedürfnis“ sei längst „historisch gescheitert“. Aus der Wiederaufnahme der Diskussion schließt *Friedrich*, es handle sich dabei „möglicherweise“ um eine „verschlüsselte Auseinandersetzung um das tragende Prinzip der Staatsräson des ‚realen Sozialismus‘“ — gesprochen wird über Arbeiterkultur in der Bundesrepublik, gemeint sind die Probleme der DDR! Die folgenden Überlegungen verstehen sich auch als (wissenschaftlich-)praktischer Versuch, die Perspektiven begonnener Debatten und Forschungen zu entwickeln, statt — wie *Friedrich* — ihre Beendigung als unergiebig ins Auge zu fassen.

Allerdings sind die zur Kultur und Lebensweise der Arbeiterklasse vorgebrachten wissenschaftlichen Positionen selbst auf der Ebene scheinbar abstraktester Begriffsbestimmungen stets auch Ausdruck gesellschaftstheoretischer und politischer Ansätze und Überzeugungen. Es wäre dumm, sie darauf reduzieren zu wollen — aber gerade die folgende Betrachtung wichtiger Konzepte zur kulturwissenschaftlichen Erfassung der gegenwärtigen Lebensweise der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik wird uns immer wieder auf den Zusammenhang von Sachgerechtigkeit und Gesellschaftskonzeption verweisen.

Lebensweise: Ein Definitionsversuch

Ich will eine Arbeitsdefinition von Lebensweise voranstellen; sie soll in der Diskussion verschiedener Thesen über „Verbürgerlichung der Arbeiterklasse“ korrigiert und bereichert werden (dabei wird manches noch widersprüchlich und offen stehenbleiben). Unter der Lebensweise einer sozialen Gruppe verstehe ich die widersprüchliche, kennzeichnende Struktur stabiler, sich wiederholender, sozial bedeutsamer materieller und geistiger Lebenstätigkeiten; mittels dieser Praxis eignen Individuen und Kollektive sich ihre materiellen und geistigen Lebensbedingungen an, wobei sie sowohl die Lebensbedingungen als auch sich selber verändern. Lebensweise erfaßt also überindividuelle, erprobte, im dialektischen Verständnis notwendige und schöpferische Typen aktiver Bewältigung sozial spezifischer Lebensbedingungen.

Vom einzelnen Subjekt her gesehen, existiert die Lebensweise seiner Bezugsgruppe (sie muß nicht übereinstimmen mit der Gruppe, zu der es nach den Maßstäben ökonomischer Klassenanalyse gehört) als überindividueller Komplex von Tätigkeitsmustern, Normen und Werten; Übereinstimmung oder Abweichung ziehen Belohnung oder Bestrafung nach sich. Durch die auswählende, verändernde, teilweise negierende Aneignung von Tätigkeitsformen, Wertorientierungen und Bedeutungssystemen, Motiven, Fähigkeiten, Bedürfnissen und Genußmöglichkeiten entwickelt sich der einzelne als besondere Persönlichkeit wie als historischer Träger der gruppenspezifischen Lebensweise.

Prämisse jeder materialistischen Analyse von Lebensweise ist die Determiniertheit individueller Lebenstätigkeiten durch die objektiv vorgegebenen materiellen und geistigen Lebensbedingungen und die darin inbegriffenen Verhaltensanforderungen; diese sind wiederum notwendig bestimmt durch die Weise der gesellschaftlichen Produktion des materiellen Lebens. Es ist meines Erachtens nicht sinnvoll, die Lebensbedingungen als Teil der Lebensweise zu fassen — sie sind ihre objektive Voraussetzung (vgl. dazu die ausführliche Argumentation bei *Kühne* 1978, S. 35—39). Es widerspricht nicht dem mate-

rialistischen Herangehen, der Betrachtung der geistigen Determinanten der Lebensweise und den subjektiv handlungsorientierenden Werten, Normen und Lebensplänen besonderes Augenmerk zu widmen: unser wissenschaftliches Interesse sollte gerade auf den bewußt zu nutzenden Handlungsspielraum innerhalb der materiell gesetzten Grenzen zielen.

Lebensweise ist stets von der vorhergehenden Generation geerbt; zugleich wird sie weiterentwickelt mit der Absicht, die nächste Generation in gewünschter, Reproduktion (der Gesellschaft, der Klasse, der Gruppe und ihrer Orientierungen) sichernder Weise zu vergesellschaften. Jede Gruppe schafft zu diesem Zweck Medien der Vermittlung und Festigung ihrer Lebensweise: Ideologien, Institutionen, Organisationen.

Lebensweise in diesem Sinne umfaßt die kennzeichnenden Strukturen und Orientierungen des gesamten Lebensprozesses. Zu prüfen ist eine praktikable Ausgrenzung ihrer spezifisch kulturellen Aspekte. Vorläufig könnte man sie sehen in der Fragestellung, wie bestimmte Elemente, Formen und Funktionen der Lebensweise sich auf Fähigkeiten und Kenntnisse, Werte und Lebensziele, Genußfähigkeit und Umweltbeziehungen der Individuen auswirken: Wie weit und in welchen Formen werden in den praktischen (materiellen, geistigen, sinnlichen, emotionalen) Lebenstätigkeiten Reichtum und Produktivität der Persönlichkeit — Bewußtheit, Vielfalt, Genußintensität, individuelle und kollektive Selbstbestimmung — verwirklicht? Der Orientierung vorliegender Studien entsprechend, wird der Gesichtspunkt persönlicher Bewußtheit und Selbstbestimmung im folgenden vor allem am Verhältnis zur aktiven Interessenvertretung behandelt werden.

II. Verbürgerlichung durch Individualisierung?

„Industriebürger“ statt Proletariat?

Überwiegend wird heute die Meinung vertreten, es sei wissenschaftlich nicht haltbar, von einer besonderen Lebensweise der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik (oder, wie es vielen Autoren näher läge, deren Kulturbegriff weitgehend mit Lebensweise identisch ist, von einer spezifischen Kultur der Arbeiterklasse) zu sprechen.¹ Die Grundargumentation, die sich bis heute durchzieht, ist geradezu klassisch formuliert schon bei *Lohmar* (1955): „Eine ‚Arbeiterkultur‘ zu entwickeln, setzt u. a. einen Begriff und eine Wirklichkeit des ‚Arbeiters‘ voraus, die gegenüber anderen Schichten klar abgrenzbar und in sich festgefügt und schlüssig sind. Eben weil der Arbeiter als einzelner und als Angehöriger einer sozialen Gruppe sich gewandelt hat, läßt sich heute nicht mehr von einer ‚Arbeiterkultur‘ sprechen“ (S. 222).

Voraussetzung dieser These ist ein Konzept des „Proletarischen“, das vor allem am Selbstverständnis der Individuen festgemacht wird. Man hebt das Heutige als völlig neu ab von einem — aus dem Lebensstandard von Arbeitern der Weimarer Zeit entwickelten — recht willkürlichen Konstrukt: dem „proletarischen Lebensgefühl des an das physische Existenzminimum Gefesselten“ (*Kluth* 1955, S. 123). Das gleiche Argumentationsmuster liegt noch der 1976 erschienenen Untersuchung von *Scharmann/Roth u. a.* zugrunde. Auch sie gehen aus von der Definition des Proletariats als „minderprivilegierte, chancen- und hoffnungslose, weil nur um die physische Reproduktion ihrer Arbeitskraft kämpfen-

¹ Eine Ausnahme bilden allenfalls kritische Positionen der Sozialisationsforschung, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

de Klasse" (S. 185). Für heute werden objektive Bestimmungsfaktoren wie die Stellung zu den Produktionsmitteln und in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, der entwickelte Warencharakter der Arbeitskraft und damit die Determination des Verhaltens in der Freizeit durch Reproduktionsanforderungen und Lohnhöhe² überhaupt nicht konkret diskutiert, sondern durch Hinweise darauf abgetan, daß die Befragten Ausbeutung, Fremdbestimmung, Fehlen von Entfaltungsmöglichkeiten nicht zum Ausdruck brachten.

Aus den Antworten von 630 nordbayerischen Metallarbeitern 1962/63, die nach Meinung der Autoren selber zur „Elite der Arbeiterschaft“ (S. 102) gehören (80 % Facharbeiter, 20 % Angelernte, Alter bis 22 Jahre), wird die These hergeleitet und 1976 noch publiziert, hier zeichne sich die Auflösung des ehemaligen Proletariats und auch aller Vorstellungen von einem einheitlichen Typ des Industriearbeiters im neuen Typus des „Industriebürgers“ ab. Auf ihn entwickle sich die überwiegende Mehrzahl der abhängig Beschäftigten hin — und damit auf die unwiderrufliche Integration in die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. So wird als „wichtigster Fund“ eine angebliche neue Qualität der Lebensweise der qualifizierten Arbeiter präsentiert: Sie könnten „sich den ‚Luxus‘ leisten . . . , individuelle Einstellungstendenzen und Wertpräferenzen, d. h. ‚Lebensformen‘ . . . zu entwickeln, die bisher ein Privileg des Bürgertums gewesen sind“ (S. 185).

So etwas kann nur schreiben, wer vom Leben der qualifizierten Arbeiter vor 1933 überhaupt keine Ahnung und zudem noch einen bornierten — auch nicht weiter begründeten — Begriff von Individualität³ hat. Richtig ist sicher, daß die Arbeiter heute im Schnitt mehr Freizeit und mehr Möglichkeiten zu vielseitigem Genuß gesellschaftlichen Reichtums haben und auch nutzen als in der Weimarer Republik oder im Kaiserreich. Wenn man nun schon wie *Scharmann/Roth* zur Erklärung solcher Entwicklungen auf veränderte Arbeitsbedingungen und -anforderungen, erweiterte Konsummöglichkeiten etc. verweist, müßte man allerdings wohl zumindest erörtern, ob sich hier nicht die Lebensweise der Arbeiterklasse *entwickelt* — statt von ihrer Auflösung durch Annäherung an bürgerliche Lebensform zu reden.

Neben diesem methodischen Einwand (auf den ich weiter unten noch zurückkomme) ist die These von der individualisierten Lebensform auch empirisch anzuzweifeln — gerade in dem Sinn, den *Scharmann/Roth* ihr geben. Individualität als einmalige, unverwechselbare und profilierte Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften ist keine neue Errungenschaft des „Industriebürgers“ — die Arbeiter der Zwischenkriegszeit bildeten ebensowenig wie die heutigen eine uniforme graue „Masse Mensch“. Die individuelle kritische Aneignung und Anwendung der mit dem traditionellen Kulturverständnis erfaßten geistigen und ästhetischen Bildungselemente und Wertmaßstäbe (von der *Scharmann/Roth u. a.* ausgehen) ist allerdings auch heute kein Merkmal der Lebensweise der Lohnarbeiter.

Bei der Untersuchung des Freizeitverhaltens stoßen selbst *Scharmann/Roth u. a.* auf diese Tatsache; sie verweigern jedoch ihre theoretische Anerkennung, schulmeistern vielmehr die angeblich noch im Zustand proletarischer Unterentwicklung Verbliebenen. Für

2 Eine wissenschaftliche Auffassung der heutigen Arbeiterklasse ist entwickelt und angewandt in der Studie „Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970“ (*IMSF* 1972, 1973).

3 Man lese nur etwa die vielen heute zugänglichen autobiographischen Dokumente von Arbeitern oder die Äußerungen bei *Levenstein* (1912).

„reine Genußzwecke wie z. B. Zigaretten, Alkoholika und Coca-Cola“ (S. 102) und „oberflächliche Abwechslungen wie Ausgehen, Wirtshausbesuche, Tanzereien und Kinobesuche“ werden „erhebliche Summen“ „leicht und unbedacht ausgegeben“. Bedauerlicherweise „wächst der junge Facharbeiter als Konsument auch nicht über das Anspruchsniveau seiner Klasse (! K. M.) hinaus“. Er ist „auch in seinen Wohnungswünschen und seinem Einrichtungsstil herkunftsbestimmt, d. h. unsicher in seiner Geschmacksbildung und über kommerzielle Werbung manipulierbar. So will es nicht verwundern, daß seine Ausgaben, im Sinne gehobener kultureller Ansprüche, für Bücher, Theaterkarten, Ausstellungen, Vorträge oder Besichtigungen, im Vergleich zu oberflächlichen, rasch verfügbaren und konfektionierten Vergnügungen, sehr gering sind“ (S. 105). Die Benachteiligungen gegenüber Angehörigen anderer Schichten mit besseren Bildungschancen würden allerdings wahrgenommen und als Beeinträchtigung erlebt — jedoch nur von wenigen durch Bildungsanstrengungen aufgehoben.

An diese Einblicke in die Wirklichkeit kultureller Unterdrückung als wesentliches Moment der Lebensweise der Arbeiterklasse schließt folgendes überraschende Resümee an: „Das Konsum- und Freizeitverhalten des jungen, aufgeschlossenen, emanzipierten und qualifizierten Arbeiters . . . gleicht in den meisten Bereichen den emanzipatorischen Verhaltensweisen anderer aus höheren Schichten stammenden, gleich intelligenter junger Menschen. Er sucht dort, wo ein Nachholbedarf besteht, wie auf kulturellem Gebiet, diesen aufzuholen“ (S. 106).

Jede Längsschnittuntersuchung zum Kultur- und Freizeitverhalten weist nach, daß dieses „Aufholen“ im Bereich traditioneller kultureller Einrichtungen, Werte und Tätigkeitsformen Fiktion ist. In einem anderen Sinn — und mit gänzlich anderen Folgerungen — scheint jedoch die These von der neuen Bedeutung von Individualität in der Lebensweise der Lohnarbeiter weiteren Nachdenkens wert.

„Mittelschichtspezifische neue Subjektivität“?

Der sowjetische Forscher *Diligenzski* stellt in seinen Untersuchungen zur Sozialpsychologie der Arbeiterklasse im hochentwickelten Kapitalismus (1978) immer wieder heraus, daß in vielen Bereichen der Lebensweise ein starker „innerer Widerstand gegen die Entpersönlichung“ (S. 151) wirkt; er sieht ein Wachstum von Bedürfnissen nach „intellektuell inhaltsreichem, ‚interessantem‘ Leben“ (S. 173) als Ausdruck eines tiefen Strebens nach freier persönlicher Entfaltung. Demgegenüber kennzeichnet *Hoffmann-Axthelm* diesen zunehmend deutlicher werdenden Motivationsstrang als Verwirklichung einer „mittelschichtspezifischen neuen Subjektivität“ (1979, S. 100). Entsprechende Anspruchs- und Verhaltensformen — „Insistieren auf Gebrauchswert und auf persönliche Verwirklichung“ (S. 99); Streben, „sich selber . . . als eigene Praxis darzustellen“ (S. 103) — seien vor allem in der Mittelschicht bei der Suche nach Identität entwickelt worden. Da sich jedoch auf Seiten der Arbeiter eine Tendenz zur „Angleichung der Lebensbedingungen“ (S. 100) durchsetze, würden diese Reaktionsweisen auch für sie zunehmend bedeutsam.

Als Begründung führt *Hoffmann-Axthelm* an, „daß Subjektivität im Arbeitsprozeß nicht mehr voll eingebunden werden kann“ (S. 101; Hervorhebung K. M.) oder völlig aus dem Verwertungsprozeß ausgeschlossen sei (S. 100). Das mag für aktuelle Entwicklungen der Unterordnung der Intelligenz unter das Kapital zutreffen — für die Lohnarbeiter

scheint mir seit der Durchsetzung des Fabrikregimes eher die zunehmende Produktion von Subjektivität durch die Entwicklung kapitalistischer Konsumtion und Reproduktion der Arbeitskraft (Qualifikation, Allgemeinbildung, Bedürfnis- und Konsumausweitung, Urbanisierung und Massenkommunikation) wahrscheinlich (vgl. *Karolewski* 1977).

Zweifellos gibt es Einflüsse von Lebensstilen und Wertorientierungen aus den Mittelschichten auf Teile der Arbeiterklasse. Wir brauchen empirische Untersuchungen der spezifischen Momente der Lebensweise in unterschiedlichen Gruppen der Arbeiterklasse, ihrer Beziehung und Beeinflussung untereinander sowie des Verhältnisses zu Wertsystemen und Freizeitstilen vor allem der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz. Engere Kontakte in der Berufsarbeit und im Wohngebiet, im Vereinsleben und im Urlaub, eine Ausweitung realer Wahlmöglichkeiten für das Freizeitverhalten der Arbeiter und Angestellten sowie eine gewisse angleichende Wirkung von Lebensstilen, die die Massenmedien über Mode und Werbung, dokumentarisch und fiktional allen Mitgliedern der Gesellschaft anziehend darstellen — diese und weitere Tendenzen können *Hoffmann-Axtbelms* Fragestellung Substanz geben.

Während jedoch *Diligenski* (1978, S. 165 ff.) und *Verret* (1977, S. 87 f.) solche Entwicklungen und Probleme als Erweiterung und Umgestaltung von Lebensweise und Kultur der Arbeiterklasse behandeln und fragen, wie traditionelle Grundmuster diese neuen Bedingungen und Herausforderungen verarbeiten, spricht *Hoffmann-Axthelm* vom „Untergang dieser Klassensubjekte“ infolge des „Untergangs der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse“ (1979, S. 100). Sicher ist heute bei Ernährung, Kleidung, Wohnbedingungen, Besitz langlebiger Konsumgüter oder Wahrnehmung von Freizeitvergünstigungen der größte Teil der Arbeiterklasse nicht derart kraß von der übrigen Gesellschaft abgegrenzt wie vor 1933. Es ist jedoch methodisch nicht legitim, aus solchen Tatsachen, die noch nicht einmal auf ihr spezifisches Funktionieren im System der Tätigkeiten der Lohnarbeiter hin befragt und differenziert werden, nun den Untergang einer eigenen Lebensweise der Arbeiterklasse zu schließen — wenn Lebensweise nicht einfach als Summe solcher Erscheinungsformen bestimmt wird.

Brauchen wir aber nicht ein theoretisches Konzept, das wesentliche Zusammenhänge zwischen einem historisch entstandenen System von Lebensbedingungen und den Strukturen praktischer Aneignung und Veränderung dieser Lebensbedingungen im Handeln einer gerade durch die Spezifik ihrer objektiven sozialen Verhältnisse bestimmten Gruppe von Menschen aufdeckt? Entweder hat die Rede von der Arbeiterklasse keinen Sinn mehr, weil das Verhältnis der Lohnarbeit nicht mehr besteht — oder ich kann und muß Struktur und Gesetzmäßigkeit der Lebensweise der Lohnarbeiter derart erfassen, daß ich von diesem theoretischen Ansatz her zu den Erscheinungsformen aufsteige und die heutige Lebensweise als Ausdruck der Bewegung des Lohnarbeitsverhältnisses in einer reichen Vielfalt konkreter Bestimmungen geistig reproduziere (vgl. *Hahn* 1968, S. 86 ff.).

Ausgangspunkt für eine derartige Untersuchung der Lebensweise ist der Bereich sozialer Praxis, in dem das Lohnarbeitsverhältnis am direktesten in Erscheinung tritt, „wo man wirklich mit den zentralen Punkten des Gesellschaftsprozesses verbunden ist“ (*Hoffmann-Axthelm* 1979, S. 103) — das Feld der Tätigkeiten in Beruf und Betrieb. Gegen die Vernachlässigung der hier inbegriffenen Erfahrungen, Traditionen und Lernprozesse hat *Verret* (1977, S. 81 ff.) in der Auseinandersetzung mit *Hoggarts* Pionierarbeit über die Lebensweise englischer Arbeiter (1957) wesentliche Kritikpunkte vorgebracht. Nur durch „Betrachtung der Kultur, die in der proletarischen Produktionspraxis impli-

ziert ist“ (S. 82), sind Besonderheit, Selbständigkeit und revolutionärer Charakter von Lebensweise und Kultur der Arbeiterklasse zu erfassen. Sie beruhen unter anderem auf den Arbeitsqualifikationen und Erfahrungen, dem Produktionsdenken und den praktischen Geschicklichkeiten (*Verret*: „technologische Kultur“); sie beruhen auf der Erfahrung des Klassengegensatzes im Betrieb und der kollektiven Entwicklung von schöpferischen Antworten darauf. *Verret* nennt als „die wesentliche Erfindung der Arbeiterklasse in diesem Kampf: die Umkehrung des Prinzips der Kooperation als Bestandteil des Prozesses der Produktion von Mehrwert in ein Prinzip der Kooperation gegen die Schaffung dieses Mehrwerts“ (S. 84). Hieraus leiten sich die grundlegenden Werte und Wege kollektiver Praxis her, die die Klasse zur Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse befähigen: „Das Prinzip der Assoziation, das Prinzip der Organisation, das Prinzip der geplanten Aktion, das Prinzip der bewußten Disziplin, das Prinzip der gesellschaftlich kontrollierten Macht“ (S. 84).

Nur die Kenntnis der Einstellungen und Verhaltensdispositionen, die in Arbeit und Betrieb notwendig erworben werden, erlaubt eine angemessene Interpretation von Verhaltensweisen außerhalb der Arbeit, die isoliert nicht in ihrer realen Widersprüchlichkeit zu fassen sind. „Sobald der organisierte Klassenkampf in der ‚Produktions-Kultur‘ der Arbeiterklasse einen bestimmten Grad erreicht, ändert sich auch die ‚Konsum-Kultur‘ der Arbeiterklasse. Mit der Fabrik verbindet der Arbeiter nicht nur seinen Lohn, sondern auch Neuigkeiten, Gewohnheiten, Erfahrungen, Denkkategorien. Die veränderte Fabrik verändert das Haus, so wie der Streik das Leben von Gorkis ‚Mutter‘ verändert, so wie das im Wohnblock herrschende Zusammengehörigkeitsgefühl durch eine kommunistische Zelle in militante Solidarität verändert werden kann. Auch die konservativen Elemente ändern ihre Bedeutung. . . : Die in der Familiensolidarität enthaltenen konservativen Stereotypen . . . werden, auf die Gewohnheiten des gewerkschaftlichen oder politischen Kampfes übertragen, zu Stereotypen des Kampfes, d. h. der Veränderung. Umgekehrt kann sich die spontane Distanzierung von der herrschenden Politik, die der spontane Apolitismus des Arbeiterhaushalts beinhalten kann, in ihr Gegenteil verkehren, wenn die apolitische Distanzierung sich auf die Arbeiterpolitik bezieht: Die Ablehnung der Klassenherrschaft wird hier zur Ablehnung der Klassenzugehörigkeit. . . “ (S. 84).

Kampf um Hegemonie in der Lebensweise

Lebensweise ist als ständiger Prozeß der Neu-Verarbeitung und Umgestaltung vorgefundener Bedingungen aufzufassen, der in sich widersprüchlich verläuft und dessen sozialer Charakter nicht aus einzelnen augenfälligen Zügen zu bestimmen ist. In diese Richtung scheinen mir die Überlegungen von *Williams* zum Problem der „Verbürgerlichung“ zu weisen. Er versteht „Kultur der Arbeiterklasse“ (im Sinne von Lebensweise) als historisch offenes, integrationsfähiges Muster, nämlich als „die fundamentale, kollektive Idee zusammen mit den von ihr ausgehenden Einrichtungen, Gewohnheiten der Gedanken und Intentionen“ (1972, S. 392).

Das ist zu interpretieren aus dem Zusammenhang seiner Polemik gegen die Verbürgerlichungsthese. Es werde „argumentiert, daß die Arbeiterklasse verbürgerlicht, weil sie sich wie die Mittelklasse kleidet, in Zweifamilien-Häusern lebt und sich Autos, Waschmaschinen sowie Fernsehgeräte anschafft. Aber es ist keineswegs ‚bürgerlich‘, Nützliches zu besitzen oder sich an einem hohen materiellen Lebensstandard zu erfreuen. Die Arbeiter-

klasse verbürgerlicht ebensowenig, wenn sie neue Produkte besitzt, wie der Bourgeois nicht deswegen aufhört, ein Bourgeois zu sein, weil seine Besitztümer anders werden. Jene, die eine solche Entwicklung innerhalb der Arbeiterklasse bedauern, sind die Opfer eines Vorurteils". "... es ist wirklich schwer für die englische Mittelklasse anzunehmen, daß die Arbeiterschicht nicht unbedingt darauf erpicht ist, so wie sie zu werden. Ich glaube, von dieser Vorstellung muß man sich freimachen. Die große Mehrheit der englischen Arbeiterklasse wünscht sich lediglich den materiellen Standard der Mittelklasse, ansonsten möchten sie sie selbst bleiben" (S. 388).

Da die industrielle Produktion zunehmend Uniformität in Kleidung, Konsum, Freizeit bewirke, hält die Verortung des Gegensatzes „in den alternativen Ideen über die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen" (S. 390) den Blick für das Klassenmäßige der Lebensweisen offen.

Williams geht von der englischen Wirklichkeit der fünfziger Jahre aus. Wenn man in der Bundesrepublik auch sicher die Wirkung der Wohlstands*ideologien* sehr viel problematischer sehen muß (vgl. dazu differenzierter *Clarke/Hall/Jefferson/Roberts* 1979, S. 80 f.) — ich lese *Williams'* Gedanken als Aufforderung, Lebensweise als ein System zu verstehen, dessen einzelne Elemente nur in Verbindung mit den Grundorientierungen und Wirklichkeitsauffassungen der Klassenindividuen angemessen zu interpretieren sind.⁴

Daraus folgt meines Erachtens, daß die Kategorie der Verbürgerlichung sinnvoll nur in den Dimensionen ist, die mit dem Begriff des Klassenbewußtseins angezielt sind — nicht für einzelne gegenständliche Elemente der Lebensweise, auch nicht für Entwicklungen individueller Subjektivität mit ihren Ansprüchen und Einstellungen. Solche Faktoren wirken auf die soziale Selbsteinordnung und das Gesellschaftsbild — aber sie sind nicht damit identisch.

Die Lebensweise der Lohnarbeiter entwickelt sich allerdings in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ist notwendiger Teil von deren Kultur; dazu gehört auch der Zwang, die eigene Reproduktion in der und mit der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Nehmen wir den zugespitzten Fall: der Arbeiter als Aktionär (vgl. *Dähne/Dieckhoff* 1979, S. 200 f.). Haben wir hier a priori ein Element bürgerlicher Lebensweise? Belegschaftsaktien können eine Rücklage sein, um die unaufhebbare Unsicherheit der Arbeiterexistenz zu dämpfen; angesichts der Erfahrungen mit Inflation und Währungsreform sind Aktien vielleicht eine sinnvollere Anlage als Sparschweine. Der entscheidende Punkt ist, wie dieser Besitz auf Bewußtsein und Verhalten wirkt. Sicher ist die Verführung stark, zumindest das „eigene Unternehmen" zu verteidigen — aber kann die Arbeiterbewegung solchen Widersprüchen, die aus der Entwicklung des Kapitals entspringen, entgegen? Eine automatische Verhinderung klassenbewußten Handelns ist nicht notwendig gegeben — im Januar 1918 streikten in Berlin die Arbeiterinnen und Arbeiter der Rüstungsindustrie, obwohl man sie für das Leben ihrer Verwandten an der Front verantwortlich machte und vielleicht nicht wenige Kriegsanleihen gezeichnet hatten, die sie ökonomisch an die imperialistische Politik binden sollten.

4 Allerdings zeigt sich auch eine problematische Seite in *Williams'* Auffassungen von Lebensweise: Die Arbeiterorganisationen erscheinen eher als Verkörperung kollektivistischer Weltanschauung denn als Zusammenfassungen, die von den Bedingungen der Lohnarbeit selbst erzwungen werden, um die gleichfalls in die Lebensweise hineinwirkende Tendenz zur Konkurrenz zurückzudrängen.

Vielleicht hilft die Anwendung des von *Gramsci* skizzierten Konzepts der Hegemonie, den Aspekt des „Klassenkampfes in der Lebensweise“ angemessen zu erfassen. Einen wichtigen Schritt dazu stellt der Aufsatz von *Clarke/Hall/Jefferson/Roberts* über „Subkulturen, Kulturen und Klasse“ (1979) dar. Die Autoren gehen davon aus, daß das Kapitalverhältnis den Antagonismus von Arbeit und Kapital ständig produziert. „Die Aufgabe der (bürgerlichen — *K. M.*) Hegemonie ist es, zu gewährleisten, daß in den sozialen Beziehungen zwischen den Klassen jede Klasse andauernd in ihrer existierenden dominanten oder untergeordneten Form *reproduziert* wird. Die Hegemonie kann die Arbeiterklasse niemals ganz und absolut *in* die herrschende Ordnung absorbieren“ (S. 85).

Ein wichtiges Feld des Kampfes um die Hegemonie sind die sogenannten „institutionellen Lösungen. . . , welche die Art und Weise strukturieren, in der herrschende und untergeordnete Kultur in der gleichen sozialen Formation koexistieren, miteinander überleben, aber auch gegeneinander kämpfen“ (S. 86). Ein Beispiel ist die antagonistische Kooperation im Betrieb, doch ist der Gesichtspunkt umfassend auf die Regelungen des Alltags und der Selbstbehauptung der Lohnarbeiter anzuwenden (auch auf die von *Scharmann/Roth u. a.* herausgestellten Aufstiegsorientierungen junger qualifizierter Arbeiter).

Die Auffassung vom eigenen Anspruch auf Subjektivität und Selbstverwirklichung steht notwendig im Spannungsfeld des Klassengegensatzes; es ist aber keine zwingende Alternative, daß bei Arbeitern Subjektivität entweder erstickt oder außerhalb eines Klassenkonsenses orientiert wird (*Hoffmann-Axthelm* 1979, S. 103) — die Kulturarbeit von Arbeiterorganisationen beispielsweise ermöglicht gerade eine neue Verbindung von Drang nach Selbstausdruck und Klassenorientierung (vgl. *Maertin* 1978, 1980).

III. Verbürgerlichung durch Privatismus?

Hoffmann-Axthelm verwendet die Kategorie der Subjektivität anscheinend unterschiedslos unter Hinzufügung oder Auslassung des Beiworts „privat“. Hier steckt aber offensichtlich eine entscheidende Differenz: Die von vielen Forschern festgestellte „Grundbefindlichkeit der Orientierung aufs Private“ (*Haug* 1978, S. 97) ist eine zentrale Weise der Realisierung bürgerlicher Hegemonie in der Lebensweise der Lohnarbeiter (sie wird im folgenden als Privatismus bezeichnet); Subjektivität muß aber nicht notwendig derart eingengt sein.

Typen des Privatlebens

Der reale Prozeß einer Beschränkung von Interessen auf „Privates“ widerspiegelt sich in verschiedenen Ansätzen einer Kategorisierung außerbetrieblicher Lebensweise der Lohnarbeiter. *Osterland* (1975) unterscheidet bei Industriearbeitern drei Typen. Jene, die sich „in äußerst restriktiven Arbeitssituationen befinden“, seien gekennzeichnet durch „Rückzug in die häusliche Privatheit der Familie“ (S. 182), verbunden mit „einer allgemeinen Reduktion der Vielfalt von Verhaltensweisen, subjektiven Interessen- und Identifikationsbereichen“ (S. 180). Ansprüche auf Beseitigung sozialer Ungleichheit und Benachteiligung seien zwar keineswegs aufgegeben, doch seien diese Arbeiter „kaum noch in der Lage, diese in ihrer alltäglichen Lebensweise zu artikulieren, zumal außerhalb des Arbeitsplatzes eine kollektive Diskussionsbasis nicht mehr vorhanden zu sein scheint“ (S. 182).

Für eine weitere Gruppe, die vor allem durch qualifiziertere Arbeitsinhalte bessergestellt ist (S. 181), wird konstatiert, daß die im gewerkschaftlichen Kampf erreichten besseren Reproduktionsbedingungen das Anspruchsniveau fördern; dies führe allerdings dazu, „eher bürgerliche Verhaltensweisen zu übernehmen. Sie sind sowohl im Besitz und Konsum von Prestigeobjekten wie in formalisierten Geselligkeitsformen und ‚gehobenen‘ Freizeitaktivitäten zu erkennen, die freilich nicht in erster Linie angestrebt werden, weil sie spezifische Bedürfnisse befriedigen, sondern weil sie versprechen, außerhalb der Arbeit die sozialen Unterschiede unkenntlich zu machen. Die Erfahrung der gesellschaftlichen Ungleichheit wird hier offenbar anders verarbeitet: Sie findet in eben dieser Adaption bürgerlicher Lebensweise ihren Ausdruck“ (S. 182).

Schließlich gebe es noch eine dritte, relativ kleine Gruppe, die von den beiden anderen durch das Merkmal interessenvertretender Aktivität unterschieden und folgendermaßen gekennzeichnet wird: „Nur dort, wo die Arbeitssituation noch nicht zu einem dauerhaften Verlust der Vitalität geführt hat — besonders also bei qualifizierten Arbeitern und jüngeren —, man aber dennoch nicht in seiner alltäglichen Lebensweise unsicher hinsichtlich seiner Identität geworden ist und nicht nachzuahmen trachtet, was für die Verhaltensformen des Bürgertums gehalten wird, setzen sich Erfahrungen gesellschaftlicher Benachteiligung in eine politische Praxis. . . um, die auf die Veränderung jener Verhältnisse ausgerichtet ist, welchen sie zugrunde liegt“ (S. 183).

Als besonderes Merkmal bürgerlicher Lebensweise führt *Osterland* ein Freizeitverhalten an, das vorrangig auf die Demonstration eines angestrebten Status zielt. Dabei isoliert er nicht nur solche Elemente der Konsumstile und Freizeitaktivitäten, die stark der Selbstdarstellung sozialer Gruppen und Subjekte gegenüber anderen dienen und daher deutlich demonstrativen Charakter tragen, aus der Gesamtheit der Lebensweise (das kann ohne Zweifel ein legitimes Verfahren sein) — er verkürzt Lebensweise auf Konsumweise. Eine nähere Einschätzung privater Orientierungen erfordert, die empirischen Belege zu prüfen (werden wirklich keine besonderen Bedürfnisse befriedigt?) und die subjektive Bedeutung des von *Osterland* kritisierten Lebensstils für die Arbeiter zu untersuchen (dazu weiter unten).

Fragen der Lebensweise der Arbeiter hat *Reck* unmittelbar unter der Kategorie des „Privatlebens“ untersucht (1977). Die Konzentration auf die Lebensbereiche Zuhause/Familie, Öffentlichkeit/Wirtshaus und Geselligkeit/Vereine erbringt im historischen Teil eine Vielzahl von Ergebnissen, die zugleich Anregungen und Fragen für heutige Untersuchungen und Begriffsbildungen liefern können; vor allem die Darstellung des „politisierten familialen und außerfamilialen Privatlebens“ in der Weimarer Republik (S. 166 ff.) arbeitet eine gelungene Form nicht privatistischer Lebensweise heraus. Als Hypothesen für aktuelle empirische Untersuchungen schlägt *Reck* drei Typen des Privatlebens vor.

Der erste ist gekennzeichnet durch „konsequente Familienorientierung: Interaktionen mit den Familienangehörigen dominieren im Privatleben“ (S. 195). *Reck* vermutet solche Verhaltensmuster vor allem dort, wo die Arbeit als verantwortungsvoll und befriedigend erfahren wird — das hier gewonnene Selbstvertrauen mache auch „befriedigende persönliche Beziehungen im Familienleben“ möglich und lasse das hohe materielle Lebensniveau für ein „abwechslungsreiches Leben in und mit der Familie nützen“ (S. 196).

Für Arbeiter, bei denen starke nervliche Arbeitsbelastungen und aus verschiedenen Bereichen sozialer Erfahrung gespeiste Minderwertigkeitsgefühle dominieren, vermutet *Reck* einen anderen Typ von Privatleben, „Häuslichkeit ohne Familienorientierung: Der

Arbeiter verbringt zwar seine arbeitsfreie Zeit in der Regel zu Haus, die Kontakte zu den Familienangehörigen beschränken sich aber auf das Notwendigste. Das Hauptinteresse gilt Tätigkeiten, mit denen man sich von den Familienangehörigen isoliert: Hobbys, Arbeiten im Haus und im Garten, Reparaturen am Auto... und wahrscheinlich am bedeutungsvollsten: das Fernsehen. Es gestattet räumliches Beisammensein mit den Familienangehörigen und Isolation zugleich“ (S. 196 f.).

Als dritten Typ nimmt Reck „Familiensorientierung als eine Verhaltenstendenz neben anderen“ an: „Hier wäre an Arbeiter zu denken, die durchaus mit ihren Familienangehörigen in engem intensivem Kontakt leben, jedoch zugleich anderen Interessen folgen, die sie in ihrem Privatleben auch außerhalb der Familie binden: in Vereinen, beim Sport, im Wirtshaus u. a.“ (S. 197).

Im Vergleich mit Osterlands Thesen etwa fällt auf, daß Reck alle inhaltlichen Bezüge sozialer Widerspruchserfahrung und ihre Behandlung in familiären Gesprächen sowie die Wirkung unterschiedlicher Typen des Privatlebens auf Selbstverständnis und Disposition zur Interessenvertretung ausklammert. Dies folgt zum Teil aus seinem Ansatz, der bewußt Fragen der Bildungsaktivität, vor allem jedoch sämtliche „Tätigkeiten in der Öffentlichkeit und in Organisationen“ ausschließt, „die quasi-beruflichen (Zwangs-)Charakter (z. B. die Tätigkeit eines Funktionärs in einer Partei oder Gewerkschaft nach Feierabend) besitzen“ (S. 21). Praktisch zählen auch alle Formen interessenvertretender Selbstorganisation zum „Nicht-Privaten“ — und damit für die Lebensweise und ihre Entwicklung nicht Berücksichtigten; die Lebensweise der Lohnarbeiter ist so nicht in der Dynamik ihrer Erfahrungen, Widersprüche und Entwicklungsmöglichkeiten zu fassen.

Wenn es Reck nicht gelingt, das Zuhause auf reale und mögliche Strukturen heute vorhandener und entwickelbarer Arbeiteröffentlichkeit zu beziehen, in denen auch die objektive Herausforderung zum Thematisieren von Klassenwirklichkeit präsent ist, dann liegt dies m. E. an einer theoretischen Grundentscheidung: Die sozial geformte Arbeitstätigkeit erscheint nur als bedingender Faktor der als Privatleben gefaßten Lebensweise, nicht als wesentlicher Teil der Lebensweise und Kultur der Klasse selber, über den gerade entscheidende Gegenwirkungen gegen die Tendenz zum Privatismus in die Lebensweise auch der heutigen Arbeiterklasse eingehen.

Dialektik privater Orientierungen

Diese Einengung vermeidet Diligenski (1978) — und erschließt von daher die Dialektik „privater“ Orientierungen. Er liefert eine Fülle von Beobachtungen und Interpretationen zu Verhaltensweisen, die — wie Familien- und Konsumorientierung — oft als Indikatoren von Verbürgerlichung durch die Sätzung privater Lebensziele angeführt werden. Er gelangt zu seiner — meines Erachtens für kulturwissenschaftliche Analyse der Lebensweise unverzichtbaren — dialektischen Lesart solcher Züge, indem er ihre Bedeutung, ihren subjektiven Sinn für die Arbeiter stets mit erschließt und in den so ermittelten Bedürfnissen und Zielen der individuellen Lebenspläne neue Zugänge zu Klassenerfahrung und aktiver Interessenvertretung erkennt.⁵

⁵ Ein derartiges Vorgehen ist vor Fehleinschätzungen nicht gefeit; so etwa, wenn Diligenski unter Verweis auf die konkret-gegenständliche Denk- und Erkenntnisweise der Arbeiter annimmt: „Die Natur des Fernsehens selbst enthält Erkenntniselemente, die nicht einmal durch die tendenziöseste Orientierung der Programme völlig aufgehoben werden können“ (S. 173).

Eine Herausforderung zu weiteren Untersuchungen, vor allem zu praktischer Differenzierung vorhandener Orientierungen, steckt in seiner Interpretation von Konsumbestrebungen, die nicht unkritisch, aber für Entwicklungen offen ist. *Diligenskis* These lautet, „daß die Konsumorientierung der Pläne in beträchtlichem Maße einen spezifischen, durch die soziale Situation der Arbeiter bedingten Ausdruck ihrer tieferen moralischen Ansprüche darstellt. Rein materielle und ihrer Form nach ziemlich primitive Bedürfnisse besitzen bei näherem Hinsehen einen weitaus komplizierteren geistigen Inhalt. Daraus folgt jedoch keineswegs, daß die unmittelbaren materiellen Formen des Ausdrucks solcher Bedürfnisse überhaupt keine selbständige Bedeutung haben und einfach als mehr oder weniger zufällige ‚Kompensation‘ nichtrealisierbarer Bestrebungen der Persönlichkeit auftreten. Mit anderen Worten, wenn beispielsweise ein Konsumprojekt für zahlreiche Arbeiter überhaupt das einzig mögliche persönliche positive Vorhaben ist, so bedeutet das noch nicht, daß es ihnen gleichgültig wäre, welche materiellen Güter diese Pläne einschließen“ (S. 134).

„Was jedoch an den modernen Standards des Massenkonsums gestattet es, nicht nur rein materielle, sondern auch geistige Bedürfnisse der Persönlichkeit zu verkörpern? Die Antwort besteht offensichtlich darin, daß häuslicher Komfort, Auto und die übrigen Elemente dieses Standards nicht nur das Alltagsleben erleichtern und vereinfachen und die Beförderung beschleunigen, sondern auch neue Möglichkeiten für eine vielfältige und inhaltsreiche Freizeitgestaltung eröffnen. Und gerade die Freizeit wird unter den heutigen Bedingungen für immer breitere Bevölkerungsschichten zur Hauptquelle... der Befriedigung geistiger Bedürfnisse“ (S. 135).

Die Dialektik der Privatheit wäre unter mindestens drei Gesichtspunkten konkreter zu entwickeln. A) Wie sind die in ihr steckenden Formen von und Bedürfnisse nach Entfaltung der Persönlichkeit durch Kulturarbeit und Kulturpolitik zu stärken und zu bereichern? B) Wo stoßen private Orientierungen auf Tendenzen verschlechterter Lebenschancen und werden gegen staatsmonopolistische Bildungs-, Infrastruktur-, Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik aktivierbar (hier ist an Erfahrungen von Bürgerinitiativen zu denken)? C) Wie wirken die Erfahrungen und Konsequenzen interessensvertretenden Handelns etwa in gewerkschaftlich entwickelten sozialen Auseinandersetzungen auf die Orientierungen des „Privatlebens“; wie setzen sich Tendenzen einer „Politisierung“ durch?

Problematisch im Sinn einer Auswirkung gegen solidarisches Verhalten und Bewußtsein der Arbeiter scheint weniger die intensive Verfolgung von Zielen im Bereich individuell und familiärer Lebensführung; hemmend wirkt vor allem eine privatistische, individualistische Auffassung dieser Lebensbereiche, ihrer Konflikte und Probleme als „etwas, mit dem jeder für sich fertig werden muß“. *Negt/Kluge* (1972) haben gezeigt, daß auf Grundlage solcher Einstellungen der kapitalistische Medienverbund „individualisierte Bedürfnisse, Bedürfnisse von Zielgruppen und damit ganze Lebenszusammenhänge zum Gegenstand einer gebündelten Auswertungschance“ macht (S. 240); er bietet einen scheinbaren „Sinnzusammenhang“ (S. 244) — organisiert im Kapitalinteresse und gerichtet gegen jede eigenständige, tendenziell bewußte Verarbeitung ihrer eigenen Erfahrungen durch die Menschen. Privatismus in diesem Sinn ist ein wesentlicher Funktionsmechanismus bürgerlicher Hegemonie in der Lebensweise der Lohnarbeiter.

Negt/Kluge setzen dagegen die Aufgabe, eine „proletarische Öffentlichkeit“ aufzubauen. Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen im einzelnen liegt hier sicher ein zen-

trales Mittel der Arbeiterbewegung, um bewußtere und solidarische Tendenzen in der Lebensweise zu stärken. Themen dieser Öffentlichkeit können nicht nur die unmittelbar gesellschaftlichen Probleme der Lohnarbeiter sein, sondern auch alle Erfahrungen und Konflikte des „Privatlebens“ — um ihrer vereinzeln Bewältigung entgegenzuwirken.

Auf mögliche Formen dieser Öffentlichkeit wird später noch eingegangen. Im folgenden sollen einige Überlegungen diskutiert werden zur Frage, wie außerbetriebliche Lebensweise und Aktivierung für interessenvertretendes Handeln zusammenhängen — nicht zuletzt, weil in solchen Mobilisierungsprozessen sich auch immer spezifische Formen selbstorganisierter Öffentlichkeit bilden.

IV. Lebensweise und Aktivierung für eigene Interessen

Was fördert stabiles Engagement?

Osterland befragt Lebensweise, wie in ihr objektive und auch subjektiv erfahrene soziale Ungleichheit und Benachteiligung geistig verarbeitet und praktisch beantwortet werden; er unterscheidet aus diesem Erkenntnisinteresse heraus nicht nur gegenwärtige Typen, sondern schätzt auch Potenzen zukünftigen Handelns für die eigenen Interessen ein. Erstaunlicherweise sieht er größere Chancen bei jenen, bei denen „das erfahrene Arbeitsleid zu einem allgemeinen Verlust an sozialer Aktivität geführt hat“. Nach *Osterland* sind sie in gewerkschaftlich geführte Kämpfe einbeziehbar, zugleich hält er es für „durchaus denkbar, daß . . . politische Resignation spontan umschlägt, wenn die aus der restringierten Arbeits- und Lebenssituation resultierende Verkümmern der Bedürfnisse und Ansprüche als unerträglich empfunden wird“ (S. 183).

Dies erstaunt, weil nicht klar ist, wie nach der Verkümmern von Ansprüchen noch etwas als unerträglich empfunden werden soll; *Osterland* berücksichtigt nicht die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bis heute durchgängige Erfahrung, daß aus der Gruppe der qualifizierten, sich unter besseren Lebensbedingungen reproduzierenden Facharbeiter ein großer Teil der stabilen, stärker langfristig und weiter politisch denkenden Träger der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung stammt. Historisch hat das *Ehmer* (1979) jüngst am Beispiel der Rolle der Metallarbeiter in der frühen Wiener Arbeiterbewegung herausgestellt: „Höhere Stabilität der Lebensverhältnisse, ein Ausdauer, Können und Intelligenz erfordernder Arbeitsprozeß — all das scheint gerade bei diesen Arbeitern den Kopf frei gemacht zu haben für Gedanken über die eigene Lage; ihr Lebensweg mußte ihnen einigermaßen gradlinig erscheinen, so daß es sinnvoll scheinen mochte, längerfristige Strategien ins Auge zu fassen.“ (S. 164)

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Untersuchung von *Lucas* über „zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“ (1976) zu verweisen. Er nennt ebenfalls als eine Voraussetzung dafür, daß die qualifizierten Remscheider Metallarbeiter langfristige politisch-organisatorische Perspektiven entwickelten und in Praxis umzusetzen versuchten, „ein gewisses Maß von Sicherheit, Kontinuität, Spielraum“ in der Lebensweise; er führt außerdem an den „engen Kontakt der Remscheider Arbeiter mit einer welt-erfahrenen Bourgeoisie, ihr Leseverhalten, das Interesse am Kunst- und Welttheater“ (S. 254) — insgesamt eine Reihe von Zügen der außerbetrieblichen Lebensweise, die dem Bürgertum näher standen als den unteren Schichten des Proletariats.

Gerade *Lucas'* Arbeit, die nachvollzieht, wie unterschiedliche Bedingungen und For-

men der Lebensweise (in Betrieb und Privatleben, in Kommunikation und Organisation) zu unterschiedlichen Formen der Beteiligung an Klassenkämpfen führen⁶, verweist auf die Notwendigkeit, heute konkret die Lebensweise aller bedeutsamen Fraktionen der Arbeiterklasse auch auf die in ihr enthaltenen Zugänge zu aktiver Interessenvertretung zu untersuchen.⁷

Da *Osterland* wichtige Teile der Klasse schon aus der Fragestellung ausklammert, ist es doppelt bedauerlich, daß er auf die *Lebensweise* der schon gewerkschaftlich und politisch Aktiven überhaupt nicht substanziell eingeht: Welchen Charakter hat die Lebensweise, mit der sie sich identifizieren, und was wird von ihnen als bürgerlich erachtet und daher nicht im Verhalten angestrebt? Gerade die Lebensweise dieser Gruppe sollte doch von *Osterlands* Erkenntnisinteresse aus — das mir die zentrale Fragestellung mit der Arbeiterbewegung verbundener Kulturwissenschaft zu treffen scheint — besonders wichtig, da empirisch wie theoretisch für entwickelbare Perspektiven aufschlußreich sein!

Der Zusammenhang von Lebensweise und objektiven Klasseninteressen darf nicht mechanisch-äußerlich verstanden werden. In welchen Erfahrungen der Klassengegensatz wahrgenommen wird, wie er empfunden und beantwortet wird, wie man die objektiven Interessen auffaßt und ausdrückt — all diese Prozesse der Aktivierung sind konkret geprägt durch die Lebensweise und ihre entsprechenden Traditionen. Auf diese Problematik hat *Lüdtk*e (1978) hingewiesen — dabei aber eine wenig fruchtbare Entgegensetzung vollzogen zwischen den wissenschaftlichen Ansätzen, die von Interessen, und jenen, die von Bedürfnissen ausgehen.

Er entwickelt die Kategorie „Lebensweise“ ausdrücklich zur Korrektur von seines Erachtens simplifizierenden Modellen der Vermittlung von Klassenlage und Klassenbewußtsein — die er etwa bei *Deppe* (1971) sieht (*Lüdtk*e 1978, S. 322 f.). Dem kritisierten Ansatz zufolge resultiere „aus der grundsätzlich identischen ‚objektiven‘ Lage nicht allein eine (statistische) Gleichförmigkeit der individuellen Biographie, sondern eine materiale Austauschbarkeit der tatsächlichen Alltagswirklichkeit und Lebensweise“ (*Lüdtk*e 1978, S. 324). Diese Lesart der Texte ist sicher nicht zu halten.

*Lüdtk*e erhebt den Anspruch auf einen „gleichsam ‚breiteren‘ und sensibleren Zugriff für die Vielfalt und den Zusammenhang der Wünsche, Strebungen, Erfahrungen, Expressionen und Aktionen der Menschen“ (1978, S. 314) — sein Konzept richtet sich (die subjektive Seite betonend) auf „die gesamte Alltagswirklichkeit mit ihren Leiden und Genüssen, Erinnerungen und Hoffnungen“. Er unterstreicht mehrfach die Bedeutung solcher Erfahrungen, die sich „gegen eine Zusammenfassung im Rahmen von Klassenorganisationen“ sperren (S. 315). In unserem Zusammenhang interessiert vor allem die Frage nach den Motivationen, die alltäglichem Handeln die festere Struktur einer Lebensweise verleihen, und nach ihrem Bezug zu interessenvertretender Praxis.

6 Der Bruch zwischen aufschlußreicher Analyse und willkürlicher Verkündung einer spontaneistischen Perspektive für die heutige Arbeiterbewegung der Bundesrepublik beeinträchtigt zum Glück den Gebrauchswert für den eigenständigen Leser kaum.

7 Die schlechter qualifizierten Gruppen der Arbeiterklasse mit geringer Kampf- und Organisationserfahrung bilden auch unter den Bedingungen der Bundesrepublik ein äußerst wichtiges Potential der Arbeiterbewegung.

„Soziale Reproduktion“ und „Verausgabung“ statt Interessenvertretung?

Ein wichtiger Ansatz zur Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Lebensweise der Lohnarbeiter im Zusammenhang mit der gesamten gesellschaftlichen Bewegung ist die Bestimmung grundlegender Züge der Lebensweise aus den Anforderungen und Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft; er wird von vielen marxistisch orientierten Forschern benutzt (ausführlich bei *Maase* 1978, S. 13—19, 35—40). *Lüdke* entwickelt nun ein höchst interessantes Konzept zur Differenzierung der Verhaltensmotive im reproduktiven Bereich; er unterscheidet zwischen „notwendigen“ Leistungen für die physische Reproduktion und denen, die Status und ‚self-respect‘ sichern sollten. . . : die soziale Reproduktion (Beispiele: Einsatz der knappen Mittel für Sonntagskleidung oder Bilder an den Wänden statt für Alltagskleidung oder eine tägliche warme Mahlzeit. . .). Zugleich öffnet sich mit den ‚Geselligkeiten‘ ein Feld von Aktionen und Expressionen, auf dem Nicht-Arbeit, wenn nicht sogar ‚Verausgabung‘ nicht mehr nur als gelegentliche oder beiläufige Momente gelten können. Fortwährend wirksam bleiben offenbar jedoch Reproduktionszwänge, vor allem solche der sozialen Reproduktion“ (1978, S. 336 f.).

Aus dieser Interpretation heraus widerspricht *Lüdke* der verbreiteten Qualifizierung des proletarischen Alltags als „kleinbürgerlich“. „Die Bedürfnisse der Arbeiter erschöpfen sich eben nicht in ‚elementaren‘ Wünschen nach Nahrung, Kleidung und Behausung. Bemerkenswert ist demgegenüber die *Gleichzeitigkeit* — offenbar auch bei einzelnen — von ‚Elementarem‘ (keine Margarine mehr) und Utopischem (Sturz der ‚heutigen Gesellschaftsordnung‘) mit Wünschen nach privatem ‚kleinem‘ Glück, die sich in eher traditionellen und kulturell zugelassenen Symbolen ausdrücken: Blumen pflegen, Globus studieren, Zeichnen, Basteln, Tanzen bis hin zum Kirchengang. In dieser Artikulationsweise manifestiert sich nicht so sehr die Isolierung und Orientierungslosigkeit von ‚Kleinbürgern‘ oder kleinen Warenproduzenten, so deutlich die Ähnlichkeiten oder direkten Anleihen sein mögen; sie zeigt vielmehr etwas von der Vielzahl *punktuel*ler, nicht-organisierter und nicht stets ‚bewußter‘ Strebungen, die ‚Lebensweise‘ und damit die Beziehungen der Menschen untereinander im Alltagsleben zu verändern.“ (S. 337 f.).

Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit von Selbstachtung und Geachtet-Werden sowie von Selbstaussdruck als Handlungsmotiven für Lohnarbeiter trifft *Lüdke* die Mängel einer nur ökonomischen Auffassung von Reproduktion der Arbeitskraft für die Erklärung der Lebensweise. Seine Ablehnung von Konzepten, die die Lebensweise unter dem Gesichtspunkt ihrer Beziehung zu den Interessen der Lohnarbeiter untersuchen (S. 311 f.), nimmt ihm jedoch die Möglichkeit zur kritischen Betrachtung und Bewertung vorfindlicher Lebensweise. So sinnvoll es ist, auch in den Auffassungen und Aktivitäten, die auf das „kleine Glück“ im Alltag gerichtet sind, Potential für ein Streben nach „Autonomie der Subjekte“ (S. 324), „politisierbare Bedürfnisse nach ‚gutem Leben‘ und ‚Verausgabung‘“ (S. 340) zu suchen — so problematisch wird dieser Ansatz in dem Moment, wo er nicht mit grundlegenden Erfahrungen der Klassenlage und historischen Erkenntnissen über die Anforderungen an eine handlungsfähige und erfolgreiche Arbeiterbewegung sowie die dafür nützlichen Qualitäten der Individuen vermittelt wird. *Lüdke* erkennt derart abgeleitete Maßstäbe für praktische Kritik der Lebensweise durch die bewußtseinsbildende und ganze Lebensbereiche organisierende Tätigkeit der Arbeiterbewegung nicht an — er neigt eher dazu, das Konzept der Politisierung von Strebungen nach alternativem Leben der leninistischen, aber auch schon einer gewerkschaftlichen

Auffassung von Interessenvertretung, Klassenkampf und organisiertem Ringen um die politische Macht entgegenzustellen.

Aus der Wendung gegen einen bornierten Vorwurf der Kleinbürgerlichkeit folgt so die Gefahr unkritischer Apologie dessen, was *Negt/Kluge* mit merkwürdiger Emphase den „Block wirklichen Lebens“ nennen, „der gegen das Verwertungsinteresse steht“ (1972, S. 107). Grundlegend ist einzuwenden, daß *Lüdtke* die kapitalistische Formbestimmtheit z. B. von Bedürfnissen nach Glück und Selbstachtung nicht durchdenkt, ihre Widersprüchlichkeit nicht entfaltet. Hier scheint mir jedoch das zentrale Interesse marxistischer Forschungen zur Lebensweise ansetzen zu müssen: Wo in ihrem Lebensprozeß, wie und in welchen konkreten Formen erwerben und entwickeln Lohnarbeiter jene Bedürfnisse und Motive, Werte und Verhaltensdispositionen, Qualifikationen und Fertigkeiten, die nützlich sein können für die Bildung zur „Klasse für sich“?

Als für die eigenen Interessen handlungsfähiges und handelndes Subjekt ist die Arbeiterklasse nicht ausreichend bestimmt durch sozialstatistische Daten ihrer Klassenlage und daraus ableitbare objektive Interessen; erst deren Vermittlung zur Gesamtheit ihrer historisch entwickelten typischen Lebensauffassungen und Verhaltensweisen führt zur Wirklichkeit der Klasse. Sicherlich sind — aus der geschichtlichen Erfahrung wie aus gegenwärtiger Gesellschaftsanalyse — Kenntnisse, Fähigkeiten, Organisationsformen, Aktionsprinzipien in etwa zu bestimmen, die in einer konkreten Situation zur Erringung der gesellschaftlichen Hegemonie gebraucht werden; ihre konkrete Ausbildung hat jedoch die alltägliche Lebensweise zur Voraussetzung — in ihr gilt es die Ansatzpunkte für Klassenbewußtsein und Klassenaktivität zu bestimmen.

Nimmt man das von *Lüdtke* angeführte Beispiel des Strebens nach Selbstachtung, so ist sein Ausdruck in „respektabler Kleidung“ sicher auch ein Moment der psychischen Festigung der Lohnarbeiterindividuen in einer sie niederdrückenden sozialen Umwelt. Es bildet keineswegs einen Gegensatz hierzu, auf Formen zu verweisen, die bewußt von den Klasseninteressen her bestimmte Normen zur Grundlage der sozialen Achtung wie der Selbstachtung machen: Wertauffassungen und praktisches Sozialverhalten in der Arbeiterbewegung dienen immer auch dem Ziel, das bewußte Arbeiter-Sein als Kern von Selbstbewußtsein und Selbstachtung zu normieren; aus dem Ansehen eines Vertrauensmannes oder Streikführers ist recht substanzreiches Selbstbewußtsein zu ziehen. Der wichtige Verweis auf die Notwendigkeiten „sozialer Reproduktion“ führt also zur Frage, wie Lohnarbeiter und Arbeiterbewegung versucht haben, dafür eigenständige Formen zu entwickeln — er sollte nicht reduziert werden auf „Verständnis“ für spontane individuelle Lösungsversuche.

Unter dem Gesichtspunkt hier und heute praktisch eingreifender Kritik bürgerlicher Hegemonie in der Lebensweise muß man auch Einwände vorbringen gegen den Versuch von *Negt* und *Kluge* (1972), mit den Konzepten des „proletarischen Lebenszusammenhangs“ und der „proletarischen Öffentlichkeit“ die Vermittlung von alltäglichem Lebensprozeß und Klassenbewußtsein theoretisch zu fassen. Ihr Interesse richtet sich vornehmlich auf die Bedingungen des Erfahrungsprozesses der Lohnarbeiter, auf die sozial geformten Möglichkeiten der Wahrnehmung und geistig-psychischen Verarbeitung der Wirklichkeit. Lebensweise als Praxis hat demgegenüber nur abgeleitete Funktion. „Ein einzelner Arbeiter . . . macht ‚seine Erfahrungen‘. Horizont dieser Erfahrungen ist die Einheit des proletarischen Lebenszusammenhangs. Dieser Zusammenhang umfaßt die Stufenleiter der Produktion der Waren- und Gebrauchswerteigenschaften dieser Arbeitskraft (So-

zialisierung, psychischer Aufbau der Person, Schule, Aneignung von Arbeitswissen, Freizeit, Massenmedien) und den davon nicht trennbaren Einsatz dieser Arbeitskraft im Produktionsprozeß; über diesen einheitlichen Zusammenhang, den er öffentlich und privat ‚erlebt‘, nimmt er das ‚gesellschaftliche Ganze‘, die Ganzheit des Verblendungszusammenhangs auf“ (S. 24).

Entfremdete Arbeit, regressive Sozialisation und bürgerliche Öffentlichkeit werden als Hauptdeterminanten des proletarischen Lebenszusammenhangs gesehen — Beobachtungen und Interpretationen zielen jedoch nicht auf die Klärung, wie Lebensweise als System praktischen Handelns sich bildet, woraus sie ihre Anstöße enthält; Handeln erscheint primär als Ausfluß von (falschem) Bewußtsein. Empirische Argumentation soll vor allem belegen, inwiefern im proletarischen Lebenszusammenhang für den Arbeiter stets „zugleich mit seinen Erfahrungen die Blockierung dieser Erfahrungen festgebunden ist“ (S. 26).

Es wird also nur eine Seite der widersprüchlichen Determination proletarischen Lebens entfaltet — die Schaffung eigener Lebensbedingungen und die aus den Lebensanforderungen notwendig angestoßene Praxis, die Blockierungen durchbrechen kann, haben im Konzept keinen Platz. Dies hängt sicher zusammen mit der undialektischen These, daß die „Blockierungen der Erfahrung im proletarischen Lebenszusammenhang . . . nur alle gemeinsam als ganzes System aufzulösen sind“ (S. 65). Die von der Arbeiterbewegung angestrebte Strategie, durch Kampf um stärkere Einflußnahme (etwa im Bildungswesen) mehr Lebensbedingungen zu schaffen, die die Einsicht in die Notwendigkeit tiefgreifender Umwälzungen und eine entsprechende Praxis fördern, die Dialektik von kapitalistischer Fremdbestimmung der Lebensbedingungen und aus dem notwendigen Widerstand dagegen gespeister interessenbewußter „Produktion von Lebenszusammenhängen“ (S. 28) durch die Proletarier selbst wird nicht verfolgt.

Das Konzept des „proletarischen Lebenszusammenhangs“ vermittelt auf relativ hohem Abstraktionsniveau Einsichten vor allem in jene Tendenzen im Arbeiterdasein, die den „Verblendungszusammenhang des Warenfetischs“ (S. 25) reproduzieren; wo man Probleme der Enteignung von Bedürfnissen der Lohnarbeiter durch kapitalistische Institutionen untersucht, wird man auf *Negt/Kluge* mit Gewinn eingehen.

V. Probleme der Kritik gegenwärtiger Lebensweise

Bei der Diskussion der Thesen von *Lüdtko* und *Negt/Kluge* sind wir mehrfach auf die Notwendigkeit gestoßen, vorfindliche Lebensweise oder Züge von ihr kritisch, jedoch nicht abstrakt normativ zu bewerten. Das Problem soll jetzt in der Auseinandersetzung mit positivistischen Auffassungen weiter entwickelt werden, um dann eigene methodische Überlegungen anzuschließen.

Kulturrelativismus

Fragen einer grundsätzlichen Auffassung der Lebensweise der Lohnarbeiter werden auch dort behandelt, wo Sozialhistoriker und Kulturpolitiker sich heute mit „Arbeiterkultur“ beschäftigen. Der hier verwendete Kulturbegriff nimmt die theoretischen Konzepte der funktionalistischen Kulturosoziologie auf, indem Arbeiterkultur als ein Teilelement der gesellschaftlichen Gesamtkultur neben anderen Gruppenkulturen verstanden

wird, die alle durch einen gemeinsamen Fundus an Werten, Normen und Symbolsystemen zusammengehalten sind (zur Auseinandersetzung mit den hieraus gefolgerten Thesen der Arbeiterkultur als Subkultur vgl. *Groschopp* 1977). Ich will nur auf das damit verbundene Bewertungsproblem eingehen.

Häufig findet sich die These: „Unterschiedliche Kulturen in einer Gesellschaft entziehen sich ebenso wie die kulturellen Unterschiede zwischen Gesellschaften der Einstufung auf einer kulturellen Rangskala, da diese Unterschiede nicht übereinander gelagerte ‚Kulturstufen‘ markieren, sondern die verschiedenartigen Lebensformen von Gruppen bzw. Gesellschaften widerspiegeln“ (*Langewiesche* 1979, S. 40). Die Forderung nach kulturellem Relativismus dient oft der Absicht, aufzuräumen mit der elitären Ideologie, Kultur habe nur, wer an den Werten und Ritualen der bürgerlichen Hochkultur teilhabe — das Volk hat keine, allenfalls abgesunkene Kultur. Gruppenübergreifende Wertmaßstäbe werden geleugnet: „Alle Kulturen dürfen . . . nur aus dem sozialen Umfeld heraus, in dem sie entstanden und nur aus der Sicht derer, für deren Unterhaltung, Erholung, Kommunikation und Bildung sie wichtig sind, gesellschaftlich bewertet werden“ (*Hummel* 1979, S. 3).

Wo daraus die Forderung erwächst, in der Kulturpolitik alle Formen der Selbsttätigkeit und des Selbstausdrucks der arbeitenden Menschen viel stärker als bisher zu fördern, wirkt sicher ein demokratischer Impuls. Er hat seine Grenzen jedoch dort, wo die objektiven Lebens- und Entwicklungsbedingungen die Grenzen für die Aneignung vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums setzen: Bildungsprivileg und verschleißende Arbeitsbedingungen sind nur einige herausragende Faktoren, die der Lebensweise der Lohnarbeiter den Charakter kultureller Unterdrückung geben (ausführlicher bei *Maase* 1978, S. 20 ff.). In einer Gesellschaft kultureller Klassenkämpfe und sozialer Herrschaft führt es keineswegs zu wirklich gleichen Entwicklungschancen für die Lebensweise der Arbeiterklasse, wenn ich sie als gleichwertig, nur von ihren eigenen Voraussetzungen her bewertbar etikettiere — da eben diese Voraussetzungen solche der Beherrschung und des Ausschlusses von Entwicklung sind.

Eine Aufwertung historischer und aktueller Arbeiterkultur wird sich in der Bundesrepublik positiv auswirken auf das Selbstbewußtsein mancher Arbeiter; es besteht jedoch in erster Linie die Gefahr, unter der Losung eines kulturellen Pluralismus das gegebene Unterdrückungsverhältnis und die Dominanz der Kapitalinteressen in der gesellschaftlichen Kultur festzuschreiben, den Anspruch der Arbeiterklasse auf den gesamten Reichtum und auf die Führungsrolle auch in der kulturellen Entwicklung zugunsten einer Selbstbeschränkung auf eher exotische Atikulation „speziell proletarischer Lebensweise“ aufzugeben. Der realen Entwicklung, den Widersprüchen, Triebkräften und Potenzen der Lebensweise der Lohnarbeiter als der mit den modernsten Produktivkräften und den fortgeschrittensten Formen gesellschaftlicher Produktion verbundenen Klasse wird man durch Verweise auf Mundart, Festtraditionen oder die Pflege eigenen Liedgutes nicht gerecht. Begründet stellt *Kramer* fest, daß solche Thesen dort zynisch werden, „wo in der Art des Kulturrelativismus diesen Kulturen Gleichwertigkeit bescheinigt wird ohne zu berücksichtigen, daß ihre Unterschiede auf so offensichtlichen Unterschieden in der Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum basieren“ (1978b, S. 32).

Lebensweise der Lohnarbeiter als Produkt der Kapitalbewegung

Zur Beantwortung der Frage nach Maßstäben einer Kritik vorfindlicher Lebensweise scheint mir die These fruchtbar, daß die Arbeiterklasse der BRD und ihre Lebensweise Produkte der kapitalistischen Vergesellschaftung, präziser: der Entwicklung der Kapitalakkumulation sind. Was bedeutet diese zunächst ungeheuer abstrakte These konkreter? Sie verpflichtet, Lebensweise als System zu verstehen, dessen einzelne Züge konsequent historisch aus den konkreten, vom Kapitalverhältnis gesetzten Bedingungen des Arbeiterlebens zu entwickeln sind. Das verlangt die Entfaltung der widersprüchlichen Grundbestimmung doppelt freier Lohnarbeit über Vermittlungsebenen wie die damit jeweils historisch gegebenen Zeitbudgetstrukturen, Bildungs- und Qualifikationsniveaus, Arbeitstätigkeiten und ihre Auswirkungen, Erfahrungen des Klassengegengesatzes im Betrieb, das Verhältnis von Bedürfnissen und Löhnen mit den daraus folgenden widersprüchlichen Verhaltensaufforderungen, soziale Beziehungen im Widerspruch der Tendenzen zu Solidarität und Konkurrenzverhalten, Tendenz zur Organisierung, um Reproduktion und soziale Sicherheit zu verbessern usw.

Die konkreten Voraussetzungen der Tätigkeit in Arbeit wie Freizeit sind auch nur zu verstehen aus der Kapitalbewegung heraus. Sie bestimmt die betriebliche, soziale und räumliche Verteilung der Arbeiterklasse, reguliert Wohnungs- und Städtebau, Freizeit- und Medienangebote, Konsumgüterproduktion und Infrastruktur und setzt damit die Lebensbedingungen, auf die die Lohnarbeiter als einzelne wie kollektiv durch Modifizierung ihrer historisch erworbenen Lebensweise antworten. Für die Betrachtung dieser Prozesse ist entscheidend, daß es sich nicht um mechanische Determination handelt, sondern daß das Kapitalverhältnis notwendig die Aktivität der Lohnarbeiter selbst produziert, die Reproduktion und Verkauf ihrer Arbeitskraft sichern wollen; die Tendenz zur Veränderung vom Kapital gesetzter Lebensbedingungen durch die Arbeiterbewegung wird also wiederum vom Kapital selber hervorgerufen — und ihre konkreten Formen sind durch die gesamten kapitalistischen Lebensbedingungen bestimmt.

Es kommt also darauf an, in den je konkreten Lebenstätigkeiten den Widerspruch aufzuspüren zwischen Erfüllung von Lebensfunktionen für das Kapital, unter dem Zwang, sich den von ihm gesetzten Verhaltensanforderungen zu beugen, und der Tendenz zu individueller und kollektiver Behauptung von Lebensansprüchen gegen die kapitalistischen Verhaltenszumutungen. Das Maß an Bewußtheit und sozialistischer Orientierung in der Lebensweise verändert sich mit der Entwicklung der Klassenkämpfe (die wiederum nicht zuletzt bestimmt wird durch die Fähigkeit der fortgeschrittensten Lohnarbeiter, Perspektiven klassenbewußten Handelns zu entwickeln, die sich in die gegebene Lebensweise von ihresgleichen einfügen, an in der Lebensweise enthaltenen Ansprüchen, Werten, Tätigkeitsstrukturen anknüpfen).

So dürfte kein Gegensatz zwischen Erklären und Bewerten aufkommen: Die Tendenz zu Bewußtheit und organisiertem Handeln gegen das Kapital mit der Perspektive seiner Überwindung, die Tendenz zur Bildung als Klasse für sich, ist vom logischen Ausgangspunkt des marxistischen Begriffs „Lebensweise der Lohnarbeiter“ her mitgedacht. Sie wird jedoch nicht abstrakt von außen als Maßstab zur Bewertung vorfindlicher Lebensweise angelegt; ihre Realisierung oder Nichtrealisierung in der gesamten, empirisch vorfindlichen Lebensweise wird analysiert, und aus dem Vergleich unterschiedlicher Verwirklichung von Bewußtheit und sozialistischer Orientierung durch verschiedene Gruppen der

Lohnarbeiter kann man reale Verhaltensalternativen als Bewertungsgrundlage erschließen. So wird sich ein historisch angemessenes Bild ergeben, was unter konkreten Bedingungen kapitalistischer Lohnarbeit als bewußt klassenorientierte Lebensweise möglich ist.

Marxistische Kulturwissenschaft verfolgt in der Entwicklung der Lebensweise die Entfaltung des Widerspruchs: Um sich für die Konsumtion ihrer Arbeitskraft durch das Kapital reproduzieren zu können, müssen die Lohnarbeiter sich gegen die kapitalistische Tendenz zur Zerstörung ihrer Arbeitskraft zur Wehr setzen. Sie verfolgt die gesetzmäßige (heißt nicht: automatische, unzerstörbare) Entwicklung des Widerstands zu Organisation und Bewußtheit, zum Kampf um die Umgestaltung der Produktions- und Lebensverhältnisse, und die Folgen, die dies für Haltungen und Praxis im Alltag der ja nicht nur Kämpfenden hat.

Sie geht somit nicht willkürlich vor, wenn sie als zukunftsweisend und verallgemeinerbar all jene Tendenzen herausstellt, die produktiv auf Entwicklung und Praktizierung von Solidarität, Bewußtheit und Organisation wirken — und sie ist nicht spontaneistisch, wo sie in der Antwort der Arbeitermassen auf die Anforderungen und Bedingungen der modernen kapitalistischen Produktion Elemente des Schöpferischen, historisch-sozial Notwendigen und von den Subjekten zu Recht als befriedigend Erfahrenen, Bewerteten aufsucht. So leistet sie auch einen Beitrag dazu, daß der bewußteste Teil der Klasse auf immer neuer Stufe den Widersprüchen in der Lebensweise der Lohnarbeiter vorwärtsweisende Bewegungsformen schaffen kann.

VI. Eine Schlüsselfrage: Neue Vermittlungsformen von Privatheit und Öffentlichkeit

Marx hat in „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ auf die Rolle von Kommunikation, Öffentlichkeit und Austausch hingewiesen, ohne die aus einer Gruppe von Menschen in gleicher objektiver Lage keine für sich selbst handlungsfähige Klasse wird. Er schreibt über die französischen Parzellenbauern: „So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet. Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen . . . geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden.“ (1960, S. 198)

Angesichts der allgemein festgestellten Tendenz zur Isolierung der Angehörigen der Arbeiterklasse voneinander in der außerbetrieblichen Lebensweise scheint die Entwicklung von Arbeiteröffentlichkeit(en) heute eine Schlüsselstellung im Prozeß der Bildung zur Klasse für sich einzunehmen. Dabei verbietet die wissenschaftliche Entwicklung der Lebensweise aus der Kapitalbewegung die Fixierung auf vergangene Muster bewußter Arbeiterkultur. Dies gilt gerade für das Verhältnis zwischen Tendenzen gegenseitiger Abkapselung, des Privatismus also, und Tendenzen zur Kommunikation mit der Perspektive einer Arbeiteröffentlichkeit. Was vielfach an Formen dominierender Privatheit konstatiert wird, ist nicht einfach mit dem Fehlen einer kämpferischen Arbeiterbewegung zu er-

klären. Auch eine klassenbewußte und hochorganisierte Arbeiterbewegung wird in der Bundesrepublik schöpferisch neue Antworten auf veränderte Lebensbedingungen entwickeln müssen, die traditionellen Formen der Arbeiteröffentlichkeit die materielle Grundlage und Notwendigkeit entzogen haben: Auflösung gewachsener Arbeiterviertel zugunsten von durchmischten Wohngebieten fern vom Arbeitsplatz; Trend aus den großen Städten in Stadtrandviertel und Pendlergemeinden; größere Mobilität der Familien, Fluktuation in Betrieben und Wohngebieten; Mietwohnung nicht als einziger Regelfall, reale Möglichkeit des Eigenheims; Möglichkeit und Notwendigkeit, das gemütliche Heim als Zentrum der Reproduktion der Arbeitskraft zu gestalten, einschließlich des Anschlusses an weltweite Kommunikationssysteme; Aufhebung vieler äußerer Differenzierungen und Trennungen der Arbeiterschaft von ihren „sozialen Nachbarn“ (unter den zur Arbeiterklasse gehörenden Angestellten- und Beamtengruppen wie unter den lohnabhängigen Mittelschichten) — damit entfällt weitgehend die Tendenz zur selbstverständlichen Ausgrenzung aus den Verkehrskreisen dieser Schichten, und es kam zu einer weitgehenden Einebnung selbstbewußter Arbeitervereinskultur nach 1945.

Kneipe, Volkshaus, Stempelstelle, Arbeiterverein, kommunikative Plätze in der Arbeitersiedlung, die bis 1933 je spezifisch zwischen Privatleben und Arbeiterbewegung vermittelten, fallen als Orte für Öffentlichkeit weitgehend aus — es werden sich neue Formen herausbilden. Aber selbst wenn man *Reckés* These zustimmt, daß „Häuslichkeit zu einer allgemeinverbindlichen Verhaltensnorm geworden ist“ (1977, S. 195), folgt daraus nicht notwendig ein „Schwund politischen Bewußtseins“ (S. 197 f.) in der außerbetrieblichen Lebensweise. Denn, mit *Verret* zu sprechen, die veränderte Fabrik verändert das Haus. Konflikt- und Kampferfahrung etwa aus dem Betrieb bringen neue Themen und Maßstäbe in die familiären Gespräche, können kritischere Auseinandersetzung mit den Massenmedien fördern, den Bekanntenkreis verändern usw. In der Tendenz wird damit auch der Verabsolutierung von „Häuslichkeit“ entgegengewirkt.

Ich möchte vermuten, daß neben dem Ausbau betriebsbezogener Kommunikation der Arbeiter kommunale Angebote und Betätigungsmöglichkeiten, organisiert unter starkem Einfluß der Arbeiterbewegung, eine wachsende Rolle spielen werden (Jugendzentren, Volkshochschulveranstaltungen, Stadtteil- und Straßenfeste, dezentrale Sozial- und Kulturarbeit in den Wohngebieten als Kristallisationskerne). Denn in dem Maß, in dem der erfolgreiche Kampf der Arbeiterbewegung die *gesellschaftliche* Schaffung von Reproduktionsbedingungen durchsetzt, diese also nicht mehr von der Arbeiterbewegung in eigenen Massenorganisationen aufgebaut werden müssen, entfällt eine weitere wesentliche Grundlage der historischen Arbeiterkulturbewegung, muß sich der Kampf vielmehr auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Infrastruktur und Kultur richten. Entsprechende Formen der Dialektik von autonomer Organisation und Kampf um progressive und produktive Lebensbedingungen für die Massen bilden sich mit der praktischen Reaktion auf neue Bedingungen der Arbeiterbewegung heute allerdings erst ansatzweise heraus.

VII. Literatur

- CLARKE, John, HALL, Stuart, JEFFERSON, Tony, ROBERTS, Brian, Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: John Clarke u. a., *Jugendkultur als Widerstand*, hg. v. Axel Honneth, Rolf Lindner und Rainer Paris, Frankfurt/M. 1979
- DÄHNE, Eberhard, DIECKHOFF, Jörg, Materialien zur Entwicklung der Einkommen und der individuellen Konsumtion der Lohnabhängigen in den siebziger Jahren, *Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF*, Bd. 2, 1979
- DEPPE, Frank, *Das Bewußtsein der Arbeiter*, Köln 1971
- DILIGENSKI, G. G., *Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1978
- EHMER, Josef, Rote Fahnen — Blauer Montag, in: Detlev Puls (Hg.), *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten*, Frankfurt/M. 1979
- FRIEDRICH, Gerhard, Zum historischen Ort der aktuellen Diskussion über Kultur der Arbeiterklasse, in: *Materialistische Kulturtheorie — Alltagskultur und Kulturarbeit*, Argument-Sonderband 47, Westberlin 1980
- GROSCHOPP, Horst, Zur Kritik der Subkultur-Theorien in der BRD, *Weimarer Beiträge* 12/1977
- HAHN, Erich, *Historischer Materialismus und marxistische Soziologie*, Berlin (DDR) 1968
- HAUG, Wolfgang Fritz, Zu einigen theoretischen Problemen der Diskussion über die Kultur der Arbeiterklasse, in: IMSF (Hg.), *Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse*, München 1978
- HOFFMANN-AXTHELM, Dieter, *Kultur und so weiter*, Ästhetik und Kommunikation 35, 1979
- HOGGART, Richard, *The Uses of Literacy*, London 1957
- HUMMEL, Siegfried, Zum Grundsatzpapier, *Kulturpolitische Mitteilungen — Informationsdienst der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Nr. 6, 1979
- IMSF, *Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970*, Bd. I und II, Frankfurt/M. 1972, 1973
- KAROLEWSKI, Renate, *Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Kultur*, *Marxismus Digest* 31 „Kultur der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M. 1977
- KLUTH, Heinz, *Arbeiterjugend — Begriff und Wirklichkeit*, in: *Arbeiterjugend gestern und heute*, hg. v. H. Schelsky, Heidelberg 1955
- KRAMER, Dieter, *Kultur der Arbeiterklasse und kulturelle Aktivitäten in der Geschichte der Arbeiterbewegung*, in: *Massen — Kultur — Politik*, Argument-Sonderband 23, Westberlin 1978a
- KRAMER, Dieter, *Ausgangsbedingungen einer materialistischen Theorie der Kultur*, in: Wulf D. Hund, *Dieter Kramer* (Hg.), *Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie*, Köln 1978b
- KÜHNE, Lothar, *Zum Begriff und zur Methode der Erforschung der Lebensweise*, *Weimarer Beiträge* 8/1978
- LANGEWIESCHE, Dieter, *Arbeiterkultur in Österreich*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), *Arbeiterkultur*, Königstein 1979
- LEPENIES, Wolf, *Arbeiterkultur. Wissenschaftssoziologische Bemerkungen zur Konjunktur eines Begriffs*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1/1979
- LEVENSTEIN, Adolf, *Die Arbeiterfrage*, München 1912
- LOHMAR, Ulrich, *Die arbeitende Jugend im Spannungsfeld der Organisationen in Gesellschaft und Staat*, in: *Arbeiterjugend gestern und heute*, hg. v. H. Schelsky, Heidelberg 1955
- LUCAS, Erhard, *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M. 1976
- LÜDTKE, Alf, *Alltagswirklichkeit, Lebensweise und Bedürfnisartikulation*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 11, Frankfurt/M. 1978
- MAASE, Kaspar, *Arbeiterklasse, Reproduktion und Kultur im heutigen Kapitalismus*, in: IMSF (Hg.), *Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse*, München 1978
- MAASE, Kaspar, *Zur Diskussion um „Kultur der Arbeiterklasse“ in der BRD*, *Marxistische Blätter* 2/1979
- MAERTIN, Eva, *DGB-Jugendkulturgruppe Rotstifte: Entwicklung, Bedürfnisse, Motivationen*, in: IMSF (Hg.), *Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse*, München 1978
- MAERTIN, Eva, *Projekt Michelin — Kulturarbeit von Kollegen für Kollegen*, in: *tendenzen* 129, 1980
- MARX, Karl, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: MEW Bd. 8, Berlin (DDR) 1960
- NEGT, Oskar, KLUGE, Alexander, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt/M. 1972
- OSTERLAND, Martin, *Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern*, in: *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, hg. v. M. Osterland, Frankfurt/M., Köln 1975
- RECK, Siegfried, *Arbeiter nach der Arbeit*, Gießen 1977
- ITTER, Gerhard A., *Einleitung*, in: Ders. (Hg.), *Arbeiterkultur*, Königstein 1979a

RITTER, Gerhard A., Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, in: Ders. (Hg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979b

ROTERMUND, Hermann, Alltagskultur, in: Materialistische Kulturtheorie — Alltagskultur und Kulturarbeit, Argument-Sonderband 47, Westberlin 1980

SCHARMANN, Theodor, ROTH, Erwin (Hg.), Vom Proletarier zum Industriebürger, Stuttgart, Wien, Bern 1976

VERRET, Michel, Über die Arbeiterkultur, Marxismus Digest 31 „Kultur der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M. 1977

WILLIAMS, Raymond, Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte, München 1972

Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse

Ein Literaturbericht zur Vereinsforschung in der Bundesrepublik

Friedhelm Kröll

1. Das wiedererwachte Interesse am Vereinswesen — 2. Vereinsuntersuchungen im Lichte der Erforschung der Lebensweise der Arbeiterklasse — 3. Materialien und Ergebnisse der bundesdeutschen Vereinsforschung — 3.1. Vereinsthematische Forschungszusammenhänge — 3.2. Zu einigen soziologischen Ausprägungen der Vereinskultur — 4. Literatur.

1. Das wiedererwachte Interesse am Vereinswesen

Bibliographische Recherchen zum Thema „Verein“ erhärten die Einschätzung des Vereinsforschers H. J. Siewert vom Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln, daß die Erforschung der Vereine und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu den erheblich vernachlässigten sozialwissenschaftlichen Bereichen in der Bundesrepublik gehört (vgl. Siewert 1978a).¹ Die Vereinsforschung steckt „im Alter von 70 Jahren nach wie vor in den Kinderschuhen“ (Kuls 1980).² Denn schon 1910 hatte Max Weber auf dem Ersten Deutschen Soziologentag die Untersuchung des Vereinswesens zu einer der zentralen Aufgaben der deutschen Soziologie erklärt (Weber 1911). Webers Forderung hat kaum Resonanz gefunden. Dies überrascht nicht allein deshalb, weil ansonsten Webersche Forschungsoptionen in der bundesdeutschen Sozialforschung durchaus aufgegriffen worden sind; verwunderlich erscheint dieses auffällige Forschungsdefizit besonders deshalb, weil allein schon die ausgeprägte quantitative Seite des Vereinswesens in der Bundesrepublik — so wird etwa die Mitgliedschaft in Sportvereinen auf 13 Millionen beziffert — eine größere Aufmerksamkeit hätte erwarten lassen müssen.

In den letzten Jahren ist allerdings wieder ein wachsendes Interesse der Sozialforschung an der Vereinsthematik zu verzeichnen. Wenn auch von einer systematischen Vereinsforschung noch nicht gesprochen werden kann, so signalisiert doch die Veröffentlichung zumal einiger größerer sportsoziologischer empirischer Studien, daß dem Vereinswesen wieder mehr gesellschaftspolitische Bedeutung zugemessen wird. Die Studien sind zwar von unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Impulsen und ideologischen Motiven geleitet, gehen aber in einem wichtigen Punkt konform. Dem Vereinswesen wird keineswegs nur

1 Die Schwierigkeit, eine forschungsfruchtbare Vereinsdefinition zu geben, zeugt vom unterentwickelten Forschungsstand. Als verständigende Hilfsdefinition sei hier angeführt, daß unter die Kategorie „Verein“ solche Assoziationen gefaßt werden, die auf freiwilliger Basis beruhen, nicht primär ökonomischer Interessenwahrnehmung dienen und im weitesten Sinne historisch bestimmten, kulturell-sozialen Bedürfnissen entspringen. Im Unterschied zur gängigen Vereinsforschung werden unter diese Kategorie „Verein“ Parteien, Gewerkschaften und ökonomisch-sozial bestimmte Verbände nicht subsumiert.

2 „Das Schlagwortregister einer der größten soziologischen Bibliotheken enthält das Wort ‚Verein‘ nicht — geschweige denn den Ausdruck ‚Sportverein‘. Viele soziologische Handbücher erwähnen diese Begriffe nur beiläufig.“ (Lenk 1972, 15). An diesem Zustand hat sich bis heute wenig geändert.

eine eingeeengte lokalkulturelle und -politische Bedeutung zuerkannt; vielmehr wird es im Lichte der Stiftung und Stabilisierung gesamtgesellschaftlicher, vopolitischer Integrationsfähigkeit im Zeichen wachsender Vertrauenskrisen der abhängigen Bevölkerung in die zukünftige Leistungsfähigkeit des gesellschaftlichen und politischen Systems analysiert. Die integrationistische Sichtweise reicht im übrigen bis in die 50er Jahre zurück.

Was die 70er Jahre angeht, so standen zunächst vor allem die öffentlichkeitswirksamen Formen der „Neuvereine“, wie inzwischen die Bürgerinitiativen von der Vereinsforschung klassifiziert werden, im Mittelpunkt des Interesses. In den letzten Jahren hat sich die Aufmerksamkeit auf den Bereich der „Altvereine“, d. h. des traditionellen Vereinswesens, ausgedehnt. Einmal, weil Bürgerinitiativen mit der Zeit nicht selten in die „klassische“ Vereinsform sich verwandeln; zum anderen, weil den traditionellen Vereinsformen Eigenschaften zukommen, so z. B. ihre traditionsfreudige Stabilität, die sie nach Ansicht einiger Vereinsforscher besonders geeignet erscheinen lassen, sie zum Ansatzpunkt von gezielten Förderungsmaßnahmen zu wählen, welche auf Instrumentierung der traditionellen Vereine zu Organen des gesellschaftspsychologischen Status quo abzielen. Vereinsforschung flücht sich auf diese Weise in die Politik der sog. Krisenbewältigung ein.

Von den neueren empirischen Vereinsstudien im Zeichen der Krisen- und Integrationsproblematik ist die Arbeit von *H. Dunkelmann* über die „Lokale Öffentlichkeit“ (1975) zu nennen, die der Frage nach der Herstellung einer lokalen „bürgerschaftlichen Identität“ gewidmet ist. Es wird u. a. untersucht, inwieweit das Vereinswesen in der Lage ist, einen Beitrag zu einer krisenfesten Identität der abhängigen Bevölkerung mit ihren vorgefundenen Arbeits- und Lebensbedingungen zu leisten. *Dunkelmann* bezweifelt, daß in Zukunft die privatistische Kleinfamilie „außerfamilial verursachten Ätger“ (1975, 21), d. h. Unmut, welcher seine primäre Quelle in der Lage der Menschen im „Produktionsbereich“ (23) hat und durch zunehmende Verschlechterung der kommunalen Lebenssituation im Zeichen von „Planungs-betroffenheit“ noch verstärkt wird, hinreichend genug auszugleichen imstande ist. Weil die Familie selbst eine notorische Quelle „emotionaler Spannungen und Störungen“ (21) sei, sei es an der Zeit, nach funktionalen Alternativen der Eindämmung und Kanalisierung flottierenden sozialen Unmuts zu suchen. *Dunkelmann* kommt zu dem Schluß, daß im Rahmen einer krisenvorbeugenden „Sozialplanung“ dem traditionellen Vereinswesen ebenso wie den neuen Vereinsformen der Bürgerinitiativen durchaus entsprechende Funktionen zuwachsen könnten.

Das gewachsene Interesse am Vereinswesen im Zeichen seiner möglichen Neufunktionalisierung spiegelt sich auch in einer umfassenden sekundäranalytischen Studie des Instituts für Kommunalwissenschaften der *Konrad-Adenauer-Stiftung*.³ Zwei Motive bestimmen die Forschungen im Umkreis der *Adenauer-Stiftung*. Zum einen wird geprüft, „welche Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation zur Wahrnehmung vordringlicher gesellschaftlicher Aufgaben geeignet und in der Lage sind, der Tendenz wachsender Staatsaufgaben und -ausgaben entgegenzuwirken“ (*Bühler u. a.*, 1978, 1); die Erforschung des lokalen Vereinswesens steht somit im Zeichen des Abbaus von Sozialstaatlichkeit. Zum anderen wird das Vereinswesen im Rahmen der „Wiederentdeckung lokaler Politik durch die Parteien“ (*Siewert* 1978 a) neu thematisiert; d. h., Vereinsforschung wird, ähnlich wie

³ Diese von *W. Bühler*, *H. Kanitz* und *H. J. Siewert* bearbeitete Studie über „Lokale Freizeitvereine“ (1978) präsentiert durchweg solide Befunde, reflektiert insgesamt den derzeitigen Entwicklungsstand der theoretischen und empirischen Vereinsforschung.

bei *Dunckelmann*, im Lichte der Instrumentierung der Vereine zum Zwecke der Versäulung politischer Macht der herrschenden Klasse nach unten betrieben (vgl. *Siewert* 1977).⁴

Ebenfalls unter den Vorzeichen einer integrationistischen Neufunktionalisierung des Vereinswesens steht die 1978 in der von *Th. Ellwein* und *R. Zoll* herausgegebenen, zwölfbändigen Publikationsreihe „Politisches Verhalten“ erschienene empirische Studie von *P. Raschke* über „Vereine und Verbände“. Es geht darin unter dem euphorischen Etikett „Partizipationsforschung“ letztlich um systemstabilisierende Vorsorgeuntersuchungen zur Frage der Leistungsfähigkeit des Vereinswesens unter den Bedingungen eines wachsenden Problemzusammenhangs von „Verteilungskrisen“ und „Legitimationskrisen“ (1978, 221).

Die hervorstechende Bedeutung der Sportvereine innerhalb des gesamten Vereinswesens, nicht nur in quantitativer Hinsicht, spiegelt sich in neueren Publikationen zur Soziologie des Sportvereins. Das Gebiet der Sportvereine zählt inzwischen zu den vorzugsweise untersuchten Bereichen des Vereinswesens. Die groß angelegte, zweiteilige empirische Studie „Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland“ (*Schlagenhauf* 1977, *Timm* 1979) liefert nicht nur eine Fülle einschlägiger Materialien über die Rolle der Sportvereine innerhalb der sozialen Sphäre der Reproduktion der Arbeitskraft, sondern reflektiert anschaulich spezifische Funktionen des Vereinswesens im Gesamtzusammenhang von Sozialisations- bzw. Persönlichkeitsprozessen. Während die Arbeiten von *Dunckelmann* (1975), *Bühler* u. a. (1978) und *Raschke* (1978) primär von politisch-soziologischen Aspekten ausgehen, rücken die genannten Sportverein-Studien unmittelbar kultursoziologische Aspekte ins Licht und gewinnen auf diese Weise besondere Relevanz für eine zu entwickelnde Forschungsperspektive „Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse“.

Kultursoziologische Gesichtspunkte werden insbesondere in neueren kulturhistorisch und volkskundlich orientierten Arbeiten zur Geltung gebracht. Derartige Studien bilden gleichsam einen eigenständigen Einstieg in die Vereinsforschung; hierzu gehört z. B. die Untersuchung von *R. Lindner* und *H. Th. Breuer* zur „Sozialgeschichte des Fußballs im Ruhrgebiet“ (1978). Was immer auch an Kritik gegenüber derartigen Studien im einzelnen anzumelden ist, es bleibt als grundlegender positiver Aspekt hervorzuheben, daß sie das Vereinswesen gleichsam „von unten“, d. h. von Bedürfnisgesichtspunkten der lohnabhängigen Bevölkerung her thematisieren. Diese volkskundlich-kulturhistorische Forschungsrichtung verdient von seiten der materialistischen Kultursoziologie besondere Aufmerksamkeit, ist man doch dort bestrebt, verschüttete kulturelle Potentiale und neu sich bildende Keime im Bereich der Volkskultur aufzuspüren und in den Rahmen der Diskussion um eine demokratische Kulturpolitik einzubringen.⁵

Ausgehend von einer Kritik der integrationistisch-herrschaftsfunktionalen Vereinsforschung, anknüpfend an Motive der volkskundlichen Kulturforschung und basierend auf neueren Ansätzen zur Erforschung der Lebensweise der Arbeiterklasse (hierzu *Maase* 1977, 1978, 1980) ist begonnen worden, eine materialistische kultursoziologische Vereinsforschung zu entwickeln. Sie ist vorläufig an zwei miteinander verknüpften Bezugspunkten orientiert: zum einen an Entwicklungstendenzen der Lebensweise der Arbeiter-

4 Zu einigen Aspekten des wachsenden politischen Interesses an der Vereinsforschung vgl. *F. Kröll* (1980, 1980 a).

5 In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die Hessische Vereinigung für Volkskunde im Frühjahr 1980 eine Tagung zum Thema „Vereine in Kulturforschung und Kulturpolitik“ veranstaltet hat, auf der von Positionen einer demokratischen Kulturpolitik her endlich das Vereinsthema angegangen worden ist.

klasse, zum anderen an Entwicklungsperspektiven der politischen Kultur der Arbeiterbewegung (Kröll 1980).

Es sind an dieser Stelle zwei Einschränkungen vorzubemerkten. Erstens, der vorgelegte Literaturbericht beschränkt sich auf die Forschungsentwicklung seit den 50er Jahren in der BRD; der gegenwärtige Forschungsstand erlaubt noch keine international vergleichenden Betrachtungen zur gesamtgesellschaftlichen und insbesondere zur Bedeutung des Vereinswesens für die Lebensweise der Arbeiterklasse in entwickelten kapitalistischen Ländern. Zweitens ist zugleich mit jener zeitlichen Beschränkung sowohl die „Blüteperiode“ des Vereinswesens in Deutschland, die Entwicklung während der Weimarer Republik, als auch die Geschichte des Vereinswesens während des Hitlerfaschismus ausgespart. Sozialhistorische Studien insbesondere zum zweiten Aspekt wären nicht nur unter Gesichtspunkten der Aufarbeitung des antifaschistischen Widerstandes wünschenswert. Vielmehr steht zu erwarten, daß solche Forschungsarbeiten wichtige Kenntnisse über die sozialen, ideologischen und politischen Vorbedingungen der Rekonstruktion des Vereinswesens in den Westzonen bzw. der BRD ans Tageslicht fördern würden.

2. Vereinsuntersuchungen im Lichte der Erforschung der Lebensweise der Arbeiterklasse

Untersuchungen zur Bedeutung des Vereinswesens innerhalb der Lebensweise der Arbeiterklasse setzen in forschungspraktisch handhabbaren Umrissen eine theoretische Konzeption von Lebensweise voraus. Würde auf eine solche historisch konkrete Konzeption verzichtet werden, geriete m. E. die Vereinsforschung vorab in die Sackgasse. Denn die Gefahr liegt nahe, das gegenwärtige Profil des Vereinswesens rückprojektiv und restriktiv am Maßstab der Vereinskultur der Arbeiterbewegung beispielsweise während der Weimarer Republik zu bewerten. Mit wehmütigen Rückblicken ist jedoch nicht nur wissenschaftlich wenig gewonnen, Folge wären vor allem fatale kultur- und mithin auch bündnispolitische Fehlschlüsse. Wer etwa — in völlig unhistorischer Weise — das proletarische Vereinswesen des „Kohlenpotts“ oder des „roten Wedding“ der zwanziger Jahre zum überzeitlichen „attischen Ideal“ materialistischer Kultursoziologie stilisiert, dem entgehen nicht nur die inneren Strukturentwicklungen der Arbeiterklasse mit ihren bedeutsamen Auswirkungen für den in sich komplexen Charakter der Lebensweise. Vielmehr erscheinen dann zwangsläufig die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen im Vereinswesen einzig im Licht der auf diese Weise noch einmal inflationierten These von der „Verkleinbürgerlichung“. Demgegenüber ist gerade auch mit Blick auf die Erforschung des konkreten Vereinslebens die grundlegende, politisch folgenreiche Einsicht ins Licht zu rücken, daß „in dem Maße, in dem der erfolgreiche Kampf der Arbeiterbewegung — den Anforderungen der Produktivkraftentwicklung entsprechend — die gesellschaftliche Schaffung von Reproduktionsbedingungen durchgesetzt hat, diese also nicht mehr von der Arbeiterbewegung in eigenen Massenorganisationen aufgebaut werden müssen, eine wesentliche Grundlage der historischen Arbeiterkulturbewegung (entfällt), sich der Kampf vielmehr auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Infrastruktur und Kultur richten (muß). Entsprechende Formen der Dialektik von autonomer Organisierung und Kampf um progressive und produktive Lebensbedingungen für die Massen bilden sich mit der praktischen Reaktion auf neue Bedingungen der Arbeiterbewegung erst ansatz-

weise heraus" (*Maase* 1980 a). Just im Lichte dieser theoretischen Bestimmung ist eine angemessene analytische Bewertung der Entwicklung des Vereinswesens in zukünftigen aktual-empirischen und sekundär-analytischen Forschungen, zu denen der vorliegende Literaturbericht eine Vorstufe bilden möchte, zu leisten.⁶ Vor diesem Horizont ist denn auch das Problem des Verhältnisses von vorpolitischer Vereinskultur und Organisations- und Kampfkultur der Arbeiterklasse auf seine kulturpolitischen Implikationen hin neu zu durchdenken.

In diesem Literaturbericht bleibt der letztgenannte Aspekt weitgehend unberücksichtigt. Nicht nur, weil das vorliegende Untersuchungsmaterial in dieser Hinsicht wenig ergiebig ist, sondern auch weil es bisher an einer genügend durchgearbeiteten theoretischen Konzeption dessen, was mit „Politische Kultur der Arbeiterklasse“ begrifflich präzisiert werden soll, m. E. noch mangelt. Sinnvoll erscheint es deshalb, die Literaturrezeption auf Gesichtspunkte zu beschränken, wovon „die Herausbildung der politischen Kultur ... praktisch nicht zu isolieren (ist)“: die „alltägliche Lebensweise der arbeitenden Menschen, mit der die Bedingungen für Persönlichkeitsentfaltung gesetzt sind“ (*Maase* 1977, 73). Die analytische Betrachtung des Vereinswesens und seiner Wandlungen ist in Zukunft in gleichsam zweifacher Alltagsperspektive zu betreiben: einmal unter dem Aspekt der Lebensweise als einem widersprüchlichen, überindividuellen Ensemble erprobter, „im dialektischen Verständnis notwendiger und schöpferischer Typen aktiver Bewältigung sozial spezifischer Lebensbedingungen“; zum anderen unter dem Aspekt der einzelnen Subjekte als „besondere Persönlichkeit(en) wie als historische Träger der gruppenspezifischen Lebensweise“ (*Maase* 1980 a).

3. Materialien und Ergebnisse der bundesdeutschen Vereinsforschung

Vorab kann festgestellt werden, daß die bisher von der Vereinsforschung vorgelegten Befunde die Annahme erhärten, daß das Vereinswesen 1. einen die Lebensweise der Arbeiterklasse in der BRD mit prägenden Faktor bildet, und 2. dem Vereinsleben eine Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung der Individuen zuzumessen ist.

Ein Literaturbericht zur Vereinsforschung sieht sich einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber, die nicht so ohne weiteres zu beheben sind. Erstens sind eine Fülle von Untersuchungsergebnissen in Forschungszusammenhänge eingebettet, die keineswegs primär an der Erforschung des Vereinswesens orientiert sind. Dies hat nicht nur dazu geführt, daß Materialien zur Vereinsthematik in recht verstreuter Form vorliegen. Eine kritische Reinterpretation der Ergebnisse ist zusätzlich erschwert, weil die Befunde nicht selten heterogenen Forschungsmotiven und Interpretationsmustern subsumiert sind. Diese Vielgestaltigkeit erscheint auch in der Vielfalt der Forschungsdesigns und -methoden; das unverbundene Nebeneinander von z. B. Gemeinde-Monographien, volkswissenschaftlichen Arbeiten und repräsentativen Studien, die der üblichen Techniken der Meinungsumfragen sich bedienen, erschwert nicht nur die analytischen Vergleichsmöglichkeiten, sondern hat zu einem nicht geringen Teil auch zu dem in sich höchst widersprüchlichen Ergebnisbild bei-

⁶ Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang an einen bemerkenswerten forschungsleitenden Entwurf von A. Sternheim „Zum Problem der Freizeitgestaltung“, erschienen in der Zeitschrift für Sozialforschung (1932), zu erinnern. Dort werden einige Forschungsaspekte der Massenkultur vom Standpunkt der Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterklasse formuliert; unter anderem auch explizit das Vereinsleben.

getragen. Uneinheitlichkeit in den Erhebungsweisen und das Elend der Schichtungstheorien haben hierbei forschungshemmend zusammengewirkt.

Zweitens sieht sich ein Literaturbericht wie generell systematische Vereinforschung vor die Schwierigkeit gestellt, daß es bisher an einer gegenstandsangemessenen, forschungsoperativen Vereinstypologie mangelt.⁷ Es gibt zwar einige fruchtbar erscheinende Ansätze, so etwa bei *E. Bardey* (1956), *B. Luckmann* (1970) und jüngst bei *Raschke* (1978); von einem durchgearbeiteten Kriteriengerüst kann aber nicht die Rede sein.⁸ Schließlich stellt sich drittens das Problem der „Übersetzung“ von Untersuchungsergebnissen zur Vereinsthematik, denen fast ausschließlich mehr oder weniger willkürliche und mithin diffuse Modelle sozialer Schichtung zugrunde liegen, in sozialstrukturtheoretisch und klassenanalytisch fruchtbare Bestimmungen zur Rolle der Vereinskultur innerhalb der einzelnen sozialen Kategorien der in sich besonders bezüglich der kulturellen Lebensformen recht differenzierten Arbeiterklasse. Die geradezu wilde Vielfalt der verwendeten Schichtindizes erzwingt bei zukünftigen Reinterpretationen des vorliegenden Ergebnismaterials äußerste Behutsamkeit.

3.1. Vereinsthematische Forschungszusammenhänge

Der Komplex der Bürgerinitiativen, der im Rahmen der sog. Partizipationsforschung erheblich intensiver wissenschaftlich beleuchtet worden ist als das traditionelle Vereinswesen, bleibt im folgenden ausgespart.⁹ Anzumerken ist weiter, daß die nach Sachkomplexen angeführten Studien durchweg Informationen und Materialien über den engeren Bereich des Vereinsthemas hinaus zum Gesamtkomplex der Lebensweisen in der Bundesrepublik enthalten, die aber hier unberücksichtigt bleiben. Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß die Isolierung von Sachkomplexen notwendigerweise den darunter subsumierten einzelnen Studien „Gewalt antut“, insofern sie nur den jeweils dominanten Aspekt berücksichtigt. Endlich, es ist keine Vollständigkeit in Sachen Vereinforschungsliteratur beansprucht, wohl aber wird davon ausgegangen, daß wesentliche forschungsbestimmende Studien angesprochen sind.¹⁰

7 Besonders deutlich kommen solche Schwächen an den Zurechnungsweisen von Vereinsmitgliedschaft zum Vorschein. So subsumieren die meisten einschlägigen Untersuchungen in einer von der Sache her unzulässigen Weise Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit unter die allgemeine Kategorie Vereinszugehörigkeit. Dies erschwert besonders sozial differenzierte quantitative Bestimmungen der Entwicklung des Mitglieder-volumens.

8 Denkbar wären etwa kultursoziologisch orientierte Typologien nach Maßgabe des Charakters der in den jeweiligen Vereinsarten vorherrschenden Ziele und Aktivitäten, oder politisch-soziologisch orientierte Typologien, welche sich primär am gesellschaftspolitischen Funktionscharakter der Vereinsarten orientieren.

9 Vgl. hierzu aus der Sicht der sog. Partizipationsforschung die Studie von *Th. Ellwein, E. Lippert* und *R. Zoll* über „Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland“ (1975)

10 Eine wissenschaftshistorisch-ideologiekritische Studie würde m. E. erbringen, daß es, nach gesellschaftlichen Problemlagen und Forschungsmotiven aufgeschlüsselt, bestimmte Entwicklungsetappen in der Vereinforschung gibt. So steht für die 50er Jahre die Frage nach der Rolle der Vereine bei der „schichtübergreifenden“ sozialen Integration und der von „Einheimischen“ und „Zugewanderten“ im Vordergrund. In den 60er Jahren liegt der Akzent auf der Frage nach dem Beitrag der Vereine zur sog. Freizeitkultur, ein Aspekt der jüngst wieder aufgegriffen worden ist. In den 70er Jahren scheint die Vereinforschung im Zeichen auseinanderstrebender, gegensätzlicher Motive zu stehen: auf der einen Seite sozial-liberale, reformatorische „Partizipationsforschung“ und konservative „Enstaatlichungs“-Absichten, auf der anderen Seite die Erforschung des Vereinswesens vom Standpunkt der Entwicklung einer demokratischen Gegen- und sozialistischen Perspektivkultur.

3.1.1. „Gemeindeforschung“, „Untersuchungen zum industriell-sozialen Wandel“, „Stadt- und Regionalsoziologie“

Forschungskontexte, worin Vereinsforschung eingewoben ist, stellen insbesondere (a) die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre erschienenen Gemeindestudien dar, in denen sich spezifische soziale Problemlagen der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung spiegeln (z. B. soziale Eingliederung der Zuwanderungsströme), (b) die Untersuchungen zum „industriell-sozialen Wandel“ im Zeichen der forcierten industriellen Entwicklung, die immer größere Bevölkerungsteile (und Regionen) direkt in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingliedert, und (c) groß angelegte empirische Studien, die sich mit den spezifischen Problemen großstädtischer Agglomeration befassen (vgl. hierzu König 1958, Oswald 1966, bes. Abschnitt III).

Die in diesen Zusammenhängen betriebenen Untersuchungen erfassen die Rolle der Vereine im Rahmen der empirischen Erforschung „spezifisch gemeindlicher Determinationssysteme“ (Oswald 1966, 93), d. h. der Analyse lokal-regionaler sozialer Lebenseinheiten und -formen. Dies entspricht dem eigentümlichen Charakter der Vereinskultur, gleichsam „vor Ort“ Wirksamkeit zu entfalten. Aus den genannten Forschungsbereichen seien einige relevante Studien, die ergiebiges, verwertbares Material zum Vereinswesen liefern, angeführt.

— R. Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen (1958). In dieser Studie wird die Vereinsproblematik behandelt in den Kapiteln über „Soziale Beziehungen zwischen den Berufsgruppen“, „Soziale Distanz und Verflochtenheit der Berufsgruppen“ und „Teilnahme und Einfluß im Sozialleben Euskirchens“.

R. Mayntz (R. Pflaum), „Die Vereine als Produkt und Gegengewicht sozialer Differenzierung“. Diese Arbeit bildet einen Teil der vielzitierten, von G. Wurzbacher geleiteten Untersuchung über „Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde“ (1961). Der Beitrag von R. Mayntz umfaßt sozialtheoretische und aktual-empirisch orientierte Aspekte und Ergebnisse, die sich komplementär zur „Euskirchen-Studie“ verhalten und ebenfalls die These über die soziale Integrationsfunktion der Vereine zu erhärten suchen. Die dort entwickelten Kategorien und Problemaspekte gehören bis heute zum Standardrepertoire der Vereinsforschung.

— H. Croon / K. Utermann, Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet (1958). In dieser Untersuchung über den sozialen Strukturwandel einer ländlichen Gemeinde in „Folge des Vorwärtsdringens der industriellen Gesellschaft“ werden die Vereine als ein Element im Ensemble der sich wandelnden Lebensformen der werktätigen Bevölkerung untersucht.

— Die Untersuchungen von H. Bausinger, M. Braun und H. Schwedt über „Neue Siedlungen“ (1959), M. Irlé, Gemeindeforschung und soziale Untersuchungen zur Ballung Stuttgart (1960), A. Hahn, „Vereine“, in: Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe. Grundlagen zur Neuordnung eines Großstadtbereichs (1965) und von H. G. Wehling und A. Werner, Kleine Gemeinden im Ballungsraum (1975) behandeln das Vereinsthema im Zusammenhang mit der Frage nach dem Funktions- und Bedeutungswandel bzw. Funktionsverlust traditioneller sozialer Lebensformen im Zuge umwälzender großstädtischer Agglomerierungsprozesse. Von besonderem analytischen Wert sind die Diagnosen von Hahn, da sie um theoretische Systematik des Vereinswesens bemüht sind.

— *W. Roth*, *Das Dorf im Wandel. Struktur und Funktionssysteme einer hessischen Zonenrandgemeinde im sozialkulturellen Wandel* (1968). Diese monographische Arbeit zeichnet sich dadurch aus, daß sie durchweg vernachlässigte Aspekte, nämlich z. B. Vereine als Organe des antifaschistischen Widerstandes und die Folgen der Zerstörung ihres demokratischen Kulturpotentials durch den Faschismus für den Prozeß der Wiederherstellung des lokalen Vereinswesens nach 1945, ins Licht rückt.

— *B. Luckmann*, „Politik in einer deutschen Kleinstadt“ (1975). Diese Gemeindestudie erforscht die Leistungen und Veränderungen einer lokalen Vereinskultur unter dem Aspekt der Bedeutung „kleiner Welten“ für die alltäglichen Lebensformen.

3.1.2. „Freizeitstudien“

Die nachfolgend angeführte Literatur behandelt die Rolle der Vereine im Kontext der in den 60er Jahren verstärkt einsetzenden „Freizeit-Diskussion“. Es geht um Probleme des Bedeutungsverlustes bzw. -zuwachses der Vereine insbesondere vor dem Hintergrund konkurrierender Angebote seitens der kommerziellen Kultur- und Freizeitgroßindustrie. (Solche Aspekte sind auch in der schon zitierten Studie von *Hahn* (1965) angesprochen.)

— 1966 erscheint im Zuge des sich andeutenden Sportbetätigungs-„booms“ der bemerkenswerte Sammelband „Der Verein. Standort, Aufgabe, Funktion in Sport und Gesellschaft“, der zwar primär den Sportvereinen gewidmet ist, aber durchaus instruktive Ergebnisse zur gesamten Vereinsproblematik enthält. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in dieser Hinsicht die Beiträge von *K. Bellmer* „Zwischen heute und morgen. Die Chance der Vereine“, und *J. Palm*, „Vom Feierabend zur Fünftagewoche. Der Verein und die Freizeit“.

— Die empirische Studie von *R. Wald*, *Industriearbeiter privat. Eine Studie über private Lebensformen und persönliche Interessen* (1966) rückt zwar das Vereinswesen in einen fruchtbaren Forschungskontext, räumt ihm aber im Forschungsdesign nur einen äußerst dürftigen Platz ein.

— Die 1969 als Dissertation fertiggestellte, aber erst 1977 publizierte Arbeit von *S. Reck*, *Arbeiter nach der Arbeit. Sozialhistorische Studie zu den Wandlungen des Arbeiteralltags*, gewinnt ihren vereinstheoretischen Wert nicht nur dadurch, daß sie das Vereinsleben im Zusammenhang der Alltagskultur der Arbeiter untersucht, sondern auch weil sie um Ansätze theoretisch-sozialhistorischer Betrachtung des Bedeutungswandels der Vereinsaktivitäten innerhalb der Lebensweise sich bemüht. Allerdings erscheint die empirische Basis der Diagnosen als recht ungenügend.

— In den Arbeiten von *M. Osterland u. a.*, *Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD* (1973), und *D. Kramer*, *Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft* (1975) kommt der Aspekt der Vereinskultur nicht über den Status einer Marginalie hinaus, wenngleich auch hier der alltagskulturelle, reproduktionsbezogene Kontext der Vereinsthematik den angemessenen Bezugsrahmen bildet.

— Die schon zitierte Studie von *W. Bühler u. a.* über „Lokale Freizeitvereine“ (1978) enthält, weil sie vereinspezifisch angelegt ist, das wohl reichhaltigste und brauchbarste Material. Zukünftige Vereinsuntersuchungen werden sich in kritischer Reinterpretation auf diese Studie beziehen müssen.

3.1.3. „Sportsoziologie“

Dieser thematische Komplex überschneidet sich vielfältig mit dem zuvor skizzierten. Er verdient aber Besonderung, weil zum einen die Vereinsforschung auf dem Gebiet der Sportvereine am weitesten gediehen ist, und zum anderen weil die Sportvereine gerade im Blick auf die Lebensweise der Arbeiterklasse zum eindeutig wichtigsten Vereinstyp angewachsen sind.

— Aus dem schon zitierten Sammelband „Der Verein“ (1966) sind besonders zwei Beiträge hervorzuheben: O. Grupe „Der moderne Turnverein. Versuch einer Standortbestimmung“ und H. Lenk, „Zur Soziologie des Sportvereins“. Die Studie von Lenk stellt eine umfassende systematische Darstellung empirischer Ergebnisse und den Versuch der theoretischen Durchdringung der Erscheinungsform der Sportvereine im Sozialleben dar. Eine überarbeitete Fassung des genannten Beitrags hat H. Lenk 1972 als „Materialien zur Soziologie des Sportvereins“ vorgelegt.

— Die bisher umfassendste empirische Untersuchung bildet die schon zitierte Studie über „Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland“ — Teil I: Strukturelemente und Verhaltensdeterminanten im organisierten Freizeitbereich (Schlagenhauf 1977), Teil II: W. Timm, Organisations-, Angebots- und Finanzstruktur (1979). Diese repräsentative Studie, im Rahmen der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft erschienen, reflektiert eindrucksvoll die stetig gewachsene quantitative und qualitative Bedeutung des Sportvereinswesens für die Lebensweise der verschiedenen Kategorien der Arbeiterklasse ebenso wie für die verschiedenen Kategorien der Zwischenschichten.

3.1.4. „Partizipationsforschung“

Die Frage nach der Rolle des Vereinswesens im Rahmen der Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Prozeß bildet gleichsam eines der Grundmotive vieler Vereinsuntersuchungen. In den 70er Jahren ist dieser Aspekt unter dem Stichwort „Politische und kulturelle Partizipation“ im Zuge der sog. Reform-Diskussion wieder besonders in den Mittelpunkt der Vereinsforschung gerückt worden.

— Eine auch im Kontext der Vereinsforschung häufig angeführte soziologische Studie ist die von E. Reigrotzki über „Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Elemente der sozialen Teilnahme in Kirche, Organisationen und Freizeit“ (1956). Sie enthält zwar instruktive Datensegmente zum Vereinswesen, darf aber als Schulfall einer schichten-, staats- und organisationstheoretisch mißratenen Studie in der Umsphäre des Geredes über die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ gelten.

— Empirische Daten zur Bedeutung der Vereine im Rahmen (kommunal-)politischer Partizipation liefert die ortsmonographisch angelegte Dissertation von G. A. M. Lenzer, Staatsbürgerliches Verhalten im kommunalen Bereich (1962).

— Anregungen zur theoretischen Analyse der politischen und kulturellen Dimensionen des Vereinswesens enthält der Beitrag von H. J. Benedict über „Kleinbürgerliche Politisierung. Zur Partizipationsform des Vereinslebens und der Verbandstätigkeit“ (1972), der in dem von E. Bahr herausgegebenen Sammelband „Politisierung des Alltags“ erschienen ist. Allerdings verstellt sich der Autor manche Tore zur Einsicht durch die allzu flott vertretene, tradierte These von der „Verkleinbürgerlichung der Arbeiterklasse“.

— Reichhaltiges empirisches Material (und einige partizipationstheoretische Interpretationsversuche) zum Vereinswesen breitet die im Rahmen der Schriften der „Kommiss-

sion für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" erschienene Studie von *B. Armbruster* und *R. Leisner*, Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik (1975), aus.

— Die schon eingangs zitierten Untersuchungen von *H. Dunkelmann*, Lokale Öffentlichkeit (1975) und *P. Raschke*, Vereine und Verbände (1978), bilden beim derzeitigen Entwicklungsstand der Vereinsforschung eine unentbehrliche Grundlage, da sie nicht nur in systematisch-typologischer Hinsicht die Forschungsentwicklung voranbringen, sondern auch solide aufgearbeitetes aktual-empirisches Material zu einer Fülle von soziologischen Dimensionen des Vereinswesens vorweisen.

— Schließlich sind die literaturkritischen Aufsätze von *H. J. Siewert* „Verein und Kommunalpolitik" (1977) und „Der Verein" (1978) zu erwähnen, die einen problemhistorischen Einstieg in die Erforschung des Vereinswesens versuchen.

3.1.5. „Gastarbeiter-Forschung"

Neuere Forschungsansätze zur Lebensweise der Gastarbeiter bzw. Arbeitsimmigranten weisen eine bisher wohl völlig unterschätzte Bedeutung der Vereinskultur aus. Hierzu seien als Literaturhinweise angeführt: *K. D. Schaefer*, Die Assimilierung der polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet (1974) und *F. Heckmann*, Ethnischer Pluralismus und ‚Integration‘ der Gastarbeiterbevölkerung (1980).

3.1.6. „Kultursoziologisch-volkskundliche Studien"

Das Interesse an der Vereinskultur gehört zum traditionellen Bestand der empirischen Volkskunde in der BRD. Es scheint derzeit, als ob hier gleichsam eine Forschungs-„Renaissance" sich andeutet.¹¹

— Wenngleich auch die Studie von *H. Schmitt*, Das Vereinsleben der Stadt Weinheim an der Bergstraße. Volkskundliche Untersuchung zum kulturellen Leben einer Mittelstadt (1963), erhebliche methodische Schwächen aufweist, so verdient sie doch Aufmerksamkeit, weil in ihr eine spezifisch kultursoziologische Problemsensibilität spürbar ist, die anregend wirkt auf zukünftige kulturwissenschaftliche monographische Studien über regional- und lokalspezifische Vereinskulturen.

— Unter dem Aspekt der Erforschung der Geselligkeit als Moment alltäglicher Lebensformen hat *H. Freudenthal* eine sozialhistorische Untersuchung über „Vereine in Hamburg" (1968) vorgelegt, die gleichfalls unter spezifisch kultursoziologischen Gesichtspunkten von Interesse ist.

— Die schon zitierte Monographie von *R. Lindner* und *H. Th. Breuer* „Sind doch nicht alles Beckenbauers" (1978) repräsentiert einen Typus von Studien über (Sport-)vereinsleben und -geschichte, der in Zukunft mit dazu beitragen könnte, „weiße Flecken auf der Landkarte" der Lebensweise der Arbeiterklasse in der BRD zu verkleinern.

— In die Reihe neuerer volkskundlicher Studien, die sich um eine Orts- und Funktionsbestimmung lokaler Vereine im Rahmen der Wiederentdeckung städtischer Alltagskultur bemühen, gehört die in mancher Hinsicht pionierartige Veröffentlichung „Frankfurter Feste, von wem? für wen?" (1979). Über die verwendete Methodik, worin sich bestimmte gegenwartstypische spontaneistische Kulturkonzeptionen niederschlagen, ist in Zukunft

¹¹ Der Tübinger Volkskundler *H. Bausinger* hat 1959 in seinem Aufsatz über „Vereine als Gegenstand volkskundlicher Forschung" ein durchaus richtungweisendes Untersuchungsprogramm skizziert, das aber bis heute nur unzureichend aufgegriffen worden ist.

im Rahmen der Bemühungen um eine materialistische Vereinsforschung intensiver zu diskutieren.

3.2. Zu einigen soziologischen Ausprägungen der Vereinskultur

Im folgenden sollen skizzenförmig einige Ergebnisaspekte empirischer Untersuchungen über das vielgestaltige Vereinswesen dargestellt werden, die in Umrissen ein Bild der sozialen und kulturellen Relevanz des Vereinswesens vermitteln sowie persönlichkeitsprägende Dimensionen andeuten.

3.2.1. Sozialstrukturell-demographische Ausprägungen des Vereinswesens

Was die Ermittlung quantitativer Entwicklungen des Vereinswesens in der Bundesrepublik insgesamt angeht, so klagt die Forschung übereinstimmend über die Schwierigkeiten, eine solide Datengrundlage zu sichern. Zum einen fehlt es an einer hinreichend vollständigen amtlichen Statistik über die Mitgliederbewegung, so daß die Forschung „meist auf die Angaben der verschiedenen Organisationen selbst angewiesen ist“ (*Schlagenhauf* 1977, 40). Das wirft eine Reihe von Problemen erhebungsmethodischer Art auf. Zum anderen sind vorliegende empirische Untersuchungen zumeist derart sparten-, vereinstyp- und funktionspezifisch, daß die „gewonnenen Materialien ebenfalls nur begrenzt aussagefähig sind“ (ebd. 40). Forschungsunternehmungen wie die über die „Sportvereine in der Bundesrepublik“ kombinieren daher verschiedene Erhebungs- und Ermittlungstechniken. Repräsentative Umfragen bilden zumeist den Kern der Datenbeschaffung.

Was an Ergebnissen zur quantitativen Ausprägung des Vereinswesens greifbar ist, ist denn auch im Lichte der genannten Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten zu interpretieren; sie gründen in der Grundproblematik von Meinungsumfragen, in der schwierig zu handhabenden Problematik der Erscheinungsform der Mehrfachmitgliedschaften, schließlich in der zum Teil recht unterschiedlichen Auswahl der Altersklassen, deren Vereinsmitgliedschaft abgefragt wird. Auf die völlig unzulässigen Zurechnungsweisen von Mitgliedertypen ist oben schon hingewiesen worden.

Trotz der angerissenen Probleme, die sich einer qualitativen Interpretation der quantitativen Entwicklungen stellen, lassen sich einige grobe Ausprägungen innerhalb des Vereinswesens herausfiltern. Die vorliegenden Materialien weisen aus, daß ungefähr 30 % der bundesdeutschen Bevölkerung in Vereinen organisiert sind.¹² Darunter fallen freilich in ihren sozial-kulturellen Wirkungen so unterschiedliche Vereinsformen wie der ADAC oder der Bienenzüchterverein. Für den Zeitraum zwischen 1964 und 1973 kann eine relative Konstanz jenes Prozentsatzes ausgemacht werden.

Was die Gruppe der Jugendlichen zwischen 13 und 24 Jahren angeht, so stieg deren vereinsförmiger Organisationsgrad zwischen 1964 und 1975 von 40 % auf fast 60 %, gemessen an der Gesamtheit der Jugendlichen dieser Altersgruppe. Diese Zahlen deuten allemal für die Zukunft auf eine wachsende Bedeutung des Vereinswesens hin. Jedoch ist davon auszugehen, daß diese Entwicklung vor allem auf die Mitgliederzuwächse der Sport-

¹² Die Angaben sind im wesentlichen den Studien von *Armbruster/Leisner* (1975), *Bühler u. a.* (1978) und *Schlagenhauf* (1977) entnommen. Es gibt allerdings Studien, die einen höheren Prozenwert des vereinsförmigen Organisationsgrades der bundesdeutschen Bevölkerung angeben (hierzu *Schlagenhauf* 1977, 44 f.)

vereine zurückzuführen ist, deren Gesamtvolumen derzeit ca. 13 Millionen Mitglieder ausmacht. Nach der Erhebung von *Schlagenhauf* (1977, 44) umfassen die „Sportvereine ... alleine schon einen größeren Personenkreis als alle anderen Freizeitorganisationen zusammen“. Demgegenüber ist zum Beispiel ein „starkes Zurückgehen der Mitgliedschaften in Musik- und Gesangsvereinen“ zu verzeichnen. Differenziertere Angaben über die quantitative Verteilung der Mitgliedschaften auf einzelne Vereinsarten finden sich in *Bühler u. a.* (1978, 91 ff.).

Vereinsuntersuchungen im Zeichen der Erforschung der Lebensweise der Arbeiterklasse werden genauer die Tendenzen der Verschiebungen innerhalb des Vereinswesens zu prüfen haben, spiegeln sich doch darin Veränderungen in den sozialkulturellen Bedürfnissen und den „Lebensstilen“. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Bestandsaufnahme der vereinsförmigen Mitgliedschaften für sich noch keine Rückschlüsse auf die sozial-kulturellen Funktionen der Vereine insgesamt erlaubt. Vielmehr ist geboten, jeweils das Verhältnis von Mitgliederbewegung und Aktivitätspotential, d. h. die „aktiv-passiv“-Dimension genauer zu erforschen, wie dies in der zitierten Sportvereinsstudie geleistet worden ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Sportvereine, was den Anteil der aktiven Vereinsmitglieder betrifft, am günstigsten abschneiden.

Was jedenfalls die Mitgliederbewegung insgesamt angeht, so hat sich, allen feuilletonistischen Unkenrufen zum Trotz, die Einsicht bestätigt, daß der Verein mehr und anders ist als nur ein „guter deutscher Rest aus der guten alten Zeit“ (*Palm* 1966, 119). „Eher können Arbeiter schon dem Vereinsleben etwas abgewinnen“ (*Osterland u. a.* 1973, 261). Die Feststellung, daß die Industriearbeiterschaft dem traditionellen Vereinswesen eher zugeneigt ist als anderen Formen kultureller Teilhabe am (lokalen) Sozialleben, wird durchgängig in den einschlägigen Untersuchungen bestätigt: „Der relativ hohe Anteil von Arbeitern (insbesondere von Facharbeitern) in den Vereinen fällt besonders ins Auge.“ (*Bühler u. a.* 1978, 142). Allerdings gilt es hier, auf eine wichtige Differenzierung hinzuweisen. Während Facharbeiter einen besonders hohen Grad an vereinsförmiger Organisiertheit aufweisen, sind ungelernete und angelernte Arbeitergruppen stark unterrepräsentiert, ein Sachverhalt, der schon in der frühen Untersuchung von *Reigrotzki* (1956) beobachtet und auch in den neueren Studien von *Dunckelmann* (1975), *Armbruster/Leisner* (1975) und *Bühler u. a.* (1978) wieder hervorgehoben worden ist. Insgesamt weisen die Materialien aus, daß die Gruppen der kleinen und mittleren „Selbständigen“, der lohnabhängigen Zwischenschichten, der mittleren und unteren Angestelltengruppen und die Facharbeiter das Hauptreservoir der Vereine darstellen.

An dieser Stelle sei kurz auf den Aspekt der Vereine als Instrumente bürgerlicher Herrschaftssicherung eingegangen. In seiner gegenwärtigen organisationspolitischen Gestalt, zumal was den sozialen und politischen Charakter der Vereinsführungen auf der Ebene der „Großvereine“ angeht¹³, funktioniert das Vereinswesen gleichsam als ein vorpolitischer Arm der herrschenden Klasse zur Festigung von Massenloyalität. Dieser ausgeprägte Zug des Vereinswesens macht den zwieschlächtigen, innerlich widersprüchlichen Charakter der Vereine aus: zwar als Stätte sozialkultureller Tätigkeit der abhängigen Bevölkerung

13 Zur Problematik der „Vereinsführung“, die unter Gesichtspunkten der politischen Soziologie der sozialen Versäulung der politischen Macht der herrschenden Klasse nach unten besonders Aufmerksamkeit verdient, die einschlägigen Ergebnisse bei *Grosskopf* (1966), *Lenk* (1966, 1972), *Benedict* (1972), *Dunckelmann* (1975), *Raschke* (1978).

zu wirken, zugleich aber als Organ der ideologisch-politischen Hegemonie der herrschenden Klasse zu fungieren, Momente der kulturellen Selbstbestimmtheit ebenso zu besitzen wie Momente der politischen Fremdbestimmtheit (vgl. Kröll 1980).

Betrachtet man die soziale Zusammensetzung des Vereinswesens insgesamt, so scheint jedenfalls ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem beruflichen Qualifikationsniveau, dem allgemeinen Bildungsniveau, den Lebensstil-Traditionen und der Vereinsfreudigkeit zu bestehen.¹⁴ D. h., es verbieten sich simple Kurzschlüsse zwischen der ökonomischen Bestimmung der Klassenlage und dem Profil des Vereinswesens als Element der Lebensweise. Vielmehr scheint das Vereinswesen sozial-kulturelle Feindifferenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse zu spiegeln. Diese Differenzierungen drücken sich offensichtlich in den unterschiedlichen Präferenzen der verschiedenen Kategorien der Arbeiterklasse für bestimmte Vereinsarten aus.

So rangieren innerhalb der Industriearbeiterschaft (insbesondere Facharbeitergruppen) die Sportvereine und die sog. Hobbyvereine, d. h. Vereine, die an bestimmte Seiten der Arbeitstätigkeit auf eine wohl eher eigeninitiierte Weise anknüpfen, an der Spitze. Zu berücksichtigen ist des weiteren, daß es darüber hinaus z. B. innerhalb des Bereichs der Sportvereine wiederum sozial-kategorial ausgeprägte Präferenzen für bestimmte Sportarten gibt. So hat *Schlagenhauf* folgende „schichtenspezifische“ Rangskala ermittelt: 1. Tennis, 2. Segeln, 3. Volleyball, 4. Pferdesport, 5. Skifahren, 6. Wandern, 7. Gymnastik, 8. Schwimmen, 9. Eislaufen, 10. Tischtennis, 11. Turnen, 12. Leichtathletik, 13. Radfahren, 14. Fußball, 15. Handball, 16. Kegeln, 17. Kampfsportarten, 18. Schießsport und sonstige Sportarten (1977, 150 ff.). Schließlich machen sich sogar erhebliche regional-kulturelle Unterschiede bemerkbar (vgl. *Bühler u. a.* 1978, 100).

Die angedeuteten Feindifferenzierungen widerlegen das durchweg von den Vereinsführungen veröffentlichte egalitäre Selbstbild (vgl. *Mayntz* 1961, *Luckmann* 1970, *Wehling/Werner* 1975, *Raschke* 1978); das Vereinswesen reflektiert sinnfällig die innere Differenziertheit der Arbeiterklasse.¹⁵

Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, worauf schon *R. Mayntz* in ihrer „Euskirchen-Studie“ (1958) hingewiesen hat, daß nämlich die unteren Qualifikationsgruppen der Industriearbeiterschaft nicht prinzipiell der Mitgliedschaft in Vereinen ablehnend gegenüberstehen. Es besteht durchaus der Wunsch nach vermehrter vereinsförmiger sozial-kultureller Teilhabe. Die Befragten der un- und angelernten Arbeitergruppen geben nämlich durchweg an, daß es finanzielle Gründe, Zeitmangel und andere soziale Hindernisse sind, welche sie von einer Teilnahme an den Vereinen abhalten. Es zeigt sich auch hier sinnfällig, daß das kulturkritische Gerede über „zuviel Freizeit“, mit der die arbeitenden Menschen nichts anzufangen wüßten, der Realitätsprüfung nicht standhält.

Abschließend seien noch einige Bemerkungen zur „demographischen“ Differenzierung des Vereinswesens notiert. Alle Untersuchungen kommen einhellig zu dem Ergebnis, daß — mit Ausnahme der oberen Zwischenschichten — die Frauen aller sozialen Kategorien der werktätigen Bevölkerung überaus stark unterrepräsentiert sind in den Verei-

¹⁴ Vgl. hierzu die instruktiven Hinweise bei *Hahn* (1975) und *Bühler u. a.* (1977, 111), daß z. B., selbst was die Sportvereine angeht, Vereinsmitgliedschaft und Vereinstätigkeit durchaus noch als ein „bildungsabhängiges Privileg“ erscheinen.

¹⁵ Zu den kultursoziologischen und -politischen Konsequenzen dieses Grund Sachverhalts *Maase* (1977, 67).

nen.¹⁶ Keine eines Abbaus dieser Benachteiligung deuten sich besonders im Sportvereinswesen an.

Einen zentralen Faktor der Bestimmung des Vereinswesens bildet das „Stadt-Land-Gefälle“; d. h., das Mitgliedervolumen ebenso wie der Aktivitätsgrad des Vereinslebens variieren deutlich nach den Ortsgrößen-Klassen. Es ist zwar keineswegs so, daß die Vereine inzwischen eine ausschließliche Domäne der ländlich-kleinstädtisch-mittelstädtischen Regionen sind (vgl. *Siewert* 1978, 70 ff.); aber alle vorliegenden Studien weisen aus, daß die Vereine mit wachsender Ortsgröße an Bedeutung verlieren. Allerdings fehlt es an eingehenderen Analysen zur Aufgliederung ihrer sozial-kulturellen Bedeutung im Blick auf die einzelnen sozialen Kategorien der in den großstädtischen und Ballungszentren lebenden werktätigen Bevölkerung. Jedenfalls weisen die Untersuchungen für die Sportvereine aus, daß sie inzwischen im großstädtischen Bereich den Mitgliederschwind einiger anderer Vereinstypen auszugleichen scheinen (vgl. *Dunckelmann* 1975, 107 ff.). Die sich andeutenden Wandlungen in der Bedeutung der einzelnen Vereinsarten für die verschiedenen sozialen Kategorien der werktätigen Bevölkerung legen jedenfalls nahe, in diesem Bereich vermehrte intensive Forschungen zur Rolle des Vereinswesens für die Lebensweise der Arbeiterklasse zu unternehmen.

3.2.2. Zu einigen sozial-kulturellen und persönlichkeitswirksamen Aspekten des Vereinswesens

Der gegenwärtige sozial-kulturelle Charakter des Vereinswesens scheint durch zwei grundlegende Tendenzen gekennzeichnet. Auf der einen Seite ist bis heute die für das Vereinsleben traditionell typische Freiwilligkeit des Vereinsengagements mitsamt seinen nicht- bzw. gegenprivatistischen, sozial-moralischen Komponenten verbreitet. Diese Seite ist oft unter dem Stichwort der „Ehrenamtlichkeit“ von Funktionsausübungen vermerkt worden, worin zum Vorschein kommt, daß Menschen einen Teil ihrer Nichtarbeitszeit freiwillig Tätigkeiten spezifisch sozial-kultureller Natur „unentgeltlich opfern“ (vgl. *Bellmer* 1966, 201). Solche Menschen erscheinen dem gewöhnlichen privatistischen Bewußtsein als „Idealisten“, die man anerkennend belächelt. Daß die genannte Seite des Vereinswesens immer noch von tragender Bedeutung ist, kann füglich darin abgelesen werden, daß die schon zitierte Studie der *Adenauer-Stiftung* (1978) just diese spezifisch sozial-kulturelle Qualität des Vereinswesens zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen nimmt, staatliche Funktionen auf freiwillige Vereinstätigkeit zu überwälzen.

Der sozial-kulturellen Leistungskapazität des freiwilligen Vereinsengagements steht eine von vielen Vereinsforschern registrierte Zunahme einer eingeschränkt „instrumentalistischen“ Beziehung von Teilen der Mitgliedschaft zu ihren Vereinen gegenüber; d. h., die Vereine werden auf bestimmte „Dienstleistungsfunktionen“ reduziert (vgl. *Raschke* 1978, 157 ff.). Dies führt zu einer Form von „Benutzerhaltung“ (*Schlagenhauf* 1977, 104) und impliziert einerseits einen Schwund an bestimmten sozial-moralischen Qualitäten des Vereinslebens, andererseits einen Verlust an spezifisch sozialen persönlichkeitsprägenden Wirkungen der Vereinszugehörigkeit. Diese zweite Seite des gegenwärtigen Vereinswesens scheint wiederum erheblich entsprechend dem Stadt-Land-Kontinuum und

16 Eine Besonderheit stellen die kirchlichen Vereine dar, in denen regional, konfessionell und nach Ortsgröße ausdifferenziert, ein hoher Frauenanteil gerade auch aus den Arbeitergruppen festgestellt worden ist (vgl. *Hahn* 1965).

nach Vereinsarten zu differieren. Aber selbst dort, wo der „instrumentalistische“ Bezug vorherrscht („Vereinsbeitrag gegen Vereinsanlagenbenutzung“) wie in manchen neueren Sportvereinsarten, sind sozial-kulturelle Momente keineswegs gänzlich ausgelöscht; „das Mithelfen und konkrete Mitpacken“ (*Schlagenhauf* 1977, 108) scheint sich auch in solchen Vereinsarten im Laufe der Zeit einzubürgern. Gleichwohl hat die „instrumentalistische“ Tendenz auch positive Wirkungen, insofern sie zu einer gewissen „Entkrampfung“ in der Vereinswelt beigetragen hat. Hierzu gehört die Lockerung bestimmter Formen vereinspezifischer Borniertheit, die gepaart sind mit überzogenem Traditionalismus, Separatismus und spezifischen Arten von Exklusivität (vgl. *Bühler u. a.* 1978, 140 ff.). Jedenfalls scheint das „vereinsmeierische totale Engagement“ partikulärer Beziehungen zu weichen.

Allerdings wäre es unangemessen, aktives Vereinsengagement pauschal mit „Vereinsmeierei“ abzutun. Denn in der sog. Vereinsmeierei stecken auch entschieden sozial-qualitative Momente, die Licht auf sozial-kulturelle und persönlichkeitswirksame Aspekte des Vereinslebens werfen (zur inneren Widersprüchlichkeit der „Vereinsmeierei“ *Kröll* 1980). *Bühler u. a.* (1978, 117) haben diese Aspekte unter die brauchbare Kategorie der „Sozialmoral“ gefaßt. Die Menschen üben nämlich in den Vereinen nicht nur einsinnig zweckbestimmte Tätigkeiten aus, z. B. Sportbetätigung oder Briefmarkensammeln, worin bereits spezifische sozial-kulturelle Momente sich manifestieren; sie entwickeln auch, indem sie am Vereinsleben aktiv teilnehmen, einige ihnen eigene persönlichkeitspezifische soziale Qualitäten fort. Fast alle Vereinsstudien stimmen darin überein, daß Vereinszugehörigkeit und zumal -engagement auf vielfältige Weise die allgemeine „Soziabilität“ und Triebkräfte zur Selbsttätigkeit fördern. Die Besonderheit liegt darin, daß eine hohe Korrelation zwischen Vereinsengagement und einem gesamten „hohen außerhäuslichen Aktivitätsniveau“ (*Schlagenhauf* 1977, 136 ff.) festgestellt werden kann, worin sich eine Überwindung familialen Privatismus auszudrücken scheint; denn hohe außerhäusliche Aktivitätspotentiale korrelieren zudem eigentümlicherweise positiv mit entwickelten Aktivitätspotentialen innerhalb des Familienlebens selbst.

Familienleben und entwickeltes Vereinsengagement erscheinen nur dann in konfliktärem Licht, wenn die sozial reduzierte privatistische Form des Familienlebens als Bewertungsmuster stilisiert wird. Kurz, Vereinstätigkeit ordnet sich ein in ein Gesamtensemble gegen-privatistischer, sozial engagierter Motivationen und Aktivitäten, was wiederum durch den von allen Vereinsforschern belegten Zusammenhang von Soziabilität, Aktivitätsgrad und Mehrfachmitgliedschaft erhärtet wird. Alle Ergebnisse deuten darauf hin, daß Personen, die engagiert am gesamten Spektrum des Vereinslebens teilnehmen, in überdurchschnittlicher Weise bereit sind, freiwillig soziale Aufgaben zu übernehmen, daß sie ein hohes Maß an sozialen Kompetenzen aufweisen, in ausgeprägter Weise „soziale Tugenden“ an den Tag legen (wie Hilfsbereitschaft, Bereitschaft zur sozialen Selbsthilfe, Kameradschaft, kooperationspezifische Disziplin), ein überdurchschnittliches Maß an Fähigkeiten zur selbsttätigen Initiative besitzen und schließlich über spezifische Fähigkeiten zur intensiven Nutzung des ihnen, wie anderen auch, nur begrenzt zur Verfügung stehenden Zeitbudgets verfügen (vgl. die von *Sève* (1973) herausgearbeitete Differenz zwischen Zeitbudget und subjektiver Zeitplanung). Diese Züge haben früh schon die Vereinsforschung zur These angeregt, daß die Vereine ein vorzügliches „Übungsfeld für sozialaktive Persönlichkeiten“ seien (*Mayntz* 1958, 1961; *Benedict* 1972).

Die These von der Soziabilität besitzt noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Die Un-

tersuchungen kommen durchweg zu dem Schluß, daß es einen signifikanten Wirkungszusammenhang zwischen dem allgemeinen, nicht vereinspezifischen beruflich-sozialen Fähigkeits- und Bedürfnisniveau einerseits und der Neigung zu aktiver Vereinstätigkeit andererseits gibt (so *Bühler u. a.* 1978, 87 f., 111). Es besteht eine gleichsam spiralförmige Wechselwirkung zwischen der Entwicklung beruflich-sozialer Qualifikationen und dem vereinsförmigen Aktivitätsniveau. D. h., je nach Vereinsart unterschiedlich ausgeprägt trägt die Vereinstätigkeit über „bloße“ Befriedigung von Reproduktionsbedürfnissen hinaus zur Erhöhung des sozialen Fähigkeitsniveaus und zur Differenzierung und Ausweitung sozial-kultureller Bedürfnisse bei. Dieser Sachverhalt wirft Licht auf den im einzelnen noch genauer zu untersuchenden Tatbestand des relativ hohen Anteils gerade der Gruppe der Facharbeiter am aktiven Vereinsleben.

Die anskizzierte Soziabilitätsthese relativiert bzw. modifiziert jedenfalls die seit *Plessner* (1952) und *Habermas* (1958) viel zitierte, kulturkritisch eingefärbte These über die bloß eindimensional-kompensatorische Funktion „außerbetrieblicher“ Betätigung. Nach der Kompensationsthese, z. T. erweitert durch eine Suspensionsthese, erscheinen die sog. Freizeittätigkeiten, zu denen eben die Vereinsbetätigung zu zählen ist, als nicht anderes denn ein kompensatorischer Reflex auf die Belastungen der industriellen Arbeitswelt. Übersehen wird dabei, was empirische Vereinsstudien eindrucksvoll belegen, daß die Arbeits- und Vereinswelt keine konträren Gegenwelten bilden, sondern in der Persönlichkeitsentwicklung und in der Entwicklung der Lebensweise in vielfältiger Weise in einem auch durchaus positiven Wirkungszusammenhang zueinander stehen. Die Vereine etwa erweisen sich mitnichten nur als einfache Ersatzwelten zur „öden Verdrängung des Arbeitslebens“, sondern in ihnen manifestieren sich Formen der Entwicklung sozial-kultureller Qualifikationen, die zunächst der Arbeitswelt entstammen (Kameradschaft, Disziplin, Kooperation, gegenständliche Fähigkeiten), in den Vereinstätigkeiten aber in einer eher kulturellen, selbstbestimmteren Weise ausgeübt und fortentwickelt werden. Eine der Pointen liegt darin, daß eben nicht, wie eine bestimmte „linke Kulturkritik“ der „Leistungsgesellschaft“ glauben machen möchte, das spezifisch Kulturelle etwa der Sportvereine darin besteht, daß in ihnen „statt Leistung Spaß“ vorherrscht (*Benedict* 1972, 82). Vielmehr zeigt die Studie von *Schlagenhauf* (1977, 93), daß leistungsförmige Wettkampfkomponeenten, entwickeltes Sozialleben in den Vereinen und durchaus als genußvoll empfundene selbsttätige Anstrengung höchst positiv miteinander korrelieren — „Leistung und Spaß“.

Die komplizierten Beziehungen zwischen den sozialen Strukturen der Arbeitswelt und denen der Vereinskultur bedürfen jedenfalls, was die Probleme der analytischen Bewertung der Befriedigungsweisen von Reproduktionsbedürfnissen und der Kompensationsformen von arbeitstypischen Deformationen angeht, eingehenderer Analysen als sie bisher vorliegen. Es reicht jedenfalls weder hin, die Vereinskultur als recht eigentlich in ihren sozialen Strukturen bloß „zwanghafte“ Verlängerung fremdbestimmter Arbeitsformen aus der Produktionssphäre abzutun, noch sie einfach als Ersatz- bzw. Fluchtwelt, die gegen bzw. beziehungslos zur Arbeitswelt aufgebaut wird, zu mißdeuten.

Die Verhältnisse liegen verwickelter, insofern in der Vereinskultur durchaus Züge von Fremdbestimmtheit und von Fähigkeits- sowie Bedürfnishemmung zu beobachten sind; zugleich ihr aber Potenzen und Entwicklungskeime innewohnen, die beitragen, in genußvoller Weise das sozial-kulturelle Fähigkeits- und Bedürfnisniveau über die bloße „entwicklungslose“ Kompensation von Versagungen hinaus — in Anknüpfung an

berufs- und arbeitsspezifische Qualifikationen — zu erhöhen. Die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Arbeitswelt und Vereinskultur verlangen im Lichte der Entwicklung der Produktivität (Fähigkeiten und Bedürfnisse) der Individuen genauere empirische Studien über den wahrscheinlich diesbezüglich ambivalenten Charakter des Vereinswesens. Erst eine gezielte Erforschung der Probleme der schöpferischen Selbsttätigkeit, der sozial-kulturellen Erfahrungs-, Fähigkeits- und Bedürfnisentwicklung in diesen kollektiven Lebensformen liefert die Grundlage für eine angemessene analytische Bewertung, die weder in Vereinseuphorie verfällt noch vorweg Verdikte verhängt.

Insgesamt kann mit Blick auf die bisher vorliegenden Ergebnisse der Erforschung des in sich hochdifferenzierten Vereinswesens resümiert werden, daß die Vereine mehr als nur kompensatorisch Reproduktionsbedürfnisse erfüllen; sie haben vielmehr teil an einer allgemeinen sozial-kulturellen Qualifikationsentwicklung und bilden ein Element der Lebenskultur der Arbeiterklasse, was nicht zuletzt an der inneren Differenziertheit des Vereinswesens insgesamt wie auch an den sozial-kulturell vielfältig differenzierten Funktionen der einzelnen Vereine ablesbar ist. Das Vereinswesen verdient m. E. im Rahmen kulturpolitischer Überlegungen und Forderungen allemal stärkere Aufmerksamkeit.

4. Literatur

- Armbruster, B./R. Leisner, Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik — Zur Freizeitaktivität verschiedener Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Beteiligungsfeldern (Kirchen, Parteien, Bürgerinitiativen und Vereinen), Göttingen 1975.
- Bardey, E., Die Verbände und Vereine in der heutigen Sozialordnung, in: *Soziale Welt*, Jg. 7 (1956).
- Bausinger, H., Vereine als Gegenstand volkskundlicher Forschung, in: *Zeitschrift für Volkskunde*, Bd. 55 (1959).
- Bausinger, H./M. Braun/H. Schwedt, *Neue Siedlungen*, Stuttgart 1959.
- Bellmer, K., Zwischen heute und morgen. Die Chance der Vereine, in: *Der Verein* (1966).
- Benedict, H.-J., Kleinbürgerliche Politisierung. Zur Partizipationsform des Vereinslebens und der Verbandstätigkeit, in: H.-E. Bahr (Hrsg.), *Politisierung des Alltags — gesellschaftliche Bedingungen des Friedens. Berichte und Analysen*, Darmstadt — Neuwied 1972.
- Croon, H./K. Utermann, *Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet*, Tübingen 1958.
- Bühler, W./H. Kanitz/H.-J. Siewert, *Lokale Freizeitvereine — Entwicklung. Aufgaben. Tendenzen*, St. Augustin 1978.
- Dunckelmann, H., *Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Studie*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1975.
- Ellwein, Th./E. Lippert/R. Zoll, *Politische Beteiligung in der Bundesrepublik*, Göttingen 1975.
- Frankfurter Feste. von wem? für wen? (Hrsg. Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität), Frankfurt 1979.
- Freudenthal, H., *Vereine in Hamburg. Ein Beitrag zur Geschichte und Volkskunde der Geselligkeit*, Hamburg 1968.
- Grosskopf, R., Wem der Verein ein Amt gibt. Der Vorstand, in: *Der Verein* (1966).
- Grupe, O., Der moderne Turnverein. Versuch einer Standortbestimmung, in: *Der Verein* (1966).
- Habermas, J., Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit, in: G. Funcke (Hrsg.), *Konkrete Vernunft. Festschrift für Erich Rothacker*, Bonn 1958.
- Hahn, A., „Vereine“, in: *Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe. Grundlagen zur Neuordnung eines Großstadtbereichs* (Hrsg. A. Bergstraesser u. a.), Karlsruhe 1965.

- Heckmann, F., Ethnischer Pluralismus und „Integration“ der Gastarbeiterbevölkerung. Zur Rekonstruktion, empirischen Erscheinungsform und praktisch-politischen Relevanz des sozial-räumlichen Konzepts der Einwandererkolonie. Referat auf der Frühjahrstagung der Sektion „Soziale Probleme und Soziale Kontrolle“ der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg (1980).
- Irlé, M., Gemeindeforschung zur Ballung Stuttgart. Bad Godesberg 1960.
- König, R., Grundformen der Gesellschaft. Die Gemeinde. Hamburg 1958.
- Kramer, D., Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, Köln, 1975.
- Kröll, F., Vereinskultur und ideologische Hegemonie. Forschungsaspekte, in: Materialistische Kulturtheorie. ARGUMENT-Sonderband 47 (1980).
- Kröll, F., Zwischen Kultur und Fremdbestimmung. Der ambivalente Charakter des Vereinswesens, Vortragsmanuscript, Tagung der Hessischen Vereinigung für Volkskunde „Vereine in Kulturforschung und Kulturpolitik“, 22./23. 2. 1980 a.
- Kuls, Ch., Nicht mehr nur „Übungsfeld öffentlicher Tugenden“. Vereinsforschung unternimmt einen neuen Anlauf — Stützen der Gesellschaft oder Reformelement?, in: Frankfurter Rundschau v. 7. 3. 1980.
- Lenk, H., Zur Soziologie des Sportvereins, in: Der Verein (1966).
- Lenk, H., Materialien zur Soziologie des Sportvereins, Ahrensburg 1972.
- Lenzer, G. A. M., Staatsbürgerliches Verhalten im kommunalen Bereich. Eine soziologische Untersuchung der politischen Anteilnahme in einer bayerischen Marktgemeinde, Diss. München 1962.
- Lindner, R./H. Th. Breuer, „Sind doch nicht alles Beckenbauers“. Zur Sozialgeschichte des Fußballs im Ruhrgebiet, Frankfurt 1978.
- Luckmann, B., Politik in einer deutschen Kleinstadt, Stuttgart 1970.
- Maase, K., Kultur der Arbeiterklasse — Nostalgie oder Perspektive?, in: Kürbiskern 3/1977.
- Maase, K., Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1 (1978).
- Maase, K., Bemerkungen zur Untersuchung kultureller Aspekte im Alltag der Lohnarbeiter, in: Materialistische Kulturtheorie, AS 47 (1980).
- Maase, K., Zu kulturellen Aspekten der Lebensweise der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik (unveröff. Manuskript 1980 a).
- Mayntz, R., Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958.
- Mayntz, R. (Pflaum, R.), Die Vereine als Produkt und Gegengewicht sozialer Differenzierung, in: G. Wurtzbacher, Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1961.
- Osterland, M. u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Ein Forschungsbericht, 5. Aufl. Göttingen 1973.
- Oswald, H., Ergebnisse der deutschen Gemeindeforschung nach 1950, in: Archiv für Kommunalwissenschaft, 5. Jg. (1966).
- Palm, J., Vom Feierabend zur Fünftagewoche. Der Verein und die Freizeit, in: Der Verein (1966).
- Plessner, H., Soziologie des Sports, in: Deutsche Universitätszeitung 7 (1952).
- Raschke, P., Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1978.
- Reck, S., Arbeiter nach der Arbeit. Sozialhistorische Studie zu den Wandlungen des Arbeiteralltags, Lahn-Gießen 1977.
- Reigrotzki, E., Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Elemente der sozialen Teilhabe in Kirche, Politik, Organisationen und Freizeit, Tübingen 1956.
- Roth, W., Dorf im Wandel. Struktur und Funktionssysteme einer hessischen Zonenrandgemeinde im sozialkulturellen Wandel, Frankfurt 1968.
- Schaefer, K. D., Die Assimilierung der polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet, Diplom-Arbeit, Nürnberg 1974.
- Schlagenhauf, K., Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland, Teil I: Strukturelemente und Verhaltensdeterminanten im organisierten Freizeitbereich, Schorndorf 1977.
- Schmitt, H., Das Vereinsleben der Stadt Weinheim an der Bergstraße. Volkskundliche Untersuchung zum kulturellen Leben einer Mittelstadt, Weinheim 1963.
- Seve, L., Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt 2. Aufl. 1973.
- Siewert, H.-J., Verein und Kommunalpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1977.
- Siewert, H.-J., Der Verein. Zur lokalpolitischen und sozialen Funktion der Vereine in der Gemeinde, in: H.-G. Wehling (Hrsg.), Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen, Opladen 1978.

- Siewert, H.-J., Vereine und lokale Politik, in: Demokratische Gemeinde 8/1978 a.
- Sternheim, A., Zum Problem der Freizeitgestaltung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 1 (1932).
- Timm, W., Spottvereine in der Bundesrepublik Deutschland, Teil II: Organisations-, Angebots- und Finanzstruktur, Schorndorf 1979.
- Der Verein. Standort, Aufgabe, Funktion in Sport und Gesellschaft, Stuttgart 1966.
- Wald, R., Industriearbeiter privat. Eine Studie über Lebensformen und Interessen, Stuttgart 1966.
- Weber, M., Geschäftsbericht. Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.—22. Okt. 1910 in Frankfurt a. M., Tübingen 1911.
- Wehling, H.-G./A. Werner, Kleine Gemeinden im Ballungsraum. Das Verhältnis verschiedener Bevölkerungsgruppen (Herkunftsgruppen) in schnell wachsenden Gemeinden, Gelnhausen-Berlin 1975.

Modernisierung und internationale Arbeitsteilung

Zum Zusammenhang von staatsmonopolistischer Struktur- und Modernisierungspolitik der Bundesregierung und fortschreitendem Internationalisierungsprozeß unter besonderer Berücksichtigung von Produktionsverlagerungen in die Dritte Welt

Dieter Boris/Rainer Falk

I. Grundzüge der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der siebziger Jahre — II. Neue Elemente in der internationalen Arbeitsteilung seit Beginn der siebziger Jahre — III. Die Weltmarktposition der BRD und die Entwicklung einer weltmarktorientierten Struktur- und Modernisierungspolitik — IV. Umriss des herrschenden Konzepts: „Modernisierung der Volkswirtschaft“ — V. Charakter und Durchsetzungsgrad einer „neuen“ Arbeitsteilung zwischen der BRD und den Entwicklungsländern — 1. Internationale Monopole als Träger der internationalen Arbeitsteilung — 2. Neue Tendenzen in den Import/Export-Beziehungen der Bundesrepublik mit der Dritten Welt — 3. Hauptentwicklungslinien westdeutscher Direktinvestitionen in der Dritten Welt — 4. Entwicklungstendenzen von Auslandsproduktion und Auslandsbeschäftigung — VI. Ausblick: Konsequenzen und Perspektiven — Tabellenanhang.

„Manches von den notwendigen Umstrukturierungsprozessen und Umstrukturierungsinvestitionen führt sicherlich zunächst sogar zu eher mehr Arbeitslosigkeit. Jedenfalls sieht das gegenwärtig so aus; es mag (!) sich später wieder ändern.“
Helmut Schmidt, 1978

Im folgenden Beitrag soll einigen Zusammenhängen zwischen den Prozessen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels und seinen Ausprägungen und Reaktionsformen in der BRD nachgegangen werden. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Voraussetzungen und Implikationen der starken Weltmarktstellung der Bundesrepublik Deutschland ist hier insbesondere der Zusammenhang von neuen Tendenzen der internationalen Arbeitsteilung und den hierauf reagierenden struktur- und modernisierungspolitischen Konzepten der Bundesregierung, die eine überwiegend außenwirtschaftliche Begründung erfahren haben, zu behandeln. In einer weiteren Konkretisierung und Spezifizierung des Themas sollen vor allem die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Dritten Welt beleuchtet werden. Dabei wird es vor allem um die Frage gehen, inwieweit sich bereits heute neue Elemente in der Arbeitsteilung zwischen der BRD und den Entwicklungsländern durchgesetzt haben.

I. Grundzüge der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Beginn der siebziger Jahre

Wesentliche Ursachen für die langanhaltende Prosperität und rasche Produktivkraftentwicklung in der kapitalistischen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg waren die massenhafte Kapitalentwertung und die Lohnsenkung während und in der Folge von Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg; beide Momente verbesserten in allen kapitalistischen Staaten die Bedingungen der Mehrwertproduktion bedeutend. Auf der anderen Seite schuf die Realisierung dieser Warenmassen auf Grund der aufgeschobenen Nachfrage, der nicht vorgenommenen Neuinvestitionen und der mit der Produktivkraftentwicklung einhergehenden Produktdifferenzierung keine großen und kontinuierlichen Probleme für den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß. Dieser Wachstumsprozeß in den meisten westlichen Industrieländern war auch die eigentliche Grundlage für einen funktionierenden und sich überproportional ausdehnenden Weltmarkt, wie umgekehrt dieser eine weitere Grundlage für die Aufnahme der die Binnenmärkte überschreitenden Kapitalexpansion war. Neue politische Formen und Überbauinstanzen (wie z. B. Weltbank, IWF, GATT etc.) sicherten diese zunehmende Weltmarktverflechtung ab.

Dem beschleunigten Fortschreiten der Produktivkraftentwicklung entsprach im nationalen Raum die beständige Bedeutungsminde rung der Primärproduktion (Landwirtschaft und Bergbau), im internationalen Maßstab der Rückgang des Anteils von Primärerzeugnissen im Welthandelsaustausch. Bei wachsendem Weltmarkt mußte dies zugleich bedeuten, daß die komplementären Handelsbeziehungen (Rohstoffe gegen Fertiggüter) zugunsten des sogenannten Austauschhandels (Fertigwaren — häufig derselben Branche und derselben Produktgruppe — aus einem Land gegen Fertigwaren der gleichen Art aus dem anderen Land) an Bedeutung verloren. Was die Veränderung der Regionalstruktur der Welthandelsströme angeht, so war hiermit logischerweise die Abnahme der Bedeutung der Entwicklungsländer und die Zunahme der Bedeutung der entwickelten kapitalistischen Länder für den Weltmarkt insgesamt die Konsequenz. Dies mußte jedenfalls so lange so bleiben, wie die Produktions-, Verwertungs- und Realisierungsbedingungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern sehr unterschiedlich blieben und die Exportstruktur der Entwicklungsländer sich nicht wesentlich veränderte.¹

Die zweite zentrale Ebene des weltwirtschaftlichen Strukturwandels nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht sich auf die veränderte Form, den anderen Zielbereich und die Regionalstruktur des *Kapitalexports*. Gegenüber bloßen Anleiheemissionen nahmen nun die direkten Anlagen von Produktivkapital im Ausland (Direktinvestitionen) sehr an Bedeutung zu. Dieser Metamorphose des Kapitalexports von der internationalen Anleihe zur Direktinvestition entsprach die regionale und sektorale Verlagerung seiner Schwerpunkte. Statt in die kolonialen und halbkolonialen Regionen — und hier in die extraktiven und landwirtschaftlichen Bereiche — zu fließen, gingen nun die Direktinvestitionen mehr und mehr in die hochentwickelten kapitalistischen Staaten und zielten hier auf die Anlage in den technisch fortgeschrittensten Bereichen oder in den Wachstumsindustrien. Gleichwohl hat die absolute Bedeutung des Kapitalexports in die Entwicklungsländer noch zu-

1 Zum empirischen Beleg dieser Tendenzen vgl. u. a. E. Lüdemann, Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder in Zahlen (= IPW-Forschungshefte, 4/1977), S. 24 ff.

genommen. Zudem kann man feststellen, daß viele Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern einen höheren Grad an Nichtersetzbarkeit aufweisen als Direktinvestitionen in den kapitalistischen Industrieländern (z. B. Investitionen in bestimmten Rohstoffbereichen).

Sicherlich wird man eine wechselseitige Beeinflussung von Außenhandelstendenzen und Tendenzen zur Internationalisierung der Produktion annehmen können, wobei zweifellos die Ebene der Warentauschbeziehungen eine gewisse Vorreiterrolle gespielt hat. Auf den Zusammenhang zwischen den beiden Hauptebenen der internationalen ökonomischen Beziehungen weist auch der Tatbestand hin, daß sektoral in beiden Fällen die technologisch fortgeschrittensten Güter und/oder Investitionsgüter ein verhältnismäßig starkes Gewicht haben.

II. Neue Elemente in der internationalen Arbeitsteilung seit Beginn der siebziger Jahre

Gegen Ende der sechziger Jahre mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die seit dem Zweiten Weltkrieg auf dem kapitalistischen Weltmarkt eingetretenen Tendenzen zum Stillstand kommen bzw. sich umkehren würden. Neben der Brechung der absoluten ökonomischen Vorherrschaft der USA durch das Aufholen der EG und Japans (und die damit verursachten Währungsunruhen, die schließlich mit einer erheblichen Modifikation des Weltwährungssystems endeten) war die neue Konstellation auf dem Weltmarkt auch durch verstärkte Industrialisierungsschübe in einigen (relativ fortgeschrittenen) Entwicklungsländern bestimmt. Diese rasche industrielle Akkumulation vollzog sich aber fast niemals gegen das ausländische Kapital, sondern erfolgte regelmäßig unter maßgeblicher Beteiligung der transnationalen Konzerne, die in einigen Ländern schon seit den fünfziger Jahren zu binnenmarktorientierten Industrieinvestitionen übergegangen waren. In einigen Ländern waren jedoch die exportorientierten Investitionen im industriellen Sektor von Anfang an bestimmend, vor allem im ostasiatischen Raum. Dieser Typus der abhängigen kapitalistischen Entwicklung — gleichgültig ob stärker binnenmarktorientiert (z. B. Brasilien) oder mehr exportorientiert (z. B. Singapur) — implizierte zugleich eine relativ starke Beteiligung des jeweiligen Staates und auch (häufig schwächer vertreten) der nationalen Kapitale. Dies ist insofern wichtig, als hierdurch der langfristige und aus endogener Kapitalbildung gespeiste Charakter dieses Prozesses deutlich wird, der zweifellos keineswegs als eine bloß ephemere Schwindelblüte anzusehen ist. Die Tatsache, daß die ausländischen Monopole den jeweiligen einheimischen Geld- und Kapitalmarkt verstärkt zur Ergänzung ihrer „Selbstfinanzierung“ heranziehen, unterstreicht die Behauptung, daß es sich hier um Strukturverschiebungen der jeweiligen Entwicklungsländerökonomien handelt, die auch langfristige Bedeutung erlangen müssen.

Durch die und während der seit 1973/74 voll einsetzenden kapitalistischen Weltrezession sowie durch die parallel hierzu erfolgte sprunghafte Erhöhung der Erdölpreise wurden die neuen Elemente der internationalen Arbeitsteilung beschleunigt freigesetzt und waren während des restlichen Zeitraums dieser Dekade deutlich sichtbar. Der seit 1970 ansteigende Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel ist ein wesentlicher Indikator für die Umkehrung der Haupttendenz seit Ende des Zweiten Weltkrieges. So stieg der Welthandelsanteil der Entwicklungsländer von ca. 19 % 1970 auf ca. 27 % im Jahre 1976

an, ein Anstieg, der direkt zu Lasten der kapitalistischen Industrieländer ging.² Er ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: *einmal* natürlich auf den gestiegenen Erdölpreis und auf den — zumindest zeitweilig zu konstatierenden — Anstieg des Preisniveaus auch anderer Rohstoffe (Kupfer, Kaffee, Weizen etc.); *zum zweiten* aber auch auf die sich sehr rasch verändernde Exportstruktur in vielen Entwicklungsländern in Richtung auf eine wesentlich größere Bedeutung industrieller Fertigwaren. *Drittens* wurde durch die Krisensituation die Konkurrenz enorm verschärft, und es scheint, als ob sich auch hierdurch die Position der Entwicklungsländer in mancher Hinsicht verbessert hat; der Zusammenbruch schwacher Produzenten auf den metropolitanen Binnenmärkten ging zum Teil auch zurück auf einen verstärkten Importdruck aus den einzelnen Entwicklungsländern. *Viertens* darf nicht vergessen werden, daß gerade die Krisensituation in den imperialistischen Ländern die Tendenz zum Kapitalexport bedeutend verstärkt hat; wenn auch keine grundsätzliche Veränderung der Regionalstruktur in den privaten Direktinvestitionsströmen aus den entwickelten kapitalistischen Ländern feststellbar ist, so kann allein aufgrund der absoluten Größendimension dieser Kapitalexporte (zu denen die reinvestierten Profite hinzugezählt werden müssen) durchaus von einer Abstützung und Konsolidierung jener neuen Entwicklungstendenz in der internationalen Arbeitsteilung gesprochen werden.

Nicht zufällig reift in dieser Periode die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung aus, die unter anderem eine rapide Steigerung des Anteils der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion enthält und zugleich eine Öffnung der Märkte der entwickelten kapitalistischen Länder für Industrieexporte aus den Entwicklungsländern postuliert. So enthalten die verschiedenen Elemente dieser Konzeption einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowohl Züge einer „Fortreibung“ bereits im Gang befindlicher weltwirtschaftlicher Strukturwandelprozesse wie auch Momente einer — aus ökonomischen und politischen Gründen notwendigen — eigenständigen, auf größere ökonomische Unabhängigkeit zielenden Industrialisierungspolitik der Entwicklungsländer. Die verschiedenen Impulse und Triebkräfte jener neuen Tendenz sind zumindest teilweise einander entgegengesetzt. Das herkömmliche komplementäre weltwirtschaftliche Spezialisierungsmuster (Austausch von Fertigwaren gegen Rohstoffe) mußte auch im Interesse einer höheren Gesamtverwertung der transnationalen Konzerne modifiziert werden — eine Modifikation, die eine bestimmte Art und Reichweite von Industrialisierung der Länder der Dritten Welt nicht in Widerspruch zu den führenden Kapitalinteressen der imperialistischen Länder bringen mußte. Andererseits entsprach diese ökonomische Tendenz auch einem politischen Eingehen auf die Forderungen der Entwicklungsländer nach verstärkter Industrialisierung und ökonomischer Unabhängigkeit. Eben an diesem Punkte werden sich auch in Zukunft die Interessengegensätze deutlich darstellen und aufeinanderprallen: Industrialisierung in Abhängigkeit und Unterordnung auf höherer Stufe in einer Komplementärstellung zu den kapitalistischen Metropolen — oder Industrialisierung mit dem Ziel, notfalls auch unabhängig von den Reproduktionskreisläufen mit den kapitalistischen Metropolen sein zu können und den Schwerpunkt der eigenen ökonomischen Reproduktion im Lande selbst zu haben.

2 Vgl. ebenda, S. 25.

III. Die Weltmarktposition der BRD und die Entwicklung einer weltmarktorientierten Struktur- und Modernisierungspolitik

Bis zum Beginn der siebziger Jahre war in der BRD von Strukturpolitik kaum die Rede; viele Marktwirtschaftsideologen (im Gegensatz zu den „Praktikern“) argwöhnten noch heute hinter diesem Begriff nur eine verkleidete Umschreibung von vermehrtem „staatlichem Dirigismus“. ³ Höchstens im Zusammenhang mit der Krise des westdeutschen Bergbaus oder dem Problem zurückgebliebener Regionen wurde der Begriff gelegentlich benutzt. Zwar kam der Begriff seit Beginn der siebziger Jahre auch in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen auf, etwa durch die entwicklungspolitische Konzeption von *Erhard Eppler*⁴; auch bei den Untersuchungen zum weltwirtschaftlichen Strukturwandel durch das Kieler Institut für Weltwirtschaft.⁵ Jedoch erst mit der Weltwirtschaftskrise ab 1973/74 und mit den ideologischen Reaktionen auf die hierdurch geschaffene Situation hat sich die Bedeutung von „Strukturpolitik“ verändert und spezifiziert; einmal wird der Begriff immer eindeutiger im Kontext weltwirtschaftlicher Entwicklungen gebraucht — im Sinn der Anpassung an und Förderung von neuen weltwirtschaftlichen Tendenzen⁶; und zum zweiten wird er weniger im Sinn des Ausgleichs und der Überbrückung als vielmehr im Sinn der planmäßigen Vorbereitung, im Sinn einer zukunftssträchtigen Modernisierungs- und Technologiepolitik gebraucht.

Die nun entwickelte Konzeption der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ — so der Titel eines programmatischen Buchs von *Volker Hauff* und *Fritz Scharpf*⁷ — berührt verschiedene Bereiche der Politik. Einmal will sie Technologie- und Wissenschaftspolitik sein; sie ist aber zugleich auch Wirtschaftspolitik im Sinne der Förderung des Wachstums, daneben noch Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik. Die Konzeption besteht — zusammengefaßt — darin, technologisch fortgeschrittenste Produkte („intelligente Güter“), Wachstumsbranchen und besonders expansionsträchtige Monopole systematisch zu fördern (ihnen bei „Risikoinvestitionen“ unter die Arme zu greifen) und andererseits die Strukturschwachen, die sogenannten Fußkranken der Wirtschaft, rückläufige Produktarten und schrumpfende Branchen, kleine und mittlere Unternehmen fallen zu

3 So wird z. B. fast durchgängig argumentiert in: H. Besters (Hg.), *Strukturpolitik — wohin? Technologischer Interventionismus versus marktwirtschaftliche Ordnungspolitik*, Baden-Baden 1978. Grundlegend für die neue Diskussion um Strukturwandel in der BRD: Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, *Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 1977; vgl. den kritischen Kommentar von A. Oppolzer in: *Soziologische Revue*, Jg. 1/1978, S. 245—255. Als knappen Überblick siehe: D. Ehrig, *Sektorale Strukturpolitik — ein Ausweg aus der Krise?*, in: *Das Argument*, Nr. 120/1980, S. 225—234.

4 Vgl. dazu u. a.: D. Boris, *Neuere Entwicklungen im System des Neokolonialismus der Bundesrepublik Deutschland*, in: *IMSF/AIB* (Hg.), *Neokolonialismus der BRD und antiimperialistischer Befreiungskampf*, Frankfurt/M. 1979, S. 17—35 sowie R. Falk, *Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 6/1979, S. 676—686 und Nr. 7/1979, S. 852—867.

5 Vgl. den hierzu grundlegenden Aufsatz: G. Fels, *Spezialisierungsmuster in der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern*, in: *Die Weltwirtschaft*, Heft 1/1971, abgedruckt in: *BMZ* (Hg.), *Entwicklungspolitik*, Materialien, Nr. 19, Bonn, September 1971, S. 1—22.

6 Vgl. z. B. für dieses neue Verständnis von Strukturpolitik: H. Tank, *Weltwirtschaftliche Veränderungen und ihre Konsequenzen für die Strukturpolitik*, Opladen 1977.

7 V. Hauff/F. Scharpf, *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*, Frankfurt/M., Köln 1975.

lassen bzw. zur Verlagerung ihrer Produktion zu animieren. Nur so könne die Zukunft gemeistert werden, und nur so könne man die weltwirtschaftliche Position der BRD halten. Zugleich sei diese Konzeption die einzige Möglichkeit, eine effektive Beschäftigungspolitik zur Erhaltung der Arbeitsplätze — sicherer Arbeitsplätze, wie immer argumentiert wird — im Interesse der Lohnabhängigen zu gewährleisten.

Daß diese Konzeption, auf die in ihren einzelnen Facetten und Nuancierungen noch einzugehen sein wird, ausgerechnet in der Krisenphase seit 1973 entstehen konnte und zunehmend allgemein und aggressiver propagiert werden konnte, läßt sich auf verschiedene Gründe zurückführen.

1. Es breitete sich zu Recht das Gefühl aus, daß die einstmals von Wirtschaftsminister *Schiller* gepriesene Globalsteuerung unter den heutigen Bedingungen nicht mehr ausreiche, daß die Politik der globalen Steuerung der Nachfrage nicht mehr zureichend „greife“ und zudem außenwirtschaftlich unerwünschte Konsequenzen (Inflationsschub) nach sich ziehen könnte. Daher der vielfach vermerkte Übergang „von der globalen zur strukturellen Steuerung“ (*Rainer Thoss*).⁸

2. Die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen während der Krise zeigte, daß durch entsprechend große Überschüsse die Tiefe der Krise (zumindest zeitweise) abgemildert werden konnte und daß die Positionsverbesserung der BRD auf dem Weltmarkt vor allem auf das starke Gewicht der vier wichtigsten Investitionsgüterbranchen (Maschinenbau, Chemie, Elektroindustrie, Fahrzeugbau) zurückzuführen war.

3. Es war aber auch deutlich geworden, daß diese Erfolge des westdeutschen Kapitals auf frühere Investitions- und Rationalisierungswellen (vor allem im Gefolge der Krise 1966/67) zurückgingen, während die jüngste Krise u. a. dadurch gekennzeichnet war, daß es auch nach dem relativen Aufschwung von 1976 und in den folgenden Jahren nicht zur Wiederaufnahme hoher Bruttoanlageinvestitionen kam. Die realen Investitionen der Industrie stiegen nicht mehr, sondern gingen von 1970 bis 1976 um jahresdurchschnittlich 5,8 % zurück. Das führte zu einem Absinken des Anteils junger Anlagen am Anlagevermögen; so z. B. ergab eine Errechnung des Altersaufbaus der westdeutschen Industrie, daß 1976 nur noch etwa 52 % der Maschinen unter 10 Jahre alt waren, der Anteil von Anlagen über 15 Jahre war 1977 so groß wie 1950!⁹ Diese Veralterungstendenz der Kapitalanlagen konnte noch kompensiert werden durch hohe Produktivitätsfortschritte, die sich zwischen 1970 und 1976 von vorangegangenen Perioden kaum unterschieden, jedoch im wesentlichen durch Arbeitsintensivierung, verstärkte Arbeitshetze und Umorganisation des Arbeits- und Produktionsprozesses erreicht worden waren. Doch ist ein ständiger Produktivitätsfortschritt langfristig nicht ohne massenhafte Neuinvestitionen zu gewährleisten. Daher beendet *Krengel* seine Analyse mit den bedeutungsschweren Worten: „In den nächsten Jahren wird sich zwangsläufig etwas für die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik sehr Wichtiges entscheiden. Entweder es gelingt, die Industrie zur Modernisierung ihres Anlagevermögens anzuregen — dies ist nicht ohne wirtschaftliches Wachstum und erst nach der Normalisierung der Kapazitätsausnutzung möglich —, oder der

8 Vgl. R. Thoss, Von der globalen zur strukturellen Steuerung, in: H. Markmann/D. B. Simmert (Hg.), *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978, S. 231—250, sowie: H. Arndt, *Arbeitslosigkeit und Inflation in der Weltwirtschaft*, in: ebenda, S. 401—414.

9 Nach: R. Krengel, *Drastische Verschlechterung des Altersaufbaus und des Modernisierungsgrades des industriellen Anlagevermögens in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 1/1978, S. 22—25.

Prozeß der Veralterung setzt sich fort, mit allen Konsequenzen für die langfristige Produktivitätsentwicklung und die Konkurrenzfähigkeit." ¹⁰

4. Ein weiterer Grund für die nun verstärkt geführte Diskussion um Strukturprobleme ist in der Tatsache zu sehen, daß während der Krise von 1973 und der folgenden Jahre erstmals auch bislang als ausgesprochene Wachstumsindustrien geltende „dynamische“ Branchen langanhaltende strukturelle Überkapazitäten aufwiesen. „Der Unterschied besteht eigentlich nur darin, daß in den ausgesprochenen Schrumpfindustrien der Abbau der Produktionskapazität dem Rückgang der Nachfrage hinterherhinkt, weil insbesondere die Monopole bzw. Großunternehmen durch rigorose, staatlich oft unterstützte Rationalisierung ihr Produktionspotential oft noch erweitern statt einzuschränken, während in den Wachstumsindustrien die Kapazitätsausweitung die Nachfrage trotz deren schneller Entwicklung überflügelt.“ ¹¹ Dies hängt zweifellos z. T. damit zusammen, daß der erreichte Grad der Vergesellschaftung und die damit verbundene rentable Mindestkapazität neuer Anlagen heute in vielen Branchen derart groß sind, daß die international oder sogar national parallele Inbetriebnahme von zwei oder drei neuen Produktionsanlagen zu regelrechten Angebotssprüngen führen kann, die sich zu veritablen Überkapazitätskrisen verdichten. Im übrigen hat sich die Zahl der Industriezweige mit sinkender Beschäftigungszahl fortlaufend erhöht. Waren es noch im ersten Jahrfünft der sechziger Jahre 17 Branchen mit einem Anteil von 28 % an den gesamten Beschäftigten der Industrie, so waren es ein Jahrzehnt später schon 30 Branchen mit einem Anteil von fast 41 % der Industriebeschäftigten. ¹²

5. Ein weiteres Element für den Anstoß der Diskussion um Strukturwandel ist zweifellos in den weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu sehen sowie in den Zusammenhängen zwischen den internen Problemen und den externen Prozessen des Strukturwandels. So wurde von verschiedenen Seiten der Strukturwandel in der Bundesrepublik auch als notwendiges „entwicklungspolitisches Opfer“ (Helmut Schmidt) gedeutet, in dem Sinne, daß arbeitsintensive Produktionsprozesse zunehmend ausgelagert werden sollten bzw. auf sie verzichtet und umgekehrt den sich industrialisierenden Entwicklungsländern die Gelegenheit gegeben werden müßte, ihre Exportwaren auf den Märkten der entwickelten kapitalistischen Länder abzusetzen. So gehört die Forderung nach „der Öffnung der Märkte“ zur Diskussion um Strukturwandel in der Bundesrepublik.

IV. Umriss des herrschenden strukturpolitischen Konzepts: „Modernisierung der Volkswirtschaft“

Aus der Tatsache, daß die BRD zu den in der Technologieentwicklung führenden Industrienationen gehört und ihre außenwirtschaftliche Verflechtung (insbesondere bei den höher entwickelten, technologisch sehr anspruchsvollen Produkten) besonders hoch ist, wird abgeleitet, daß schon die Erhaltung der gegenwärtigen Position der BRD auf dem Weltmarkt eine besondere Herausforderung darstelle und daher besondere Anstrengungen in der Forschungs- und Entwicklungspolitik, d. h. der Technologiepolitik notwendig

¹⁰ Ebenda, S. 25.

¹¹ H. Zschocke, Widersprüche bei der kapitalistischen Durchsetzung des industriellen Strukturwandels unter den gegenwärtigen Bedingungen, in: IPW-Forschungshefte, 4/1973, S. 69.

¹² Vgl. ebenda, S. 73.

seien.¹³ Ein eigentlich längst notwendiger Strukturwandel sei bislang aufgeschoben worden wegen der Unterbewertung der D-Mark, wegen eines allgemein hohen Wachstums tempos, wegen der leicht zu bewerkstelligenden Anwesenheit großer Potentiale von Gastarbeitern usw., also wegen der insgesamt vorteilhaften Weltmarktposition. Es müsse nun eine Konzentration auf die wachstumsintensivsten Branchen, die technologisch anspruchsvollsten und neuesten Bereiche erfolgen; als besonders zukunftsträchtig werden die Produktionsbereiche Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Kommunikationstechnologie, Kernenergie und schließlich energie- und rohstoffsparende Produktionsanlagen und -verfahren wie auch umwelterhaltende und -schützende Aggregate genannt. Mit dieser Schwerpunktsetzung auf Zukunftsindustrie soll zugleich eine stärkere Spezialisierung und Konzentration auf bestimmte Sparten einhergehen.¹⁴ Diese „aktive“, „vorausschauende“ Strukturpolitik schließt ein, daß staatlicherseits hinfort in der Regel keine „Erhaltungssubventionen“ für strukturschwache Branchen oder Unternehmen mehr vergeben werden, sondern nur noch zukunftsträgliche Bereiche gefördert werden sollen. Nicht „Fußkranke“, sondern „Schnellläufer“ sollen durch staatliche Zuschüsse belohnt werden.

Diese Konzeption scheint nicht nur hohe Rationalität für sich beanspruchen zu dürfen, sondern auch der einzige Weg für die Bundesrepublik zu sein: die sogenannte „Flucht nach vorn“ zum Zwecke der Erhaltung der Errungenschaften (hoher Lebensstandard, soziales Netz etc.). Daher kann es zunächst nicht erstaunen, daß diese Konzeption des aktiven Strukturwandels, die Dynamik, Modernität, technischen Fortschritt und schließlich auch weltoffenen Liberalismus verheißt, von sehr unterschiedlichen sozialen Kräften und Gruppierungen, wenn auch unter spezifischer Nuancierung und bei unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in der Wahl der Mittel, geteilt wird.

Auch die westdeutschen Gewerkschaften setzen sich für dieses Konzept der vorausschauenden Strukturpolitik ein; sie betonen die Unabwendbarkeit und die positiven Seiten des technischen Fortschritts und verweisen auf die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der BRD im internationalen Maßstab zu erhalten. Gelegentlich wird von ihrer Seite sogar moniert, daß es den Managern und Kapitaleignern bisweilen an Flexibilität und Weitsicht bezüglich der Durchsetzung der fortgeschrittensten Produktionsverfahren gefehlt habe. In Ergänzung zum Grundmuster der Argumentation für einen „aktiven Strukturwandel“ betonen die Gewerkschaften allerdings, daß den Arbeitnehmern ein „gerechter Anteil“ an den Produktivitätsfortschritten durch technologischen Wandel zugute kommen müsse; mit dem Umstrukturierungsprozeß dürfe keine Arbeitslosigkeit, kein Verlust sozialer Errungenschaften einhergehen; Umschulungshilfen und Unterstützung bei geforderter regionaler Mobilität seien zu gewähren.

Zwar werden Produktionsauslagerungen, Erweiterungsinvestitionen im Ausland sowie „Billigimporte“ aus den Entwicklungsländern mit kritischen Kommentaren bedacht, doch wird eine Gegenwehr gegen diese Tendenzen „mit allen Mitteln“ als „nicht zwingend“ empfunden: „Die Gewerkschaften der Industrieländer brauchen sich diesen zum Teil sinnvollen und für die Entwicklungsländer wie für die Industrieländer nützlichen Veränderungen nicht zu widersetzen, sofern sichergestellt ist, daß sie sich allmählich, überschaubar und gesteuert vollziehen und mit der Expansion der Wachstumsindustrien

13 Vgl. Materialien Forum SPD, Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum, Bonn 1977, S. 10.

14 Vgl. Hauff/Scharpf, a. a. O., S. 91 f.

abgestimmt werden. Die deutschen Gewerkschaften fordern deshalb neue Instrumente einer vorausschauenden, planvollen und aktiven Strukturpolitik im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung.¹⁵ Als weitere Instrumente dieser Politik werden „Innovationsberatungsstellen“ und „Investitionsmeldestellen“ genannt. Während in ersteren nach dem IG-Metall-Konzept branchenübergreifend und von der öffentlichen Hand getragene Innovationshemmnisse beseitigt und die strikte Einhaltung von gezielten staatlichen Förderungsauflagen kontrolliert werden sollen, ist mit den Investitionsmeldestellen eine Abstimmung zwischen einzelnen Großinvestitionen in mittelfristiger Perspektive angestrebt.¹⁶

Einzelne Stimmen aus dem Gewerkschaftslager nehmen sich weniger naiv und hoffnungsfroh gegenüber den aktuellen Möglichkeiten einer „sozialen und gesamtwirtschaftlich orientierten vorausschauenden“ Strukturpolitik aus. Gleichzeitig wird gelegentlich auch der hohe außenwirtschaftliche Verflechtungsgrad der BRD und der aus ihm stets erwachsende Disziplinierungsdruck auf die Arbeitenden problematisiert. R. Kuda resümiert die bisherigen strukturpolitischen Ansätze und die daraus zu folgernden Umorientierungen so: „Die Existenz eines strukturpolitischen Handlungsbedarfs ergibt sich aus der Zunahme der strukturellen Beschäftigungsrisiken und ihrer Verschärfung durch die Verwertungsstrategien des Kapitals einerseits, aus der bedingten Zuverlässigkeit herkömmlicher beschäftigungspolitischer Kompensationsmechanismen im außen- und binnenwirtschaftlichen Rahmen sowie der begrenzten beschäftigungspolitischen Funktionsfähigkeit überlieferter markt- und konjunkturpolitischer Steuerungsinstrumente andererseits. Damit ist zugleich die generelle Zielrichtung für gewerkschaftliche Überlegungen zur Strukturpolitik vorgegeben. Sie müssen auf die Ergänzung der allgemeinen Nachfragesteuerung durch eine gezielte Struktursteuerung einerseits, auf die schrittweise Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt über Investitionen und Beschäftigung andererseits hinzielen.“¹⁷

Bei den von sozialdemokratischer Seite geäußerten Vorstellungen zeigt sich in vieler Hinsicht eine Parallele zu gewerkschaftlichen Positionen; manche Ähnlichkeiten scheinen allerdings eher verbal zu sein, die Nuancierung sozialdemokratischer Positionen zur aktiven Strukturpolitik wechselt deutlich entsprechend dem jeweiligen Adressatenkreis. Gelegentlich wird auch die Bedeutung der Strukturpolitik etwas relativiert und die staatliche Hilfsfunktion für sich bereits andeutende „ökonomische Kräfte“ unterstrichen. „Strukturpolitik allein kann Vollbeschäftigung weder gewährleisten noch herbeiführen, sondern (nur) die ökonomischen Kräfte zur Erneuerung, Modernisierung, Anpassung und Veränderung der volkswirtschaftlichen Strukturen unterstützen.“¹⁸ Als Instrumente dieser Politik werden die Notwendigkeit verbesserter statistischer Grundlagen für Diagnosen und Prognosen genannt sowie die Einrichtung von Strukturräten, die regelmäßig eine Strukturberichterstattung vorlegen und damit u. a. eine verbesserte, strukturpolitisch zukunftsfrüchtige staatliche Ausgaben- und Förderungspolitik möglich machen sollen;

15 H. O. Vetter, Die Haltung der Arbeiterschaft zu den Problemen der Entwicklungsländer, in: J. Tinbergen (Hg.), Der Dialog Nord-Süd, Frankfurt/M., Köln 1977, S. 138.

16 Vgl. IG Metall (Hg.), Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel, Frankfurt/M. 1977, S. 12 und 127.

17 R. F. Kuda, Strukturpolitik und Gewerkschaften, in: Krise der Wirtschaftspolitik, a. a. O., S. 354.

18 SPD-Forum, a. a. O., S. 6.

konkret werden Investitionshilfen, Abschreibungsvorteile, Steuerentlastungen, gemeinsame privatwirtschaftlich-staatliche Unternehmen genannt.

Daß es in der sozialdemokratischen Variante der strukturpolitischen Konzeption letztlich um die Unterordnung unter einzelwirtschaftliche, monopolistische — natürlich am Profit orientierte — Entscheidungen geht und die Arbeitsplatzsicherung durch Strukturpolitik eher als sekundär und zufällig eintretende Nebenwirkung (die auch ausbleiben kann) betrachtet wird, läßt sich an Äußerungen führender Sozialdemokraten verdeutlichen: „Unsicherheit . . . muß durch ein wieder stärker gegenseitiges Vertrauen schaffendes Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft überwunden werden. Die Regierung will sich dabei nicht — wie immer wieder befürchtet wird — auf Umwegen in dirigistische Funktionen begeben. Sie will vielmehr langfristig die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessern, sie will ein vielfältiges Angebot für unterschiedliche Formen der Beratung, der Existenzgründung, des Technologie-Transfers, der Wangnisfinanzierung oder von Krediten und Bürgschaften bereitstellen, die die unternehmerischen Handlungsspielräume nicht einengen, sondern stärken sollen.“¹⁹

Die entsprechenden Vorstellungen der CDU und der Unternehmerverbände unterscheiden sich nur geringfügig von den Positionen der SPD. In enger Anlehnung vor allem an die methodischen und theoretischen Prämissen des neoklassisch orientierten Kieler Weltwirtschaftsinstituts wird hier die Notwendigkeit des Strukturwandels aus der Theorie der komparativen Kostenvorteile und der Faktorproportionentheorie abgeleitet. Da die spezifischen Kosten- und Standortvorteile der Entwicklungsländer bei arbeits- und rohstoffintensiven Produkten und Produktionsverfahren liegen, seien diese Produktionssparten in den entwickelten Industrieländern entweder definitiv aufzugeben und/oder zu verlagern. Die BRD habe sich — gemäß ihrer Faktorausstattung — auf kapital- und technologieintensive Produkte und Verfahren zu konzentrieren. Mit dieser Zunahme der Arbeitsteilung und Spezialisierung werde die Gesamtproduktivität gesteigert und beschleunigtes Wachstum wieder möglich; je radikaler, d. h. den Gesetzen und Bedürfnissen privarmonopolistischer Kapitalexpansion folgend, der Strukturwandel sich durchsetze, um so weniger Probleme werfe die Freisetzung von Arbeitskräften auf. „Die bei der Umstrukturierung frei werdenden industriellen Arbeitskräfte müssen im Dienstleistungssektor . . . untergebracht werden, soweit sie nicht in den neuen Produktionsbereichen Beschäftigung finden. Dies dürfte bei einer verjüngten wettbewerbsfähigen und damit gewinnbringenden Industrie ohne unüberwindbare Schwierigkeiten erreichbar sein.“²⁰ Eine aggressive Tonart gegenüber den auf Umverteilung des Weltreichtums zielenden Forderungen der Entwicklungsländer sowie die panische Furcht davor, der Staat könne die Strukturpolitik zu „Dirigismus“ oder gar „Investitionslenkung“ mißbrauchen, gehören zum besonderen Kolorit dieser Position, die im übrigen fast dieselben Förderungsinstrumente befürwortet wie die zuvor kurz dargestellte.

19 H. Matthöfer, Möglichkeiten und Grenzen der Finanz- und Währungspolitik in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage, in: A. Nau (Hg.), *Wirtschaft International*, Bonn 1978, S. 32.

20 J. G. Todenhöfer, *Wachstum für alle. Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart 1978.

V. Charakter und Durchsetzungsgrad einer „neuen“ Arbeitsteilung zwischen der BRD und den Entwicklungsländern

1. Internationale Monopole als Träger der internationalen Arbeitsteilung

Es gehört zu den gravierendsten Mängeln der auf neoklassischen Prämissen fußenden Empfehlungen für einen Wandel in den arbeitsteiligen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern, daß die Träger und Organisatoren dieses Prozesses, die internationalen Konzerne, in das analytische Instrumentarium der zu Grunde liegenden Theorie nicht eingehen, was ihre Verfechter aber nicht davon abhält, eben diese Konzerne als diejenigen Organismen anzupreisen, innerhalb derer eine optimale internationale Arbeitsteilung am ehesten gewährleistet werden kann.²¹ Man wird den Charakter der Modifikationen im System der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung jedoch kaum erfassen können, wenn man nicht davon ausgeht, daß es vor allem Internationalisierungsprozesse auf monopolistischer Basis sind, die in den aktuellen Umschichtungen der kapitalistischen Weltwirtschaft zum Ausdruck kommen. Die internationalen Monopole²² sind das dominierende Strukturelement des heutigen kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Sie bestimmen auch den Charakter der außenwirtschaftlichen Verflechtung der BRD mit den Entwicklungsländern.

Verschiedene Untersuchungen haben darauf hingewiesen, daß das verstärkte Eindringen der Monopole der Bundesrepublik in die kapitalistische Weltwirtschaft als wichtigstes Merkmal der gegenwärtigen Stufe der Monopolisierung des BRD-Kapitals angesehen werden kann.²³ Zugleich ist die internationale Expansion der westdeutschen Ökonomie selbst viel stärker noch als der binnenwirtschaftliche Bereich eine Domäne des Monopolkapitals. Bei allen drei Formen bzw. Ebenen der Internationalisierung (Außenhandel, Direktinvestitionen / Kapitalexport und Auslandsproduktion / -beschäftigung), an Hand derer in diesem Abschnitt der Durchsetzungsgrad einer „neuen“ Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern beschrieben werden soll, lassen sich Anhaltspunkte finden, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, von einem überdurchschnittlichen Konzentrationsgrad bezüglich der Träger der Außenwirtschaftsbeziehungen auszugehen.²⁴ Bereits Anfang der 70er Jahre vereinigten die transnationalen Konzerne nahezu 50 % des gesamten industriellen Warenexports der Bundesrepublik auf sich. Schätzungsweise 21 % dieses Exports entfielen auf konzerninterne Lieferungen.²⁵ Ende 1975 vereinigten 74 Unternehmen 57 % der bis zu diesem Zeitpunkt im Ausland angelegten westdeutschen Direktinvestitionen auf sich. Die fünf größten bundesdeutschen Auslandsin-

21 Vgl. zur Kritik der neoklassischen Thesen über die internationale Arbeitsteilung u. a.: K. Wohlmuth, Ungleiche Arbeitsteilung und abhängige Reproduktion, in: A. Schmidt (Hg.), Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit, Frankfurt/M., New York 1976, S. 101—131.

22 Zur Definition der Begriffe „internationale Monopole“, „internationale Konzerne“, „transnationale Konzerne“ und „multinationale Konzerne“ vgl. IPW (Hg.), Internationale Monopole, Berlin 1978, S. 20 f. Die internationalen Monopole kontrollierten zu Beginn der 70er Jahre mehr als 50 % der Industrieproduktion, etwa zwei Drittel des Exports und mehr als 20 % des Bruttosozialprodukts der kapitalistischen Welt. Vgl. ebenda, S. 206.

23 Vgl. z. B. H. Tammer, BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen, Frankfurt/M. 1974.

24 Dabei muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß der Konzentrationsgrad im außenwirtschaftlichen Bereich bislang kaum Gegenstand der empirischen Wirtschaftsforschung gewesen ist.

25 Wirtschaftsdienst, 1/1975 nach: Internationale Monopole, a. a. O., S. 217.

vestoren konzentrierten allein 18 % aller Direktinvestitionen in ihren Händen.²⁶ Entsprechend hoch dürfte auch der Anteil der unter der Kommandogewalt westdeutscher Großunternehmen stehenden Auslandsbeschäftigten sein.

Die behauptete Dominanz der Monopolunternehmen bedeutet freilich nicht, daß sich der Internationalisierungsprozeß auf sie beschränkt. Daß heute bereits eine wachsende Zahl auch mittlerer und kleinerer Unternehmen der BRD von der Internationalisierungstendenz erfaßt ist²⁷, deutet darauf hin, daß die Monopole als treibende Kräfte der internationalen Expansion eine Art Sogwirkung auf oftmals von ihnen abhängige mittlere Unternehmen ausüben und z. B. Zulieferfirmen veranlassen, den Verlagerungsprozeß mit- oder nachzuvollziehen.

2. Neue Tendenzen in den Import/Export-Beziehungen der Bundesrepublik mit der Dritten Welt

Modifikationen im System der Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern lassen sich zunächst an der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen ablesen. Dabei zeigt sich, daß das Jahr der „Ölkrise“ in verschiedener Hinsicht einen Wendepunkt markiert. Dies betrifft zunächst die absolute und relative Bedeutung der Handelsbeziehungen mit der Dritten Welt für den gesamten Außenhandel der BRD, die seither — nach einer beständig rückläufigen Tendenz in den 50er und 60er Jahren — wieder zunimmt (vgl. Tabelle 1). Der Handel mit den Entwicklungsländern wächst insgesamt schneller als der mit den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies führt dazu, daß die Entwicklungsländer sowohl als Absatzmarkt als auch — in noch größerem Maße — als Bezugsquelle der BRD-Ökonomie an Bedeutung gewinnen.

Verschiedene Indikatoren weisen darauf hin, daß für diese Tendenz die Erhöhung der Ölpreise zwar eine wichtige Rolle spielt, jedoch nicht als der einzige Faktor zur Erklärung angesehen werden kann. *Erstens* ist das Wachstum des Außenhandels mit der Dritten Welt nicht auf die OPEC-Länder beschränkt, sondern zeigt sich — wenn auch in abgeschwächter Form — auch bei den nichterdölproduzierenden Entwicklungsländern. *Zweitens* macht sich das Wachstum der OPEC-Anteile am Im- und Export sehr unregelmäßig bemerkbar; besonders hoch ist der OPEC-Anteil im Jahre 1974 (dem Jahr mit den stärksten Preissteigerungen), während er in den folgenden Jahren wieder zurückgeht. Für den Charakter der Arbeitsteilung zwischen der BRD und den OPEC-Ländern ist *drittens* wichtig, daß die scheinbare Intensivierung der traditionellen Komplementärstruktur der beiderseitigen Handelsbeziehungen langfristig nur vorübergehender Natur sein dürfte, da die OPEC-Länder ihre gewachsenen Deviseneinkünfte verstärkt zum Einkauf von Investitionsgütern benutzen, was in der starken Erhöhung der BRD-Exporte in die OPEC-

26 Vgl. R. Jungnickel/H. Krägenau/M. Lefeldt/M. Holthus, Einfluß multinationaler Unternehmen auf Außenwirtschaft und Branchenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1977, S. 28 f. Eine kürzlich erschienene Erhebung der westdeutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nach Umsatzgrößenklassen ergab, daß es sich bei 94 % aller Firmen, die bis heute in der Dritten Welt investiert haben oder Investitionen für die Zukunft planen, um Großunternehmen handelt. Vgl. A. J. Halbach, Deutsche Direktinvestitionen: Entwicklungsländer bleiben interessant, in: ifo-Schnelldienst, 4/1980, S. 14.

27 Vgl. dazu ausführlich: F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg 1977. Eine besondere Rolle bei der staatlichen Stimulierung des „mittelständischen“ Kapitalexports in die Dritte Welt will die Deutsche Entwicklungsgesellschaft spielen. Vgl. dazu: ebenda, S. 199 ff.

Staaten zum Ausdruck kommt, — eine Tendenz, die sich in jüngster Zeit allerdings bereits wieder stark abgeschwächt hat. Langfristig bedeutet dies, daß in vielen OPEC-Ländern Industriepotentiale aufgebaut werden, die in der Zukunft auch zu einer Verschiebung in der Warenstruktur des Handels mit der BRD führen dürften.

Für die Modifikationen im Spezialisierungsmuster zwischen der BRD und den Entwicklungsländern ist es wichtig, die Warenstruktur der Im- und Exporte zu betrachten (vgl. Tabelle 2). Hier tritt deutlich hervor, daß der Anteil der Fertigwaren an den Entwicklungsländerimporten der BRD ständig steigt, wenngleich die Entwicklungsländer in überwiegenderem Maße immer noch Rohstofflieferanten sind. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Fertigwarenimporte zum allergrößten Teil aus arbeitsintensiv hergestellten Konsumgütern bestehen; „qualifikationsintensive“ Industriewaren sind ebenso wie Investitionsgüterimporte bislang ohne große Relevanz (vgl. Tabelle 2).²⁸

Bezüglich des Charakters der Arbeitsteilung zwischen der BRD und den Entwicklungsländern läßt sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen die These vertreten, daß es in der Tendenz zu einer Ablösung der traditionellen Rolle der Dritten Welt, lediglich Quelle der Rohstoffzufuhr zu sein, kommt. Mit dem Bedeutungszuwachs der Entwicklungsländer im Außenhandel der BRD geht einher, daß sie in wachsendem Maße auch Fertigwarenlieferanten der BRD werden. Irreführend ist es allerdings, diesen Prozeß — wie in der neoklassischen Theorie — als Wandel von einer komplementären zu einer substitutiven Arbeitsteilung zu charakterisieren. Besonders an der Warenstruktur der Importe zeigt sich, daß es sinnvoller ist, davon zu sprechen, daß sich die Rolle der Entwicklungsländer von einer ausschließlichen Rohstoffperipherie zu einer Rohstoff- und Industriepерipherie modifiziert.²⁹ In bezug auf die Industriestruktur der BRD weist auch diese tendenziell neue Funktion der Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung komplementäre Züge auf. Sie scheint genau jene Struktur anzunehmen, die dem beschriebenen staatsmonopolistischen Strukturwandel- und Modernisierungskonzept entspricht: die Dritte Welt tritt als Lieferant jener Industriewaren in Erscheinung, deren Produktion in der BRD zunehmend unrentabel geworden ist und deren Beibehaltung den Wachstums- und Verwertungsprozeß der Monopole tendenziell behindert.

Da die neuen Momente der Arbeitsteilung zwischen der BRD und den Entwicklungsländern den abhängigen Charakter des Reproduktionsprozesses in den Entwicklungsländer-Ökonomien nicht grundsätzlich aufheben, sondern ihn allenfalls auf einer neuen Stufe reproduzieren, ist es abwegig, davon zu sprechen, daß der „zentrale Kapitalismus“ nicht länger als „autozentriert“ gelten könne bzw. daß der Reproduktionsprozeß entwickelter kapitalistischer Länder durch die neue Spezialisierungsstruktur von den Entwicklungsländern „funktional abhängig“ werde.³⁰ Zumindest suggeriert eine solche Interpretation, daß es im Zuge der Durchsetzung der neuen Elemente in der internationalen Arbeitsteilung gleichsam gesetzmäßig zur Herausbildung „interdependenter“ Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den Entwicklungsländern komme, wobei die asymmetrische und ungleiche Stellung der Dritten Welt in der internationalen Arbeitsteilung langfristig überwunden werde. Da das „neue“ Spezialisierungs-

28 Siehe dazu näheres bei: G. Simonis, Die Bundesrepublik und die neue internationale Arbeitsteilung, in: Leviathan, 1/1979, S. 36—56, hier zitiert nach einer ausführlicheren hektographierten Fassung, Konstanz 1978, S. 21 ff.

29 Vgl. dazu auch: H. Schilling, Krise und Verfall des imperialistischen Kolonialsystems, Berlin 1977, S. 56.

30 So z. B. Simonis, a. a. O., S. 11.

muster viel stärker noch als das „alte“ auf die monopolistische Kontrolle der Technologie durch die entwickelten kapitalistischen Länder bzw. die internationalen Monopole hinausläuft, ist das entscheidende Merkmal dieser Prozesse gerade die Vertiefung und Intensivierung der Abhängigkeit der Dritten Welt von den kapitalistischen Industriemetropolen.

Ebenso irreführend ist es, den wachsenden Anteil der Entwicklungsländer am Außenhandel entwickelter kapitalistischer Länder als „Reintegration“ in die Weltwirtschaft zu interpretieren.³¹ Diese Sicht übernimmt unkritisch die neoklassische These, daß der Bedeutungsrückgang der Entwicklungsländer im Kontext der Welthandelsströme identisch mit ihrer „Desintegration“ aus der kapitalistischen Weltwirtschaft war.³² Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß für die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den kapitalistischen Zentren nicht deren relativer Anteil an der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern das absolute Ausmaß der Durchdringung ihrer Volkswirtschaften durch die Agenten des „zentralen Kapitalismus“ ausschlaggebend ist. Gleichwohl deutet der Trendwechsel, der seit 1973 festgestellt werden kann, auf eine neue Stufe der ökonomischen Verflechtung zwischen den Entwicklungsländern und der BRD hin.

Hierin spiegelt sich selbst noch eine neue Qualität der Internationalisierung der BRD-Ökonomie wider, die darin besteht, „daß sie durch den Übergang von der internationalen Arbeitsteilung zwischen Industriezweigen zu einer Arbeitsteilung innerhalb von Industriezweigen und Produktionskomplexen gekennzeichnet ist“.³³ In den arbeitsteiligen Beziehungen zwischen der BRD und den Entwicklungsländern tritt jedoch deutlich hervor, daß der Platz der Entwicklungsländer im System dieser inter- und intraindustriellen Arbeitsteilung gleichsam am unteren Ende liegt. Die Entwicklungsländer erfüllen in diesem System insofern eine abhängige Ergänzungsfunktion für die entwickelten kapitalistischen Länder, als sie Produktionszweige übernehmen, die von vornherein zu einem großen Teil exportorientiert sind und daher keine eigenständige, an den inneren Bedürfnissen orientierte Akkumulationsdynamik in Gang setzen können.

Bei der Analyse der geschilderten neuen Elemente in der Arbeitsteilung darf nicht vergessen werden, daß die Dritte Welt regional höchst ungleichmäßig von der neuen Verflechtungswelle erfaßt wird. Im wesentlichen „profitieren“ davon die OPEC-Länder und die ost- und südostasiatischen „Billiglohnländer“. Dies drückt sich sowohl in den Rangverschiebungen bei den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik in der Dritten Welt aus (vgl. Tabelle 3) als auch bei der Betrachtung des Fertigwarenanteils an der Einfuhr der Bundesrepublik aus außereuropäischen Entwicklungsländern.

Den höchsten Fertigwarenanteil an ihren Importen in die Bundesrepublik weisen die Länder Asiens auf. Ohne Öl beträgt der Anteil der Industriewaren an ihren Importen in die Bundesrepublik inzwischen über 70 %. Längst nicht so stark wächst dieser Anteil bei Lateinamerika, während die afrikanischen Länder offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten haben, auf dem Industriewarenmarkt der BRD stärker Fuß zu fassen (vgl. Tabelle 2). Unter den 20 wichtigsten Einfuhrländern der Bundesrepublik in der Dritten Welt befinden sich fast ausschließlich erdölexportierende Länder, Staaten, deren Wirtschaftsmodell stark exportorientiert ist (Südkorea, Hongkong, Taiwan, Malaysia usw.) oder aber Länder,

31 Vgl. ebenda, S. 12.

32 Typisch ist hier: Fels, a. a. O.

33 Internationale Monopole, a. a. O., S. 215.

die sich nach dem Durchlaufen einer Phase der importsubstituierenden Industrialisierung nun im Übergang zum verstärkten Export von Industriewaren befinden (Brasilien, Argentinien, Kolumbien).³⁴

3. Hauptentwicklungslinien westdeutscher Direktinvestitionen in der Dritten Welt

Ein weiterer Gradmesser für die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Arbeitsteilung mit der Bundesrepublik sind die Direktinvestitionen westdeutscher Konzerne. Um eine besondere Form handelt es sich dabei insofern, als sich arbeitsteilige Prozesse hier im Rahmen der internationalen BRD-Monopole vollziehen. Das Ausmaß und der Charakter der konzerninternen Arbeitsteilung wird jedoch in den globalen Angaben der westdeutschen Direktinvestitionsstatistik über die Branchenstruktur kaum sichtbar.

Zunächst muß festgehalten werden, daß — gemessen am Umfang der Direktinvestitionen — der Bedeutungszuwachs der Entwicklungsländer im Außenhandel der BRD hier keine Entsprechung findet. Der Anteil der Entwicklungsländer an den gesamten westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland hat sich seit den 60er Jahren bei knapp 30 % stabilisiert (vgl. Tabelle 4). Die zuweilen vorgetragene Auffassung, daß seit Mitte der 70er Jahre „eine erneute Veränderung in der Aufteilung der Kapitalinvestitionen zwischen imperialistischen und Entwicklungsländern in Richtung auf eine Erhöhung des Anteils der Entwicklungsländer“ zu beobachten sei³⁵, findet somit zumindest für die Bundesrepublik keine empirische Bestätigung. Legt man nicht die BMWi-Statistik, die die kumulierten jährlichen Transaktionswerte ausweist, zu Grunde, sondern geht von einer neuen, von der Bundesbank vorgenommenen und an den Bilanzunterlagen der Unternehmen orientierten Statistik aus, so ist der auf die Entwicklungsländer entfallende Bestand westdeutscher Direktinvestitionen in den 70er Jahren sogar auf knapp 22 % des Gesamtbestands zurückgefallen.³⁶ Beide Erhebungsmethoden gelangen zwar zugegebenermaßen insgesamt zu Werten, die die Direktinvestitionen zu niedrig ausweisen, was aber an den Relationen nichts ändern dürfte.

Allerdings kann die nach wie vor untergeordnete Bedeutung der Entwicklungsländerinvestitionen westdeutscher Monopole nicht als Argument dagegen ins Feld geführt werden, daß es gerade die Direktinvestitionen in der Dritten Welt sind, die als entscheidende Vermittlungsglieder der neuen Elemente in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung fungieren.³⁷ Mit Junne³⁸ können sinnvollerweise drei verschiedene Typen von Di-

34 entfällt.

35 So auch die Autoren des Buches: Internationale Monopole, a. a. O., S. 235. Ähnlich: W. Olle/W. Schoeller, Auslandsproduktion und strukturelle Arbeitslosigkeit, in: Prokla, 29/4/1977, S. 114 ff. In der Regel werden solche Aussagen nur durch besonders hohe Zuwachsraten der Entwicklungsländerinvestitionen in einzelnen Jahren abgestützt, wobei vorübergehende Steigerungen unzulässig in die Zukunft extrapoliert werden.

36 Vgl. dazu: Stand der Direktinvestitionen Ende 1976, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1979, S. 26—40, und: Die Auslandsverflechtung der Unternehmen Ende 1977, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1980, S. 22—35.

37 Vgl. auch Olle/Schoeller, a. a. O., S. 114.

38 Vgl. G. Junne, Typen, Gründe und regionale Verteilung der Auslandsdirektinvestitionen in Entwicklungsländern, in: D. Senghaas/U. Menzel (Hg.), Multinationale Konzerne und Dritte Welt, Opladen 1976, S. 11—29.

rektionen unterschieden werden, die gleichzeitig drei aufeinanderfolgende Phasen in der globalen Bewegung der Direktinvestitionen kennzeichnen:

1. Exportorientierte Direktinvestitionen im Rohstoff- und Energiesektor;
2. Direktinvestitionen im Sektor der verarbeitenden Industrie, die binnenmarktorientiert sind;
3. weltmarkt- und exportorientierte Direktinvestitionen im Sektor der verarbeitenden Industrie.

Selbstverständlich tritt keiner dieser Typen von Direktinvestitionen jeweils in „reiner“ Form auf. Gleichwohl dominiert in unterschiedlichen historischen Phasen jeweils ein Direktinvestitionstyp. Dies korreliert jeweils sehr stark mit den in den Entwicklungsländern selbst verfolgten Entwicklungs- bzw. Industrialisierungsstrategien, was darauf hinweist, daß die Bewegung der Direktinvestitionen nicht nur an den Bedingungen der Profitproduktion in den kapitalistischen Zentren orientiert ist, sondern sich zu einem gewissen Ausmaß den konkret-historischen Bedingungen in den Zielländern des Kapitalexports anpassen muß.

Im Falle der Bundesrepublik waren Bewegung und Zielbestimmung der Direktinvestitionen von Beginn an zusätzlich noch dadurch modifiziert, daß der deutsche Imperialismus aufgrund seiner Niederlagen in den beiden Weltkriegen bis heute keine nennenswerten Positionen in den Rohstoffsektoren der Entwicklungsländer erobern konnte, was in einem entsprechend niedrigen Anteil dieses Direktinvestitionstyps an seinen Gesamtauslandsinvestitionen zum Ausdruck kommt. Um so stärker war die Konzentration der westdeutschen Monopole auf den Sektor der verarbeitenden Industrie (vgl. Tabelle 5). Danach entfielen Mitte 1979 mehr als 72 % aller westdeutschen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern auf die verarbeitende Industrie.³⁹

Verschiedene Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß die westdeutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nach wie vor in überwiegenderem Maße dem binnenmarktorientierten Typ zuzurechnen sind. *Erstens* gibt es nur minimale Unterschiede in der Branchenstruktur der Direktinvestitionen in kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern. In beiden Fällen dominieren eindeutig jene Branchen, die gemeinhin zu den auch in der Bundesrepublik wachstumsträchtigsten gerechnet werden. *Zweitens* entfällt traditionell ein hoher Anteil der westdeutschen Direktinvestitionen auf solche Entwicklungsländer, die über relativ große und aufnahmefähige Binnenmärkte verfügen und während ihrer Phase der importsubstituierenden Industrialisierung günstige Ansatzpunkte geboten haben (Lateinamerika, bes. Brasilien, Argentinien und Mexiko). *Drittens* weisen empirische Erhebungen darauf hin, daß absatzpolitische Überlegungen immer noch bei unternehmerischen Direktinvestitionsentscheidungen eine dominante Rolle spielen.⁴⁰

Gleichwohl ist unübersehbar, daß auch in der Bewegung der westdeutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt die neuen Elemente der internationalen Arbeitsteilung — wenngleich noch in eher embryonaler Form — zum Tragen kommen. *Erstens* — darauf wurde bereits hingewiesen — lassen die globalen Angaben über die Branchenstruktur keine Aussagen darüber zu, ob es sich um die Verlagerung unvollständiger Produktionszyklen handelt oder um relativ geschlossene Produktionsprozesse. *Zweitens* gibt es in der re-

³⁹ Vgl. Halbach, a. a. O., S. 13.

⁴⁰ Vgl. Jungnickel/Krägenau/Lefeldt/Holthus, a. a. O., S. 71.

gionalen Verteilung der westdeutschen Direktinvestitionen innerhalb der Dritten Welt einige interessante Verschiebungen. Erhöht hat sich das Gewicht der asiatischen Länder, während der Anteil Lateinamerikas zurückgefallen ist. Auch die Position der südeuropäischen Mittelmeerländer als Zielregion der westdeutschen Direktinvestitionen hat sich verbessert. Eine überdurchschnittliche Zuwachsrates wiesen in den letzten Jahren mit fast 35 % jährlich die sog. ASEAN-Länder auf, die den Typ der exportorientierten Industrialisierung exemplarisch verkörpern.⁴¹

Drittens kann beobachtet werden, daß international agierende BRD-Monopole ihre Unternehmensniederlassungen auch in traditionellen Schwerpunktländern wie Brasilien verstärkt als Exportbasen zur Bedienung der regionalen oder weltweiten Märkte oder auch zum Reimport in die BRD nutzen. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß Länder wie Brasilien in den letzten Jahren sprunghafte Zuwachsrates beim Export aufweisen. Diese Form der Nutzung von ausländischen Unternehmensniederlassungen kann als Übergangsform zwischen dem 2. und dem 3. Typ der Direktinvestitionen begriffen werden.

Viertens kann in letzter Zeit festgestellt werden, daß gerade jene Produktionszweige, in denen die Lohnkostenvorteile der Entwicklungsländer besonders stark zum Tragen kommen (Herstellung und Verarbeitung von Leder, Säge- und Holzverarbeitung, Textilgewerbe, Bekleidungsindustrie, Herstellung von Schuhen, Musikinstrumente, Sportgeräte und Spielwaren), einen zunehmenden Anteil ihrer Kapitalanlagen in Entwicklungsländern tätigen, wenngleich ihr relatives und absolutes Gewicht an den Direktinvestitionen insgesamt noch niedrig ist.⁴² *Fünftens* schließlich liefern auch die Motivforschungen des HWWA Anhaltspunkte dafür, daß in letzter Zeit kosten- gegenüber absatzpolitischen Erwägungen bei Direktinvestitionsentscheidungen der Konzerne an Bedeutung gewinnen.⁴³

4. Entwicklungstendenzen von Auslandsproduktion und Auslandsbeschäftigung

Wichtige Anhaltspunkte für die Herausbildung neuer Elemente in der Arbeitsteilung der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern liefert schließlich die Untersuchung von Auslandsproduktion und Auslandsbeschäftigung im Bereich der internationalen Konzerne. Aufschlußreich für mögliche binnenwirtschaftlichsproduktion und Auslandsbeschäftigung im Bereich der internationalen Konzerne. Aufschlußreich für mögliche binnenwirtschaftliche Rückwirkungen der sich darin ausdrückenden Internationalisierung des westdeutschen Kapitals wäre auch ein Vergleich der Entwicklungen von Export und Auslandsproduktion, von Investitionsausgaben der BRD-Industrie im Inland und im Ausland sowie von Auslands- und Inlandsbeschäftigung. Nicht immer lassen es die verfügbaren Daten jedoch zu, den spezifischen Anteil der Entwicklungsländer an diesen Positionen sichtbar zu machen.

In den letzten Jahren ist die Auslandsproduktion der westdeutschen Konzerne (die ge-

41 Vg. Halbach, a. a. O., S. 12.

42 Vgl. dazu: J. P. Agarwal, Zur Struktur der westdeutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern — Einfluß von Außenhandelsverflechtung und relativen Lohnkosten, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1/1978, S. 117. Vgl. auch die umfanglichen Erhebungen über die Auslandsinvestitionen der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie bei: Fröbel/Heinrichs/Kreye, a. a. O., S. 69 ff.

43 Vgl. M. Holthus (Hg.), Die deutschen multinationalen Unternehmen. Der Internationalisierungsprozeß der deutschen Industrie, Frankfurt/M. 1974, S. 158.

meinhin am Umsatz der Auslandsniederlassungen gemessen wird) ständig schneller gewachsen als der Export. Nach einer neueren Schätzung entspricht der Wert der Auslandsproduktion der Bundesrepublik seit etwa Mitte der 70er Jahre gut der Hälfte des Wertes der Exporte. Vergleicht man dies mit der globalen Auslandsproduktion, die auf das Doppelte der weltweiten Exporte geschätzt wird, so zeigt sich, daß die BRD-Konzerne ihre Außenexpansion immer noch wesentlich stärker als ihre internationalen Hauptkonkurrenten auf den Export stützen als auf die Internationalisierung der Produktion.⁴⁴ Gleichwohl kann als sicher gelten, daß sich das Gewicht der Auslandsproduktion gegenüber dem Warenexport auch in Zukunft weiter erhöhen wird. Mit dieser Entwicklung dürfte eine zumindest teilweise Substitution von Exporten durch direkte Auslandsproduktion verbunden sein.⁴⁵

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krisenprozesse der letzten Jahre und unter dem Einfluß der staatsmonopolistischen Strukturpolitik veränderten sich im Innern der BRD die Zielsetzungen der industriellen Investitionen: Während der Anteil der Investitionen zur Kapazitätserweiterung von 41 % (1973) auf 25 % (1978) zurückgegangen ist, hat der Anteil der Investitionen zur Rationalisierung und Ersatzbeschaffung beträchtlich zugenommen.⁴⁶ Diesem veränderten Investitionsverhalten entspricht ein absoluter Rückgang der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik, der schon deshalb als strukturell und nicht nur konjunkturell bedingt angesehen werden muß, weil die Beschäftigtenanzahl auch nach der Überwindung des Tiefpunktes im konjunkturellen Zyklus ihr ursprüngliches Niveau nicht mehr erreicht.⁴⁷

Zur Erklärung dieses Phänomens soll hier die These vertreten werden, daß Rationalisierung im Innern und Produktionsverlagerung nach außen komplementär aufeinander bezogene Prozesse sind, die beide Ausdruck der durch verschärfte Konkurrenzbedingungen beschleunigten Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft sind.⁴⁸ Beide zielen letztlich auf die Verbesserung der Verwertungssituation des metropolitanen Kapitals, wengleich dabei unterschiedliche Methoden angewandt werden. Im Falle von Rationalisierungsmaßnahmen handelt es sich um den Versuch, die relative Mehrwertproduktion zu steigern; Produktionsverlagerungen, die ebenfalls auf eine Senkung des Kostenanteils für variables Kapital zielen, sind demgegenüber — vom Standpunkt des auslagernden Kapitals — eher mit der klassischen Methode der Steigerung der absoluten Mehrwertproduktion vergleichbar. Die in diesem Prozeß auftretenden „Freisetzungseffekte“ statistisch einwandfrei jeweils getrennt auf die Rationalisierungsprozesse auf der einen und die Verlagerungstendenzen auf der anderen Seite zurückführen zu wollen, übersieht den durch die Gesetze der Profitproduktion unter den Bedingungen fortschreitender Internationalisierung diktierten unauflöselichen Zusammenhang von Modernisierung, internationaler Expansion und kapitalistischen Strukturveränderungen.

44 Vgl. dazu: H. Krägenau, *Internationale Direktinvestitionen*, Ergänzungsband 1978/79, Hamburg 1979, S. 92 f.

45 Zur Diskussion zum Zusammenhang zwischen Auslandsproduktion und Export vgl. auch: H. G. Kiera, *Die Wirkungen deutscher Direktinvestitionen auf den deutschen Außenhandel*, in: *Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung*, Nr. 3/1976, S. 195—216.

46 Vgl. dazu die alljährlichen Erhebungen des Ifo-Instituts in: *ifo-Schnelldienst*, lfd.

47 Vgl. zu diesem Phänomen: J. Huffschild, *Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise“*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/1979, S. 69—86.

48 Vgl. auch die Argumentation bei: Fröbel/Heinrichs/Kreye, a. a. O., S. 35 und 210.

Die Entwicklungsländer spielen in diesem Prozeß rückläufiger oder tendenziell stagnierender Beschäftigung im Innern und wachsender Subordination von Arbeitskräften im Ausland unter die Kommandogewalt des westdeutschen Monopolkapitals insofern eine besondere Rolle, als die dortige Auslandsproduktion besonders arbeitsintensiv ist. Während die Auslandsproduktion in den entwickelten kapitalistischen Staaten eher den gleichen oder ähnlichen Bedingungen wie in der BRD unterliegt, steht in der Dritten Welt in der Tat ein wachsendes und wohlfeiles Arbeitskräftepotential bereit, zu dessen verstärkter Nutzung die internationalen Monopole vor dem Hintergrund der wachsenden Zerlegbarkeit von Produktionsprozessen und der Entwicklung der Transport- und Kommunikationstechnologie immer besser in der Lage sind. Es ist deshalb kein Zufall, daß — wie sich aus einer neueren Statistik der Deutschen Bundesbank ergibt — ca. 40 % der Beschäftigten in den westdeutschen Auslandsunternehmen auf die Entwicklungsländer entfallen, obwohl diese nur etwas mehr als 20 % der westdeutschen Direktinvestitionen auf sich vereinigen.⁴⁹ Nach den Schätzungen von *Fröbel/Heinrichs/Kreye* für die Mitte der 70er Jahre beläuft sich der Anteil der Auslandsbeschäftigten in Entwicklungsländern sogar auf 46 % (Industrieländer: 54 %).⁵⁰ Insgesamt beziffern *Fröbel/Heinrichs/Kreye* die Anzahl der Auslandsbeschäftigten der westdeutschen Industrie auf 1,5 bis 1,6 Mio. Die Auslandsbeschäftigtenquote (Anteil der Auslandsbeschäftigten an den Inlandsbeschäftigten) beziffern sie auf gut 20 %.⁵¹

Ein besonders augenfälliges Beispiel dieser vom Strukturwandel erfaßten Industriezweige ist die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie.⁵² Anfang der 70er Jahre importierte die BRD ca. 30 % ihres Textil- und grob 10 % ihres Bekleidungsbedarfs. Während die Importquote bei Bekleidungsartikeln ständig stieg, gingen die Bekleidungsexporte beständig zurück. Damit verbunden war ein Beschäftigungsrückgang bei Textil und Bekleidung in der Bundesrepublik um ca. 37 % zwischen 1960 und 1976. Im Gefolge davon nahm auch der Anteil dieses Zweiges an der Gesamtbeschäftigtenzahl der BRD-Industrie von 1960 noch 7,7 % auf 1976 nur noch 4,6 % (Textil) bzw. von 4,4 % auf 3,7 % (Bekleidung) ab. Gleichzeitig hatten bis Mitte der 70er Jahre etwa 45 % der in die Untersuchung von *Fröbel/Heinrichs/Kreye* einbezogenen Unternehmen der Textilindustrie und etwa 70 % der Unternehmen der Bekleidungsindustrie der BRD in irgendeiner Form eine Auslandsfertigung errichtet.⁵³ Die Zahl der im Ausland produzierenden Unternehmen der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie ist von 60 (1966) über 80 (1970) auf etwa 200 (1974/75) angestiegen. Die Zahl der Auslandsbeschäftigten hat sich im Zuge dieses Auslagerungsprozesses bei der Textilindustrie von ca. 8000 (1966) über ca. 14200 (1970) auf ca. 29500 (1974/75) und bei der Bekleidungsindustrie von ca. 15000 (1966) über ca. 24800 (1970) auf schließlich 31000 (1976) erhöht. Davon waren jeweils etwa 45 % in ausgesprochenen „Niedriglohnländern“ beschäftigt. Nimmt man passive Lohnveredelungsgeschäfte hinzu, so gab es allein in der Textil- und Bekleidungsindustrie 69000 bis 80000 Auslandsbeschäftigte (1974/75). Die Auslandsbeschäftigtenzahl des

49 Vgl. Stand der Direktinvestitionen Ende 1976, a. a. O., S. 34.

50 Vgl. *Fröbel/Heinrichs/Kreye*, a. a. O., S. 296.

51 Ebenda, S. 390.

52 Im folgenden werden einige Ergebnisse der Studie von *Fröbel/Heinrichs/Kreye*, S. 71 ff., wiedergegeben.

53 Berücksichtigt sind hier über 50 % des Textil- und Bekleidungsgebietes der BRD, vor allem Großunternehmen; erfaßt wurden 50 bis 75 % der existierenden Auslandsfertigung.

Textil- und Bekleidungsgewerbes in der BRD hat sich also in acht bis neun Jahren mehr als verdoppelt, während die Inlandsbeschäftigtenzahl um ein Viertel zurückgegangen ist.

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist der Tatbestand, daß knapp die Hälfte der ausländischen Produktionsstätten der Textilindustrie (mit etwa 11 000 Beschäftigten) und über zwei Drittel der ausländischen Produktionsstätten der Bekleidungsindustrie (mit 18 500 Beschäftigten) überwiegend oder ausschließlich für den BRD-Markt produzieren, so daß davon ausgegangen werden muß, daß zumindest in diesem Bereich der Strukturdruck auf die inländische Textil- und Bekleidungsindustrie zum großen Teil durch die BRD-Unternehmen selbst produziert worden ist.

Darüber hinaus unterliegen jedoch auch solche Zweige dem beschriebenen Entwicklungstrend, die im allgemeinen als besonders dynamisch gelten. Alle drei großen Unternehmen der westdeutschen Elektroindustrie z. B. (Siemens, Bosch, AEG-Telefunken) haben in den Jahren 1971—1976 ihre Inlandsbeschäftigten auch in absoluten Zahlen reduziert, während die Zahl ihrer Auslandsbeschäftigten kräftig zugenommen hat (vgl. Tabelle 6). Der Siemenskonzern, der größte „Arbeitgeber“ im Ausland, reimportierte schon im Jahre 1971/72 rund 18 % der Eigenleistungen seiner Auslandstöchter wieder in die BRD oder exportierte sie in Drittländer. Ebenso waren bereits 13 % der Eigenleistung der Bosch-Auslandstöchter für den Export auf den Weltmarkt oder in die BRD bestimmt. Die Pläne der Elektrofirmen signalisierten schon damals eine Erhöhung dieses Anteils, die sich im Beschäftigtenabbau in der BRD niedergeschlagen haben dürfte.⁵⁴ Diese Entwicklung ist Ausdruck von sich zuspitzenden strukturellen Disproportionen in der westdeutschen Elektroindustrie, die in jüngster Zeit zu einer starken Polarisierung zwischen weniger und höher qualifizierter Arbeit im Rahmen der weltweiten Arbeitsteilung innerhalb der betreffenden Konzerne geführt haben. Die Höherbewertung der DM und der bis 1973 ungehinderte Zufluß von ausländischen Gastarbeitern (insbesondere Arbeiterinnen) hatten laut einer Untersuchung des Kieler Weltwirtschaftsinstituts Teilen der westdeutschen Elektroindustrie bis in die 70er Jahre hinein eine Überlebenschance verschafft, „die sie normalerweise in einem so hochentwickelten Land wie der Bundesrepublik nicht gehabt hätten“.⁵⁵ Sobald diese Sonderfaktoren abgebaut waren, schien die Auslagerung dieser Teilprozesse der Elektroindustrie immer mehr zur Bedingung dafür zu werden, daß die Wachstumsträchtigkeit der gesamten Branche erhalten werden konnte.

VI. Ausblick: Konsequenzen und Perspektiven

Wenngleich kaum ein Interview, eine Festrede oder programmatische Erklärung eines Politikers der BRD zu Problemen der weltwirtschaftlichen Entwicklung ohne den Hinweis auf die zukünftige Dimension und Qualität der BRD als überwiegender Exporteur von Blaupausen und technologischem „know how“ auskommt, so wird der Realitätsgehalt derartiger Vorstellungen nur selten überprüft. Selten ist in diesem Zusammenhang thematisiert worden, daß die BRD seit langem wesentlich mehr Patente und Lizenzen importiert als exportiert, daß also die Patent- und Lizenzbilanz heute noch defizitär ist.⁵⁶

Auch muß vor der Vorstellung gewarnt werden, daß die sogenannte aktive und voraus-

⁵⁴ Vgl. Holthus, a. a. O., S. 67 f.

⁵⁵ F. Weiss, Strukturveränderungen in der westdeutschen Elektroindustrie, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1/1975, S. 146.

^{56a} Vgl. Tank, a. a. O., S. 38 ff.

schauende Strukturpolitik schon in nennenswertem Umfang realisiert wird. Nimmt man direkte Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für Betriebe und Wirtschaftszweige als wichtigste öffentliche Subventionsformen zusammen, so zeigt sich, daß die „Erhaltungshilfen“ mit über 50 % (ca. 8,5 Mrd. DM) immer noch den größten Posten ausmachen und dieser Anteil sich im Laufe der siebziger Jahre (zumindest bis 1976) kaum verringert hat; dagegen ist der Anteil der „Produktivitätshilfen“, der noch am stärksten dem Konzept der „aktiven Strukturpolitik“ entsprechen dürfte, sogar noch leicht zurückgegangen.⁵⁶ Das schließt keineswegs aus, daß auf anderen Ebenen die an fortgeschrittener Technologie orientierte Strukturpolitik erheblich an Bedeutung zugenommen hat; die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen des Staates stiegen nicht nur absolut seit Beginn der sechziger Jahre enorm an (1962: 4,5 Mrd. jährlich, 1974: 24,6 Mrd. jährlich), sondern erhöhten auch ihren Anteil am Bruttosozialprodukt von 1,3 % auf 2,4 % erheblich.⁵⁷

Auch die freihändlerischen Postulate, die der aktiven Strukturpolitik im Bereich der Außenwirtschaft entsprechen und letztlich eine forcierte staatliche Förderung der Exportexpansion und/oder der Produktionsverlagerung ins Ausland implizieren, wurden durch die BRD keineswegs so konsequent eingehalten wie die Repräsentanten des Systems, die als ideologische Bannerträger des völligen Welthandels-Liberalismus schon den Spott ihrer Konkurrenten auf sich gezogen haben, für sich reklamieren.⁵⁸ Eine lückenlose und stromlinienförmige Realisierung des Konzepts der „aktiven Strukturpolitik“ stößt aber nicht nur auf interne Hemmnisse, die auch geschwächte Monopole unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung von Arbeitsplätzen auszuüben vermögen (z. B. die gesamte Wertindustrie der BRD!), sondern natürlich auch auf ähnliche Verhaltensweisen ausländischer Monopole und Staaten, die analoge Konzepte entwerfen und überdies schon seit längerem in Abwehr und Gegenreaktionsstellung gegenüber den überaus expansionistischen BRD-Monopolen stehen. Auch spricht nicht viel gegen die Überlegung, daß einige fortgeschrittene Entwicklungsländer selbst eine ähnliche Strategie einschlagen und der BRD zusätzliche Konkurrenz bereiten.⁵⁹

Zum anderen leidet eine gezielte Technologie- und Strukturpolitik auch darunter, daß sich eindeutige Erkenntnisse bzw. Prognosen über zukünftige Wachstumsbranchen, besonders nachgefragte Produkte und über langfristige Standortvorteile der BRD nicht machen lassen: „In den Genuß der Fördermittel sollten eigentlich nur die Produktionsbereiche kommen, von denen erwartet werden kann, daß sie längerfristig Standortvorteile in der Bundesrepublik besitzen. Welche Produktionen das sein werden, ist allerdings nur schwer zu sagen. Zwar kann man heute jene Produktionen, die Standortvorteile in der Bundesrepublik verloren haben und die unter diesem Aspekt eine Art Negativliste des ‚Weltwirtschafts‘ bilden, recht gut identifizieren. Aber es ist nicht möglich, mit annähernder Präzision eine Positivliste der zukünftigen Wachstumsbranchen zu erarbeiten.“⁶⁰

56 Vgl. Todenhöfer, a. a. O., S. 190 f.; allerdings weisen — langfristig gesehen — die „Produktivitätshilfen“ die höchste Zuwachsrate auf. Vgl. hierzu: Autorenkollektiv, Strukturveränderungen und staatsmonopolistisches Finanzsystem, Berlin 1978, S. 131.

57 Hauff/Scharpf, a. a. O., S. 68.

58 Vgl. die Beispiele hierfür bei: D. Keschull, Der Außenhandelspielraum wird enger, in: Wirtschaftsdienst, VIII/1978, S. 412.

59 Vgl. den Hinweis bei: H. Dicke u. a., Beschäftigungswirkung einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern, Tübingen 1976, S. 6.

60 Ebenda, S. 147 f. Siehe auch: Kalmbach, a. a. O., S. 396 f.

Aber selbst wenn die Strategie des „aktiven Strukturwandels“ weitgehend realisiert würde, so wären mit ihren Resultaten neue Schwierigkeiten verbunden. Trotz der erklärten Absicht, die hohe außenwirtschaftliche Verflechtung bzw. Exportlastigkeit der BRD nicht noch weiter zu befördern, sondern nur konsolidieren zu wollen⁶¹, muß u. E. davon ausgegangen werden, daß eine erfolgreiche Realisierung dieses Konzepts eine Zunahme der außenwirtschaftlichen Verflechtung bedeutet. Die Abhängigkeit der BRD-Wirtschaft von Nachfragetendenzen in anderen Ländern, von politischen Entscheidungen etc. würde damit weiter steigen; die nationalstaatliche „Steuerbarkeit“ von Konjunkturprozessen, die ohnehin nicht allzu hoch veranschlagt werden kann, würde noch weiter eingeengt.

Zum anderen sind sich viele Beobachter der langfristigen technologischen Entwicklung darin einig, daß in der unmittelbaren und mittelfristigen Zukunft der technische Fortschritt bzw. die Nachfrage nach den Resultaten des technischen Fortschritts weniger in bedeutenden Produktinnovationen (wie Automobil oder elektrische Küchengeräte etc.) — begleitet von Nachfrage- und Einkommensexpansion — liegen wird, sondern schwerpunktmäßig in Prozeß- bzw. Produktionsinnovationen.⁶² Es darf angenommen werden, daß von beiden Innovationsformen recht unterschiedliche Wirkungen auf das Beschäftigungsniveau ausgehen. „Zwar wird man nicht umstandslos Produktinnovation mit positivem und Prozeßinnovation mit negativem Beschäftigungseffekt gleichsetzen dürfen; man wird aber festhalten können, daß eine beschäftigungssteigernde Wirkung einer Prozeßinnovation an sehr spezielle Voraussetzungen geknüpft ist, die diese Wirkung in der Regel als wenig realistisch, jedenfalls als unrealistischer als bei einer Produktinnovation erscheinen lassen. . . . Wenn Innovationen vom ‚rationalisierenden Typ‘ dominieren, kann nicht länger erwartet werden, daß eine wirtschaftspolitisch unterstützte Verstärkung der Innovationstätigkeit zu Ergebnissen führt, wie sie von Endnachfrage-erweiternden Innovationen erwartet werden könnten. Förderung der Innovationstätigkeit heißt unter solchen Voraussetzungen primär Förderung von Rationalisierungsinnovationen. Die wahrscheinliche Folge einer solchen Politik ist nicht die Sicherung der Beschäftigung, sondern die wirtschaftspolitisch unterstützte Förderung solcher Innovationen, die das Arbeitsplatzangebot der Industrie reduzieren.“⁶³

Diese allgemein sich abzeichnende Tendenz, die auch mit dem Begriff „Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung“ beschrieben wurde, spitzt sich bei der weltmarkt-orientierten Strategie der „aktiven Strukturpolitik“ insofern zu, als im Exportsektor die größten Produktivitätsfortschritte gemacht und demzufolge — auch bei weiterer Zunahme der „Exportquote“ — der Tendenz nach sogar immer weniger Beschäftigte absorbiert werden können. Der hohe und bis Mitte der siebziger Jahre wachsende Anteil der direkt oder indirekt für den Warenexport produzierenden Erwerbstätigen (ihre Anzahl stieg von 1970: 3,8 Mio. auf 1974: 4,5 Mio.)⁶⁴ scheint sich aufgrund einer gewissen Polarisierung zwischen dem internationalen und dem Binnen-Sektor seit Mitte der siebziger Jahre zurückzuentwickeln. „Auch im Aufschwung 1975/76 nahm die Zahl der Beschäftigten un-

61 Vgl. Hauff/Scharpf, a. a. O., S. 119.

62 Vgl. L. Scholz, Strukturprobleme und ihre Überwindung durch Innovationspolitik als Vollbeschäftigungspolitik, in: Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel?, a. a. O., S. 94.

63 Kalmbach, a. a. O., S. 394 ff.

64 Vgl. R. Stäglin/H. Wessels, Abhängigkeit der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland von der Warenausfuhr, in: Materialien zur Tagung Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 274.

mittelbar zu, aber nur im Binnensektor, dessen Güter nicht international gehandelt werden. Dagegen verlief die Entwicklung im internationalen Sektor der westdeutschen Wirtschaft entgegen dem früheren Konjunkturmuster; die Beschäftigung ging hier weiter zurück", und es muß als fraglich gelten, „ob die künftige längerfristige Beschäftigtenentwicklung im internationalen Sektor zu einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen kann".⁶⁵

Dieser globale Befund und die sich hieran knüpfende Hypothese sollten zukünftig verstärkt auf den verschiedenen Ebenen der außenwirtschaftlichen Verflechtungen der BRD untersucht werden: Verstärkte Importkonkurrenz, fortgesetzter hoher Kapitalexport, Forcierung der Auslandsproduktion, z. T. mit dem Ziel des Reimports oder des Exports in dritte Länder (was ebenfalls einen Wegfall von heimischen Arbeitsplätzen bedeutet) — auf allen diesen Ebenen kommt es offensichtlich zur „Freisetzung" von Arbeitskräften in einem Ausmaß, das durch den Ausbau des technologieintensiven Exportsektors nicht kompensiert werden kann.⁶⁶ Einer einigermaßen genauen Schätzung dieser Entwicklungen stehen eine große Zahl von Schwierigkeiten entgegen, die daraus resultieren, daß für die Erfassung von bestimmten Zusammenhängen — wie z. B. des Verhältnisses von Außenhandel und Beschäftigung oder der Wirkungen von Direktinvestitionen auf den Außenhandel — einerseits bislang kaum theoretische Vorarbeiten vorliegen, während auf der anderen Seite methodische Schritte und ihre empirische Einlösung auf sehr stark disaggregierten Größen aufbauen müßten.

65 H. Dicke/B. Heitger, Beschäftigungschancen in der Bundesrepublik Deutschland — Internationaler Sektor versus Binnensektor, in: *Die Weltwirtschaft*, Heft 1/1977, S. 97. Vgl. auch: D. E. Louda, Beschäftigungseffekte des Außenhandels, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 3/1977, S. 385.

66 So kommt z. B. eine Schätzung zu folgendem Ergebnis: „Wird davon ausgegangen, daß in der Bundesrepublik auf Grund der fortschreitenden Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern und der damit verbundenen Importkonkurrenz 600 000 Arbeitsplätze verloren gehen, daß der Verlagerung der Produktion und der Exportsubstitution zusätzlich etwa 400 000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen können und daß der Rationalisierungs-Schub zur Einsparung einer weiteren Million Arbeitsplätze führt, dann wird deutlich, daß in der Bundesrepublik die Zahl der registrierten Arbeitslosen leicht auf über 4 Millionen ansteigen kann, d. h. auf eine Arbeitslosenrate von über 15 Prozent, also auf mehr als das Dreifache der gegenwärtigen Rate." (G. Junne, Internationalisierung und Arbeitslosigkeit. Interne Kosten des „Modells Deutschland", in: *Leviathan*, 1/1979, S. 76)

Tabellenanhang:

Table 1: Anteile der Ländergruppen am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Herstellungs- und Verbrauchsländern in Prozent

		Export						
		1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Kapitalist. Industrieländer		82,2	78,9	75,4	76,6	76,5	76,8	79,4
Entwicklungsländer		11,5	13,9	16,5	16,9	17,1	16,7	14,3
Afrika		2,9	3,3	4,1	4,3	4,9	4,4	3,8
Lateinamerika		3,6	4,4	4,0	3,4	3,5	3,2	3,1
Asien		5,0	6,2	8,3	8,5	8,7	8,8	7,4
Ozeanien		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
OPEC-Länder		3,4	4,5	7,5	8,1	9,1	8,6	6,1
Übrige EL		9,1	9,4	8,9	8,1	8,0	8,1	8,2
Sozialistische Länder		6,1	6,9	7,9	6,8	6,1	6,2	6,0
		Import						
Kapitalist. Industrieländer		78,9	72,9	75,2	74,5	74,6	76,8	75,8
Entwicklungsländer		16,5	22,4	20,0	20,5	20,4	18,0	18,6
Afrika		5,4	8,0	6,6	6,6	6,5	5,4	6,1
Lateinamerika		4,1	3,9	3,6	3,7	4,3	3,8	3,6
Asien		6,7	10,3	9,5	9,9	9,5	8,5	8,8
Ozeanien		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
OPEC-Länder		7,2	13,3	11,0	11,0	10,0	8,0	9,1
Übrige EL		9,3	9,1	9,0	9,5	10,5	10,0	9,4
Sozialistische Länder		4,6	4,7	4,7	4,9	4,8	5,2	5,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, div. Jg.: WiSta 2/80; eigene Berechnungen.

Table 2a: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit außereuropäischen Entwicklungsländern nach Warengruppen 1972—1978 zu laufenden Preisen¹

Warengruppe	1972		1975		1976		1978	
	Mio. DM	Anteil in %	Mio. DM	Anteil in %	Mio. DM	Anteil in %	Mio. DM	Anteil in %
Einfuhr								
Ernährungswirtschaft	5 255	26,8	6 508	17,7	8 001	17,6	9 872	22,6
Lebende Tiere	6	0,0	8	0,0	8	0,0	8	0,0
Nahrungsmittel	3 752	19,1	4 906	13,3	5 117	11,3	6 238	14,3
Nahrungsmittel								
tierischen Ursprungs	1 030	5,2	582	1,6	725	1,6	862	2,0
pflanzlichen Ursprungs	2 722	13,9	4 324	11,7	4 392	9,7	5 376	12,3
Genußmittel	1 497	7,6	1 596	4,3	2 875	6,3	3 626	8,3
Gewerbliche								
Wirtschaft	14 313	72,9	30 209	82,0	37 258	82,0	33 571	76,9
Rohstoffe	9 860	50,2	22 239	60,4	26 519	58,4	20 788	47,6
Halbwaren	1 561	7,9	2 124	5,8	2 973	6,5	3 453	7,9
Fertigwaren	2 892	14,7	5 845	15,9	7 766	17,1	9 330	21,4
Vorerzeugnisse	1 119	5,7	1 318	3,6	1 747	3,8	2 228	5,1
Enderzeugnisse	1 773	9,0	4 527	12,3	6 019	13,2	7 102	16,3
insgesamt ²	19 635	100,0	36 840	100,0	45 444	100,0	43 686	100,0
Ausfuhr								
Ernährungswirtschaft	489	2,9	976	2,7	1 116	2,7	1 584	3,3
Gewerbliche								
Wirtschaft	16 475	96,9	35 401	97,1	40 610	97,1	45 725	96,3
Rohstoffe	100	0,6	212	0,6	233	0,6	303	0,6
Halbwaren	880	5,2	1 601	4,4	1 453	3,5	2 023	4,3
Fertigwaren	15 496	91,1	33 588	92,1	38 924	93,0	43 399	91,4
Vorerzeugnisse	2 633	15,5	5 313	14,6	5 390	12,9	6 508	13,7
Enderzeugnisse	12 863	75,7	28 275	77,6	33 535	80,2	36 891	77,7
insgesamt ²	17 004	100,0	36 457	100,0	41 835	100,0	47 461	100,0

1) Herstellungs- bzw. Verbrauchsländer

2) in der Gesamtein- bzw. -ausfuhr sind Rückwaren und Ersatzlieferungen enthalten; diese fehlen bei den Angaben für die einzelnen Warengruppen

Quelle: Tabellenanhang zum Vierten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, März 1980, S. 118.

Tabelle 2b: Anteil der Industriewaren (SITC 5—8) an der Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus außereuropäischen Entwicklungsländern in Prozent

	1972		1976		1978	
	mit Öl	ohne Öl	mit Öl	ohne Öl	mit Öl	ohne Öl
Insgesamt	21,0	33,4	20,8	42,9	24,8	43,7
Afrika	7,4	18,4	6,0	21,3	7,5	21,2
Lateinamerika	19,4	20,4	20,4	22,4	20,1	22,3
Asien	34,8	59,3	30,9	68,6	38,3	70,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, div. Jg.; eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Rangpositionen von 20 außereuropäischen Entwicklungsländern bei der Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland in Mio. DM

Land	1973		1976		1978	
	Rang	Mio.	Rang	Mio.	Rang	Mio.
Iran	4	1.686,5	2	4.983,5	1	4.214,8
Libyen	1	2.222,3	1	5.272,3	2	3.416,5
Saudi Arabien	3	1.923,3	3	4.516,0	3	3.033,4
Nigeria	7	1.074,5	5	2.453,8	4	2.450,1
Algerien	5	1.409,0	4	2.881,5	5	2.341,2
Brasilien	2	1.946,5	6	2.414,6	6	2.299,8
Hongkong	6	1.134,6	7	2.285,8	7	2.212,3
Argentinien	8	1.031,8	11	892,1	8	1.490,0
V. A. Emirate	9	651,7	8	1.737,8	9	1.395,7
Südkorea	—	297,8	10	1.017,5	10	1.356,5
Taiwan	10	608,0	9	1.093,8	11	1.320,0
Kolumbien	14	408,3	12	842,3	12	1.204,3
Malaysia	12	440,2	13	776,1	13	907,1
Israel	15	406,7	17	562,0	14	816,2
Chile	11	489,0	14	760,3	15	781,2
Thailand	—	223,5	20	502,6	16	765,4
Indien	18	339,7	15	750,1	17	764,6
Elfenbeinküste	13	426,7	—	482,3	18	733,7
Indonesien	16	370,9	18	535,8	19	703,0
Philippinen	19	323,0	16	609,4	20	655,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, div. Jg.

Tabelle 4: Regionale Verteilung der westdeutschen Direktinvestitionen in Mrd. DM und Prozent (Bestandswerte)

	1970		1975		1977		1979 ^{a)}	
	Mrd.	%	Mrd.	%	Mrd.	%	Mrd.	%
Insgesamt	21,1	100,0	42,0	100,0	52,1	100,0	61,6	100,0
Industrieländer	14,9	70,6	29,7	70,7	36,4	69,9	43,9	71,3
Entwicklungsländer	6,2	29,4	12,3	29,3	15,7	30,1	17,6	28,6
Afrika ^{b)}	1,2	5,7	2,6	6,2	3,1	5,9	—	—
Lateinamerika	3,7	17,5	5,5	13,1	7,3	14,0	—	—
Brasilien	1,5	7,0	2,9	6,9	4,0	7,8	4,8	7,8
Asien	0,4	2,0	1,4	3,3	2,0	3,8	—	—
ASEAN-Länder ^{c)}	0,04	0,2	0,2	0,5	—	—	0,5	0,8

a) Stand: 30. 6. 1979

b) einschließlich Südafrika

c) Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen

Quelle: BMWi-Statistik nach H. Krägenau, Internationale Direktinvestitionen, Ergänzungsband 1978/79, Hamburg 1979; ifo-Schnelldienst, 4/1980; eigene Berechnungen.

Tabelle 5: Branchenstruktur der westdeutschen Direktinvestitionen in Industrie- und Entwicklungsländern in Prozent (Bestandswerte)

	1971		1976		1977		1979 ^{a)}	
	IL	EL	IL	EL	IL	EL	IL	EL
Industrie	84,2	82,8	80,1	69,2	79,0	71,0	77,5	72,2
Erdölgewinnung und -verarbeitung	4,1	4,3	5,3	8,8	5,5	9,0	5,4	8,5
Chemie	24,0	20,7	19,4	17,2	18,7	16,4	17,0	15,9
Elektrotechnik	12,1	10,4	10,7	10,1	10,7	11,1	9,5	11,4
Eisen/Stahl	6,1	5,9	9,6	4,3	9,2	4,4	10,5	4,5
Automobilindustrie	7,7	12,7	5,3	8,2	5,3	9,0	5,2	9,1
Maschinenbau	7,1	7,4	8,6	6,6	8,1	6,9	7,7	8,0
Dienstleistungssektor	12,3	16,1	17,2	29,4	18,4	27,7	19,3	26,7
Sonstige	3,5	1,1	2,7	1,4	2,6	1,3	3,2	1,1

a) Stand 30. 6. 1979

Quelle: BMWi-Angaben nach H. Krägenau, Internationale Direktinvestitionen, Ergänzungsband 1978/79, Hamburg 1979; ifo-Schnelldienst, 4/1980.

Tabelle 6: Beschäftigungsentwicklung bei wichtigen BRD-Konzernen im Inland und im Ausland 1971—1976, in 1000 und Veränderung in Prozent

Konzern	1971	1975	1976	Veränderung 1971 — 1976 in %	
Beschäftigte im Inland + Ausland = 100% = 1971 1976					
AEG-Telefunken	146 167	133 162	132 162	—	9,6
BASF	78 93	89 112	89 113		14,1
Bosch	90 115	70 105	72 106	—	20,0
Daimler Benz	127 147	129 156	133 161		4,7
Hoechst	97 142	105 182	104 183		7,2
Mannesmann ^{a)}	73 85	85 108	84 109		15,1
Siemens ^{b)}	234 306	207 296	208 304	—	11,1
Volkswagen	160 202	118 177	124 183	—	22,5
Anteil % Beschäftigte im Ausland von Inland + Ausland gesamt					
AEG-Telefunken	21 12,6	29 17,9	30 18,5		42,8
BASF	15 16,1	23	24 21,2		60,0
Bosch	25 21,7	35	34 32,1		36,0
Daimler Benz	20 13,6	27	28 17,3		40,0
Hoechst	45 31,7	77	79 43,2		75,5
Mannesmann ^{a)}	12 14,1	23	25 22,9		108,3
Siemens ^{b)}	72 23,5	89	96 31,5		33,3
Volkswagen	42 20,7	59	59 32,2		40,5

a) ab 1973 mit Demag

b) ab 1976 mit Osram

	1971	1976	Saldo
Summe Inland	1005	946	- 59
Summe Ausland	252	375	+ 123

Quelle: F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 392; eigene Berechnungen.

Zum Investitionsmechanismus staatsmonopolistischer Regionalpolitik in der BRD

Wilma Albrecht

I. Phasen staatlicher Regionalpolitik in der BRD — II. Primat privatkapitalistischer Investitionsförderung im Konzept der staatlichen Regionalpolitik — III. Ausgleich regionaler Strukturschwächen — ein nicht erreichtes Ziel der Regionalpolitik — IV. Exkurs: Zur bürgerlichen Standorttheorie — V. Zusammenfassung.

Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) erhält das Element staatlicher Planungs-, Steuerungs- und Vermittlungstätigkeit zunehmende Bedeutung. Dem entspricht das zunehmende Gewicht der Raumordnungs- und Regionalpolitik.¹ Die damit geschaffenen Strukturen und Beziehungen wiederum sind Bestandteile des staatsmonopolistischen Mechanismus.

Allerdings kann auch auf diesem Gebiet nicht von einer geradlinigen Entwicklung des SMK ausgegangen werden. Phasen starker Ausweitung staatlicher Aktivitäten und Kompetenzen werden — abhängig von der Gesamtsituation des SMK — abgelöst von Phasen der Zurückdrängung administrativer Lösungswege und der Favorisierung sogenannter marktwirtschaftlicher Methoden der Krisenbeeinflussung. Die Einengung des staatlichen Spielraums der Regionalpolitik unter der Dominanz der „privatmonopolistischen“ oder

1 Der vorliegende Beitrag schließt an — und bemüht sich, einige dort vertretene Thesen weiter auszubauen — bei:

Hermann Bömer: Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, Frankfurt a. M. S. 138—171.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrsg.): Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Beiträge des IMSF, Bd. 4, Frankfurt a. M. 1976, Abschnitt 2. 4. 3., Raumordnungs- und Regionalpolitik, S. 210—223.

Um das Selbstverständnis der bürgerlichen Regional- und Raumordnungswissenschaft in der BRD zu kennzeichnen, sei hier die Begriffsbestimmung von U. Brösse angeführt. Diese sehr formale, geopolitischen und funktionalistischen Ansätzen verhaftete Definition dient mir zunächst dafür, den Untersuchungsbereich bundesrepublikanischer Regionalpolitik auszugrenzen: „Raumordnungspolitik besteht in der bewußten Handhabung geeigneter Instrumente durch den Staat oder dem Staat nahestehender Institutionen, um eine zielbezogene Gestaltung, Entwicklung und Nutzung von Räumen oder Regionen zu erreichen. Neben dem Begriff der Raumordnungspolitik in einem engeren Sinne steht häufig der der Regionalpolitik. Regionalpolitik in einem engeren Sinne ist gleichbedeutend mit regionaler Wirtschaftspolitik. Im umfassenderen Sinne will die Regionalpolitik jedoch ebenso wie die Raumordnungspolitik die zielbezogene Gestaltung, Entwicklung und Nutzung von Räumen, so daß diese Begriffe dann synonym gebraucht werden müssen.“

Brösse, Ulrich: Raumordnungspolitik, Berlin/New York 1975, S. 5/6.

Einen umfangreichen Literaturüberblick zur Raumplanung findet man bei:

Bauer, Rudolph: Stadt- und Regionalplanung I-IV. In: Neue Politische Literatur, 21. Jg. 1976, H. 1, S. 58—88; H. 3, S. 315—355; H. 4, S. 458—487; 22. Jg. 1977.

Schneiderei, Monika: Regionale und sektorale Strukturpolitik in der BRD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 24. Jg. 1979, H. 8, S. 988—992.

antietatistischen „Entwicklungsvariante“ des SMK² ist in der jüngsten Periode kaum zu übersehen. Sollten demokratische Gegenkräfte und die Interessen der Bevölkerung nicht stärkere Geltung erlangen, muß auch in der Zukunft mit weiteren Restriktionen gerechnet werden.

Wohl steht auch heute noch in offiziellen Verlautbarungen von Politikern und Wissenschaftlern das „*Ausgleichs- und Gerechtigkeitsziel*“ als Grundsatz der Raumordnungspolitik im Vordergrund, und das hieße: die Schaffung „gleichwertiger Lebensbedingungen“ in allen Teilräumen des Bundesgebietes, so daß „für die Bürger in allen Teilräumen des Bundesgebietes ein quantitativ und qualitativ angemessenes Angebot an Wohnungen, Erwerbsmöglichkeiten und öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in zumutbarer Entfernung zur Verfügung steht und eine menschenwürdige Umwelt vorhanden ist“.³

Tatsächlich zeigt sich jedoch, daß diese Ziele im SMK und mit Mitteln und Methoden, die sich an ihm orientieren, nicht zu verwirklichen sind. Dies führte im Rahmen der Theoriediskussion der herrschenden Regionalwissenschaft dazu, dieses Konzept aufzugeben und statt dessen funktionalistische Ansätze zu entwickeln⁴, ohne allerdings die wichtigste Ursache des Scheiterns, die private Kapitalverwertung, zu benennen und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen.

Andererseits fordern Gewerkschaften und demokratisch engagierte Wissenschaftler „eine demokratische und arbeitnehmerorientierte Regionalpolitik“, die sich für demokratische Kontrolle, örtliche und überörtliche Mitbestimmung ausspricht und den (arbeitenden) Menschen und nicht Kapitalverwertung und Profit in den Mittelpunkt der Zukunftsplanung in der BRD stellen soll.⁵

2 Vgl. hierzu: Jung, Heinz: Die privatmonopolistische Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD. Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, Entwicklungstendenzen 1973—1978. In: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, Frankfurt a. M. 1978, S. 9—57; sowie: Jung, Heinz / Schleifstein, Josef: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der BRD, Frankfurt a. M. 1979.

3 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Bundesraumordnungsprogramm für die Großraumentwicklung des Bundesgebietes, Schriftenreihe „Raumordnung“ 06.002, Bonn 1975, I. 1. Abs. 2; Raumordnungsbericht 1978. Bundes-Drucksache 8/2378 vom 11. 12. 1978, S. 43.

Vgl. in ähnlicher Weise auch H. H. Eberstein: „Unter regionaler Strukturpolitik bzw. Regionalpolitik ist die Summe aller staatlichen und kommunalen Maßnahmen zu verstehen, die angewandt werden, um die Möglichkeiten eines Raumes in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht optimal zu entwickeln und zu nutzen. Dazu gehört vor allem die Mobilisierung bisher nicht oder unzureichend genutzter Kapital- und Arbeitskraftreserven des betreffenden Raumes und ihr optimaler Einsatz, um insbesondere dort die annähernd gleichen Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen zu schaffen und zu erhalten, die in weiterentwickelten, wirtschaftlich stärkeren Regionen des Bundesgebietes anzutreffen sind.“

Eberstein, H. H.: Grundlagen der Regionalpolitik und ihre wesentlichen Grundsätze. In: H. H. Eberstein (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, Köln 1971 ff., III A, zit. S. 5; vgl. ebendort Einleitung I, A, S. 5).

4 Besonders deutlich wird dies mit der funktionalen Untergliederung ländlicher Räume in der Studie: Entwicklung ländlicher Räume. Hrsg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung. In: Studien zur Kommunalpolitik. Schriftenreihe des Instituts für Kommunalwissenschaften, Bd. 2, Bonn 1974;

oder in der Diskussion um das Konzept der Vorranggebiete. Vgl. hierzu: Graf, Jürgen: Die Funktion des Konzeptes der Vorranggebiete in der Landes- und Regionalplanung. In: Werkstattberichte des Fachgebietes Regional- und Landesplanung im Fachbereich Architektur / Raum- und Umweltplanung der Universität Kaiserslautern, Kaiserslautern 1977.

5 Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg. 1977, H. 12, S. 1509—1534. Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Nordhessen. Hrsg. vom DGB-Landesbezirk Hessen, Abt. Wirtschaftspolitik, Baunatal 1978.

Gerade hieraus ergeben sich Anstöße, der Untersuchung der Grundlagen und Möglichkeiten einer solchen Politik Aufmerksamkeit zu widmen. In diesem Sinne beschäftigt sich der vorliegende Beitrag vor allem mit dem staatlichen Instrumentarium zur Beeinflussung des durch die Interessen des Monopolkapitals dominierten gesamtwirtschaftlichen Investitionsmechanismus in der BRD unter den Gesichtspunkten der Raumordnungs- und Regionalpolitik.

I. Phasen staatlicher Regionalpolitik in der BRD

Im Verlauf der staatlichen regionalen Wirtschaftsförderungspolitik in der Bundesrepublik lassen sich im wesentlichen drei Phasen unterscheiden:⁶

1. *Regionalpolitik in der „Rekonstruktionsphase“ (1951—1959)*: Hierunter fällt das schon 1951 verabschiedete Regionale Förderungsprogramm der Bundesregierung, das sich zum Ziele setzte, die wirtschaftlichen und sozialen Zerstörungen und Verwüstungen des Produktivkraftpotentials durch den II. Weltkrieg (erhebliche Kriegszerstörungen in Teilräumen; Produktionsverbot für Industrieanlagen in Salzgitter, Kiel, Wilhelmshaven; Demontagen; anhaltende hohe Arbeitslosigkeit und Übervölkerung in bestimmten Regionen) zu beheben und die Sicherung und Festigung der kapitalistischen Ökonomie auf höherem Niveau und in modernisierter Form der Produktionsanlagen mittels öffentlicher Finanzzuweisungen zum Ausbau der Infrastruktur und für Rationalisierungsinvestitionen einzuleiten. Weiterhin wurde 1953 das Förderungsprogramm des sog. „Zonenrandgebietes“ — eines 40 km breiten Streifens längs der Ostgrenze der BRD von Flensburg bis Passau — verabschiedet, das die negativen Auswirkungen der Westorientierungs- und Teilungspolitik der BRD-Regierung für die Bevölkerung und das dort ansässige Gewerbe abschwächen sollte. Des weiteren wollte man dieses Gebiet wirtschaftlich entwickeln und mit einer Anziehungskraft ausstatten, um Teile der DDR-Bevölkerung „aufzusaugen“.

2. *Regionalpolitik in der Hochkonjunkturphase (1959—1967)*: Mit dem im Jahre 1959 verabschiedeten „Entwicklungsprogramm für zentrale Orte in ländlichen und schwachstrukturierten Gebieten“ sollte dem Bedürfnis des Kapitals nach Arbeitskräften und Produktionsstättenerweiterung Rechnung getragen werden. Da in den Ballungsgebieten ein Mangel an Arbeitskräften bestand, wurden in der Hochkonjunkturphase die ländlichen Arbeitskraftreserven, bestehend aus freigesetzten Landarbeitern, Kleinbauern, die einen Zuerwerb benötigten, Arbeitern aus dem traditionellen Landhandwerk und -gewerbe, Ungelernten, Frauen und Jugendlichen mobilisiert. Somit sah sich in dieser Zeit das BRD-Kapital einem gewissen Zwang ausgesetzt, Teile des konstanten Kapitals zu den Arbeitskräften zu verlagern. Von staatlicher Seite wurde dieser Entwicklung Rechnung getragen, indem der Infrastrukturausbau und die Industrieansiedlung in Klein- und Mittelstädten

6 Bei der Darstellung der Phasen der Regionalpolitik und ihrer Einzelbestimmungen orientiere ich mich an folgender Literatur:

Eberstein, H. H.: Grundlagen der Regionalpolitik. ... a. a. O. (Anm. 4) S. 5—10;

Albert, W.: Die Entwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Eberstein, H. H. (Hrsg.): Handbuch. ... a. a. O. (Anm. 4). Teil II A;

Buttler, F. / Gerlach, K. / Liepmann, P.: Grundlagen der Regionalökonomie. Reinbek 1971, S. 116—122;

Giehl, W. / Wegge, G.: Regionale Wirtschaftspolitik in der BRD. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Teil III, Hannover 1970², Sp. 2637—2648;

Struff, R.: Regionale Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand. In: *structur* 5/1975, S. 107.

in Gebieten mit Arbeitsplätzemangel gefördert wurden, sofern diese Orte für Tagespendler erreichbar waren, eine Mindestausstattung an sanitären, kulturellen und schulischen Einrichtungen und Ansatzpunkte für Industrieansiedlung vorweisen konnten. Auf Beschluß des 1950 gebildeten Interministeriellen Ausschusses für Notstandsgebietsfragen (IMNOS) vom 13. November 1964 wurden diese zentralen Orte zu *Bundesausbauorten* ernannt, nachdem 1963 die Notstands- und Sanierungsgebiete nach den verallgemeinerten Kriterien zur Bestimmung zentraler Orte (nun: Bruttoinlandsprodukt / Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, Wanderungssaldo, Industriebesatz) neu abgegrenzt worden waren.

Mit dem Bundesraumordnungsgesetz vom 8. April 1965 wurde die staatliche Raumordnungspolitik auf eine gesetzliche Grundlage gestellt, auf der die verschiedenen raumpolitischen Initiativen von Bund und Ländern koordiniert und zu einer längerfristigen Gesamtplanung übergeleitet werden sollten. In diesem Gesetz werden aber auch die Grundsätze der Raumordnung beschrieben, die für die Bevölkerung der BRD gleiche Lebensbedingungen zum Ziel haben. (§ 2)

3. *Regionalpolitik in der Rezession und Strukturkrise (1967 bis heute)*: Die Rezession 1966/67 verdeutlichte, daß die Verwertungsbedingungen bestimmter Einzelkapitale sowie des Gesamtkapitals allgemein nur durch ein verstärktes planerisches Eingreifen des Staates gesichert werden konnten. Die wichtigste Absicherung dieser neuen Rolle des Staates im monopolistischen Kapitalismus der BRD stellt das Stabilitätsgesetz („Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft“) vom 14. Juni 1967 dar. Danach „sollen Bund und Länder wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zur *Wahrung des Geldwertes* aufeinander abstimmen, um ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessenem Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Die Bundesregierung legt alljährlich dem Bundestag und Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor, in dem sie ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele darlegt (*Jahresprojekt*); um die genannten Grundziele zu erreichen, kann sie für die Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmerverbände sog. *wirtschaftliche Orientierungsdaten* aufstellen. Bei übermäßigem Ansteigen der Konsumentennachfrage sollen Mittel zur zusätzlichen Schuldentilgung bei der Bundesbank oder zur Überweisung an eine *Konjunkturausgleichsrücklage* bereitgestellt werden, auf die bei gefährlichem Konjunkturrückgang zurückgegriffen werden kann. Unerwünschter Konjunktursteigerung soll u. a. mit Sperre von Ausgabemitteln durch den Bundesfinanzminister sowie einem Baustopp und einer Beschränkung der Kreditaufnahme durch die öffentliche Hand begegnet werden. Andererseits kann die Bundesregierung bei Konjunkturabschwächung eine Ausgabensteigerung anordnen; der Bundesfinanzminister kann zusätzlich Kredite bis 5 Milliarden DM aufnehmen. Die zusätzlichen Ausgaben sollen aus der Konjunkturausgleichsrücklage gedeckt werden“.⁷

Mit den in § 26 aufgestellten Bestimmungen zur Änderung des Einkommensteuergesetzes erhält die Bundesregierung auch die Möglichkeit, auf die Ertrags- bzw. Profitlage privater Unternehmen Einfluß zu nehmen. Noch heute gilt die Einschätzung *Huffschmids*, der betonte: „Das Stabilitätsgesetz schafft die Kompetenzen und Voraussetzungen für eine reibungslose und wirkungsvolle Planung der gesamtwirtschaftlichen Größen

7 Model, O./Creifelds, C.: Staatsbürgertaschenbuch. 12. neubearbeitete Auflage, München 1973, S. 771—772.

durch die Bundesregierung, in dem es entscheidende Machtbefugnisse der Länder auf den Bund verlagert und die Möglichkeiten einer steuerlichen Gewinnmanipulation, also zur Beeinflussung unternehmerischer Investitionsentscheidungen, bereitstellt. Es hält sich — gemäß der Konzeption der Globalsteuerung — fest im Rahmen der bestehenden Kapitalverwertungswirtschaft und erkennt die Autonomie der Unternehmerentscheidung prinzipiell als wirtschaftliches oberstes Gesetz an. Die Stabilisierung, die das Gesetz meint, ist die Stabilisierung der Herrschaft des Kapitals und das Wachstum, das das Gesetz fördern will, ist die Expansion des konzentrierten Kapitals über die gesamte Wirtschaft.⁸

Im Zuge dieser planerischen und wirtschaftspolitisch aktiveren Rolle des Staates wurde auch die staatliche Regionalpolitik definiert: sie wurde als „Keimzelle einer umfassenden regionalen Investitionslenkung“⁹ aufgefaßt. Diese Positionsbestimmung gilt auch heute noch: so sprach der Hamburger Bürgermeister *Hans-Ulrich Klose* erst vor kurzem davon, daß die „Raumordnungspolitik nichts anderes (...) als ein Investitionslenkungssystem“ sei.¹⁰ „Investitionslenkung“ in diesem Sinne meint freilich nur staatliche Investitionslenkung, vorwiegend indirekte. Sie ist damit zu unterscheiden von progressiven Forderungen linker Kräfte, die auf demokratisch kontrollierte Investitionslenkung abzielen.¹¹

Mit dieser Einbettung staatlicher Regionalpolitik in das staatliche Investitionslenkungssystem entstand die Voraussetzung für die Entwicklung der staatsmonopolistischen Raumordnungskonzeption. Man versuchte das Konzept der gleichmäßigen Entwicklung aller Teilbereiche der BRD zugunsten einer „produktivitätsorientierten Regionalpolitik“ aufzugeben: „Diese fordert, die Raumordnungs- und Regionalpolitik ausschließlich in den Dienst der globalen Wachstumsstimulierung zu stellen und dabei die staatlichen Ausgaben und Investitionen räumlich möglichst zu konzentrieren.“¹²

Zum Zwecke dieser Konzentrierung und Effektivierung der öffentlichen Mittel und angesichts der Tatsache, daß gerade vom konjunkturellen Abschwung die regionalen Fördergebiete besonders betroffen waren, begann man 1968 damit, regionale Aktionsprogramme zu erstellen. Diese regionalen Aktionsprogramme sollten und sollen auch heute noch auf der Grundlage des Gesetzes „Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“¹³ vom 6. Oktober 1969 umgesetzt werden.¹⁴

8 Huffschmid, Jörg: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1971, S. 160.

9 Albert, W.: Zielgewinnung und Entscheidungsfindung für Infrastrukturprogramme. Das Beispiel der Regionalen Förderungsprogramme der Bundesrepublik. In: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Hrsg. von Jochimsen, R. / Simonis, U. E. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 54, Berlin 1970, S. 240.

10 Klose, Hans-Ulrich. In: Konkret, 1978, H. 12, S. 11.

11 Vgl.: Buserwegge, Christoph: Markt, Plan und Profit. Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung. In: Marxistische Studien, 1/1978, S. 58—81.

12 Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik, z. a. O., S. 1519.

13 Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur vom 6. Oktober 1969. In: Bundesgesetzblatt I, S. 1861.

14 Wohl greifen im Zusammenhang mit der Regionalpolitik noch andere gesetzliche Bestimmungen, wie „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, „Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen“, „Bundesverkehrswegeplanung“, „Städtebauförderung“, „Berlinförderung“ etc.; hinzu kommen noch branchenspezifische strukturfördernde Maßnahmen wie z. B. für den Bergbau, die Flugzeugindustrie. Dabei übersteigen die staatlichen Förderungsmittel zur Umsetzung dieser Programme die Subventionshilfen für die GA bei weitem. Diese Formen staatlicher Subventionen werden jedoch in den weiteren Ausführungen nicht berücksichtigt. Ich konzentriere mich vielmehr ausschließlich auf die Umsetzung des Gesetzes „Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Nach diesem Gesetz obliegt es einem Planungsausschuß, bestehend aus dem Bundesminister für Wirtschaft (Vorsitzender), dem Bundesminister für Finanzen und den Finanzministern der Länder, die Regionalpläne aufeinander abzustimmen und einen Rahmenplan zu erstellen. Dieser Planungsausschuß, der seine Entscheidung mit Zweidrittel-Mehrheit fällt, konstituierte sich am 6. Mai 1970. Der erste Rahmenplan trat mit dem 1. 1. 1972 in Kraft, inzwischen liegt der 9. Rahmenplan für den Planungszeitraum 1980—1983 vor.¹⁵

Parallel mit der bundesstaatlichen Koordinierung der Regionalplanung und -politik erfolgte die Erstellung und Umsetzung regionaler Sonderprogramme für die Gebiete, die durch Strukturkrisen einzelner kapitalistischer Industriebranchen besonders betroffen waren und sind bzw. unter der Konzernpolitik besonders leiden. Es sind dies die folgenden festgeschriebenen Förderungsprogramme:

1968: Das Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus und der deutschen Steinkohlebergbaugebiete,

1969: Das Investitionszulagengesetz,

1975: Das befristete Sonderprogramm für VW-Standorte,

1978: Das befristete Sonderprogramm für die Stahlindustrie.

Trotz der Forderung, die Förderungsmittel regional zu konzentrieren, war und ist eine stetige Ausweitung der Förderungsgebiete immer wieder festzustellen: So erhöhte sich im Rahmen der Bundesausbauorte die Zahl der zu fördernden Orte von 16 (1959) auf 81 (1968). Lag der Umfang der regionalen Förderungsgebiete 1969 (in % des Bundesgebietes einschließlich Westberlin) noch bei 48 % und betraf 26 % der Einwohner, so umfassen sie heute 61 % der Fläche des Bundesgebietes mit 36 % der Bevölkerung unseres Landes.¹⁶

II. Primat privatkapitalistischer Investitionsförderung im Konzept der staatlichen Regionalpolitik

Die praktizierte Regionalpolitik in der BRD war schon immer und ist auch heute noch eingebettet in das System staatlicher Investitionslenkung, das überwiegend auf indirekter Investitionslenkung beruht.¹⁷ Diese beschneidet nicht und greift auch nicht direkt in die privatkapitalistische Investitionstätigkeit ein, sondern versucht mittels Subventionen eine Begünstigung der Kostenlage bei privaten Investitionen zu erwirken, im Rahmen der Regionalpolitik bei speziell regional ausgewiesenen Investitionen.

Nicht die Tatsache der staatlichen indirekten Investitionslenkung ist das Neue staatlicher Aktivität Ende der 60er Jahre, sondern Größe und Umfang, den diese erreichten und damit das Wesen der staatlichen Wirtschaftspolitik bestimmen, nämlich nun „das mit staatlicher Macht durchzusetzen, was unter den heutigen Bedingungen der Marktmecha-

15 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (BMFW), Tagesnachrichten vom 11. 12. 1979.

16 Die Ursachen für die Ausweitung der Förderungsgebiete können nicht eindeutig bestimmt werden. Hier spielen mehrere Faktoren zusammen. Offensichtlich besteht jedoch ein positiver Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und der Ausweitung der Förderungsgebiete. Umgekehrt ist die Rückstufung einmal als förderungswürdig klassifizierter Gebiete für die Verwaltungsinstanzen schwierig. (Vgl. zu diesen Fragen: Joachim Jacob, Regionalpolitik und räumliche Disparitäten in der Bundesrepublik. Zur Kritik der Regionalförderung in Deglomerationsräumen, Frankfurt a. M. 1979, S. 30 ff.)

17 Vgl. hierzu die Ausführungen bei Meißner, Werner: Investitionslenkung, Frankfurt a. M. 1974, S. 56—82.

nismus nicht mehr selbständig zu regeln vermag".¹⁸ Hierzu war eine Reihe von Gesetzesänderungen und gesetzlicher Neuregelungen von Nöten, auch und gerade für den Bereich der Regionalpolitik.

Gesetzliche Bestimmungen staatsinterventionistischer Regionalpolitik

Zunächst war eine *Grundgesetzänderung* erforderlich. Neu ins Grundgesetz eingefügt wurden Artikel 91a und b.¹⁹ Sie bestimmen u. a.:

„VIII. a. Gemeinschaftsaufgaben Artikel 91a.

(1) Der Bund wirkt auf folgenden Gebieten bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtzahl bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben):

1. Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken,
2. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,
3. Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

(2) Durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates werden die Gemeinschaftsaufgaben näher bestimmt. Das Gesetz soll allgemeine Grundsätze für ihre Erfüllung enthalten.

(3) Das Gesetz trifft Bestimmungen über das Verfahren und über Einrichtungen für eine gemeinsame Rahmenplanung. Die Aufnahme eines Vorhabens in die Rahmenplanung bedarf der Zustimmung des Landes, in dessen Gebiet es durchgeführt wird.

(4) Der Bund trägt in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 die Hälfte der Ausgaben in jedem Land. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 trägt der Bund mindestens die Hälfte; die Beteiligung ist für alle Länder einheitlich festzusetzen. Das Nähere regelt das Gesetz. Die Bereitstellung der Mittel bleibt der Feststellung in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder vorbehalten.

(5) Bundesregierung und Bundesrat sind auf Verlangen über die Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben zu unterrichten.

Artikel 91b

Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen bei der Bildungsplanung und bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung zusammenwirken. Die Aufteilung der Kosten wird in der Vereinbarung geregelt."

Mit dieser Grundgesetzänderung erfolgt eine Kompetenzerweiterung des Bundes; die föderalistische Struktur der BRD wird erheblich eingeschränkt. Diese Grundgesetzänderung, im Zusammenhang mit den Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre vorgenommenen Kommunal- und Gebietsreformen der verschiedenen Länder, bedeutet faktisch einen weiteren Demokratieabbau.

18 Heß, Peter: Monopole, Staat und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus. In: Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus. Marxistische Blätter — Sonderheft 1/1967, S. 17—30, zit. S. 27.

19 Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 31. Juni 1969, geändert vom 31. Juli 1970. In: Drucksache 8/2014, S. 154.

Erst nach dieser GG-Änderung konnte das *Investitionszulagengesetz* (InvZulG)²⁰ verabschiedet werden, das das private Investitionsverhalten stimulieren will, indem Investitionsvorhaben indirekt durch Steuernachlaß gefördert werden. Gefördert werden mit einer staatlichen Investitionszulage von 7,5 % der Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten (ursprünglich 10 %) eines sog. „Investitionsgutes“:

(1) Betriebsneugründungen oder -erweiterungen in ausgewiesenen Schwerpunkten des förderungswürdigen Gebietes sowie in dem Gebiet selbst, bes. des Steinkohlebergbaugesbietes Saar (§ 2, § 3),

(2) Betriebsumstellungen bzw. -rationalisierungen im sog. „Zonenrandgebiet“ (§ 2, § 3),

(3) Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung (§ 4a),

(4) Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen (§ 4)

(5) und speziell nicht ausgewiesene Investitionen zur Konjunkturbelebung (§ 4b).

Für die Erlangung der Investitionszulage in sog. strukturschwachen, d. h. förderungswürdigen Gebieten müssen folgende Zusatzbedingungen erfüllt werden, nämlich daß

„2. in der Betriebsstätte überwiegend Güter hergestellt oder Leistungen erbracht werden, die ihrer Art nach regelmäßig überregional abgesetzt werden, und das Investitionsvorhaben somit geeignet ist, unmittelbar und auf Dauer das Gesamteinkommen in dem jeweiligen Wirtschaftsraum nicht unwesentlich zu erhöhen“,

3. daß bei Neu- oder Erweiterungsinvestitionen „die Zahl der bestehenden Dauerarbeitsplätze um mindestens 20 vom Hundert erhöht wird oder mindestens 50 zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden“,

4. daß Rationalisierungsinvestitionen für den Bestand des Betriebes und der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze erforderlich sind (dies nur im sog. „Zonenrandgebiet“) und

5. daß „die Investitionskosten je geschaffenem oder gesichertem Dauerarbeitsplatz das Dreißigfache der durchschnittlichen Investitionskosten je gefördertem Arbeitsplatz in den förderungswürdigen Gebieten in den vorangegangenen 3 Kalenderjahren nicht übersteigen“.²¹

Die Investitionszulage wird nicht versteuert und ist praktisch eine Profitzulage.

Das InvZulG fungiert weniger als Mittel der Regionalpolitik, in dem Sinne, daß die Behebung der Strukturschwäche ausgewiesener Gebiete Vorrang besitzt, als vielmehr als wirtschafts- und strukturpolitisches Instrument: Es will den Anpassungsprozeß zukunfts-trächtiger Wachstumsbranchen, die einen hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwand verlangen, beschleunigen. In den Genuß der staatlichen Subventionsmittel kommen vornehmlich Privatunternehmen der Export- und der energieerzeugenden und -verarbeitenden Industrie. Sind Unternehmen dieser Branchen gewillt in sog. strukturschwachen Ge-

20 Gesetz über die Gewährung von Investitionszulagen im Zonenrandgebiet und in anderen förderungsbedürftigen Gebieten sowie für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen vom 18. 8. 1969. In: Bundesgesetzblatt I. 1211/1969 zuletzt in der Fassung vom 3. Mai 1977. In: Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 165–170.

21 InvZulG, a. a. O. (Anm. 20), § 2: Vgl. ausführlicher zur rechtlichen Seite des Gesetzes: Söffing, G.: Die Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz. In: Handbuch. . . , a. a. O. (Anm. 4), 8 II Becker, P.: Das Bescheinigungsverfahren nach § 2 des Investitionszulagengesetzes. In: Handbuch. . . , a. a. O. (Anm. 4) II C.

bieten zu investieren, dann allerdings wird dies doppelt honoriert (§ 5), unabhängig ob dies mit regionalplanerischen und arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen vereinbar ist. Insofern hat allerdings das InvZulG auch regionalpolitischen Stellenwert.

Nach den gleichen Prinzipien wie das InvZulG ist das „Gesetz über die *Gemeinschaftsaufgabe: „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“*“²² angelegt, obwohl hier die Intention des Gesetzgebers die ist, in strukturschwachen Gebieten mehr und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und damit die jahrzehntelange „passive Sanierung“, d. h. die Abwanderung von Arbeitskräften und die Entleerung, zu stoppen. Auch durch dieses Gesetz erhalten vorwiegend private gewerbliche Unternehmen staatliche Förderungsmittel in Form von Investitionshilfen, Darlehen, Zinszuschüssen und Bürgschaften, wenn sie sich für Investitionen im sog. „Zonenrandgebiet“ und in Gebieten,

„1. deren Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt oder erheblich darunter abzusinken droht oder

2. in denen Wirtschaftszweige vorherrschen, die vom Strukturwandel in einer Weise betroffen und bedroht sind, daß negative Rückwirkungen auf das Gebiet in erheblichem Umfang eingetreten oder absehbar sind“ (§ 1,2), entscheiden.

Diese Förderungsgebiete und ihre Schwerpunkte werden in Rahmenplänen beschrieben²³, die Förderungsmittel (588 Millionen als Normalsatz) jeweils zur Hälfte vom Bund und den Ländern aufgebracht und die Durchführung (Implementation) der Rahmenpläne von den Ländern wahrgenommen.

Dabei gelten im Bereich der privaten gewerblichen Investitionsförderung folgende Bestimmungen: Beim Um-, Ausbau bzw. einer Neuansiedlung eines gewerblichen Betriebes erfolgt die Subventionierung eines solchen Vorhabens — zusätzlich zu der Investitionszulage nach dem InvZulG — durch einen Zuschuß in Form einer Investitionshilfe, eines Darlehens, von Zinszuschüssen etc. Folgende Förderungshöchstsätze können erreicht werden:

Bei

- | | |
|---|------|
| 1. Errichtung und Erweiterung von gewerblichen Produktionsbetrieben in | |
| A — Schwerpunkten | 25 % |
| (= übergeordnete Schwerpunkte im sog. „Zonenrandgebiet“) | |
| B — Schwerpunkten | 20 % |
| C — Schwerpunkten | 15 % |
| E — Schwerpunkten | 25 % |
| (= Schwerpunkten in extremen „Zonenrandlagen“) | |
| 2. Errichtung und Erweiterung von gewerblichen Produktionsbetrieben außerhalb von Schwerpunkten | 10 % |
| 3. Errichtung und Erweiterung von Fremdenverkehrsbetrieben | 15 % |
| der Investitionskosten. ²⁴ | |

Darüber hinaus werden aber auch die Staatsinvestitionen im Bereich der Infrastruktur nach diesem Gesetz im Sinne privatkapitalistischer branchenspezifischer Verwertungsbedingungen eingesetzt. Es erfolgt nämlich:

22 Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969. In: Bundesgesetzblatt 1/1969, S. 1861; ergänzt durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgaben vom 23. Dezember 1971. In: Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 155—157.

23 Vgl. Kartenbild zum 7. Rahmenplan im Anhang unter A.

24 Vgl. Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 16—17.

„1. Die Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Ausbau, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben,

2. Die Förderung des Ausbaus der Infrastruktur, soweit es für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch

a) Erschließung von Industriegelände im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1,

b) Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsanlagen, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen sowie öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen,

c) Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht.“²⁵

Wohl ist die Vergabe der Förderungsmittel an privatkapitalistische Betriebe an Auflagen zur Schaffung von Arbeitsplätzen geknüpft, die jedoch — wie die Praxis zeigt — leicht umgangen werden können.^{25a}

Insgesamt bezweckt dieses Gesetz die Ausrichtung der Regionalpolitik allgemein und explizit sowohl in der Arbeitsplatzförderung als auch wichtiger Teile der langfristigen Infrastruktur überwiegend und teils sogar ausschließlich nach kurzfristigen kapitalistischen Verwertungsbedingungen, die die Intention des Gesetzes perpetuiert und ad absurdum führt.

Dies tritt besonders deutlich zutage bei den *regionalen Sonderprogrammen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“*. Hierzu gehört zunächst das „Gesetz zur Förderung des Zonenrandgebietes“ („Zonenrandförderungsgesetz“) vom 5. August 1971.²⁶ Es bestimmt, daß „zum Ausgleich von Steuernachteilen, zur Sicherung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen sowie zur Verbesserung der Infrastruktur“ zusätzliche steuerliche Vergünstigungen der gewerblichen Wirtschaft zukommen: Sonderabschreibungen bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens insgesamt bis zu 50 vom Hundert und bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens bis zu 30 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 3), Frachtkostenausgleich und Bevorzugung des ansässigen Gewerbes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Des weiteren fällt darunter das 1975 aufgenommene Sonderprogramm, das die strukturellen Auswirkungen der Kapital-Export-Politik des VW-Konzerns mildern sollte.²⁷

Ausdrücklich heißt es: „Mit diesem Programm soll die Schaffung von 18 250 neuen Arbeitsplätzen ermöglicht werden. Diese Zahl ergibt sich aus den Beschlüssen von Vorstand und Aufsichtsrat der Volkswagen AG vom 14./15. April 1975, wonach der Personalbestand in den Werken Wolfsburg um 5900, in Neckarsulm um 4700, in Salzgitter um 3000, in Kassel um 2300, in Emden um 1500 und in Braunschweig um 850 vermindert werden

25 Ebenda, S. 155 sowie „Regelungen über Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung“, ebenda, S. 13 und 17.

25a Zur Erfolgskontrolle der GA vgl.: F. Wolf, Effizienz und Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftsförderung. Ergebnisse einer Untersuchung in Hessen, Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft, 2 Bde., o. J. o. O.; sowie: Regionale Wirkungen der Wirtschaftsstrukturförderung, in: Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 06.023/1978.

26 Vgl. Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 158—160.

27 Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Bundestagsdrucksache 8/759, S. 121.

soll." Zur Förderung neu zu schaffender Arbeitsplätze in dem Umfang, wie sie der VW-Konzern vernichtete, wurden vom Bund und den betroffenen Ländern 140,2 Millionen DM (1975—1977) bereitgestellt und die aufgeführten VW-Standorte zu Förderungsschwerpunkten (mit einer Förderungspräferenz von 15—25 % für neu zu tätige Investitionen der gewerblichen Wirtschaft) erklärt. Mit diesem Sonderprogramm wurde die Kapitalflucht und die Arbeitsplatzvernichtung eines Konzerns mit überdurchschnittlich hohen Profitraten begünstigt.²⁸

1977 lief ein weiteres „Sonderprogramm für die Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“ an, das bis 1980 ausgelegt ist.²⁹ Hiernach sollen mit einem Kostenaufwand von 500 Millionen DM, getragen vom Bund und den Ländern, sowie etwa 330 Millionen DM, die die Gemeinden als Eigenleistung aufzubringen haben, Fußgängerzonen und Parkmöglichkeiten sowie Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden. „Einzelvorhaben können bis zu 80 %, im „Zonenrandgebiet“ bis zu 90 % der Investitionskosten gefördert werden.“ Wie die Mittelverplanung zeigt, liegt der Schwerpunkt des Programms auf der Förderung von Fußgängerzonen und Parkmöglichkeiten. Begründet wird dies damit, den Einzelhandel in den Zentren der Schwerpunktteile zu begünstigen und dem Trend zur Bildung großflächiger Einkaufszentren außerhalb der Schwerpunktteile entgegenzuwirken. Tatsächlich bewirkt diese Förderungspraxis, im Zusammenhang gesehen mit der seit Jahren feststellbaren und weiter zunehmenden Konzentration im Lebensmittelfachhandel seit den 60er Jahren³⁰, daß Lebensmittelkettenläden, Kaufhäuser, Supermärkte und SB-Läden in Städte und Gemeindezentren angezogen werden und ihren Umsatz steigern können.

Dieser Trend zur Begünstigung und Förderung der wirtschaftlichen Aktivitäten von Konzernen und Monopolgruppen in der Regionalpolitik findet seine Fortsetzung im jüngsten Sonderprogramm, das angesichts der Verschärfung der Stahlkrise³¹ und der Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie des Saarlandes beschlossen wurde: „Mit diesem Programm soll im Gebiet des Regionalen Aktionsprogramms Saarland-Westpfalz die Schaffung von 17 300 neuen Arbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie ermöglicht werden. Diese Zahl ergibt sich aus den seit 1977 infolge der Stahlkrise eingetretenen Arbeitsplatzverlusten in der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie sowie aus der Neuordnung der Besitz- und Produktionsverhältnisse bei den Stahlwerken Röchling-Burbach GmbH und der Neunkircher Eisenwerke AG (Rationalisierungsmaßnahmen in beschäftigungsintensiven Unternehmensbereichen, Teilstilllegungen).“³² Mit 200 Millionen DM aus Haushaltsmitteln des Bundes und der betrof-

28 Arbeitsgruppe Großunternehmen: Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie. Eine Untersuchung der 50 umsatzgrößten Kapitalgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland von 1967—1975, Köln 1977, 2 Bde., Bd. II, Tabelle 6.22.

29 Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe: „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. In: Bundestagsdrucksache 8/759, S. 122—124 und 8/2014, S. 122—124.

30 Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil II. Sozialstatistische Analyse. Hrsg. vom IMSF, Frankfurt a. M. 1973, S. 433—438.

31 Axt, Heinz-Jürgen: Stahlkrise und westeuropäische Integration. In: PVJH, 19. Jg. 1978, H. 2, S. 157—200; Lenhardt, Anne / Weiß, Gerhard: Stahlkrise an der Saar — Ein Kampf um Arbeitsplätze, Frankfurt a. M. 1978.

32 Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. In: Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 125.

fenen Länder soll nun nach dieser großangelegten Arbeitsplatzvernichtung „die Errichtung, Erweiterung oder Erwerb gewerblicher Produktionsbetriebe außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie“ in den Jahren 1978 bis 1981 gefördert werden.

Gerade bei den neusten Sonderprogrammen zeigt sich, wie Raumplanung von den Konzernen unterlaufen werden kann und wird; wie die in der BRD praktizierte Regionalpolitik von ihren Entscheidungen abhängig ist, ja sie sogar fördert. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um Konzerne in teilstaatlicher Hand (VW-Konzern) oder um ausländische Konzerne (Röchling-Burbach — heute im Besitz des ARBED-Konzerns) handelt. Diese Art Regionalpolitik reduziert sich dabei „auf die Funktion der Feuerwehr in besonders zugespitzten Krisensituationen“.³³

Zusätzlich zu den Mitteln aus dem InvZulG, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und deren Sonderprogrammen werden mit dem Anspruch, die regionale Wirtschaftsstruktur zu verbessern, noch *Bürgschaften* an private Investoren gewährt: „Für das Jahr 1978 beteiligte sich der Bund an etwaigen Ausfällen bei diesbezüglichen Bürgschaften der Länder entsprechend gesonderter Garantieverklärungen hälftig mit einem Garantieplafond bis zu insgesamt 400 Millionen DM. Die Gewährleistung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe können deshalb 800 Millionen DM erreichen...“.³⁴ Des weiteren kommen noch *Maßnahmen* hinzu, die *auf EG-Ebene* getroffen werden und regionalpolitisch wirksam sind.

Die Funktion der Regionalpolitik

Die hier summarisch dargestellten gesetzlichen Bestimmungen zur Regionalpolitik besitzen und verfolgen ein gemeinsames Anliegen, die private Investitionsförderung mit Steuermitteln. Diese bildet die Basis für alle anderen regionalpolitischen Maßnahmen, auch für die direkte regionale Investitionstätigkeit des Staates. Mit dieser Investitionsförderung werden praktisch zwei Ziele verfolgt:

Wirtschaftspolitisch die Realisierung der sog. „Modernisierungsstrategie“ für die westdeutsche Exportindustrie, d. h. die Umrüstung der Produktionsanlagen unter Einbeziehung der neuesten Technologien und Techniken im Bereich der marktbeherrschenden Konzernunternehmen mit hohem Exportanteil; dies, um deren Position in und unter der internationalen Konkurrenz zu verbessern.³⁵ „Dieses unter dem Stichwort ‚aktiver Strukturwandel‘ in der Bundesrepublik praktizierte Modell der Anpassung an die sich verändernden Bedingungen des Weltmarkts ist durch die Konzentration auf technologisch hochwertige, mit hohem Forschungs- und Entwicklungsaufwand verbundene Produktionen durch die absolute Priorität von Rationalisierungsinvestitionen gegenüber Erweiterungsinvestitionen gekennzeichnet. Konsequenz dieser Entwicklung ist die sprunghafte Erhöhung des Waren- und vor allem des Kapitalexports, der unter anderem in Produktionsverlagerungen ins Ausland seinen Niederschlag findet.“³⁶

Regional- und sozialpolitisch — dem Anspruch nach — die Behebung der wirtschaftli-

33 Jung, Heinz: Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante..., a. a. O., S. 32.

34 Vgl. Garantieverklärung. In: Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 149—151, S. 10 zitiert. 35/36 entfallen.

37 Deppe, Frank: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, internationale Konzerne und Supranationalität. In: Krüper, M. (Hrsg.): Investitionskontrolle gegen die Konzerne, Reinbek 1974, S. 97—114.

38 Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs..., a. a. O., S. 9.

chen Strukturschwächen in Regionen, deren Wirtschaftskraft erheblich unter dem Durchschnitt der BRD liegt. Doch diese verminderte regionale Wirtschaftskraft war und ist nun gerade Ausfluß jahrzehntelanger gleichsam „spontaner“ kapitalistischer Investitionsentscheidungen und der ihnen nachgeschalteten strukturellen und regionalen Auswirkungen sowie neuerdings auch Ausfluß der eingeleiteten „Modernisierungsstrategie“. Mit diesen staatsmonopolistischen Eingriffen — auch und gerade mittels der Regionalpolitik zugunsten des Kapitals — betätigt sich der Staat — wie *H. U. Klose* plastisch ausdrückte — „handfest als Reparaturbetrieb des Kapitalismus“.³⁹

Zusammenfassend läßt sich sagen: die derzeit in der Bundesrepublik praktizierte Regionalpolitik ist staatsmonopolistische Regionalpolitik, wobei sich mit der Aufnahme der Sonderprogramme die privatmonopolistische Variante mehr und mehr durchsetzt.

III. Ausgleich regionaler Strukturschwächen — ein nicht erreichtetes Ziel der Regionalpolitik

Das Ausmaß und der Umfang staatlicher Finanzhilfen im Rahmen der Regionalpolitik. Förderungsmittel in der regionalen Wirtschaftsförderung 1974—1978⁴⁰ in Millionen DM

Förderungsmittel	1974	1975	1976	1977	1978
Insgesamt ¹	787 019	1 196 918	1 244 988	1 251 843	1 333 533
— davon für private Investitionen	472 435	871 903	910 553	921 578	1 040 918
— davon für wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen ²	314 584	325 015	334 435	330 265	292 615
Investitionszulage ¹	255 019	608 918	657 168	663 843	745 533
Insgesamt (nur Bund)	385 859	580 191	602 779	606 006	644 401

1) = Bund, Länder und Gemeinden; 2) = Bund und Länder

Diese Gelder wurden zugunsten *privater* gewerblicher Investitionsvorhaben bereit- und zur Verfügung gestellt: „Gefördert wurden im Zeitraum 1974 bis 1977 rund 13 600 private Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 34 Mrd. DM. Der Subventionsanteil lag damit bei 13 %.“⁴¹ Das bedeutet, daß von staatlicher Seite in den Jahren 1974—1977 den privaten Investoren allein im Rahmen der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 4,152 Mrd. DM zuflossen.

Interessant wäre zu erfahren, welche Unternehmen welcher Größenordnung und Kapitalkraft nach gefördert wurden und werden; hierüber liegen jedoch keine Daten vor. Es läßt sich nur vermuten, daß größere Investitionsvorhaben und dementsprechend auch kapitalkräftigere Unternehmen gefördert werden. Dies ergibt sich beispielsweise aus folgender Feststellung hinsichtlich des InvZulGes.: „Nach 3 1/2 Jahren Laufzeit des InvZulG waren mehr als 28 000 Anträge auf Erteilung einer Bescheinigung nach § 1 Abs. 4 InvZulG bei den Bundesbehörden eingegangen, davon wurde etwa die Hälfte mit einem Investi-

39 H. U. Klose, in: *Konkret* 12/1978, S. 9.

40 Raumordnungsbericht 1978, Bundestagsdrucksache 8/2378, Tabelle 7, S. 16.

41 Raumordnungsbericht 1978, a. a. O. (Anm. 40), S. 15.

tionsvolumen von rund 23 Mrd. DM positiv, die andere Hälfte (8 Mrd. DM) negativ entschieden.^{42/43}

Hypothetisch umgerechnet ergibt sich demnach, daß die geförderten Investitionen ein durchschnittliches Volumen von 1,643 Mill. DM hatten, während die nichtförderungswürdigen im Durchschnitt ein Volumen von 0,571 Mill. DM hatten.

Fehlende Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik

Das programmatische Selbstverständnis der Investitionsförderung im Bereich der Regionalpolitik ist — wie dargestellt — die Erhaltung und Neuschaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Doch eine effektive Erfolgskontrolle besonders hinsichtlich des langfristigen Effekts der Investitionsfördermittel fehlt. Wohl sind in den Rahmenplänen umfangreiche Auflagen hinsichtlich ihrer Verwendung festgelegt. Doch letztlich ist es von staatlicher Seite nicht nachprüfbar, ob die Arbeitsplatzziele auch tatsächlich erreicht werden. Denn hier müssen sich Staat und Planer auf die Aussagen der privaten Investoren verlassen, die — was Wunder — natürlich immer so viel neugeschaffene oder erhaltene Arbeitsplätze ausweisen, wie sie im Verhältnis zu den gewährten öffentlichen Mitteln zu schaffen verpflichtet sind. Diese Zahlen werden dann von der Bundesregierung als Bestätigung ihrer regionalpolitischen Bemühungen ausgewiesen und angesehen. So kommt es dann zu folgenden Erfolgsmeldungen: „Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft wurden im Zeitraum 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1976 rund 21 300 Investitionsvorhaben mit Investitionen in Höhe von 49,5 Mrd. DM gefördert; hierfür wurden neben steuerfreien Investitionszulagen rund 1,1 Mrd. DM als Zuschüsse aus Haushaltsmitteln bereitgestellt. Mit den Investitionen sollen nach Angaben der begünstigten Unternehmen rund 474 000 neue Arbeitsplätze bereits entstanden sein oder noch entstehen und weitere rund 544 000 gefährdete Arbeitsplätze bereits gesichert sein oder noch gesichert werden. Hinzu kommt im Infrastrukturbereich die Förderung von rund 3000 Investitionsvorhaben in Höhe von rund 3,5 Mrd. DM.“ Davon waren 1,6 Mrd. DM Zuschüsse.⁴⁴ Oder: „Für die nunmehr seit sechs Jahren bestehende Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ läßt sich hinsichtlich der Förderungsergebnisse für den Zeitraum 1972 bis 31. Dezember 1977 feststellen: Es wurden in dieser Zeit Investitionen gefördert, mit deren Hilfe nach Angaben der begünstigten Unternehmen insgesamt 518 500 neue gewerbliche Arbeitsplätze in den Fördergebieten entstanden sind bzw. noch entstehen sollen. Dafür war es notwendig, öffentliche Hilfen für ein gewerbliches Investitionsvolumen von rund 57,2 Mrd. DM zu gewähren.“⁴⁵

Gleichwohl erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in den Fördergebieten.⁴⁶ Diese Arbeitslosigkeit wird sich weiter erhöhen, insbesondere in den strukturschwachen Regionen, wenn kein grundlegendes, das Profitmachersystem beschränkendes Arbeitsbeschaffungsprogramm Wirklichkeit wird. So läßt die Bevölkerungsprognose erkennen, daß die Erwerbspersonenzahl in den nächsten Jahren weiterhin anwachsen wird:

42/43 Albert, W.: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Rahmenpläne. In: Handbuch... , a. a. O. (Anm. 4), III B, S. 15.

44 Höfger, E.: Die einzelnen Rahmenpläne. In: Handbuch... , a. a. O., 2 III B, S. 19.

45 Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 11. Vgl. auch Raumordnungsbericht 1978, a. a. O., S. 15.

46 Raumordnungsbericht 1978, a. a. O., Tab. 9, S. 16.

Erwerbstätigenpersonen in 1000 (Prognose)⁴⁷

	1974	1980	1985	1990
BRD	26 813,5	27 527,2	28 054,6	27 791,6

Diesen Menschen im erwerbsfähigen Alter steht schon heute und wird voraussichtlich auch weiterhin kein entsprechendes Arbeitsplatzangebot gegenüberstehen, wie der optimistisch geschätzte Arbeitsplatzmangel der Raumordnungsprognose, dem eine seit Jahren schon weit überschrittene zweiprozentige Arbeitslosenquote zugrunde liegt, erkennen läßt.

Geschätzter Arbeitsplatzmangel der Bundesrepublik in Tausend (Prognose)⁴⁸

	1980	1985	1990
Variante I	-636,7	-1 337,6	-1 151,8
Variante II	-637,2	-1 337,6	-1 151,8

Hinzu kommt, daß für die nächsten Jahre mit einem vermehrten — wenn auch in Krisenzeiten sich abschwächenden — Ausscheiden der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte zu rechnen ist. Nach der Raumordnungsprognose soll dieser Abbau bis 1990 an die Millionengrenze heranreichen.

Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik in Tausend (Prognose)⁴⁹

	1974	1980	1985	1990
	1882	1368	1090	975

Dabei ist hier noch nicht einmal der durch Rationalisierung in der Industrie und den Verwaltungen absehbare Arbeitsplatzabbau berücksichtigt. Von dieser Entwicklung, die in der BRD ja schon in Gange ist, sind und werden die strukturschwachen Gebiete besonders betroffen; sie schlägt sich u. a. in der schon erwähnten überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote dieser Räume nieder und belegt damit die Erfolglosigkeit der praktizierten Regionalpolitik, die selbst Minister *Haak* eingestehen mußte: Auch er konnte an der Tatsache nicht vorbeisehen, „... daß es nicht gelungen sei, die regionalen Ungleichgewichte bei den Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten abzubauen. Bund und Länder hätten allenfalls erreicht, daß die Entwicklung zwischen den Verdichtungsräumen und benachbarten Gebieten nicht weiter auseinandergefallen sei. Gleichwohl bleibe die Abwanderung aus den strukturschwachen und ländlichen Räumen weiterhin ein Problem, dem durch verbesserte Erwerbsstrukturen begegnet werden müsse.“⁵⁰

Die Beibehaltung der verfehlten Regionalpolitik durch die Bundesregierung

Trotz dieses Eingeständnisses der Erfolglosigkeit der bislang praktizierten Regionalpolitik auf der Grundlage der privaten Investitionsförderung wird und soll sie auch in Zukunft

47 Raumordnungsprognose 1990. Hrsg. in der Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. 1976 Nr. 06.012, Tab. 4, S. 48.

48 Raumordnungsprognose 1990, a. a. O., Tab. 18, S. 65—67 und Tab. 31, S. 87—89.

49 Raumordnungsprognose 1990, a. a. O., Tab. 18, S. 65—67 und Tab. 30, S. 84—86.

50 Nach: „Die Rheinpfalz“, Ludwigshafen, vom 7. 12. 1978.

beibehalten werden. So heißt es denn auch im 7. Rahmenplan wieder: „Im Planungszeitraum 1978 bis 1981 sollen in den Förderungsgebieten jährlich durchschnittlich rd. 75 250 — insgesamt also rd. 301 000 — neue Arbeitsplätze geschaffen und 41 750 — insgesamt also 167 000 — bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, ist geplant, gewerbliche Investitionen mit einem Gesamtvolumen von jährlich rd. 11,5 Mrd. DM mit GA-Mitteln zu fördern. Außerdem ist vorgesehen, den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur mit GA-Mitteln zu fördern. Das geplante jährliche Investitionsvolumen dieser Maßnahmen beläuft sich im Planungszeitraum auf rd. 0,5 Mrd. DM. (. . .)

Zur Erreichung der im 7. Rahmenplan festgelegten Arbeitsplatz- und Investitionsziele sind im Planungszeitraum 1978 bis 1981 für jedes einzelne Planungsjahr knapp 1,4 Mrd. DM erforderlich. Dabei sind die Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1977 in den Finanzierungsplan der Gemeinschaftsaufgaben einbezogen.“⁵¹

Vergleicht man diese Arbeitsplatzziele mit denen des 6. Rahmenplans, so ergeben sich erhebliche Differenzen: Damals wurden für den Planungszeitraum 1977 — 1980 insgesamt 430 000 neue Arbeitsplätze angezielt und 177 700 zu sichernde.⁵² Insgesamt wurde somit das Planungsziel um rund ein Drittel zurückgenommen. Dies wird begründet mit „den in den letzten Jahren zu verzeichnenden geringen Förderungsergebnissen“.⁵³ Dagegen geht man von einem erhöhten Gesamtvolumen der jährlich zu fördernden Investitionen aus, nämlich statt von 9,3 Mrd. auf 11,5 Mrd.⁵⁴

Damit trägt die Regionalpolitik der Tatsache Rechnung, daß „die private Wirtschaft in den letzten Jahren von den Erweiterungs- auf Ersatz-, Umstellungs- und Rationalisierungsinvestitionen“⁵⁵ umgestiegen ist und insbesondere die Rationalisierungsmaßnahmen einen höheren Kapitalbedarf pro Arbeitsplatz erfordern. Tatsächlich sind die Neuerrichtungen und Verlagerungen von Industriebetrieben erheblich zurückgegangen.⁵⁶

Dies obwohl doch gerade die praktizierte Regionalpolitik mit ihren Investitionsanreizen Neuerrichtungen und Verlagerungen in strukturschwachen Gebieten fördern wollte und will. Die Neuerrichtungen und Verlagerungen von Betrieben wogen nicht einmal die betrieblichen Stilllegungen auf, und die neugeschaffenen Arbeitsplätze stehen in keinem Verhältnis zu den durch Betriebsstilllegungen vernichteten.

Saldo der betrieblichen Neuerrichtungen/Verlagerungen zu den betrieblichen Stilllegungen und Arbeitsplatzsaldo in der Bundesrepublik⁵⁷

Jahr	Saldo: Neuerrichtungen / Verlagerungen zu Stilllegungen	Saldo: neugeschaffene zu vernichteten Arbeitsplätzen
1970	— 73	— 2 001
1971	—199	—11 317
1972	— 97	—15 636
1973	—414	—31 422
1974	—657	—61 014
1975	—539	—45 081

51 Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 7.

52 Bundestagsdrucksache 8/759, S. 6.

53 Bundestagsdrucksache 8/2014, S. 7.

54 Bundestagsdrucksache 8/759, S. 7 und 8/2014, S. 7.

55 Raumordnungsbericht 1978, a. a. O. (Anm. 40), S. 17.

Es zeigt sich somit immer deutlicher, daß das angewandte Instrumentarium stumpf war und ist. Dieses längst überfällige Eingeständnis wird im Raumordnungsbericht 1978 dann folgendermaßen formuliert: „Eine auf räumlich mobiles Kapital ausgerichtete regionale Wirtschaftsförderung, die mit Investitionsanreizen bei Ansiedlung bzw. Erweiterungen in wirtschaftsstrukturell benachteiligten Gebieten arbeitet, wird in dieser Situation schwieriger.“⁵⁶

IV. Exkurs: Zur bürgerlichen Standorttheorie

Was die Praxis zeigt, war theoretisch schon voraussehbar, nämlich, daß das in der BRD praktizierte Konzept der Regionalpolitik zum Mißerfolg verurteilt ist, weil es auf einem raumpolitischen Theorem fußt, das mit der Realität des Kapitalismus, insbesondere in seinem monopolistischen Stadium, nicht vereinbar ist. Dieses Theorem ist die *Standorttheorie*.

Nach der Standorttheorie hängt es von den allgemeinen Standortfaktoren ab, ob sich ein Industrieunternehmen an einem bestimmten Ort ansiedelt, wobei der Standortfaktor als „Kostensparnis“ definiert wird: „Wir verstehen unter einem *Standortfaktor* einem seiner Art nach scharf abgegrenzten Vorteil, der für eine wirtschaftliche Tätigkeit eintritt, wenn sie sich an einem bestimmten Ort oder auch generell an Plätzen bestimmter Art vollzieht. Einen ‚Vorteil‘, d. h. eine Ersparnis an Kosten und also für die Standortlehre der Industrie eine Möglichkeit, dort ein bestimmtes Produkt mit weniger Kostenaufwand als an anderen Plätzen herzustellen; noch genauer gesagt: den als Ganzes betrachteten Produktions- und Absatzprozeß eines bestimmten industriellen Produkts nach irgend einer Richtung billiger durchzuführen als anderswo.“⁵⁷

In der praktischen Regionalplanung und Raumordnungspolitik wird versucht, auf diese allgemeinen Standortfaktoren kostenmindernd Einfluß zu nehmen (z. B. durch Senkung der Grundrente, Verbesserung des örtlichen Verkehrssystems, Senkung der Fertigungskosten mittels Subventionen für Rationalisierungsvorhaben), um den Unternehmen *örtliche Produktionsvorteile* zu verschaffen.

Die Standorttheorie beinhaltet jedoch Voraussetzungen, die mit der Realität des Kapitalismus nicht übereinstimmen.

Erstens geht sie aus von einem sog. „geschlossenen Handelsstaat“, während die BRD bekanntlich exportorientiert ist; dem trägt ja auch bewußt das InvZulG Rechnung.

Zweitens fußt sie auf einem abstrakten Modell des Konkurrenzkapitalismus und sieht nicht die Wirkungen des Konzentrations- und Monopolisierungsprozesses, die die Standortfaktoren an ihrem angestammten Standort mitbestimmen. Dies betonte schon *Karl Marx*: „Andererseits bewirkt aber umgekehrt diese besondere Verkehrserleichterung und

56 Standortwahl der Industriebetriebe 1972 bis 1975 (BMA). Nach: Bundestagsdrucksache 8/2378, Tab. 26, S. 44.

57 Ebenda, eigene Umrechnung.

58 Raumordnungsbericht 1978, a. a. O. (Anm. 40), S. 44.

59 Weber, Alfred: Über den Standort der Industrie. Tübingen, 1909, S. 16, vgl. auch: Weber, Alfred: Industrielle Standorte. In: Grundriß der Sozialökonomik, Abt. VI, Tübingen 1923, S. 58—86; sowie zur Information der Artikel: „Alfred Weber“ von G. Stavenhagen. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hrg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1970, Bd. III, Sp. 3716—3721.

der dadurch beschleunigte Umschlag des Kapitals (soweit er von der Umschlagszeit bestimmt wird) eine beschleunigte Konzentration einerseits des Produktionszentrums, andererseits seines Marktplatzes. Mit der beschleunigten Konzentration von Menschen- und Kapitalmassen an gegebenen Punkten schreitet fort die Konzentration dieser Kapitalmassen in wenigen Händen. Zugleich findet wieder Verschiebung und Displacement statt infolge der mit den veränderten Kommunikationsmitteln veränderten relativen Lage von Produktions- und Marktplätzen. (...) Es wird also durch die Veränderung in den Transportmitteln eine örtliche Verschiedenheit in der Umlaufzeit der Waren, der Gelegenheiten einzukaufen, zu verkaufen usw. erzeugt, oder die schon existierende örtliche Verschiedenheit wird anders verteilt.⁶⁰

Drittens hat die Standorttheorie hauptsächlich den Produktionssektor im Auge und versucht in diesem Bereich, die Voraussetzungen der Kapitalverwertung zu verbessern; regional wird auch noch der Zirkulationsprozeß zu beeinflussen versucht, überregional — insbesondere bei Ausrichtung auf Export ins Ausland — schon nicht mehr. Industrieansiedlung und / oder -ausbau setzt jedoch die Erwartung eines Marktes zum Absatz der Produkte voraus, d. h. die Umwandlung des Waren- in Geldkapital, zumal ein bestimmter Teil des Kapitals (produktives und Warenkapital) zunächst einmal festliegt und deshalb ein größeres Quantum an Geldkapital benötigt als ein schon produzierendes Unternehmen⁶¹.

Viertens berücksichtigt die Standorttheorie nicht die kapitalistischen Konjunktur- und Krisenzyklen.

Somit beruht die Regionalpolitik auf der falschen Annahme, daß innerhalb einer Gesellschaft mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen es mit staatsinterventionistischen Techniken, die aber keinesfalls die private Verfügungsgewalt über das Kapital beschneiden, möglich sei, das Problem der strukturschwachen Regionen mittels Investitionsanreize zur Industrieansiedlung langfristig zu beheben.

Daß dieses Ansinnen zum Scheitern verurteilt ist, beweisen mittlerweile auch empirische Untersuchungen: Zunächst erweist die Praxis, daß die Industrieansiedlung in strukturschwachen Gebieten konjunkturabhängig ist. In Zeiten der Hochkonjunktur mögen Investitionsanreizprogramme zur Industrieansiedlung begrenzt greifen. So war nach dem II. Weltkrieg insgesamt eine beachtliche Gründungswelle von Industrieunternehmen (einschließlich Zweigbetrieben) zu verzeichnen, die sich jedoch ab 1965 immer mehr abschwächte.⁶² Mit zunehmender Kapitalkonzentration, Krisenanfälligkeit und -haftigkeit des Systems, die sich auf strukturschwache Gebiete besonders niederschlägt, tritt die Eigengesetzlichkeit kapitalistischer Investitionstätigkeit zunehmend in Widerspruch zu regionalpolitischen Zielsetzungen. Diese Eigengesetzlichkeit kapitalistischer Investitionstätigkeit ist auch durch umfangreiche Investitionsförderung nicht zu durchbrechen.

Findet das Kapital bessere Verwertungsbedingungen im Ausland, läßt es sich auch nicht durch inländische Investitionsförderprogramme halten und dazu bewegen, die inländisch erwirtschafteten Profite auch hier wieder anzulegen. Des weiteren beeinflussen Investitionsförderprogramme, die regionale Impulse geben wollen, die Standortwahl privater

60 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 2. Bd. II. Buch. In: Marx-Engels Werke Bd. 24. Berlin 1969, S. 253 f.

61 Marx, Karl: ebenda, 15. Kapitel, S. 260—295.

62 Kaiser, K. H. / Hoerner, L.: Standortfaktoren von Industriebetrieben in der Stadtregion Köln, Teilband I, Köln 1976, S. 14.

Industrieunternehmen, aber auch von öffentlichen Versorgungseinrichtungen nur in begrenztem Maße; sie verändern lediglich die Prioritätssetzung der ohnehin zur Disposition stehenden Standorte. So verweist *Brede* auf den typischen Fall: „Ständen zwei oder mehrere Standorte zur Wahl, die den vorrangigen Standortfaktoren genügten, dann fiel die Entscheidung zugunsten des Standorts, an dem der Unternehmer zusätzlich in den Genuß von Standortvorteilen oder öffentlichen Vergünstigungen kam.“^{63/64} Die Regionalpolitik nach dem Schwerpunktortprogramm hat somit hauptsächlich Verstärkerfunktion bei der privatkapitalistischen inländischen Standortwahl.

Darüber hinaus ziehen die Förderungsprogramme — wenn überhaupt — Zweigbetriebe an, die Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen zur Verfügung stellen⁶⁵, dementsprechend niedrig bleiben die Löhne und das regionale Steueraufkommen. Vornehmlich werden Zweigbetriebe aus strukturell gefährdeten Branchen angezogen. Die ökonomische Impulswirkung auf die Region ist deshalb relativ gering, zumal in ökonomischen Krisenzeiten Zweigbetriebe leicht geschlossen werden können bzw. müssen.⁶⁶ In diesen Fällen wäre die Ansiedlung in strukturschwachen Gebieten nur ein Übergangsstadium zur Auslandsverlagerung oder zum Konkurs, was regional eine zusätzliche Auszehrung einschließt.

Damit bildet sich ein typisches Syndrom strukturschwacher Regionen aus, das wie ein *circulus vitiosus* wirkt: niedrige Kapitalintensivität — geringe Arbeitskraftkosten — geringe Qualifikationsstruktur der Beschäftigten — branchenspezifische Krisen und Struktur anfälligkeit — Kapitalauszug und -verlagerung — geringes Steueraufkommen — Abwanderung.

V. Zusammenfassung

Wie dargestellt, versucht die staatliche Regionalpolitik in der BRD mittels Regionalförderungsprogrammen die regionale Standortwahl des Privatkapitals zu beeinflussen. Nach den gesetzlich fixierten Zielsetzungen soll die Beeinflussung in Richtung der Überwindung der Strukturschwächen der Förderungsgebiete wirken. Wie die Praxis, aber auch theoretische Überlegungen, zeigen, ist staatsmonopolistische Regionalpolitik nur in relativ engen Grenzen in der Lage, privatkapitalistisches Investitionsverhalten zu beeinflussen oder gar zu steuern. Dies offenbarte mit besonderer Deutlichkeit die Investitionsentwicklung und das Investitionsverhalten in den 70er Jahren.

Nach dem Anspruch des Raumordnungsgesetzes zielt die staatliche Regionalpolitik in der BRD auf die Förderung der unterentwickelten Gebiete, auf die Schaffung eines angemessenen Angebotes von Arbeitsplätzen und öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in tragbarer Entfernung von der Wohnung und auf Erhaltung und Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt in allen Teilräumen und Gebieten der BRD. Diese Ziele wurden nicht erreicht.

63/64 *Brede*, Helmut: Die Bestimmungsfaktoren industrieller Standorte. Eine empirische Untersuchung (IFO), Berlin/München 1971, S. 94.

65 *Fürst*, D. / *Zimmermann*, K.: Standort industrieller Unternehmen. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22/1971, S. 178 f.

66 *Brösse*, Ulrich: Raumordnungspolitik, a. a. O., S. 108, Raumordnungsbericht 1974, Bundestagsdrucksache 7/3793, S. 77.

Im Zuge der Entwicklung des regional- und raumordnungspolitischen Instrumentariums wurden die Fördergebiete ständig ausgedehnt, was u. a. auf ein wachsendes Ausmaß regionaler Disproportionen und Krisen verweist. Inzwischen umfassen die Fördergebiete knapp zwei Drittel der Fläche der BRD, auf der ein Drittel der Bevölkerung lebt. Im Zuge der Regionalpolitik fließen Milliardenbeträge durch die staatsmonopolistischen Umverteilungskanäle. Der größte Teil davon wird auf direktem oder indirektem Weg, als direkte oder indirekte Investitionssubvention an das Privatkapital vergeben. Obwohl den politischen und staatlichen Instanzen sowie den wissenschaftlichen Beratungsgremien klar ist, daß der wichtigste Hebel zur Minderung regionaler Disproportionen die Schaffung — und man muß heute hinzufügen die Erhaltung — von Arbeitsplätzen in den betreffenden Gebieten ist, begnügt sich die Regionalpolitik mit der Förderung des Mechanismus der Kapitalwanderung des Privatkapitals. Sie akzeptiert dabei die gegenüber den gesetzlichen Fixierungen verschobene Rangordnung in der Hierarchie der Ziele: Sie folgt in der Praxis der Dominanz monopolkapitalistischer Profitziele und hofft auf den — im Sinne dieser Logik — Nebeneffekt, daß günstige Akkumulation zu neuen Arbeitsplätzen führt.

Hinsichtlich der Regionalentwicklung und -politik liegen faktisch zwei Formen von Strukturmaßnahmen in Widerstreit miteinander: auf der einen Seite die erklärte staatsmonopolistische Förderungspolitik, die sich wissenschaftlicher und planerischer Einsicht zu bedienen vorgibt, und auf der anderen Seite die Prägung der regionalen Disproportionen durch den Gang der Kapitalbewegung und -verwertung und durch monopolkapitalistische Profitstrategien, die den erklärten staatlichen Zielen weithin entgegenstehen und diese unterlaufen.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Umorientierung der Raumordnungs- und Regionalpolitik⁶⁷. Diese Notwendigkeit kann sich jedoch nur über den politischen Druck der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisation realisieren.

67 Vgl. hierzu: Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs... , a. a. O., Naschold, Frieder: Alternative Raumpolitik. Kronberg/Ts. 1978.

Neue ökonomische Krisentendenzen im Kapitalismus

Ein Literaturbericht

Jörg Goldberg

1. Die veränderten Bedingungen der Profitproduktion — 2. Krisen als Verteilungsproblem — 3. Die Rolle von Monopolen im Akkumulationsprozeß — 4. Der Weltmarkt als Krisenfaktor — 5. Überindustrialisierung und Strukturkrise — 6. Staatliche Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrisen — 7. „Lange Wellen“ und technischer Fortschritt.

Spätestens seit der Krise 1974/75 ist für alle entwickelten kapitalistischen Länder eine Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums zu konstatieren. Die zyklischen Krisen scheinen tiefer zu werden, konjunkturelle Belebungen verlaufen schwächer und zögernder. Begleitet wird die Veränderung der ökonomischen Grundprozesse durch Dauerarbeitslosigkeit und Inflation.

Sind diese Tendenzen in den 70er Jahren für alle kapitalistischen Länder typisch gewesen, so ist für die Bundesrepublik darüber hinaus die Tatsache bemerkenswert, daß diese in den 50er und 60er Jahren ein fast ununterbrochenes wirtschaftliches Wachstum verzeichnen konnte, somit in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Existenz eine gewisse Sonderrolle spielte. Für die 70er Jahre ist ein weitgehender Verlust dieser Ausnahmeposition zu registrieren.

Im folgenden Literaturbericht sollen einige Veröffentlichungen der jüngsten Zeit aus der BRD*, die sich diesen Problemen widmen, kritisch analysiert werden. Es handelt sich um Autoren bzw. Autorengruppen mit unterschiedlichen politischen Standorten und um Arbeiten mit unterschiedlichen konkreten Intentionen, mit unterschiedlicher empirisch-

* Es handelt sich um die folgenden Arbeiten, die im Text nur noch in Kurzform (Autor oder Autorengruppe und Seitenangabe) angeführt werden:

Altwater/Hoffmann/Semmler: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Westberlin 1979

Dieter Boris, Geschichte und Struktur der Außenwirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik, in: U. Albrecht, F. Deppe, J. Huffschmid u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979

Frank Deppe/Heinz Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik, in: ebd. Werner Glastetter, Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis 1975, Berlin/Heidelberg/New York 1977

Jörg Huffschmid, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Geschichte, Probleme und Perspektiven, in: U. Albrecht, F. Deppe, J. Huffschmid u. a., a. a. O.

Alfred Kleinknecht, Innovation, Akkumulation und Krise, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 35/1979, S. 85 ff.

Müller/Rödel/Sabel/Stille/Vogt, Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York 1978

Sozialistische Studiengruppen (SOST), Bundesrepublik — Wirtschaftskrise und Sozialistische Alternativen, Hamburg 1979

Karl Georg Zinn, Der Niedergang des Profits, Köln 1978

analytischer Reichweite und mit unterschiedlicher theoretischer Fundierung. Gemeinsam ist ihnen, daß sie dem kapitalistischen System weitgehend kritisch gegenüberstehen und z. T. mit marxistischen Ansätzen und mit marxistischem Anspruch arbeiten. Mit Ausnahme der Arbeit des den Gewerkschaften nahestehenden und inzwischen zum Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung avancierten Ökonomen *W. Glasetter*, stammen alle hier vorgestellten Titel aus den letzten beiden Jahren, sind also 1978 und 1979 erschienen. Abgesehen von einigen Beiträgen aus einem Sammelband zur Geschichte der BRD, sind in dieser Literaturübersicht die Arbeiten marxistischer Ökonomen der BRD, die die Positionen der Monopol- und SMK-Theorie vertreten, nicht berücksichtigt. Die entsprechenden Analysen und theoretischen Argumentationen sind meist schon früher erschienen und /oder wurden in den vergangenen Ausgaben der Jahrbücher schon dargestellt.¹

Es wird bei der Besprechung der Arbeiten nach Themenschwerpunkten vorgegangen, nicht nach Autoren oder Büchern. Dies schien dem Rezensenten deshalb nützlich, weil so gleichzeitig ein Überblick über inhaltliche Erklärungsansätze mitgeliefert wird.

Wenn im folgenden nur die Aspekte berührt werden, die eine Trendverlangsamung des kapitalistischen Wirtschaftswachstums betreffen, so ist dies nicht zu trennen von der Diskussion über die Ursachen zyklischer Wirtschaftskrisen: da die Wirtschaftsentwicklung im Kapitalismus immer eine zyklische Verlaufsform besitzt, äußert sich die Vertiefung bzw. die Verlängerung zyklischer Krisen, die Abschwächung von Aufschwungsphasen auch in einer Veränderung langfristiger Wachstumstendenzen. Eine Vergrößerung der Krisenhaftigkeit im zyklischen Verlauf ist also identisch mit einer Wachstumsverlangsamung bzw. mit Tendenzen der Stagnation. Da sich die Literaturübersicht auf die Darstellung und Kritik der wichtigsten „Stagnationserklärungen“ in den vorliegenden Arbeiten konzentriert, müssen andere, durchaus interessante Aspekte der Veröffentlichungen unerwähnt bleiben.

1. Die veränderten Bedingungen der Profitproduktion

Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen steht die Verwertung des Einzelkapitals im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht die Produktion von Gebrauchswerten, sondern die Produktion von Profit ist das Ziel. Das wirtschaftliche Wachstum im Kapitalismus ist in der einen oder anderen Form letztendlich immer eine Funktion der Produktionsbedingungen des Profits. Unter Abstraktion von allen konkreten Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer historischen Bestimmtheit werden diese aber von wenigen Faktoren bestimmt: von der organischen Zusammensetzung des Kapitals (stofflich: vom Verhältnis zwischen Produktionsmitteln und lebendiger Arbeit) und von der Mehrwerttrate, dem Verhältnis von (unbezahlter) Mehrarbeit und notwendiger (bezahlter) Arbeit.

Es liegt daher nahe, eine Untersuchung ökonomischer Erscheinungen im Kapitalismus zunächst auf der Ebene dieser Faktoren anzusetzen. Dabei besteht bei einigen Autoren

1 Zu verweisen ist hier besonders auf Analysen und Publikationen, die von J. Huffschmid und H. Schui vorgelegt wurden (vgl. besonders: diess. — Hrg. —, *Gesellschaft im Konkurs*, Köln 1976). Im Rahmen des IMSF entstand: *Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik*, Beiträge des IMSF 4, Frankfurt/Main 1976. Vgl. ebenfalls die entsprechenden Beiträge in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF, 1/1978 und 2/1979.

die Neigung — auf der Grundlage der Marxschen Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate — Veränderungen im ökonomischen Erscheinungsbild unmittelbar aus Veränderungen der genannten Bedingungen der Profitproduktion abzuleiten. Dies steht vor allem bei *Altvater/Hoffmann* im Mittelpunkt. Dabei soll das Problem, wie diese abstrakten Kategorien empirisch gefüllt werden, hier nicht mehr behandelt werden.² Zentrale Aussage dieser Position ist: „Je höher die Kapitalrentabilität und je höher die Profiterwartungen auf die Neuanlage von Kapital (Akkumulation), desto höher werden also die Akkumulationsquote und -rate und desto höher also auch die Wachstumsrate des Sozialprodukts sein.“ (97)

Schon an dieser Stelle wird allerdings die Problematik einer Position deutlich, die konkret-historische Entwicklungsprozesse im Kapitalismus unvermittelt aus Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Mehrwertrate abzuleiten sucht. Denn entscheidend ist ja demnach das Verhältnis zwischen aktueller und erwarteter Profitrate, wobei — dies muß betont werden — immer der Standpunkt des Einzelkapitals maßgeblich ist. Die Profiterwartungen der Einzelkapitale hängen aber von einer Vielzahl von Faktoren ab, die nicht unmittelbar mit der jeweiligen Wertzusammensetzung des Kapitals und der Mehrwertrate begründet werden können: Profiterwartungen der Einzelkapitale und tatsächliche Verwertungsbedingungen können auseinanderfallen und fallen in der historischen Tendenz notwendig auseinander. So ist der Hebel der Einzelkapitale, den diese zur Verbesserung ihrer Verwertungsbedingungen ansetzen, die Rationalisierung, der Ersatz von lebendiger Arbeit durch Produktionsmittel, tatsächlich ein Moment für die Verschlechterung der Produktionsbedingungen von Profit.

Es ist schon deshalb eine unzulässige Vereinfachung des eigenen Ansatzes, wenn *Altvater/Hoffmann* die Verlangsamung des Akkumulationstempos und des Wirtschaftswachstums der Bundesrepublik zentral aus der seit Mitte der 50er Jahre tendenziell sinkenden Kapitalrentabilität (als Indikator der Profitrate) ableiten. Die „Kapitalrentabilität“ hängt konkret-historisch zudem nicht nur von Kapitalzusammensetzung und Mehrwertrate ab, sondern von einer Vielzahl von Faktoren, bei denen z. B. der Auslastungsgrad der Kapazitäten, aber auch (wie *Altvater/Hoffmann* selbst erwähnen) Übertragungsprozesse von Profit durch den internationalen Handel eine Rolle spielen.

Die „politisch unmittelbar relevante Fragestellung“, ob die sinkende Kapitalrentabilität in erster Linie eine Folge der veränderten Kapitalzusammensetzung oder eines Anstiegs der Lohnquote ist (90), ist daher auch eine unzulässige Vereinfachung des Problems. Sie schließt andere Erklärungen, z. B. den Wegfall von Extraprofiten bei der Rohstoffbeschaffung, immanente Tendenzen zu wachsender Verschwendung von Produktivkräften usw. praktisch aus.

Die gestellte Frage wird von *Altvater/Hoffmann* auch nicht abschließend entschieden. Es wird hervorgehoben, daß der Zwang zur Umwälzung der Produktionsmethoden bis in die 60er Jahre noch zu einem Anstieg der Mehrwertrate geführt hatte. Gleichzeitig aber wurden durch diese Umwälzungen auch Schranken für eine Senkung der Lohnquote und eine weitere Steigerung der Mehrwertrate gesetzt: „So werden die Voraussetzungen der hohen Mehrwerte nach und nach zersetzt.“ (102) In den 70er Jahren kommt es dann zunächst zu einem so starken Anstieg der Lohnquote, daß auch die Mehrwertrate zurück-

2 Auf dieses Problem wurde eingegangen in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, 1/1978 (J. Goldberg, Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik).

geht. Diese Entwicklung wird von *Altvater/Hoffmann* vor allem als Folge des zunehmenden Umfangs unproduktiver Arbeit gesehen.

Aus dieser Darstellung ergibt sich die Frage, ob es dem Kapitalismus durch den seit 1975/76 andauernden Prozeß der Umverteilung zugunsten der Gewinne und die damit verbundene Senkung der Lohnquote gelingen kann, die Kapitalrentabilität wieder zu erhöhen und die Stagnationstendenz zu überwinden. *Altvater/Hoffmann* scheinen dies zu verneinen, da sie eine Krisenlösung „durch quantitative Verschiebungen der Lohn-Profit-Relation“ weder in die eine noch in die andere Richtung für wirksam halten. (399) Diese Auskunft muß aber unbefriedigend erscheinen, da vorher doch die Kategorie der „Kapitalrentabilität“ im Mittelpunkt der Analyse stand und diese nach der Darstellung der Autoren durchaus durch „quantitative Verschiebungen der Lohn-Profit-Relation“ erheblich beeinflußt wurde.

Von einem ähnlichen Ausgangspunkt ausgehend — der Untersuchung der Produktionsbedingungen des Profits — kommen die *SOST* zu etwas anderen Schlußfolgerungen. Sie konstatieren in der Tendenz eine steigende Kapitalzusammensetzung und eine steigende Mehrwertrate. In den 70er Jahren kommt es zu einem Umbruch: während bis dahin eine beschleunigte Akkumulation dafür gesorgt hatte, daß trotz sinkender Profitrate die Masse des produzierten Mehrwerts noch steigt, bricht „mit dem sechsten industriellen Zyklus in der BRD die einzig mögliche Bewegungsform der antagonistischen Produktionsgesetze des Kapitals tendenziell auf“. (52)

Immerhin ist den Autoren bewußt: „Warum dieses Aufbrechen der Bewegung gerade jetzt passiert, kann nicht allein aus der fallenden Profitrate erklärt werden.“ (53) Zwar hatten auch *Altvater/Hoffmann* neben den genannten Faktoren andere Momente aufgezählt — Weltmarkt, Inflation, Monopole — sie hatten diese aber mit ihrem zentralen Ansatz, der Entwicklung der Kapitalrentabilität, nicht vermittelt.

Der notwendige Schritt von der Untersuchung der allgemeinen Produktionsbedingungen des Profits auf der Abstraktionsebene des ersten Bandes des „Kapital“ in Richtung auf deren konkrete Erscheinungsformen wird im Buch der *SOST* immerhin in einem Punkt getan: sie untersuchen die Verteilungsverhältnisse des Profits zwischen industriellem und Geldkapital und kommen zu dem Schluß, „daß innerhalb des betrachteten Zeitraums sich eine Veränderung im Verhältnis oder der Kräftekonstellation zwischen industriellen und kommerziellen Kapitalisten auf der einen Seite, Geldkapitalisten oder Kapitalverleiher auf der anderen Seite in der Bundesrepublik vollzieht“. (85/86) Nun bleibt unklar, ob diese Entwicklung als Ursache oder als Folge der verlangsamten Akkumulation des produktiven Kapitals gesehen wird: drückt das zunehmende Gewicht der Geldkapitalisten, deren wachsender Anspruch an den Gesamtprofit die Verwertung des produktiven Kapitals oder ist der steigende Anteil des zinstragenden Kapitals einfach Ausdruck der fehlenden Anlagemöglichkeiten im produktiven Kapital?

Es finden sich hier Ansätze zur Vermittlung ihrer These eines zunehmenden Gewichts des Geldkapitals mit weiter unten dargestellten Monopolerklärungen — eine Behauptung, die von den Autoren der *SOST* sicher vehement zurückgewiesen würde. Allerdings erweist sich ihre Abgrenzung von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, um die sich diese Autorengruppe explizit bemüht, als immer weniger glaubwürdig, müssen sie in der Praxis doch die gleichen Strukturveränderungen des Kapitalismus konstatieren, von denen auch die SMK-Theorie ausgeht. So mutet es etwas krampfhaft an, wenn einerseits die wachsende Rolle des Geldkapitals als Faktor der Wachstumsverlangsamung

angeführt und andererseits die Bedeutung des Finanzkapitals für den Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses als bestenfalls am Rande interessant bezeichnet wird.

Begründet wird dies mit dem Hinweis, das Bank- und Versicherungskapital, die Vermittlungsinstanz des Geldkapitals, könne nur weniger als fünf Prozent des Gesamtprofits auf sich ziehen. Wie die Autoren aber selbst wissen, geht es bei der Kategorie des Finanzkapitals nicht bloß um eine „Suprematie der Banken etc.“ (92), sondern um die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital. Die Gewinne der Banken spielen daher keineswegs die zentrale Rolle und können infolgedessen auch nicht als Indikator für das gesamtwirtschaftliche Gewicht des Finanzkapitals betrachtet werden.

Wenn die *SOST* konstatieren: „Das größere und überproportionell wachsende Volumen der gesamten Vermögenseinkommen landet in den Taschen der bloßen Kapitaleigentümer“ (92), so ist hinzuzufügen, daß zu diesen „bloßen“ Kapitaleigentümern eben auch Teile des Industriekapitals gehören, nämlich vor allem die Monopole, die sich — wie Analysen zeigen — in immer stärkerem Maße als Geldkapitalisten betätigen.³

Ähnlich krampfhaft erscheinen die Bemühungen um eine Abgrenzung von der „Monopoltheorie“ auch bei *Altwater/Hoffmann*. Diese sehen zwar einerseits die große Bedeutung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals für den Reproduktionsprozeß und räumen ein, daß die großen Kapitale sich insgesamt Vorteile verschaffen können. Es wird die Monopolisierung als wichtiges Moment der Strukturveränderungen des Kapitalismus erkannt, allerdings nicht als bestimmendes Moment einer Entwicklungsphase des Kapitalismus begriffen. Die Begründung für diese Haltung klingt allerdings wenig überzeugend: „In den Grenzen des Monopolprofits jedenfalls wird entgegen den Annahmen der Monopoltheorie deutlich, daß auch die Monopole den Bedingungen der Kapitalreproduktion, wie sie durch das Wertgesetz reguliert werden, unterworfen bleiben.“ (154) Ganz abgesehen davon, daß es durchaus empirische Belege für die von *Altwater/Hoffmann* bestrittene dauerhafte Überdurchschnittlichkeit monopolistischer Profitraten gibt⁴, wird kein marxistischer „Monopoltheoretiker“ behaupten, Monopole stünden außerhalb der Bedingungen der Kapitalreproduktion. Indem *Altwater/Hoffmann*, aber auch die *SOST* der SMK-Theorie unterstellen, sie ginge von einer Unabhängigkeit der Monopole von den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise aus, wird ein ‚Pappkamerad‘ aufgebaut, den abzuschießen dann wenig Mühe macht.

Die genannten Autoren beschreiben in vielen Punkten richtig die Wirkungen von Konzentration und Zentralisation und der Herausbildung des Finanzkapitals, scheuen sich aber, diese Veränderungen auf den Begriff zu bringen.

2. Krisen als Verteilungsproblem

Krisen und Stagnationstendenzen werden in den oben dargestellten Positionen im Kern aus veränderten Produktionsbedingungen des Profits abgeleitet, wobei teilweise übersehen wird, daß die für das Einzelkapital empirisch sichtbare Profitrate nicht nur von

3 So steigt in der Tendenz der Anteil der Profite der Industriekonzerne, der nicht aus der eigenen Produktion rührt. Vgl. Hans Tammet, Die Profite der BRD-Industriekonzerne im Jahre... in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, jeweils Dezemberheft des laufenden Jahrgangs.

4 Eine gute Übersicht der dazu vorliegenden Literatur gibt das Memorandum '80 — Gegen konservative Formierung, Alternativen der Wirtschaftspolitik, Teil B, Monopolisierung — Entwicklung, Ursachen und Folgen.

der gesellschaftlich-durchschnittlichen Zusammensetzung des Kapitals und der Mehrwerttrate abhängt, sondern konkret-historisch von einer Vielzahl von Faktoren. Dabei spielt das Verhältnis von Produktion und Realisierung eine wichtige Rolle. Eine Untersuchung der Produktionsbedingungen des Profits reicht für eine Analyse also nicht aus, es ist der Zusammenhang von Profitproduktion und Profitrealisierung zu untersuchen.

Dieser Realisierungsaspekt steht bei *Zinn* im Mittelpunkt, der die Auswirkungen von Ungleichgewichten auf dem Markt auf die Verwertung des Kapitals als Hauptursache von Profitproblemen sieht.

Dabei geht *Zinn* explizit davon aus, daß die in der Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate im Mittelpunkt stehende Tendenz zur wachsenden organischen Zusammensetzung von Kapital nur zeitweilig existiert: „Denn der technische Fortschritt verbilligt auch die Produktionsmittelproduktion, so daß auch das bereits investierte Kapital mit dem aus Abschreibungen finanzierten Erneuerungsprozeß im Wert sinkt.“ (35) Dies wird allerdings von *Marx* nicht bestritten: es ist dies eine dem Fall der Profitrate entgegenwirkende, ihn aber nicht außer Kraft setzende Tendenz. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit verbilligt die Produktionsmittel ähnlich wie die Konsumtionsmittel. Entscheidend ist aber, daß die Methoden zur Erhöhung der Produktivkraft nach *Marx'* Ansicht in der Tendenz mit einer vergrößerten Anwendung von geronnener im Verhältnis zur lebendigen Arbeit verbunden ist, d. h. die Verbilligung der Produktionsmittel wird in ihren Auswirkungen auf die Kapitalzusammensetzung durch eine vergrößerte Anwendung überkompensiert.

Die Probleme des Kapitalismus liegen nach *Zinns* Ansicht auf einem anderen Gebiet: sen unproblematisch sein, denn entsprechend der hohen Konsumquote könnte eine niedrige Investitionsquote wirtschaftspolitisch festgelegt werden. Da aber die kapitalistische den Produktionskapazitäten müssen im Gleichgewichtszustand durch die vorhandene Nachfrage ausgelastet werden, wobei die Investitionsnachfrage sowohl über den Umfang der Gesamtnachfrage als auch über den Umfang der Produktionskapazitäten entscheidet. Unter kapitalistischen Bedingungen profitabhängiger Investitionen impliziert das „Kapazitätsgleichgewicht“ zusätzlich ein bestimmtes „Verteilungsgleichgewicht“. Dabei kommt es zu einem „Lohn-Profit-Dilemma“. (38) Eine hohe Lohnquote gewährleistet zwar eine günstige Auslastung der Kapazitäten, ist aber notwendig mit einer niedrigen Profitquote verbunden. Dies würde unter nicht-kapitalistischen Produktionsverhältnissen unproblematisch sein, denn entsprechend der hohen Konsumquote könnte eine niedrige Investitionsquote wirtschaftspolitisch festgelegt werden. Da aber die kapitalistische Investitionsfunktion gewinnabhängig ist, führt eine niedrige Profitquote zum Abbruch der Investitionstätigkeit und so wiederum zur Verletzung des Kapazitätsgleichgewichts. Umgekehrt aber ist auch eine hohe Profitquote kein Gleichgewichtsgarant, da diese mit einer niedrigen Lohn- und Konsumquote verbunden ist. Die durch die hohen Profite hervorgerufenen Investitionen können nicht ausgelastet werden, es kommt zu einem auslastungsbedingten Profitverfall. *Zinn* möchte zeigen, „daß bei plausiblen Annahmen zur Konsum- und Investitionsentwicklung einerseits und den Rentabilitätsanforderungen andererseits kein lösbares Gleichgewichtsmodell konstruierbar ist.“ (74)

Dies übersieht allerdings, daß die zyklische Krise, die *Zinn* nach Ansicht des Rezensenten hier in wesentlichen Punkten zutreffend erklärt, selbst das Instrument zur Herstellung des notwendigen „Gleichgewichts“ ist. Die Krise vernichtet Kapital und damit auch — relativ zur Gesamtnachfrage — Produktionskapazitäten und stellt eine hohe Profitquote

wieder her, gewährleistet also zeitweilig das notwendige Kapazitäts- und Verteilungsgleichgewicht als Ausgangspunkt eines neuen Aufschwungs. Zu klären wäre, warum die Krisen gegenwärtig diese Gleichgewichtsfunktion nicht mehr zureichend ausfüllen, so daß es auch im Aufschwung zu Massenarbeitslosigkeit und unausgelasteten Kapazitäten kommt.

Zur Erklärung dieser Erscheinung bezieht *Huffschnid* die Produktionsbedingungen des Profits ein, die von *Zinn* vernachlässigt werden. Auch bei *Huffschnid* wird „der Grund der zyklischen Krise“ darin gesehen, „daß die Unternehmen unter dem Zwang zur Akkumulation einen Produktionsmittelbestand schaffen, dessen volle Auslastung eine Produktmenge hervorbringen würde, die wegen der zurückgebliebenen Konsumnachfrage nicht mehr profitabel zu verkaufen ist“. (52) Gleichzeitig wird aber darauf verwiesen, daß eine Folge der Akkumulation ein Anwachsen des Kapitalstocks ist, der zu seiner Verwertung immer höherer Profite bedarf. Unter der Annahme steigender Kapitalintensität muß der Anteil des der Verwertung dienenden Teils des gesellschaftlichen Neuprodukts, d. h. die Profitquote zunehmen, soll eine auch nur gleichbleibende Profitrate erreicht werden. Die Konsumquote muß also sinken, was gleichzeitig die Auslastungsprobleme verschärft. Eine solche Entwicklung würde in der Tendenz dazu führen, daß die die Gleichgewichtsbedingungen zeitweilig wiederherstellenden Krisen tiefer werden müßten. Da Krisen aber nicht nur einen positiven Reinigungseffekt haben, sondern auch destruktive Wirkungen entfalten, würde sich daraus auch in der Tendenz eine Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kapitalismus ergeben.

Da *Zinn* eine generelle Tendenz zur Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals nicht für wahrscheinlich hält, begründet er die auch von ihm gesehene Tendenz zu zunehmender Labilität der Gleichgewichtsbedingungen im Kapitalismus allein aus Widersprüchen der Profitrealisierung.

Der „Niedergang des Profits“ ist vor allem Folge eines gestörten „Kapazitätsgleichgewichts“. Dabei geht er davon aus, daß die Investitionstätigkeit einerseits zeitweilig die Nachfragerlücke schließt, andererseits infolge des damit verbundenen Kapazitätserweiterungseffekts aber neue Ungleichgewichte schafft. Die Tiefe der Disproportionen hängt also wesentlich mit dem Verhältnis zwischen Nachfrageeffekt und Kapazitätserweiterungseffekt der Investitionen zusammen: Da der technische Fortschritt nach Ansicht von *Zinn* die Effektivität der Investitionen erhöht, vergrößert er auch die Ungleichgewichte: „Je größer der marginale Kapitalkoeffizient, d. h. je kleiner die marginale Kapitalproduktivität, desto höher die geplante Investition. Betrachtet man nur diesen Zusammenhang, so wäre in einer Situation mit unzureichender Investitionstätigkeit die kapitalistische Wirtschaft um so stärker von Kontraktion und Krisen bedroht, je effizienter die modernste Produktionstechnik, die sich im marginalen Kapitalkoeffizienten darstellt.“ (44)

Unter diesem Gesichtspunkt wäre ein Rationalisierungsschub bei einer insgesamt ungünstigen Konstellation der Märkte der Grund dafür, daß die die Krise verursachende Disproportion zwischen Produktion und Konsum auch dann nicht überwunden werden kann, wenn die Profitquote ansteigt: die vom Unternehmer geplante Kapazitätzunahme erfordert relativ geringere Investitionsmittel, so daß die zusätzliche Investitionsnachfrage nicht ausreicht, um zu einer auch nur vorübergehenden vollen Auslastung der existierenden Kapazitäten zu führen. Oder umgekehrt: Eine die Disproportion zwischen Konsum und Produktion zeitweilig überbrückende Investitionsnachfrage würde zu einem beschleunigten Kapazitätswachstum führen und eine erneute Lücke zwischen Kapazitäten

und Gesamtnachfrage öffnen. „Überspitzt läßt sich sagen, daß Unterbeschäftigung und Krise um so wahrscheinlicher werden, je stärker die technische Kapitalproduktivität steigt ...“ (49)

Als ‚Lösung‘ dieses Dilemmas auf kapitalistischer Grundlage sieht *Zinn* eine Tendenz zum „Industriefeudalismus“. Auf die eine oder andere Art muß dafür gesorgt werden, daß die zur Verwertung des eingesetzten Kapitals ‚notwendigen‘ Profite, die wegen des fehlenden „Kapazitätsgleichgewichts“ nicht investiert werden, trotzdem nachfragewirksam werden. *Zinn* sieht infolgedessen die Tendenz, immer größere Teile des gesellschaftlichen Neuprodukts in Form von Luxuskonsum, von unproduktiven Ausgaben zu verwenden. Allerdings hält er eine „industriefeudalistische Lösung“ für politisch nicht durchsetzbar, da sie ja auf eine Senkung der Lohnquote bei wachsender gesellschaftlicher Verschwendung auf der Seite der Kapitaleigner hinausläuft. Eine solche Entwicklung würde zwar ein gewisses ökonomisches Gleichgewicht im Kapitalismus gewährleisten, wäre allerdings mit einer zunehmenden Verschwendung von Wachstumspotenzen verbunden.

Interessant ist immerhin, daß die Zunahme unproduktiver Bereiche von allen Autoren als kennzeichnend für die Entwicklung der 70er Jahre gesehen wird: *Altwater/Hoffmann* begreifen die Zunahme unproduktiver Arbeit als Ursache einer hohen Lohnquote, *SOST* spricht vom zunehmenden Gewicht des Geldkapitals, *Huffschmid* weist auf monopolistische — unproduktive — Profitverwendungsstrategien hin. „Industriefeudalismus“ als Ursache von Wachstumsverlangsamung setzt allerdings eine veränderte Struktur des Kapitalismus voraus. *Zinn*: „Das industriefeudalistische Szenario ist natürlich historisch schief. Denn Industriefeudalismus im eigentlichen Sinne hieße ja, daß die Kapitaleigner auf die Akkumulation verzichteten, ihre Einkommen nicht mehrwertschaffend einsetzen, sondern — wie im vorindustriellen Feudalismus — als Quelle ihres üppigen Konsums begriffen.“ (81) Dies setzt eine Situation voraus, in der eine beschleunigte Akkumulation von Kapital von Einzelkapitalisten nicht mehr als Instrument zur Erhöhung des Profits angesehen werden kann.

3. Die Rolle von Monopolen im Akkumulationsprozeß

Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals als unternehmerische Gegenstrategie gegen Profitratenverfall und Überakkumulation wird von den meisten Autoren als Vorgang gesehen, der die Instabilität des Kapitalismus vergrößert. Dies gilt auch für *Altwater/Hoffmann*, die das Monopol aber nicht als bestimmende Kategorie des Reproduktionsprozesses akzeptieren.

Eine zentrale Rolle bei der Erklärung der Entwicklung der 70er Jahre spielt es vor allem bei *Huffschmid*. Der Prozeß der Herausbildung von Monopolen als Strukturdifferenzierung im Gesamtkapital ist für ihn ein wesentliches Moment der Entwicklung der Kapitalismus. Der Begriff der Strukturdifferenzierung ist dabei wichtig: Im Gegensatz zur Darstellung der „Monopoltheorie“ bei *Altwater/Hoffmann* wird der Monopolisierungsprozeß nicht bloß als Bildung immer größerer und immer weniger Einzelkapitale begriffen, auch der nichtmonopolistische Sektor als notwendiges ‚Milieu‘ reproduziert sich. Nach Ansicht von *Huffschmid* hat der Konzentrationsprozeß Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eine neue Qualität erreicht. Etwa seit 1966/67 ist die Fusion, der Zusammenschluß selbständiger Unternehmen, die typische Erscheinung. Die marktbeherrschenden Unternehmen haben generell bessere Zugriffsmöglichkeiten auf die Bedingungen der

Kapitalverwertung. In der Tendenz gelingt es den Monopolen, sich einen größeren Teil des Gesamtprofits anzueignen als es ihrer relativen Kapitalgröße entspricht, die Akkumulationsfähigkeit des nichtmonopolistischen Kapitals wird dadurch gemindert.

Dieser überdurchschnittlich beim Monopolkapital konzentrierte Profit wird jedoch nicht entsprechend in Form von Realkapital akkumuliert, würde doch eine den günstigen Verwertungsbedingungen entsprechende Erweiterung der Produktionskapazitäten die Preissetzungsmacht der Monopole untergraben. Es wird also dort ein zunehmender Profitteil in Form von Geldkapital bzw. von Kapitalexport angelegt und dem inländischen Nachfragekreislauf entzogen. „In dem Maße, wie Profite in überdurchschnittlichem Umfang bei den Monopolen zentralisiert und in unterdurchschnittlichem Umfang in reale Nachfrage transformiert werden, wird die zyklische Nachfrageschwäche dauerhaft verstärkt.“ (64) Selbst eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen, wie sie in und durch die Krise hergestellt zu werden pflegt — dies gilt für die letzten Jahre seit 1976 in vollem Umfang — wird also nicht zu einer entsprechenden Belebung der Akkumulation führen.

Es wurde bereits oben vermerkt, daß fast alle Autoren die Konzentration und Zentralisation des Kapitals als krisenverschärfend ansehen, auch dann, wenn sie die „Monopoltheorie“ explizit ablehnen. Dies vollzieht sich vor allem über eine Erklärung der Inflation. *Altwater/Hoffmann* konstatieren als besonderes Merkmal seit Mitte der 60er Jahre die Tatsache, daß die Preise auch in zyklischen Krisen nicht mehr sinken. Der zyklische Preisrückgang aber ist wichtig zur Stabilisierung der realen Nachfrage in der Krise und zur Auslastung der Kapazitäten, schafft also mit die Bedingungen für einen neuen Aufschwung. Die Hemmung dieses Mechanismus muß also Krisen vertiefen und verlängern. *Altwater* sieht — die Möglichkeit der Inflation durch die Konstruktion des Geldsystems gegeben — die Ursache dieser fehlenden Preisflexibilität nach unten im zunehmenden Fixkostenanteil: bei Produktionsrückgang gehen die Stückkosten nicht mehr entsprechend zurück.

Nun können die Folgen einer solchen Veränderung der Kapitalstruktur in Richtung auf einen höheren Fixkostenanteil unterschiedlich sein: Bei Funktionsfähigkeit der ‚freien Konkurrenz‘ würden die Preise trotzdem zurückgehen, die Verluste hätten die Einzelkapitale zu tragen. Oder aber die Kapitale gehen zu einem abgestimmten Preisverhalten über, d. h. sie wenden monopolistische Preisstrategien an. Da sich *Altwater/Hoffmann* mit dieser Inflationserklärung in große Nähe zur SMK-Theorie begeben, versuchen sie sich durch folgenden Satz abzugrenzen: „Es muß hier aber hervorgehoben werden, daß der Zwang zur Preiserhöhung gerade in der Krise aus der Kapitalstruktur, wie sie sich im Verlauf der Akkumulation herausgebildet hat, folgt und daß die Macht des Monopols, d. h. umgekehrt formuliert: die eingeschränkte Konkurrenz eine Bedingung (und nicht die Ursache) dafür ist, daß diesem Zwang Rechnung getragen werden kann. Darüber hinaus ergeben sich aber handfeste Grenzen für die Preiserhöhungsspielräume der Monopole.“ (194)

Real bleibt allerdings als Kritik an der „Monopoltheorie“ auch hier nur noch recht wenig übrig: ist es doch gerade ihr Bemühen, die Herausbildung der Monopole als gesetzmäßige Folge des kapitalistischen Akkumulationsprozesses herauszuarbeiten, wobei der steigende Anteil des fixen Kapitals ein wichtiges Moment ist. Und die Feststellung, daß es „Grenzen“ für monopolistische Preiserhöhungen gibt, ist — auch wenn diese als „handfest“ bezeichnet werden — nur eine Banalität, die niemand bestreitet.

Ähnliche Inflationserklärungen finden sich auch bei *Zinn* und bei *Müller/Rödel*. *Zinn* führt als Begründung auch die hohe Fixkostenbelastung an, betont aber: „Jedoch läßt sich

ein solches Preisverhalten nur dann realisieren, wenn keine idealtypische Preiskonkurrenz besteht, d. h. anomale Preisreaktionen setzen mehr oder weniger monopolisierte Märkte voraus." (18) Als Widerspruch kann dabei auffallen, daß Zinn die Inflation als relativ neue Erscheinung zwar mit der hohen Fixkostenbelastung erklärt, andererseits aber eine Tendenz zur steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals nicht sieht. Auch bei Müller/Rödel, die ebenfalls die Marx'sche Grundannahme eines mit dem technischen Fortschritt verbundenen Ersatzes von lebendiger Arbeit durch Produktionsmittel für „unbewiesen" (29) halten, wird andererseits die Inflation mit der hohen Fixkostenbelastung in Verbindung gebracht.

Im Begründungszusammenhang von Zinn sind inflationistische Umverteilungsstrategien Momente zur Vergrößerung des Kapazitätsungleichgewichts, sie mindern die zur Auslastung der Kapazitäten notwendige Konsumnachfrage. Auch Müller/Rödel gehen davon aus, „daß das System der Güterpreise in kurzfristiger Sicht weitgehend unabhängig von Marktungleichgewichten bestimmt ist und somit seine Marktregulierungsfunktion kaum noch existiert". (53) Die Profitansprüche der Unternehmer können in der Regel durch einen Profitaufschlag auf die Kosten realisiert werden. Dies vergrößert die Instabilität des gesamten Systems, die durch einzelwirtschaftliche Reaktionen gekennzeichnet ist, die das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht immer weiter zerstören: Bei rückläufiger Nachfrage werden die Preise nicht entsprechend gesenkt, die Kapazitätsauslastung sinkt weiter und ruft auf dem Umweg über verringerte Investitionen einen weiteren Nachfrage-rückgang hervor.

4. Der Weltmarkt als Krisenfaktor

Die veränderte Weltmarktsituation als Moment der Wachstumsverlangsamung gilt den meisten Autoren vor allem als wichtiger Grund für den Verlust der relativen Sonderposition der Bundesrepublik. Der Beitrag von Boris beschäftigt sich ausschließlich mit der Weltmarkteinbindung der Bundesrepublik, ein Aspekt, der in ökonomischen Analysen oft unterrepräsentiert war. (156) Die günstige Weltmarktposition hatte die Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren vor tiefen Krisen bewahrt, die Veränderungen auf dem Weltmarkt sind daher als ursächlich für die zunehmenden Schwierigkeiten der BRD zu betrachten: „Letztlich muß ein dauerhafter Handelsbilanzüberschuß als ‚Appropriation fremder Kaufkraft' (W. Hofmann) angesehen werden, der sich unter anderem aus besonders günstigen Ausbeutungsbedingungen im eigenen Land erklärt: er stellt gleichzeitig eine Form der Loslösung der Produktion von der (nationalen) Konsumtionskraft dar ..." (173/174) Begünstigt durch niedrige Lohnkosten, günstige „Terms of Trade" und eine der raschen Weltmarktexpansion entsprechende vorteilhafte Exportstruktur (Investitionsgüter) konnte die Bundesrepublik die mit der vergleichsweise niedrigen inländischen Konsumnachfrage verbundenen Disproportionen auf den Absatzmärkten umgehen, Konjunkturreinbrüche abmildern und Belebungen beschleunigen.

Dies war insbesondere in der Weltwirtschaftskrise 1974/75 nicht mehr der Fall, wobei sich Grenzen der Außenhandelsexpansion aber schon nach 1966/67 abzuzeichnen begannen. Dabei muß die „Tatsache, daß die Krise von 1974—76 mehr oder minder synchron alle entwickelten kapitalistischen Länder erfaßte, als besonders wichtig für ihre Dauer und Tiefe angesehen werden". (189) Boris geht allerdings nicht auf die Frage ein, ob es sich dabei um einen historischen Zufall handelt oder ob die Tendenz zur Synchronisierung der

Konjunkturen vorherrschend ist.⁵ Dies würde Rückschlüsse auch auf längerfristige Wachstumsperspektiven des Kapitalismus zulassen.

Neben diesem Aspekt nennt *Boris* aber mehrere andere Faktoren, die die außenwirtschaftliche Position der BRD in den 70er Jahren verschlechtert haben und die weiterwirken. So hat der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und die damit verbundene Höherbewertung der DM der Ausweitung des Exportüberschusses Grenzen gesetzt. Hinzu kommt — allerdings bisher erst in Ansätzen — die Folge des seit 1966/67 verstärkten Kapitalexports: Tendenziell werden dadurch Absatzmärkte im Ausland durch ausländische Direktinvestitionen ersetzt. Auch die veränderte Entwicklungsstrategie, die den Entwicklungsländern eine „Partialindustrialisierung“ zugesteht (182), wird als den Export begrenzender Faktor genannt, wobei Auswirkungen allerdings erst für die Zukunft zu erwarten sind. Die „Ölkrise“ und die Erhöhung der Rohölpreise wird ebenfalls als „verstärkender Umstand“ (189) der Krise genannt, wobei *Boris* dies allerdings nicht näher darstellt. Im Kontext betrachtet wird die „Ölkrise“ wohl vor allem als Moment der Synchronisierung der Konjunkturen gesehen.

Während *Boris* — ohne daß hier auf krisentheoretische Aspekte explizit eingegangen wird — den Nachfrageeffekt des Exports in den Mittelpunkt stellt, gehen *Altwater/Hoffmann* auf den Export als Instrument zur Erzielung von Extraprofiten ein, d. h. auf die Auswirkungen für die Produktion bzw. die Aneignung des Profits. Während die USA auf dem Weltmarkt Extraprofite erwirtschafteten, weil sie einen Produktivitätsvorsprung besaßen, gelang dies der Bundesrepublik infolge ihres niedrigen Reallohnlevels. Erst mit der Angleichung des Produktivitätsniveaus und der Lohnkosten verschwanden die wechselseitigen Vorteile und damit auch die Extraprofite. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen verringerte den Preisvorteil der Bundesrepublik weiter.

Ähnlich sehen die *SOST* die Funktion des Außenhandels: „Ein gewichtiger Grund der Akkumulationskraft des BRD-Kapitals war aber in der Vergangenheit die überproportionale Expansion des Exports — nicht nur dem Volumen nach, sondern hinsichtlich der unzweifelhaften Aneignung von Mehrwertbestandteilen anderer Nationen, die sich aus der überlegenen Stellung der Konkurrenz ergab.“ (65) Die Synchronisierung der Konjunkturzyklen hat diese Ausweichmöglichkeit verringert, wobei die *SOST* das Vordringen Japans auf den Weltmärkten als ein den Spielraum des BRD-Kapitals zusätzlich verringeres Element betrachten.

Eine gewisse Schwäche in der Darstellung der Rolle des Außenhandels sowohl bei *Altwater/Hoffmann* als auch bei den *SOST* ist die Tatsache, daß der Einflußfaktor „Extraprofite“ zwar erwähnt wird, in der Analyse der Verwertungsbedingungen des Kapitals aber nicht mehr auftaucht. Welche Bedeutung die Aneignung fremder Mehrwertbestandteile über den Außenhandel für die Verwertungsbedingungen des BRD-Kapitals besitzt, bleibt so völlig unklar, empirisch verschwindet dieses Moment in der Darstellung von organischer Zusammensetzung des Kapitals und Mehrwertrate.

⁵ Vgl. Ernst Lüdemann, Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und Krisenzyklus, IPW-Forschungsheft 1/1980, Berlin/DDR.

5. Überindustrialisierung und Strukturkrise

Der Export spielt auch bei *Glastetter* eine große Rolle, allerdings ausschließlich als Absatzfaktor, *Glastetter*s Arbeit versteht sich allerdings mehr als systematische Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung der BRD denn als Analyse, wobei einige spezifische Ursachenaussagen nicht zu übersehen sind. Die Krise in der Bundesrepublik wird von *Glastetter* vor allem als „Strukturkrise“ gesehen, als verpaßte oder verspätete Anpassung der Produktionsstruktur an die neuen Bedingungen. „Sicher ist aber dies: Die Bundesrepublik hat zu einem Zeitpunkt noch auf die Stabilität von Rahmenbedingungen gesetzt, als diese abzubröckeln begannen. Als sie sich ins Gegenteil verkehrten, war die bislang schwerste Nachkriegsrezession in der Wurzel angelegt; man war strukturpolitisch nicht vorbereitet.“ (48) *Glastetter* sieht dies zwar nicht als einzige Krisenursache, geht aber von der wachsenden Bedeutung von Strukturproblemen aus.

Das wichtigste Strukturproblem besteht seiner Ansicht nach in der überproportionalen Entwicklung des produzierenden (sekundären) Sektors. Bei der Herausbildung dieser Probleme spielt die zunehmende Außenhandelsverflechtung eine wichtige Rolle: „Im Zuge der Exportbegünstigung wurden in der Binnenwirtschaft Kapazitäten geschaffen, die nur noch über den Export auszulasten sind.“ (209) Hinzu kommt die einseitige Struktur des Außenhandels, die Konzentration auf Investitionsgüter einerseits und die entwickelten kapitalistischen Industrieländer andererseits: „Dies hat zur naheliegenden Konsequenz, daß die Bundesrepublik zunehmend ‚auf Gedeih und Verderb‘ an die wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse in eben diesen Industrieländern angebunden ist.“ (222/228) Die Weltwirtschaftskrise hat also die Krise in der Bundesrepublik nicht verursacht, sondern hat nur die falsche Struktur offengelegt, die durch die günstige Exportsituation der BRD lange Zeit überdeckt worden war.

Zwei Momente stellt *Glastetter* hier heraus: Der „Ölschock“ von 1973 belastete die Zahlungsbilanzen der kapitalistischen Industrieländer und zwang sie zu einer Politik der Nachfragedrosselung. Außerdem führte die „Weltwährungskrise“ zu einer Aufwertung der DM und machte lange gehegte Preisvorteile im Außenhandel zunichte. Als ungeklärtes Problem stellt sich bei der Lektüre von *Glastetter* die Frage, inwieweit die veränderten „Rahmenbedingungen“ selbst Folge veränderter Bedingungen des Akkumulationsprozesses sind. In seiner Darstellung scheint es sich nur um die Folge von besonderen Ereignissen („Ölschock“ usw.) zu handeln.

Stellt *Glastetter* die Strukturproblematik hier als spezifisches Problem der Bundesrepublik und auch als Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik dar, so weist *Zinn* auf ein generell größer werdendes Strukturungleichgewicht hin. Die Proportionierung der volkswirtschaftlichen Abteilungen ergibt sich immer nur als Folge der gegenwärtigen Nachfrage. Da aber seiner Ansicht nach die „Ausreifungszeit von (Groß-)Investitionen“ (106) zunimmt, wächst die Gefahr von strukturellen Fehlentwicklungen. Der Marktmechanismus muß also auch aus diesem technologischen Grund versagen.

Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Annahme einer generell zunehmenden Ausreifungszeit der Investitionen in einem gewissen Widerspruch zu *Zinns* Annahme eines langfristig fallenden Kapitalkoeffizienten steht, der auch bei steigender Lohnquote eine gleichbleibende Kapitalrentabilität garantiert. Selbst wenn der Kapitalkoeffizient bezogen auf den *übertragenen* Teil des fixen Kapitals nicht ansteigt oder sogar zurückgeht, würde doch mit der Zunahme der „Ausreifungszeit“ der Investitionen der Kapitalvor-

schuß wachsen, die Kapitalumschlagszeit länger werden und so eine Tendenz zur Senkung der Kapitalrentabilität mit sich bringen.

6. Staatliche Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrisen

Die Bedeutung staatlicher Wirtschaftspolitik für den Verlauf der kapitalistischen Reproduktionsprozesse wird von den Autoren unterschiedlich eingeschätzt. Eine bestimmende Rolle für die veränderte ökonomische Situation der 70er Jahre wird ihr bei *Glastetter* und (implizit) bei *Müller/Rödel* zugemessen. *Müller/Rödel* bestimmen die Instabilität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ähnlich wie *Zinn*, glauben jedoch, auf eine Werttheorie ganz verzichten zu können.

Völlig unbelegt wird behauptet: „Auch unter marxistisch geschulten Wissenschaftlern beginnt sich inzwischen mehr und mehr die Einsicht durchzusetzen, daß die Marxsche Werttheorie kein Instrument zur Analyse ökonomischer Krisentendenzen im Kapitalismus ist.“ (28/29) Diese Behauptung muß auch deshalb befremden, weil die Autoren wenige Seiten vorher die Profitrate als eine der „zentralen Strukturvariablen“ der ökonomischen Krisentheorie betrachten.

Die Instabilität des Kapitalismus wird im Kern damit begründet, daß die privaten, dezentralen Entscheidungen der Einzelkapitale notwendig jede gesamtwirtschaftliche Rationalität zerstören. Denn jedes existierende gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht, das wesentlich als Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gekennzeichnet wird, wird durch die einzelwirtschaftlich rationalen Entscheidungen der Kapitalisten immer weiter vergrößert.

So führt eine bestehende Unterauslastung der existierenden Kapazitäten zu einer Einschränkung der Investitionstätigkeit, einem weiteren Rückgang der Nachfrage, einer weiter sinkenden Kapazitätsauslastung usw. Umgekehrt tendiert auch der Boom zu einer immer stärkeren Investitionstätigkeit und einer beschleunigten Expansion. „Endogene“ Umkehrpunkte solcher Ungleichgewichte sehen die Autoren im Grunde nicht bzw. nur beschränkt. „Die zentrale These dieser Theorie lautet ja, daß die sich am Auslastungsgrad orientierende Investitionsnachfrage die Gesamtnachfrage stärker bzw. schneller verändert als die Kapazität, die durch die Investition gerade an die Gesamtnachfrage angepaßt werden sollte.“ (144)

Diese Darstellung stellt jedoch eine so starke Vereinfachung dar, daß sie falsch wird. Denn eingehalten werden muß im Kapitalismus nicht nur ein globales Gleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage, sondern auch eine bestimmte Proportionalität innerhalb von Produktion und Nachfrage. Es ist offensichtlich, daß eine expandierende Investitionstätigkeit im Aufschwung schon dann ihre Grenzen findet, wenn sie zu einer Störung der stofflich bestimmten Proportionalität zwischen den Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion führt. Eine Expansion der Investitionsnachfrage führt zwar zu einer Vergrößerung des Auslastungsgrads der Investitionsgüterindustrie, keineswegs aber entsprechend auch bei der Konsumgüterindustrie. Eine Ausweitung der Gesamtnachfrage garantiert noch lange keine Tendenz zu unbeschränkter Expansion: Mit entscheidend ist die Struktur dieser Nachfrage. Ebenso werden die zeitlichen Verschiebungen übersehen: Nachfrage- und Kapazitätseffekt einer Investition fallen auch zeitlich auseinander.

Schließlich ist auch die Behauptung, daß die Investitionsnachfrage die Gesamtnachfrage stärker verändert als die Kapazitäten, in dieser Allgemeinheit falsch: Dies wird deut-

lich, wenn man sich die extreme Situation einer auf 0 gesunkenen Investitionsnachfrage vorstellt. Ohne eine weitere Veränderung der Gesamtnachfrage gehen die Kapazitäten zurück. Diese Feststellung hat für die Ableitung eines unteren „endogenen“ Wendepunktes in der Krise eine große Bedeutung: Der Rückgang der Investitionsnachfrage unter einen bestimmten Punkt verschlechtert zwar zunächst die Kapazitätsauslastung, reduziert jedoch mit Zeitverzögerung auch den Umfang der Kapazitäten und trägt so zu ihrer Anpassung an die langsamer als die Investitionsnachfrage sinkende Gesamtnachfrage bei. In der Darstellung von *Müller/Rödel* verfügt der Kapitalismus aber über keinerlei „endogene“ Mechanismen zur Begrenzung von Ungleichgewichten: die Krise trägt nicht zur Bereinigung von Disproportionen bei, sondern trägt in sich die Tendenz zur Selbstverstärkung.

Begrenzungen der Ungleichgewichte ergeben sich nur indirekt aus dem mit der Verschärfung der Krisen verbundenen Legitimationsverlust des Systems: Die mit der Aufgabe der Systemerhaltung betraute Institution, der Staat, sieht sich zu Eingriffen genötigt, die sich für *Müller/Rödel* im Kern als antizyklische Nachfragesteuerung darstellen. Für die Bundesrepublik stellen die Autoren fest: „Insgesamt zeigt sich also, daß die endogenen Instabilitäten des Akkumulationsprozesses in der BRD auch deshalb nicht in nach Umfang oder Dauer systemgefährdende Ungleichgewichte ausufern konnten, weil es bisher der offiziellen Wirtschaftspolitik — so sehr sie auch zeitweise Instabilitäten verstärkt haben mag — immer wieder gelungen ist, zusammen mit einer günstigen Lage des Außenhandels Boomsituationen bzw. Rezessionen abzufangen und umzukehren.“ (169)

In dieser Darstellung muß der Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle bei der Vergrößerung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zukommen. Leider geht die Arbeit trotz ihres Titels auf diese Seite kaum ein. Erkennbar wird, daß die Autoren die Wirksamkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik durch die Pole Inflation und Rezession begrenzt sehen. Eine expansiv orientierte Wirtschaftspolitik begünstigt die Inflation, die wiederum die Geldverfassung und damit die Funktionsbedingungen des Akkumulationsprozesses untergräbt. Eine antiinflationistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik gefährdet die Arbeitsplätze und damit die Legitimationsbasis des Systems.

Auf jeden Fall scheint die staatliche Wirtschaftspolitik aber im Kern nur politischen, keinen ökonomischen Beschränkungen zu unterliegen, was auch deren Charakterisierung als „exogen“ unterstreicht. Immerhin kann zwischen Inflation und Rezession demnach gewählt werden, was folgender Satz ausdrückt: „Vielleicht hätte sich die Wirtschaftspolitik in der BRD mit einer stärkeren Rezession zu Beginn der siebziger Jahre das harte Ausmaß der folgenden Rezession ersparen können, wenn es ihr damit gelungen wäre, die Inflation frühzeitig abzustoppen.“ (181)

Bedauerlich bei der vorliegenden Arbeit ist die Tatsache, daß sie an dem Punkt, an dem zur Erklärung „ökonomischer Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus“ übergegangen werden soll, die ökonomische Analyse beendet und zu „Vermutungen“ übergeht: „Jedenfalls ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die endogenen ökonomischen Krisentendenzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses auf Dauer immer wieder oder auch endgültig *politische* Lösungen erfordern und schließlich durchsetzen.“ (182) Der Ansatz der Autoren wäre dann interessant gewesen, wenn sie aus den „endogenen“ ökonomischen Tendenzen im Kapitalismus die Bedingungen der staatlichen Wirtschaftspolitik abgeleitet und untersucht hätten, wie sich Spielraum und Wirkungsweise unter den Verhältnissen des „gegenwärtigen Kapitalismus“ verändert haben. So bleibt es

der Phantasie des Lesers überlassen, ob die Autoren aus der Gleichzeitigkeit von Inflation und Rezession, die zu einem wichtigen äußeren Merkmal des Kapitalismus geworden ist, eine zunehmende Begrenzung der Steuerungskapazität des kapitalistischen Staates ableiten und daher eine „politische“ — sprich systemverändernde — Lösung am Horizont erscheinen sehen oder nicht.

Weniger anspruchsvoll, dafür aber klarer ist die Darstellung der Rolle staatlicher Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit den veränderten Wachstumsbedingungen des Kapitalismus bei *Glastetter*. Obwohl er sich klarer Positionen enthält, mißt er doch der Wirtschaftspolitik erhebliche, wenn nicht entscheidende Bedeutung bei der Erklärung wirtschaftlicher Abläufe zu. „Es stellt sich nämlich die Frage — sie bewegt seit gut einem Jahrhundert mit der Formel ‚Macht oder ökonomisches Gesetz‘ die nationalökonomische Forschung —, inwieweit die im folgenden zu präsentierenden Entwicklungsverläufe das Ergebnis von ökonomischen Sachzwängen sind, oder ob letztendlich die Entwicklung ökonomischen Machteinflüssen unterliegt, die den Ablaufprozeß in eine bestimmte und gewollte Richtung drängen.“ (11) Kritisch ist anzumerken, daß diese Gegenüberstellung den falschen Eindruck erweckt, als beruhten die „Marktgesetze“ nicht auf bestimmten Machtverhältnissen, als äußerten sich veränderte „Machtverhältnisse“ nicht auch in Form von „Marktgesetzen“. So läßt sich die Herausbildung von Monopolen nur als Ergebnis „ökonomischer Sachzwänge“ begreifen. Dies verändert zwar die Wirkungsweise der „ökonomischen Gesetze“, beseitigt sie aber nicht. So stellt sich im Zusammenhang mit der Tendenz zu Konzentration und Zentralisation des Kapitals nicht die Frage, „ob entscheidende Wirtschaftsgruppen noch den Markt- ‚Gesetzen‘ unterliegen“ (12) — dies meint *Glastetter* —, sondern wie sie die Funktionsweise der kapitalistischen „Sachzwänge“ verändern.

Glastetter nimmt an: „Insofern scheint die Vermutung zumindest gerechtfertigt, daß der im folgenden darzustellende ökonomische Entwicklungsprozeß keinesfalls mehr ausschließlich als Ausdruck ökonomischer Sachzwänge interpretiert werden kann.“ (13) Angedeutet wird die These vom „politischen Konjunkturzyklus“, der eine Folge entweder von wirtschaftspolitischen Fehlern oder aber von gezielten Maßnahmen ist, durch den die Regierungen je nach politischer Opportunität einen expansiven oder restriktiven Kurs fahren.

Glastetter neigt dazu, Fehlentwicklungen auf eine grundsätzlich falsche Konstruktion der staatlichen Wirtschaftspolitik zurückzuführen, konkretisiert durch das Verständnis der Krise als „Strukturkrise“. Diese These geht davon aus, „daß das konjunkturpolitische Instrumentarium der Globalsteuerung angesichts struktureller Verwerfungen (ex post) bzw. strukturpolitischer Aufgaben (ex ante) überhaupt nicht mehr in der Lage sei, Fehlentwicklungen zu verhindern“. (2) Die wirtschaftspolitische Globalsteuerung steht zwischen Inflation und Rezession, kann Fehlentwicklungen also nicht mehr vermeiden. Weil die Anpassungsfähigkeit des Marktes durch strukturelle Veränderungen im Lenkungsmechanismus des Systems gehemmt ist, muß eine global orientierte Wirtschaftspolitik, die nicht strukturell gezielt eingreift, notwendig Fehlentwicklungen in die eine (Inflation) oder die andere (Arbeitslosigkeit) Richtung hervorrufen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Krise 1974/75 — wie oben gezeigt — als Ergebnis aufgehäufter Strukturprobleme. Die global orientierte Wirtschaftspolitik hat dies nicht erkannt und so durch falsche und überzogene Maßnahmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch verstärkt.

Gewisse Parallelen in der Darstellung der Probleme staatlicher Wirtschaftspolitik hier-

zu finden sich auch bei den *SOST*: Obwohl sie ansonsten bemüht sind, die Bedeutungslosigkeit des Staates für den gegenwärtigen Reproduktionsprozeß des Kapitalismus herauszustreichen — immer im Kampf gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — bemessen sie hier der staatlichen Wirtschaftspolitik und deren Spielraum auf einmal wesentliche Bedeutung für den ökonomischen Verlauf zu: Die Grenzen ihrer Wirksamkeit in der Gegenwart werden — ähnlich wie bei *Glastetter* — als Widerspruch zwischen dem Konsolidierungsbedarf und dem Steuerungsbedarf der staatlichen Wirtschaftspolitik beschrieben. Die steigende Staatsverschuldung setzt der antizyklischen Haushaltspolitik Grenzen. (130)

Beiden Positionen (*Glastetter* und *SOST*) gemeinsam ist auch die Darstellung der aktuellen Wirtschaftspolitik als bloße Politik der Globalsteuerung. Demgegenüber konstatieren *Deppe* und *Jung* zumindest seit 1973: „Die Strategie der herrschenden Klasse orientiert sich bei allen diesen Fragen an einem Umstrukturierungs- und Modernisierungskonzept, nach dem die entwicklungs- und strukturbestimmenden Industrie- und Wirtschaftszweige im Inland konzentriert bleiben und vor allem arbeitsintensive Industrieproduktionen mit geringem Qualifikationsniveau relativ schnell reduziert werden sollen. Dieses Konzept ist aber unter den gegenwärtigen Bedingungen ohne tiefgreifende Krisenprozesse und monopolistische Konkurrenzkämpfe nicht zu realisieren.“ (478) So bemessen *Deppe* und *Jung* ähnlich wie die genannten anderen Autoren der staatlichen Wirtschaftspolitik eine krisenverschärfende Funktion zu. Anders als bei *Glastetter* und bei *SOST* wird dies aber nicht bloß als Folge einer Hilflosigkeit der staatlichen Instanzen beschrieben, die zwischen Rezession und Inflation weitgehend hilflos hin- und herschwanken, sondern als Ausdruck eines bewußten Umstrukturierungskonzepts, das eine Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals im Auge hat.

7. „Lange Wellen“ und technischer Fortschritt

Die offensichtlich überzyklische Veränderung der Wachstumsperspektiven des Kapitalismus in den 70er Jahren hat auch einer Position wieder Auftrieb gegeben, die die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus als Folge längerer Perioden beschleunigten bzw. verlangsamten Wachstums sieht. Dies zeigt offensichtlich der empirische Augenschein. Wesentlich bei der Theorie der „langen Wellen“ ist aber sowohl die Frage, ob diese Wellen zyklisch in regelmäßigen Zeitabständen verlaufen als auch, ob es systematische Ursachen gibt, die einen solchen „langen“ Phasenwechsel hervorrufen. Vor allem der technische Fortschritt gilt dabei als verursachendes Moment „langer Wellen“ der Konjunktur. Als neueres Beispiel für eine solche Erklärung soll hier ein Artikel von *Kleinknecht* angesprochen werden.

Er geht davon aus, daß es „eine schubweise Durchsetzung von grundlegenden technischen Neuerungen (‚Basisinnovationen‘)“ (102) gibt. Dies ist eine der zentralen Aussagen der Theorie „langer Wellen“, wobei die Schwierigkeit darin besteht, die Ursachen dieser Schübe zu erklären. Ähnlich wie *Schumpeter*⁶ greift *Kleinknecht* als Erklärung auf das „Verbummeln“ von Innovationen durch die Einzelkapitalisten zurück: in Prosperitäts-

6 Bei Schumpeter kommt dem Unternehmer als Führerfigur entscheidende Bedeutung zu: Joseph A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen*, Göttingen 1961.

phasen haben die Unternehmer es nicht nötig, das mit der Einführung von Innovationen verbundene Risiko einzugehen; auf der existierenden technologischen Grundlage lassen sich höhere Profitraten erwirtschaften.

Eine „lange Welle“ oder — wie *Kleinknecht* vorzieht — eine „Periode beschleunigten Wachstums“ (102) beginnt also mit dem Übergang zu neuen Produktionsmethoden, vor allem mit der Schöpfung neuer Produkte. Dabei ist der Anlaß die Suche nach neuen Kapitalanlagesphären, die *Kleinknecht* vor allem als Produktinnovation sieht: „Bei der Mehrzahl der Basisinnovationen handelt es sich jedoch um Produktinnovationen; mit ihrer Durchsetzung werden neue Anlagesphären erschlossen, von denen vermutet werden kann, daß sie im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zunächst eine arbeitsintensivere Fertigung haben.“ (97)

Kleinknecht geht davon aus, daß die Unternehmer dem Verfall der Profitrate durch den Übergang zu Produktionsmethoden mit einer niedrigeren organischen Zusammensetzung des Kapitals entgegenarbeiten: nimmt man nicht an, daß die Einzelkapitalisten sich die Darstellung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate bei *Marx* so zu Herzen genommen haben, daß sie dementsprechend handeln, so stellt sich die Frage, wieso der Kampf der Einzelkapitale gegen einen Fall der Profitrate ausgerechnet die Form eines Übergangs zu arbeitsintensiveren Fertigungsmethoden nehmen muß.

Kleinknecht versucht dieses Problem folgendermaßen zu lösen: die „erste Produktgeneration“ wird normalerweise in kleinen Serien produziert, weil die Risiken, ob die neuen Produkte am Markt einschlagen, noch zu groß sind. Die Unternehmer scheuen deshalb die Fixierung von großen Kapitalmengen und beginnen mit einer risikoärmeren, arbeitsintensiveren Produktion. Dies senkt die organische Zusammensetzung des Kapitals und steigert die Profitrate. Mit der Einführung der neuen Produkte erfolgt ein progressives Produktionswachstum, Produktivitätsgewinne und Preissenkungen werden möglich. „Mit dem Trend zur Standardisierung der neuen Produktionen stieg jedoch die organische Zusammensetzung auch in diesen Industrien allmählich an.“ (99) Die Tendenz zum Fall der Profitrate, die durch den Übergang zu neuen, arbeitsintensiveren Produkten zunächst unterbrochen worden war, setzt sich wieder durch, verschlechtert langfristig, d. h. über die Zyklen der Konjunktur hinweg, die Verwertungsbedingungen, das Wachstum verlangsamt sich. Das Kapital beginnt nach neuen, profitableren Anlagesphären zu suchen, es kommt zu einem neuen Schub von „Basisinnovationen“.

Begründet wird dies empirisch mit der Behauptung, die „Basisinnovationen der 30er und 40er Jahre“ in den Industriezweigen „Kunststoffverarbeitung, Mineralölwirtschaft, Luftfahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie und Fahrzeugbau“ (98) hätten in den 50er und 60er Jahren einen sinkenden Kapitalkoeffizienten, das heißt ein sinkendes Verhältnis von Bruttoanlagevermögen zu Nettoproduktionsvolumen, aufgewiesen, wobei der Kapitalkoeffizient als „Indikator“ der organischen Zusammensetzung begriffen wird.

Ein etwas genauerer Blick auf die vorliegende Datenbasis widerlegt aber die Darstellung von *Kleinknecht*. In einer Tabelle zeigt er die Veränderung von Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität (d. h. Verhältnis von Bruttoanlagevermögen zur Beschäftigtenzahl) und Kapitalkoeffizient in den genannten Branchen. Dies genügt jedoch nicht als Beleg für seine Hypothese, wichtig ist auch der absolute Stand dieser Koeffizienten. Der wichtigste „Wachstumsbereich“, die chemische Industrie, weist zwar einen sinkenden Kapitalkoeffizienten auf, der Ausgangspunkt in den 50er Jahren war jedoch absolut weit überdurchschnittlich. Dies gilt auch für die Kapitalintensität: sie lag weit über dem Durchschnitt der

gesamten Industrie. Zudem sinkt der Kapitalkoeffizient — sieht man von den Folgen der krisenhaften Unterauslastung zwischen 1973 und 1977 ab — bis jetzt und ist erst seit 1977 niedriger als im Durchschnitt der gesamten Industrie. Von einer im Anfang arbeitsintensiveren Produktionsform in der chemischen Industrie kann also keine Rede sein. Ähnlich verhält es sich mit der Mineralölverarbeitung, in der in den 50er Jahren ein hoher Kapitalkoeffizient vorherrschte, der bis heute rückläufig ist („potentieller Kapitalkoeffizient“).

Im Fahrzeugbau war der Kapitalkoeffizient anfangs tatsächlich unterdurchschnittlich (die Kapitalintensität etwa durchschnittlich), er stieg aber schon in den 50er Jahren tendenziell an. Ähnliches gilt für den Luftfahrzeugbau und die Elektrotechnik, wobei der Anstieg bei letzterer sehr langsam ist, d. h. die Differenz zwischen dem Kapitalkoeffizienten der Elektroindustrie und der Gesamtindustrie ist gewachsen. Insgesamt waren Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität der „Wachstumsindustrien“ in der „Phase des beschleunigten Wachstums“ in den 50er und 60er Jahren eher überdurchschnittlich, d. h. es ist absolut nicht einsichtig, wie durch den Übergang zu diesen Zweigen ein Entlastungseffekt auf die organische Zusammensetzung des Kapitals ausgeübt worden sein soll.

Es ist gerade die Besonderheit der meisten von *Kleinknecht* genannten „Wachstumsindustrien“, daß sie bis heute einen in der Tendenz abnehmenden oder zumindest nur stark unterdurchschnittlich zunehmenden Kapitalkoeffizienten aufweisen. Daher verlangsamte sich nach den Berechnungsergebnissen des DIW in den 70er Jahren der Anstieg des Kapitalkoeffizienten auch in der gesamten Industrie.⁷ Nach dem Argumentationszusammenhang von *Kleinknecht* — niedriger bzw. sinkender Kapitalkoeffizient beinhaltet Wachstumsimpulse — wäre gegenwärtig also eher eine Wachstumsbeschleunigung plausibler. *Kleinknecht* kommt z. T. auch deshalb zu seinen falschen Ergebnissen, weil er nur den tatsächlichen Kapitalkoeffizienten untersucht, der stark von Schwankungen in der Kapazitätsauslastung beeinflusst ist. Für seinen Argumentationszusammenhang, der auf den technologischen Bedingungen der Produktion in den „Wachstumsindustrien“ basiert, wäre ein von Auslastungsschwankungen bereinigter „potentieller“ Kapitalkoeffizient nützlicher, wie er ebenfalls vom DIW berechnet wird.

Geht man aber von der Kapitalintensität aus, d. h. vom Verhältnis zwischen Brutto-Anlagevermögen und Beschäftigtenzahlen, so wird noch deutlicher, daß der Ausgangspunkt von *Kleinknecht* falsch ist: die Chemie und die Mineralölverarbeitung sind und waren außerordentlich kapitalintensiv, auch der Fahrzeugbau liegt noch leicht über dem Durchschnitt der gesamten Industrie, lediglich beim Luftfahrzeugbau, bei der Elektroindustrie und bei der Kunststoffverarbeitung ist eine unterdurchschnittliche Kapitalintensität zu registrieren. Dabei haben sich diese Relationen — bei einer allgemeinen Tendenz zum Anstieg der Kapitalintensität — seit den 50er Jahren kaum verändert.

Die Annahme, „Basisinnovationen“ seien allgemein in der ersten Phase mit einer Senkung der organischen Zusammensetzung verbunden und initiierten dadurch eine „Phase beschleunigten Wachstums“, während sie im weiteren Verlauf gerade dort wieder ansteigt und damit die Grundlage des Wachstums untergräbt, entbehrt also sowohl der Plausibilität als auch der empirischen Belegbarkeit: im Gegenteil ist der Übergang zu neuen Produkten und Produktionsmethoden oft zunächst mit hohen Kapitalaufwendungen verbunden, die die organische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zunächst erhöhen.

⁷ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, R. Kregel, E. Baumgart u. a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, lfd. Folgen.

Es kann an dieser Stelle nicht weiter auf die gesamte Diskussion über die Theorie der „langen Wellen“ eingegangen werden. Allerdings lassen es schon die ganz unterschiedlichen Auswirkungen technologischer Neuerungen auf Kapitalzusammensetzung und Profitrate, auf Beschäftigung und Investitionsnachfrage problematisch erscheinen, einen spezifischen, historisch gleichbleibenden Zusammenhang zwischen technologischen „Schüben“ und den Reaktionen des kapitalistischen Gesamtsystems darauf zu konstruieren. Wer z. B. einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Kapitalzusammensetzung, Profitrate in der Produktion und dem Wachstumstempo behauptet — und davon geht auch *Kleinknecht* aus — der muß zur Kenntnis nehmen, daß technologische Neuerungen im einzelnen durchaus verschiedene Auswirkungen auf Kapitalzusammensetzung, Mehrwertrate und Profitrate haben.

Aus diesen Gründen scheint es dem Rezensenten wenig nützlich zu sein, über die Existenz systematischer Ursachen für die empirisch offensichtliche Existenz von Perioden rascheren und langsameren Wachstums in den Jahrhunderten der Entwicklung des Kapitalismus nachzudenken. Es ist notwendig, jeweils historisch-konkret die Ursachen für solche Phasenwechsel zu untersuchen. Dabei muß natürlich auch die Rolle technologischer Veränderungen festgestellt werden. Nur wenn angenommen wird, daß technologische Veränderungen jeweils historisch gleichartig wirken und zudem „Schübe“ an Innovationen in irgendeiner Form „zyklisch“ erfolgen, d. h. in regelmäßigen, sich historisch nicht wesentlich verschiebenden Zeitabständen, würden Prognoseaussagen möglich sein. Da dies aber, wie *Kleinknecht* ausführt, bei den meisten Vertretern der Theorie „langer Wellen“ nicht der Fall ist und auch *Kleinknecht* selbst eine Verkürzung des bisher angeblich 50jährigen Rhythmus für möglich hält, ist nicht recht einsichtig, welchen Nutzen die Annahme „langer Wellen“ der Konjunktur haben soll.

Monopolgruppen und Staat

Christoph Butterwegge

1. Problemstellung — 2. Zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Monopolgruppentheorie — 3. Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD — 4. Zur Bedeutung der Monopolgruppentheorie für die marxistische Staatsdiskussion (Forschungsperspektiven)

1. Problemstellung

Seit sich um die Jahrhundertwende das Ende des Kapitalismus der freien Konkurrenz abzeichnete, schenken Marxisten dem Monopol als der für den Imperialismus konstitutiven Entwicklungsform des Kapitalverhältnisses besondere Aufmerksamkeit. Im Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus veränderten sich nicht nur die sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen der Tätigkeit des Staates, vielmehr dieser selbst, sein Verhältnis zur herrschenden Klasse, die tiefgreifenden Wandlungsprozessen unterworfen war. Seine Sonderstellung im Reproduktionsprozeß ermöglicht dem Monopol die Realisierung überdurchschnittlicher Profite und macht seine Repräsentanten zur dominanten Schicht der Bourgeoisie. Das Monopolkapital ist kein monolithischer Machtblock, sondern vielfach in sich differenziert. Die Monopolgruppentheorie nahm sich dieser Fraktionierungstendenzen, sofern sie in den Kernbereich der industriellen Großkonzerne fielen, an und versuchte, Ursachen und Wirkung ihrer Entwicklung auf der Grundlage des historischen Materialismus zu erfassen.

Was die wissenschaftliche Erklärung der Machtübernahme des Hitlerfaschismus 1933, ihrer Wurzeln in der Wirtschaftsentwicklung der Weimarer Republik und des Schuldanteils der deutschen Großindustrie (Widerlegung der Kollektivschuldthese, Konkretisierung der Klassenschuldthese) durch marxistische Historiker betrifft, hat die Monopolgruppentheorie während der Nachkriegszeit hervorragende Hilfsdienste geleistet. Sie ließ es nicht bei der pauschalen Charakterisierung des imperialistischen Staates als Instrument der herrschenden Klasse bewenden, sondern markierte die mehrdimensionalen Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse innerhalb des Monopolkapitals, ihre Folgen für die staatliche Politik im Einzelfall und historische Entwicklungstrends, deren Gültigkeit teilweise bis in die Gegenwart reicht.

Der vorliegende Beitrag stellt sich die Aufgabe, wichtige Aspekte der Monopolgruppentheorie in Erinnerung zu rufen, einige der Diskussionspositionen zu skizzieren und Verbindungslinien zur heutigen Staatsdiskussion herzustellen.

Unser Erkenntnisinteresse ist darauf gerichtet, die methodischen Prämissen und Paradigmen der Monopolgruppentheorie, sofern sie sich nicht dem staatsanalytischen Zugriff entziehen, in die historisch-materialistische Sichtweise des Staates einzufügen. Wir wollen uns auf die Frage konzentrieren, ob und ggf. mit welchen Modifikationen ihr Ansatz geeignet ist, Aufschluß über das komplizierte Beziehungsgefüge zwischen Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen BRD-Kapitalismus zu geben. Daß man hinsichtlich der Strategien und Aktivitäten der Machtzentren in den meisten Fällen nicht über va-

ge Vermutungen hinauskommt, liegt in der Sache selbst begründet und hängt nur bedingt mit methodischer Unzulänglichkeit oder mangelndem Geschick des Analytikers zusammen. Die Quellenlage ist in der Regel schlecht, es sei denn, die Forschung kann — wie im Fall des Hitlerfaschismus DDR-Historiker — auf Archivmaterial zurückgreifen, das ihr im Gefolge eines Krieges und/oder einer Revolution in die Hände fällt. Je näher man dem politischen und ökonomischen Nervenzentrum des Systems kommt, um so mehr hüllen sich seine Herrschaftsträger in Schweigen und nimmt die Zahl der Zeugen ab.

2. Zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Monopolgruppentheorie

Die Anatomie der herrschenden Klasse ist von der Ökonomie des Kapitalismus nicht abzulösen. Schon *Marx* hat darauf hingewiesen, daß sich die Bourgeoisie in Fraktionen teilt, deren Flügelkämpfe um die politische Vorherrschaft genauso zur Geschichte der Klassengesellschaft gehören wie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Ein Locus classicus für die Analyse der Bildung von Gruppen innerhalb der herrschenden Klasse, ihrer Interessenunterschiede und Kämpfe um die Staatsmacht ist „Der 18. Brumaire“, wo *Marx* die Strömungen innerhalb der französischen Bourgeoisie untersucht, um die sozialen Wurzeln des Bonapartismus des zweiten Kaiserreiches bloßzulegen. In den Orleanisten und den Legitimisten erkannte *Marx* die politische Repräsentanz zweier Bourgeoisfraktionen, deren Existenz er auf die Interessendivergenz zwischen Großgrundbesitzern und industriellen Unternehmern zurückführte. „Wenn jede Seite gegen die andre die Restauration ihres eignen Königshauses durchsetzen wollte, so hieß das nichts andres, als daß die zwei großen Interessen, worin die Bourgeoisie sich spaltet — Grundeigentum und Kapital —, jedes seine eigne Suprematie und die Unterordnung des andern zu restaurieren suchte.“¹ Aus dem Interessenkonflikt zwischen diesen Richtungen, der nicht ohne Rückwirkung auf das politische System und die Staatsform blieb, ging die bürgerlich-parlamentarische Demokratie als Kompromißlösung hervor. „Die parlamentarische Republik war mehr als das neutrale Gebiet, worin die zwei Fraktionen der französischen Bourgeoisie, Legitimisten und Orleanisten, großes Grundeigentum und Industrie, gleichberechtigt nebeneinander hausen konnten. Sie war die unumgängliche Bedingung ihrer gemeinsamen Herrschaft, die einzige Staatsform, worin ihr allgemeines Klasseninteresse sich zugleich die Ansprüche ihrer besondern Fraktionen wie alle übrigen Klassen der Gesellschaft unterwarf.“²

Lenin entwickelte die Marxsche Methodik weiter, indem er sie auf den Imperialismus, das höchste Entwicklungsstadium des Kapitalismus, anwandte. Ein ums andere Mal hob er ihre Bedeutung für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung hervor. „Das Proletariat steht jeder Bourgeoisie und allen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ordnung feindlich gegenüber, aber diese Feindschaft enthebt es nicht der Pflicht, zwischen den historisch fortschrittlichen und den reaktionären Vertretern der Bourgeoisie zu unterscheiden.“³

Die Weltwirtschaftskrise des Kapitals 1929/33 verschärfte die Interessengegensätze in-

1 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 139.

2 Ebd., S. 177.

3 W. I. Lenin, Der Fall von Port Arthur, in: LW, Bd. 8, S. 39.

nerhalb der herrschenden Klasse so sehr, daß *Eugen Varga* von einer „Krise der oberen Klassen“ sprach, die der Faschismus in Deutschland diktatorisch zu lösen versuchte. *Varga* diagnostizierte eine Verminderung der Mehrwertsumme infolge der Massenarbeitslosigkeit, die auch durch Intensivierung der Ausbeutung nicht wettzumachen war. „Da dieser Mehrwert je nach der Stärke der Monopole zu einer sehr ungleichmäßigen Verteilung kam; da die stärksten Monopole den Löwenanteil an der verminderten Mehrwertsumme an sich rissen, so mußten sich starke Kämpfe innerhalb der herrschenden Klassen entwickeln, die die Tendenz zeigten, zu einer Krise der oberen Klassen auszureifen. Die einzelnen Schichten und Gruppen der herrschenden Klassen versuchten durch Ausnützung der Staatsmacht die Verteilung des Profits zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Es entspann sich ein wütender Kampf um den Einfluß auf den Staat zwischen allen Klassen, Schichten, einzelnen Gruppen der herrschenden Klassen. Die politische Form dieses Kampfes war die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien, der parlamentarische Wirr-Warr und ständige ‚Kuhhandel‘, kurzlebige Koalitionen und rasche Folge der Ministerkrisen, eine mehr oder minder ständige Krise der parlamentarischen Form der bürgerlichen Diktatur.“⁴

Obwohl während der Weimarer Republik bereits zwei Lager innerhalb des Großkapitals existierten, deren Interessengegensätze die politische Entwicklung, den Entdemokratisierungs- und Faschisierungsprozeß des bürgerlichen Staates mitbestimmten, konnte noch nicht von einer entwickelten marxistischen Monopolgruppentheorie gesprochen werden. Die Periode ihrer Entwicklung und Ausformulierung fällt in die Nachkriegsperiode. Besonders Wirtschaftstheoretiker wie *Jürgen Kuczynski*, *Kurt Gossweiler* u. a. hatten daran entscheidenden Anteil.

Jürgen Kuczynski unterschied zwischen folgenden Hauptgruppen des Monopolkapitals: der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl und der Gruppe Elektro-Chemie bzw. (nach dem Einflußgewinn der IG Farben gegen Mitte der zwanziger Jahre) Chemie-Elektro. Ihre Politik kennzeichnete er als „anti-etatistisch“ bzw. demokratisch, offen bzw. verdeckt aggressiv, „Herr-im-Hause“-Standpunkt bzw. zur Vereinnahmung der reformistischen Parteien bereit. Abgesehen von dieser unpräzisen Charakterisierung der taktischen Gegensätze zwischen den Gruppierungen der Großbourgeoisie wies *Kuczynski*s Ansatz zwei Schwachstellen auf. Einmal vernachlässigte er die Rolle der Monopolbanken: „Die Bankmonopole können keine ‚eigene‘ politische Rolle spielen, da sie stets mit Industriemonopolen verbunden sind — Finanzkapital!“⁵

Demgegenüber machte *Kurt Gossweiler* geltend, „daß die Monopolbanken selbst Monopolgruppen bilden, Finanzgruppen, in deren Mittelpunkt jeweils eine Monopolbank steht, und deren übrige Elemente die mit dieser Bank fest und dauerhaft verbundenen Unternehmungen in Industrie, Handel, Verkehr usw. sind. Die Gruppenbildung in der Monopolbourgeoisie erfolgt also nicht nur um eine, sondern um zwei Achsen, erstens um die Achse der sich aus den ökonomisch-technischen Produktions- und Absatzbedingungen ergebenden spezifischen Industriezweiginteressen, zum anderen um die Achse der aus finanzkapitalistischen Verflechtungen hervorgehenden Interessen. Beide Achsen überschneiden sich, stellen gewissermaßen die Abszisse und die Ordinate im monopolka-

4 Eugen Varga, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im zweiten Vierteljahr 1934*, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* 46/1934, S. 1912.

5 Jürgen Kuczynski, *Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland*, in: *Deutsche Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1962, Teil II, Berlin (DDR) 1962, S. 57.

pitalistischen Koordinatensystem dar.⁶ Vor einer Überbewertung der Gegensätze zwischen den Monopolgruppen warnte *Gossweiler*: „Das gemeinsame Interesse der Monopole an der Erhaltung der Herrschaft der kapitalistischen Ordnung war und ist stärker und gewichtiger als ihre Interessengegensätze zusammengenommen.“⁷

Gossweiler hielt zwar an *Kuczynskis* Gliederungsschema, der Zweiteilung des deutschen Großkapitals in die Monopolgruppen der Schwerindustrie und der „neuen Industrien“, wie er die Chemie- und Elektrobranche nennt, fest, schätzte ihre Konsistenz jedoch geringer ein und bestritt, daß sie ausreicht, um eine historische Kontinuität über Jahrzehnte hinweg zu begründen. *Alfred Schröter* wiederum sah den Interessengegensatz zwischen der schwerindustriellen Monopolfraktion und dem Chemie-Elektro-Flügel als geradezu konstitutiv für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des imperialistischen Deutschland an. „Der Kampf der beiden Hauptgruppierungen des deutschen Monopolkapitals zieht sich durch die gesamte Geschichte des deutschen Imperialismus. Er ist ein Kampf um die ökonomische und politische Vorherrschaft, der im Streben nach Beherrschung des Staates einen Höhepunkt fand.“⁸ *Schröter* betonte die Notwendigkeit einer weiteren Unterteilung der Monopolgruppen, um der komplizierten Gruppenstruktur des Großkapitals gerecht werden zu können. Kurzfristig zustande kommende Interessenkonglomerate bezeichnete er im Unterschied zu den konstanten Monopolgruppen als „monopolistische Bündnisse“. In diesem Zusammenhang sprach *Dietrich Eichholtz* von „staatsmonopolistischen Gruppierungen“, womit er die Verflechtung des Finanzkapitals mit (Zweigen) der Staatsadministration, dem politischen und Parteiensystem meinte. „Unter einer staatsmonopolistischen Gruppierung ist ein Interessen- und Machtkomplex zu verstehen, in dem bestimmte Monopole, Gruppen von Monopolen oder auch ganze Monopolgruppen (Kohle/Eisen/Stahl, Chemie/Elektroindustrie) mit bestimmten Teilen des Staatsapparates und Parteiapparats verwachsen.“⁹ Einer ähnlichen Intention entsprang offensichtlich die Einführung des Begriffs der „staatsmonopolistischen Komplexe“ durch sowjetische Autoren.¹⁰

Georgi Dimitroff definierte den Faschismus an der Macht auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 in Moskau als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.¹¹ Die Monopolgruppentheorie füllte diese Definition aus, beantwortete nicht nur die Frage, wer die aggressivsten Kreise der Großbourgeoisie waren, sondern erklärte auch, auf

6 Kurt Gossweiler, Großbanken — Industriemonopole — Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932, Westberlin 1975 (Reprint), S. 35 (Berlin/DDR 1971).

7 Ebd., S. 88.

8 Alfred Schröter, Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, Teil IV, Berlin (DDR) 1966, S. 132.

9 Dietrich Eichholtz, Die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939—1945, Bd. 1: 1939—1941, Berlin (DDR) 1969, S. 9.

10 Zur Konzeption der staatsmonopolistischen Komplexe vgl. Heinz Jung, Gesamtkapital — Monopole — Staat, Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2 (1979), Frankfurt am Main 1979, S. 76 ff.

11 Siehe Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, Frankfurt am Main 1975, S. 93.

welche Weise die Machtverschiebungen innerhalb der herrschenden Klasse zugunsten des Faschismus wirkten, wie sie Hitler und seine Partei nach oben spülten, ihnen die Regierungsgeschäfte überantworteten. Die Machtübergabe an den Hitlerfaschismus erfolgte, nachdem die politisch flexiblere Fraktion des Finanzkapitals, durch Kapitalbeteiligungen, Kreditvergabe und personelle Verflechtungen mit Chemie- und Elektrokonzernen liiert, 1932/33 ihre Bündnisstrategie, die Konzessionen an das Proletariat ebenso einschloß wie die Kooperation mit dem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung, SPD- und Gewerkschaftsführung, geändert hatte und auf die Linie ihrer Konkurrenzgruppierung mit dem Schwergewicht in der Montanindustrie eingeschwenkt war.

Die deutsche Arbeiterbewegung erwies sich aufgrund ihrer Spaltung, des Antikommunismus der rechtssozialdemokratischen Parteiführung, aber auch infolge taktischer Fehler der KPD als unfähig, den faschistischen Staatsstreich abzuwehren. Wahrscheinlich hätte es ihr die Bildung der Einheits- und Volksfront erlaubt, der Installation einer NSDAP-geführten Reichsregierung erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen. „Das heißt, die Spaltung der Arbeiterklasse machte es unmöglich, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Und auch so muß man formulieren: die Spaltung der Arbeiterklasse machte es dem Flügel Kohle-Eisen-Stahl möglich, den Flügel Chemie-Elektro für seine Linie der offenen faschistischen Diktatur, alles auf eine Karte zu setzen, zu gewinnen, da Chemie-Elektro mehr und mehr den Eindruck gewinnen konnten, ein Kapp-Debakel stehe außer Frage, und die ‚Variante Faschismus‘ für sie eine rein taktische Frage war.“¹²

Die Machtkämpfe zwischen den Monopolfraktionen gingen unter dem Faschismus weiter, verloren jedoch an Heftigkeit. Das Studium der Stellung beider Monopolgruppierungen in der Wirtschaft des „Dritten Reiches“ und im System der faschistischen Wirtschaftspolitik ergibt allerdings, daß 1936 ein Führungswechsel stattfand, bei dem sich die „neuen Industrien“ an die Spitze der Monopolökonomie setzten. „War es vor 1933 die montane Schwerindustrie gewesen, die am entschiedensten die faschistische Diktatur und über sie die militante Aggression anstrebte, übernahm diese Funktion nunmehr die Gruppierung der Chemie- und Elektroindustrie, während die montane Schwerindustrie in eine Partnerposition gedrängt wurde.“¹³ Diese Machtverlagerung innerhalb des Monopolkapitals basierte im wesentlichen auf einer Umorientierung der Chemie- und Elektrokonzerne vom zivilen Warenexport zur Militärproduktion für den Binnenmarkt, die lange Zeit eine Domäne der Montanindustrie geblieben war.

3. Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD

Unter der Ägide der Westalliierten kehrten die Monopolkapitalisten schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands an die Schalthebel der Macht zurück. Allerdings trug die nur halbherzig durchgeführte Entflechtung im Bereich der Montanindustrie, der Großchemie (IG Farben) sowie des Bank- und Kreditwesens mit dazu bei, daß die Grenzen zwischen den Monopolgruppen, wie sie während der Weimarer Republik bestanden hatten, fließend wurden. Die Konturen der

12 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin (DDR) 1966, S. 124.

13 Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument 47 (1968), S. 185.

Fractionen innerhalb des Finanzkapitals verschwammen. „Die Jahre der Neukonsolidierung der inneren Machtstruktur des Monopolkapitals war weitgehend identisch mit der Zeit der staatsmonopolistischen Marktwirtschaft. Unter diesen Bedingungen traten die Konkurrenz-Rivalitäten der Monopolgruppen noch nicht offen zutage. Beide Gruppen waren im wesentlichen an der Erfüllung der Hauptaufgaben interessiert, der raschen Kapitalbildung, der Rückeroberung des Weltmarktes, der Sicherung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses durch den Staat und am schnellen Anschluß an die technisch-wissenschaftliche Entwicklung.“¹⁴

Weitere für die Nivellierung der Interessengegensätze zwischen Einzelmonopolen und Monopolgruppen wichtige Faktoren waren die fortschreitende Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum Finanzkapital, der „diagonale“ Konzentrationsprozeß industrieller Schlüsselbereiche und der forcierte Ausbau des staatsmonopolistischen Regulierungsapparates. Dadurch wurde die monopolkapitalistische Gruppen- und Machtstruktur komplexer. Die Monopolisierung des BRD-Kapitals stieß, nachdem der Anschluß an das Weltmarktniveau erreicht war, in internationale Dimensionen vor. „Internationalisierungen der Produktion (multinationale Konzerne) erschweren (...) die Fixierung nationaler Fractionen innerhalb der Monopolbourgeoisie, die zwar in internationalen Zusammenhängen steht, jedoch Monopolinteressen nach ‚innen‘, d. h. im Rahmen des Nationalstaats durchsetzt.“¹⁵

Aufgrund seiner ökonomischen, politischen und militärischen Stärke spielte der US-Imperialismus, an den sich eine Fraction des westdeutschen Finanzkapitals anlehnte, nach 1945 die Führungsrolle. „In der Nachkriegsentwicklung erlangten vor allem diejenigen Monopol- und Kapitalgruppen eine dominante Position, die besonders eng mit dem USA-Kapital liiert waren. (...) Die Macht der Montanmonopole an Rhein und Ruhr wurde zwar nicht gebrochen. Aber sie konnten — einerseits aufgrund der ‚Entflechtungsmaßnahmen‘, andererseits aufgrund der schon in den 50er Jahren einsetzenden Strukturveränderungen im kapitalistischen Akkumulationsprozeß — nicht mehr jene Rolle zurückgewinnen, die sie in der bisherigen deutschen Geschichte gespielt hatten. Das ‚Führungszentrum‘ des Kapitals verlagerte sich zu den dynamischen Monopolgruppen der Elektroindustrie, der Elektronik, des Fahrzeugbaus und der Großchemie.“¹⁶

Im Universalbankensystem der BRD bauten die Monopolbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank), begünstigt durch gesetzliche Regelungen (Depotstimmrecht, Schachtelbeteiligung, Limitierung der Aufsichtsratsmandate), ihre gesamtwirtschaftliche Machtstellung kontinuierlich aus. Dementsprechend konstatierte Kurt Gossweiler eine tendenziell wachsende Bedeutung des Bankkapitals, insbesondere der Großbanken, die als Knotenpunkte des Kapitalverkehrs weite Wirtschaftsbereiche kontrollieren: „Weil der ins Politische transportierte Kampf der verschiedenen Monopolgruppen letzten Endes seine — zeitweilige, vorübergehende — Lösung nur auf der Linie des je-

14 Eberhard Czichon, *Der Bankier und die Macht*, Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Vorwort von George W. F. Hallgarten, Köln 1970, S. 179 f.

15 Rudolf Hickel, *Kapitalfraktionen*, Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse, in: *Kursbuch* 42 (1975), S. 148.

16 Frank Deppe/Heinz Jung, *Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik*, in: Ulrich Albrecht u. a., *Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1979, S. 451.

17 Kurt Gossweiler, *Die Rolle der Großbanken im Imperialismus*, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte (Hrsg.), *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1971, Teil III, Berlin (DDR) 1971, S. 42.

weiligen monopolistischen Gesamtinteresses finden kann, wird die Rolle der Monopolbanken für den Ausgang der Kämpfe zwischen monopolistischen Gruppen immer entscheidender, denn diese Banken sind viel eher imstande, die Linie des Gesamtinteresses ausfindig zu machen, als die einzelnen industriellen Monopolgruppen das können. Der Apparat aber, mit dessen Hilfe die Lösung auf dieser Linie durchgesetzt wird, ist der imperialistische Staat. Somit ist die Universalität der Banken eine der Ursachen dafür, daß diese auch auf die Entscheidungen des Staates einen größeren Einfluß als die Industriemonopole gewinnen. Je notwendiger im Verlauf der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus das direkte Eingreifen des Staates in die Wirtschaft wird, desto mehr müssen der Einfluß und die Macht nicht nur der Monopole überhaupt, sondern in ganz besonderem Maße der Einfluß und die Macht der Monopolbanken wachsen.¹⁷

Ebenso wenig wie der Staat sind die Großbanken unmittelbar an bestimmte Konzerne der Privatindustrie gebunden. Heute erscheint der Versuch, den Monopolgruppierungen einzelne Großbanken bzw. Finanzblöcke zuzuordnen, aussichtsloser denn je.¹⁸ Überkommene Geschäftsbeziehungen lösen sich auf, andere werden neu geknüpft. Häufig übersteigt das Investitionsvolumen eines Riesenprojekts selbst die Finanzkraft der größten Monopolbank, und diese gründet mit einem oder mehreren Konkurrenzunternehmen ein Bankenconsortium, während der Staat das Restrisiko trägt. Gleichzeitig vermittelt der Staat zwischen verschiedenen Monopolfraktionen, die unterschiedliche, aber nicht unveröhnliche Interessen haben. Dem muß die Soziologie der herrschenden Klasse Rechnung tragen.

Mehr noch als die Großbanken vertritt der Staat den Monopolgruppen gegenüber imperialistische Globalinteressen, betätigt sich als Clearingstelle und wirkt als Kohäsionsfaktor, der das Gesamtsystem zusammenhält und sein Funktionieren gewährleistet, zentrifugalen Tendenzen entgegen. Er bildet gewissermaßen ein Gravitationszentrum, um das sich Großbanken, (multinationale) Konzerngiganten und Monopolverbände gruppieren. Kein Widerspruch besteht zwischen der Wahrnehmung des gesamtkapitalistischen Systemerhaltungsinteresses und der Bevorzugung einzelner Monopolgruppen, sowenig wie zwischen der Repressionsfunktion des Staates und seinem integrativen Auftrag, weil die Anwendung von Gewalt bei der Integration unvermeidlich ist. „Es gibt nicht eine staatliche Maßnahme, nicht ein Gesetz, nicht eine Finanzierungsform, die nicht sowohl zum Schutz der monopolistischen Fraktion in ihrer Gesamtheit dient als auch insofern diskriminierend wirkt, als sie einen Konzern zum Nachteil eines anderen begünstigt, ein Gesamtproblem ‚auf dem Rücken‘ eines Teils der monopolistischen Fraktion provisorisch zu lösen sucht.“¹⁹ Die Einbeziehung des Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, seine Regulierung der Klassenbeziehungen und des Wirtschaftslebens ermöglicht den Monopolen nicht nur die Realisierung kontinuierlich über dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegender Profite, sondern läßt die Konzerne auch einen *modus vivendi* finden, der sie im Kampf gegen die Arbeiterklasse, ihre nichtmonopolistischen und ausländischen Konkurrenten eint.

Die staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung gleicht einem Balanceakt, der zum Interessenausgleich zwischen den Kapitalfraktionen und Monopolgruppierungen führt,

18 Alfred Schröter, Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland, a. a. O., S. 138.

19 Jean Pierre Meynard, Der monopolistische Staat und die neuen Widersprüche der Reproduktion, in: *Marxismus Digest* 32 (1977), S. 125.

die Konjunkturentwicklung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der Sozialstruktur, Klassenkonstellationen und das finanzkapitalistische Kräfteparallelogramm. Der imperialistische Staat spielt nicht nur seine konventionelle Rolle als Instrument der herrschenden Klasse, sondern auch die des Puffers, der Interessengegensätze des Monopolkapitals auffängt und Konflikte zwischen seinen Flügeln entschärft. Durch die Bedeutung der ökonomischen Staatsfunktionen wird er zum bevorzugten Objekt des Machtstrebens der Monopolgruppen. „Je bedeutungsvoller der Staat als Auftraggeber, Verteiler von Rohstoffen und Investmitteln, als Umverteiler des Volkseinkommens zugunsten der Monopole wird, desto bedeutungsvoller wird die Beherrschung des Staates für jedes einzelne Monopol und jede Monopolgruppe. Je größer das Gewicht, das die Politik des Staates für die Profite erlangt, desto mehr wird der ökonomische Konkurrenzkampf der Monopole ergänzt und verschärft durch ihren politischen Machtkampf um die innigste ‚Verschmelzung‘ mit dem Staat; dies jedoch immer nur in den Grenzen, die vom monopolistischen Gesamtinteresse gezogen werden.“²⁰

Im Staat kreuzen sich einzelkapitalistische Verwertungsinteressen, strategische Konzeptionen der Monopolfraktionen und Reproduktionserfordernisse des Gesamtsystems, die, zu einem Interesseschnitt verdichtet, das Handeln der verantwortlichen Politiker determinieren. Für die Nachkriegsperiode kommt außerdem die Dominanz der imperialistischen Besatzungsmächte und ausländischer Kapitalgruppen hinzu: „Die Eigenart der Situation führte in Westdeutschland zu einer besonderen Art von staatsmonopolistischem Kapitalismus, dessen Hauptkennzeichen ein hoher Grad direkter, allumfassender Eingriffe der ausländischen imperialistischen Besatzungsmächte und der hinter ihnen stehenden ausländischen Monopolgruppen in das politische Leben, in das Wirtschaftsgeschehen und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit vorwiegend militärisch-administrativen Methoden war. Ohne diese spezifische Form der Reglementierung des gesamten ökonomischen und politischen Lebens in Westdeutschland durch imperialistisch-militärische Gewalt wäre ein Wiedererstehen des deutschen Imperialismus auch in den Westzonen nicht möglich gewesen.“²¹

Die Regeneration des Monopolkapitals und die Reorganisation seines Staatsapparates gingen Hand in Hand. Beide ergänzten einander und vollzogen sich ohne radikalen Bruch mit der Vergangenheit, was zum schnellen Wiedererstarken des Imperialismus beitrug. „Somit gab es in der Bundesrepublik keinen langwierigen neuen Prozeß der Verschmelzung von Staats- und Monopolmacht, sondern gleich den zielgerichteten Aufbau eines bereits miteinander verflochtenen Herrschaftssystems.“²²

Die von den CDU/CSU- bzw. Bürgerblockregierungen der „Ära Adenauer“ betriebene „Politik der Stärke“ entsprach dem Expansionsdrang der westdeutschen Monopole und fügte sich bruchlos in die amerikanische Globalstrategie des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Staaten ein. Günstige Verwertungsbedingungen gestatteten es der Großbourgeoisie, horrende Profite zu erzielen und eine führende Stellung auf dem Weltmarkt rasch zurückzugewinnen. Gleichzeitig erlaubte die relative Prosperität und Stabilität des westdeutschen Nachkriegskapitalismus seiner herrschenden Klasse soziale Konzessionen, Kompromißbereitschaft im Rahmen von Lohnkämpfen und Korrekturen am Sozialversi-

20 Kurt Gosswiler, *Großbanken — Industriemonopole — Staat*, a. a. O., S. 83.

21 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), *Der Imperialismus der BRD*, Frankfurt am Main 1971, S. 59.

22 Eberhard Czichon, *Der Bankier und die Macht*, a. a. O., S. 178.

cherungssystem (Rentengesetzgebung). Die als „Wirtschaftswunder“ verherrlichte Rekonstruktionskonjunktur des BRD-Kapitalismus währte fast zwei Jahrzehnte, bis die Rezession 1966/67 das Ende der schwach ausgeprägten Zyklen, der Krisenfestigkeit und der Interessenkonvergenz zwischen den Monopolfractionen signalisierte.

Die Aufnahme der SPD in eine Koalitionsregierung mit *Kurt Georg Kiesinger* als Bundeskanzler wurde notwendig, weil die Wirtschaftskrise auf das politische System der BRD ausstrahlte, und erscheint auch im nachhinein als geschickter Schachzug der Herrschenden, um ihre akuten Verwertungsschwierigkeiten durch Anpassung der Außenpolitik an die veränderte Weltlage (militärisches Kräftegleichgewicht zwischen Imperialismus und Sozialismus, Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen, Entkolonialisierung), durch staatsmonopolistische Modernisierungsformen und Aufbrechung verkrusteter Machtstrukturen zu bewältigen, was im Übergang zu den siebziger Jahren mittels eines neuerlichen Regierungswechsels (SPD/FDP-Koalition) gelang. Eine wichtige Handlungsdeterminante der Regierungspolitik, die vom neoliberalen *Laissez-faire* abrückte und zu nekeynesianischen Regulierungsmaßnahmen Zuflucht nahm, war die starke Exportabhängigkeit der westdeutschen Industrie. Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister *Karl Schiller* verkörperte die Bemühungen der Bundesregierung um eine Verstärkung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses durch staatliche Lenkungsmaßnahmen („Globalsteuerung“), die Kontrolle der Reallohnentwicklung durch Disziplinierung der Gewerkschaften im Rahmen einer institutionalisierten Klassenkollaboration („konzertierte Aktion“) sowie die perspektivische Koordination und Zentralisation der staatlichen Haushaltspolitik („mittelfristige Finanzplanung“).

Die Ausweitung der Staatsnachfrage, die Lohnregulierung und die durch steuerliche Vergünstigungen unterstützte Exportoffensive des BRD-Kapitals trugen mit dazu bei, die Krisenerscheinungen von 1966/67 zu überwinden. Der Aufschwung nach der Rezession 1966/67 schien die Richtigkeit des wirtschaftspolitischen Wandels zu beweisen, war jedoch nur von kurzer Dauer und wurde von einer Profitexplosion begleitet, die den Protest der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften herausforderte, die Kampfbereitschaft in den Betrieben schlagartig erhöhte und als Auslöser für verschärfte Klassenauseinandersetzungen (Septemberstreiks 1969) wirkte. Die Boomphase gegen Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre stellte das staatsmonopolistische Regulierungsinstrumentarium vor unlösbare Probleme. Hohe Preissteigerungsraten machten die Zielprojektionen der Regierung *Brandt/Scheel* zunichte, gefährdeten die Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt und beeinträchtigten den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, zumal sie trotz stagnativer bzw. rezessiver Entwicklungstendenzen 1972/73, die — spätestens seit der sog. Ölkrise — das nächste Krisendebakel ankündigten und die reformistische These der Planbarkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses widerlegten, anhielten („Stagflation“ bzw. „Slumpflation“).

In dieser prekären Situation, als ein Rückgang der Industrieproduktion und Massenarbeitslosigkeit drohten, verlagerte die SPD/FDP-Regierung das Schwergewicht ihrer Gegenmaßnahmen von der Fiskalpolitik zur Geld- und Kreditpolitik, verfolgte sie eine restriktive Ausgabenplanung und schloß sich dem kontraktiven Kurs der Bundesbank (Diskont- und Lombardsatzerhöhungen, Anhebung der Mindestreservesätze) an. Diese „Stabilitätspolitik“, in der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1974/76 durch „Sparprogramme“ zur Budgetsanierung, Abbau von Sozialleistungen (sog. Haushaltsstrukturgesetz) und Kürzung der Staatsinvestitionen in diesem Bereich fortgesetzt, bürdete den

Werk tätigen die Kosten des Krisenmanagements auf (Mehrwertsteuererhöhungen), wohingegen das Kapital entlastet wurde (Vermögenssteuersenkung, Wegfall der Lohnsummensteuer, Gewinn- und Verlustrücktrag). Der neoklassische Monetarismus à la *Milton Friedman* verdrängte den Neokeynesianismus als wirtschaftspolitische Maxime, trat neben ihn, ohne daß die Abkehr von den Imperativen der antizyklischen Konjunkturbeeinflussung mittels Staatsverschuldung (Deficit-spending) einen Regierungswechsel erfordert hätte. Der Kanzlerwechsel Brandt/Schmidt im Frühjahr 1974 reichte aus, um den veränderten sozialökonomischen Rahmenbedingungen sozial-liberaler Regierungspolitik Rechnung zu tragen. Die Koalition stellte sich auf die Akkumulationsschwierigkeiten des Monopolkapitals ein, indem sie der Reformpolitik, sofern diese nicht, wie Ost- und Entspannungspolitik, zumindest mittelbar seinen Verwertungsbedürfnissen (Erschließung neuer Absatzmärkte) diene, gänzlich entsagte, die Inflationsrate unter der des imperialistischen Auslands zu halten suchte und die Konfliktstrategie gegenüber der Arbeiterklasse (Mitbestimmungsklage der Unternehmerverbände, sog. Tabukatalog, Flächenausperrungen) durch Einschränkung demokratischer Grundrechte flankierte. Reprivatisierungskampagnen der Kapitalverbände, der Unionsparteien und anderer Rechtskräfte rundeten das Bild einer zweiten Restaurationsperiode ab. In diesem Zusammenhang wurde in der marxistischen Literatur von einer privatmonopolistischen, antietatistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesprochen.²³

4. Zur Bedeutung der Monopolgruppentheorie für die marxistische Staatsdiskussion (Forschungsperspektiven)

Im staatsmonopolistischen BRD-Kapitalismus ist die Fraktionierung seiner herrschenden Klasse weniger ausgeprägt als früher, weshalb eine bloße „Fortschreibung“ der Monopolgruppentheorie, wie sie für die Weimarer Republik und den Faschismus entwickelt wurde, unzureichend wäre. Traditionelle Bindungen haben sich gelockert oder aufgelöst, die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital ist so weit fortgeschritten, daß der Finanzsektor feindliche Monopolgruppierungen zusammenschweißt. Der Internationalisierungsprozeß des Kapitals bedingt eine Verschiebung der Fronten, in die der bürgerliche Nationalstaat einbezogen ist. Widersprüche und Interessengegensätze überlappen sich, leben jedoch auch dann fort, wenn sie durch Gemeinsamkeiten im Kampf gegen die Arbeiterklasse und den realen Sozialismus relativiert werden. „Den Differenzierungsercheinungen in der Monopolbourgeoisie liegen (...) neben den relativ leicht zu erfassenden unmittelbaren Anlässen, Ursachen, Taktiken usw. auch langfristig wirkende, stabile Gegensätze zugrunde, darunter auch wesentlich ökonomische Gegensätze. Dabei zeigt sich, daß sich ihr Gewicht im Hinblick auf bestimmte politische Konzeptionen, daß sich der Bogen von den ökonomischen Ursachen zu den politischen Konzeptionen unterschiedlich darstellt. Die Linie ist direkter dann, wenn konkurrierende Profitinteressen zwischen verschiedenen Fraktionen des Monopolkapitals unmittelbar im Spiel sind, weniger direkt, wenn Grundfragen des Systems zur Debatte stehen, die zwar das Profitinteres-

23 So: Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, Entwicklungstendenzen 1973—1978, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1 (1978), Frankfurt am Main 1978, S. 9 f.

se einzelner Kapitale nicht unmittelbar berühren, aber die Problematik der Profitmachelei überhaupt aufwerfen, und es entstehen Systemfragen, besonders auch im Bereich der Außenpolitik, wo die politischen Gesetzmäßigkeiten die ökonomischen an Gewicht übertreffen, wobei natürlich nicht außer acht gelassen werden darf, daß die Politik auch hier der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomie ist."²⁴

Die marxistische Prozeßanalyse des Wechselverhältnisses von Ökonomie und Politik muß also mehrdimensional angelegt sein, beide Bezugsebenen überspannen und differenzierter als bürgerliche Vergleichsstudien argumentieren, um ihrem Forschungsgegenstand gerecht zu werden. Einflußanalytische Erklärungsmuster für staatliches Handeln zugunsten des Monopolkapitals laufen so lange auf eine Simplifizierung, Schematisierung und Schablonisierung komplizierter Entwicklungsprozesse hinaus, wie sie der historisch-materialistischen Begründung entbehren. Agententheoretische Deutungsversuche verkürzen die Problematik der Umsetzung ökonomischer Interessen in politische Entscheidungen, verharren an der Oberfläche. Selbst ausgesprochen informative und verdienstvolle Konzernbiographien bleiben Stückwerk, wenn sie nicht in den Kontext der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte eingebettet sind²⁵.

Die Kritik an der Monopolgruppentheorie kaprizierte sich bisher auf ihre Tendenz zur Personalisierung ökonomischer und politischer Machtstrukturen. So beklagte *Niels Kadritzke*, „daß in der Geschichtsforschung der DDR das Verhältnis von Ökonomie und Politik noch nicht ausreichend thematisiert und zum Problem einer materialistischen Staatstheorie gemacht worden ist, und daß dementsprechend auch in der historisch konkreten Staatsanalyse noch immer verkürzte und personalisierende Fragestellungen vorherrschen.“²⁶ Derselbe Autor muß jedoch zugeben, daß die methodischen Prämissen der Monopolgruppentheorie nicht notwendigerweise mit dem Marxismus und wissenschaftlichen Prinzipien kollidieren: „Eine personalisierende Darstellungsweise kann eine sinnvolle und legitime Funktion haben, etwa im Falle einer didaktisch reflektierenden Veranschaulichung. Sowohl in analysierender als auch in veranschaulichender Funktion werden aber verhängnisvolle Fehler nur dann zu vermeiden sein, wenn die Frage nach den Beziehungen zwischen Personen und ihren Handlungen als Teil eines umfassenderen Erklärungszusammenhangs bewußt und methodisch unter Kontrolle gehalten wird.“²⁷

Das Problem wäre allerdings falsch gestellt, wollte man sich der Einsicht verweigern, daß die Personalisierung nicht nur Illustrationszwecken dient, also strukturelle Zusammenhänge aufdeckt und verdeutlicht, sondern daß die personelle Verflechtung — als Ergänzung und Verstärkung der institutionellen Vermittlung — zwischen Staat und Monopolen auch eine Realitätsebene ausdrückt: „Die wechselseitige Verflechtung, Interaktion und Austauschbarkeit zwischen den Spitzen der Konzerne, der Unternehmensverbände und des Staatsapparates charakterisiert nicht nur den Herrschaftsmechanismus selbst — sie reflektiert zugleich auf einer personell-sozialen Ebene die funktionelle Verflechtung

24 Peter Hess, *Ökonomische Grundlagen für Differenzierungsprozesse in der Monopolbourgeoisie*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 3/1972, S. 403.

25 So z. B. Kurt Pritzkeleit, *Männer, Mächte, Monopole, Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft*, Düsseldorf 1953; ders., *Wem gehört Deutschland?, Eine Chronik von Besitz und Macht*, München/Wien/Basel 1957.

26 Siehe Niels Kadritzke, *Faschismus und Krise, Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main/New York 1976, S. 138.

27 Ebd., S. 133.

von ökonomischer und politischer Herrschaft, von Staat und Monopolen, im heutigen Kapitalismus.“²⁸

Bescheinigte *Kadritzke* der Konzeption *Gossweilers*, die tautologische Erklärung von Macht durch Macht hinter sich zu lassen, so sah *Eike Hennig* darin im Gegenteil einen Rückfall auf Positionen vor dem VII. Komintern-Kongreß und monierte die mangelnde Bereitschaft zur Selbstkritik. *Hennig* stellte Vermutungen über die politisch-strategischen Implikationen der Monopolgruppentheorie an, die ob ihrer spekulativen Ignoranz gegenüber der Realität nicht der Peinlichkeit entbehren, mit Sicherheit aber ihren Monopolanspruch auf wissenschaftliche Redlichkeit bei der Beweisführung verfehlen. „Von ihrer politischen Vermitteltheit her läßt sich die Monopolgruppentheorie als ein Versuch begreifen, die selbstkritischen Tendenzen zurückzudrängen, die vor allem Mitte der 30er Jahre — auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und auf der sog. ‚Brüsseler Konferenz‘ der KPD (beide 1935) — aufgeklungen sind.“²⁹

Der von *Hennig* erhobene Vorwurf des Positivismus, Empirismus und „linken Historismus“ fällt bei genauer Betrachtung in sich zusammen. Auch ist nicht einsichtig, warum die *methodische* Trennung zwischen Klassenkämpfen und klasseninternen Auseinandersetzungen obsolet sein, weshalb die arbeitsteilige Untersuchung von Differenzierungs- und Fraktionierungstendenzen innerhalb des Monopolkapitals eine Ausblendung der Arbeiterbewegung und ihrer Geschichte bewirken soll, wie *Hennig* meint: „Wenn sich die Motorik der Geschichte darin äußert, daß Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, und die ihrer kritischen Darstellung adäquate Verfahrensweise folglich in der klassenanalytischen Betrachtung gesellschaftlich-antagonistischer ‚Totalität‘ liegt, so wird *Gossweiler* diesem Anspruch nicht gerecht; denn er entwickelt seinen Beitrag zur Monopolgruppentheorie gerade nicht aus den Dimensionen des Konflikts von Kapital und Arbeit.“³⁰

Umgekehrt kommt man der Wirklichkeit näher, denn die Klassenkämpfe werden überhaupt erst verständlich, wenn wir die Interessengegensätze innerhalb der herrschenden Klasse, die Bündnispolitik ihrer Fraktionen und die Möglichkeiten für eine „antagonistische“ Kooperation über Klassen- bzw. Systemgrenzen hinweg (berühmtestes Beispiel auf internationaler Ebene ist die Anti-Hitler-Koalition von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung) berücksichtigen.

Die Monopolgruppentheorie kann der marxistischen Staatsdiskussion wichtige Impulse geben, zur Klärung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik beitragen, vorausgesetzt, sie wird nicht mechanisch auf den staatsmonopolistischen BRD-Kapitalismus übertragen, sondern weiterentwickelt und seiner Entwicklung angepaßt. Es bedarf ihrer Forschungsergebnisse auch als Beitrag zur politischen Orientierung der Arbeiterklasse. „Es geht darum, für den täglichen Kampf zu bestimmen, in welche Richtung die unterschied-

28 Frank Deppe/Heinz Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 455.

29 Eike Hennig, Monopolgruppentheorie in der DDR, diskutiert an „Großbanken, Industriemonopole, Staat“ von Kurt Gossweiler, in: *Leviathan* 1/1973, S. 143.

30 Ders., Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie, Anmerkungen zu Kurt Gossweilers „Großbanken, Industriemonopole, Staat“, in: *Neue Politische Literatur* 2/1973, S. 192. Ähnlich argumentiert auch Joachim Radkau. Vgl.: George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt am Main/Köln 1974, S. 281 f.

lichen Fraktionen der Klasse an der Macht den Staat drängen und weiterhin okkupieren."³¹

Dies sind Aufgaben, auf die mit diesem Aufsatz aufmerksam gemacht werden sollte. Es wird in der Zukunft erforderlich sein, die Monopolgruppenkonzeption — im Sinne des Grundzusammenhangs ökonomischer und politischer Interessen des Monopolkapitals — stärker als bisher in Untersuchungen zur Soziologie der herrschenden Klasse zu berücksichtigen.

31 Norman Paech, Staat und Krise — Krise des Staats?, in: Werner Goldschmidt (Hrsg.), Staat und Monopole (III), Argument-Sonderband 36 (1979), S. 25.

Der „junge Marx“ in der Literatur 1975—80: Bericht über veränderte Interpretationstendenzen in der Bundesrepublik

Winfried Schwarz

I. Konservative Vorwürfe: „Verengung“ und „Heilsglaube“ — II. Theologische Auseinandersetzung mit Marxscher Religionskritik und klerikaler Gegenangriff — III. Herkömmliche und modern ökonomisierende Entfremdungstheorien — IV. Die wissenschaftstheoretische Sicht des Verhältnisses der Früh- zu den späteren Schriften: Normativität versus Determinismus — V. Ergebnis: Verdrängung alter Interpretationsmuster durch noch ältere und einige diskutabile Neuanstöße.

Zum humanistischen Philosophen einer zeitlosen Entfremdung des Menschen zurechtstilisiert, diente der solchermaßen als „wahrer“ entdeckte *junge Marx* in den 50er und 60er Jahren als Kampfmittel gegen den älteren Marx, gegen *Engels* und *Lenin*, gegen den Marxismus-Leninismus — meist gegen alle auf einmal. An diesem besonders in unserm Land verbreiteten Treiben beteiligte sich eine Riesenschar von selbsternannten Marxspezialisten aller bürgerlichen ideologischen Schattierungen. Hauptquelle der Interpretationseingriffe waren die Schriften von Marx bis 1844/45, d. h. vor seiner gänzlichen Überwindung Feuerbachscher Anthropologie und vor den ersten deutlichen Ansätzen zur Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung, insbesondere der kurze Abschnitt über entfremdete Arbeit in den *Pariser Manuskripten* von 1844, die 1932 erstmals veröffentlicht worden waren.¹ Die Marxismuskritik dieses Typus überrante bald diejenigen konservativen Marxwiderleger, die von Marxens Schriften aus keinem Lebensabschnitt etwas wissen wollten, bzw. zwang diese allmählich zum Mitmachen.

Dogmatische Enge mancher Marxisten² erleichterte dieses Geschäft, Marx gegen den Marxismus auszuspielen. In den sozialistischen Ländern wurden lange Zeit diejenigen Arbeiten, welche in den Schriften vor 1845 das Nicht-Marxistische zum Wesenszug erklärten (in ungewollter formeller Übereinstimmung mit den bürgerlichen Marxologen), über diejenigen Forschungen gestellt, welche in den Frühschriften nach Ansätzen für die reifen Werke suchten. Letztere Methode, bereits von *Lenin* angewandt und einzig wissenschaftlich, hat sich dort inzwischen längst durchgesetzt und eine Fülle von Erkenntnissen hervorgebracht, so daß sich die Forscher aus der Sowjetunion und der DDR — besonders seit ihrer Arbeitsintensivierung für die neue *Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)* — in überlegener Offensive befinden.³

1 Marx-Engels-Werke (MEW), Ergänzungsband (EB) 1, Berlin 1968, 467—588, bzw. 510—522.

2 Dazu: N. I. Lpin, *Der junge Marx im Spiegel der Literatur*, Berlin 1965 (Moskau 1962).

3 Vgl. in diesem Jahrbuch: Erich Kundel/Alexander Malysch. Außerdem: IMSF-Info 24, *Neuere Marx-Engels-Forschung*, Frankfurt 1976. Aufschluß über die neuesten Forschungen geben die vom IML-Moskau und IML-Berlin gemeinsam seit 1978 herausgegebenen Marx-Engels-Jahrbücher. Von früheren Arbeiten soll hier außer den klassischen Forschungen von Auguste Cornu besonders die Arbeit von Werner Schuffenhauer, Feuerbach und der junge Marx, 2. Aufl., Berlin 1972, hervorgehoben werden.

Was im Westen lange Zeit Topos jedes neuen Beitrags zum jungen Marx war, daß die Literatur dazu unüberschaubar geworden sei, gilt seit den 70er Jahren nicht mehr. Das hat mehrere Ursachen, von denen die inzwischen unbestrittene wissenschaftliche Kompetenz der marxistisch-leninistischen Marxforscher nur eine ist. Der kometenhafte Aufstieg der Marxrezeption hierzulande Anfang der 70er Jahre hatte — aus verschiedenen Gründen — die Politische Ökonomie von Marx zum Hauptgegenstand und interessierte sich für den jungen Marx kaum. Nachdem diese Woge der Marxbeschäftigung seit einigen Jahren abgeebbt ist, ist m. E. die Frage wieder interessant, welche Rolle der junge Marx als Forschungsgegenstand im Anschluß an diese Phase noch oder wieder spielt. Ob das alte Muster „Marx gegen Marx“ noch weiterwirkt, ob von der ökonomischen Marxrezeption der frühen siebziger Jahre neue Impulse ausgegangen sind, wie weit die Ergebnisse der internationalen Marx-Engels-Forschung schon wirksam geworden sind.

Für diesen Zweck wurden nahezu sämtliche von deutschsprachigen Autoren verfaßte Bücher aus dem Zeitraum 1974/75—1979/80, die irgendwie den Marx bis 1844 thematisieren, durchgesehen. (Übersetzungen, die auf den deutschen Büchermarkt gelangten, konnten nur am Rande berücksichtigt werden.) Der Zeitabschnitt ist keineswegs willkürlich gewählt. Nicht nur setzte die politische Klimaverschlechterung 1974/75 ein. Sondern jene genannten Einflüsse seit Anfang der 70er Jahre konnten — bedenkt man die Herstellungszeit eines Buches von der Konzeption bis zum Erscheinen — frühestens Mitte der 70er Jahre wirksam werden. Bis dahin, sei dem Leser versichert, hatte es in der Frühschrifteninterpretation tatsächlich kaum etwas Neues gegeben.⁴

I. Konservative Vorwürfe: „Verengung“ und „Heilsglaube“

A. u. G. Schwan, Sozialdemokratie und Marxismus, Hamburg 1974

Immerhin 115 Seiten nimmt ein Abschnitt über das Marxsche Werk in der antimarxistischen Kampfschrift rechtssozialdemokratischer Herkunft ein. *Alexander Schwan*, der Autor, vertritt die Meinung, „daß zwischen dem jungen, ‚humanistischen‘, ‚philosophischen‘ Marx und dem späteren, die Analyse des Kapitalismus in den Mittelpunkt seines Werkes rückenden. . . Marx eine strenge Kontinuität und Konsequenz besteht“ (57). So weit, so unverbindlich. Denn in dem „spezifischen Humanismus von Marx“, wird der überraschte Leser belehrt, ist bereits der „Verrat der Emanzipation“ angelegt, weshalb jener auch keineswegs geeignet sei, „die geistigen Grundlagen sozialdemokratischer Politik nach Maßgabe des Godesberger Programms positiv mitzuprägen“ (75). *Schwans* Absicht wird hier durchsichtig. Verhindern möchte er, daß im Rahmen einer der drei akzeptierten „geistigen Grundlagen des Godesberger Programms“, nämlich „Klassische Philosophie, Christliche Ethik und Humanismus“, speziell des letzteren, doch wieder der Marxismus in der SPD Fuß faßt. Also: Kampf dem „Marxschen Humanismus“!

Zunächst wirft *Schwan* Marx vor, seine Theorie überhaupt einem praktischen Zweck untergeordnet zu haben. Hier liege schon der eigentliche Sündenfall. „Das heißt aber: Sie ist nicht mehr selbständig und frei wie die Philosophie, sondern ganz und gar Theorie der Praxis, Instrument und Dienstmagd der Praxis.“ (70) Diese Theorie sei die Marxsche

⁴ Marx-Biographien fallen aus den Besprechungen heraus, weil die einzige aus jenem Zeitraum, nämlich F. J. Raddatz, *Karl Marx. Eine politische Biographie*, Hamburg 1975 zwar eine hohe Auflage, aber kein wissenschaftliches Niveau erreicht hat.

Anthropologie, der „spezifische Humanismus“, auf dem das ganze Werk gründe. Spezifisch sei diese „instrumentelle Anthropologie“ insofern, wie sie den Menschen auf ein „Wesen der Arbeit“ reduziere, auf ein Wesen, dessen Selbstverwirklichung die Produktion sei. Schon zwei Fehler — moniert *Schwan*. Denn erstens ist Arbeit nicht nur materielle Produktion und zweitens die Arbeit nicht der ganze Mensch.

Was *Schwan* so stört und „besorgt“ macht, ist die „perspektivische Verengung, monistische Dogmatik und parteiliche Einseitigkeit“ (75), mit der sich Marx — aufgrund seiner „Anthropologie der Produktion“ — um die Produzenten, das Proletariat und überhaupt um Probleme der Ökonomie kümmert. „Die Politökonomie steigert sich damit in einen Heilsglauben“ (134), wodurch Marx und *Engels* „die Arbeiterschaft über ihre Möglichkeiten (das „Himmelreich auf Erden“ zu verwirklichen) getäuscht“ hatten (134). Erst das Godesberger Programm habe (mit Gottes Hilfe?; *W. S.*) eine „realistische Umorientierung“ herbeigeführt. Aus der „Anthropologie der Produktion“ (auf eine Erörterung dieses philosophischen Begriffs läßt sich der Autor nicht ein) resultiere übrigens unvermeidlich das „starre“ Basis-Überbau-Schema, die These der totalen Determiniertheit des Sozialen durch ökonomische Prozesse — wo doch, und *Schwan* scheut sich tatsächlich nicht, solche verstaubten Pappkameraden auszukurieren, „ein Bild Rembrandts, eine Kantate Bachs, eine Sinfonie Mozarts“ ihre künstlerische Eigenart besäßen und unmöglich „nichts anderes als Formen des Ausdrucks ökonomischer Verhältnisse“ sein könnten (113). Dem Leser sei verraten, daß dieses miserabelste aller Marxbücher nicht nur diese eine platte Unterstellung gegenüber dem Marxismus aufweist. Der Abschnitt enthält ein breites Arsenal von albernen Vorwürfen und abgestandenen Marxwiderlegungen. Peinlich für den Autor, Zumutung für den einigermaßen informierten Leser.

Immerhin, um kein Schwarzmalerei zu sein, möchte ich auch etwas Positives festhalten: *Schwan* hat erkannt, daß für den Marxismus die materielle Produktion eine, ja die entscheidende Rolle spielt. Die ökonomische, als eine Sphäre der Gesellschaft, ist die bestimmende. So falsch interpretiert *Schwan* den Marxismus also gar nicht, wenn man einmal von seinem Durcheinanderwerfen von Früh- und Spätwerk absieht. Durch seine von oft bössartiger Polemik verzerrte Interpretation hindurch fühlt er aufgrund seines Klassenbewußtseins instinktiv den entscheidenden Gedanken am Marxismus heraus. Doch ist sein Klassenbewußtsein das der Bourgeoisie.

Klaus Hornung, Der faszinierende Irrtum, Freiburg 1978

Sorgen um den akademischen Nachwuchs trieben im Sommer 1977 einen Professor aus Reutlingen an den Schreibtisch. Das Produkt kam schon ein Jahr danach auf den Markt. „Hart am Text“ will der zum Schutz der Jugend vor dem „politischen Messianismus“ der Marxisten angetretene aufrechte Schwabe belegen, was er sich wohl immer schon dachte: „Die etatistisch-bürokratische Entwicklung des Herrschafts-Marxismus ist weder ein Mißverständnis noch eine Deformation des ursprünglich ‚real-humanistischen‘ Ansatzes, sondern vielmehr die Konsequenz seiner Prämissen.“ (139) Grundlegende Prämisse bei Marx sei seine „Anthropologie der Arbeit“, die keimhaft schon in der *Einleitung* 1843/44 auftauche und vollends durchgeführt werde in der *Deutschen Ideologie* von 1846. Der Mensch werde als „Wesen der Arbeit“ verabsolutiert. Das sei eine „Reduktion“ des Menschen auf ein Wesen der materiellen Produktion. Damit aber — so *Hornung* — werde

„nur ein Teil der menschlichen Wesensbestimmung“ berührt, und, was ebenso schlimm daran ist, „unter Ausschluß anderer (Teile)“ (87/88).

Was gerät Marx aus dem Blickfeld? Es ist insbesondere das „religiöse Bedürfnis“, das von Marx „nicht zu den ebenso elementaren menschlichen Grundbedürfnissen“ gezählt werde wie „Hunger und Liebe, Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung“ (89). Daß Marx das religiöse Bedürfnis aus den Augen geraten sei, ist — maßvoll ausgedrückt — eine falsche Aussage. Richtig ist allerdings, daß bei Marx die Religion eine abgeleitete, nicht primäre Form der Entfremdung darstellt — in Ursache wie in Befriedigungsform.

Nicht speziell den Marxismus trifft *Hornung* mit seinem Vorwurf: „Die Entthronung Gottes führt zur Vergottung des Menschen in Gestalt der überindividuellen ‚Gattung‘, des gesellschaftlichen Kollektivs“ (91). Das ist fast exakt die positive Philosophie *Feuerbachs*, dem gerade an dieser Konsequenz der „Entthronung Gottes“ gelegen war. Aber *Feuerbach* ist *Hornung* genausowenig bekannt wie dessen Einfluß auf den jungen Marx. Und so wendet sich *Hornung* unbewußt gegen jeden aufgeklärt-bürgerlichen Atheismus, wenn er aufbraust: „Wo der Mensch zum höchsten Wesen für den Menschen werden will, anstatt sich als Geschöpf und Kind Gottes anzunehmen, endet er in neuer Sklaverei“. (140)

Er sagt auch etwas, allerdings Abgegriffenes, über „Entfremdung“. Noch die Aufhebung der Entfremdung — wofür, nicht originell, die theologischen Termini „Erlösungsmystik“, „Heilsgewißheit“, „säkularisierte Eschatologie“ usw. parat stehen — müsse bei der vorausgesetzten Reduktion des Zustandes der Entfremdung auf den Teilbereich der Produktion „gleichfalls nur torsohaft, bruchstückhaft, ausfallen“ (111). Worauf läuft die ganze Argumentation hinaus? Abgesehen von der religiösen Ereiferung ist es wie bei *Schwan*. In dem Maße, wie Marx dazu gelangt, unter den gesellschaftlichen Verhältnissen die Produktionsverhältnisse als die bestimmenden hervorzuheben, sehen diese Ideologen des „ganzen“ Menschen den Raum schwinden für ihre eigenen Schrullen und rufen laut: Verengung. Bei *Schwan* ist es die „Selbständigkeit“ der Ideen, worum er bangt; für *Hornung* die Religion. Was hier als Verengung des Blickfelds diffamiert wird, ist in Wahrheit die Ausdehnung des Materialismus auf den sozialen Bereich und damit die erste wissenschaftliche, nichtspekulative Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Lebens der Menschen — einschließlich ihrer Ideen und Religionen. Das ist es, was diese Herren stört. Selbstverständlich ist die Religion genausowenig wie andere Bewußtseinsformen das Primäre in der gesellschaftlichen Analyse des Marxismus, denn das Bedürfnis nach ihnen ergibt sich erst aus dem Zustand der Gesellschaft. Von der Kritik bleibt nur die tautologische Feststellung übrig, daß der Marxismus Materialismus ist, als solcher weder Idealismus noch Religion. Ein Argument gegen *Marx* wird daraus nicht. Auch den bereits abtrünnig gewordenen akademischen Nachwuchs dürfte unser Professor mit seinem Buch kaum „zurückholen“.

Ossip K. Flechtheim, Von Marx bis Kolakowski, Frankfurt 1978

„Lange Zeit“ — vier Jahre, nach eigenen Angaben im Vorwort — hat der „Zukunftsphilosoph“ und „humane Global- und Öko-Sozialist“ (alles Selbstbenennungen) sich mit Marx und dem Marxismus beschäftigt. Über die „wichtigsten Thesen“ (33) von Marx, den „Kapitalismuskritiker und Kündler des Kommunismus“, hat er 33 Seiten geschrieben. Vorweg: ein ökonomischer „Verengungstheoretiker“ ist er nicht, von Ökonomie sieht er

bewußt ab, weil es ihm um den politischen Marx geht, besser um seine „unerfüllten Prognosen“ (schließlich ist *Flechtheim* Zukunftsphilosoph!). Aber er paßt in diese Autorengruppe, weil er ebenfalls den jungen Marx nicht gegen den älteren ausspielt, sondern die Misere des Marxismus im Frühwerk angelegt sieht — in der Eschatologie, also Heilslehre (übrigens ein Punkt, der, wie wir schon sahen, bei allen Konservativen und besonders, wie noch zu zeigen sein wird, in der theologischen Variante, eine große Rolle spielt).

Was *Flechtheim* bedrückt, ist, „wieso Marx seine Fehlprognosen niemals selber korrigiert hat“ (45). Wie konnte er nur dem Proletariat eine, wie sich inzwischen ja gezeigt habe, unmögliche Tat wie eine sozialistische Revolution zutrauen! „War es nicht höchst gewagt, für die Gegenwart ein Proletariat zu postulieren, das trotz seiner Verstrickung in die schlechte Vergangenheit doch zum Subjekt einer so lichten Zukunft werden mußte“ (34). Das Subjekt-Werden-Müssen meint *Flechtheim* wörtlich. Das Proletariat mußte laut Marx quasi dessen Zukunftsbefehle ausführen. Kein Wunder, daß der Autor alsbald bei der Persönlichkeit des Proletarier-Kommandeurs landet. Marx habe erstens zu sehr auf die revolutionäre Geschichtsdiagnostik vertraut, auf diese „allzu probate Methode, den Umschlag des Systems in sein Gegenteil zu postulieren und zu prognostizieren“ (48); zweitens beruhe sein „Glaube“ an das Proletariat „weniger auf dem empirischen Kalkül des desinteressierten (natürlich nicht!; W.S.) Forschers als auf einer vorwissenschaftlich-existentialen Entscheidung des Propheten und Revolutionärs“ (46). Prophet, Eschatologe, Utopist — das alles fischt *Flechtheim* noch aus dem verrosteten Behälter konservativer Marxkritik hervor — bis er konsequent beim Marxastrologen A. Künzli⁵ angelangt ist, der bekanntlich „Marxens persönliche Schwächen . . . schonungslos enthüllt“ habe: Marxismus wird reduziert auf die Psyche und die Person von Marx, in der „messerscharfe Intelligenz“ usw. mit „Aggressivität und Hybris des neurotischen Genies oder genialen Neurotikers“ (48) kämpften.

II. Theologische Auseinandersetzung mit Marxscher Religionskritik und klerikaler Gegenangriff

Edgar Thaidigsmann, *Falsche Versöhnung. Religion und Ideologiekritik beim jungen Marx*, München 1978

Obwohl sich die Studie für die Schriften vor der *Deutschen Ideologie* nur insoweit interessiert, wie in ihnen Elemente der späteren „Ideologienlehre“ als Vorstufen enthalten sind, trägt der Autor aufgrund ausgezeichneter Quellenkenntnis einige interessante Gedanken vor. Z. B. an der *Dissertation* (1841) einschließlich Vorarbeiten arbeitet er die Marxsche Erkenntnis vom Gegensatz zwischen vernünftigem Bewußtsein und „unphilosophischer“ Wirklichkeit heraus, wobei andeutungsweise die Zeitgebundenheit und Geschichtlichkeit, die relative Unwahrheit menschlichen Selbstbewußtseins gesehen werde (42). Überhaupt ist Relativität menschlichen Erkennens ein roter Faden des Buchs — wobei der Leser noch nicht ahnt, daß er mit dieser Begrenzung menschlichen Vermögens an die Grenzenlosigkeit des göttlichen Wortes herangeführt werden soll.

Der reife Ideologiebegriff hat, laut *Thaidigsmann*, die Aufgabe, falsches Bewußtsein

⁵ Zu Wort gemeldet hat sich dieser Herr Künzli über den jungen Marx wieder in jüngster Zeit auf einem Westberliner Symposium (zu Ehren Richard Löwenthals) über den Dritten Weg.

auf seinen objektiven sozialen Dienst zu befragen.⁶ Immerhin formuliert der Autor die Bedingung derartiger Ideologiekritik, die es nur mit falschem Bewußtsein zu tun hat: „Ideologiekritische Reflexion bedarf der Freiheit von der unmittelbaren Befangenheit in Religion, Philosophie oder einer bestimmten Form des allgemeinen Bewußtseins überhaupt, um sie kritisch auf ihre gesellschaftlich-geschichtliche Welt beziehen zu können.“ (208) In solch harmlosem soziologischem Relativismus ständiger „ideologiekritischer“ Rückführung von Bewußtsein auf soziale Wurzeln erschöpft sich der kritische Impuls denn auch, weil der Autor den Kritiker-Standort außerhalb „einer bestimmten Form des allgemeinen Bewußtseins“ selbstverständlich nicht angeben kann. Es gibt ihn nicht — den neutralen Boden des allgemein-vernünftigen und darum wahren Interesses der Menschheit. Letzterer Standort ist klassengebunden — er fällt mit dem proletarischen zusammen —, aber Klassengebundenheit macht bei Marx nicht schon an und für sich das zugehörige Bewußtsein zum falschen.⁷

Doch *Thaidigsmann* ist auf eine ganz andere, ungewöhnliche Nutzenanwendung der „Ideologiekritik“ aus: Den richtigen Satz, daß die Religion (wie jede andere Bewußtseinsform) in materiellen sozialen Verhältnissen ihre Wahrheit hat, oder daß die Ideologiekritik die christliche Religion „in die durch Menschen konstituierte gesellschaftlich-politische Wirklichkeit einbezieht“ (222), dreht er geschickt um und stellt der Theologie die Aufgabe, „zu reflektieren, ob und inwiefern bestimmte Erfahrungen gesellschaftlicher Art nur mittels der religiösen Sprache gemacht werden können und wie sie allgemein zugängliche Erfahrungen qualifiziert“ (222).

Unter der Hand wird die radikale Ideologiekritik zur zahmen Religionsaffirmation, welche sich mit dem zeitlos-ewigen Bedürfnis nach religiösem Ausdruck beschäftigen soll. Ja sogar zur theologischen Methodologie wird solche Ideologiekritik degradiert. Indem der Autor fragt: „Inwiefern vermag Theologie verantwortliche Rechenschaft vom Evangelium als Wort Gottes und nicht nur Reflexion gesellschaftlichen Selbstbewußtseins in religiöser Sprache zu sein?“ (222/223), verlangt er von der Ideologiekritik, an der Bibelüberlieferung die gesellschaftlichen Bedingungen sozusagen abzukratzen, auf daß das reine Wort Gottes um so unverfälschter erstrahle. Die ideologiekritische Separierung (selbstredend „verantwortlich“ durchgeführt) innerhalb des Evangeliums zwischen menschlich-sozialer Zutat und reiner Göttlichkeit steht hier ganz im Dienst der letzteren.

Herwig Büchele, Zu einer konkreten Ontologie der Gesellschaft, München und Salzburg 1974

In schwerfälliger Sprache, verständlichen Ausdrucks kaum fähig, interpretiert ein fundamental-ontologischer Jesuitenpater am Marxschen Werk, vor allem den *Pariser Manuskripten*, herum. Marx habe sich von der „konkreten Ontologie“ des „positiven Humanismus“ abgewendet hin zu der „abstrakten Ontologie“ einer „Dialektik, der das Subjekt entzogen ist“ (56). Das „Unbedingte im Bedingten“ nicht ernst genug genommen zu haben, sei Ursache dieser Fehlentwicklung. Was hat man unter „Unbedingtem im Bedingten“ zu verstehen? *Büchele* denkt an ein gewisses „soziales Apriori“, welches die Einheit

6 Den Ideologiebegriff in umgekehrter Richtung wendet ein schwedischer Theologe an: Per Frostin, *Materialismus, Ideologie, Religion*, München 1978.

7 Vgl. Dieter Krause, *Der Ideologiebegriff im Marxismus*, in: *Das Argument* 103, Westberlin 1977, 337 ff.

zwischen den Menschen stiftet. Es ist das „Wir“, das sich in der Intersubjektivität des „Ich-Du-Er“ manifestiert. „Ich-Du-Er entdecken ihre Einheit im Wir“ (135). So etwas Ähnliches wie das Feuerbachsche „Gattungswesen“ dürfte der Autor meinen — hier allerdings Marx zugeschrieben —, ein dem einzelnen Menschen innewohnendes Bedürfnis nach Geselligkeit.

Kommt es nun durch Privateigentum zu Klassen, dann ist die „Intersubjektivität... in Sektoren zerfallen, in denen die Vollgestalt des Wir nicht zur Sprache kommt“ (189). Eine Wiederherstellung der klassenlosen Gesellschaft „als die materiell vermittelte Identität in Differenz von Ich und Wir“ (195) vom Proletariat zu erwarten, hält *Bücheler* nicht für richtig, weil dann die Freiheit „nur auf Kosten der Schaffung neuer Unfreiheit“ intendiert werden kann (202). Was also dann? Man müßte den „positiven Humanismus“ zur sozial-ethischen Norm erheben. Aber wie? Kein Mensch vermag innerhalb der Entmenschung das Bild vom heilen Menschen verbindlich zu ergründen. Als *Deus ex machina* springt Deus selbst in die Bresche: „Läge die Lösung dieser Frage nicht darin, daß der Mensch dieses sein Sein in der Form des ‚positiven Humanismus‘ nur als Gabe leben kann, weil es ihm gegeben ist?“ (229) Das „Unbedingte im Bedingten“, die „Einheit des Wir“ hat man als „vom Menschen nicht programmierbares und erzwingbares ‚Geschenk‘ zu verstehen“ (236), als Gabe von oben.

Walter Bienert, *Der überholte Marx*, Stuttgart 1974

An Begrenztheit werden die meisten bisher besprochenen Bücher noch von einem Werk übertroffen, das sich der — von Marxisten nie bestrittenen — These widmet, daß das Christentum als Religion besser sei als der Marxismus. Die Zurückweisung der Marx'schen Religionskritik in der *Einleitung* 1843/44, den sogenannten „acht Einwänden gegen die Religion“ betreibt der Autor durch ständige Wiederholung und Variierung der Behauptung, daß Marx zwar einige zeitbedingte Mißstände getroffen, aber nicht die ganze Größe der Religion erfaßt habe, nämlich Gott, die Offenbarung und den Glauben. In seinem Religionshaß habe er Entartungen zu Wesenskomponenten unzulässig verallgemeinert. Von der Verteidigung geht *Bienert* zum schonungslosen Gegenangriff über — auf die materialistische Geschichtsauffassung, die „Weltanschauung“ von Marx. „Indem Marx in seiner Ökonomie alles unter ökonomischen Gesichtspunkten verstand, verschloß er sich der Erkenntnis vieler Bereiche des menschlichen Lebens in ihrer Eigenständigkeit, auch der Religion und des Christentums“ (297). So ignoriere die auf den „ökonomisch begrenzten Torsomenschen“ (65) fixierte Theorie die „Freiheit“, das „Mitwirken der Religion“, das „Böse im Menschen“ und vieles mehr. Aufgrund der „ökonomischen Simplifizierung“ (206) werde die ganze Vielfalt der Welt „zu einer monotonen Einbahnstraße der Ökonomie“ (159).

Der zweite Hauptstrang der Kritik ist das ebenso alte Argument des angeblichen Religionsersatzes bzw. der Bezeichnung des Marxismus als „profaner Heilslehre“. Die Rede ist von „säkularisierter Analogie zum Sündenfall“ (168), wo es um Entfremdung geht. Der Kommunismus wird zum „irdischen Himmelreich“ (235). Und auch das revolutionäre Proletariat wird in der Sprache des Theologen zum „Diesseits-Erlöser“ (228) und Marx zu seinem „Propheten“ (201). Indem der Marxismus aber bestenfalls eine weltanschauliche „Perversion der christlichen Eschatologie“ abgeben könne, sei er im Grunde gar nicht Ersatzreligion, auch nicht Religionsersatz, sondern — Aberglaube. Und *Bienert*, der, wie zu

sehen, selbst sprachlich nicht den geistigen Horizont der Theologie verlassen kann, verschießt sein letztes Pulver: „Irgendwelchen irdischen Mächten — nicht aber Gott — die Lenkung der Menschheits- und Weltgeschichte zuzuschreiben, das ist Aberglaube“ (363). Nachzumerken ist noch, daß sich der Verfasser im Vorwort rühmt, „in mehr als vier Jahrzehnten“ sich an die kritische Würdigung der Marxschen Religionskritik herangearbeitet zu haben.

Weder dem Theologen, der sich mit Marx beschäftigt, noch dem politisch rechtsstehenden Politikwissenschaftler, ob dieser nun mit dem „Dritten Weg“ kokettiert oder offen auf dem „ersten“ daherschreitet, fällt irgendetwas Neues ein: Gemeinsam strapaziert wird in der Regel die „ökonomische Verengung“; als theologische Besonderheit tritt das Heilslehrenargument hinzu, vor dessen Anwendung aber auch die Konservativen nicht zurückschrecken.

Ludwig Kröner, *Eschatologie bei Marx?*, Nürnberg 1977

Die wissenschaftlich seriöse theologische Dissertation kommt zu einer klaren Ablehnung der Terminierung „Eschatologie“. Von den 20er bis in die 50er Jahre war Eschatologie, also Heils- und Erlösungslehre, ein wichtiger Diffamierungsbegriff gegenüber dem Marxismus, um ihn als Pseudoreligion, letztlich als Aberglauben abzuqualifizieren. Dies fand sowohl in religiösen als auch nichtreligiösen Kreisen statt. Zurecht bringt der Autor die Erstanwendung dieses theologischen Begriffs auf den Marxismus (1920) mit der Oktoberrevolution in Verbindung. *Kröner* untersucht zunächst ausführlich die komplexe Entwicklung der Kategorie „Eschatologie“ innerhalb der christlichen Fundamentaltheologie, wobei er zu dem Ergebnis gelangt, daß dort der Terminus ohne ein Jenseits nie ernstlich gedacht worden ist. Das „Eschaton . . . ist das Endgültige, das die Geschichte aufhebt und beendet, ist das, was von selbst kommen wird“ (56). Eschatologie ist „Zukunftserwartung der Wiederkunft Christi“. Verdienstlich ist die ideengeschichtliche Analyse der sog. religiösen Sozialisten (*P. Tillich u. a.*), die im ersten Drittel unseres Jahrhunderts von theologischer Seite eine Annäherung an den Marxismus versuchten, indem sie das „Reich Gottes“ als positiv mögliche Einrichtung des „Diesseits“ interpretierten.

Mögen gewisse formale Analogien zwischen Christentum und Marxismus bestehen — beides sind schließlich Weltanschauungen — und mag es bei der Sozialdemokratie der 20er Jahre passive Erwartungshaltungen auf einen von selbst kommenden Sozialismus gegeben haben —, für den Marxismus trifft gerade das Gegenteil einer Eschatologie zu (hier beruft sich der Autor auf seinen Lehrer *Zeltner*): im Marxismus wird die Zukunft „von den geschichtlich handelnden und leidenden Menschen herbeigeführt“, und zweitens endet damit nicht die „Geschichte überhaupt“, sondern nur ihre Vorgeschichte (136). Damit haben *Zeltner* und *Kröner* die spezifische Differenz herausgearbeitet.

Unter dem besonderen Titel „*säkularisierte Eschatologie*“, also Erlösungsglaube, dem alle wesentlichen Eigenschaften einer Religion bis auf den Jenseitsgedanken zueigen sind, wurde der Marxismus — verkürzt auf historischen Materialismus — dann vor allem in den 30er und 40er Jahren von bürgerlichen Marxkritikern behandelt. Besonders *Löwith* hatte sich seit den 30er Jahren damit hervorgetan und mit seinem Spruch: „Der historische Materialismus ist Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie“ viele Nachschreiber gefunden — die sich heutzutage wieder breitmachen, nachdem man den Wiedererwecker dieser Tradition, *Künzli*, in den 60er Jahren noch für ein Fossil jener plumpen Form der

Marxinterpretation halten konnte (weil damals noch das Auspielen des Jungen gegen den alten Marx vorherrschte). Löwitschs „Reich Gottes ohne Gott“ hält Kröner übrigens für einen Widerspruch in sich, genauso unsinnig wie ein „Industrieland ohne Industrie“. Dem ist beizupflichten — mit der Ergänzung, daß das Scheitern des oft versuchten „Marxismus“ ohne Marx ebenfalls in solcher Widersprüchlichkeit seinen Grund hat.

Was an Kröners Arbeit so angenehm auffällt, ist die Unbefangenheit und Nüchternheit, mit der ein Nicht-Marxist an Fragen des Marxismus herangeht. Sie ist selten geworden, die wissenschaftliche Sachlichkeit (bzw. sie war bei diesem Gegenstand nie weit verbreitet), die sich jenseits der Grenzen ihres Themas mit weltanschaulichen Äußerungen zurückhält. Eine Ausnahme unter den vielen bürgerlichen Marxismusspezialisten!⁸

III. Herkömmliche und modern ökonomisierende Entfremdungstheorien

Der Begriff „Entfremdung“ ließ in den 50er und 60er Jahren die Herzen der Marxologen höher schlagen. Es kann gezeigt werden, daß sich hier wohl am meisten geändert hat. Zuerst sei ein Vertreter der alten Schule vorgestellt, in der Variante ‚philosophischer Tiefe‘. Danach erfolgt die Auseinandersetzung mit den lohnenswertesten Neuerscheinungen zum jungen Marx.

Ekkehard Frantzki, *Der mißverstandene Marx*, Pfullingen 1978

Wenn ein Vertreter einer „metaphysischen Ontologie“ die Marxsche „philosophische Grundstellung“, die „primär in den frühen Schriften, vor allem in denen der Pariser Zeit, sichtbar ist“ (179), ans Licht bringen will, dann darf man eine „metaphysich-ontologische“ erwarten. In diesem Falle eine Ontologie der Subjektivität. Jedenfalls steht Marx am Ende des ersten Abschnitts über die abendländische Philosophiegeschichte als Denker der „neuzeitlichen Subjektivität“ da, und als solcher tritt er in den zweiten Teil ein, der von seiner „Metaphysik der Arbeit“ handelt.

Anknüpfend an Marxens Satz von der Arbeit als dem subjektiven Wesen des Privateigentums hält es der Autor grundsätzlich für verfehlt, Privateigentum, Kapital oder sonstige objektive ökonomische Gegebenheiten als Ursachen von Entfremdung aufzufassen, weil dann „die entfremdete Arbeit durch etwas außer ihr selbst Liegendes“ (165/6) erklärt würde. Soweit steht Frantzki auf dem Standpunkt des Pariser Marx, der es zurückwies, ökonomische Fakten außerhalb des arbeitenden Menschen anzusiedeln. Aber sogleich wird dieser Standpunkt wieder verlassen, oder anders: er wird zu völliger Versubjektivierung ausgedehnt. Der Ort der Entfremdung liege innerhalb des Subjekts, seiner „Seinsweise“; entfremdete Subjektivität sei Bedingung aller objektiven Entfremdung — Ware, Geld, Kapital —, deren Gesetztheit durch Subjektivität der Marx des „Kapital“ übrigens völlig aus den Augen verloren habe (190).

Wie kommt es aber zur entfremdeten Verfaßtheit des Subjekts, fragt dieser einzige von mir aufgespürte Frühschrifteninterpret der herkömmlichen Schule der Entfremdungsphilosophie. „Die Entfremdung gründet weder in äußeren, historisch bedingten Fak-

⁸ Zur Religionskritik hat auch der mit der Reduktion des frühen Marx auf seine junghegelianischen Quellen beschäftigte Brite David McLellan, *Die Junghegelianer und ihr Einfluß auf Karl Marx*, Stuttgart 1974 (engl. 1969) etwas zu sagen.

toren... , sondern einzig in der einen Gegebenheit, dem Ichvollzug selbst und als solchem" (176). Der dunkle Jargon erleichtert nicht den Zugang zu den Ansichten des Autors. „Bedürfnis und Bedürftigkeit konstituieren allererst entfremdete Arbeit und damit... die Möglichkeit bestimmter ökonomischer Fakten. Sie bilden daher die eigentliche Härte der Realität — und nicht das, was aus ihnen folgt" (188). Daß die Subjektivität die eigentliche „Härte“ des Seienden bilde, nicht das Objektive, diese Idee macht für den Autor das spezifisch „Ontologische“ aus.

Mit dem Begriff „Bedürfnis“ glaubt *Fräntzki*, die innere Ursache der inneren Entfremdung der Subjekte gefunden zu haben. Dazu hat man sich in eine eigentümliche Dialektik hineinzudenken: Ursprünglich nichtentfremdet sei Arbeit freier Ichvollzug auf der Grundlage natürlicher Triebhaftigkeit gewesen. Mit der Verwandlung von Trieb in Bedürfnis wurde die menschliche Arbeit aus freier Tätigkeit in ein Mittel zur Befriedigung eines Bedürfnisses verwandelt, d. h. für einen Zweck außerhalb ihrer selbst degradiert. Die Welt ist nur mehr für das Bedürfnis da, sie wird „in das Eigene abgewendet“. „Indem Marx vom Bedürfnis des Menschen ausgeht, geht er schon von der Entfremdung in ihrer subjektiven Verfaßtheit aus... Mit dem Menschen als einem Bedürfniswesen ist die Entfremdung ‚in der Welt‘“ (193).

Nach der Versubjektivierung der ökonomischen Verhältnisse auf die vorausgesetzte Entfremdung innerhalb des Subjekts und ihrer Erklärung aus der Verwandlung des Triebs in das Bedürfnis, stellt sich die Frage, ob unter solchen Bedingungen Entfremdung wieder aufgehoben werden kann. *Fräntzki* lakonisch: „Wo Entfremdung spielt, da muß auch die Aufhebung der Entfremdung spielen“ (216). Was er damit meint, sagt er auch: Dazu müßte die menschliche Degradierung zum Bedürfniswesen wiederum negiert werden. Die Negation des Bedürfnisses, bzw. des Verhaftetseins in eigennützige Bedürfnisbefriedigung, brächte die nicht mehr entfremdete Arbeit mit sich. Diese setzt die „freigelassene Triebstruktur der Arbeit“ voraus, die den „Menschen aus der Selbstentfremdung, d. i. aus der Festgeleghtheit auf das Bedürfnis heraushebt“ (225). Der freie, seiner Bedürfnisse ledige Mensch arbeitet, um zu arbeiten. „Seine Arbeit ist nicht Mittel zum Zweck.“ (225)

Zur Begründung der idyllischen Arbeitsromantik des metaphysisch-ontologischen Menschen findet sich zwar kein Marxzitat mehr. Doch interessant ist immerhin zu erfahren, welchen geheimnisvollen Motor der Autor hinter diesem dialektischen Prozeß am Werk sieht. Es ist ganz einfach: Da am Anfang und Ende der „Trieb“ steht, der Trieb als solcher, ist er es, der den Prozeß in Gang hält, denn das Wesen des Triebes ist das „Treiben“. Nachdem er sich selbst zum Bedürfnis negiert hat, treibt er mit Notwendigkeit wieder über es hinaus zu seiner freien Entfaltung. „Im Unterschied zum Bedürfnis treibt der Trieb über das bloß Eigene hinaus... Der Trieb besitzt transzendierenden Charakter“ (223). Noch schöner klingt das metaphysische Märchen so: „Der Trieb west als sich stets steigender.“

Ob aber die mysteriöse Triebkraft wirklich funktioniert, darüber ist der Autor doch etwas skeptisch. Die gezeichnete Negation der Negation sei für die Menschen nur eine Möglichkeit — auf ontologisch: Seinsmöglichkeit: „Die Frage, ob gesagt werden kann, ob der Mensch sich diese Möglichkeit auch aneignet, ist dagegen völlig offen. Vieles spricht dafür, daß das nicht der Fall ist.“ Denn sowohl in West also auch in Ost scheinen die Menschen immer ausschließlicher den Konsum und Genuß zum obersten Ziel zu erheben. Doch sollte einmal die Aufhebung der Entfremdung wirklich ernstgenommen werden, dann brauche man wenigstens keinen Umsturz objektiver Verhältnisse: „Die eigentliche

Revolution im Marxschen Sinne besitzt keine politisch-gesellschaftliche Bedeutung und hat zu ihrer Durchsetzung weder besondere politische Instanzen (z. B. Parteien) nötig noch gar militärische Machtmittel“ (228). Aufhebung der Entfremdung hat ihre Stätte im Innern des Subjekts: „Solange das Wesentliche, die subjektive Freiheit, nicht wirklich ist, ist die Beseitigung der verobjektivierten Gestalten der Entfremdung eine untergeordnete, genauer eine sogar unmögliche Aufgabe“ (226). Daher: „Die primäre, nach Marx zu leistende Aufgabe des Menschen ist vielmehr der Überstieg über sich selbst als eines Bedürfniswesens. Diese Aufgabe ist nur von jedem einzelnen selbst, sofern er Gemeinwesen geworden ist, zu leisten.“ Aber ganz ohne Anleitung geht auch das nicht: „Das abendländisch-europäische Menschentum hat hierbei eine führende Rolle zu übernehmen“ (227).

Einmal davon abgesehen, daß sich m. E. für letzteren Zweck morgenländisch-asiatische Gurus mindestens ebensogut eignen würden — die angebliche Neuentdeckung des jungen Marx ist nichts als ein in „ontologische“ Sprechblasen gehüllter, absolut gesetzter Subjektivismus. Unüberschaubarer apologetischer Effekt, die wirklichen Ursachen und Aufhebungsbedingungen von Entfremdung hinwegzuschwätzen. Durch ihre Bindung an die Bedürfnisse schlechthin macht unser Philosoph Entfremdung zu einer abstrakten, systemneutralen, ja nichtssagenden Kategorie.

In der Tat will Marx die objektiven ökonomischen Fakten, wie das Privateigentum, auf ihren — nennen wir es einmal so — eigentlichen Seinsgrund hinterfragen, und er glaubt 1844, diesen in der entfremdeten Arbeit gefunden zu haben. Marx korrigierte sich bald (schon stellenweise im Manuskript), bis er später Privateigentum und Entfremdung als zwei Seiten eines und desselben objektiven Verhältnisses — des Kapitalverhältnisses — erkannt hatte. Davon weiß *Fräntzki* gar nichts. Sein Geschäft besteht darin, gewisse unvollkommene Formulierungen von 1844 subjektivistisch zu überziehen. Ganz gewiß ist Entfremdung keine Konsequenz der auf Bedürfnisbefriedigung gerichteten Arbeit. Es ist ja gerade im Gegenteil die Trennung zwischen Arbeit und Bedürfnis, die Beziehungslosigkeit der Arbeit auf die konkreten Bedürfnisse und ihre Subsumtion unter den abstrakten Zweck der maßlosen Kapitalverwertung, was sie zu entfremdeter Tätigkeit macht. Spräche *Fräntzki* vom Bedürfnis der Kapitalverwertung, dann könnte man mit seiner Bedürfnistheorie der Entfremdung evtl. etwas anfangen. Er meint indessen ausschließlich Bedürfnisse nach Gebrauchswerten als Entfremdungsgrund.

Dementsprechend falsch sein Bild vom Kommunismus. Dieser bietet die Chance zu nichtentfremdeter Arbeit in Wahrheit dadurch, daß bei ihm die materiellen und ideellen Bedürfnisse ebenso wie ihre Befriedigungsmöglichkeiten durch ihre Entfaltung zur freien Totalität im Mittelpunkt der menschlichen Tätigkeit stehen; daß der Kommunismus die Bedürfnisse nicht negiert, sondern optimal zu befriedigen und weiterzuentwickeln versucht. Selbst auf dem Standpunkt der *Pariser Manuskripte* kann der Autor für seine Vorstellungen keine Anhaltspunkte finden. Ausdrücklich verweist Marx dort darauf, welche „Bedeutung unter der Voraussetzung des Sozialismus die Reichheit der menschlichen Bedürfnisse und daher sowohl einer neuen Weise der Produktion als auch ein neuer Gegenstand der Produktion hat“. Und es ist nur „innerhalb des Privateigentums“ (trotz seines subjektiven Wesens ein objektives Faktum), daß es „umgekehrte Bedeutung“ hat.“ Deshalb geht es Marx bewußt um die „Emanzipation der Gesellschaft vom Privateigentum“,

die seiner Meinung nach keineswegs auf dem Wege der Besinnung jedes einzelnen auf seine innere Freiheit zustandekommt, sondern „in der politischen Form der Arbeiteremanzipation sich ausspricht“.¹⁰ Was danach kommt — die Arbeit unter freiem Antrieb — wir behalten sie zusammen mit unserm Philosophen im Auge; aber wir vergessen nicht, daß auch im Reich der Freiheit die Menschen essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen. Auch freie Arbeit geht auf Bedürfnisse. Mag unser Ontologe über die materiellen Bedürfnisse zeitweilig hinwegmeditieren — er würde bald sein eigenes Sein kritisch vermissen, würde er in dieser Abstraktion verharren.^{11/12}

Sozialistische Studiengruppen (SOST), Entfremdung und Arbeit. Kommentar zu den ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844, Hamburg 1980

Da die Gruppe bisher durch sachkundige Kommentare zu den späteren ökonomischen Schriften von Marx bekannt geworden ist, geht man an die Lektüre dieser neuen Textanalyse nicht mit niedrigen Erwartungen heran. Der Hauptgedankengang stellt sich mir so dar:

Im ersten Manuskript gelingt es Marx, den von der bürgerlichen Ökonomie zwar herausgearbeiteten, aber nicht vermittelten Widerspruch zwischen der Arbeit als einziger Quelle des Reichtums und dem Anspruch des Privateigentums auf diesen noch zugespitzter zu fixieren. Warum der Arbeiter um so ärmer wird, je mehr Reichtum er produziert — diesen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital versucht Marx durch Rückführung des faktischen Ausgangspunkts der Ökonomie, des Privateigentums, auf das zugrundeliegende soziale Verhältnis der entfremdeten Arbeit in den Griff zu bekommen. Als soziales Grundverhältnis gilt ihm das des Produzenten zu seinem Produkt: dieses tritt jenem als fremdes Wesen und einem anderen gehörig gegenüber. Andererseits ist Marx nicht in der Lage, diesen Vorgang auch zu erklären. Als Widerspruch muß ihm der Gegensatz zwischen dem Recht der Arbeit und dem Recht des Kapitals solange erscheinen, wie er nicht zwischen dem äquivalenten Ankauf der Arbeitskraft in der einfachen Zirkulation und dem Austausch von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit als zwei verschiedenen, aber ineinander umschlagenden Aneignungsgesetzen der kapitalistischen Produktion unterscheiden und vermitteln kann. Die Vermittlung kann nicht gelingen, weil „Marx nicht ausgehend von der Ware dem Gang der ökonomischen Formbestimmungen gefolgt ist, vielmehr das Verhältnis des Arbeiters zum Produkt zum Ausgangspunkt gemacht hat“ (62) — er also, statt zuvor das einfachere Verhältnis zu analysieren, „an einem schon entwickelten komplizierten Verhältnis“ ansetzt.

Der Mangel an systematischer Rekonstruktion der ökonomischen Verhältnisse ist nach Meinung der SOST für Marx der Grund, daß „die Bestimmungen der Entfremdung (...) ihm sogar zum Teil noch in bloße Negation eines nicht entfremdeten Zustands (abrut-

10 a. a. O., 521.

11 Zugegebenermaßen kann sich Fräntzki eine gewisse „Idealisierung der Arbeit“ in den Pariser Manuskripten zunutze machen, wo Marx den Unterschied vom Tier in der „freien bewußten Tätigkeit“, die „selbst frei vom physischen Bedürfnis produziert und erst wahrhaft produziert in der Freiheit von demselben“, sieht. Auf die „Metamorphose“ im Arbeitsbegriff seit der „Deutschen Ideologie“ hat F. J. Albers, Zum Begriff des Produzierens im Denken von Karl Marx, Meisenheim am Glan 1975, aufmerksam gemacht.

12 Nur hingewiesen sei auf Ingbert Knecht, Theorie der Entfremdung bei Sartre und Marx, Meisenheim am Glan 1975, weil er über der Beschäftigung mit Sartre kaum zu Aussagen über Marx kommt.

schen)“ (67) — ähnlich wie in seinen *Thesen zu James Mill*¹³, ja „daß Marx die Entfremdung der Arbeit überhaupt nur als Kontrastfigur eines fiktiven, nicht entfremdeten Zustands aufbauen kann“ (66).

In den beiden folgenden Manuskripten löst Marx seine „anfänglichen Verstrickungen in den Umschlag der Aneignungsgesetze“, indem er von der „einfachen Konfrontationslogik“ wekommt hin zur „Entwicklung der Formen der spezifischen Gesellschaftlichkeit der bürgerlichen Arbeit selber“ (93). Der Leser irrt sicher nicht, wenn er — in Interpretation der Interpreten — folgende drei Marxsche Ansätze zur Überwindung seiner „Unzulänglichkeiten“ aus dem *SOST*-Kommentar herausliest. Erstens habe Marx, nach der Rezeption *Ricardos*, die zuvor ignorierte Entwicklung der produktiven Potenzen der Arbeit auch in ihrer kapitalistischen, d. h. gegensätzlichen Form zu schätzen begonnen. Damit einhergegangen sei die Anerkennung der geschichtlichen Berechtigung des Privateigentums, da es die „materiellen und ideellen Bedingungen für die Umwälzung der bürgerlichen und zur Etablierung einer höheren Form der Produktion“ schaffe (108). Trotz eines noch vorhandenen „Schematismus“ kann Marx nunmehr den Kommunismus als „positive Aufhebung des Privateigentums“ auf hoher Entwicklungsstufe der Produktivkräfte begründen — im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Sozialisten, denen die Rückkehr zur scheinbaren Idylle kleiner Warenproduzenten vorschwebte. Zweitens: Gegenüber seiner ersten Behandlung in den *Thesen zu James Mill* wird dem Geldsystem kein „idealtypisches System der Bedürfnisse“ mehr gegenübergestellt, sondern es wird nüchtern als „Versachlichung gesellschaftlicher Verhältnisse“ charakterisiert — in gewisser Weise als eine Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit. Drittens: Der „spezifischen Gesellschaftlichkeit der bürgerlichen Arbeit“ kommt Marx abschließend noch näher, indem er die Teilung der Arbeit als neuen Ausgangspunkt für die Gesamtdarstellung des bürgerlichen Systems ausprobiert. Zumindest stellt Marx die entfremdete Arbeit als diejenige gesellschaftliche Form der Arbeit in Frage, von der aus die Entwicklung und Ausdifferenzierung des ökonomischen Kategoriensystems möglich ist.

Somit — als Resümee — braucht Marx nicht mehr „der kapitalistischen Wirklichkeit den Spiegel eines kommunistischen Ideals entgegenzuhalten“ (119), nicht mehr auf „ausgedachte Ideale“ (124) zu rekurrieren, sondern kann ohne äußeren Maßstab die immanenten Widersprüche des Kapital-Arbeit-Verhältnisses fassen: „Es tritt so innerhalb der materiellen Lebensverhältnisse selbst zutage, daß der Luxus die Armut und die Armut den Luxus produziert, der Widerspruch zwischen Luxus und Armut und die hierin ausgedrückte Entfremdung also prosaisch reell existiert.“ (130)

Man muß der *SOST* bescheinigen, wohl als erste so deutlich die rein ökonomischen Züge der Manuskripte betont zu haben. Das überrascht bei der theoretischen Vergangenheit und Gegenwart der Autorengruppe nicht. Die Methode, deren sich ihr Kommentar bedient, ist in sich konsequent: Vom Kenntnisstand des Marxschen Spätwerks aus wird Abschnitt für Abschnitt auf Ansätze bzw. auf „Unzulänglichkeiten“ gegenüber der reifen Gestalt der Theorie untersucht. Das ist oft produktiv und demonstriert, wie schnell sich Marx in das neue Gebiet der Ökonomie eingearbeitet hat und wie schnell er Fortschritte machte. Ich will hier weder auf m. E. fehlerhafte Details eingehen (daß Marx angeblich Produktionsmittel mit ihrer Kapitalform verquickt habe (62, 65) oder der Entfremdung

13 Gemeint sind die Marxschen Anmerkungen in seinen „Auszügen aus James Mills Buch ‚Eléments d'économie politique‘“, die er im ersten Halbjahr 1844 geschrieben hat. MEW-EB 1, 443—463.

ein System der freien Arbeit von Warenproduzenten gegenübergestellt habe (77), noch mich länger mit der von Wunschdenken diktierten These aufhalten, daß die geistige Weiterentwicklung von Marx in den Manuskripten bis zum „vollständigen Programm zur Revolutionierung der Wissenschaft von der Geschichte“ (Vorbem.) gereicht habe. Hier wird bewußt, wie auch in anderen Schriften der Gruppe, Ökonomiekritik des Kapitalismus gegen den historischen Materialismus als selbständige Wissenschaft ausgespielt; abgesehen davon, daß der geistige Entwicklungsprozeß von Marx innerhalb der drei Manuskripte — zwar verdienstlich zum Thema erhoben — aber in seiner Reichweite überbetont wird. Erst die *Deutsche Ideologie* — nicht schon das zweite oder dritte Manuskript — hat völlig mit jeglicher „Konfrontationslogik“ zwischen Ideal und Wirklichkeit gebrochen. Die Trennung von der anthropologischen Methode wird so implizit vorverlegt (explizit wird sie überhaupt nicht zur Sprache gebracht).

Damit ist das Kernproblem des Kommentars überhaupt berührt. Die bei gegebener Interpretationslage der Manuskripte durchaus notwendige stärkere Hervorhebung ihres ökonomischen Gehalts scheint leicht in den entgegengesetzten Fehler umzukippen, die philosophischen Komponenten total zu ignorieren: ein Kommentar der Manuskripte, der den Einfluß *Feuerbachs*, ja dessen anthropologische Philosophie selber, überhaupt nicht erwähnt, kann weder der Kategorie „Gattungswesen“ gerecht werden noch „Entfremdung“ in ihrer zeitgemäßen Bedeutung verstehen. Wo sich die *SOST* darüber wundert, daß z. B. „Gattungswesen“ als „schlicht philosophischer Begriff“ (71) auftauche und sofort nach einer ökonomischen „Unzulänglichkeit“ sucht, um Marxens Verwendung einer solch unhistorischen Kategorie zu erklären, war es doch in Wahrheit Marxens positive Absicht, mit der Feuerbachschen philosophischen Anthropologie zwecks Begründung des Sozialismus in die Nationalökonomie einzudringen.¹⁴ Diese Scheuklappe der Autoren gegenüber den philosophischen Zügen der Manuskripte hängt aber auch mit der Form ihres Kommentars zusammen. Der einsame Dialog zwischen der als reifer Marx auftretenden Gruppe und dem jungen Marx von 1844 läßt weder irgendeinen anderen Interpreten zu Wort kommen, noch halten es die Autoren für nötig, mit einer Silbe die theoretische und politische Entwicklung von Marx, die Einflüsse auf ihn vor der Niederschrift der Manuskripte anzusprechen. Daß auf diese Weise die Absicht des Kommentars von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, „die überfällige Korrektur in der Einordnung der Frühschriften“ (Vorbem.) vorzunehmen, versteht sich von selbst.

Elmar Treptow, Die Entfremdungstheorie bei Karl Marx (unter besonderer Berücksichtigung des Spätwerks), München 1978

Diese Vorlesungsaufzeichnungen wollen hauptsächlich zeigen, daß Analyse der Entfremdung im Spätwerk „Analyse der Verkehrung und Versachlichung der Produktionsverhältnisse“ (Vorw.) ist. Die Verkehrung von Subjekt und Objekt, d. h. die Unterwer-

14 In einem Brief vom 14. August 1844 an Feuerbach schreibt Marx: „Sie haben . . . dem Sozialismus eine philosophische Grundlage gegeben.“ (MEW 27, 425). Der Zeitpunkt liegt kurz nach der Niederschrift der Manuskripte.

Nachzumerken ist an dieser Stelle, daß der Artikel „Luther als Schiedsrichter zwischen Strauß und Feuerbach“ von 1842 (MEW 1, 26/27) nicht als Dokument eines so frühzeitigen Einflusses Feuerbachs auf Marx herangezogen werden kann. Was der westdeutsche Historiker H. M. Saß vermutet hatte, hat die neuere Marx-Forschung bestätigt: Den Artikel hat Feuerbach selber geschrieben. Vgl. dazu den Beitrag von Inge Taubert im Marx-Engels-Jahrbuch I.

fung von menschlicher Arbeit unter die sachliche Herrschaft des Kapitals, die in der Waren- und Wertform (Warenfetischismus) nur ihre erste Stufe erreicht habe, werde von Marx in mehreren (bei *Treptow* sind es elf) Darstellungsschritten der zunehmenden Mystifikation durch die drei Bücher des *Kapital* durchgeführt, bis in der Gestalt des zinstragenden Kapitals die äußerste Verselbständigung und Entfremdung des Kapitals gegenüber seinem produktiven Ursprung entwickelt sei.

Daß Verhältnisse zwischen Personen in ihrer Arbeit als Verhältnisse von Dingen zueinander und zu Personen erscheinen, ist in der Tat eine die kapitalistische Warenproduktion in ihrer Totalität durchziehende Mystifikation, die man m. E. zurecht als Entfremdung bezeichnen kann. Zwar pointiert Marx den Entfremdungsbegriff im Spätwerk auf die spezifische Subjekt-Objekt-Verkehrung der Kapitalform als Herrschaft der Produkte über die Produzenten, aber es hindert nichts, diese Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die *Treptow* gleichermaßen als Inhalt des Kapitals ausmacht (6), in einen weiteren Entfremdungsrahmen „Versachlichung und Verdinglichung der Produktionsverhältnisse“ einzugliedern. Ich glaube nicht, daß hierdurch der Entfremdungsbegriff unzulässig verwendet wird. Dennoch ist bei *Treptow* die „besondere Berücksichtigung“ des späten Entfremdungsbegriffs mit einer ökonomischen Überinterpretation der frühen Schriften verbunden.

Ähnlich wie bei der *SOST* wird diese immanente Gefahr zur Realität. Wenn er erklärt, daß „Entfremdung für Marx — und zwar im Früh- und Spätwerk — in dieser Subjekt-Objekt-Verkehrung und Versachlichung (besteht), daß den Menschen das Resultat ihrer eigenen Tätigkeit fremd wird, indem es ihnen in sachlicher Gestalt verselbständigt gegenübertritt und sie beherrscht“, so konzidiert er zwar, daß er den Zusammenhang damit nur „auf die abstrakteste Formel gebracht“ habe. Indessen wird eine konkrete Differenz bei ihm nirgends sichtbar. Im Gegenteil: die „vier Aspekte der entfremdeten Arbeit“ aus den *Pariser Manuskripten* werden bereits zu „Skizzen“ stilisiert, die im Spätwerk lediglich „konkret erfaßt“ zu werden brauchen. Daß die Entfremdung im Frühwerk eine vom idealen Gattungswesen des Menschen ist, verkennt der Autor völlig. Dies wird besonders deutlich, wenn er die „Entfremdung vom Gattungswesen“ als „Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung“ (62) interpretiert. Die Entfremdungstheorie sei in den *Pariser Manuskripten* bereits von jeglicher Normativität frei gewesen: „Die Kritik der Entfremdung ist immanente Kritik oder Logik der Sache.“ (64) So weit ist Marx 1844 noch nicht. Und unzulässigerweise werden den Manuskripten Gedanken aus der *Deutschen Ideologie* unterlegt: „Dementsprechend ist die Perspektive der Aufhebung der Entfremdung, der Selbstbestimmung oder Freiheit an der Dialektik der sozialökonomischen Verhältnisse orientiert. . .“ (64)

Es ist zwar methodologisch korrekt, vom Spätwerk her die Entfremdungstheorie zu rekonstruieren. Aber solches Vorgehen darf nicht dazu führen, die Ansätze aus den *Pariser Manuskripten* schon so weit *Kapital*-gerecht umzuformen, daß ihre Eigenart völlig unter den Tisch fällt. Bei der Vernachlässigung der philosophischen Komponenten der Manuskripte ist es nur konsequent, wenn *Treptow* bei der gleichen Schlußfolgerung wie die *SOST* landet: „Der Hauptmangel der Entfremdungstheorie ist deshalb kein philosophischer, sondern das Fehlen einer Wertformanalyse.“ (65)

Siegfried Wollseiffen, *Herrschaft und Entfremdung*, Kiel 1976

Zu einer ökonomischen Einengung gesellt sich in dieser Dissertation, die ebenfalls vom Spätwerk her argumentiert, eine historische Ausweitung des Entfremdungsbegriffs. Herrschaft und Entfremdung seien die jeweiligen Kehrseiten eines und desselben Klassenverhältnisses, nicht nur des bürgerlichen, sondern auch aller geschichtlich vorausgehenden. „Wo eigene Arbeit von anderen verwaltet und genutzt wird, muß sie — so Marx — zur entfremdeten werden.“ (102) In diesem weiten Sinne ist Entfremdung identisch mit Enteignung der Produzenten vom (eigenen) Mehrprodukt durch die Gewalt der Herrschenden. Somit ist das Mehrprodukt die „Substanz der Entfremdung“ (109) wie die Substanz von Herrschaft. Spezifisch kapitalistische Substanz von Entfremdung ist der Mehrwert als die besondere gesellschaftliche Form des Mehrprodukts.

Der Vorteil dieser Interpretation besteht m. E. in der eindeutigen Beziehung der Entfremdungskategorie auf einen ökonomisch fundamentalen Sachverhalt, die Produktion von Mehrprodukt, zur Kennzeichnung der Lage aller arbeitenden Klassen vor ihrer Befreiung. Problematisch wird dieser Versuch indessen in Konfrontation mit der Marxschen Verwendungsweise des Entfremdungsbegriffs. Zunächst zum Spätwerk: Auch im *Kapital* und seinen Vorarbeiten, wo mit Entfremdung das Kapitalverhältnis charakterisiert wird, ist Entfremdung nicht nur auf das Mehrprodukt als Überschuß über das notwendige Produkt bezogen. Es ist das ganze Produkt, welches dem Arbeiter entzogen wird und ihm fremd und selbständig — eben als Kapital — gegenübertritt. Will sagen: nicht nur der Mehrwert ist dem Lohnarbeiter entfremdet, sondern der ganze Produktionsprozeß und sein Produkt. Wenn das etwa im Feudalismus anders war, wenn sich ein stofflich identisches Produkt in einen eigenen und einen an den Feudalherrn abzuführenden Teil spaltete, so verschwindet diese Differenz in der allgemeinhistorischen Fassung der Entfremdungstheorie; dadurch erscheint der ganze Versuch der historischen Ausweitung etwas fragwürdig.

Die ökonomistische Einengung bei den *Pariser Manuskripten* liegt an unzureichendem Textverständnis. *Wollseiffen* analysiert bei der entfremdeten Arbeit nach der Entfremdung vom Produkt und der Selbstentfremdung die Entfremdung vom Gattungswesen als dritte und die Entfremdung des Menschen vom Menschen als vierte Bestimmung. Diese letzte Form der Entfremdung, die in den Manuskripten eindeutig eine Konsequenz der Entfremdung vom Gattungswesen ist und mit der Feuerbachschen Anthropologie von der wahren Bestimmung des Menschen genauso untrennbar verbunden ist wie jene, wird vom Autor problemlos bereits im Sinne des ökonomischen Herrschaftsverhältnisses der Menschen zueinander verstanden. Gerade das hat Marx noch nicht gemeint (weshalb *Wollseiffens* Kritik auch deplaziert ist) (32). Wenn Marx einige Zeilen später auf das Klassenverhältnis zu sprechen kommt, dann geht er es nicht von der dritten und vierten Bestimmung der Entfremdung an, sondern von der ersten, der Entfremdung des Arbeiters vom Produkt. Denn er fragt, wem das Produkt der Arbeit gehört, und identifiziert den „Kapitalisten“ als die „fremde Macht über den Menschen“. Ich will nicht auf Wortklauberei hinaus, sondern auf ein angemessenes Verständnis der damaligen geistigen Entwicklungsstufe von Marx, der man — und hier treffen sich *Wollseiffen*, *Treptow* und *SOST* — keinesfalls durch ein Absehen von den anthropologischen Bestandteilen des Entfremdungsbegriffs gerecht werden kann.

Der Vernachlässigung der ökonomischen Seiten der *Pariser Manuskripte* und des Entfremdungsbegriffs durch die philosophierende Frühschrifteninterpretation der 50er und 60er Jahre scheint — unter Einfluß der Rezeption der ökonomischen Spätschriften — eine Neigung zur Außerachtlassung, ja Leugnung der philosophisch-anthropologischen Züge durch Überbetonung der ökonomischen Erkenntnisse in jener Schrift zu entsprechen. Wurde Entfremdung früher einseitig mit den Augen der Frühschriften betrachtet¹⁵, wird jetzt in die Manuskripte von 1844 bereits der ganze reife Marx hineininterpretiert oder dies mindestens versucht. Doch die Besonderheiten der Kategorien und der hinter ihnen stehenden Ansätze sind in beiden Perioden zu groß, als daß es eine derart nahtlose Kontinuität zwischen Früh- und Spätwerk geben könnte. Mit der spezifischen Problematik eines prinzipiellen Unterschiedes zwischen den beiden Etappen unter wissenschaftstheoretischem Aspekt befassen sich die Bücher, die im Anschluß an das nächste, das etwas aus dem Rahmen fällt, vorgestellt werden. Hinter der dann aufgeworfenen formalistischen Fragestellung „Normativität versus Determinismus“ artikuliert sich — notwendig verzerrt — die Marxsche Weiterentwicklung von Feuerbachscher Anthropologie zum historischen Materialismus.

Helmut Richter, Zum Problem der Einheit von Theorie und Praxis bei Karl Marx, Frankfurt 1978

Dieses Buch¹⁶, das sich als einzige Arbeit der jüngeren Zeit auf dem Niveau der internationalen Marxforschung — wenn auch leider nur bis vor Erscheinen der ersten MEGA-Bände (1975) — bewegt, ist, schon aus diesem Grund, nicht leicht einzuordnen. Da sein Hauptverdienst m. E. die Hervorkehrung des Einflusses der ökonomischen Studien auf die frühe Theorieentwicklung Marxens ist, paßt es noch am ehesten zu den Autoren, welche beim Frühwerk bzw. beim Entfremdungsbegriff das Hauptgewicht auf die ökonomischen Seiten legen.

Das Sollen aus den existierenden Formen des Seins zu entwickeln¹⁷, das heiße für die *Pariser Manuskripte*, den Sozialismus als „ontologische Wesensbejahung des Menschen als Gattungswesen“ (Marx) (228) historisch notwendig abzuleiten, und zwar gemäß dem dechiffrierten Hegelschen Anspruch einer gattungsgeschichtlichen Entwicklung des Menschen durch die Arbeit (216). Als Ergebnis der „Seinsanalyse“ der Gesellschaft des Privateigentums und der entfremdeten Arbeit (1. MS) ergebe sich für Marx das „Sollen einer Gesellschaftsform (...), das sich auf dem ‚wahrhaft menschlichen und sozialen Eigentum‘ gründet“ (225). Allerdings sei Marx diese geschichtliche Begründung des Sozialismus noch nicht gelungen. Vielmehr sei es eine Illusion von Marx, daß Privateigen-

- 15 Trotz der Bekenntnisse zum späten Werk entgeht auch der polnische Philosoph Adam Schaff, *Entfremdung als soziales Phänomen*, Wien 1977, nicht dieser Tendenz, wenn er die Entfremdungstheorie nahezu ungebrochen das Marxsche Gesamtwerk durchziehend darstellt.
- 16 *Einheit von Theorie und Praxis* (Buchtitel) bezieht sich hier auf die Person von Marx, seine Lebensform, d. h. ob er sich jeweils in der „Handlungspause der theoretischen Existenz“ oder in „politischer Praxis“ (z. B. als Redakteur) befunden hat. Durch seine Fragestellung übersieht Richter den Einschnitt in Marxens Verständnis der Einheit von Theorie und Praxis (sc. des Proletariats) seit der „Einleitung“ von 1843/44.
- 17 Diese Formulierung aus dem den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ vorangestellten Briefwechsel von 1843 wird von der neueren Marx-Forschung in ihrer Authentizität angezweifelt, da der Text vom Mitherausgeber Ruge stark überarbeitet worden ist. Vgl. I. Taubert, *Ein Briefwechsel von 1843. Zur Authentizität des Textes*, in: IML-Berlin, *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung* 1, Berlin 1977, 29 ff.

rum und Entfremdung kraft eigener historischer Gesetzlichkeit ihrer eigenen Aufhebung zueilten, eine Illusion, die — so *Richter* — aus der Übernahme der Ricardoschen „Stagnationslehre“ von den „natürlichen Grenzen des Wachstums“ oder, ökonomisch ausgedrückt, seiner Annahme des Falls der Profitrate aufgrund sinkender Bodenfruchtbarkeit herrühre. Wie dem auch sei (einiges spricht für diesen ökonomietheoretischen Hintergrund)¹⁸, *Richter* ist grundsätzlich beizupflichten: „Die Kluft zwischen der Ontologie der Einheit des Menschen mit dem Menschen und ihrer geschichtlichen Vermittlung ist damit von Marx in Paris nicht überbrückt worden...“ (256)

Nachdem auch die *Heilige Familie*¹⁹ mit dem Versuch gescheitert sei, mit Feuerbachscher Philosophie den Sozialismus zu begründen, bahne sich eine Lösung, d. h. Überwindung der „alten Ontologie“ erst mit neueren ökonomischen Studien an, die in den *Brüsseler Exzerpten* 1845²⁰ niedergeschrieben wurden. Es sei vor allem die Rezeption *Sismondís*, dessen Krisentheorie Marx verdeutlicht habe, „daß das Problem des Kapitalismus nicht die äußere Naturschranke der Bodenknappheit ist, sondern die immanente Gesetzlichkeit seiner Produktionsweise“ (286). Erst von hier aus werde die „neue Ontologie“ der *Feuerbach-Thesen* (1845) verständlich, welche die zuvor unterschätzte Bedeutung der „produktiven Praxis, der gesellschaftlichen Re-Produktion auf immer höherer Stufenleiter“ (291) erkenne. Obwohl es der Aussage *Richters* zuwiderläuft, daß bei seiner Interpretation nicht auf frühere „metaphysische Restbestände bei Marx“ (247) verwiesen zu werden brauche, meint er doch gerade deren Überwindung, wenn er nunmehr Marx eine „Ontologie der produktiven Praxis“ vertreten sieht (wozu er *Lukács* als Zeugen zitiert). Von der „produktiven Praxis auf immer höherer Stufenleiter“ ist es nach den Marxschen Studien über das Maschinenwesen (Englandreise mit *Engels*!) kein weiter Weg mehr zum historischen Materialismus der *Deutschen Ideologie* (1846), welche die „Geschichte der produktiven Praxis in der Form der Arbeitsteilung“ (329) begreife.

Soviel zur Interpretation, von der nach Abstreifung des aufgesetzten Ontologen-Vokabulars nicht nur eine für BRD-Verhältnisse ungewöhnliche Vertrautheit mit dem zeitgenössischen Forschungsstand bleibt, sondern auch das bemerkenswerte Anliegen, die Entwicklung Marxens von *Feuerbach* weg nicht einseitig als innerphilosophischen Prozeß oder als Abwendung von der Philosophie zur Ökonomie zu betrachten, sondern eine Einheit von Philosophie und Ökonomie von frühester Zeit an — *Pariser* und *Brüsseler Exzerpte*, aber auch schon *Kreuznacher Hefte* (1843) — nachzuweisen. Dies liegt auf der Linie der Kritik des sowjetischen Marxforschers *T. I. Oiserman* an solchen Vereinfachungen: „Die Herausbildung des historischen Materialismus wäre unmöglich ohne die ökonomischen Forschungen, die unmittelbar mit der Kritik der bürgerlichen ökonomischen Ideen verbunden waren.“²¹

Allerdings geht *Richter* m. E. zu weit, was den Einfluß der ökonomischen Studien, besonders die Abwendung Marxens von *Feuerbach* aufgrund der Rezeption *Sismondís* be-

18 S. MEW-EB I, 556.

19 Vgl. Wolfgang Mönke, *Die heilige Familie. Zur ersten Gemeinschaftsarbeit von Karl Marx und Friedrich Engels*, Berlin 1972.

20 *Richter* kann sich auf die Textanalyse der Originale stützen, die Günter Herre vor allem für die *Kreuznacher* (1843) und *Brüsseler Exzerpte* (1845) im Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte durchführen konnte. Vgl. Günter Herre, *Verelendung und Proletariat bei Karl Marx*, Düsseldorf 1973.

21 *T. I. Oiserman, Die Entstehung des Marxismus und einige Besonderheiten der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften*, in *M. Hahn/H. J. Sandkühler* (Hg.), *Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution*, Köln 1978, 91 ff.

trifft. Was dessen Wirkung auf die *Feuerbach-Thesen* angeht, so ist die Auffassung in meinen Augen nicht haltbar. Denn erstens ist das Spezifische der „Thesen“ nicht die „Akzentuierung der Praxis als wesentliches Moment menschlichen Seins“ (291). Diese hierzulande weitverbreitete Einseitigkeit (welche „Praxis“ übrigens weniger als produktive, sondern — etwas richtiger — als revolutionäre meint) ist *Richter* zwar nicht als Eigenprodukt anzulasten, wohl aber ihre kritiklose Übernahme. Zweitens, und das ist wichtiger, hat Marx die bestimmende Rolle der materiellen Arbeit in der Gesellschaft nicht erst hier, sondern bereits in den *Pariser Manuskripten* aufgedeckt. Nicht die Vernachlässigung der materiell-produktiven Praxis ist der Mangel der Manuskripte, sondern es ist gerade die theoretische Eingliederung der produktiven Arbeit (als entfremdete) in die damit prinzipiell unverträgliche abstrakt-statische Anthropologie Feuerbachscher Herkunft, welche Charakteristikum und Sprengstoff der *Pariser Manuskripte* in einem bildet. Es bleibt als verdienstvolle Antegung aus Richters Buch für die internationale Marx-Forschung, noch genauer den Einfluß der frühen ökonomischen Studien auf die Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung zu untersuchen.

IV. Die wissenschaftstheoretische Sicht des Verhältnisses der Früh- zu den späteren Schriften: Normativität versus Determinismus

Franz v. Magnis, *Normative Voraussetzungen im Denken des jungen Marx*, Freiburg/München 1975

Marxens Verhältnis zu normativen Wertungen als Unterscheidungskriterium zwischen den Schriften vor und nach den *Pariser Manuskripten* wird hier thematisiert. Stimmt es, so *Magnis*, daß nur die früheren Schriften „werturteilsgeladen“ sind, und daß seit der *Deutschen Ideologie* die objektive Geschichtsdialektik wertungsfrei analysiert werde?

Bereits in der *Einleitung* 1843/44 verwandle sich (nicht weiter begründetes) Interesse an proletarischer Emanzipation in Kritik, welche die bestehenden Verhältnisse am Werturteil der „wahren Wirklichkeit“ des Menschen messe. Oder in *Magnis'* formeller Terminologie: „Festzuhalten, daß Marxens Frage nach der Aufgabe der Kritik... argumentationslogisch das Werturteil voraussetzt, daß der bestehende Zustand dem Menschen unangemessen ist, weil er der Norm N nicht entspricht“ (76). Der Inhalt der „Grundnorm N“ werde auf anthropologischer Basis erst in den *Pariser Manuskripten* bestimmt: „Es ist dem Menschen schlechthin unangemessen, als Mittel gebraucht zu werden.“ (143) Als Mittel sei der Mensch im Zustand der Selbstentfremdung. Diese Grundnorm in die „Anthropologie der Arbeit“ hineinplaziert, welche Marx aufgrund seiner Erkenntnis von der Selbstvergegenständlichung als Wesen des Menschen nunmehr vertrete — bringe das moralische Werturteil hervor: „Die bestehenden Verhältnisse sind dem Menschen schlechthin unangemessen, weil sie den Menschen zwingen, als Mittel zum Zweck des Überlebens zu arbeiten und dadurch sich selbst zum Mittel zu machen.“ (205) Sicherlich ist diese Bestimmung der entfremdeten Arbeit zu dünn geraten.²² Doch inhaltliche Interpretation ist nicht die Stärke von Wissenschaftstheoretikern. *Magnis'* Bedeutung liegt im Formellen, soll heißen: im formallogischen Existenznachweis von normativen Voraussetzungen überhaupt und von daraus abgeleiteten Werturteilen innerhalb des Argumenta-

²² Aufgrund seines unzureichenden Entfremdungsbegriffs ist Magnis nicht in der Lage, die spätere Herauslösung jener Kategorie aus dem anthropologischen Umfeld zu begreifen.

tionsgangs der *Pariser Manuskripte* (und zwar im Rahmen der von *Feuerbach*, sowie *Engels* und *Heß*²³ inspirierten Anthropologie der Arbeit). Selbstentfremdung ist entfremdete Arbeit, und diese Qualifizierung ist Analyse und moralisches Urteil²⁴ über den ökonomischen Zustand in einem.

Mit der *Deutschen Ideologie*, so *Magnis*, gehe Marx in ein extrem entgegengesetztes Selbstverständnis seiner Aufgabe über. Von *Stirners* Vorwurf getroffen, jegliches Ideal, auch das des Kommunismus, sei „Heiligenverehrung“, strebe Marx danach, eine streng objektive Notwendigkeit des Kommunismus nachzuweisen. Ohne hier über den wirklichen Einfluß *Stirners*, dem immerhin zwei Drittel jener Schrift gelten, zu streiten²⁵ — in diesem Punkt ist *Magnis* noch zuzustimmen: Marx betrachtet hier nicht als „Aufgabe der Kritik, der Gesellschaft vorzuschreiben, wie sie sich entwickeln soll, sondern die Bedingungen zu erforschen, nach denen sie sich entwickelt“ (243). Marx sei überzeugt gewesen, den Kommunismus als historisch unvermeidliches Ergebnis eines objektiven Prozesses bewiesen zu haben — und zwar eines objektiven Prozesses, der unabhängig von irgendwelchen Idealvorstellungen ablaufe. Zwar will *Magnis* damit nicht sagen, daß Marx von nun an zum uninteressierten Beobachter geworden sei und keine Wertungen „bestimmter parteinehmender Färbung“ (278) zugunsten des Kommunismus mehr abgegeben habe. Nur: „Der Unterschied zu früheren Schriften besteht darin, daß in der ‚Deutschen Ideologie‘ diese Wertungen keine argumentationslogische Funktion mehr innehaben. Streicht man sie oder lehnt man sie ab, so werden dennoch die Aussagen der materialistischen Geschichtsauffassung im Grad ihrer Gültigkeit nicht berührt“ (331), was für *Magnis* natürlich noch nicht heißt, daß sie stimmen.

Wo die Differenz zwischen den Marxschen Entwicklungsetappen wünschenswert klar formuliert ist, beginnt allerdings auch schon das Mißverständnis von *F. v. Magnis*. Denn wenn er äußerlich akzeptabel schreibt, daß Marx die proletarische Revolution als von Idealvorstellungen unabhängiges Resultat der Geschichte begriff, so tritt die dahinter verborgene falsche Vorstellung von der Rolle des Bewußtseins erst dann an den Tag, wenn er die Scheinalternative konstruiert: Will Marx „nur ein abstraktes Moralisieren“ ablehnen, ein „Herantragen von Sollensforderungen an die Wirklichkeit ohne jeden Bezug auf deren Wirkungsgesetzlichkeiten“, will er also realitätsnähere Wertungen noch zulassen²⁶ — oder will er „Sollensforderungen überhaupt“ zurückweisen, was, so *Magnis*, „nur unter der weiteren Voraussetzung eines absoluten Determinismus vernünftig wäre“ (244).

23 Zu Heß ist erschienen: Bruno Frei, Im Schatten von Karl Marx, Moses Heß — Hundert Jahre nach seinem Tod, Wien-Köln-Graz 1977.

24 *Magnis* legt auf die Feststellung Wert, daß Entfremdung bei Marx keine psychologische Kategorie ist, die „Frustration“ oder „negative subjektive Befindlichkeit“ (223) ausdrücke. Entfremdung sei eine moralische Kategorie.

25 *Magnis* verweist auf McLellans Buch über die Junghegelianer (vgl. Anm. 8 dieses Beitrags), wo dieser Einfluß als ausschlaggebend für Marxens Distanzierung von Feuerbach behauptet wird.

26 In dieser Richtung lief auch Helmut Fleischers Kompromißversuch (ders., Marx und Engels, Freiburg/München 1970) einer historisierten „Geschichts- und Sozialanthropologie“: Mit den Feuerbachthesen beginne der Übergang von einem „übergeschichtlichen Maßstab“ zu „konkret-bestimmten Normen oder Desideraten des Humanen“ (53), nachdem Marx die Wandelbarkeit der menschlichen Natur erkannt habe. Helmut Fleischer — und das mußte in der groben Einleitung dieses Beitrags untergehen — ist neben Alfred Schmidt vielleicht der einzige, der schon Anfang der 70er Jahre, mit jener Zwischenposition, in der Bundesrepublik die allzusehr auf das Entfremdungsproblem beschränkte Frühschrifteninterpretation in Frage stellte.

Magnis sieht Marx das Kind mit dem Bade ausschütten. Von *Stirner* gefordert, den Kommunismus als objektive Geschichtstendenz zu begründen, lande er beim absoluten Determinismus, weil er „jeden Anschein leeren Moralisierens“ (270) vermeiden möchte. Doch „statt nur leere Einbildungen zu treffen, verleugnet er das Denken und seine praxisleitende Funktion überhaupt“ (270). Diesen Vorwurf kennt man schon von den „Vereinerungstheoretikern“, deren Argumente der „Wissenschaftstheoretiker“ hier voll übernimmt. Doch vorerst zu *Magnis'* Gegenvorschlag: Um nicht im berechtigten Interesse, realitätsfernes Moralisieren zurückzuweisen, durch monistische Reduktion auf objektive Gesetze zugleich auch realitätsbezogene Zielvorstellungen auszuschließen, muß man auf der geschichtlichen Wirksamkeit des „rationalen Diskurses“ der Subjekte bestehen. Rationaler Diskurs ist die einzige Möglichkeit, um dem von vornherein auf kommunistische Zukunft festgelegten Determinismus zu entgehen und um Wege für einen „Interessenausgleich“ innerhalb der Struktur des Privateigentums zu finden. Interessenausgleich? Kein Wunder, daß der Autor vom Rezensenten des dritten Wegs gute Noten erhält.²⁷ Aber die politische Einstellung *Magnis'* steht hier nicht zur Debatte, auch wenn sie den Hintergrund seiner wissenschaftlichen abgibt. Gleichwohl ist interessant, daß dort, wo die Analyse des Marxschen Werkes aufhört und die Kritik beginnt, immer wieder auf die ausgefahrenen Geleise des angeblichen monistischen Reduktionismus zurückgekehrt wird.

Laut *Magnis* ist es aber *Marx*, der ins Schleudern gerät. Behaupte dieser einerseits die „Wertunabhängigkeit“ der Errichtung des Kommunismus (303), so würden von ihm die eigenen subjektiven Wertvorstellungen doch in scheinobjektiver Form „als Behauptungen über das ‚Sein‘ der geschichtlichen Akteure wieder in die Argumentation zurückgeschmuggelt“ (468). Das wertende Eigeninteresse werde nur verhüllt. „Er will das, woran er ein Interesse hat, als von diesen Interessen unabhängiges Ergebnis der Geschichte erweisen.“ (270) Und so funktioniere die proletarische Revolution in Wahrheit auch nur, wenn das Proletariat die Wertvorstellungen von Marx übernimmt, was dieser indessen so nicht aussprechen darf, da es das Eingeständnis einschliesse, daß „Wertvorstellungen eine konstitutive gesellschaftspolitische Bedeutung haben könnten“ (405).

Im Kern handelt es sich hier um ein gründliches Unverständnis des Verhältnisses zwischen Theorie und Praxis. Um es klar zu sagen: Marx hat dem Denken praxisleitende Funktion nicht abgesprochen. Weder seinem eigenen, noch dem des Proletariats. Daher legte er ja soviel Wert auf ihre Verbindung. Dies auch, bzw. dies erst, nachdem er moralisches oder überhaupt normatives Werten als immanenten Bestandteil seiner Theorie ausgeschaltet hatte — was *Magnis* richtig für die Schriften seit der *Deutschen Ideologie*, wenn auch nur als Marxsches Selbstverständnis, herausgearbeitet hat. Hier liegt in der Tat der Unterschied zu früheren Schriften, daß nicht nur einzelne Begriffe wie Entfremdung, sondern normative Kritik im Namen eines äußerlichen Ideals als Elemente der Theorie verschwinden. Aber warum werden jetzt die objektiven Gesetze der Geschichte selbst erforscht? Doch wohl nicht, weil Marx Denken und Werten für praktisch bedeutungslos hielt, sondern weil er das Denken und Werten — seit *Lenin* sprechen die Marxisten von Ideologie — des Proletariats auf wirkliches Wissen, anstatt auf mehr oder weniger abstrakte, unhistorische Ideale gründen wollte. Nicht verzichten mochte Marx auf eine Theorie, welche mit den objektiven Bedingungen der Existenz zugleich die Bedingungen der Be-

27 Thomas Meyer, Neuere Literatur über die Theorie von Marx, in: forum ds 8, Köln 1979, 171—176.

freierung der Arbeiter erkennt. Marx wollte zeigen, wie sich die kapitalistische Gesellschaft entwickelt und was die objektiven Lebensbedingungen dem Proletariat als Weg und Ziel seiner Befreiung aufzwingen. Aber er hat nie vergessen, daß das objektiv Notwendige des subjektiv Handelnden bedarf. Bewußtsein, Normen und Werte sollten aus dem Wissen folgen, sollten Ergebnisse einer wissenschaftlichen Theorie des Klasseninteresses des Proletariats sein und nicht mehr der Theorie vorausgesetzt werden. Aber hier muß der bürgerliche Wissenschaftstheoretiker auch nach Jahrzehnten Werturteilsstreit in den Sozialwissenschaften passen. Wissenschaftliche Ideologie, wissenschaftliches Werten — das ist für ihn das Widersprüchliche schlechthin. Werten und Wissenschaft sind für den Formalanalytiker Gegensätze, die er nicht vermitteln kann.

Niemals haben Marx und Engels „realitätsbezogene Zielvorstellungen“ als praxisirrelevant abgelehnt, wenn sie in Richtung Kommunismus wiesen. Worauf sich beide aber nie verlassen haben, war die spontane Entstehung des revolutionären Bewußtseins — auch nicht aus einem „intersubjektiven rationalen Diskurs“ als solchem. Umgekehrt: die Resultate wissenschaftlicher Analyse müssen vom Proletariat angeeignet werden (und sei's im rationalen Diskurs).

P. K. Schneider, Theorie der normativen Vernunft. Worauf die Linke nicht verzichten kann, München 1976

Zurück zu den Wurzeln des realen Humanismus des *jungen Marx* will der Autor, um den Marxismus von seiner Deformation zu ökonomischem Determinismus und klassegebundener proletarischer Partikularität zu befreien (15). Unter Berufung auf den Briefwechsel mit Ruge²⁸, daß die Vernunft immer schon, „nur nicht immer in der vernünftigen Form“²⁹ existiert habe, will Schneider diese ewige Vernunft wieder in ihrer ganzen normativen Kraft ausgraben. Als habe es seit jenen linkshegelianischen Sätzen keine geistige Weiterentwicklung von Marx gegeben, wird nun alles, was der Autor über Marxismus weiß, in das Korsett einer „normativen Konstante der menschlichen Vernunft“ (83) gepreßt.

Nach langweiligen wissenschaftstheoretischen Räsonnements — dem Spezialgebiet des Autors vor seiner Entdeckung Marxens — über Werturteilsfreiheit und normative Wertung ist es soweit: Die menschliche Vernunft kehrt sich kritisch gegen die Wirklichkeit. So in den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern*, in Stellen aus den *Grundrissen* und dem *Kapital*. Und in den *Pariser Manuskripten* schlüpft sie ins Gewand des menschlichen Gattungswesens, dem gegenüber die Welt zur entfremdeten wird, sowie des Naturrechts auf gemeinschaftliches Eigentum: „Naturrecht (ist) diese Applikation normativer Vernunft auf die Grundstrukturen möglicher gesellschaftlicher Formationen.“ (87)

Nachdem der Autor den wahren Marx bei seinen vernünftigen Wurzeln gepackt hat, grübelt er über die Durchsetzbarkeit der Vernunft nach, bzw. er fragt, „welche Steuerungsimpulse überhaupt von einer Theorie normativer Vernunft... auf den Reproduktionsprozeß fortgeschrittener und entwickelter Gesellschaften ausgehen können“ (129). Angesichts der Weltlage wird Schneider pessimistisch. Da er mit der „klassischen Revolution“ (147) nichts zu tun haben will und überdies eine „ökologische Katastrophe“ drohe

28 Vgl. Anm. 17 dieses Beitrags.

29 MEW I, 345.

(119), bleibt ihm nur die Hoffnung auf eine Reform des Bewußtseins — selbstverständlich „interpersonal“ und in „rationalem Diskurs“.

Welches ist also die „Grundforderung der Vernunft gegen die Gesamtheit der menschlichen Lebensverhältnisse?“ (123) Es ist die Forderung nach dem „Menschen als Selbstzweck, seiner freien, gemeinschaftlichen und allseitigen tätigen Kraftentfaltung“ (125). Das sind schöne Sätze (120 Jahre alt); sie stammen von Marx selbst, aus dem *Kapital*. Der gewaltige Unterschied zwischen Marx und *Schneider* ist allerdings der, daß Marx dieses Ziel nicht durch die Selbstverwirklichung der objektiven Vernunft für erreichbar hielt, sondern durch die konsequente Verfolgung der Klasseninteressen des Proletariats (was *Schneider* aber als Partikularität ablehnt). Mit dem Autor haben wir einen wiederauferstandenen Junghegelianer vor uns, der allerdings zwei entscheidende Nachteile gegenüber jenen kritischen Geistern aus dem letzten Jahrhundert aufweist. Erstens hatten die *Bauer*, *Heß* usw. alle ihren *Hegel* und *Feuerbach* gelesen — bei *Schneider* ist davon nicht die geringste Spur zu merken; zweitens kann man den Junghegelianern der 40er Jahre³⁰ im Gegensatz zu *Schneider* nicht anlasten, die praktische historische Entwicklung der vorhergehenden 140 Jahre ignoriert zu haben.

R. P. Siefert, Die Revolution in der Theorie von Karl Marx, Frankfurt 1979

Zuletzt zu einem, der zwar kein Wissenschaftstheoretiker ist, der sich aber wie die beiden soeben besprochenen Autoren am Thema Normativität und ihrem abstrakten Gegenteil, nämlich absolutem Determinismus abarbeitet — und auch deren Fehler teilt. *Siefert* ist ganz mit dem angeblichen ökonomischen Determinismus von Marx beschäftigt. Zunächst wird bei ihm aus der programmatischen Forderung nach Einheit von Theorie und Praxis aus der *Einleitung* von 1843/44 ein „Adäquationsmodell von kritischer Philosophie und Proletariat“ (32): Philosophie und Proletariat müssen zu „Praxispartnern“ werden, um im „Zusammenspiel“ die radikale Emanzipation des Menschen zu vollenden. *Siefert* über die Marxschen Motive: „Einerseits scheint die Philosophie noch so viel Eigenständigkeit zu haben, daß ihr aufklärerischer Kontakt mit dem Proletariat zu dessen Befreiung unerlässlich ist. Die Philosophie geht also nicht naturwüchsig aus dem Selbsterkenntnisbedürfnis des Proletariats hervor. Andererseits ist die Philosophie doch an die Interessen und Bedürfnisse des Proletariats gebunden: sie kann das Proletariat nur insofern aufklären, als sie ihm seine Lage erklärt. In dieser Hinsicht kann die Wahrheit, von der sie weiß, doch nur die Wahrheit über die Lage des Proletariats sein — sie ist also nicht selbständig.“ Das ist sehr klug formuliert und natürlich richtig. Um so erstaunlicher die Schlußfolgerung des Autors: „Die innere Aporie des Adäquationsmodells wird Marx veranlassen, es in der Ideologiekritik zu verabschieden.“ (33/34)

Mit Verabschieden meint *Siefert*: „In dem Moment, da Marx das Proletariat als die dasseiende und empfindende Negativität der bürgerlichen Gesellschaft darstellen kann, verschwindet die Rolle des Aufklärers. Der Prozeß der Emanzipation wird der Immanenz der bürgerlichen Entwicklung anvertraut.“ (34/35) Das ist grundfalsch. Man kann dem Marx der *Einleitung* vorwerfen, daß er die Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis erst als Programm formuliert, daß er die historische Aufgabe des Proletariats noch nicht wissen-

30 Es gibt ein Buch über die Junghegelianer: Johann Mader, Zwischen Hegel und Marx, Wien/München 1975; es enthält aber keinen für den vorliegenden Zweck erwähnenswerten Gedanken.

schaftlich aus den materiellen Lebensbedingungen abgeleitet hat — also in gewisser Weise noch „spekulativ“ verfahren ist; man kann ihm aber dann nicht die Einlösung des Programms zum Vorwurf machen, nämlich per Analyse der ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft die objektive Lage des Proletariats erforscht zu haben. Diese Analyse ist nicht Selbstzweck, sondern wissenschaftliche Basis revolutionärer Politik. Das begreift *Sieferle* nicht. Mit „Vertrauen auf die Immanenz der bürgerlichen Entwicklung“ meint er, was er sagt, nämlich Vertrauen auf einen automatischen Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft — ohne Zutun des wissenschaftlichen Sozialismus, ohne Hilfe der wissenschaftlich gerüsteten Arbeiterklasse und -partei.

Das sog. Adäquationsmodell werde also nicht weiterentwickelt, etwa zur nunmehr begründeten Einheit von Theorie und Praxis, sondern es werde für Marx überflüssig, weil dieser mit der „objektiven Vollendungslogik des Kapitals“ (9) via Fall der Profitrate/Verelendung des Proletariats und damit einhergehender Selbstentfaltung revolutionären Bewußtseins wie revolutionärer Aktion gerechnet habe. Zu dieser Haltung habe seine Idee eines unmittelbaren Entsprechungsverhältnisses von objektivem Sein und Bewußtsein seit der „Deutschen Ideologie“ erheblich beigetragen (171). *Sieferle* wird Opfer seiner Reduktion des Marxismus auf Politische Ökonomie, bzw. — wie er es modisch ausdrückt — ihrer „Rekonstruktion“, die er auf ihre „revolutionstheoretischen Implikationen“ (21) untersucht. Wenn er dann zu dem vernichtenden Urteil kommt, daß „der revolutionstheoretische Aspekt seiner Theorie . . . ihre schwächste Stelle“ (207) sei — er meint natürlich die Marxsche —, dann liegt das nur an des Autors eigener ökonomisierender Eingengung des Marxismus. Der Bereich der politischen Strategie der Arbeiterklasse, ihrer ökonomischen und politischen Organisation existiert für ihn genausowenig, wie die Einsicht, was Marx mit seiner Theorie bezweckte.

Indem *Sieferle* die revolutionäre Politik aus den Marxschen Schriften völlig ausklammert und sich, nachdem er Marx eine ökonomische Zusammenbruchstheorie unterschoben hat, noch über dessen Einfalt wundert (wo dieser aus seiner Theorie der Mystifikation des Bewußtseins doch um das Unvermögen des Proletariats, zu revolutionärem Bewußtsein zu gelangen, hätte wissen müssen), kann sich unser Revolutionstheoretiker nach der Aufdeckung aller dieser Widersprüche bei Marx (bei Marx?) die ursprüngliche Idee einer Vereinigung von revolutionärer Theorie und proletarischer Praxis nur noch als frühe Episode vorstellen — allenfalls tauglich zum „spekulativen Beweis dafür, daß die Forderung nach allgemein-menschlicher Emanzipation in der Gegenwart nicht leer in der Luft hängt“ (33).

Doch man unterschätze *Sieferle* nicht! Am Ende des Buches steigt aus der Asche des Marxismus ein grüner Phönix hervor und verkündet die Alternative: „Sollte es aus Gründen der Herstellung eines ökologischen Gleichgewichts erforderlich sein, ein System der einfachen Reproduktion zu installieren, so scheitert dies am Kapitalismus oder das Kapital scheitert an dieser Forderung (!). Die Marxsche Revolutionstheorie ist in diesem Konzept jedoch nur noch von antiquarischem Interesse. Weder die exzeptionelle Stellung des Proletariats noch gar die avantgardistische Funktion der Gewerkschaften (?) wird hierbei einen Stellenwert haben können.“ (210) Richtig an diesen Sprüchen ist, daß das Proletariat bestimmt nicht die einfache Reproduktion fordern wird. Doch um das zu wissen, kann man auf die vorausgehenden 200 Seiten wirklich verzichten.

V. Ergebnis: Verdrängung alter Interpretationsmuster durch noch ältere und einige diskutabile Neuanstöße

Das Ausspielen des humanistischen Entfremdungsphilosophen gegen den entwickelten Marxismus ist heute nicht mehr vorherrschend bei der Beschäftigung mit dem jungen Marx. Dies kann zunächst festgehalten werden, obwohl auch in der vorliegenden Literatur noch mit jener Methode kokettiert bzw. gearbeitet wird. Es ist aber nur mehr *ein* einsamer Irrläufer, ein „metaphysischer Ontologe“ (*Früntzki*), der voll und ganz die abstrakt-kulturkritische, auf das Entfremdungsproblem beschränkte Variante praktiziert. Den „positiven Humanismus“ des jungen Marx feiern in Nebensätzen auch einige andere Autoren, die jedoch meist andere Aspekte höher bewerten. Beim Jesuitenpater *Büchele* dient das aus Sekundärliteratur angelesene Wissen über Marx lediglich als Vehikel für seine Idee vom „Unbedingten im Bedingten“. Die Wissenschaftstheoretiker, die sich mit der Differenz der Schriften vor und nach den *Pariser Manuskripten* beschäftigen, tendieren zwar am leichtesten dazu, unter dem Titel Normativität versus Determinismus den Unterschied zum unvermittelbaren Gegensatz zu treiben. Aber nur der als Marxkenner (ebenso wie *Büchele*) weniger bedeutende *P. K. Schneider* geht so weit, eine Schrift, ja eine Formulierung von 1843 zum ewigen Maßstab der Vernunft zu erklären. Viel ist vom Interpretationsschema der 50er und 60er Jahre nicht übriggeblieben.³¹

An dessen Stelle machen sich heute wieder konservativere Gedanken bei bundesdeutschen Politikwissenschaftlern und Theologen breit. Das Vorkriegsargument vom angeblichen säkularisierten Heilsglauben und das noch ältere (und primitivere) von der angeblichen ökonomischen Verengung gelangen wieder an das Tageslicht. Bemerkenswert ist die gleichzeitige Benutzung und die Austauschbarkeit beider Kritikmuster auf Seiten der konservativ argumentierenden Ideologen (*Schwan, Hornung, Raddatz, Künzli, auch Flechtheim*) und auf Seiten klerikaler Marxvernichtung (*Bienert*). Erfreulich, daß die Heilsglauben-Deuter gerade von theologischer Seite (*Kröner*) eine deutliche Abfuhr erteilt bekommen.³² Interessant an diesen Autoren ist nicht ihre wissenschaftliche Leistung. Der Anspruch seriöser Marxinterpretation ist viel zu groß. Interessant an „Verengungstheoretikern“ und „Eschatologiekritikern“ ist die Tendenz. Sie betonen die strenge Kontinuität im Marxschen Gesamtwerk und verlegen den „verengten“ wie „eschatologischen“ Ansatz von Marx bereits in seine frühen Schriften. Verzerrt — oft durch dümmliche Polemik — widerspiegelt sich darin zwar die Wahrheit, daß die Ansätze des reifen Marxismus in die Frühschriften zurückreichen und dort gesucht werden müssen. Insofern sind diese Konservativen konsequenter als die früheren bürgerlichen und revisionistischen Marx-Kritiker, die ihn in den jungen Humanisten und alten Dogmatiker spalteten. Allerdings repräsentieren sie als Reaktion auf diese Versuche, den jungen Marx (wenngleich mit Stoßrichtung gegen die Einheit des Marxismus und seinen proletarischen Charakter) als Kronzeugen eines aufgeklärten Humanismus zu vereinnahmen, historisch und politisch keinen Fortschritt.

31 Daß selbst einer der Hauptgeschäftsführer der marxologischen Frühschrifteninterpretation, Iring Fetscher, heute davon als von „verwuschener Kulturkritik“ und „moralisierender Benützung des jungen Marx“ (27) durch Theologen und Feuilletonisten spricht (Grundbegriffe des Marxismus, Hamburg 1976), kann als Zeichen der Auflösung der alten Methode der Marxkritik gedeutet werden.

32 Die Theologen Thaidigsmann und Frostin haben mit dem jungen Marx anderes vor: Nutzbarmachung seiner Religions- und Ideologietheorie für theologische Zwecke.

So ist es nicht unerwartet, daß die diskutabelsten Ansätze heute aus dem Bereich von Wissenschaftlern stammen, die von der ökonomiekritischen Marxrezeption Anfang der siebziger Jahre geprägt worden sind und meist mit marxistischem Anspruch auftreten. *SOST, Treptow, Wollseiffen* und mit Einschränkungen *Richter* setzen dem Ausspielen des jungen Marx gegen seine eigene geistige Weiterentwicklung bewußt die (ökonomisch gefärbte) Kontinuität entgegen, besonders in der Entfremdungsproblematik. Es wird dabei klar, daß Entfremdung ein wesentlicher Bestandteil der Marxschen ökonomischen Theorie des Kapitalismus ist — bis ins Spätwerk hinein. Wie schon angemerkt, scheint allerdings der früheren Vernachlässigung der ökonomischen Züge der *Pariser Manuskripte* und des Entfremdungsproblems nunmehr unter Einfluß des vornehmlichen Zugangs der jungen Wissenschaftler zum Marxismus über die Rezeption der Kritik der Politischen Ökonomie eine Neigung zur Ignorierung des philosophisch-anthropologischen Gehalts Feuerbachscher Herkunft zu entsprechen. Diese Tendenz mag theorie- bzw. interpretationsgeschichtlich ein berechtigtes Durchgangsstadium sein. Doch wäre es an der Zeit, es zu beenden — am besten, indem man die neueren Resultate der sozialistischen Marx-Engels-Forschung integriert.

Daß gerade bürgerliche Wissenschaftstheoretiker (gemeint ist vor allem *Magnis*) unter dem Stichwort Normativität versus Determinismus dem zu lösenden Problem der Kontinuität und Diskontinuität zwischen Schriften vor und nach den Pariser Manuskripten (im Rahmen ihres kategorial aufs Formelle beschränkten Horizonts) teilweise näher kommen, liegt zum Teil an der Außerachtlassung der philosophisch-normativen Momente in Begriffen wie Gattungswesen und Entfremdung des jungen Marx durch jene genannten ökonomisierenden Theoretiker. (*Richter* darunter bildet eine Ausnahme.) Als „Spezialisten des Werturteils“ entgeht ihnen diese Differenz zwischen *Pariser Manuskripten* und *Deutscher Ideologie* nicht — schimmert zumindest durch —, auch wenn sie ihre je eigene (übrigens durchweg falsche) Meinung vom Gelingen des Marxschen Unternehmens besitzen, eine auf objektive Gesetzmäßigkeiten gerichtete, materialistische Geschichtsauffassung entwickelt zu haben.

Der Einfluß der sogenannten neomarxistischen Marxrezeption ist also inzwischen auch bei der Interpretation der Frühschriften bemerkbar. Der Einfluß der Marxforschung der sozialistischen Länder besteht wohl zum Teil darin, durch ihre ausstrahlende Sachkompetenz zur Zurückdrängung der Methode des Auspielens des jungen Marx gegen den reifen Marx beigetragen zu haben. Der bürgerliche Rückzug auf Bastionen der wissenschaftlich unangreifbaren Nicht-Wissenschaftlichkeit in Sachen Marx-Polemik hat hier vielleicht eine Ursache. Die neuen MEGA-Bände sind noch nicht in die Interpretation des jungen Marx eingegangen. Dazu muß allerdings festgestellt werden, daß dort bisher die Frühschriften nur bis Anfang 1843 veröffentlicht sind, während die hier besprochene Literatur (bis auf *Richter*) erst beim Marx von Ende 1843 ansetzt.

Wissenschaftliche Ergebnisse und methodologische Erfahrungen aus der MEGA-Arbeit

Eine Bilanz nach dem Erscheinen der ersten elf Bände der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)*

Erich Kundel / Alexander Malysch

I. Die vollständige Veröffentlichung des literarischen Nachlasses — II. Die Veröffentlichung aller Texte in voller Übereinstimmung mit den Originalen und in deren Sprachen — III. Die Darbietung der autorisierten Textentwicklung — IV. Die Kommentierung aller Texte auf der Grundlage textkritischer Analysen — V. Internationale Gemeinschaftsarbeit

Heute begegnet man überall in der Welt dem Wunsch nach einer umfassenderen Kenntnis der theoretischen Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. Die Arbeiten von *Marx* und *Engels* erscheinen nicht nur in den sozialistischen, sondern auch in den vom Kapitalismus beherrschten Ländern ebenso wie in den jungen Nationalstaaten mit steigenden Auflagenhöhen. Die Werke von *Marx* und *Engels* werden in einem Umfang wie nie zuvor in zahlreiche Sprachen übersetzt. Besonderes Interesse wecken die Veröffentlichung neuentdeckter Handschriften und Dokumente sowie neue biographische Materialien.

Diesen Bedürfnissen und Interessen entspricht die Herausgabe der MEGA durch die Institute für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und beim ZK der SED. Die MEGA wird die in vielen Ländern vorliegenden oder in Arbeit befindlichen Marx-Engels-Werkausgaben weder ersetzen noch ihnen eine lediglich quantitativ erweiterte Edition hinzufügen. Studienausgaben für einen weiten Leserkreis in jeweils einem Land bzw. in einer Sprache behalten als solche ihren Wert. Im Unterschied zu anderen Marx-Engels-Ausgaben ist die MEGA eine historisch-kritische Gesamtausgabe, dazu bestimmt, als vollständige Quellenbasis der internationalen Forschung in allen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und als gesicherte Textgrundlage für künftige Marx-Engels-Editionen der unterschiedlichsten Art in allen Ländern und Sprachen zu dienen.¹

Gestützt auf die reichen Erfahrungen der Arbeit an früheren Ausgaben und auf die neuesten Erkenntnisse der Marx-Engels-Forschung haben die beiden Herausgeberinstitu-

* Unter die Aktivitäten zur Bekanntmachung der MEGA-Arbeit reihen sich in der BRD ein: Informationsberichte des IMSF Nr. 24: Neuere Marx-Engels-Forschung. Zur Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Frankfurt/Main 1976. Marxistische Blätter, 6/1975: Gespräch mit W. Sewin und G. Heyden „Gesamtausgabe der Marx/Engels-Werke (MEGA) in Arbeit“, S. 88—94. Marxistische Blätter, 4/1977: Bericht „Neue Ergebnisse der Marx-Engels-Forschung“ (Über eine Veranstaltungsserie des IMSF mit Mitarbeitern der MEGA an neun Universitäten der BRD), S. 104—106.

1 Vgl. Vorwort zur Gesamtausgabe. In: MEGA, Band 1/1, Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Artikel, literarische Versuche bis 1843, Berlin 1975. Anlässlich des Erscheinens der ersten Bände der MEGA im Oktober 1975 — außer dem Band 1/1 erschien noch der 1. Briefband — veröffentlichten die Mitglieder der Gesamt-

te die ersten Ergebnisse ihrer gemeinsamen Arbeit 1972 in einem MEGA-Probeband der internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.² Die zahlreichen zustimmenden Erklärungen aus aller Welt bestätigten die Grundprinzipien dieses großen Editionsvorhabens. Die wertvollen Hinweise und Bemerkungen namhafter Marx-Engels-Forscher und -Editoren des In- und Auslandes ermöglichten es ihnen, die Editionsrichtlinien zu präzisieren und mit der unmittelbaren Bearbeitung einzelner Bände der MEGA zu beginnen.³

Die MEGA erscheint im *Dietz Verlag* in Berlin, die ersten beiden Bände lagen im Oktober 1975 vor, und vier Jahre später trat der elfte Band dieser auf mehr als 100 Bände konzipierten historisch-kritischen Gesamtausgabe des literarischen Erbes von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* den Weg zum Benutzer an. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß die MEGA in der relativ kurzen Zeit ihres Erscheinens bereits Eingang in die internationale Marx-Engels-Forschung und -Edition gefunden hat. Gewiß stehen wir nach dem Erscheinen der ersten elf Bände noch am Anfang eines längeren Prozesses, aber die Tatsache, daß die MEGA ihrer Bestimmung gerecht zu werden beginnt, als Quellenbasis für die internationale Marx-Engels-Forschung und als gesicherte Textgrundlage für Marx-Engels-Editionen der unterschiedlichsten Art in allen Ländern und Sprachen zu dienen, kann nicht übersehen werden. Mit jedem Band der MEGA leisten die beiden herausgebenden Institute einen Beitrag zur Verbreitung der Werke von *Marx* und *Engels* in der ganzen Welt.

Darüber hinaus geben uns diese elf Bände eine Grundlage für die Einschätzung des bisher Erreichten, ermöglichen sie es uns vor allem, Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit an der MEGA zu ziehen. Dabei steht natürlich die Frage im Mittelpunkt, wie es uns in den einzelnen Bänden gelungen ist, jene Prinzipien durchzusetzen, die diese historisch-kritische Gesamtausgabe von allen Marx-Engels-Werkausgaben unterscheidet, jene Prinzipien also, die für das Wesen der MEGA als Grundlagenwerk für die internationale Marx-Engels-Forschung und -Edition bestimmend sind.

redaktion der MEGA grundlegende Artikel, in denen sie, ausgehend von den Aufgaben der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels, auf die Prinzipien der MEGA eingingen:

Rolf Dlubek/Sofija Lewiowa, Eine neue Etappe bei der Erschließung des theoretischen Erbes von Marx und Engels. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1975, Heft 11; der Artikel erschien auch in: Voprosy istorii, Moskva 1976, Nr. 5.

Heinrich Gemkow/Wadim Sewin, Das große Werk der Begründer des Marxismus. In: Einheit, Berlin 1975, Heft 10; der Artikel erschien auch in: Kommunist, Moskva 1975, Nr. 15.

Lew Golman/Richard Sperl, Zum Erscheinen der ersten Bände der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 1976, Heft 1; der Artikel erschien auch in: Voprosy filosofii, Moskva 1976, Nr. 5.

Günter Heyden/Anatoli Jegorow, Eine ewig junge, revolutionäre Lehre. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin 1975, Heft 10.

Erich Kundel/Alexander Malysch, Die weitere Arbeit an der MEGA nach dem Erscheinen der ersten Bände. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1976, Heft 1; der Artikel erschien auch in: Voprosy istorii KPSS, Moskva 1976, Nr. 2.

2 Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Probeband, Berlin 1972.

3 Zum internationalen Echo auf den MEGA-Probeband vgl. Rolf Dlubek/Alexander Malysch: Zur Marx-Engels-Gesamtausgabe. Ergebnisse und weitere Aufgaben der wissenschaftlich-editorischen Arbeit. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1974, Heft 4; der Artikel erschien auch in: Voprosy istorii KPSS, Moskva 1974, Heft 3.

I. Die vollständige Veröffentlichung des literarischen Nachlasses

Die MEGA enthält im Unterschied zu allen bisherigen Werkausgaben das literarische Erbe von *Marx* und *Engels* absolut vollständig — soweit es überliefert und der Wissenschaft zugänglich ist. Zu den bereits veröffentlichten Werken, Artikeln und Briefen kommen inzwischen neuentdeckte Arbeiten und Briefe hinzu. Es werden aber auch jene Materialien vollständig abgedruckt, die in den Werkausgaben entweder gar nicht oder nur ausnahmsweise berücksichtigt sind: Manuskripte und Entwürfe, Notizen und Exzerpte, Marginalien und ähnliche Studienmaterialien, ferner Aufzeichnungen von Reden und Gesprächen oder Dokumente der demokratischen und Arbeiterbewegung, an deren Abfassung *Marx* und *Engels* beteiligt waren. Darüber hinaus werden außer den Briefen von *Marx* und *Engels* auch die Briefe ihrer Korrespondenzpartner an sie und eine Reihe Briefe Dritter untereinander aufgenommen. Schon durch das Vollständigkeitsprinzip vertieft und erweitert die MEGA den Einblick in die theoretische Arbeit und den politischen Kampf von *Marx* und *Engels* ungemein.

Der Umfang, vor allem aber der unterschiedliche Charakter des Materials bewog die Herausgeber, den literarischen Nachlaß von *Marx* und *Engels* in der MEGA in vier Abteilungen zu veröffentlichen, in denen Arbeiten jeweils nach der Chronologie ihres Entstehens angeordnet sind. In der *Ersten Abteilung* werden die Werke, Artikel und Entwürfe außer *Marx'* ökonomischem Hauptwerk publiziert, die *Zweite Abteilung* ist dem „Kapital“ und den dazugehörigen Vorarbeiten vorbehalten, die *Dritte Abteilung* enthält den Briefwechsel, und in der *Vierten Abteilung* werden die Exzerpte, Notizen und Marginalien abgedruckt. Als Ergänzung zu den vier Abteilungen der MEGA sollen in gesonderten Bänden wichtige Dokumente über Leben und Wirken von *Marx* und *Engels*, wie Fotos, Zeichnungen, biographische Materialien zusammengefaßt werden. Gesamtregister werden die Ausgabe bzw. die einzelnen Abteilungen abschließen. Die MEGA wird auf etwa 100 Bände veranschlagt, die jeweils mindestens aus einem Textband und einem gesondert gebundenen Apparataband bestehen. Dabei füllen die erstmalig veröffentlichten Materialien mehrere Dutzend Bände. Bereits in den bis jetzt vorliegenden MEGA-Bänden konnte eine beträchtliche Anzahl neuer Dokumente veröffentlicht werden. Dafür einige Beispiele aus den einzelnen Abteilungen der MEGA.

Neue Aufsätze und Dokumente

In der *Ersten Abteilung*, in der die in Einzel- und Werkausgaben sowie in Sammelbänden bereits häufig abgedruckten Arbeiten der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus veröffentlicht werden, ist selbstverständlich der Zuwachs an bisher unveröffentlichten Materialien nicht so groß wie in anderen Abteilungen der MEGA. Dennoch bringt jeder der drei bisher vorliegenden Bände dieser Abteilung eine Reihe noch nicht publizierter Arbeiten. So konnte zum Beispiel bei der Vorbereitung von *Band 1* der *Ersten Abteilung*, der die Arbeiten von *Marx* bis März 1843 enthält, nachgewiesen werden, daß vier Leitartikel aus der „Rheinischen Zeitung“ über die bürgerliche Rechtsgleichheit von Stadt und Land aus *Marx'* Feder stammen. Die Autorschaft konnte von den Bearbeitern des Bandes durch Autographen von *Marx* in einem in der Universitäts- und Stadtbibliothek

Köln aufbewahrten Exemplar der „Rheinischen Zeitung“ bewiesen werden.⁴ Von den insgesamt sechs Heften mit umfangreichen literarischen Versuchen von *Marx* werden in diesem MEGA-Band fünf zum erstenmal veröffentlicht.⁵ Autorschaftsanalysen ergaben, daß drei Dokumente, die die Entstehungs- und Verbotsgeschichte der „Rechtfertigung des ††-Korrespondenten von der Mosel“ beleuchten, von *Marx* verfaßt worden sind.⁶ Diese und andere Materialien über *Marx*' unmittelbare Tätigkeit als Redakteur einer politischen Tageszeitung bestätigen, daß die dabei gewonnenen Erkenntnisse wesentlich die Entwicklung der philosophischen Auffassungen von *Marx* beeinflussten.

Auch der Band I/10, in dem die Arbeiten von *Marx* und *Engels* aus der Zeit von Juli 1849 bis Juni 1851 veröffentlicht werden, bringt eine Reihe bisher nicht veröffentlichter Marx-Engels-Dokumente. So zum Beispiel die „Reflection“, eine den Marxschen Exzerptheften entnommene Studie über das Problem der Geldzirkulation.⁷ Neu für den Marx-Engels-Forscher sind zwölf Korrespondenzen, die *Engels* zwischen Dezember 1849 und Juli 1850 in zwei Serien — „Letters from France“ und „Letters from Germany“ — für *Harnays* „Democratic Review“ schrieb.⁸ Zusammen mit anderen Materialien des Bandes zeugen diese Artikel von der intensiven Mitwirkung von *Marx* und *Engels* an den Presseorganen der linken Chartisten, die von dem Bestreben getragen war, den Chartismus auf revolutionärer Grundlage zu reorganisieren.

Der Band I/22 mit den Arbeiten von *Marx* und *Engels* aus der Zeit der Pariser Kommune und der Londoner Konferenz von 1871 enthält ebenfalls einige bisher unveröffentlichte Marx-Engels-Dokumente. Dies betrifft vor allem die Entwürfe zweier Erklärungen an bürgerliche Zeitungen, in denen sich *Marx* und *Engels* gegen verleumderische Behauptungen über die Internationale wenden⁹ sowie einige von *Marx* und *Engels* verfaßte Resolutionen zur Londoner Konferenz und Materialien für den Finanzbericht des Generalrats an diese Konferenz.¹⁰ Von besonderem Interesse sind einige erstmals veröffentlichte Teile

4 Es handelt sich um drei Artikel, die *Marx* am 8., 12. und 13. November 1842 in der „Rheinischen Zeitung“ unter der Überschrift „Die Kommunalreform und die ‚Kölnische Zeitung‘“ veröffentlichte. Der vierte Artikel erschien am 17. November 1842 ebenfalls in der „Rheinischen Zeitung“ mit dem Titel „Ein Korrespondent der ‚Kölnischen Zeitung‘ und die ‚Rheinische Zeitung‘“. In: MEGA, Band I/1, Karl Marx: Werke, Artikel, literarische Versuche bis März 1843, Berlin 1975, S. 251—259 und S. 266—267; siehe auch Inge Taubert/Bernhard Dohm: Bisher unbekanntes Korrespondenzen von *Marx* aus der „Rheinischen Zeitung“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1974, Heft 1.

5 MEGA, Band I/1, a. a. O., S. 483—613 und S. 711—858.

6 Ebenda, S. 295, S. 324—327 und S. 354; siehe auch Hans Pelger: Karl Marx und die rheinpreußische Weinkrise. In: Archiv für Sozialgeschichte, Band XIII, Hannover 1973.

7 MEGA, Band I/10, Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe, Juli 1849 bis Juni 1851, Berlin 1977, S. 503—510; siehe auch: Aus dem handschriftlichen Nachlaß von Karl Marx. In: Einheit, Berlin 1977, Heft 5.

8 Es handelt sich um die Wiederveröffentlichung von 12 Korrespondenzen, die *Engels* in der Zeit von November 1849 bis Juli 1850 in der Chartistenzeitschrift „Democratic Review“ als „Letters from France“ und „Letters from Germany“ veröffentlicht hatte. In: MEGA, Band I/10, a. a. O., S. 21—36, S. 234—236, S. 251—253 und S. 329.

9 Es handelt sich um die Entwürfe zweier von *Marx* verfaßter Erklärungen an die Herausgeber des „Echo“ vom 20. bzw. 21. Juni 1871 und der „Pall Mall Gazette“ vom 21. Juni 1871. In: MEGA, Band I/22, Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe, März—November 1871, Berlin 1978, S. 1050—1051.

10 Gemeint sind einige von *Engels* am 19. oder 20. September 1871 für die Londoner Delegiertenkonferenz der Internationalen Arbeiterassoziation verfaßte Resolutionenentwürfe des Generalrats der Internationale sowie drei von *Engels* zwischen dem 19. und 21. September 1871 verfaßte Dokumente: Einen Entwurf und zwei von einer Kommission der Londoner Konferenz unterzeichnete offizielle Materialien für den Finanzbericht des Generalrats an die Konferenz. Siehe ebenda, S. 300—305.

des Konferenzprotokolls vom September 1871, in denen sich das Ringen von *Marx* und *Engels* um die Festigung der internationalen Arbeiterbewegung widerspiegelt.¹¹ Von der Existenz des handschriftlichen Manuskripts eines von *Marx* am 29. März 1871 im „Volksstaat“ veröffentlichten Artikels erhielten die Bearbeiter des Bandes erst Kenntnis, als es in Marburg versteigert wurde. Da zu diesem Zeitpunkt die redaktionelle Bearbeitung bereits abgeschlossen war, wird dieses Dokument mit der freundlichen Genehmigung seines Besitzers als Nachtrag zum Band I/22 im „Marx-Engels-Jahrbuch“ veröffentlicht.

Entstehungsprozeß des „Kapital“

Die *Zweite Abteilung* der Marx-Engels-Gesamtausgabe dokumentiert erstmals vollständig die jahrzehntelange Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Hauptwerkes von *Marx*, des „Kapitals“. Sie vermittelt ein lückenloses Bild der intensiven Forschungen von *Marx* und gestattet es, den Herausbildungsprozeß seiner ökonomischen Theorie sowohl im ganzen, von Etappe zu Etappe, als auch im Detail, in seinen Elementen zu verfolgen und zu studieren. Das wird dadurch ermöglicht, daß nicht nur alle „Kapital“-Ausgaben, die von *Marx* und *Engels* herausgegeben bzw. autorisiert wurden, sondern auch sämtliche überlieferten handschriftlichen Manuskripte veröffentlicht werden, die das große Werk vorbereiteten. Der Benutzer der MEGA erhält dieses Material in chronologischer Anordnung dargeboten, so daß er den Verlauf der Marx'schen Forschungen Schritt für Schritt nachvollziehen kann.

Die *Zweite Abteilung* wird mehr als 20 Bände bzw. Bücher umfassen, von denen bereits fünf dem Benutzer der MEGA zur Verfügung stehen. Es sind dies der erste Teil der „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, in denen *Marx* erstmalig die Grundzüge und Hauptpunkte seiner Werttheorie und darauf gestützt seine Mehrwerttheorie entwickelte¹², und die ersten vier Bücher eines umfangreichen Manuskripts, das *Marx* in der Zeit von 1861—1863 verfaßte.¹³ Dieses Manuskript enthält den ersten systematischen Entwurf des ersten Bandes des „Kapitals“, den ersten und einzigen Entwurf der „Theorien über den Mehrwert“ sowie Ausarbeitungen, die thematisch zu den weiteren Bänden des Marx'schen Hauptwerkes gehören. Das Manuskript von 1861—1863 besteht aus 23 Hefen und wird in der MEGA als Band 3 in sechs Büchern erscheinen. Allein das erste Buch enthält einen Marx-Text von etwa 300 Druckseiten, der bisher nur in der russischen Übersetzung bekannt war und jetzt dem Benutzer der MEGA in der Originalsprache zugänglich gemacht wird. Wenn man von der gesonderten Veröffentlichung der „Theorien über den Mehrwert“ früherer Jahre absieht, so war das Manuskript von 1861—1863 in seiner Ge-

11 Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang größere Abschnitte der Sitzungsprotokolle der Londoner Delegiertenkonferenz vom 21. und 22./23. September 1871, die damals veröffentlicht wurden. Siehe ebenda, S. 709 ff.

12 MEGA, Band II/1.1, Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1857/58, Teil 1, Berlin 1976.

13 MEGA, Band II/3.1, Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861—1863), Teil 1, Berlin 1976.

MEGA, Band II/3.2, Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861—1863), Teil 2, Berlin 1977.

MEGA, Band II/3.3, Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861—1863), Teil 3, Berlin 1978.

MEGA, Band II/3.4, Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861—1863), Teil 4, Berlin 1979.

samtstruktur der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nahezu unbekannt, denn nur wenige Forscher hatten bisher Gelegenheit, dieses umfangreichste ökonomische Manuskript von *Marx* wissenschaftlich auszuwerten.

Die Briefbände

Die Sammlung und Publikation der Marx-Engels-Korrespondenz war schon immer ein besonderes Anliegen der Marx-Engels-Forschung und -Edition. Allerdings ist der Briefwechsel nicht nur wichtig für die Erschließung ihres Lebens und Wirkens für eng begrenzte biographische Zwecke. In einem weit höheren Maße ist er eine unentbehrliche Quellengrundlage für die Erschließung und Darstellung der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der theoretischen Auffassungen von *Marx* und *Engels*. Darüber hinaus vermittelt der Briefwechsel wichtige Informationen über die praktische Tätigkeit von *Marx* und *Engels* in ihrem Ringen um die Verbreitung ihrer revolutionären Theorie in der internationalen Arbeiterbewegung sowie über ihre Teilnahme an den revolutionären Kämpfen ihrer Zeit. Als integrierender Bestandteil des literarischen Nachlasses spielt die vollständige Veröffentlichung der Marx-Engels-Korrespondenz im Rahmen der MEGA eine hervorragende Rolle, denn immethin sind außer den etwa 4500 Briefen von *Marx* und *Engels* mehr als doppelt soviel an sie gerichtete Briefe erhalten geblieben, von denen ein sehr großer Teil noch nicht veröffentlicht wurde.

Aus der *Dritten Abteilung* der MEGA liegen inzwischen die ersten beiden Briefbände vor.¹⁴ Sie enthalten den Briefwechsel von *Marx* und *Engels* bis zum Dezember 1848. In beiden Bänden werden drei Briefe von *Marx* und *Engels* zum erstenmal und zehn Briefe zum erstenmal vollständig veröffentlicht. Nicht minder wichtig sind jedoch die Briefe dritter Personen an *Marx* und *Engels*, die im Anhang zu deren eigenen Briefen in den Bänden der *Dritten Abteilung* veröffentlicht werden. Die ersten beiden Briefbände enthalten insgesamt 349 Briefe Dritter an *Marx* und *Engels*, von denen 111 Briefe erstmalig und 63 Briefe zum erstenmal vollständig der Forschung zugänglich gemacht werden.

Mit den Briefen Dritter an *Marx* und *Engels* wird eine wesentlich breitere, in gewisser Weise neue Basis für die Erschließung der Marx-Engels-Korrespondenz geschaffen. Zum einen ermöglicht die relativ vollständige Publikation der Briefe an *Marx* und *Engels* oft eine genauere Einordnung und ein tieferes Verständnis der inhaltlichen Aussagen in den Marx-Engels-Briefen. Zum anderen gestatten die Briefe Dritter vielfach, den Inhalt nicht überlieferter Marx-Engels-Briefe zumindest teilweise zu rekonstruieren. Schließlich vermitteln die Briefe interessante Einschätzungen über die Wirkung einzelner Werke von *Marx* und *Engels*. Darüber hinaus enthalten die im Anhang eines jeden Bandes veröffentlichten Briefe dritter Personen wertvolles biographisches Material, und da es sich bei den Briefpartnern zum größten Teil um politisch aktive Persönlichkeiten handelt, sind diese Briefe eine wichtige Quelle für die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung. Auch biographische Forschungen über Freunde und Kampfgefährten von *Marx* und *Engels* sowie zahlreiche weitere Persönlichkeiten der demokratischen und Arbeiterbewegung werden durch den Abdruck der vollständigen Korrespondenz in der MEGA unterstützt.

14 MEGA, Band III/1, Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel bis April 1846, Berlin 1975.

MEGA, Band III/2, Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel Mai 1846 bis Dezember 1848, Berlin 1979.

Wie besonders die Publikation des Briefwechsels in der MEGA zeigt, ist das Ringen um die Vollständigkeit der Ausgabe nie abgeschlossen. Unmittelbar nach Abschluß der redaktionellen Bearbeitung des ersten Briefbandes lag bereits ein neuer Brief von *Marx* an *Wilhelm von Saint-Paul* aus dem Jahre 1843 vor, und in den Schriften aus dem Karl-Marx-Haus in Trier war ein Brief von *Johann Georg Cotta* an *Engels* vom Juli 1840 als Erstveröffentlichung erschienen.¹⁵ Beide Briefe wurden inzwischen im ersten Band des „Marx-Engels-Jahrbuches“ als Nachtrag zu bereits erschienenen Bänden der MEGA veröffentlicht.¹⁶ Aber schon liegen drei weitere neue Briefe vor, die in den Bestand des ersten Briefbandes gehören: ein Brief von *Bruno Bauer* an *Karl Marx* vom Juni 1842, der in der Autographensammlung der Stadtbibliothek Trier gefunden wurde¹⁷, sowie ein Brief von *Marx* an *Heinrich Börnstein* vom Dezember 1844, der im vergangenen Jahr vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED erworben wurde. Im vergangenen Jahr entdeckte eine Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften der DDR bei Forschungsarbeiten im Goethe-Schiller-Archiv in Weimar einen Brief von *Engels* an *Arnold Ruge* aus dem Jahre 1842. Auch diese neuen Briefe werden als Nachtrag im „Marx-Engels-Jahrbuch“ veröffentlicht und damit die Korrespondenz von *Marx* und *Engels* in jener Zeit weiter vervollständigen.

Die Aufzeichnungen

Den größten Anteil an bisher unveröffentlichten Marx-Engels-Dokumenten erbringen die Bände der *Vierten Abteilung*, in denen die Exzerpte, Konspunkte, Notizen und Marginalien veröffentlicht werden. Sie enthalten eine Fülle von handschriftlichen Aufzeichnungen über die unterschiedlichsten Probleme, mit denen sich *Marx* und *Engels* in ihrer wissenschaftlichen Arbeit beschäftigt haben. Ihre Veröffentlichung in den Bänden der *Vierten Abteilung* trägt wesentlich dazu bei, die Bedeutung der MEGA als ein Grundlagenwerk für die Marx-Engels-Forschung und -Edition zu unterstreichen. Der weitaus größte Teil dieser Materialien wird zum erstenmal veröffentlicht. Einige Exzerpte und Konspunkte waren bereits in der alten MEGA beschrieben und auszugsweise abgedruckt, andere in thematischen Sammelbänden publiziert worden. Jedoch vermitteln diese wenigen und zumeist fragmentarischen Veröffentlichungen keine umfassende Vorstellung vom Umfang und Charakter dieses integrierenden Bestandteiles des literarischen Nachlasses von *Marx* und *Engels*.

Der vorliegende Band 1 der *Vierten Abteilung* enthält die frühesten Exzerpte und Notizen von *Marx* und *Engels* bis Ende 1842.¹⁸ Mit Ausnahme der „Hefte zur epikureischen Philosophie“, der „Fragmente von Epikurstudien“ und eines Teils der „Bonner Hefte“ werden alle anderen Materialien dieses Bandes zum erstenmal veröffentlicht; so zum Beispiel die „Berliner Hefte“, in denen sich die intensiven Bemühungen von *Marx*, sich die

15 Hans Pelget/Michael Knieriem: Friedrich Engels als Bremer Korrespondent des Stuttgarter „Morgenblatts für gebildete Leser“ und der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“. In: Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Trier 1975, Heft 15.

16 Marx-Engels-Jahrbuch, Band 1, Berlin 1978.

17 Richard Laufner/Karl Ludwig König: Bruno Bauer, Karl Marx und Trier. Ein unbekannter Brief von Bruno Bauer an Karl Marx und radikale Vormärzliteratur in der Stadtbibliothek Trier. In: Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Trier 1978, Heft 20.

18 MEGA-Band IV/1, Karl Marx/Friedrich Engels: Exzerpte und Notizen bis 1842, Berlin 1976.

Ergebnisse des philosophischen Denkens der Vergangenheit durch das Studium der Originalquellen anzueignen, dokumentarisch niedergeschlagen haben.¹⁹ Auf diese Weise erhält der Benutzer der MEGA neue Aufschlüsse über den frühen Werdegang von Marx und Engels.

II. Die Veröffentlichung aller Texte in voller Übereinstimmung mit den Originalen und in deren Sprachen

Neben dem Prinzip der Vollständigkeit gehört eine exakte Textwiedergabe zu den wichtigsten Aufgaben der MEGA. Deshalb werden alle unvollendeten Manuskripte und Entwürfe dem Benutzer in dem Bearbeitungsstadium dargeboten, in dem sie *Marx* und *Engels* hinterlassen haben. Das bedeutet, daß die Herausgeber nicht versuchen, die Struktur eines unvollendeten Werkes zu verändern, die Arbeit „fertigzustellen“. Auch wurde von den Herausgebern bewußt auf eine Modernisierung und Vereinheitlichung der Orthographie und der Interpunktion verzichtet. Textverbesserungen werden im Interesse der Lesbarkeit lediglich dort vorgenommen, wo es sich um offensichtliche Fehler handelt, wobei jedoch alle Eingriffe in den Text von den Bearbeitern eines MEGA-Bandes im wissenschaftlichen Apparat in einem Korrekturenverzeichnis aufgewiesen werden.

Obwohl die Texterstellung zunächst auf der Grundlage von Fotokopien erfolgt, hat die bisherige Arbeit bewiesen, daß eine exakte Textwiedergabe in der MEGA nur dann gewährleistet werden kann, wenn alle Texte mit den originalen Manuskripten verglichen werden. An dem umfangreichen Manuskript, das *Marx* in den Jahren von 1861 bis 1863 anfertigte, konnten zum Beispiel durch den gewissenhaften Vergleich mit dem Original Entzifferungsfehler aus der Fotokopie korrigiert und damit die Übereinstimmung mit der Textgrundlage erreicht werden.²⁰ Auch bei der editorischen Bearbeitung der in englischer Sprache vorliegenden Entwürfe zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ konnte auf der Grundlage einer neuen Entzifferung und im Vergleich mit dem Original die Textwiedergabe verbessert werden.²¹

Größtmögliche Originaltreue erfordert vor allem, sämtliche Texte in der Sprache des Originals wiederzugeben. Damit unterscheidet sich die MEGA von üblichen Werkausgaben, aber gerade dadurch kann sie ihrer Aufgabe als Grundlagenwerk für andere Editionen und Übersetzungen der Arbeiten von Marx und Engels in andere Sprachen gerecht werden. Nur der Abdruck in der Sprache der Originale ermöglicht ein Maximum an Authentizität der Textwiedergabe, erleichtert die Übersetzung der Werke und damit die Verbreitung der Ideen von *Marx* und *Engels*. Darüber hinaus ermöglicht der Abdruck in der Sprache der Originale auch genauere Untersuchungen über die Entwicklung der Terminologie des Marxismus und das sprachschöpferische Wirken seiner Begründer, die die Begriffswelt und den Wortschatz der revolutionären Arbeiterbewegung und der Menschheit überhaupt nachhaltig beeinflußt haben.

Die Edition der Texte in der Sprache der Originale stellt an die Bearbeiter der einzelnen Bände hohe Anforderungen. Bekanntlich liegen von den überlieferten Marx-Engels-

19 Es handelt sich um Exzerpte aus den Werken klassischer Philosophen wie Aristoteles, Leibniz, Hume und Spinoza, mit denen sich Marx 1840/1841 beschäftigt hatte. Ebenda, S. 155—293.

20 Vom Band II/3 der MEGA sind inzwischen die ersten vier Bücher erschienen; die Bücher 5 und 6 sind in Vorbereitung.

21 MEGA, Band I/22, a. a. O., S. 13—119.

Texten nach Schätzungen etwas mehr als die Hälfte in deutscher Sprache vor, und fast ein Drittel ist in Englisch abgefaßt. Außerdem gibt es Texte in französischer, italienischer, spanischer, russischer, dänischer und schwedischer Sprache, und wenn man die Zitierungen hinzurechnet, kommen in ihrem literarischen Nachlaß an die zwei Dutzend Sprachen vor. Der erste Exzerptband enthält umfangreiche Auszüge in Griechisch und Latein, und auch der in diesem Jahr erschienene Band I/22 weist einen hohen Anteil an fremdsprachigen Texten auf. Nur 15 Prozent der in dem Band veröffentlichten Arbeiten sind in deutscher Sprache abgefaßt, etwa 60 Prozent in englischer und 25 Prozent in französischer bzw. italienischer Sprache. Für die editorische Bearbeitung dieser Texte waren neben Kenntnissen auf dem Gebiet der Marx-Engels-Edition und -Forschung ebenso ausgezeichnete Fremdsprachenkenntnisse und darüber hinaus eine gründliche Beschäftigung mit sprachwissenschaftlichen Problemen erforderlich. Dennoch wurden und werden auch in Zukunft alle fremdsprachigen Texte von Spezialisten aus den betreffenden Ländern begutachtet, um eine allen Erfordernissen der historisch-kritischen Edition genügende Textwiedergabe zu garantieren.

III. Die Darbietung der autorisierten Textentwicklung

Zu den grundlegenden Merkmalen der MEGA als einer historisch-kritischen Edition gehört es, daß die Werke von *Marx* und *Engels* nicht nur in einer fertigen Textgestalt dargeboten werden, sondern deren gesamte Textentwicklung, soweit sie in Manuskripten und Drucken überliefert ist, dokumentiert wird.²²

Die Herausgeber gehen von einer prinzipiellen Gleichberechtigung aller autorisierten Textfassungen eines Werkes aus. Verständlicherweise kann man jeweils nur eine Fassung jedes Werkes, bei erheblichen Umformungen allerdings auch zwei oder mehr, vollständig im Textteil der MEGA-Bände abdrucken. Die anderen Fassungen werden, auf die varianten Stellen verkürzt, in einem Variantenapparat wiedergegeben. Edierter Text einerseits und die Darbietung seiner Autorvarianten andererseits bilden zwei notwendige, einander ebenbürtige Bestandteile der Ausgabe, die eine Einheit darstellen und einander ergänzen. Unter Heranziehung von Text und Apparat kann so jede überlieferte autorisierte Fassung eines Werkes in ihrem genauen Textbestand aus der MEGA gewonnen und zugleich durch die chronologische Darbietung der Varianten die Entwicklung des Textes verfolgt werden.

Die in ihren Werken enthaltenen Ideen und Erkenntnisse können um vieles besser verstanden werden, wenn nicht nur die abschließende Fassung zur Verfügung steht, sondern auch der oft mühsame Weg ihrer Herausarbeitung verfolgt werden kann. Aus der Analyse reich belegter Textentwicklungen können auch Rückschlüsse auf die allgemeine Arbeitsweise und die wissenschaftliche Forschungs- und Darstellungsmethode von *Marx* und *Engels* gezogen werden. Sie vermittelt ferner einen tiefen Einblick in ihr unablässiges Ringen um Klarheit und Ausdruckskraft der Sprache, um die vollendete Übereinstimmung von Inhalt und Form.

²² Vgl. Vorwort zur Gesamtausgabe. In: MEGA, Band I/1, a. a. O., S. 46*—49*. — Richard Spertl: Der Variantenapparat der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Zu einigen theoretischen und methodischen Problemen der Wiedergabe der autorisierten Textentwicklung in den Werken von Marx und Engels. Phil. Diss. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1979.

Einen qualitativen und quantitativen Schwerpunkt des Variantenapparats der MEGA bildet die in den Manuskripten überlieferte innerhandschriftliche Textentwicklung. In vielen Marxschen Arbeitsmanuskripten — so zum Beispiel in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“, in der „Deutschen Ideologie“, in den Entwürfen zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ und in einer Reihe ökonomischer Manuskripte — übertrifft der Umfang der verworfenen Varianten den Umfang des schließlichen Reintextes um ein Mehrfaches. In immer neuen Anläufen ringt *Marx* hier um die Lösung und Formulierung des ihn jeweils beschäftigenden Problems, um die präzise begriffliche Fassung, um eine sich logisch entwickelnde, überzeugende Darstellungsweise, um eine ausgefeilte sprachliche Form.

Ausgehend davon haben sich die Herausgeber der MEGA entschlossen, keine auswählende, sondern eine vollständige Verzeichnung dieser Textvarianten vorzunehmen, da wichtige analytische Untersuchungen von vornherein unmöglich oder fragwürdig werden, wenn dafür nicht das Gesamtmaterial als gesicherte Ausgangsbasis zur Verfügung steht. Für bestimmte wissenschaftliche Zwecke reicht es nicht aus, einzelne Varianten für sich genommen zu betrachten, sondern es ist erforderlich, die während der Niederschrift vollzogene Textentwicklung in ihrer Gesamtheit, in ihrer „Streuung“, in ihrer durchgehenden Grundtendenz zu untersuchen, um aus einer solchen Analyse Erkenntnisse über die Gesetzmäßigkeit bestimmter Veränderungen und über ihre Zusammenhänge sowie neue Anhaltspunkte für die Einordnung und Relevanz einzelner Varianten zu gewinnen. So kann die unterschiedliche Häufigkeit innerhandschriftlicher Varianten in verschiedenen Manuskripten, die Ballung von Varianten innerhalb bestimmter Textpassagen eines Manuskripts, die häufige Wiederkehr ganz bestimmter Textveränderungen usw. — mit der jeweiligen inhaltlichen Aussage und anderen entstehungsgeschichtlichen Faktoren in Verbindung gebracht — der Forschung nützliche Aufschlüsse vermitteln. Es sei hier z. B. auf das umfangreiche Variantenverzeichnis zu dem 22 Manuskriptseiten umfassenden Ersten Entwurf von *Marx* für die Adresse des Generalrats der IAA „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ verwiesen. Von dem fünfzigseitigen Variantenverzeichnis beziehen sich allein 22 Seiten auf die ersten fünf Seiten der Handschrift, während auf die restlichen 17 Manuskriptseiten nur 28 Seiten Varianten entfallen. Es läßt sich also eine besonders starke Ballung von Entstehungsvarianten in jenem Abschnitt der Adresse feststellen, in dem *Marx* die bürgerliche französische Regierung, ihre führenden Repräsentanten und deren verträterische Politik charakterisiert.²³

Allerdings durfte bei der Entscheidung, die Autorvarianten vollständig zu verzeichnen, nicht übersehen werden, daß die zahlreichen innerhandschriftlichen Textveränderungen im einzelnen recht unterschiedlichen Informationswert für die Forschung besitzen. Neben tiefgreifenden Textumformungen, in denen sich von Schicht zu Schicht ein immer genaueres Erfassen eines theoretischen Problems oder eine bedeutungsvolle terminologische Entwicklung offenbart, finden sich auch viele beiläufige, allein der formalen Verbesserung des Textes bzw. der Berichtigung von Schreibversehen dienende Abänderungen, denen kaum wissenschaftlicher Wert zuzusprechen ist. Um nun nicht zu einer zu gewaltigen, unverdaulichen „Lesartenhalde“ zu gelangen, in der die „Perlen“ unter einem Haufen „Sandkörnern“ verschwinden, werden als Varianten generell nur solche Textveränderungen gewertet, mit denen der Autor die bewußte Absicht verwirklicht, die

23 Vgl. MEGA, Band I/22, a. a. O., S. 807—856.

Aussage oder die Struktur des Textes, die Darstellungsweise, die Terminologie oder den Stil zu verändern und somit den Text schöpferisch weiterzuentwickeln. Im Unterschied dazu werden Texteingriffe, die lediglich formalen Charakter tragen und orthographische, grammatikalische oder sprachlich-normierende Verbesserungen beinhalten, als Autorkorrekturen angesehen und demgemäß nicht in das Variantenverzeichnis aufgenommen. Dadurch wird es ermöglicht, daß in der MEGA die inhaltlich-sprachlichen relevanten Textveränderungen nicht durch Einbeziehung zahlreicher, zumeist häufig wiederkehrender formaler Textkorrekturen überlagert werden, ohne dabei auf das unsichere Gleis eines letztlich subjektiv wertenden Auswahlapparats zu geraten.

Das Vollständigkeitsprinzip und die neuartigen Darbietungsformen des Variantenapparats der MEGA eröffnen neue Möglichkeiten bei der inhaltlichen Erforschung und Durchdringung des literarischen Erbes der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. Es wird nicht nur umfangreiches, bisher nicht zugängliches Material geboten, nicht nur die Lesbarkeit und Benutzbarkeit entschieden verbessert, sondern zugleich eine exakte Darstellung der wirklichen zeitlichen Abfolge und des räumlichen Zusammenhangs der einzelnen Varianten erreicht. Die Entstehung und Fortbildung der Texte zu widerspiegeln, wird nicht nur als Aufgabe des Apparats der MEGA verkündet, sondern auch methodisch-technisch realisiert. Der kritische und selbstkritische, mühevollen und höchsten Ansprüche an sich selbst stellende schöpferische Prozeß, in dem *Marx* und *Engels* ihre Werke zu einer inhaltlich und darstellerisch vollendeten Gestalt führten, wird der Wissenschaft in einer Art und Weise sichtbar gemacht, die diese komplizierten Vorgänge der Textgenese über- und durchschaubar macht.

IV. Die Kommentierung aller Texte auf der Grundlage textkritischer Analysen

Der wissenschaftliche Wert der MEGA für die Marx-Engels-Forschung und -Edition besteht nicht nur in einer vollständigen und allen editorischen Erfordernissen gerecht werdenden Edition des literarischen Nachlasses von *Marx* und *Engels*, sondern vor allem auch in seiner wissenschaftlichen Kommentierung. Entgegen gelegentlich in der Editions-wissenschaft vertretenen Auffassungen, die eine Kommentierung des edierten Textes ablehnen und dem Editor äußerste Zurückhaltung, wenn nicht gar völlige Abstinenz von der Erläuterung der Texte empfehlen, vermittelt der wissenschaftliche Apparat der MEGA sowohl für den Editor von Marx-Engels-Ausgaben als auch für den Marx-Engels-Forscher alle für seine wissenschaftliche Arbeit bei der Benutzung der Texte erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Im wissenschaftlichen Apparat zu den einzelnen MEGA-Bänden werden die Ergebnisse der internationalen Marx-Engels-Forschung zusammengefaßt und zugleich um neue Erkenntnisse bereichert, die bei der historisch-kritischen Edition gewonnen werden.

Jeder Band der MEGA — manchmal sind es auch Bandgruppen — wird mit einer theoriegeschichtlichen Einleitung eröffnet. Sie enthält inhaltliche Einschätzungen über die im Band veröffentlichten Arbeiten und ordnet sie in die Entwicklungsgeschichte des Marxismus ein. Gestützt auf die Materialien des Bandes gibt die Einleitung eine zusammenfassende Darstellung über die Entwicklung der theoretischen Auffassungen von *Marx* und *Engels* sowie über die Teilnahme an der revolutionären Bewegung in einem bestimmten Zeitabschnitt. So geben zum Beispiel die im Band 1 der *Ersten Abteilung* sowie die im et-

sten Briefband und im ersten Exzerptband veröffentlichten Einleitungen einen Überblick über die frühe Entwicklung von *Marx* und *Engels*, während die Einleitung zum Band 10 der *Ersten Abteilung* eine zusammenfassende Darstellung über ihre politische Tätigkeit nach der Revolution von 1848/49 und deren theoretische Auswertung vermittelt. Die Einleitungen zu den bisher erschienenen Bänden der *Zweiten Abteilung* veranschaulichen die einzelnen Etappen im Schaffensprozeß von *Marx* bei der Vorbereitung seines Hauptwerks „Das Kapital“. Im Mittelpunkt der Einleitung zum Band 22 der *Ersten Abteilung* stehen solche Fragen wie die Stellung von *Marx* und *Engels* zur Pariser Kommune, die Bedeutung der Kommune für die Weiterentwicklung des Marxismus und die Auswertung ihrer Erfahrungen für die internationale Arbeiterbewegung auf der Londoner Konferenz im September 1871.

Einen besonderen Platz nehmen im wissenschaftlichen Apparat der MEGA die Entstehungs- und Textgeschichten ein, die dem kommentierenden Teil einer jeden Arbeit vorangestellt werden. Sie geben Auskunft über die Autorschaft und die Datierung, wozu auch bei bereits veröffentlichten Arbeiten vielfach eingehende Untersuchungen notwendig sind und neue Erkenntnisse gewonnen werden. Allein im ersten Briefband konnte durch die Heranziehung von Dokumenten und Textanalysen bei 33 Briefen von *Marx* und *Engels* sowie bei 33 Briefen an *Marx* und *Engels* die Datierung präzisiert bzw. überhaupt erst festgestellt werden. In den Entstehungs- und Textgeschichten werden von den Bearbeitern eines MEGA-Bandes die Gründe untersucht, die *Marx* und *Engels* angeregt haben, sich mit einer bestimmten Thematik zu beschäftigen, aus welchem unmittelbaren Anlaß sie mit der Ausarbeitung begonnen und welche Zielstellungen sie mit dieser Arbeit verfolgen haben. Arbeitsablauf und Hauptetappen, aber auch Unterbrechungen und Planänderungen bedürfen einer gründlichen Untersuchung.

Die Benutzer der MEGA werden in den Entstehungs- und Textgeschichten auf alle direkten Bezüge zu vorangegangenen Arbeiten hingewiesen und erhalten zugleich eine genaue Beschreibung der überlieferten Handschriften und autorisierten Drucke. Alle für die Textentwicklung belangvollen Zeugen werden in chronologischer Reihenfolge beschrieben. Die Angaben über die Beschaffenheit des Papiers, die Art des Schreibmaterials, die Paginierung oder Hinweise auf Vermerke von fremder Hand in den Handschriften sind für den Marx-Engels-Forscher, der nicht mit den Originalen arbeiten kann, ebenso wichtig wie die detaillierten bibliographischen Informationen bei den Drucken. Es versteht sich von selbst, daß bei den Handschriften der Aufbewahrungsort des Originals, die Archivsignatur bzw. der Eigentümer, mitgeteilt werden und bei den Drucken der Standort desjenigen Druckexemplars angegeben wird, das dem edierten Text zugrunde liegt. Für die weitere Editions- und Forschungsarbeit auf der Grundlage der MEGA sind aber auch solche Hinweise über Druck- und Verbreitungsgeschichte einzelner Werke von *Marx* und *Engels* wichtig, wie Druckfehlerberichtigungen durch die Autoren, Pläne für weitere Veröffentlichungen im Original bzw. in anderen Sprachen, oder die allgemeine Charakteristik des unmittelbaren Widerhalls der autorisierten Drucke, in der auch Urteile, Rezensionen und Popularisierungsversuche von Zeitgenossen eingeschlossen sind.

Außer Textgeschichten zu einzelnen Arbeiten von *Marx* und *Engels* gibt es im wissenschaftlichen Apparat der MEGA auch Textgeschichten für entstehungsgeschichtlich in einem engen Zusammenhang stehende Texte oder für Untersuchungen über die Mitarbeit von *Marx* und *Engels* an einzelnen Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Periodika. In diesem Zusammenhang verdienen die wissenschaftlichen Studien „Über Marx' publizisti-

sche Tätigkeit von 1842 bis März 1843" im Band I/1²⁴ und „Zur publizistischen Arbeit von Marx und Engels von Ende 1849 bis Juni 1851" im Band I/10²⁵ besondere Aufmerksamkeit. Im ersten Fall handelt es sich vor allem um die Mitarbeit von *Marx* an der „Rheinischen Zeitung". Gestützt auf die Analyse der Texte und unter Hinzuziehung eines umfangreichen Quellenmaterials vermittelt der wissenschaftliche Kommentar neue Aufschlüsse darüber, wie sich das Blatt unter der Leitung des revolutionären Demokraten *Marx* zum bedeutendsten Organ der antifeudalen Bewegung Deutschlands entwickelte, wie wesentlich aber auch die Schule der revolutionären Praxis *Marx'* weltanschauliche Entwicklung förderte. Im zweiten Fall steht im Mittelpunkt des in der Form einer Sammeltextgeschichte geleisteten wissenschaftlichen Beitrages die Geschichte der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue". Es ist die erste geschlossene und bisher erschöpfendste Darstellung dieses Themas.

Einen ganz entscheidenden Platz im wissenschaftlichen Apparat der MEGA nehmen die Erläuterungen ein. Schon wegen des Umfangs der Ausgabe war zunächst an einen verhältnismäßig sparsamen Gebrauch von erläuternden Informationen zu einzelnen Textstellen gedacht. Im Verlauf der Diskussion des Probebandes der MEGA mehrten sich jedoch die Stimmen namhafter Marx-Engels-Forscher und -Editoren, die eine Erweiterung und Vertiefung der wissenschaftlichen Kommentierung wünschten. Viele Rezensenten sprachen sich dafür aus, die Texte großzügiger als im Probeband durch Sacherläuterungen zu erschließen. Mit Recht wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nicht überall Quellenmaterialien und Nachschlagewerke zur Geschichte des Marxismus und der internationalen Arbeiterbewegung zur Verfügung stehen.

Diesen Wünschen entsprechend werden in der MEGA alle erforderlichen Erklärungen und Hinweise gegeben, die für das Verständnis des Textes einschließlich seiner Varianten notwendig sind. Von weiterführenden Spezialuntersuchungen abgesehen, soll dadurch im wesentlichen die Benutzung der MEGA ohne die Heranziehung zusätzlicher Nachschlagewerke und Hilfsmittel ermöglicht werden.

Die allseitige Erläuterung des literarischen Nachlasses auf einem hohen theoretischen Niveau erfordert von den Bearbeitern eines MEGA-Bandes ein tiefes Eindringen in eine Vielzahl von Problemen, mit denen sich *Marx* und *Engels* beschäftigt haben. Diese Aufgabe ist ohne die Zusammenarbeit mit vielen in- und ausländischen Spezialisten nicht zu lösen. Ihre Konsultation bzw. Mitwirkung bei der Formulierung einzelner Erläuterungen ist unerlässlich, um die zahlreichen, sehr spezifischen Fragen aus den Natur- und Gesellschaftswissenschaften, aus der demokratischen und Arbeiterbewegung oder aus dem politischen und geistig-kulturellen Leben der ganzen Welt exakt beantworten zu können.

Die Einbeziehung von Spezialisten hat sich auch bei der Arbeit an den Registern bewährt. Zum wissenschaftlichen Apparat eines MEGA-Bandes gehört ein Literatur- und Namens- sowie ein Sachregister. Die Register sind für den Benutzer der MEGA ein wichtiges Hilfsmittel für die Erschließung der Texte von *Marx* und *Engels*, stellen aber an die Bearbeiter eines jeden Bandes hohe Anforderungen. Deshalb war die Unterstützung durch Bibliotheken und andere wissenschaftliche Einrichtungen bei der Ermittlung bibliographischer Angaben ebenso wichtig wie die Begutachtung der Annotationen zum Namensregister durch sachkundige Konsultanten. Generell kann man feststellen, daß der wissen-

24 Vgl. MEGA, Band I/1, a. a. O., S. 963—983.

25 Vgl. MEGA, Band I/10, a. a. O., S. 675—707.

schaftliche Apparat eines jeden MEGA-Bandes nicht nur das Ergebnis langjähriger eigener wissenschaftlicher Bemühungen ist, sondern daß sich in ihm auch die Leistungen von Marx-Engels-Forschern und vielen anderen Wissenschaftlern des In- und Auslandes widerspiegeln, die an seiner Ausarbeitung unmittelbar beteiligt waren.

V. Internationale Gemeinschaftsarbeit

Die Marx-Engels-Gesamtausgabe ist das größte Vorhaben internationaler Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der Marx-Engels-Forschung und -Edition. Nach dem Erscheinen der ersten 11 Bände haben sich die beiden herausgebenden Institute das Ziel gestellt, bis 1985 die Publikationen des literarischen Nachlasses der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus mit weiteren 30 Bänden fortzusetzen.

Die wissenschaftliche und editorische Bearbeitung von zwanzig Bänden der Marx-Engels-Gesamtausgabe bis 1985 stellt die herausgebenden Institute in Moskau und Berlin, ihre Kooperationspartner an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, aber auch den *Dietz Verlag* und die polygraphische Industrie der DDR vor große Aufgaben. Obwohl die vorliegenden elf Bände für alle an der Herausgabe der MEGA Beteiligten einen großen Erfahrungsschatz verkörpern, bedarf es doch großer gemeinsamer Anstrengungen, um dieses Ziel zu erreichen.

Nicht minder wichtig für das kontinuierliche Erscheinen der MEGA ist die enge Zusammenarbeit mit der internationalen Marx-Engels-Forschung und -Edition. Schon in den Jahren der Vorbereitung der MEGA, aber mehr noch nach dem Erscheinen der ersten Bände hat das Interesse der internationalen Öffentlichkeit für die Arbeit an dieser Ausgabe von Jahr zu Jahr zugenommen. Ebenso können wir feststellen, daß sich die internationalen Verbindungen der beiden herausgebenden Institute mit wissenschaftlichen Einrichtungen und einzelnen Wissenschaftlern von Jahr zu Jahr erweitert und vertieft haben. Die von den Herausgebern im Vorwort der Gesamtausgabe ausgesprochene Überzeugung, „daß sich die internationalen Verbindungen der an der Marx-Engels-Forschung teilhabenden Wissenschaftler ständig erweitern werden, um so zur erfolgreichen Realisierung des begonnenen Vorhabens beizutragen“²⁶, hat sich vollauf bestätigt.

So hat das *Internationale Institut für Sozialgeschichte* in Amsterdam, in dem ein großer Teil des handschriftlichen Nachlasses von *Marx* und *Engels* aufbewahrt wird, schon seit Beginn der Arbeit an der MEGA seine Bestände den Bearbeitern der einzelnen Bände zugänglich gemacht. Ein Blick in die Einleitungen der bisher erschienenen MEGA-Bände zeigt, wie auch andere Archive und wissenschaftliche Einrichtungen durch die Gewährung der Einsichtnahme in die Originale die Arbeit an der MEGA unterstützen, wie z. B. das *Eidgenössische Bundesarchiv* in Bern, das *Historische Archiv der Stadt Köln*, das *Feltrinelli-Institut* in Milano, die *Universitätsbibliothek* in München, die *Kinki-Universität* in Osaka, die *Stadtbibliothek* und das *Karl-Marx-Haus* in Trier, das *Stadtarchiv* und das *Friedrich-Engels-Haus* in Wuppertal.

Eine große Unterstützung erhalten die herausgebenden Institute bei ihrer Arbeit an der MEGA von den kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder, deren wissenschaftliche Institute und Verlage zum Teil unmittelbar an der editorischen Bearbeitung beteiligt sind, wie zum Beispiel der Verlag der Kommunistischen Partei Frankreichs *Édi-*

tions sociales bei der Begutachtung der in der MEGA veröffentlichten französischen Texte von *Marx* und *Engels*. Neben der ständigen Unterstützung bei der Klärung inhaltlicher Probleme für die Kommentierung der Marx-Engels-Texte durch Spezialisten haben sich die kommunistischen und Arbeiterparteien große Verdienste erworben bei der Propagierung der MEGA in ihren theoretischen Organen, aber auch in ihrer Tagespresse. Wie bereits bei Beginn der Herausgabe der MEGA festgestellt werden konnte, ist dieses große Editionsprojekt mehr und mehr zu einem Anliegen der internationalen Arbeiterbewegung geworden.

Die Zahl derjenigen Wissenschaftler, denen in den Einleitungen für ihre Unterstützung bei der wissenschaftlichen und editorischen Bearbeitung der bis jetzt vorliegenden Bände gedankt wird, ist so groß, daß an dieser Stelle auf die Würdigung der einzelnen Leistung verzichtet werden muß. Ihre Namen dokumentieren, daß an der MEGA fortschrittliche Wissenschaftler aus der ganzen Welt mitarbeiten. Wir sind davon überzeugt, daß die MEGA auch künftig einen Sammelpunkt für die internationale Marx-Engels-Forschung und -Edition darstellen wird, denn die Veröffentlichung des literarischen Nachlasses von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* in einer historisch-kritischen Edition ist ein Anliegen, dem sich auch in Zukunft alle fortschrittlichen Wissenschaftler verbunden fühlen werden.

Die Brüder Ermen in Manchester

Biographische Anmerkungen zu Friedrich Engels' Geschäftspartnern

Michael Knieriem

Anlässlich des 150. Geburtstages von Friedrich Engels fand vom 25.—29. Mai 1970 eine Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal statt.¹

Zu Beginn der zweiten Session dieser Konferenz, deren Thema „Engels als Geschäftsmann und Wirtschaftswissenschaftler“ lautete, beschäftigte sich W. O. Henderson in seinem Vortrag mit Engels' Aufenthalt in Manchester.² Während der sich anschließenden Diskussion sprach Heinrich Gemkow, Berlin (DDR), die Hoffnung aus, daß die vielen Geschäftsbriefe, die Engels als Angestellter oder Associé geschrieben hatte, in Europa und Übersee noch aufzufinden wären, und rief daher zu verstärkten Nachforschungen auf. Gemkow richtete dann seine Aufmerksamkeit auf die Persönlichkeit Gottfried Ermens und stellte fest, daß Ermen kein angenehmer Geschäftspartner gewesen sein müsse.³

Tatsächlich ist bisher nur eine gründliche Arbeit veröffentlicht worden, die sich speziell mit der Firma „Ermen & Engels“ beschäftigt hat.⁴ Dem Verfasser ist bisher weder eine Untersuchung bekannt geworden, in der Geschäftsbriefe von Engels' Hand publiziert worden wären, geschweige denn eine biographische Untersuchung über den Personenkreis der Gebrüder Ermen. In seiner Studie blieb Henderson bezüglich der biographischen Daten zu den Gebrüdern Ermen auf eine Arbeit des Kapitäns der britischen Kriegsmarine Antony C. G. Ermen, einem direkten Nachkommen eines der Teilhaber der Firma „Ermen & Engels“, angewiesen.⁵

Die Tatsache, daß Friedrich Engels mehr als zwanzig Jahre mit den Gebrüdern Ermen nolens volens auf das engste verbunden war, mag es gerechtfertigt erscheinen lassen, sich mit dieser Familie etwas näher auseinanderzusetzen, obwohl das hier vorgelegte Material keineswegs ausreicht, biographische Angaben im Hinblick auf die Herausgabe der MEGA[®] so vollständig wie möglich bereitstellen zu können. Wenn hier einige Mosaik-

1 Die Ergebnisse der Wuppertaler Konferenz sind in einem von Hans Pelger sorgfältig betreuten Band veröffentlicht: Friedrich Engels 1820—1970, Referate, Diskussionen, Dokumente. Redaktion Hans Pelger, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 85, Hannover 1971.

2 W. [illiam] O. [tton] Henderson, Friedrich Engels in Manchester, in: Friedrich Engels 1820—1970, a. a. O., S. 27—38.

3 Vgl. ebd., S. 59.

4 W. [illiam] O. [tton] Henderson, The Firm of Ermen & Engels in Manchester, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. d. Historischen Kommission zu Berlin v. Henryk Skrzypczak, H. 11/12, 1971, S. 1—10.

5 A. [ntony] C. G. Ermen, The Three Red Towers, Maschinenskript, o. O. 1965. Diese Arbeit legt den Schwerpunkt auf genealogische Untersuchungen, die aber kaum durch Quellen belegt werden, sondern wohl mehr auf mündlicher Überlieferung beruhen. Der Titel „The Three Red Towers“ — „Die drei roten Türme“ — ist eine Anspielung auf das angebliche (?) Familienwappen dieser Familie Ermen. Ohne dies kenntlich zu machen, zitiert der Verfasser aus wohl noch vorhandenen Familienbriefen, räumt aber ein, daß er weder der niederländischen noch der deutschen Sprache mächtig sei bzw. die Briefe nicht richtig entziffern könne. Ein Versuch, mit A. C. G. Ermen brieflich in Kontakt zu kommen, blieb ohne jede Resonanz.

steine geboten werden und diese Anlaß für weiterführende Forschungen geben könnten, so wäre der Zweck dieser Miscellen erfüllt.

Friedrich Engels hielt sich insgesamt viermal für einen mehr oder weniger lang dauernden Zeitraum in Manchester auf: das erste Mal im Juli des Jahres 1838 — also noch vor Beginn seiner Bremer Lehrzeit — in Begleitung seines Vaters. Hier wurde er vermutlich Zeuge der vertraglich geregelten Umbenennung der Firma „*Peter Ermen & Co.*“ in „*Ermen & Engels*“.⁶

Das zweite Mal reiste Engels zusammen mit seinem ehemaligen Schulkameraden *Karl August Erbslöh*⁷ über Köln, Ostende und London nach Manchester, um dort seine kaufmännische Ausbildung in der Baumwollspinnerei „*Ermen & Engels*“ abzuschließen. Gleichzeitig hatte er die Interessen seines Vaters dort zu vertreten so, wie umgekehrt *Anton Ermen* die Belange seines älteren Bruders Peter in der Spinnerei „*Ermen & Engels*“ in Engelskirchen wahrzunehmen hatte.⁸ Ein wichtiges Ereignis im Leben des jungen Kaufmanns und Journalisten war das erste Zusammentreffen mit *Karl Marx* am 16. November 1842 in Köln.⁹

Am 19. November wurden Engels und Erbslöh von den Londoner Hafenbehörden registriert.¹⁰ Es kann als ziemlich sicher gelten, daß Engels sich noch einige Tage in London aufhielt, bevor er Anfang Dezember seine Tätigkeit auf dem Kontor der väterlichen Firma in Manchester aufnahm.¹¹

Es ist erstaunlich zu sehen, wie rasch es *Friedrich Engels* gelang, sich mit den englischen Verhältnissen vertraut zu machen, und wie schnell er in der Lage war, sich in die zeitgemäßen Fragestellungen einzudenken. Seine dritte „englische“ Korrespondenz für die „Rhei-

6 Vgl. Michael Knieriem, Über Friedrich Engels, Privates, Öffentliches und Amtliches. Aussagen und Zeugnisse von Zeitgenossen. Nachrichten aus dem Engels-Haus, H. 2, Wuppertal 1979, S. 29. Die Beschreibung der Reise mit dem Schiff und mit dem neuen Verkehrsmittel Eisenbahn, findet sich in dem von Engels verfaßten Artikel „Landschaften“, in: Telegraph für Deutschland, Nr. 122—123, Juli/August 1840, wiederabgedruckt in: MEW, EB II, Berlin (DDR) 1973, S. 68—74, hier: S. 72 f.

Die Firma wurde mit Wirkung vom 1. August 1838 umbenannt; seit dem 20. Februar 1837 datiert die Partnerschaft zwischen Friedrich Engels sen. und Peter Ermen. Vgl. hierzu auch Hans Pelger/Michael Knieriem, Friedrich Engels als Bremer Korrespondent des Stuttgarter „Morgenblattes für gebildete Leser“ und der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, hrsg. v. Karl-Marx-Haus, Trier, und dem Friedrich Engels-Haus, Wuppertal, H. 15, Trier 1976², S. 65.

7 Karl August Erbslöh (1819—1894) besuchte von Ostern 1831 bis Herbst 1833 die Barmer Stadtschule, wurde später Fabrikant in Barmen. Sein Sohn heiratete eine Nichte Engels'.

8 Gottfried Anton Ermen lebte seit mindestens 1841 in Braunsverth/Engelskirchen, wo auch die meisten seiner Kinder geboren waren. Laut einer freundlichen Mitteilung des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs Düsseldorf vom 30. 4. 1980 ließ sich eine Einbürgerung von G. A. Ermen in den Einwanderungsakten des Landratsamtes Wipperfürth nicht nachweisen.

9 Vgl. den Brief Friedrich Engels' an Franz Mehring in Berlin, London, Ende April 1895: „Als ich gegen Ende Nov. [1842] auf der Durchreise nach England wieder vorsprach, traf ich Marx dort [in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“], und hatten wir bei der Gelegenheit unser erstes sehr kühles Zusammentreffen...“, vgl. MEW, Bd. 39, S. 473 f. hier: S. 473. Engels' Aufenthalt in Köln läßt sich für den 16. November 1842 nachweisen: vgl. „Kölnischer Anzeiger mit dem Kölner Fremdenblatt verbunden“, Nr. 272 vom 17. November 1842, „Verzeichnis der gestern angekommenen Fremden: [Hotel] Wiener Hof[...] Engels, dito [Kaufmann] a. [us] Barmen“, vgl. auch: Michael Knieriem, Über Friedrich Engels... a. a. O. S. 81.

10 Vgl. das Ankunfts-Zertifikat für den Londoner Hafen vom 19. November 1842, in: Public Record Office London, HO 2/108 18424, abgedruckt in: Michael Knieriem, Über Friedrich Engels... a. a. O., S. 82.

11 Vgl. Friedrich Engels' Korrespondenz in der „Rheinischen Zeitung“, Nr. 358 vom 24. Dezember 1842: „Stellung der politischen Partei. * + * Aus Lancashire. 15. Dezember.“ Wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 1, S. 461—463.

nische Zeitung" bezieht sich teilweise schon sehr konkret auf die Vorgänge in Manchester.¹² Vermutlich durch seinen Vater, oder aber durch dessen Partner *Peter Ermen*, war Engels über den Versuch der englischen Arbeiter, im August 1842 in Lancashire und Yorkshire einen Generalstreik durchzuführen, besonders gut unterrichtet. Hatte doch die Firma „*Ermen & Engels*“ sich im „*Manchester Guardian*“ vom 27. August 1842 sogar für die Hilfe der Polizei zum Schutz ihres Eigentums während der Unruhen durch eine Anzeige öffentlich bedankt.¹³

In der zweiten Hälfte des Monats August verläßt Engels Manchester und reist über Paris und Aachen nach Barmen zurück.¹⁴ Etwa vom 23. August bis zum 2. September besucht er *Karl Marx* für die Dauer von zehn Tagen in Paris. Während dieser Zeit stellt sich ihre „Übereinstimmung auf allen theoretischen Gebieten“ heraus.¹⁵

Nach einem höchst unerquicklichen und spannungsgeladenen Intermezzo in Barmen und Engelskirchen übersiedelt Engels Mitte April 1845 endgültig nach Brüssel.¹⁶ Die häusliche Atmosphäre war zum Zerreißten gespannt gewesen. Möglicherweise hatte der Vater auch die erste gemeinsame Arbeit von Marx und Engels in einer der Buchhandlungen des Wuppertals entdeckt.¹⁷ Immerhin gelingt es Engels hier in Barmen, sein bedeutendstes Jugendwerk „*Die Lage der arbeitenden Klasse in England*“ abzuschließen.¹⁸ Gleichzeitig organisiert er zusammen mit *Moses Hess* und *Gustav Adolph Köttingen* in Elberfeld Versammlungen, auf denen zum ersten Mal in Deutschland kommunistisches Gedankengut — wenn auch noch weitgehend an frühsozialistischen Utopien jener Zeit orientiert — einem größeren Publikum propagiert wird.¹⁹ Darüber hinaus mag die Tatsache, daß Engels nun doch nicht an der Bonner Universität wegen des Zerwürfnisses mit

12 Vgl. Friedrich Engels' Korrespondenz in der „*Rheinischen Zeitung*“ Nr. 343 und 344 vom 9. und 10. Dezember 1842: „Die innern Krisen.“ London, den 30. November.“ Wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 1, S. 456—460, hier bes. S. 459 f.

13 Vgl. W. [William] O. [trot] Henderson, *The Firm of Ermen & Engels in Manchester*, a. a. O., S. 3.

14 Das „*Aachener Fremdenblatt. Auch Unterhaltungs- und Anzeigenblatt*“ vom 3. September 1844 weist den Aufenthalt von Engels im Hotel „*Mainzer Hof*“ aus. Vgl. auch: Michael Knieriem, *Über Friedrich Engels...*, a. a. O., S. 98.

15 Vgl. *Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten*, Moskau 1934, S. 24 f.

16 Vgl. hierzu das Auswanderungsgesuch Friedrich Engels' nach England vom 14. April 1845, erstmals veröffentlicht in: Michael Knieriem, *Ein unbekanntes Auswanderungsgesuch Friedrich Engels' nach England*, in: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins*, Bd. 87, Jg. 1974/76, Neustadt/Aisch 1977, S. 105—109, hier: S. 106 f. Vgl. auch die Anmeldung Friedrich Engels' in Brüssel, rue de l'Alliance 7, vom 26. August 1845; ein Aufsatz über Engels' Anmeldung in Brüssel v. Verf. ist in Vorbereitung.

17 Es handelt sich hierbei um die Arbeit von Friedrich Engels und Karl Marx: *Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten*, Frankfurt/M. 1845, wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 2, S. 3—223.

18 Vgl. Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen*, Leipzig 1845, wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 2, S. 225—506.

19 Vgl. hierzu: Helmut Hirsch, *Carnaps Bericht über die Elberfelder Versammlungen. Ein Dokument zur Geschichte des rheinischen Frühsozialismus*, in: *Bulletin of IISG*, Bd. 8, Amsterdam 1953, S. 104—114, sowie: Michael Knieriem, *Zwei unbekannte Aktenstücke über die Elberfelder Versammlungen im Jahre 1845. Ein Beitrag zur Geschichte des rheinischen Frühsozialismus*, in: *Mitteilungen des Stadtarchivs, der Abteilung für Stadtgeschichte und Frühindustrialisierung des Fuhrrott-Museums und des Bergischen Geschichtsvereins, Abt. Wuppertal*, H. 1, 1976, S. 12—21. Vgl. besonders auch die diesbezüglichen Berichte des Wuppertaler Dichters Adolph Schults im Rahmen seiner Korrespondenzen für das Stuttgarter „*Morgenblatt für gebildete Leser*“, Nr. 78 und 79 vom 1. und 2. April 1845, auszugsweise wiederabgedruckt in: Michael Knieriem, *Über Friedrich Engels...*, a. a. O., S. 112 f.

dem Vater studieren konnte, seinen Beschluß zur Übersiedlung nach Brüssel bestärkt haben.²⁰

In Brüssel begannen Marx und Engels gemeinsam mit der Erarbeitung des historischen und dialektischen Materialismus. Hier stellte sich ein unüberwindbarer Gegensatz zu ihren bisherigen philosophischen Weggefährten heraus, der sich in der „Deutschen Ideologie“ niederschlug.²¹

Die dritte — nur kurze — Reise nach Manchester im Sommer 1845 traten Marx und Engels gemeinsam an, um in der Chetham-Bibliothek dieser Stadt zu arbeiten und neue Kontakte zu knüpfen.²² Dieser Aufenthalt in Manchester bedeutet für Engels insofern eine Ausnahme, als er keinen geschäftlichen Zielen dient. Auf der Rückfahrt nach Brüssel wird Engels von seiner Lebensgefährtin *Mary Burns* begleitet.²³

Nach dem Scheitern der Revolution 1849 gelingt es dem steckbrieflich gesuchten Engels, von der Schweiz über Genua mit dem englischen Segler „Cornish Diamond“ nach England zu entkommen. Seine Ankunft in London ist unter dem 12. November 1849 registriert.²⁴ Warum Engels nicht in London und damit nicht in der Nähe von *Karl Marx* blieb, erscheint zunächst schwer verständlich. Aber London war gerade in dieser Zeit mit deutschsprachigen Flüchtlingen überfüllt, so daß seine Hoffnungen, einen einigermaßen gut dotierten Posten zu erhalten, sich zerschlagen mußten. So war er gezwungen, in den sauren Apfel zu beißen und eine zunächst schlecht bezahlte Stellung bei „*Ermen & Engels*“ anzunehmen. Dieser vierte und bei weitem längste Aufenthalt in Manchester sollte ihn hier für die Dauer von fast zwanzig Jahren festhalten, bis er dem „doux commerce“ im Jahre 1869 für immer „Lebwohl“ sagen konnte.²⁵

Weiter oben habe ich die Arbeit des Kapitäns *Antony C. G. Ermen* bereits erwähnt, aus der *W. O. Henderson* zitiert.²⁶ Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß *Antony Ermen* noch über Originalbriefe aus der Frühzeit der Firma „*Ermen & Engels*“ verfügte, aus denen er Material hatte schöpfen können. Es zeigt sich jedoch, daß Ermen mit der Herausgabe seines Maschinenskriptes einige Verwirrung durch Halbwahrheiten und Unge-

20 In der Bescheinigung des Barmer Bürgermeisters Wilkhaus, die Engels am 17. April 1845 dem Bürgermeister von Brüssel präsentierte, wurde ausdrücklich bestätigt, daß Engels mit Zustimmung seines Vaters die Bonner Universität beziehen könnte. Das Dokument ist erstmals abgedruckt in: Michael Knieriem, Über Friedrich Engels... a. a. O., S. 118.

21 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: MEW, Bd. 3, S. 5—530.

22 Vgl. hierzu die Notiz in der „Trier'schen Zeitung“ vom 16. Juli 1845. „Belgien. Brüssel. 12. Juli: Die Herren Carl Marx und Friedrich Engels haben in diesen Tagen eine Reise nach England angetreten, um die für ihre Arbeiten nöthigen Untersuchungen an Ort und Stelle zu vervollständigen. Wie es heißt, werden sie binnen Kurzem ein Werk über Nationalökonomie dem Publikum übergeben.“ Vgl. hierzu auch: Michael Knieriem, Über Friedrich Engels... a. a. O., S. 128. Von Marx' und Engels' Aufenthalt in Manchester zeugt auch der Brief Georg Ludwig Weerths an seine Mutter Wilhelmine Weerth, geb. Burgmann in Detmold, Brüssel, 23. August 1845, vgl. Marx-Engels-Jahrbuch 1, S. 410.

23 Dies ist zumindest einer brieflichen Bemerkung Jenny Marx' zu entnehmen, vgl. ihren Brief an Karl Marx in Brüssel, Trier, nach dem 24. August 1845: „[...] Ist Engels solo mit heimgekehrt oder à deux?“ Vgl. MEGA ③ III, 1, S. 479 ff., hier: S. 480.

24 Vgl. Public Record Office, London, Home Office, Alien Lists, H.O. 3, Bd. 54, erstmals zitiert in: Hans Pelger/Michael Knieriem, Friedrich Engels als Bremer Korrespondent... a. a. O., S. 77.

25 Vgl. den Brief Friedrich Engels' an Marx in London, Manchester, 1. Juli 1869, wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 32, S. 329 f.

26 Vgl. Anm. Nr. 5.

nauigkeiten stiftete, die Henderson dann mangels geeigneter Quellen bzw. Literatur übernahm. Hinzu kam, daß Ermen — wie er übrigens selbst einräumt — sich außerstande sah, die in deutscher Sprache abgefaßten Briefe korrekt zu lesen und zu übersetzen. Nicht uninteressant ist der krampfhaft Versuch Ermens, die Familie selbst wie auch die Herkunft der Frauen allein auf die Niederlande bzw. auf England beschränkt zu sehen. So sollen hier zunächst einmal die gesicherten Namen und Daten derjenigen Familienmitglieder der Familie Ermen folgen, die einen unmittelbaren Bezug entweder zur Firma "Ermen & Co.", "Ermen & Engels" oder "Ermen & Roby" hatten.²⁷

Ich lasse hier ein genealogisches Schema folgen, das durch zusätzliche Angaben von Antony Ermen bzw. von Friedrich Engels angereichert wurde:²⁸

(1) Gottfried Ermen

* Bergeyk 13. November 1765

+ Hachenburg 24. Juli 1814

erwirbt am 6. Oktober 1803 das
Bürgerrecht in 's-Hertogenbosch.

Seit 1810 Bürger und Gastwirt in
Hachenburg.²⁹

oo Hachenburg 13. April 1796

Johannetta Philippine Bertram

* Hachenburg 1. Mai 1773

+ Hachenburg 28. April 1842

(4 Kinder — 2. 1.—2. 4. — von insgesamt 8)

2.1. Francis *Bernhard* Ermen

* Bergeyk 20. Juli 1798

+ Wiesbaden 1865 [?]

Schenkwirt zu Hachenburg, später
angeblich Hotelbesitzer zu Wiesbaden.

oo Hachenburg 20. Oktober 1825

Auguste Elisabeth Bohle

27 Am 20. Februar 1837 wurden Friedrich Engels sen. und Peter Ermen Partner. Am 1. August 1838 wurde die Firma „Ermen & Co.“ in „Ermen & Engels“ umbenannt. Seit 1874 lautete der Firmenname „Ermen & Roby“. Vgl. W. [illiam] O. [tto] Henderson, *The Firm of Ermen & Engels in Manchester*, a. a. O., S. 2 u. S. 10. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß dies nicht die erste Geschäftsbeteiligung der Firma Engels an einer englischen Firma war. Es bestand bereits eine Konto-a-metä-Verbindung der Firma „Caspar Engels Söhne“ mit der Goldlizenfabrik „Thomas Wilson & Co.“ in London im Jahre 1836. Vgl. Michael Knieriem, *Die Entwicklung der Firma Caspar Engels Söhne*. Zugleich ein Beitrag zum sozialen Umfeld des jungen Engels, *Nachrichten aus dem Engels-Haus*, H. 1, Wuppertal 1978, S. 15 f.

28 Die biographischen bzw. genealogischen Daten und Zusammenhänge wurden aufgrund der Original-Kirchenbücher bzw. der Bürgerbücher von 's-Hertogenbosch durch Einsichtnahme bei folgenden Instituten ermittelt: Bischöfliches Ordinariat Limburg/Lahn, Evangelisches Pfarramt Hachenburg, Rijksarchief 's-Hertogenbosch, Gemeentearchief 's-Hertogenbosch, Rijksarchief 's-Gravenhage, Personenstandsarchiv Brühl. Das dort erhaltene Material, das über den Rahmen der hier publizierten Angaben weit hinausgeht, soll in einer der nächsten Ausgaben der „Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ durch den Verfasser veröffentlicht werden.

29 Die Behauptung Antony C. G. Ermens, Gottfried Ermen sei Offizier der niederländischen Armee gewesen, ließ sich bisher nicht bestätigen. Vgl. Mitteilung des Rijksarchiefs 's-Gravenhage an d. Verf. vom 31. März 1980.

* Hachenburg 14. Dezember 1806

+ [?]

(2 Kinder — 3. 1. 1. — 3. 1. 2. — von insgesamt 7)

3.1.1. *Heinrich* Eduard Ermen

* Hachenburg 26. Juni 1833

+ 1913

oo [?] Friederika Schwabe

Im Jahre 1850 überträgt ihm dessen Onkel Gottfried (2. 4.) eine Unternehmensbeteiligung an der Firma „Ermen & Engels“; seit 1875 Partner. (mehrere Kinder)

3.1.2. *Franz* Julius Ermen

* Hachenburg 1. November 1840

+ [?]

oo [?] Johanna Ermen

* Alsbach/Bz. Köln 31. Dezember 1848

Kam nach Manchester, im Jahre 1859 überträgt ihm sein Onkel Gottfried (2. 4.) eine Beteiligung an der Firma „Ermen & Engels“; seit 1875 Partner. Er scheidet 1896 aus der Firma aus. Verkauft zusammen mit seinem Vetter Francis J. Gottfried Ermen (3.2.2.) das Unternehmen 1899 an die „English Sewing Cotton & Co.“

2.2. *Peter* Albertus Ermen

* Bergeyk 29. Juni 1800

+ Dawlish, Devonshire 1889

Kam zusammen mit seinem Vater etwa 1810 nach Hachenburg, ging 1820 nach Manchester; gründete 1826 eine Baumwollspinnerei in Blackfriars, eine solche 1837 zusammen mit Friedrich Engels sen. in Manchester, zog sich Anfang 1852 vom Geschäft zurück. (mehrere Kinder, darunter 3.2.1. u. 3.2.2.)

3.2.1. *Mary Ann Mathilde* Ermen

* [?] + [?]

oo John Henry Roby B. A.

* 1830 + 1915

Lektor für klassische Philologie.

Seit 1869 Tätigkeit in der Firma

„Ermen & Engels“, seit 1874 in der

Firma „Ermen & Roby“.

3.2.2. *Francis* J. Gottfried Ermen

* 1849 + Bath, Somerset 1925

Dessen Onkel Gottfried (2.4.) überträgt

ihm 1867 eine Unternehmensbeteiligung an der Firma „Ermen & Engels“; seit 1875 Partner. Verkauft zusammen mit seinem Vetter Franz Julius Ermen (3.1.2.) das Unternehmen 1899 an die „English Sewing Cotton & Co.“, seit 1898 Friedensrichter in Eccles.

2.3. Gottfried *Anton* Ermen

* 's-Hertogenbosch 12. Februar 1807
 + Barton upon Irwell, Eccles 1886
 Kam 1830 nach Manchester, lebte seit 1841 in Braunsverth [Engelskirchen], trat 1874 aus dem Unternehmen aus.
 oo [?] ca. 1836
 Johanna Emilie *Julie* Sartorius
 * Köln [?]

2.4. Peter Jakob *Gottfried* Ermen

* Hachenburg 6. Oktober 1811
 + Dawlish/Devonshire 20. 9. 1899
 ledig
 Kam 1830 durch Vermittlung seines älteren Bruders *Peter* Albert Ermen (2.2.) nach Manchester, übernahm 1851 von diesem die Leitung der Firma Ermen & Engels in Manchester, trat 1877 aus dem Unternehmen aus. Er vermachte dem Armenhaus seiner Vaterstadt Hachenburg eine beträchtliche Summe.

Ein Brief von *Peter* Albert Ermen (2.2.), wenige Tage nach seiner Ankunft in Manchester geschrieben, soll hier im Anhang abgedruckt werden.³⁰ *Peter* Albert war also nicht, wie später behauptet wurde, erst im Jahre 1825 nach England gekommen, sondern bereits 1820. Der Brief an seine Mutter wirft ein deutliches Licht auf die Verhältnisse in jener Zeit in England, andererseits aber auch auf den Briefschreiber selbst. Bemerkenswert erscheint Ermen offensichtlich ein gut organisiertes Verkehrswesen, das er auf dem Kontinent gewiß nicht vorfinden konnte. Es scheint Stolz mitzuschwingen, wenn er schreibt: „... während welcher Zeit ich nur ein einziges Mal eine kleine halbe Stunde Zeit, etwas zu genießen, hatte“, Stolz über die eigene physische Leistung und nicht etwa Bedauern über die verlorene Beschaulichkeit. Obwohl er schon drei Tage in der Stadt weilt, kennt er eigentlich nur seine Wohn- und Arbeitsstätte. Das Innere der Stadt mit seinen Prachtbauten als auch den großartigen technischen Neuerungen finden nicht sein unmittelbares Interesse. Als „schön“ empfindet er an Manchester all diejenigen Einrichtungen, die mit denen der Niederlande identisch sind: die Architektur und Möbliering der Häuser, aber auch die Heidelandschaft.

Ermen war mit dem festen Vorsatz nach England gekommen, hier „Geld zu machen“.

30 Eine Kopie dieses Briefes wurde d. Verf. freundlicherweise von Hans Pelger, Leiter des Karl-Marx-Hauses in Trier, zur Verfügung gestellt. Das Original befindet sich im Besitz des Karl-Marx-Hauses, Trier.

Sein pragmatisches Denken läßt nur eine blutleere Beschreibung der dortigen Verhältnisse zu. Wie anders hatte sich der junge Engels nach seinem ersten Englandbesuch achtzehn Jahre später geäußert! Selbst Peters eigener Bruder Gottfried Anton beklagt sich in einem Brief über dessen „Sklavenhaltermethoden“³¹, die ihm keine Zeit ließen, neben seiner Arbeit die „angenehmen Seiten des Lebens“ wahrzunehmen.

Anhang:

Manchester 28. April 1820

Vielgeliebte Mutter!

Meinen Brief aus London vom 23. oder 24. dieses schätze ich in Deinem Besitz und komme daher auf darin behandelte Gegenstände nicht ferner zurück, doch will ich zum Überfluß meine Adresse am Fuße dieses noch einmal bemerken.

Seit Donnerstagabend bin ich nun hier an Ort und Stelle, recht müde zwar, denn ich fuhr mit der Mail oder Briefeutsche in 22 Stunden 184 englische Meilen, während welcher Zeit ich nur ein einziges Mal eine kleine halbe Stunde Zeit, etwas zu genießen, hatte, kam ich an und habe mich bei meinem Prinzipal Herrn Shenton³² eingemietet, bei dem ich auch esse und trinke. Soviel ich diesen Mann nach unserem dreitägigen Bekanntsein zu beurteilen imstande bin, scheint er mir äußerst brav und gut, er ist dabei ganz anspruchslos, und er geht mit mir nicht wie mit einem Untergebenen, sondern wie mit einem Kollegen um. Dieses tut einem in einem so ganz fremden Lande sehr gut, und ich glaube, wenig Zeit nötig zu haben, um mich ganz heimisch zu fühlen. Herr Troost³³ ist ebenfalls sehr freundschaftlich, und ich komme erst eben mit ihm und Shenton von einer Spaziertour zurück, nachdem ich diesen Mittag bei ihm speiste. — Weil ich nicht in Manchester selbst, sondern der gesünderen und angenehmeren Lage wegen eine halbe Stunde davon auf dem Lande wohne, so kenne ich das Innere der Stadt noch nicht ganz, doch glaube ich, gleicht dasselbe ganz dem schon gesehenen Teil und alsdann kann ich es weder sehr schön noch häßlich nennen. Die Häuser sind wie in Holland von roten Backsteinen erbaut, und ist die Form verschieden, auch fehlt ihnen das freundliche Rot jener, weil der durch die vielen Spinnereien, Fabriken und Färbereien erzeugte Kohlenstoff die Häuser schwärzt und keinen Anstrich zuläßt. Die Straßen sind übrigens meistens ziemlich breit und licht. Die Lage von Manchester gefällt mir gut, die Gegend umher ist eine nur von Heide unterbrochene Ebene von dem Fluß Irwell durchschnitten. Einwohner zählt man hier 156 000. Die Mobiliare der Häuser finde ich mit denen in Holland übereinstimmend; in den Gängen sowohl als auf den Treppen und in allen Stuben Teppiche, alle Möbel, als Stühle, Tische, Betten, Kommoden sind von Mahagoniholz und schön gearbeitet. So schön ich dies

31 Vgl. A.[ntony] C. G. Ermen. The Three Red Towers, a. a. O., S. 18.

32 Inhaber der Firma „William Shenton & Co.“. Diese Garnhandelsfirma wird in den Adreßbüchern von Manchester von 1817 bis 1830 erwähnt. Für diesen Hinweis habe ich Herrn Allan D. Barlow von der Zentralbibliothek in Manchester zu danken.

33 Hier handelt es sich ganz offensichtlich um Johann Abraham Troost (* Elberfeld 10. Dez. 1762 + Godesberg 21. Okt. 1840). Er gründete das Handelshaus „Abraham Troost & Söhne“ zu Elberfeld und im Jahre 1829 auch zu Manchester. Er spielte im wirtschaftlichen Leben seiner Vaterstadt eine bedeutende Rolle, besonders im Deutsch-amerikanischen Bergwerksverein sowie bei der Rheinisch-westindischen Kompanie. Die Firma in Manchester wurde später durch den Enkel des Begründers Abraham Eberhard Robert Troost (1816—1874) in „Robert Troost & Co.“ umbenannt und bestand wohl bis zu dessen Tode im Jahre 1874.

alles finde, so sehr mißfällt mir fürs erste die englische Kost, die meinem Urteile nach der deutschen bei weitem weichen muß; dies gestehen die Engländer, welche gereist sind, selbst. Die Gemüse sind schlecht und in geringer Anzahl vorhanden, Suppen kennt man nicht, und nur von Fleisch allein muß und kann man sich erholen, denn das Brot, obgleich es hier recht gut schmeckt, wird verhältnismäßig nur wenig gegessen. Ich sehe die Engländer während einer ganzen Mahlzeit zu ihren kräftigen und fetten Fleischspeisen oft nicht einen Bissen Brot nehmen. Die Kartoffeln spielen in England eine ebenso wichtige Rolle als in der ganzen Welt. — Das Klima scheint mir hier etwas kälter als auf dem festen Lande zu sein, unsere Obstbäume blühen jetzt erst, und in den Kaminen ist noch überall Feuer, doch sollen die Winter nicht so streng sein und die Schafe meistens während desselben im Freien bleiben können. —

In drei Wochen werde ich hier einem mir noch ganz fremden Schauspiel beiwohnen, nämlich dem in England so beliebten Pferderennen und Hahnengefechten; es ist dazu hier in der Nähe auf einem Hügel ein besonderer mit einem Amphitheater umgebener Platz. Es wird bei dergleichen Gelegenheiten von den Zuschauern immer und oft um große Summen gewettet.

Da Du wahrscheinlich bald an Marianne³⁴ schreibst, so bitte ich, ihr zu sagen, daß ich das für Dick³⁵ bestellte Tuch noch nicht bestellt, weil ich noch nicht an meinen Freund geschrieben hätte, daß solches aber nun in den nächsten Tagen geschehe und er, wenn auch nicht gleich, doch auf den Empfang desselben rechnen könne. Beide bitte ich übrigens aufs beste zu grüßen. — An Bertram³⁶ schreibe ich baldmöglichst, sage ihm dies gfl., wenn er dorthin kommen sollte.

Genehmige, liebe Mutter, meine herzlichsten Wünsche für Dein ferneres Wohlergehen, und sei versichert, daß ich auch in der Fremde nicht aufhöre zu sein

Dein Dich liebender Sohn P.

An alle meine herzlichsten Grüße. Meine Adresse ist:
Mr Pef Ermen, care of Messrs W^m Shenton & Co.
franco Küste Manchester

Nur ja immer auf ganze Bögen geschrieben und nicht beigeschlagen oder halbe Blätter genommen.

[Umschlag]
Poststempel
Manchester

Via Ostend
Herrn
Gottfr. Ermen seel. W^b
Hachenburg
Duché de Nassau
p. Cöln & Siegburg

34 Vermutlich Peter Albert Ermens Schwester Anna Maria Dick (*Hachenburg 5. Okt. 1796 + ebd. 13. Okt. 1822). Sie war seit dem 30. 6. 1818 verheiratet mit Johann Anton Dick. Vgl. zu diesem weiter unten, Anm. 35.

35 Johann Anton Dick (*Wischau/Mähren 9. Mai 1786 + Niederlahnstein 30. Aug. 1822) hzgl. nassauischer Accessist zu Hachenburg, später zu Niederlahnstein.

36 Peter Ermens Mutter Johanna Philippine (1773—1842) war eine geborene Bertram; wahrscheinlich handelt es sich um einen Verwandten mütterlicherseits.

Militärdienst und Studienabsichten des jungen Engels

Zu einigen neuen Dokumenten

Richard Kumpf

Ende 1979 wurden in den „*Nachrichten aus dem Engels-Haus*“¹ in Wuppertal einige neue Dokumente über den jungen Engels veröffentlicht, die dazu beitragen können, das Bild über den Werdegang des Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus, *Friedrich Engels*, in jungen Jahren weiter zu vervollständigen. Zunächst betrifft das einen „Auszug aus den Barmer Musterungsakten für das Jahr 1840“² und ein „Namentliches Verzeichnis der in der Aushebungsliste des Jahres 1840 aufgeführten Individuen“, welche sich freiwillig auf ein Jahr³ zum preußischen Militärdienst verpflichtet haben. Die Meldung Engels' als „Einjährig-Freiwilliger“ war bisher bereits bekannt. Neu sind die angeführten Dokumente und der daraus zu entnehmende frühe Meldetermin am 25. Februar 1838.

Daß der junge Engels seiner Militärdienstpflicht genügen mußte, entsprach dem damaligen preußischen Militärgesetz nach der Einführung der zweijährigen allgemeinen Wehrpflicht. Dieses Gesetz gab Personen mit Primanerreife (E. ging als Primaner vom Gymnasium) die Möglichkeit, sich zum „Einjährig-Freiwilligen“ zu melden und sicherte diesem Personenkreis dafür summarische Vorteile zu: so u. a. Reduzierung der Dienstzeit von zwei Jahren auf ein Jahr, Wahl des Dienstortes (E. wählte Berlin), Wohnungsnahme außerhalb der Kaserne (E. wohnte wie bekannt in der Dorotheenstraße), Weiterbildung während der Dienstzeit an privaten oder öffentlichen Instituten (E. als Gasthörer an der Berliner Universität). Die Entlassungsurkunde plus Führungsattest erlaubte dem Freiwilligen nach Ableistung seiner Dienstzeit die Aufnahme eines Studiums an jeder beliebigen Universität in Preußen.

Was konnte den jungen Engels veranlassen, sich freiwillig zum preußischen Militär zu melden? Im Zusammenhang mit den oben angeführten und weiteren Dokumenten stellt sich u. a. auch die Frage nach dem Motiv für die Freiwilligenmeldung; ohne dabei spekulativ zu werden, sind die sich ergebenden Zusammenhänge durchaus einige Überlegungen wert.

Der Gang zum Militär war für den jungen Engels durch das Militärgesetz, aber auch durch eine gewisse Familientradition vorgezeichnet. Nicht nur sein Vater, sondern auch alle seine jüngeren Brüder haben den Militärdienst abgeleistet und sind dieser Familien-

1 *Nachrichten aus dem Engels-Haus* 2; Michael Knieriem, *Über Friedrich Engels, Privates, Öffentliches und Amtliches. Aussagen und Zeugnisse von Zeitgenossen*.

2 Nach dem Original STA Wuppertal, S. III.43. Abgedruckt in: *Nachrichten aus...*, a. a. O., S. 37. Erstveröffentlichung in: M. Knieriem, *Friedrich Engels' Reise nach Münster im Frühjahr 1840*, in: *IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. von Henryk Skrzypczak, Westberlin 1978, Heft 4, S. 486—490.

3 *Ebenda*.

tradition gefolgt. Der junge Engels mußte also früher oder später seiner Dienstpflicht Genüge tun. Geht man davon aus, daß der junge Engels dem preußischen Staat und seinem feudal-reaktionär geprägten Militarismus sowie dem von ihm oft charakterisierten „Gamaschendienst“ zu dieser Zeit bereits kritisch gegenüberstand, dann stände diese innere Haltung des jungen Engels mit der Familientradition in Widerspruch, würde sich aber andererseits mit dem Interesse seines Vaters, den ältesten Sohn so bald wie möglich ins „Geschäft“ zu bringen, zumindest indirekt decken. Daß dieses Interesse beim Vater tatsächlich bestand, gilt als unbestritten, dafür gibt es zahlreiche Hinweise in verschiedenen Dokumenten. In einem Brief von *Carl de Haas*, einem Mitschüler von Engels am Elberfelder Gymnasium, an *Adolf Schults*⁴, schreibt *de Haas*: „... nämlich mein früherer Mitschüler auf dem Gymnasium Friedrich Engels aus Barmen. . . mußte aber vor zwei Jahren auf Befehl seines Vaters Kaufmann werden und lebt seitdem in Bremen.“⁵ Das heißt, der Vater hat den Sohn absichtlich ein Jahr vor dem Abitur vom Gymnasium genommen und ihn zur kaufmännischen Ausbildung nach Bremen, zu dem ihm befreundeten Kaufmann *Leupold*, delegiert.

Vom Standpunkt des Vaters, den Sohn so bald wie möglich ins „Geschäftsleben“ zu bringen, war die Meldung seines Sohnes als „Einjährig-Freiwilliger“ nicht unbedingt wünschenswert. Wenn der Vater diesem Schritt zugestimmt bzw. den jungen Engels dazu gedrängt hat, so konnte es ihm dabei doch nur um die Aufrechterhaltung der Familientradition bei gleichzeitiger „Einsparung“ eines Dienstjahres gehen. Wäre es konsequent von seinem Interesse ausgegangen, den Sohn so bald wie möglich ins „Geschäft“ zu bringen, dann hätte er ihn ohne weiteres vom Militärdienst freikaufen können. Zu dieser Zeit war das bei bürgerlichen Kaufleuten und Fabrikanten in Preußen gang und gäbe. Mir geht es in diesem Zusammenhang nicht darum, mich mit der militärpolitischen Indifferenz des preußischen Bürgertums zu befassen, sondern die unterschiedlichen Motive und teilweise gegensätzlichen Interessen von Vater und Sohn bzw. auch die teilweise übereinstimmende Interessenlage in dieser einen Frage deutlich zu machen.

Friedrich Engels hatte bereits in jungen Jahren erhebliches Interesse an Militärischem. Das zeigt nicht nur seine Beschäftigung mit Rittergeschichten und militärischen Vorgängen des Altertums, sondern auch (wenngleich 2 Jahre nach der Meldung — kurz nach der Musterung — geschrieben) seine Betonung der Vorzüge der Einführung der Schiffschraube für Kriegsschiffe im Gegensatz zum üblichen Schaufelrad in Zeitungskorrespondenzen des Zwanzigjährigen über Schraubendampfschiffahrts-Versuche in Bremen.

4 Im Nachlaß von *Adolf Schults* in Wuppertal fand *M. Knieriem* 1974 ein unbekanntes Fragment eines Dramen-Entwurfs „*Cola di Rienzi*“ von Engels. Nach Auffassung seines Entdeckers ist es möglicherweise 1840 oder 1841 für ein Literaturkränzchen verfaßt worden, welches von dem seit 1840 in Berlin lebenden Elberfelder Literaten *C. de Haas* organisiert wurde und dem neben mehreren Elberfelder Literaten auch Engels und jener *Schults* angehörten. Die poetischen und literarischen Neigungen und Leistungen des jungen Engels der Gymnasialzeit, wo er ebenfalls Literaturkränzchen angehörte, und besonders der Bremer Zeit (1838—1841), wo er sich nicht nur als Publizist bewährte, sondern auch als Schriftsteller (Pseudonym: *Oswald*) versuchte, sind bekannt und werden durch das aufgefundene Dokument bestätigt. Zum Inhalt nur dies: Engels interessierte am *Rienzi*-Stoff besonders, wie sich das römische Volk des 14. Jahrhunderts zum Freiheitskampf erhob. Erstveröffentlichung: *Friedrich Engels: Cola di Rienzi*. Bearbeitet und eingeleitet von *Michael Knieriem*, hsg. v. *Friedrich-Engels-Haus Wuppertal* und *Karl-Marx-Haus Trier*, Wuppertal 1974.

5 Nach einer Fotokopie aus dem Engels-Haus; Erstveröffentlichung in: *Cola di Rienzi*, a. a. O., S. 56. Weiterhin: *Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)*, III, 1, S. 537 (Berlin 1975).

Hierbei handelt es sich übrigens ebenfalls um Arbeiten, die erst vor fünf Jahren gefunden wurden.⁶ Engels hat dieses Interesse sein Leben lang bewahrt und später intensive Studien auf diesem Felde betrieben, so daß er, wie besonders *I. A. Babin* nachweist, ein „großer Theoretiker und Historiker der Kriegskunst, ein Revolutionär und Neuerer auf dem Gebiet der Militärwissenschaft“ wurde.⁷ Dieses in jungen Jahren bereits vorhandene Interesse an militärischen Ereignissen und Problemen ist sicher u. a. ein Motiv für die Meldung zum „Einjährig-Freiwilligen“ gewesen. Zumal er dabei die Artillerie wählte, die zu dieser Zeit die klassische Waffengattung des Bürgertums war.

Aber auch aus dieser Interessenlage des jungen Engels an militärischen Dingen läßt sich seine Meldung als „Einjährig-Freiwilliger“ nicht allein und nicht direkt erklären. Eine Reihe von anderen Tatsachen und späteren Ereignissen führen noch zu anderen Überlegungen. Heute gilt als unbestritten, daß das Hauptinteresse des jungen Engels zu dieser Zeit weniger dem Kaufmannsberuf als einer wissenschaftlichen Ausbildung und späteren wissenschaftlichen Tätigkeit galt. Das zeigt einmal seine spätere persönliche Entwicklung während der Ausbildungszeit im Bremer Kontor (1838—41), die ihn weder geistig noch zeitlich so stark ausfüllte, daß er sich nicht genügend Zeit genommen hätte für die Fortsetzung seiner schriftstellerischen und poetischen Versuche, für umfangreiche Korrespondententätigkeit für mehrere Zeitungen sowie für ein intensives Studium der zeitgenössischen philosophischen und religionskritischen Schriften und der oppositionellen politischen Literatur. Das bürgerlich-liberale Bremen bedeutete für Engels' Entwicklung weniger die Bereicherung kaufmännischer Erfahrung als vielmehr Emanzipation von pietistischer Religiosität und geistige Befreiung, die sich (seit 1839) in intensiver literarisch-journalistischer Betätigung ausdrückte. Kurz, als Motiv für die Freiwilligen-Meldung kommt wohl kaum die Einsparung des zweiten Dienstjahres zum Zwecke schnellerer Rückkehr ins Kaufmannsleben in Frage.

Dafür gibt es schon aus frühester Zeit dokumentarische Hinweise auf ein beabsichtigtes Universitätsstudium. Unter anderem läßt sich dafür das Abgangszeugnis vom Elberfelder Gymnasium vom 25. September 1837, das von Engels' Lehrer *Dr. J. C. L. Hantschke* unterzeichnet ist, heranziehen. Mit diesem Zeugnis entläßt *Dr. Hantschke* den jungen Engels von der Schule bei seinem — wie es heißt — „Übergange in das Geschäftsleben, das er statt früher beabsichtigten Studiums als seinen äußeren Lebensberuf zu wählen sich veran-

6 Nachforschungen im Archiv der von Cottaschen Verlagsbuchhandlung im Schiller-Nationalmuseum in Marbach a. N. führten zu der Entdeckung, daß Engels — auf persönliche Bitte Cottas (s. Brief Johann Georg von Cottas an Friedrich Engels in Bremen, Stuttgart, 8. Juli 1840, in: *Marx-Engels-Jahrbuch* I, Berlin 1978) — von Juni 1840 bis Februar 1841 auch für die bedeutendste Zeitung des Verlags, die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ als Bremer Korrespondent tätig war. In seiner wichtigsten — der Korrespondenz über die Schraubendampfschiffahrts-Experimente in Bremen — geht Engels nicht nur detailliert auf die allgemeinen technischen Vorzüge der Schiffschraube ein, sondern zitiert zustimmend einen Bericht über die militärtechnischen Vorteile gegenüber dem Schaufelrad: „Für die Kriegsmarine ist die Schraube von der größten Wichtigkeit, da die unter dem Wasser befindliche Schraube vor Kugeln gesichert ist. . . Die Räderkasten lassen ferner keine Aufstellung von Geschütz an den breiten Schiffswänden zu; mit ihnen fällt auch dieser Mangel weg.“ Friedrich Engels, Die Schraubendampfschiffahrt und ihre Anwendung auf eine Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Deutschland und Amerika. Augsburger „Allgemeine Zeitung“, Beilagen, Nr. 281—282, 7./8. Oktober 1840. Erstveröffentlichung: Hans Pelger/Michael Knieriem, Friedrich Engels als Bremer Korrespondent des Stuttgarter „Morgenblattes für gebildete Leser“ und der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, in: *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus*, Heft 15, Trier 1975, S. 58.

7 *A. I. Babin*, Die Herausbildung und Entwicklung der militärtheoretischen Ansichten von Friedrich Engels, Berlin 1978, S. 8/9.

laßt sah".⁸ Zum Studium hätten den jungen Engels — wie aus dem Zeugnis hervorgeht — übrigens seine Anlagen und schulischen Leistungen befähigt. Nun aber sollte er auf Befehl des Vaters, wie aus dem bereits zitierten Brief von *Carl de Haas an Adolf Schults* ersichtlich, Kaufmann werden.⁹

Der Wunsch des jungen Engels war sehr früh eine wissenschaftliche Ausbildung. Darauf deutet nicht nur der Hinweis seines Lehrers *Dr. Hantschke* hin. So schreibt z. B. *Paul Lafargue* in seinen Erinnerungen an *Friedrich Engels*: „Engels liebte das Studium um des Studiums willen: ihn interessierten alle Gebiete. . . seine Wißbegierde war erst befriedigt, wenn er sich bis ins kleinste Detail zum Herrn des Gegenstands gemacht, den er studierte.“¹⁰ Aufgrund der verschiedensten Fakten und Interessen kann der Gedanke nicht von der Hand gewiesen werden, daß die Meldung als „Einjährig-Freiwilliger“ der Absicht des jungen Engels entsprang, den Willen und das Streben seines Vaters, aus ihm einen „Kommis seiner Firma“ zu machen, zu unterlaufen und sich für die Zukunft die Aufnahme eines Universitätsstudiums zu öffnen. Daß ihm auf diesem Wege eine solche Möglichkeit erschlossen wurde, ist jedenfalls Tatsache.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, warum Engels gerade Berlin als Dienstort wählte. Sicher spielt dabei auch sein Bestreben eine Rolle, dem „einengenden, eintönigen und bedrückenden Milieu“ Barmens zu entkommen. Und richtig ist auch, daß es im Rheinland zu dieser Zeit außer Festungsartillerie keine beweglichen Artilleriebrigaden gab und er u. a. auch deshalb Berlin wählte.

Das kann aber nicht der alleinige Grund gewesen sein, denn es gab auch andere Gegenden in Preußen, in denen bewegliche Artilleriebrigaden stationiert waren. Für die Wahl Berlins als Dienstort sprechen jedenfalls auch einige andere Interessen und Anreize. Unter anderem könnte den jungen Engels veranlaßt haben, nach Berlin zu gehen, daß dort ein Teil seiner gymnasialen Mitschüler aus Elberfeld studierte. Mir scheint jedoch die Aussicht, an der Berliner Universität sein philosophisches Wissen vervollkommen und an der

8 Nach dem Original aus dem Engels-Haus; Zeugnisbuch für Schüler, welche die Anstalt verlassen haben oder sonstige Zeugnisse einzusenden veranlaßt sind. 1836—1870, Engels-Haus Wuppertal. Erstveröffentlichung in: (erste) MEGA, I, 2, S. 480 f. (Berlin 1930). Abgedruckt in: *Friedrich Engels, Dokumente seines Lebens*. Zusammengestellt und erläutert von Manfred Kliem, Frankfurt 1977, S. 59—61.

9 Möglicherweise bewegen den Vater außer rein kaufmännischen Motiven auch erzieherische. In einem Brief an seine Frau vom 27. August 1835 zeigt er sich beunruhigt über eine gewisse „Gedanken- und Charakterlosigkeit“ seines Sohnes. Der Fund eines „schmierigen Buchs aus einer Leihbibliothek, eine Rittergeschichte“, läßt ihn „bange um den übrigen trefflichen Jungen“ werden. Und er glaubt, „daß eine abgeschlossene Lebensart, die ihn zu einiger Selbständigkeit führen muß, für ihn das Beste ist“. (*Friedrich Engels sen. an seine Frau Elisabeth, Barmen, 27. August 1835*, in: *Friedrich Engels, Dokumente . . . a. a. O.*, S. 56/57.) Bedenkt man, daß der Vater, entsetzt über die geistige Entwicklung seines Sohns nach dessen Rückkehr aus Berlin 1842 („seine Neigung zum Extremen“) (vgl. Brief von F. Engels sen. an Carl Wilhelm Moritz Sneathlage, Barmen, 5. Oktober 1842, in: *Nachrichten aus dem Engels-Haus 2, a. a. O.*, S. 77 sowie *Marx-Engels-Jahrbuch 1, a. a. O.*, S. 357) ihm zunächst im eigenen Betrieb „ziemlich Arbeit geben“ (ebenda) wollte und ihn Ende 1842 für mehr als 1 1/2 Jahre in die von ihm mitbegründete Baumwollspinnerei nach Manchester schickte (von wo der junge Engels allerdings als Kommunist zurückkehrte), so darf man annehmen, daß der Vater lange Zeit an dem Versuch festhielt, nicht nur aus seinem Sohn einen tüchtigen Nachfolger zu machen, sondern auch mittels der Beschäftigung im praktischen Kaufmannsberuf dessen geistige und politische Entwicklung im Sinne der Familientradition zu kontrollieren.

10 *Paul Lafargue, Persönliche Erinnerungen an Friedrich Engels*, in: *Die Neue Zeit*, 23. Jahrg., 2. Bd., 1904/05, S. 559/60. Auch in: *Moht und General, Erinnerungen an Marx und Engels*, Berlin 1970, S. 485, 487.

geistigen Auseinandersetzung seiner Zeit teilnehmen zu können, das wahrscheinlichere und hauptsächlichste Motiv zu sein.

Die Wahl Berlins als Dienort, die Hospitation und Teilnahme an der geistigen Auseinandersetzung des Berliner Universitätslebens und die Entlassungsurkunde mit dem Führungsattest als „Einjährig-Freiwilliger“ sind Fakten, die durchaus auf die ernste Absicht Engels' zur Aufnahme eines Universitätsstudiums hindeuten und die außerdem zu der Überlegung führen können, daß er die Freiwilligenmeldung als Vehikel benutzte, um die Absichten seines Vaters zu unterlaufen und sich Zugang zum Studium zu verschaffen. Daß der junge Engels gewitzt genug war, solches zu tun, daran dürfte kein Zweifel bestehen.

Die Hospitation an der Berliner Universität bestärkte Engels in der Absicht zu studieren. Zu dieser Überlegung führen auch noch einige andere Ereignisse. Engels nahm an der Berliner Universität an Vorlesungen der Professoren *Henning, Michelet, Schelling, Rückert, Benary, Marheinke* u. a. sowie vor allem an der Auseinandersetzung mit dem Philosophen *Schelling* teil.¹¹ Zweifellos hat ihn dieses, wenn auch sporadische Studium als Hospitant, in seinen philosophischen Kenntnissen bereichert. Andererseits hat es ihn aber auch zu der Einsicht geführt, genug gelernt zu haben, „um mir eine Überzeugung zu bilden, um sie nötigenfalls zu vertreten. Aber nicht genug, um mit Erfolg und gehörig für sie wirken zu können“.¹²

Anläßlich seiner Auseinandersetzung mit *Alexander Jung* im Juli 1842 schreibt Engels an seinen Verleger *Ruge* u. a., daß er den „Entschluß gefaßt (habe d. V.), für einige Zeit aller literarischen Tätigkeit zu entsagen und dafür desto mehr zu studieren...“¹³ und weiter: „Ich kann mit dem Erfolg zufrieden sein und halte es für meine Pflicht, durch ein Studium, das ich mit doppelter Lust fortsetze, mir auch das immer mehr anzueignen, was einem nicht angeboren wird.“¹⁴ Daraus geht eindeutig die Absicht Engels' hervor, seine Studien verstärkt fortzusetzen, und man kann annehmen, daß er dabei auch an die Aufnahme eines Universitätsstudiums gedacht hat.

Es liegt natürlich die Frage auf der Hand, warum er dann die Gelegenheit nach Ableistung seines Militärdienstes zu einem solchen Studium noch nicht genutzt hat. Hier ist zu bedenken, daß Engels mit 22 Jahren noch nicht volljährig und von seinem Vater abhängig war. Hinzu kommt, daß er seine kaufmännische Ausbildung in Bremen abgebrochen und noch nicht abgeschlossen hatte. Der Vater schickte ihn kurzerhand nach Manchester, um die Ausbildung seines Sohnes in seinem Sinne weiter voranzutreiben.

Nach seiner Rückkehr aus Manchester im Jahre 1844 war für den jungen Engels die Situation grundlegend anders. In Manchester hatte er Gelegenheit, neben seiner beruflichen Tätigkeit seinen eigentlichen Interessen nachzugehen. Er studierte in dieser Zeit die Frühsozialisten, die klassischen englischen Ökonomen, die kapitalistische gesellschaftliche Wirklichkeit mit ihren Klassenwidersprüchen, sammelte ein umfangreiches Material über die Lage der englischen Arbeiter und lernte bei seiner Rückkehr 1844 in Paris *Karl Marx* kennen. Man kann wohl als sicher annehmen, daß nun der junge Engels, der inzwi-

11 Z. B. Friedrich Engels, Mitschrift einer Vorlesung von Ferdinand Benary über die Johannes-Apokalypse, in: MEGA IV, Berlin 1976, S. 415—433. Die Auseinandersetzungen mit Schelling sind unter dem Titel „Anti-Schelling“ zusammengefaßt in: Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband II, Berlin 1967, S. 161—245.

12 Engels an Arnold Ruge, 26. Juli 1842, in: MEW 27, S. 408 sowie MEGA III, 1, S. 235.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

schen Kommunist geworden, entschlossen war, jetzt eigene Wege zu gehen und sich nicht mehr vom Vater kommandieren zu lassen. Davon zeugen übrigens alle seine Aktivitäten im Wuppertal seit seiner Rückkehr aus Manchester, wie die gemeinsame Herausgabe der „Heiligen Familie“ mit Marx, sein Buch über die „Lage der arbeitenden Klassen in England“, die kommunistischen Versammlungen in Elberfeld u. a. m. In dieser Zeit hat er auch seinem Vater zu verstehen gegeben, daß er entschlossen ist, „den Schacher definitiv dranzugeben“.¹⁵

Am 17. April 1845 reist der junge Engels nach Brüssel, und während dieses Zeitraumes hält er sich auch mehrmals in Bonn auf. Er bleibt dann in Brüssel, obwohl er zunächst nur die Absicht hatte, sich zeitweilig dort aufzuhalten. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein „Auszug aus den Polizeiakten der Stadt Brüssel vom 17. April 1845“.¹⁶ Darin ist vermerkt, daß sein Aufenthalt dazu dienen sollte, seine französischen Sprachkenntnisse zu vervollkommen. Er ist außerdem im Besitz eines Zeugnisses des Bürgermeisters von Barmen, *Wilkhaus*, das ihm seine gute Führung bescheinigt, um sich mit Zustimmung seines Vaters an die Bonner Universität zu begeben. Dieser Hinweis auf ein solches Zeugnis in der Polizeiakte deutet zumindest darauf hin, daß Engels noch zu diesem Zeitpunkt die Absicht hatte, ein Studium aufzunehmen.

Neu ist auch ein Auswanderungsgesuch von Engels vom 14. April 1845 nach England.¹⁷ Der bereits genannte Bürgermeister von Barmen bittet darin den Landrat und geheimen Regierungsrath, *Graf von Sysse*, dem Gesuch Engels' stattzugeben. Er weist dabei erneut auf die von ihm an den Landrat bereits berichteten „communistischen Umtriebe“ von Engels hin. Außerdem erwähnt der Bürgermeister in diesem Zusammenhang, daß sich Engels zu diesem Zeitpunkt in Bonn aufhält. Dieses Auswanderungsgesuch von Engels muß nicht unbedingt in Widerspruch stehen zu seiner Absicht, doch noch in Bonn zu studieren. Zunächst kam es Engels, wie bereits erwähnt, darauf an, das häusliche Nest zu verlassen, um die Streitigkeiten mit dem Vater zu beenden, denn es war, wie er in dem bereits zitierten Brief an Marx 14 Tage vorher beklagt, „nicht mehr auszuhalten“.¹⁸

Bei allen Überlegungen über ein mögliches Universitätsstudium muß allerdings eines in Betracht gezogen werden. Nach seiner Rückkehr aus Manchester hatten Marx und Engels vereinbart, nun in Zukunft zusammenzuarbeiten und das zu formulieren, was sie ihre „neue Theorie“ nannten. Ganz sicher ist diese Absicht letztlich ausschlaggebend gewesen für den weiteren Weg von Friedrich Engels.¹⁹

15 Engels an Marx, 17. März 1845, in: MEW 27, S. 26 sowie MEGA III, 1, S. 272.

16 Nach einer Fotokopie aus dem Engels-Haus; siehe auf folgenden Seiten: Dokument 2.

17 Nach einer Fotokopie aus dem Engels-Haus; siehe auf folgenden Seiten: Dokument 1.

18 Engels an Marx, a. a. O.

19 Alle beigegeführten neuen Dokumente konnten durch die freundliche Genehmigung von Michael Knieriem nach dem Original bzw. nach Fotokopien aus dem Engels-Haus in Wuppertal veröffentlicht werden. Dafür danke ich ihm herzlich.

Neue Engels-Dokumente

Dokument 1

Auswanderungsgesuch von Friedrich Engels nach England
Barmen, 14. April 1845*

Barmen, den 14. ten April 1845

Auswanderungs-Gesuch des Friedrich Engels junior von hier nach England betreffend

No 1737
[Randvermerk]

16/4.45

Nr. 5051

brevi manu nebst Anlagen

an He[rrn] v. Pauwel

23/4 24/4 Gg. 26

Exp: et mitt. die anliegende Entlassungs-Urkunde für den p. Engels unter Wiederbeifügung der eingereichten Verhandlungen mit dem Auftrage, über die Aushändigung der Urkunde mit dem p. Engels eine Verhandlung aufnehmen zu lassen und von der demselben erteilten Erlaubnis dem Landwehr-Bataillons-Commandeur Mittheilung zu machen.

An den Königlichen Landrath und Geheimen Regierungs-Rath und Ritter p.p. Herrn Graf v. Seyssel Hochgeboren zu Elberfeld

Laut der im Original angebogenen Eingabe des augenblicklich sich in Bonn aufhaltenden Friedr. Engels junior von hier vom 7. ten d.[es] M.[onats] wünscht derselbe einen Auswanderungs-Consens nach England zu erhalten, da er dorthin auszuwandern beabsichtigt.

Indem ich mich beehre, eine vorschriftsmäßige Nachweise der Vermögens- und Familien-Verhältnisse des p. Engels gehorsamst beizufügen, erlaube ich mir zu bitten, den Auswanderungs-Consens für den p. Engels geneigtest baldmöglichst erwirken zu wollen, da dem Gesuche hierorts nichts entgegensteht, und bemerke ich schließlich noch, daß der p. Engels derjenige ist, über den ich bereits einige Male, der communistischen Umtriebe verdächtig gehorsamst zu berichten die Ehre hatte.

Der Bürgermeister
Wilkhauß

An eine Königl.-Hochlöbliche Regierung zu Düsseldorf, zur hochgefälligen Ertheilung des für den p. Engels junior nebenstehend erbetenen Auswanderungs-Consenses

Elberfeld, d. 19. April 1845

Der Königl. Landrath
Geheimer Regierungsrath
v. Seyssel

* nach einer Fotokopie, bereitgestellt vom HSTA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 526, „Acta betreffend die Gesuche um Erlaubnis zur Auswanderung v. 1. Jan.—31. Dez. 1845“; Erstveröffentlichung in: Michael Ktneriem, Ein unbekanntes Auswanderungsgesuch Friedrich Engels' nach England, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, Bd. 87, S. 105—109, hier: S. 106 f.

Dokument 2

Auszug aus den Polizeiakten der Stadt Brüssel
Brüssel, 17. April und 15. Mai 1845*

ADMINISTRATION DE LA SURETÉ PUBLIQUE	VILLE DE BRUXELLES. Rue Plaine S ^c Gudule, S(ecti)on 7, No 21
Noms et Prénoms.	Engels Frédéric
Lieu de Naissance et âge.	Barmen âgé d. 21 ans, [sic!]
Occupations.	Rentier, Vient pour Se perfectionner en la langue française
Moyens d'existence.	Sa fortune
Antécédents.	...
Conduite actuelle.	aucune plainte à Sa Charge n'est parvenue à ma connaissance
Moralité.	...
Dernier domicile à l'étranger.	Barmen, ou demeurent Ses Parents
Époque de l'arrivée dans le pays.	il y a quelques jours
Dernier domicile en Belgique.	Bruxelles
Époque de l'arrivée dans la commune.	Comme il est dit
Nature des papiers, leur état, autorité qui les a délivrés.	Cet Etranger est porteur d'un Certificat de Mons' Le Bourgmestre d. Barmen Consta- tant Sa bonne conduite, pour S. rendre à l'université de Bonn avec le consentement de Son Père, il me paraît avant d. lui accor- der Sa résidence, qu'il Serait nécessaire qu'il produise des pieces pour Se rendre en belgique
Autorisation de résidence.	Bruxelles 17 Avril 1845 Engelen Com[missaire] ad [joint] A Bruxelles, le 184 LE BOURGMESTRE

(Der stellvertretende Leiter der belgischen Staatssicherheitsbehörde an den Bürgermeister:)

Bruxelles, le 15 Mai 1845

Monsieur le Bourgmestre,

Je vous prie de me communiquer le certificat dont est porteur le s^r Engels Frédéric, ren-
tier, demeurant plaine S^c Gudule n° 21, objet de votre bulletin du 22 avril dernier n°
3,682.

P^r L'Administrateur
Le Chef de Division.
Opdebeek

* Stadtarchiv Brüssel, Fonds de la police, Bulletin d'étrangers, Boite No. 355, bulletin No. 3682. (Nach einer Kopie). Enthaltend auch die Nummer von Engels' Fremdenpolizeiakte: 74 904. Erstveröffentlichung in: Nachrichten aus dem Engels-Haus 2, Wuppertal 1979, S. 118/119

Dokument 2

Übersetzung** des Auszuges aus den Polizeiakten der Stadt Brüssel
Brüssel, 17. April und 15. Mai 1845.

Behörde für Öffentliche Sicherheit	Stadt Brüssel Rue Plaine Sainte Gudule, Abteilung 7, Nr. 21
Name und Vorname	Engels, Friedrich
Geburtsort und Alter	Barmen, 21 Jahre alt***
Beschäftigung	Rentier, kommt um sein Französisch zu vervollkommen
Existenzmittel	Sein Vermögen
Vorstrafen	...
Verhalten zur Zeit	Mir ist keine gegen ihn gerichtete Klage zur Kenntnis gekommen
Sittliches Betragen	...
Letzter Wohnsitz im Ausland	Barmen, wo seine Eltern wohnen
Zeitpunkt der Einreise ins Land	Er ist seit einigen Tagen hier
Letzter Wohnsitz in Belgien	Brüssel
Zeitpunkt der Ankunft in der Gemeinde	Wie oben
Art der Papiere, ihr Zustand, Behörde, die sie ausgestellt hat.	Dieser Fremde ist Inhaber eines Zeugnisses des Herrn Bürgermeisters von Barmen, das ihm seine gute Führung bescheinigt, um sich mit Zustimmung seines Vaters an die Universität Bonn zu begeben. Bevor man ihm den Aufenthalt genehmigt, scheint es mir notwendig, daß er Dokumente vor- bringt, um sich nach Belgien zu begeben. Brüssel, (den) 17. April 1845
Aufenthaltsurlaubnis	Engelen Hilfskommissar Brüssel, den 184. Der Bürgermeister

Brüssel, den 15. Mai 1845

Herr Bürgermeister

Ich bitte Sie, mir den Wortlaut des Führungszeugnisses mitzuteilen, dessen Inhaber Friedrich Engels ist, Rentier, wohnhaft plaine Ste. Gudule Nr. 21, Gegenstand Ihres Be-
richts vom 22. April dieses Jahres, N. 3,682.

Für den Verwaltungschef
Der Abteilungsleiter
Opdebeek

** Nach einer Übersetzung von Michael Hampf, Wuppertal

*** Ein Versehen der Behörde. Engels war bereits 24 Jahre alt.

Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus und Sozialismus

Bericht über ein Seminar des Instituts für Grundprobleme des
Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der PVAP und des IMSF

Johannes Henrich von Heiseler

1. Historischer Materialismus und bürgerliche Konflikttheorie — 2. Kulturentwicklung und institutionelles Wissenschaftssystem — 3. Interessen und politisches System — 4. Widerspruch und Interesse, Spontaneität und Planung im sozialökonomischen Prozeß — 5. Wirtschafts- und Sozialpolitik — Einheit oder Gegensatz — 6. Arbeiterklasse und Partei im Sozialismus — 7. Bedürfnisse, Lebensweise und Bewußtsein der Arbeiter.

Am 23. und 24. Oktober 1979 fand ein zweites gemeinsames Seminar des Instituts für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (IGML) in Warschau und des IMSF statt. Während bei der ersten Konferenz im Jahre 1978¹ das polnische Institut Gastgeber war, kamen diesmal die polnischen Kollegen als Gäste des IMSF nach Frankfurt am Main. Das Thema dieses Seminars lautete: „*Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus und Sozialismus — am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.*“² Augustyn Wajda, stellvertretender Direktor des IGML, und Josef Schleifstein, Leiter des IMSF, leiteten dieses Seminar gemeinsam. Die Referate waren schon vorher schriftlich ausgetauscht worden, um eine gründliche Diskussion in der kurzen Zeit zu ermöglichen.

In der Anlage des Seminars war davon ausgegangen worden, daß die grundlegende sozialökonomische Gegensätzlichkeit und Unterschiedlichkeit von Sozialismus und Kapitalismus auch die verschiedenen Sektoren und Erscheinungsebenen der Gesellschaft prägen. Gleichwohl trifft für beide Gesellschaftsformationen die universelle Gültigkeit des Widerspruchs als Triebkraft und Motor der Entwicklung zu. Es machte den besonderen Reiz dieses Seminars aus, daß gewissermaßen parallele Themen gewählt wurden, die jeweils vom Standpunkt der sozialistischen Gesellschaft Polen und des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD abgehandelt wurden.

1 Dieses Seminar hatte „Die Arbeiterklasse in der BRD und in der VR Polen“ zum Gegenstand. Vgl. Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 373; sowie den Bericht in: Marxistische Blätter, Nr. 6/1978, S. 91 ff.

2 Festzubakten für diese Tagung ist auch das interessierte Echo in der fortschrittlichen Presse der BRD (vgl. u. a. „Ein Dialog zwischen marxistischen Wissenschaftlern aus zwei Ländern“, in UZ vom 31. 10. 1979). Man hat dort zutreffend den Modellcharakter dieser Veranstaltung hervorgehoben, der — abgesehen von der Thematik — darin zum Ausdruck kommt, daß es sich um eine zweiseitig geplante, vorbereitete und durchgeführte Tagung auf dem Boden der BRD handelte. Das IMSF sieht sich ermutigt, in Zukunft ähnliche Diskussions- und Arbeitszusammenhänge zu organisieren. (Vgl. auch den Bericht in: Marxistische Blätter, Nr. 1/1980, S. 85 ff.)

Die Referate dieser Tagung sind inzwischen als IMSF-Publikation, und zwar unter dem Tagungstitel als Nr. 10 der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“, erschienen.

Der Verfasser dieses Berichts gibt Kernaussagen der schriftlich vorgelegten Referate wieder. Er geht nicht auf die Diskussionen ein und verzichtet auch auf ein analytisches Ausloten und Vergleichen der vorgetragenen Standpunkte. Er hielt es vielmehr in der folgenden Darstellung vor allem für seine Pflicht, sich eng an die Aussagen der Referenten zu halten und sich eigener Kommentare zu enthalten.

1. Historischer Materialismus und bürgerliche Konflikttheorie

Mit der „*Kritik der bürgerlichen Interpretationen der gesellschaftlichen Gegensätze des realen Sozialismus*“ beschäftigte sich *Mariusz Gulczyński*. Zunächst unterschied er verschiedene Formen von Widersprüchen: Nichtidentität von Interessen, Interessendifferenziertheit und schließlich Gegensätzlichkeit von Interessen. Nur die letzte Widerspruchsform führt unvermeidlich zu gesellschaftlichen Konflikten. Da diese letzte Widerspruchsform aber im Sozialismus nicht mehr vorhanden ist, sind gesellschaftliche Konflikte im Sozialismus nicht unvermeidlich. Die Übertragung aller Widerspruchsformen auf alle Gesellschaften ist deshalb denkbar unhistorisch.

Allerdings bietet die Vermeidbarkeit gesellschaftlicher Konflikte im Sozialismus nicht schon die Garantie dafür, daß gesellschaftliche Konflikte auch tatsächlich nicht auftreten. Da im Sozialismus der wichtigste Regulator bei der Distribution nicht der Markt, sondern der Staat ist, kann es sein, daß einzelne gesellschaftliche Gruppen, die annehmen, daß ihren Bedürfnissen geringer als denen anderer Rechnung getragen wird, ausgerechnet im sozialistischen Staat ihren Antagonisten sehen. Hier liegt eine Ursache möglicher gesellschaftlicher Konflikte.

Der Referent setzte sich mit den bürgerlichen Gesellschaftstheorien auseinander, die Leitung und Herrschaft miteinander identifizieren. Diese Theorien dienen dazu, im Kapitalismus aus der Kapitalherrschaft eine Herrschaft der Manager zu machen, und andererseits soll mit ihnen, was den Sozialismus angeht, aus den ökonomischen und politischen Leitern eine herrschende Klasse konstruiert werden.

Ein reales Problem für den Sozialismus ist dagegen, so meinte der Referent, die Tatsache, daß es keinen Automatismus gibt, durch den sich alle Leitenden mit der Arbeiterklasse identifizieren. Die Leitenden sind im Sozialismus der Sache nach Mandatäre aller im Sozialismus vorhandenen Klassen und Schichten. Daher ergibt sich auch der mögliche Widerspruch, daß sich bei bestimmten Gesellschaftsklassen oder -schichten Unzufriedenheit über Beschlüsse und Schritte der leitenden Zentrale ansammelt. Wichtig ist, ein System der Mechanismen zu schaffen, das in Richtung einer Identifikation der wirtschaftlichen und politischen Leiter mit der Arbeiterklasse wirkt. Einer der wichtigsten dieser Mechanismen ist die Rekrutierung der Kader.

„*Historischer Materialismus und bürgerliche Konflikttheorie*“ hieß das Thema von *Horst Holzer*. *Holzer* setzte sich zunächst mit der bürgerlichen Demokratie-Soziologie auseinander, in welcher der antagonistische Charakter sozialer Konflikte nicht auftaucht. In dieser Form bürgerlicher Ideologie sieht es so aus, als ob die sozialen Konflikte für die herrschende Klasse derart leicht zu handhaben seien, wie sie das — ideologisch und praktisch — gern hätte.

Das Referat beschäftigte sich dann mit den kybernetischen Interpretationen der Gesellschaft. Die modellartige Abbildung technischer Systeme wird mechanizistisch auf die Ab-

bildung gesellschaftlicher Verhältnisse übertragen. Die gesellschaftliche Qualität wird nirgends Gegenstand der kybernetischen Systemtheorie. Ein Maschinenmodell wird als Gesellschaftstheorie angepriesen. Die widersprüchlichen, nach wie vor bei hohem Organisationsgrad anarchischen Verhältnisse des Imperialismus werden dargestellt als widerspruchsfreie, formallogisch einwandfrei funktionsfähige, von einem politischen Zentrum aus organisierte Regelkreise. *Holzer* wies nach, daß in allen wesentlichen Punkten *Luhmann* mit den kybernetischen Gesellschaftsinterpretationen auf eine Stufe gestellt werden kann, daß also, sieht man von Differenzen in zweitrangigen Fragen ab, die Kritik an den kybernetischen Gesellschaftsmodellen auch auf die *Luhmannschen* Theorien anwendbar ist.

2. Kulturentwicklung und institutionelles Wissenschaftssystem

Über die „*Wege der Kulturentwicklung in der sozialistischen Gesellschaft*“ referierte *Jerzy Ladyka*. Er ging von der These aus, daß Kulturinhalte instrumental, als Mittel, und autonom, als Werte, betrachtet werden können. Instrumentaler und autonomer Charakter sind jedoch niemals absolut einem Kulturinhalt zuzusprechen, beide gehen ineinander über.

Ladyka beschrieb deutlich, daß eine der ersten Aufgaben der Kulturpolitik Volkspolens die Schaffung von solchen Bedingungen war, die es breiten Kreisen der Werktätigen ermöglichen, die humanistischen Werte des nationalen und des allgemeinen Kulturguts zu rezipieren. Diese Aufgabe war untrennbar mit dem allgemeinen Fortschritt auf anderen Lebensgebieten verbunden. Die Fortschritte im Bildungsbereich sind eine unbezweifelte allgemein-kulturelle Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus in Polen. Der Referent legte dazu wichtige Informationen vor. Schließlich verwies *Ladyka* auf eindrucksvolles Material über die Entwicklung der gesellschaftlich-kulturellen Bewegung: Das Netz der Kultur- und Bildungsstellen, der Bibliotheken, Klubs und Kulturhäuser, die auch in kleinen Orten sowie besonders für Betriebe und Schulen eingerichtet sind. Diese Einrichtungen werden, wie gezeigt werden konnte, von der Bevölkerung bereitwillig angenommen.

„*Gesellschaftssystem und Wissenschaftssystem: Zur Dialektik der Wissenschaftsentwicklung in der BRD*“ lautete der Titel des Beitrags von *Hans Jörg Sandkühler*. Er zeigte, daß die sozialökonomisch produktive Funktion der Wissenschaft sowohl Ergebnis als auch Bedingung (was zu wenig beachtet wird) des Übergangs zum Sozialismus ist. Die Wissenschaft ist, so führte er aus, eine Funktion des Gesamtsystems der Antagonismen des Kapitalverhältnisses, des Klassenkampfes und der politisch-rechtlichen Strukturen der Gesellschaft. Wissenschaft im Kapitalismus ist daher Widerspiegelung der Widersprüche des Kapitalismus in Form eines widersprüchlichen Wissenschaftssystems. *Sandkühler* sprach in einer provozierenden Formulierung von der „Entwicklung eines nicht-kapitalistischen Wissenschaftssektors im Kapitalismus“.

Der Referent ging auf die Formen ein, durch die die Wissenschaft dem Zugriff des Kapitals unterworfen wurde und wird. Die Entwicklung zum Imperialismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hat auch hier einen Formwandel bedeutsamer Art zur Folge gehabt. Dennoch bleibt auch dieser Bereich in seinen grundlegenden Zügen anarchisch. In entscheidenden Punkten herrscht Spontaneität. Eine bewußte proportionale Entwicklung gibt es nicht. Disproportionalitäten lassen sich nachweisen im Verhältnis von

Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung, in der innerwissenschaftlichen Forschungsplanung und im Bereich von Lehre und Ausbildung.

3. Interessen und politisches System

Das Thema von *Jan Bluszkowski* war „*Die Verwirklichung der Interessen der Gesellschaft im System der sozialistischen Demokratie*“. Er betonte, daß nicht nur die jeweiligen Bedürfnisse und die Güter, die ihrer Befriedigung dienen, objektiv gegeben sind. Ebenso ist der Mechanismus, durch den die Güter erzeugt und verteilt werden, vom Produktionspotential der Gesellschaft, den Eigentumsverhältnissen, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, den Einkommensquellen und von der Stellung des jeweiligen Individuums oder der Gruppe in der gesellschaftlichen Struktur abhängig. Daher sind Interessen objektiv determiniert.

Der Konflikt von Interessen kann als eine allgemeine Erscheinung angesehen werden, da jeweils nur eine beschränkte Gütermenge bisher zur Verteilung zur Verfügung war. Der Konflikt von Klasseninteressen stellt die grundlegende, geschichtlich bedeutsamste Art von Interessenkonflikten zwischen Gruppen dar. In jeder Klassengesellschaft können jedoch auch andere Ebenen des Interessenkonflikts auftreten, so zum Beispiel Interessenkonflikte zwischen Schichten, Berufsgruppen, Nationalitäten und ethnischen Gruppen. Interessenkonflikte, die sich aus der lokalen Gliederung, der demographischen Gliederung, der Gliederung nach Generationen oder der Gliederung nach Geschlechtern ergeben. In den Klassengesellschaften übt jedoch der Interessenkonflikt zwischen den Klassen die Dominanz über die anderen Interessenkonflikte aus.

Auf Grund der Beseitigung der Ausbeuterklassen verschwinden im Sozialismus die antagonistischen Interessengegensätze. Die noch bestehenden Klasseninteressen erfahren Veränderungen, die auf eine allmähliche Vereinheitlichung der gesellschaftlichen Lage hinauslaufen. Das betrifft insbesondere das Verhältnis zu den Produktionsmitteln, den Charakter der Arbeit und die Einkommensquellen. Auf allen diesen Gebieten spielen sich langwierige, nicht durch einen einmaligen Akt gelöste Prozesse der Vereinheitlichung ab. Auf der Grundlage der Analyse der Interessen in der sozialistischen Gesellschaft kann man dann auch die Funktionsweise von politischen und gesellschaftlichen Organisationen, die jeweils bestimmte Interessen vertreten, untersuchen. *Bluszkowski* führte das besonders an Hand der Gewerkschaften und der Selbstverwaltungsorgane vor.

Josef Schleifstein sprach „*Zu den Widersprüchen des bürgerlich-parlamentarischen Staates*“. Er führte unter anderem dazu aus, daß der heutige Staat noch ideeller Gesamtkapitalist in dem Sinne ist, daß er die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse juristisch garantiert und durch staatliche Zwangsmittel sichert. Aber er ist wesentlich Staat des Monopolkapitals. Monopole und Staat vereinigen sich zu einem widerspruchsvollen Gesamtsystem ökonomischer und politischer Herrschaft, in dem sie ihre relative Selbständigkeit in der wechselseitigen Durchdringung wahren. Die verschiedenen Monopole konkurrieren dabei um den Einfluß auf die staatliche Politik, um die Richtung der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen. Zugleich aber gibt es das einheitliche Interesse des Monopolkapitals an der Systemerhaltung, am Kampf gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Lande und auf internationaler Ebene gegen die sozialistischen Staaten.

Die hauptsächlichsten Widersprüche des bürgerlich-parlamentarischen Staates sind im Antagonismus der Klassen der kapitalistischen Gesellschaft begründet. Er erscheint als

Widerspruch zwischen Freiheits-Proklamationen und Herrschafts-Realität. *Schleifstein* zeigte, in welcher Weise sich dieser Widerspruch heute in der Bundesrepublik entwickelt hat. Dabei wies er nach, daß der angebliche Pluralismus des Bonner Parteiensystems allein in der Konkurrenz auf dem Felde der effektiveren Verwaltung des „kapitalistischen Staates“ besteht; ein Pluralismus allenfalls der Methoden, ein Singularismus im Prinzipiellen.

4. Widerspruch und Interesse, Spontaneität und Planung im sozialökonomischen Prozeß

„Zur theoretischen Bedeutung der Kategorien Widerspruch und Interesse bei der Analyse der Entwicklungsprobleme der sozialistischen Gesellschaft“ sprach Jerzy Drazkiewicz. Im Sozialismus wirken objektive Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Planmäßigkeit und bewußte Leitung der gesellschaftlichen Prozesse schließen die Objektivität der Entwicklungsgesetze nicht aus, sondern stützen sich auf ihre Kenntnis. Faßt man entsprechend der marxistischen Theorie die Entwicklungsgesetze als Dialektik der Widersprüche, dann folgt aus dem objektiven Charakter der Entwicklungsgesetze auch die Objektivität von Widersprüchen, die unabhängig vom Bewußtsein der Menschen entstehen und sich entwickeln.

Die Grundlage der gesamten Gesellschaftsstruktur entsteht im ökonomischen Prozeß. Die Grundgesetze der Entwicklung betreffen also die in den Produktionsverhältnissen entstehenden Widersprüche. Die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln sind das Grundelement der Produktionsverhältnisse. Die Widersprüche in den Eigentumsverhältnissen entscheiden also über die Entwicklung der ganzen Gesellschaftsstruktur. Die Spezifik der Eigentumsverhältnisse im Sozialismus beruht auf dem Zusammenhang von Eigentum und Planung.

Die grundsätzlichen Widersprüche, die die Entwicklung der ganzen Gesellschaft beeinflussen, realisieren sich im Sozialismus bei den Planungsprozessen, wenn die verschiedenen Gesellschaftsgruppen den Plan nach ihren Interessen zu formen suchen. Ungleicher Einfluß im Prozeß der Planformulierung und daraus resultierende ungleiche Möglichkeiten der Befriedigung der verschiedenartigen Bedürfnisse schaffen Interessenwidersprüche in der sozialistischen Gesellschaft. Daraus entsteht eine strukturelle Spannung, durch die sich die sozialistische Gesellschaftsstruktur weiterentwickeln kann.

Drazkiewicz ging auf die verschiedenen Lösungsmechanismen ein: Die Auflösung der strukturellen Widersprüche durch die planmäßige Tätigkeit des politischen Machtzentrums und ihre Lösung durch die spontane Tätigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die ihre Interessen verfolgen.

„Gesellschaftliche Entwicklung im Sozialismus — Planung und Spontaneität“ hieß das Thema von *Zbigniew Sufin*. Ununterbrochene, integrale und dynamische gesamtgesellschaftliche Planung ist ein Grundmerkmal des Sozialismus. Es gibt jedoch auch im Sozialismus eine ganze Reihe von Prozessen, die spontanen Charakter haben. Dazu gehören solche Prozesse wie das Verbraucherverhalten, die Migrationen, der Betriebswechsel u. ä.

Die regelmäßigen empirischen Untersuchungen über die Lebensbedingungen und die Bedürfnisse der verschiedenen Klassen und Schichten in Polen geben wichtige Grundlagen für den Planungsprozeß ab. Dabei zeigen sich Probleme. So sind in Polen in den letzten Jahren der Lebensstandard und die Kaufkraft bei breiten Massen der Bevölkerung sehr rasch und stark angewachsen, aber die Konsumbedürfnisse sind im gleichen Zeitraum

noch rascher gestiegen. Das eigentliche Problem liegt nun nicht im allgemeinen Produktionszuwachs, sondern in der Entscheidung über die Struktur der erzeugten Güter. Diese Entscheidung kann nicht allein von Technikern und Ökonomen getroffen werden, hier sind Spezialisten der gesellschaftlichen Planung vonnöten.

Schließlich wies *Sufin* darauf hin, daß gegenwärtig die Analyse der Verwirklichung früherer Pläne das schwächste Glied im Planungsprozeß ist. Dieses schwächste Glied ist aber auch eines der wichtigsten. Denn erst die Analyse der Verwirklichung vergangener Pläne erlaubt die Einbeziehung der bisherigen Erfahrungen in die weitere Planung. Erst dadurch wird eine Rückkopplung im Planungsprozeß möglich. Insgesamt geht es jetzt um die Systemmodellierung von Entwicklungsprozessen, die in ihren Wechselbeziehungen theoretisch erfaßt werden müssen, um sie in der gesellschaftlichen Planung prognostizieren zu können.

Heinz Jung und *Klaus Pickshaus* behandelten „*Spontaneität und Planmäßigkeit als Widerspruch der ökonomischen Entwicklung und des Klassenkampfes*“. Für Gesellschaften des Privateigentums und des Klassenantagonismus gilt, daß die durch die Menschen geschaffenen Dinge und Verhältnisse nicht ihrer bewußten Kontrolle unterliegen, daß die diese Verhältnisse regulierenden Gesetze hinter dem Rücken der Akteure wirksam sind: Die Gesellschaft als Ganzes entwickelt sich in einem naturwüchsigen und spontanen Prozeß.

Ist so die Spontaneität der eine Pol, in dem die Bewegungsbedingungen und Interessen des kapitalistischen Eigentums zum Ausdruck kommen, so besteht der andere darin, daß die Vergesellschaftung der Produktion die Bourgeoisie in immer stärkerem Maße zu Formen der Organisiertheit und Planmäßigkeit zwingt. Diese Organisiertheit und Planmäßigkeit strebt über das Einzelkapital hinaus. Das bedeutet aber nicht, wie der Reformismus meint, die Aufhebung der Konkurrenz, sondern ihren Formwandel. Monopolistische Konkurrenz, die sich der Mittel höherer Organisiertheit und Planmäßigkeit bedient, verstärkt am Ende die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der kapitalistischen Anarchie. Es gibt daher keinen stetigen Aufstieg zu immer größerer Organisiertheit und Planmäßigkeit.

Von Bedeutung ist allerdings, daß auch für die Bewegung des Klassenantagonismus neue Bedingungen und Bewegungsformen entstehen. Mit dem Monopolisierungsprozeß wurde der spontane Markt-Preis-Mechanismus auch für die Ware Arbeitskraft untergraben. Die Monopole suchen auch die Bedingungen des Verkaufs und Kaufs der Arbeitskraft zu monopolisieren. Damit soll die freie Entfaltung des Lohnkonflikts verhindert werden.

Der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß hat inzwischen ein Niveau erreicht, das auch zur Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse allgemeine Lösungen, das heißt: staatliche Lösungen erfordert. Auf der anderen Seite wirkt auch die organisierte Macht der Gewerkschaften in Richtung auf die Zunahme der staatlichen Regulierung sozialer Konflikte. Die Erfahrungen der letzten Jahre weisen darauf hin, daß sich aus dem neuen Niveau staatsmonopolistischer Regulierung eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Aufgaben ergibt.

5. Wirtschafts- und Sozialpolitik — Einheit oder Gegensatz?

Jösef Soldaczuk sprach zum Thema „*Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik — Einheit und Widersprüche*“. Er zeigte, daß die ökonomische und die gesellschaftspolitische Entwicklung zwei Seiten einer Entwicklung sind, die eng miteinander zusammenhängen, zugleich aber in ihren unterschiedlichen Wirkungsweisen gesondert betrachtet werden müssen. Im Sozialismus stellt sich das so dar: Die wirtschaftliche Entwicklung ist die Voraussetzung für die Entstehung und Erweiterung entsprechender Bedürfnisse. Zugleich schaffen jedoch die gesellschaftspolitische Entwicklung und die tatsächliche Entfaltung der Bedürfnisse bei den Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft die Motivation für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Koppelung wirtschaftspolitischer und gesellschaftspolitischer Entwicklung kann unter bestimmten Voraussetzungen auch Hemmnisse schaffen. So kann sowohl die ungerechtfertigte einseitige Betonung nur technischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen als auch die ungerechtfertigte Vernachlässigung dieser Zielstellungen zugunsten anderer erstrebenswerter gesellschaftlicher Ziele zu einem anderen als dem angestrebten Resultat führen, nämlich in jedem Falle solcher Einseitigkeit letzten Endes zu einer Einschränkung der Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums und damit zu einer Einschränkung der Befriedigung der gesellschaftlich schon möglichen und erwachten Bedürfnisse.

In der frühen Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft stehen, so referierte *Soldaczuk*, die Aufgaben der strukturellen Umgestaltung und des Aufbaus der materiellen Basis im Vordergrund. Wenn diese Grundlagen geschaffen sind, wenn die sogenannten extensiven Wachstumsreserven versiegen, beginnt eine neue Entwicklungsphase. Es geht nun stärker um solche Ziele wie die Erhöhung der Produktqualität, um die Entwicklung einer abwechslungsreichen Produktionsstruktur, um die Anpassung an höhere, rasch wachsende und differenzierte, raffiniertere Bedürfnisse.

Trotz der theoretischen Erkenntnis der Bedeutung der Konsumtion kann sich eine Tendenz zur verhältnismäßigen Überbetonung der Investitionen erhalten. Dies ist auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen. Dazu gehören die Sensibilität der zentralen Behörden für die strategische Bedeutung zukünftiger Bedürfnisse; dazu gehört die Tatsache, daß Investitionsentscheidungen hohes sachliches und persönliches Prestige vermitteln; dazu gehört auch der Mechanismus, daß die Industrieeinheiten für weitreichende Investitionen vornehmlich Mittel aus zentralen Sonderfonds benützen, so daß jede industrielle Einheit ein Interesse an der möglichst großen Nutzung von Mitteln aus diesen Sonderfonds für ihre Zielstellungen hat; dazu gehört die Tatsache, daß die lokalen Behörden verständlicherweise dazu neigen, die Investitionsansprüche der bei ihnen beheimateten Industrien zu unterstützen.

Gesellschaftliche Gerechtigkeit beruht auf der heutigen Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft auf dem Neben- und Ineinander von vier Prinzipien: Dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel, dem Prinzip der Chancengleichheit, dem Leistungsprinzip und dem Prinzip aktiver, ausgleichender Einkommenspolitik. Vorwärtstreibend wirkt der teilweise Widerspruch zwischen den beiden letztgenannten Prinzipien. Die jeweilige Lösung dieses Widerspruchs ermöglicht erst sowohl die Steigerung der Produktivität der Arbeit als auch die allgemeine Befriedigung gesellschaftlich erwachsener Bedürfnisse.

Jörg Goldberg und *Klaus Priester* hatten einen Beitrag zum Thema „*Wirtschafts- und*

Sozialpolitik als Momente des Klassenkampfes und der staatsmonopolistischen Regulierung“ ausgearbeitet. Von einer staatlichen Programmierung der Wirtschaftsentwicklung kann, so zeigten sie, auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus keine Rede sein. Die Wirtschaftspolitik reagiert jeweils auf ökonomische Grunddaten und deren Veränderung. Dabei zeigt sich in der letzten Zeit eine Verlagerung von direkten Steuerungsformen mit Hilfe der Staatsausgaben zu Formen der indirekten Ankurbelung der Wirtschaft auf dem Wege der Profitstimulierung. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind eng miteinander verflochten; dieses Wechselverhältnis und die einzelnen Schnittflächen wurden im einzelnen untersucht, besonders hinsichtlich der Verteilungsverhältnisse, der Finanzierung und der ideologischen Legitimation.

Zu aktuellen Tendenzen wurde im Referat erklärt: Die Tendenz zur Vergesellschaftung unter kapitalistischen Bedingungen erfordert unter anderem den Ausbau des Systems der sozialen Sicherung. Dem widerspricht das Ziel der Wirtschaftspolitik, die Verteilungsverhältnisse unangetastet zu lassen. Die Lösung dieses Widerspruchs im Sinne der herrschenden Klasse ist die Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben zuungunsten der Sozialpolitik. Diese Politik setzt sich der Gefahr einer Verschlechterung des sozialökonomischen Klimas aus, muß jedoch nicht notwendig zu aktuellen Konflikten, zu einem Aufschwung der Klassenkämpfe führen. Dabei wird die Einschränkung sozialer Leistungen durch die staatliche Sozialpolitik als Haupttendenz gekoppelt mit teilweisen Zugeständnissen, mit der Entwicklung von Konkurrenz in der Arbeiterklasse und mit sozialer Demagogie.

6. Arbeiterklasse und Partei im Sozialismus

Über *„Die Arbeiterklasse und ihre Partei als Grundfaktoren der Integration der sozialistischen Gesellschaft und der Überwindung von Konflikten und Widersprüchen“* sprach Augustyn Wajda. Die sozialistische Gesellschaftsordnung, betonte Wajda, ist ihrem Wesen nach sowohl Voraussetzung wie Ergebnis der Integration der Grundklassen und Schichten der Nation. Der Prozeß der Herausbildung der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Integration ist jedoch nicht die Folge der automatischen Wirkung objektiver Gesetze des Sozialismus. Ein entscheidender Faktor in diesem Prozeß ist vielmehr gerade die marxistisch-leninistische Partei.

Das Programm der PVAP stützt sich dabei einerseits auf die Errungenschaften der Vergangenheit, vor allem den tiefgreifenden Umbau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Rekonstruktion und Modernisierung der Wirtschaft und die Veränderung des Bewußtseins der Nation. Andererseits stützt sich das Programm auf eine komplexe Vorstellung der künftigen Gestalt Polens.

Wajda beschäftigte sich mit der theoretischen Analyse der Konflikte, die in der sozialistischen Gesellschaft Polens ausgetragen worden sind. Die Hauptursache solcher Konflikte liegt in mangelnder Synchronisierung der laufenden Ziele mit den perspektivischen Zielen des Sozialismus. In der Empfindung der Massen werden die perspektivischen Ziele daran gemessen, wie die aktuellen Bedürfnisse befriedigt werden. Geschieht dies ungenügend, so werden die perspektivischen Ziele für die Werktätigen abstrakt und folglich unverständlich. Das hat sich historisch mehrfach bestätigt.

Daraus geht jedoch keineswegs hervor, daß sich im Programm und der gesellschaftlichen Praxis der Partei lediglich die laufenden Erwartungen und die aktuellen Bedürfnisse der Werktätigen widerspiegeln sollen. Im Gegenteil, Ausgangspunkt und wesentliches

Kriterium für Programmatik und gesellschaftliche Praxis der Partei muß stets das historische Interesse der Arbeiterklasse sein. Die Partei muß sich daher manchmal durchaus momentanen und partikulären Interessen von Gruppen der Werk tätigen widersetzen. Das Problem besteht in der Vermittlung der aktuellen Bedürfnislage zu den historischen Interessen der Klasse.

7. Bedürfnisse, Lebensweise und Bewußtsein der Arbeiter

André Leisewitz sprach über „*Widersprüche und Differenzierungen in der Existenzweise der Arbeiterklasse als Grundlage von Widersprüchen in ihrem Bewußtsein*“. Die Einheitlichkeit in den grundlegenden Interessen der Klasse wird gerade von Marxisten immer wieder betont; sie bildet sich aber erst in der Auseinandersetzung mit dem Kapital heraus. Als Produkt und Bestandteil des Kapitalverhältnisses bleibt die Arbeiterklasse aber den Widersprüchen unterworfen, die der Kapitalbewegung entspringen. Ihre innere Struktur und ihre Gliederung nach einzelnen Abteilungen werden vom konkreten Gang der kapitalistischen Akkumulation bestimmt. Die innere Gliederung ist Moment der widersprüchlichen Kapitalbewegung selbst.

Das läßt sich zeigen an der Verteilung der Arbeiterklasse auf die verschiedenen Sektoren und Wirtschaftsabteilungen sowie auf die unterschiedlichen Betriebsgrößen, an ihrer Gliederung nach arbeitsrechtlichen Gruppen, nach Qualifikation und Arbeitstätigkeit, nach Hierarchie- und Funktionsbeziehungen, an ihrer Struktur unter regionalen Gesichtspunkten und solchen der Rekrutierungsform sowie an ihrer Gliederung in Erwerbstätige und verschiedene Gruppen von Erwerbs- und Arbeitslosen. Man kann zeigen, daß sich aus diesen vielfältigen Differenzierungen in der Arbeiterklasse Widersprüche und Gegensätze auch im Bewußtsein herausbilden. Genauer müssen wir noch untersuchen, wie dies geschieht, um so auch an die Triebkräfte heranzukommen, die zur Herausarbeitung der gemeinsamen Interessen der Klasse führen.

Eberhard Dähne und *Johannes Henrich von Heiseler* beschäftigten sich mit dem Thema „*Bedürfnisse und Bedürfnisbefriedigung. Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft*“. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus schafft fortschreitend objektive Grundlagen und Elemente für das Entstehen neuer, höherer Bedürfnisse als Massenbedürfnisse. Was früher Luxus war, wird objektiv zum notwendigen Bedürfnis. Zugleich wird die alte Teilung zwischen dem Luxus eines Teils der Gesellschaft und der Reduktion auf das bloß Notwendige für die ungeheure Mehrzahl auf neuem Niveau reproduziert. Der widersprüchliche Prozeß der Bedürfnisentwicklung in der kapitalistischen Klassengesellschaft bildet einerseits die „materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität“ (*Marx*) heraus, andererseits werden gerade heute die Massenbedürfnisse auf den gegenwärtigen gesellschaftlichen Maßstab „notwendiger“ Bedürfnisse beschränkt. Bei steigendem Niveau wird der Abstand der gesellschaftlichen Pole größer.

Zahlen aus verschiedenen Bereichen sowohl der individuellen wie der kollektiven Konsumtion unterstreichen die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung. Sie verläuft in einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse sehr unterschiedlich. Am schwersten wiegt, daß bei einigen Gruppen von einer Auszehrung des Arbeitsvermögens gesprochen werden muß.

Über „*Die Gestaltung der sozialistischen Lebensweise und die Entwicklung der Persönlichkeit*“ sprach *Tadeusz Jaroszewski*. Der Sozialismus, so führte er aus, schafft neue Möglichkeiten für die Selbstverwirklichung des Menschen in allen Bereichen seines persönli-

chen Lebens. Grundlage dafür ist die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, auf die der Referent zunächst unter diesem besonderen Aspekt einging. Sie stellt jedoch nicht das Ziel für sich dar, sondern ist dem Hauptziel untergeordnet, der allseitigen Befriedigung der jeweils entwickelten materiellen und geistigen Bedürfnisse des Menschen, der Schaffung der Voraussetzungen für die allseitige und harmonische Entfaltung der Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft.

Jaroszewski wies auf eine Reihe bedeutsamer Aspekte bei der Veränderung der Lebensweise hin. Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise führt zusammen mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und den damit verbundenen Veränderungen der Arbeitsorganisation und der zwischenmenschlichen Beziehungen im Unternehmen zu einer Veränderung des Charakters der Arbeit. Empirische Studien erweisen, daß die Beteiligung an der Produktionsleitung und an verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen zunimmt. Darin äußert sich ein Wandel des Verhältnisses zur Arbeit. Die gesellschaftliche und politische Tätigkeit der Werktätigen nimmt überhaupt in vielfachen Formen zu. Auch die Tendenz, Wissen zu erlangen und zu vertiefen, verstärkt sich. Schließlich wachsen auch die kulturellen Bedürfnisse, wie sich etwa an ihrem Anteil am Familienbudget zeigen läßt. Entsprechend der dritten Feuerbach-These löst sich die Frage nach der Abhängigkeit zwischen der Entwicklung der objektiven Bedingungen und der Entwicklung des Menschen auf in die Dialektik der zwei Seiten der revolutionären Praxis.

Harald Werner untersuchte „Widersprüche im Arbeiterbewußtsein — zwischen Integration und Klassenkampf“. Widersprüche des Arbeiterbewußtseins sind in den vergangenen Jahren oft empirisch beschrieben worden. In der wissenschaftlichen Diskussion wurde aber oft übersehen, daß die Ursache dieser Widersprüchlichkeit in der Natur der kapitalistischen Gesellschaft selbst begründet ist. In der konkreten Erfahrung erleben die Arbeiter immer wieder den Widerspruch von individuellem Ziel und gesellschaftlichem Resultat. Dieser Gegensatz gewinnt den Schein des Natürlichen. Hier setzt dann die bürgerliche Ideologie an und pflöpft dem alltäglich erfahrbaren Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft ihre ideologische Rechtfertigung auf.

Werner untersuchte dann die Widersprüche zwischen verschiedenen Bewußtseinsarten, die besonders deutlich im Widerspruch zwischen ökonomischem und politischem Bewußtsein hervortreten, aber auch die Widersprüche innerhalb einer Bewußtseinsart, wie etwa die gleichzeitige Zustimmung zu Forderungen nach Investitionskontrolle und zu sozialpartnerschaftlichen Aussagen.

Erst in der Tätigkeit der Individuen, in der zielgerichteten Handlung erweisen die alten Bewußtseinsstrukturen ihre Untauglichkeit. Entwicklung des Bewußtseins ist daher auch begründet auf der Entwicklung der Bedürfnisse. Hieraus ergibt sich einerseits, was oft genug hervorgehoben wird, die Bedeutung des wissenschaftlichen Sozialismus, der das dumpfe Empfinden in gedankliche Klarheit zu verwandeln vermag und Handlungsperspektiven liefern kann. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der konkrete Prozeß kompliziert und dramatisch verläuft: Vom Erkennen der Widersprüche über die Aneignung neuer Bedeutungen bis zur Entwicklung neuer Motive. Die konkrete Situation in der Bundesrepublik ist durch Faktoren gekennzeichnet, die den Prozeß zwar einerseits in der geschilderten Form vorantreiben, andererseits aber das Verharren auf einer Stufe latenter Unzufriedenheit begünstigen.

...

Ein den Inhalt betreffendes Resümee der Tagung kann kaum gezogen werden. Für die Teilnehmer selbst ergab sich eine Fülle konkreter Informationen. In vielen Fragen deuteten sich theoretische Berührungspunkte an. Dies betraf auch methodologische Ansätze zur Analyse einzelner Prozesse. Für Teilnehmer aus der BRD — die ‚andere‘ Seite müßte für sich sprechen — war an den polnischen Beiträgen vor allem die nüchtern-realistische Sichtweise der Entwicklungsprobleme der eigenen Gesellschaft überzeugend — spricht dies doch vor allem davon, in welchem Grad die Prozesse der sozialistischen Gesellschaft tatsächlich der wissenschaftlichen Einsicht und Planbarkeit unterliegen. Es ist dies aber auch eine Sichtweise des realen Sozialismus, die sich Marxisten in der BRD anzueignen bemühen sollten, ist dies doch eine wichtige Voraussetzung, um auch dem Normalbürger der BRD den Sozialismus als ein Gesellschaftssystem nahebringen zu können, das den historischen Fortschritt der Epoche verkörpert.

Wichtig war aber auch, daß die Ungleichzeitigkeit der auf der Welt gegenwärtig neben- und gegeneinander existierenden Gesellschaftssysteme deutlich wurde, gerade wenn man in allen Bereichen der Funktion der für die marxistische Analyse zentralen Kategorien „Konflikt“ und „Widerspruch“ nachging. Dies macht die Zusammenarbeit und Diskussion marxistischer Gesellschaftswissenschaftler aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern interessant und anregend.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs- institute in der Bundesrepublik und Westberlin

Angelina Sörgel

1. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) — 2. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung — 3. Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv (HWWA) — 4. Das Weltwirtschaftsinstitut Kiel (IfW) — 5. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) — 6. Vergleichende Zusammenfassung:

In der BRD gibt es zwar nur ein wissenschaftliches Gewerkschaftsinstitut¹, aber — auch gemessen an anderen kapitalistischen Industriestaaten — viele bürgerliche Wirtschaftsforschungsinstitute, die sich in ihrer Arbeit an den herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Theorien orientieren. Zum überwiegenden Teil können sie auf eine längere Tradition zurückblicken, die bis in die Zeit vor dem 1. Weltkrieg zurückreicht. Ihre Gründung war Ausdruck der stärkeren Zuwendung der Wirtschaftswissenschaft zu den praktischen Erfordernissen der Wirtschafts- bzw. Kolonialpolitik, denen die neoklassische Gleichgewichtstheorie keine Handhabe bieten konnte. Unter dem Schlagtruf „Los von der Weltanschauung! Los von der Einschachtelung in Wissenschaftskategorien!“² verschrieben sich die Konjunkturinstitute der Symptomatik³ und Tatsachenermittlung.⁴

Ursprünglich von den Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie mit gering-schätzung beurteilt⁵, haben sie durch die Ermittlung und Aufstellung langfristiger Zahlenreihen, die Entwicklung der Schätzmethodik und generell der angewandten Statistik den empirischen Boden gelegt für makroökonomische Analysen der Wirtschaft, wie sie zur Beurteilung und Beratung der Wirtschaftspolitik keynesianischer Orientierung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise zunehmend benötigt wurden. Hand in Hand mit der Entwicklung zur Einkommens- und Beschäftigungstheorie ging bei den Instituten die

1 Das WSI; vgl. K. Priester, Forschung in der Gewerkschaftsbewegung, in: IMSF-Jahrbuch 2/1979, S. 382 ff.

2 R. Wilbradt, Der Volkswirt als Berater der Volkswirtschaft, Stuttgart 1928, S. XII.

3 E. Wagemann, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, 1. Jg., 1926, S. 5.

4 B. Harms, Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel, Jena 1914, S. 8.

5 So urteilte F. Hayek 1929, die Theorie könne durch Tatsachen weder bewiesen noch widerlegt werden. Vgl. Beiträge zur Konjunkturlehre, Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für Konjunkturforschung, Hamburg 1936, S. 11.

Auch Eugen Varga hatte eine recht negative Einschätzung der ersten Konjunkturforschungsinstitute: „... was aber die Konjunkturforschung bisher leistet, ist reine Empirie: Das Zusammentragen von — zum Teil sehr wertvollem — Material über den tatsächlichen Konjunkturverlauf in der Vergangenheit und der Gegenwart, ferner kurzfristige Voraussagen über die Gestaltung der Konjunktur, ebenfalls rein empirisch, auf der ganz primitiven Grundlage, daß, wenn in der Vergangenheit gewisse Symptomen oft bestimmte wirtschaftliche Vorgänge folgten, dies auch in der Zukunft der Fall sein wird; ein Vorgehen, das nur bei Vorhandensein der richtigen ökonomischen Theorie als wissenschaftlich begründet gelten kann, ohne diese dagegen den Charakter eines empirischen Rätselratens hat...“ In: Internationale Pressekorrespondenz, 7. Jg., 1927, Nr. 110, S. 2398, Nachdruck: Berlin (West) 1977, Hrsg. Jörg Goldberg.

Wendung zu einer an theoretischen Modellen orientierten Betrachtungsweise der Empirie und damit die Eroberung eines Platzes auch in der wissenschaftlichen Theorienbildung.

Aufgrund ihrer pragmatischen, unternehmerorientierten Ausrichtung konnten die Institute trotz einiger personeller Umsetzungen auch im Faschismus weiterarbeiten. Während das heutige DIW als Konjunkturforschungsinstitut dabei durch die faschistische Kriegsführung wissenschaftlich isoliert wurde, erlebten die beiden außenwirtschaftlich ausgerichteten Institute in Hamburg und Kiel im Krieg zunächst sogar einen gewissen Aufschwung.⁶

Nach der Kapitulation des Hitler-Faschismus konnte diese Tradition unter der anti-kommunistischen Zielsetzung alliierter Schutzherrschaft relativ ungebrochen fortgesetzt werden; so setzte sich das *DIW* damals beispielsweise die Aufgabe, die „Lösung der sich bei einer Wiedervereinigung ergebenden wirtschaftlichen Fragen vorzubereiten“⁷ und im Kieler *Institut für Weltwirtschaft* wurde schon 1947 wieder eine Auftragsarbeit über „die Bedeutung Deutschlands für die europäische Wirtschaft“ für das Deutsche Friedensbüro, d. h. den Vorläufer des Auswärtigen Amtes, abgeschlossen.⁸ Allgemein wandten sich die Institute unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, auch bedingt durch die wirtschaftliche Notlage, regionalen Studien zu, um dann mit der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung durch die Währungsreform und die anschließende Gründung der BRD wieder weiter gespannte Probleme aufzugreifen und an ihre frühere wissenschaftliche Tradition anzuknüpfen.

Dabei erhielt sich vor dem Hintergrund der politischen Zersplitterung (Besatzungszonen) auch eine institutionelle Dezentralisierung der empirischen Konjunkturforschung, die noch verstärkt wurde durch die Neugründung eines weiteren Instituts in Bayern, des heutigen *Ifo-Institutes*, im Jahr 1949. Diese Dezentralisierung förderte eine partielle Spezialisierung der einzelnen Institute in bezug auf das angewandte Instrumentarium, die Methodik und die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte. Die Koordination der Untersuchungsgegenstände und der wissenschaftliche Austausch zwischen den Instituten werden — neben dem Tausch der Veröffentlichungen — geleistet durch die 1949 gegründete „*Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute*“. Ihre fünf wichtigsten, vornehmlich durch die öffentliche Hand finanzierten Mitglieder veröffentlichten zugleich die halbjährlichen „*Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftslage in der Welt und in der BRD*“, die neben den Gutachten des Sachverständigenrates faktisch die offiziöse Grundlage für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Effizienz der Wirtschaftspolitik durch die Bundesregierung abgeben. Sie sind Ergebnis der allen Instituten gemeinsamen Beobachtung, Diagnose und kurz- und mittelfristigen Prognose der Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Industrie.

Historischer Ausgangspunkt dieser Tätigkeit war die Konjunkturprognose mit Hilfe von „Konjunkturbarometern“, die aus den USA übernommen wurde (Harvard-Barometer). Auf der Grundlage der 7 am meisten konjunkturreaktiven Zeitreihen des Effekten-, Waren- und Geldmarktes sollte der weitere Konjunkturverlauf bestimmt werden. In der Weltwirtschaftskrise versagten diese Barometer allerdings völlig; noch im Oktober 1929

6 Vgl. Fünfzig Jahre Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv, Hamburg 1958, S. 60 f.; und: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1914—1964, Kiel 1964, S. 52 f.

7 RWI (Hrsg.). Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis, Ansprachen und Festvortrag bei der Feier des 25jährigen Bestehens des RWI, Essen 1952, S. 17.

8 Institut für Weltwirtschaft, a. a. O., S. 58.

zeigten sie eine positive Wende an. Nach dem zweiten Weltkrieg rückte aufgrund der relativ krisenfreien Entwicklung die Untersuchung der Wachstumsbedingungen und -faktoren in den Mittelpunkt prognostischer Arbeit, während heute wieder Konjunkturprobleme verstärkt untersucht werden. Dabei wird die strikte Trennung von kurzfristiger Konjunkturbeurteilung und langfristiger Prognose, wie sie sich selbst im Aufbau ökonomischer Modelle niederschlägt, zunehmend in Frage gestellt.⁹

Neben der Konjunkturdiagnose und -prognose und der Entwicklung von Konjunkturindikatoren ist die Datenaufbereitung ein wesentliches Arbeitsfeld der Konjunkturforschungsinstitute. Auf der Grundlage der von der amtlichen Statistik gesammelten Daten wurden von den Wirtschaftsforschungsinstituten (häufig in Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen) z. B. Saisonbereinigungsverfahren für statistische Zeitreihen entwickelt, es werden Input-Output-Tabellen erstellt und gesamtwirtschaftlich und branchenbezogen angewendet sowie ökonometrische Konjunkturmodelle konstruiert. Unter Federführung des *RWI* haben die fünf Institute gemeinsam ein ökonometrisches Modell entwickelt, das seit 1978 ergänzend zu den analytisch erarbeiteten Prognosen der Gemeinschaftsgutachten auf Basis der angenommenen Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung berechnet wird. Daneben gehört inzwischen die Effizienzanalyse staatlicher Wirtschaftspolitik zur regelmäßigen Arbeit der Institute. Schließlich werden auch begrenzt eigene Daten erhoben; an erster Stelle ist dabei das *Ifo-Institut* mit den von ihm entwickelten Tendenzbefragungen zu nennen.

Die bürgerliche Konjunkturforschung trägt damit wichtiges empirisches Material zusammen. Auch der gewerkschaftlich orientierte oder marxistische Wissenschaftler wird neben den Daten der amtlichen Statistik, der *Bundesbank* und der *Bundesanstalt für Arbeit* die der bürgerlichen Forschungsinstitute auswerten, wenn er über Krisen oder längerfristige Entwicklungsperspektiven der BRD-Ökonomie urteilen will. Nicht allein bei den Rohdaten und entsprechenden Aufbereitungen, sondern auch bei der Analyse der Effekte der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit Hilfe ökonometrischer Verfahren sind Wirtschaftswissenschaftler, die die zugrunde liegenden Theorien für irreführend halten (z. B. die theoretischen Prämissen der Input-Output-Modelle), auf die kritische Übernahme ihrer Ergebnisse angewiesen. Die *Alternativgutachten zum Sachverständigenrat* 1979 und 1980 knüpfen sogar direkt an eine Analyse des *DIW* über die Effizienz der staatlichen Ausgabenprogramme und alternative Strategien zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung an.¹⁰

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sind gleichzeitig auch wirtschaftspolitisch ein nicht zu unterschätzender meinungsbildender Faktor. Die zahlreichen Konjunkturprogramme der siebziger Jahre sind ohne ihre Analyse und Vorschläge nicht denkbar.¹¹ Gegenwärtig sind alle fünf Institute arbeitsteilig an einer Studie für die Bundesregierung, einer Strukturanalyse der westdeutschen Wirtschaft und ihrer Entwicklungsperspektiven, beteiligt.

9 H.-J. Krupp, Konjunkturpolitik und Strukturwandel als Probleme empirischer Wirtschaftsforschung, in: *DIW-Vierteljahreshefte* 2/79, S. 117 f.

10 Vgl. Memorandum '80: Gegen konservative Formierung. Alternativen der Wirtschaftspolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/1980, S. 623.

11 Vgl. O. Graf Lambsdorff, Wirtschaftspolitik — Herausforderung für die Wirtschaftsforschung, in: *DIW-Vierteljahreshaft* 2/79, S. 114.

1. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* wurde 1925 als „Institut für Konjunkturforschung“ (IfK) vom damaligen Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, *Ernst Wagemann*, gegründet. Es begründet recht eigentlich die Tradition der Konjunkturforschungsinstitute in der BRD; Konjunkturdiagnose und -prognose waren und sind die Schwergewichte der inhaltlichen Arbeit des *DIW*, das heute 190 Mitarbeiter beschäftigt, davon zur Hälfte Wissenschaftler.

Dabei hat sich das *DIW* besonders spezialisiert auf das Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), dafür eine ausführliche Systematik entwickelt und durch eine Geldvermögenrechnung erweitert. Auch bei der Entwicklung statistischer Zeitreihen und ökonomischer Berechnungen, von Input-Output-Rechnungen und einer Investitionsrechnung für die BRD im Zusammenhang mit der Entwicklung der VGR, bei der Berechnung des industriellen Anlagevermögens, des Produktionspotentials und der Kapazitätsauslastung ist das *DIW* führend beteiligt. Es berechnet seit 1950 die absolute Veränderung des Brutto-Anlagevermögens von 41 Sektoren, 5 Bereichen und der gesamten Industrie und den aufgrund von geschätzten ökonomischen Nutzungsdauern berechneten Altersaufbau des Vermögens. Daneben gehören DDR-Forschung, RGW-Forschung, regionale Analysen Westberlins sowie Untersuchungen der Einkommensentwicklung und -schichtung und der Bauwirtschaft zu den regelmäßigen Arbeitsfeldern des *DIW*.

Der Tradition des IfK folgend, gehören dem Kuratorium des *DIW* nicht nur Unternehmer-, Banken- und Regierungsvertreter an, sondern unter anderem auch Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien und des DGB und der IG Metall. Die Arbeit wird überwiegend durch Zuschüsse der öffentlichen Hand finanziert. Der Anteil der Auftragsarbeiten und der Grad der Verpflichtung gegenüber Bund und Landesregierungen ist beim *DIW* eher noch höher als bei den anderen Instituten; im Kuratorium sind 9 Bundesministerien vertreten sowie die Wirtschaftsministerien aus 5 Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen). Die Leitung liegt in den Händen von *Prof. Dr. Krupp* und den Abteilungsleitern *Dr. O. de la Chevallerie*, *Dr. R. Pohl*, *Prof. Dr. W. Kirner*, *Dr. D. Cornelsen*, *Prof. Dr. R. Krengel*, *Dr. H. Seidler*, *Dr. F. Franzmeyer*, *Dr. W. Watter*. Lange Jahre stand *Dr. K. D. Arndt* dem Institut vor.

Das *DIW* bringt eine Wochenzeitung heraus, den *Wochenbericht* (durchschnittlicher Umfang 6—8 Seiten), in dem Einschätzungen der konjunkturellen Lage durch das Institut, die Gemeinschaftsgutachten sowie Forschungsergebnisse aus anderen Arbeitsbereichen (regelmäßig: Berichte über die Ergebnisse der vierteljährlichen VGR, über Produktion und Kapazitätsauslastung im verarbeiteten Gewerbe, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie DDR- und RGW-Analysen und Berlin-Studien) veröffentlicht werden. Daneben erscheinen die *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, in denen kontinuierlich die Einschätzung der Wirtschaftslage der westlichen Welt und der BRD durch das Institut und Arbeitsergebnisse aus der Forschungstätigkeit des Instituts (Themen wie die der Wochenberichte oder methodologischer Art) ausführlicher veröffentlicht werden. Abgeschlossene Auftragsarbeiten werden hier gleichfalls in Kurzform vorgestellt. Schließlich enthalten die *Vierteljahreshefte* einen Zahlenanhang zur VGR.

Daneben gibt das *DIW* zwei Reihen heraus. In den *Beiträgen zur Strukturforschung* (seit 1967) werden hauptsächlich Ergebnisse, Berechnungsverfahren und methodische Er-

läuterungen zu den empirisch-statistischen Arbeiten des *DIW* veröffentlicht, für die — auch wegen des Druckformats DIN A 4 für die Tabellen — eine besondere Reihe eröffnet wurde.¹² In den *Sonderheften des DIW* werden einzelne Forschungsergebnisse des Instituts ausführlicher dargestellt.¹³ Exemplarisch für die Arbeit des *DIW* wird im folgenden auf die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingegangen. Sie hat im *DIW* eine lange Tradition; schon seit 1951 werden vierteljährliche Gesamtrechnungszahlen veröffentlicht.

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die gesellschaftliche Reproduktion als Kreislauf von Transaktionen von Geld und Gütern dargestellt, der nach seiner Entstehung in der Produktion, seiner Verteilung auf die verschiedenen Einkommensarten und seiner Verwendung für Konsum und Investitionen aufgegliedert wird. Gleichzeitig werden Produktions- und Zirkulationsprozesse (d. h. Produktion, Bezug von Einkommen, Verwendung von Einkommen, Vermögensveränderung und Finanzierung) verschiedenen Sektoren (Unternehmen, Haushalte, Staat, übrige Welt und finanzielle Sektoren) zugerechnet und untereinander in Beziehung gesetzt. Ihre Darstellung erfolgt in Kontenform. Die gesamtwirtschaftliche Zusammenfassung dieser Aktivitätskonten der VGR bildet die Grundlage der verschiedenen Sozialprodukts- und Einkommensbegriffe, die für die Konjunkturanalysen und -prognosen herangezogen werden (u. a. BSP, Außenbeitrag, Preisentwicklung, Investitionen, Konsum und Einkommen).

Für diese Darstellung gibt es ein System „Europäischer Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung“, an das auch die Rechnungen des *DIW* angepaßt wurden. Das *DIW* ging ursprünglich von den Jahres- und Halbjahresdaten der amtlichen Statistik aus und disaggregierte sie nachträglich durch Schätzverfahren auf Vierteljahre; seit 1977 veröffentlicht auch das Statistische Bundesamt vierteljährliche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, an die das *DIW* seine Berechnungen anpaßte.¹⁴ Es wird eine Vielzahl von verschiedenen statistischen Quellen herangezogen, die z. T. von vornherein kurzfristige Informationen liefern, z. T. Rückschlüsse erlauben.¹⁵ Im Unterschied zu den Berechnungen des *Statistischen Bundesamts* sind die Daten des *DIW* für die Entstehungs- und Verwendungsseite umfassender und aktueller, da sie früher veröffentlicht werden (unter bewußter Inkaufnahme des Risikos größerer Schätzfehler). Sektoral ist das Kontensystem der VGR des *DIW* einfacher konzipiert und stärker aggregiert als die vom *Statistischen Bundesamt* vorgelegte jährliche Kreislaufrechnung. Nach Meinung des *DIW* ist das für die Berechnung der vierteljährlichen VGR als Ergänzung der Konjunkturanalyse kein Nachteil, da die Übersichtlichkeit erhöht wird.¹⁶

12 Z. B. Heft 1, 1967: Investitionsverflechtung in der BRD 1950—1970; Hefte 4, 6, 9, 21, 27 zu weiteren Ergebnissen der Input-Output-Rechnung für die BRD; Heft 10, 1970: Die industrielle Vermögensrechnung des *DIW*.

13 Z. B. VGR für die BRD 1950—1960: Finanzierung der industriellen Expansion der BRD während des Wiederaufbaus; Arbeitsmarktprognose; Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte 1955—1959; Makroökonomische Determinanten des Wirtschaftspotentials; Bauvolumen 1950—1961; Energienachfrage bis 2000.

14 Vgl. *DIW*, Schwerpunktheft, Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die BRD — Methoden und Probleme, 2/78, S. 77—177.

15 Reihen und Fachserien des StatBA, Monatsbericht der Bundesbank, Daten der BfA, verschiedener Ministerien (BMELF, BMWi, BMF, BMA), der Bundesanstalt für Landwirtschaft, des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen, des Instituts für Handelsforschung sowie der Bauvolumensrechnung des *DIW*.

16 Schwerpunktheft Vierteljährliche VGR, a. a. O., S. 22.

Die Zahlenreihen der VGR sind die ausführlichste Grundlage der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung; jede empirische ökonomische Analyse ist auf sie angewiesen, obwohl sie erhebliche methodische Mängel aufweist.¹⁷ Dennoch tragen sie dazu bei, konjunkturrelevante Einzelindikatoren in die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einordnen und gewichten zu können. Außerdem ist die VGR eine Primärquelle für die kurzfristige Berechnung der Lagerbewegung und der Gewinnentwicklung (obwohl bei beiden als Restgrößen besonders hohe Schätzrisiken auftreten). Ihre frühzeitige, laufende Veröffentlichung ist daher ein wichtiges Mittel für die aktuelle Krisenanalyse.

2. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

Das *Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung*, Sitz München, wurde 1949 unter Beteiligung des Bayerischen Statistischen Landesamtes gegründet. Es handelt sich hier wie bei allen anderen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten auch um eine nach dem Text ihrer Satzung gemeinnützige und unabhängige Forschungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wird finanziert aus Mitgliedsbeiträgen, aus Auftragsarbeiten (50 %) und aus privaten und öffentlichen Zuschüssen. Mitglieder stellen Unternehmen aus Industrie, Bau und Handel dar. Dem Vorstand gehören *Dr. K. H. Oppenländer, Dr. E. Batzer, Dr. A. Kumpfer, Dr. H. Laumer* und *Dr. H. W. Strigel* an.

Das *Ifo-Institut* ist mit mehr als 200 Beschäftigten, davon 93 Wissenschaftler, eines der großen Wirtschaftsforschungsinstitute der BRD. Es beansprucht eine besondere Praxisnähe für sich; das kommt neben der regelmäßigen graphischen Aufbereitung wichtiger volks- und branchenwirtschaftlicher Reihen und anderer Formen übersichtlicher Kurzinformation für „die Wirtschaft“ der Bearbeitung jeweils aktueller Fragestellungen vor allem in den speziellen, vom *Ifo-Institut* entwickelten Unternehmensbefragungen (Konjunkturtest, Investitionstest) zum Ausdruck, die aufgrund überwiegend qualitativer Informationen über aktuelle Konjunkturentwicklungen Aufschluß geben. Ein weiterer Schwerpunkt des *Ifo-Instituts* liegt in der Branchenforschung, in Strukturuntersuchungen in Industrie, Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel, Verkehr und Landwirtschaft.

Daß die Aktivitäten des Instituts noch umfassender sind, geht aus der Aufzählung seiner Abteilungen hervor:

- Allgemeine Wirtschaftsbeobachtung und Konjunkturpolitik,
- Investitions- und Wachstumsanalyse,
- Ökonometrie und Datenverarbeitung,
- Konjunkturumfragen,
- Industrie,
- Absatzwirtschaft und Verkehr,
- Publizistik und Bibliothek,
- Finanzwirtschaft,
- Entwicklungsländer, Afrika-Studienstelle,

17 Der Wertschöpfungsbegriff der VGR: Sie wird gleichgesetzt mit den Faktoreinkommen Löhne und Gehälter, Zinsen und Mieten, Gewinne. Das Sozialproduktkonzept beruht damit auf der trinitarischen Formel der Produktionsfaktorentheorie. Vor diesem theoretischen Hintergrund werden nur mit Geld bewertete Transaktionen erfaßt; jede Einkommenssteigerung ist auch wohlstandssteigernd. Statt die zentralen wirtschaftlichen Vorgänge Produktion und Konsum zum Ausgangspunkt der Berechnung der Reproduktion zu wählen, werden Haushalte und Unternehmen als analytische Kategorien benutzt.

- Auslandswirtschaft,
- Bau- und Wohnungswirtschaft,
- Energie, Rohstoffe, Technologie,
- Landwirtschaft.

Das *Ifo-Institut* gibt folgende Veröffentlichungen heraus: Den *Ifo-Schnelldienst*, bis dahin wöchentlich, seit kurzem dreimal im Monat (Umfang durchschnittlich 12 Seiten), in dem ein kurzer Überblick über die Ergebnisse der Forschungen des Instituts gegeben wird. Regelmäßig behandelt werden außerdem Branchen-Reports, die Konjunktur im Ausland und saisonbereinigte Reihen von Wirtschaftsdaten. In den letzten Jahren werden auch umfangreichere Schwerpunktheft zu bestimmten Problemen veröffentlicht.¹⁸ Das Institut verweist darauf, daß der *Schnelldienst* heute von fast allen Großunternehmen bezogen wird.¹⁹

In der monatlich erscheinenden *Wirtschaftskonjunktur* werden jeden Monat die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests (s. u.) im Verein mit Thesen zur Wirtschaftslage veröffentlicht. Ein Analysenteil umfaßt abwechselnd die Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die gesamtwirtschaftliche Analyse des *Ifo-Instituts* zur Lage in der BRD, eine Analyse zur weltwirtschaftlichen Entwicklung und Berichte über die Konjunktur einzelner Wirtschaftsbereiche. In einem dritten Teil werden Ifo-Konjunkturindikatoren und graphische Darstellungen statistischer Zeitreihen gebracht. Zweimal bzw. einmal jährlich erscheinen statistische Beilagen („Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung“ und „Zahlen zur Investitionstätigkeit“).

Neben diesen beiden wichtigsten Periodika, zu denen noch die monatlich erscheinenden *Konjunkturperspektiven*, die *Konjunkturindikatoren* und der *Ifo-Spiegel der Wirtschaft*, eine informative und umfangreiche Zusammenstellung von Daten, gehören, gibt das *Ifo-Institut* noch eine Reihe von Einzelveröffentlichungen in verschiedenen Reihen heraus. Dazu zählen die *Schriftenreihe des Ifo-Instituts*, die *Sonderschriften*, in denen Vorträge veröffentlicht werden, und die Reihe *Struktur und Wachstum* mit den Folgen „Industrie“ und „Absatzwirtschaft“. Außerdem geben die einzelnen Abteilungen interne Studien heraus, die beim *Ifo-Institut* direkt bestellt werden können; die Afrika-Abteilung für einen größeren Interessentenkreis die *Ifo-Studien zur Entwicklungsforschung*. Ergebnisse der Grundlagenforschung des Instituts werden (neben externen Arbeiten) in dem jährlich erscheinenden Sammelband *Ifo-Studien* veröffentlicht, vor allem zu Themen allgemein volkswirtschaftlicher Art und zu Ergebnissen und methodischen Problemen der Unternehmensbefragungen.²⁰ In der *Schriftenreihe* werden größere Arbeiten aus dem Institut publiziert, Gutachten und Gemeinschaftsarbeiten.²¹ In *Struktur*

18 Heft 31—32/78 Investitionen, Heft 34/78 Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftliches Wachstum, Heft 35—36/79 Konjunkturindikatoren, Heft 11—12/80 Bauwirtschaft in den 80er Jahren.

19 W. Marquardt (Hrsg.), *Dreißig Jahre Wirtschaftsforschung im Ifo-Institut 1949—1979*, München 1979, S. 195.

20 1978 u. a.: Fehlendes Vertrauen als Wachstumsbremse; Investitionsinduzierter technischer Fortschritt; Bildungsökonomie; Anlageinvestitionen und Akzelerator.

21 Eine größere Auflage erleben:

W. Marquardt/W. Sirigel, *Der Konjunkturtest*, 1959;

Ifo-Institut (Hrsg.), *Soziale Auswirkungen des technischen Fortschritts*, 1962;

F. O. Bonhoeffer, *Langfristige Branchenprojektionen*, 1963;

K. Oppenländer, *Die moderne Wachstumstheorie*, 1968;

O. E. Kuntze, *Preiskontrollen, Lohnkontrollen und Lohn-Preis-Indexbindung*, 1973.

und Wachstum werden Branchenanalysen einzelner Industriezweige veröffentlicht sowie bisher acht absatzwirtschaftliche Studien, darunter auch zum Verhältnis von Marktstrukturen und Wettbewerb im Einzel- und Großhandel (Band 3, 5, 6, 7).

Seit 1978 werden zentrale Beiträge aus dem *Schnelldienst* und der *Wirtschaftskonjunktur* im englischsprachigen *ifo-digest* zusammengefaßt und dem entsprechenden Leserkreis zugänglich gemacht. Vornehmlich für Abnehmer aus der Industrie bietet das Institut seit 1980 einen Branchenservice für 45 Branchen, der monatlich ein Schaubild und vier Seiten Tabellen über die behandelten Branchen umfaßt.

Zur Kennzeichnung der Arbeit des Instituts soll exemplarisch der Konjunktur- und Investitionstest kurz vorgestellt werden. Es werden folgende Erhebungen angestellt, an denen rd. 11 000 Firmen, vor allem aus dem Kreis der Großunternehmen, teilnehmen.

Die Angaben werden der Öffentlichkeit in aggregierter Form zugänglich gemacht; nur die Testteilnehmer erhalten detaillierte Berichte, die allerdings durch die starke Disaggregation und die Zuordnung der Unternehmen nach Produktionsschwerpunkten zusätzlich verzerrt sind.²² Trotz statistischer Unzulänglichkeiten werden damit die Konjunkturindikatoren in der BRD um subjektive Erwartungen und Urteile der Unternehmer als Frühindikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung ergänzt, die mindestens deren Richtung angeben. Insbesondere die Aufteilung der Investitionen nach ihren Zielen stellt eine wesentliche Quelle der kurzfristigen Beurteilung der möglichen Beschäftigungswirkung zusätzlicher Investitionen dar. Allerdings ist sie mit allen Unwägbarkeiten und Risiken subjektiver und entsprechend manipulierbarer Aussagen behaftet.

3. Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv (HWWA)

Das *Hamburger Weltwirtschafts-Archiv* ist aus dem 1908 als „Zentralstelle des Kolonialinstituts“ gegründeten Institut zur Ausbildung junger, für die Kolonien bestimmter Beamten hervorgegangen. Gleichzeitig mit der Ausbildungsfunktion war an das Institut als Sammel- und Archivierungsstelle wissenschaftlichen Materials über die Kolonien gedacht.²³ Während der erste Zweck wegen des Verlusts der Kolonien bald hinfällig wurde, andere Lehrverpflichtungen auch durch die Gründung der Hamburger Universität 1921 auf diese übergangen, wurde der zweite bald zum eigentlichen Kern der Institutsarbeit: Die „Sammlung, Sichtung und Registrierung von Tatsachen und Erfahrungen“ und „die Dokumentation, Information und Auskunfterteilung“²⁴ an Wirtschaft (vor allem Außenhandelsfirmen), staatliche Stellen und Wissenschaftler sind heute noch ein wesentlicher Teil der Arbeit und des Selbstverständnisses des *HWWA*. Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung werden hergeleitet aus der Informationspflicht gegenüber „dem Praktiker“; die wissenschaftlichen Forschungsabteilungen wurden erst nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut.

Das *HWWA* wird geleitet von Prof. Dr. Gutowski und Prof. Dr. Schmah; es hat rd. 300 Mitarbeiter (davon knapp 70 als wissenschaftliche Mitarbeiter in den Forschungsab-

22 F. O. Bonhoeffer/W. R. Streck, Der Investitionstest des Ifo-Instituts, in: Ifo-Studien, 12. Jg. 1966, Heft 1/2, S. 43–107.

23 Fünfzig Jahre HWWA, a. a. O., S. 44 f.

24 Ebenda, S. 50.

Ifo-Umfragen und -Tests

Umfrage	Periodizität	Erfasste Sektoren	Zahl der Meldungen ¹	Repräsentationsgrad ²	Beginn
Ifo-Konjunkturtest (KT) rd. 500 Einzelmärkte	monatlich	Industrie	5300	45%	1949
		Bauhauptgewerbe	1200	15%	1956
		Groß- und Einzelhandel	5600	12%	1950/51
Ifo-Investitionstest (IT) expost exante 1—5 Jahre rd. 300 Sektoren	2x jährlich	Industrie	4000	50%	1955
		Bauhauptgewerbe	700	20%	1960
	1x jährlich	Groß- und Einzelhandel	3250	25%	1958
		Versorgungsbetriebe	1500	80%	1962
		Verkehrsbetriebe	150	100%	1977
		Leasing-Gesellschaften	75	85%	1977
Ifo-Prognose 100 exante 2—5 Jahre	2x jährlich	Verarbeitende Industrie 34 Branchen	300	33%	1970
Ifo-Verkehrspanel	vorläufig unregelmäßig	Industrie Bauhauptgewerbe Groß- und Einzelhandel Dienstleistungen	noch im Aufbau		1978
Ifo-Gemeindetest	jährlich	Gemeinden	1500	50%	1977

1) Gerundete Zahlen; Anfang 1979.

2) Gemessen am Umsatz bzw. an den Investitionen des jeweiligen Sektors oder an der Bevölkerung (Gemeindetest). Die Repräsentationsgrade beim KT liegen trotz größerer Beteiligung niedriger als beim IT, da die Meldungen beim KT sich vielfach nur auf Teile eines Unternehmens beziehen (Produkte), während im IT die Fragen jeweils das ganze Unternehmen umfassen.

(Quelle: W. Marquard [Hrg.], Dreißig Jahre Wirtschaftsforschung im Ifo-Institut 1949—1979, München 1979, S. 37)

Ergänzend werden noch Spezialerhebungen zu aktuellen Problemen angestellt, z. B. zur Planung in der Industrie (*Schnelldienst* 37/65 und 6/66), zu Auslandsinvestitionen in der Industrie (Heft 7/77), zur Auswirkung investitionsfördernder Maßnahmen der Bundesregierung (Heft 10/76).

Bei den Befragungen handelt es sich um Repräsentativstatistiken (allerdings wegen der Freiwilligkeit der Mitarbeit um keine Zufallsauswahl, eine größen-spezifische Verzerrung nach oben wird in Kauf genommen) mit überwiegend qualitativen Fragen, z. B. über die Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage und deren Perspektiven für die nächsten sechs Monate, die produktbezogene Produktion und deren Aussichten, den Auftragseingang und die Lagerentwicklung (alles Konjunkturtest) sowie nach den tatsächlichen und geplanten Investitionen, den Zielen der Investition (Erweiterung, Rationalisierung, Ersatz) und der Entwicklung der Kapazitäten (Investitionstest).

teilungen und dem Dokumentationszentrum)²⁵ und finanziert sich durch Zuschüsse der Stadt Hamburg und Mitgliederbeiträge einer Förderungsgesellschaft.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Institutsarbeit liegen in erster Linie auf außenwirtschaftlichem Gebiet; konjunkturelle Entwicklungen im Ausland, Branchenmonographien und spezielle Fragen aus dem Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen und des Außenhandels fallen in die Kompetenz des *HWWA*.

Ein zweiter, entscheidender Aufgabenbereich ist die Dokumentation; das *HWWA* verfügt über ein eigenes Informationszentrum, das umfassendes dokumentarisches Material und die Bibliothek verwaltet, erschließt und vermittelt (s. u.). Die Bedeutung dieses Arbeitsschwerpunkts geht auch aus dem Institutsaufbau hervor. Es gliederte sich bisher in drei Hauptabteilungen: Allgemeine Wirtschafts- und Konjunkturpolitik; Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik; Dokumentation, Bibliothek und Archive. Die Forschungsabteilungen sind seit 1980 unterteilt in:

- Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen;
- Weltkonjunktur;
- Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung;
- Internationale Finanzen und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrieländern;
- Sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen;
- Entwicklungsländer und Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen.

Auch das *HWWA* veröffentlicht 14-täglich einen Informationsdienst über die allgemeine Konjunkturentwicklung im In- und Ausland und die Lage an verschiedenen Weltrohstoffmärkten, die *Konjunktur von morgen* (Umfang durchschnittlich 4 Seiten) und eine Monatszeitschrift, den *Wirtschaftsdienst* in dem neben der regelmäßigen Veröffentlichung eigener Forschungsergebnisse („Wissenschaft für die Praxis“ heißt die Rubrik programmatisch) und wirtschaftspolitischer Kommentare und Analysen des Instituts auch außenstehende, bekannte oder regional wichtige Politiker und Wissenschaftler zu Worte kommen („Zeitgespräch“, Analysen und Berichte). Der *Wirtschaftsdienst* erscheint auch englischsprachig.

Vierteljährlich wird der *Weltkonjunkturdienst* veröffentlicht, in dem die Analyse des Instituts zur wirtschaftlichen Lage der westlichen Welt unter besonderer Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Probleme publiziert wird. Schließlich gibt das *HWWA* auf englisch die *Intereconomics — Review of international trade and development*, eine rein außenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Monatszeitschrift, heraus. Größere wissenschaftliche Einzelarbeiten werden in der Reihe *Schriften des HWWA* publiziert.²⁶

Die wissenschaftlich-fachliche Spezialisierung des *HWWA* liegt in der außenwirtschaftlichen Analyse. Exemplarisch für die Arbeit des *HWWA* wird hier aber auf seine Dokumentationsstätigkeit eingegangen. Das *HWWA*-Dokumentationszentrum umfaßt neben einer Spezialbibliothek mit einem Bestand von rund 750000 Bänden, 3600 Fachzeitschriften und 70 Tageszeitungen (Stand 1978) einen Presse-Ausschnitt-Archivbestand, der ebenso wie die Bibliothek Präsenzcharakter hat.²⁷ In der Bibliothek sind neben den einschlägigen Monographien auch Handbücher, Firmen- und Branchenadreßbücher,

25 *HWWA*-Hausprospekt v. 1. 4. 1976.

26 1979 z. B. Schütte u. a., *Afrika beret anders* (2. Auflage), W. G. Franken, China im Spiegel der Weltpresse (820 S.); EG-Außenbeziehungen, Stand und Perspektiven (618 S.); Währungsrisiko und Währungsverhalten deutscher Unternehmen im Außenhandel, von H. E. Scharrer.

27 *HWWA*-Dokumentationszentrum. Hausprospekt.

landes- und warenkundliche Werke sowie Enzyklopädien und Jahrbücher enthalten, die durch Verfasser-, Titel-, Körperschaftskataloge, alphabetischen Schlagwortkatalog und Länderkatalog erschlossen werden. Eine Liste der Neuerwerbungen wird monatlich veröffentlicht, ebenso eine Bibliographie der Wirtschaftspresse, in der durchschnittlich 350 Aufsätze aus 3600 aus- und inländischen Fachzeitschriften, geordnet nach 17 Sachgruppen, dokumentiert werden.

Das Ausschnittsarchiv mit einem Bestand von 13,3 Mio. Ausschnitten beruht auf der Auswertung von rund 150 Veröffentlichungen aus 40 Ländern, die nach Waren (190 Warengruppen, 520 Unter- und 130 Nebengruppen) und innerhalb der Waren nach Ländern, nach Firmen²⁸, nach Personen und nach Sach-(Länder) Gesichtspunkten geordnet werden.²⁹ Beide Sammlungen werden zusätzlich durch einen speziellen Informationsdienst erschlossen; er liefert Auskünfte und Kurzinformationen, Einzeldokumentationen (d. h. eine systematische Zusammenstellung von Informationen und Spezialbibliographien zu den gewünschten Themen) oder laufende Dokumentationen (d. h. die kontinuierliche Übermittlung von Material) zu bestimmten Produkten, Branchen oder Sachgebieten. Abnehmer dieser Dokumentationsdienste sind zu drei Vierteln in- und ausländische Industrieunternehmen, vor allem Großunternehmen, aber auch Behörden.³⁰ Entsprechend ist auch die Literatursauswahl und -aufbereitung durch das *HWWA* ebenso wie seine wissenschaftliche Arbeit stark empirisch orientiert, z. B. die Aufsatzbibliographie auf „beschreibende faktische oder informative Aufsätze“ gerichtet.³¹

4. Das Weltwirtschaftsinstitut Kiel (IfW)

Das *Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)* wurde 1914 als „Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel“ gegründet; sein Vorläufer war die universitätsinterne „Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ des Staatswissenschaftlichen Seminars. Nach wie vor ist das Institut eng verbunden mit der Universität Kiel und der wissenschaftlichen Forschung verpflichtet; im Unterschied zur Entwicklung des *HWWA*, mit dem es die außenwirtschaftliche Spezialisierung gemein hat, verlagerte sich schon in der Gründungsperiode „der Schwerpunkt der Materialsammlung vom Wirtschaftsarchiv zur Bibliothek, die Haupttätigkeit der Forschungsabteilung von der Stoffsammlung und Auskunftserteilung für die Praxis auf die streng wissenschaftliche Forschung...“³²

Heute verfügt das *IfW* über die größte wirtschaftswissenschaftliche Bibliothek der BRD und ist gleichzeitig ein bedeutendes Forschungsinstitut. Im *IfW* sind über 300 Mitarbeiter beschäftigt, davon fast die Hälfte in der Bibliothek und dem Wirtschaftsarchiv, ein Drittel in der Forschung.³³ Es wird geleitet von *Prof. Dr. H. Giersch* und *Prof. Dr. G. Fels*; Mitglieder des *IfW* sind an zahlreichen wirtschaftspolitischen Beratungsgremien der Bundes-

28 Zu den Ausschnitten kommen noch Festschriften und Geschäftsberichte von über 70000 deutschen und ausländischen Unternehmen.

29 Die Kataloge des *HWWA* sind in jeder größeren Bibliothek vorhanden.

30 W. G. Franken, Literatur- und Informationsvermittlung für Industrie und Wirtschaft, in: Deutsche Gesellschaft für Dokumentation (Hg.), Deutscher Dokumentartag 1973, S. 236.

31 Ebenda, S. 248.

32 Institut für Weltwirtschaft..., a. a. O., S. 66.

33 Tätigkeitsbericht 1977, S. 77.

regierung und auch internationaler Organisationen beteiligt, u. a. am wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zwei Unterausschüssen des Ministeriums, dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft (*Prof. Giersch*), dem Ausschuß Fachinformationssystem beim Bundesminister für Forschung und Technologie, der Transfer-Enquete-Kommission. *Prof. G. Fels* ist Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Außerdem arbeiten mehrere Mitglieder beratend mit in Gremien der OECD, der Weltbank, der UNO und in einer Studiengruppe der EG.³⁴

Das Institut gliedert sich in fünf Forschungsabteilungen und die Bibliothek:

- Struktur und Weltwirtschaft (Grundlagen der Struktur- und Wachstumsanalyse, Branchenstrukturanalyse, Sektorale Prognosen, Internationaler Handel);
- Rohstoffe und Weltwirtschaft (Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Umweltschutz, Staatshandelsländer, Ökonometrie);
- Infrastruktur und Weltwirtschaft (Regionalforschung, Öffentliche Finanzen, Verkehrswirtschaft);
- Entwicklungsländer und Weltwirtschaft (Entwicklungspolitik, Beschäftigung und Einkommen, Industrialisierung und Außenhandel, Agrarentwicklung und Außenhandel);
- Konjunktur und Weltwirtschaft (Konjunkturforschung, Konjunktur der BRD, Internationale Konjunktur).

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte des *IfW* sind sehr breit gestreut; in der Mehrzahl liegen sie aber auf außenwirtschaftlichem Gebiet. Gegenwärtige Forschungsthemen des Instituts sind z. B.: Fragen des internationalen Handels (darunter der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Bevölkerungsentwicklung und Wachstum), Rohstoffentwicklung und Rohstoffpolitik (z. B. Ressourcenpotential in der Antarktis); internationale Verkehrswirtschaft (Weltseeverkehr); Probleme des Verhältnisses von Industrialisierung bzw. Beschäftigung und Außenhandel; Wachstum und Beschäftigung in Entwicklungsländern (am Beispiel Kenias); Fragen der westeuropäischen Integration (Finanzausgleich der EG-Agrarpolitik, Auswirkungen der Süd-Erweiterung der EG).

Daneben wird der Konjunktur-, Wachstums- und Strukturanalyse breiter Raum eingeräumt. Dabei gehört die Untersuchung längerfristiger Wachstumsprozesse und -faktoren (Analyse der langen Wellen, Strukturwandel in der BRD) ebenso zur Arbeit des Instituts wie die Erstellung konjunktureller Einzelanalysen, z. B. zum Zusammenhang von Lohn und Beschäftigung, Inflation und Beschäftigung, zur Effizienz der Globalsteuerung oder zu den Erfolgsaussichten der Geldmengenpolitik. Auch Fragen der öffentlichen Finanzen werden behandelt. Außerdem arbeitet das *IfW* an einem ökonometrischen Vierteljahresmodell. Von diesen Studien sind eine ganze Reihe, gegenwärtig fünf, Auftragsarbeiten für das BMWi bzw. das BMFT.

Die Arbeiten des Instituts, dem sein Gründer *Bernhard Harms* als Motto mit auf den Weg gab: „In der Arbeit des Instituts soll der Geist des Kruppschen Hauses allezeit lebendig bleiben“³⁵, liegen in der Regel, im Rahmen herrschender Theorieansätze, auf hohem wissenschaftlichem Niveau.

Entsprechend der langen Tradition und des Umfangs und Spektrums der wissenschaft-

³⁴ Tätigkeitsbericht 1978, S. 9.

³⁵ Zitiert in: Institut für Weltwirtschaft... a. a. O., S. 31.

lichen Arbeiten gibt das *IfW* auch eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus. Halbjährlich erscheint *Die Weltwirtschaft*, in der neben regelmäßigen Institutsanalysen der Weltkonjunktur und der BRD-Konjunktur Forschungsergebnisse verschiedener Abteilungen des Instituts in Aufsatzform vorgestellt werden. Sie enthält z. B. Zwischenergebnisse aus der Entwicklung des ökonomischen vierteljährlichen Modells (1979 zum Arbeitsmarkt, 1980 zur Preisentwicklung) oder aus der Branchenstrukturanalyse sowie Untersuchungen des Welthandels, zum Kapitalexport, von einzelnen „Entwicklungsländern“ oder bestimmten Branchen (Weltseeverkehr, Weltluftverkehr, Energiemärkte).

Vierteljährlich wird das *Weltwirtschaftsarchiv* veröffentlicht, eine Sammlung von Aufsätzen international führender Ökonomen und, in geringerem Maße, von Institutsmitgliedern. Neben längeren Studien werden dort auch Diskussionsbeiträge zu wissenschaftlichen Kontroversen in Thesenform abgedruckt. Die Veröffentlichungen gehen meist von empirischen Fragestellungen aus und behandeln sie auf einem relativ hohen Abstraktionsgrad, z. T. modelltheoretisch.³⁶

Zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen nimmt das Institut häufiger Stellung in den *Kieler Diskussionsbeiträgen* (Durchschnittlicher Umfang 10—30 S.), in denen darüber hinaus Ergebnisse aus der Institutsarbeit in kurzer Form dargestellt werden. Wissenschaftliche Arbeitsergebnisse einzelner Autoren werden Interessenten in einer vorläufigen Fassung als Manuskript in den *Kieler Arbeitspapieren* zugänglich gemacht³⁷, während die Forschungsberichte des Instituts als *Kieler Studien* veröffentlicht werden.³⁸

Außerdem publiziert das Institut in größeren Abständen die *Stahlwirtschaftlichen Länderberichte*, die *Kieler Vorträge* und die *Bernhard-Harms-Vorlesungen* (die auf Veranstaltungen auf Einladung des Instituts gehalten werden), die *Kieler Sonderdrucke*; die Bibliothek bringt die *Kieler Schrifttumskunde* (s. u.), und das *Kieler Zeitschriftenverzeichnis* heraus.

Neben seinen Forschungsaktivitäten hat das Kieler Institut seit seiner Gründung die bedeutendste Fachbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in der BRD aufgebaut, an die die Mehrzahl wirtschaftswissenschaftlicher Bibliotheken angeschlossen ist. Neben dem Buchbestand, der ca. ein Drittel der 1,33 Mio. eingestellten Bände ausmacht, wird dort vor allem Schrifttum für empirische Forschungen gesammelt. Z. B. wird die amtliche Statistik vollständig eingestellt, es werden staatliche Haushaltspläne und -rechnungen gesammelt, Bilanzen, Enquêtes, Berichte von Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftskammern, Behörden, Geschäftsberichte von Unternehmen sowie auch staatliche Gesetzes- und Vertragssammlungen für alle Länder.

Die ganze Bibliothek wird in einem sehr ausdifferenzierten Katalogsystem erschlossen; Jahrbücher und Sammelbände werden zusätzlich in ihren einzelnen Beiträgen und Zeitschriften in ihren einzelnen Aufsätzen katalogisiert. Es gibt fünf Kataloge: Sachkatalog

36 Z. B. 1978/79 Themen wie: Vintage-approach für Output und Beschäftigung in den Niederlanden; Lokomotiven-Theorie und internationale Makroökonomie; Wechselkurs/Wachstum/Arbeitsintensität und Protektion; Preisreaktion und Zahlungsbilanz in Reaktion auf die Aufwertung der DM.

37 Z. B. zu Themen wie: Arbeitslosenrate; Lohnquote und Inflation; Exportförderungs politik; Bundesdeutsche Privatinvestitionen im Ausland — Export von Arbeitsplätzen; der Nord-Süd-Handel; Schwankungen im Wechselkurs.

38 Z. B. zu Themen wie: Wirkungen strukturpolitischer Maßnahmen auf die Ernährungsindustrie; Wachstum des Eurodollarmarktes; technologische Neuerungen und internationale Arbeitsteilung; Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der BRD und den Entwicklungs ländern; internationaler Konjunkturzusammenhang bei flexiblen Wechselkursen.

(alphabetisch, regional und chronologisch gegliedert), Regionenkatalog (alphabetisch), Personenkatalog (Verfasser und in der Literatur behandelte Personen), Körperschaftenkatalog (Verfasser/Herausgeber und Veröffentlichungen über Körperschaften) und Titelkatalog, die inzwischen auf den Stand von 1977 gebracht sind. Zu einzelnen Schwerpunkten gibt die Institutsbibliothek Bibliographien heraus (*Kieler Schrifttumskunde*), etwa zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, zu verschiedenen Landeskunden oder Fachwörterbüchern in fremden Sprachen. Neben der Bibliothek existiert auch in Kiel ein umfangreiches Wirtschaftsarchiv mit einem Bestand von beinahe 9 Mio. Ausschnitten.

5. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)

Das *Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung* ist aus der „Abteilung Westen“ des „Instituts für Konjunkturforschung“ (s. o.) hervorgegangen, die seit 1943 ein rechtlich selbständiger Verein war. Entsprechend dieser Tradition liegt das Schwergewicht der Arbeiten des *RWI* neben der Konjunkturanalyse vor allem in der regionalwirtschaftlichen Analyse Nordrhein-Westfalens und der Wirtschaftsbereiche Eisen und Stahl sowie Energie. Dabei werden Branchenkonjunkturen und auch mittel- und langfristige Markttendenzen untersucht. Zu Fragen der Entwicklung und Struktur des industriellen und privaten Energieverbrauchs und der Energieversorgung arbeitet das *RWI* (in einem Fall gemeinsam mit dem *DIW*) darüber hinaus an Auftragsgutachten. Neben diesen regional- und branchenspezifischen Arbeiten ist ein langjähriger Schwerpunkt des *RWI* die Analyse des Handwerks. Dazu ist in den letzten Jahren eine intensive Forschungstätigkeit im Blick auf Strukturdiagnosen der westdeutschen Wirtschaft getreten. Von der führenden Rolle des *RWI* in bezug auf die Entwicklung eines ökonometrischen Konjunkturmodells wurde oben schon gesprochen.

Im Vergleich zu den anderen Instituten handelt es sich beim *RWI* um ein kleineres Institut. Es beschäftigt 87 Mitarbeiter, davon 45 Wissenschaftler (1978). Die Leitung liegt bei *Dr. G. Winkelmeier*, *B. Filusch* und *Dr. W. Lamberts*; finanziert wird das Institut aus öffentlichen Zuschüssen des Bundes und Nordrhein-Westfalens (60 %), Mitgliedsbeiträgen des Fördervereins und Auftragsarbeiten für Bundes- und Landesministerien.³⁹

Das *RWI* gibt jeden Monat die *Konjunkturbriefe* mit der *RWI*-Einschätzung der Entwicklung der Weltkonjunktur heraus und vierteljährlich die *Konjunkturberichte* mit einer Beurteilung der konjunkturellen Situation in der BRD einschließlich der Lage auf dem Stahl- und Energiemarkt. Ebenfalls vierteljährlich erscheinen die *Mitteilungen*, in denen laufende Ergebnisse der Forschungstätigkeit veröffentlicht werden; im Jahrgang 1979 z. B. verschiedene regionalpolitische Untersuchungen, Arbeitsschritte im *RWI*-Konjunkturmodell und im Strukturbericht des *RWI*, Artikel zu Bestimmungsfaktoren und Entwicklungstypen des privaten Verbrauchs und zur Beschäftigungsentwicklung. Jährlich erscheint eine Monographie *Konjunktur im Handwerk*, in der neben einem Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Handwerks und einige wichtige Zweige Sonderfragen untersucht werden, 1979 z. B. die Arbeitsmarktsituation im Handwerk. Einzelveröffentlichungen erscheinen in der *Schriftenreihe*⁴⁰ und den *RWI-Papieren*.

Exemplarisch für die Arbeit des *RWI* sind in erster Linie die branchenwirtschaftlichen Analysen für die Stahl- und die Energiewirtschaft. In den regelmäßigen Stahlanalysen

39 Tätigkeitsbericht des *RWI* 1979, S. 6.

werden die vierteljährlichen Daten zum Auftragsbestand, zu den in- und ausländischen Bestellungen, zur Produktion von Roheisen, Roh- und Walzstahl und zur Kapazitätsauslastung und Lagerbildung sowie zur Beschäftigtenentwicklung, zur Nachfrage- und Preisentwicklung und zum Import vorgestellt und interpretiert. Hier soll kurz auf den Beitrag des *RWT* zur Strukturberichterstattung eingegangen werden, weil er eine bessere Einschätzung des Instituts erlaubt als die branchenwirtschaftlichen Schwerpunkte.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Frage nach den Ursachen der gegenwärtigen Unterbeschäftigung, die als strukturbedingt angesehen wird. In der Analyse wird versucht zu zeigen, daß das hohe Wachstum der 50er und zu Anfang der 60er Jahre, das u. a. auf die günstigen Wechselkursrelationen der BRD und die geringen Rüstungsausgaben zurückgeführt wird, zu einer Kapitalintensivierung des Produktionsprozesses führte, der im Verein mit den produktivitätsorientierten Lohnzuwächsen zu einem Druck auf die Renditen geführt habe. Die Unternehmen hätten darauf — da eine Anpassung über die Preispolitik nur in geringem Umfang möglich gewesen sei — durch eine Steigerung der Kapital- und Arbeitsproduktivitäten reagiert. Besonders kapitalsparende Rationalisierungsinvestitionen seien bevorzugt worden. Die sinkende Investitionsquote sei begleitet worden von einer wachsenden Endnachfrageorientierung der gesamten Volkswirtschaft, die durch eine Verlagerung der inländischen Nachfrage nach Vorprodukten ins Ausland bewirkt wurde — was gleichzeitig die Produktivität in diesem Bereich steigerte. Im Ergebnis der Nachfrage- und Produktivitätsentwicklung habe sich der Arbeitskräftebedarf der Sektoren verschoben; die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sei also auf die mangelnde Geschwindigkeit der sektoralen Umsetzung der Arbeitskräfte zurückzuführen. Auf der Grundlage dieser Analyse soll in Zukunft der kompensatorische oder verstärkende Charakter staatlicher Wirtschaftspolitik untersucht werden.

Dieser Beitrag zur Strukturberichterstattung entspricht der Entwicklung neoklassischer Positionen durch das *RWT*, das schon 1978 die wirtschaftliche Stagnation auf eine falsche Lohn- und Fiskalpolitik zurückführte und als wirtschaftspolitisches Gegenmittel ein dauerhaftes Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung empfahl⁴¹ (s. u.). Arbeitslosigkeit wird zum Anpassungsproblem; es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zurückkehrt.

6. Vergleichende Zusammenfassung

So nützlich das durch die Konjunkturforschungsinstitute aufbereitete Material auch für die an sozialen Zielen orientierte empirische Forschung ist, man darf darüber nicht die Hauptsache übersehen: Hier wird ein bedeutendes wissenschaftliches Potential für Kapital und Regierung zur Verfügung gestellt. Diese Funktion beginnt mit den Serviceleistungen der Institute — die Branchenanalysen des *Ifo-Instituts* im Rahmen der Tests oder als Branchenservice, die Dokumentationsangebote des *HWWA* —, die offensichtlich überwiegend von Großunternehmen in Anspruch genommen werden, setzt sich fort

40 Wichtige Veröffentlichungen waren z. B. die Hefte zur Entwicklung der Input-Output-Analyse (31: Privater Verbrauch, 32: Staatssektor, 35: Ausgabearten des Privaten Verbrauchs), zum Handwerk (27: Einzelhandel und Handwerk 1965 und 1975, 34: Handwerk im Wachstum der Wirtschaft, 41: Marketing im Handwerk) oder 37: Wirtschaftsstrukturelle Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet und 40: Strukturdiagnose in der Marktwirtschaft.

41 Mitteilungen 1/1978, S. 21.

in der meinungsbildenden Publizistik der vermeintlich wertneutralen Institutsanalysen zur Tarif- und Wirtschaftspolitik und mündet ein in wirtschaftspolitische Vorschläge, die an den Verwertungsinteressen des Kapitals ausgerichtet sind.

Die Konjunkturanalysen der Gemeinschaftsgutachten der fünf Institute haben sich bis zur Mitte der 70er Jahre von denen des Sachverständigenrats in den wesentlichen Positionen nicht unterschieden. Gemeinsame Basis war die Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer makroökonomisch ausgerichteten keynesianischen Wirtschaftspolitik. Mit der zunehmend disproportionalen Entwicklung von Produktion und Beschäftigung ab 1975 und der parallelen Übernahme monetaristischer Positionen durch den Sachverständigenrat entwickelte sich eine Differenzierung zwischen dem Sachverständigenrat und den Instituten und innerhalb der Institute, die diese Wendung nicht oder nicht in derselben Schärfe nachvollzogen. Bis 1974/75 wurde die Lösung der Krise, grob gesagt, in einer Belebung der privaten Investitionstätigkeit als entscheidendem, arbeitsplatzschaffendem Wachstumsfaktor gesehen, die durch höhere Gewinne zu finanzieren sei; höhere Gewinne wurden aber von niedrigen Löhnen abhängig gemacht. In dem Maße, wie trotz steigender Gewinne und zurückbleibender Löhne die erhofften Beschäftigungswirkungen nicht eintraten, zogen die einzelnen Institute partiell verschiedene Schlußfolgerungen; als Antipoden sind dabei das *RWI* und das *DIW* anzusehen. Während das *RWI* bis 1978 die „Korrektur der Lohnentwicklung“ noch nicht für ausreichend hielt⁴², maß das *DIW* der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zunehmend Bedeutung bei.⁴³

Im April 1978 legte das *DIW* auf der Grundlage einer vorherigen Quantifizierung der von den staatlichen Konjunkturprogrammen ausgehenden Nachfrageimpulse und Beschäftigungswirkungen⁴⁴ eine „mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“ vor⁴⁵, die im folgenden Jahr noch einmal überprüft und erneut veröffentlicht wurde⁴⁶ und ein expansives Konjunkturprogramm in Höhe von 130 Mrd. DM beinhaltet. Gegenüber der angebotsorientierten Position des Sachverständigenrats, die die Beschäftigungsmenge von der Lohnhöhe abhängig macht und vom *RWI* und z. T. auch vom *IfW* geteilt wurde, betont das *DIW* die gleichzeitige Nachfragefunktion der Löhne.⁴⁷

Im Konjunkturgutachten des dritten Quartals 1979 stellt das *RWI* die Berechnung an, im Grunde seien Erhöhungen unter 4 % konjunkturgerecht; die Möglichkeit einer positiven Beeinflussung des privaten Verbrauchs durch höhere Löhne wird abgelehnt zugunsten ihres Kostenaspekts; zu hohe Löhne würden in dieser Betrachtungsweise alleine zu Beschäftigungsrückgängen bzw. einer inflationären Entwicklung führen⁴⁸, aber keine zusätzliche Nachfrage speisen. Fehlende Nachfrage wird generell nicht als Problem der konjunkturellen Lage angesehen, sondern auf die wieder steigende Investitionstätigkeit als Ausdruck steigender Erträge verwiesen. Von der staatlichen Finanzpolitik wird Zurückhaltung gefordert, um den Zinsanstieg zu dämpfen und eine Rückkehr der Wirtschaft auf

42 Entsprechende Minderheitsvoten sind enthalten in den Frühjahrgutachten 1974, 1976 und 1977 und den Herbstgutachten 1975 und 1976.

43 Vgl. z. B. Frühjahrgutachten 1975, *DIW*-Wochenbericht, 42. Jg., S. 147; Herbstgutachten 1975, *DIW*-Wochenbericht, 42. Jg., S. 355, oder Frühjahrgutachten 1976, *DIW*-Wochenbericht, 43. Jg., S. 146.

44 *DIW*-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 13.

45 *DIW*-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 148 ff.

46 *DIW*-Wochenbericht, 46. Jg. (1979), S. 139 ff.

47 *DIW*-Wochenbericht, Herbstgutachten 75/Frühjahrgutachten 76 a. a. O.

48 *RWI*-Mitteilungen, 3/79, S. 34.

den Wachstumspfad zu fördern, „von dem sie im Winter 1978 abgedrängt worden war“.⁴⁹ Darin ist implizit die These enthalten, daß der Marktmechanismus ohne störende staatliche Intervention von selbst zum gleichgewichtigen Wachstumspfad zurückfinden werde. Eine analoge Position vertritt auch das *IW* 1979/1980.

Im Unterschied dazu sieht das *DIW* außenwirtschaftlich bedingte Nachfrageausfälle, die durch die sinkende zusätzliche Nachfrage infolge des Auslaufens staatlicher Konjunkturprogramme und die abnehmende Wirkung der Steuerentlastungen auf den privaten Verbrauch verstärkt werden, und verlangt eine kompensierende Wirtschaftspolitik in Form der Initiierung von Investitionen im Energie- und Umweltschutzbereich und bei der Wohnungsmodernisierung.⁵⁰ Das *DIW* vertritt damit eine Position der Stärkung der privatrechtlichen Verwertung nicht primär über die Kosten-, sondern über die Nachfrageseite, wie es auch einer keynesianischen Sicht der Dinge entspricht.⁵¹

Diese Unterschiede zwischen den Instituten sind allerdings nicht zu hoch zu bewerten; gemeinsamer Nenner aller wirtschaftspolitischen Therapievorschläge ist die Orientierung auf die Wiederherstellung privater Rentabilität. Zum Ausdruck kommt das z. B. in der allen Instituten gemeinsamen arbeitsmarktpolitischen Empfehlung an die Gewerkschaften, sich den „Erfordernissen der Stabilitätspolitik anzupassen“⁵² oder der wohlwollenden Einschätzung des letzten Gemeinschaftsgutachtens, daß durch das inzwischen erreichte „höhere Maß an Flexibilität“ die Anpassung auch der Realeinkommen an die veränderten ökonomischen Gegebenheiten leicht erreicht werden könnte.⁵³

Was die Effizienz der modernen Konjunkturprognose anbelangt, so lat sich trotz aller entwickelten Instrumentarien gerade angesichts der jüngsten ganz unterschiedlichen Vorausschätzungen der BSP-Entwicklung durch den Sachverständigenrat, die Bundesregierung und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (bei einem Minderheitsvotum des Kieler Instituts) mit *Eugen Varga* schließen: „Aber auch die von den Kapitalisten als praktischer Zweck ins Auge gefate Vorhersage des Konjunkturgangs ist noch keinesfalls erreicht. . . Auch besteht keine Hoffnung, daß die Ergebnisse der Konjunkturforschung, solange sie sich rein empirisch oder unter Zuhilfenahme unrichtiger bürgerlicher Theorien betätigt, sich irgendwie grundlegend bessern würden. Nur eine Verbindung der Marxschen Theorie mit den mathematisch-statistischen Methoden der Konjunkturforschung. . . würde zu einem wirklich nützlichen Ergebnis führen.“⁵⁴

49 Ebenda, S. 3, vgl. auch S. 36.

50 *DIW*-Wochenbericht, 47. Jg. (1980), S. 132.

51 Vgl. auch H.-J. Krupp, a. a. O., S. 118, der in bezug auf das Verhältnis von Lohnhöhe und Beschäftigung von einer „vorkeynesianischen Fragestellung“ spricht.

52 Frühjahrgutachten 1974, *DIW*-Wochenbericht, 41. Jg., S. 149.

53 Frühjahrgutachten 1980, *DIW*-Wochenbericht, 17—18/80., S. 195.

54 E. Varga, Konjunkturforschung und Krisentheorie, in: Internationale Pressekorrespondenz, a. a. O., S. 2403.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (IML)

Wolfgang Artt

I. Entstehung, Aufgaben und Entwicklung bis Ende der 60er Jahre — II. Zur Tätigkeit in den 70er Jahren und zu den nächsten Aufgaben — III. Wichtige Institutsinstitutionen — Die Institutszeitschrift — Das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) — Die Bibliothek — Zentralstelle für Information und Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Marx-Engels-Forschung — Internationale Beziehungen.

I. Entstehung, Aufgaben und Entwicklung bis Ende der 60er Jahre

Die Gründung des *Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED* geht auf einen Beschluß des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED vom 29. März 1949 zurück. Nachdem entsprechende Voraussetzungen geschaffen waren, nahm es als *Marx-Engels-Lenin-Institut* noch im Herbst des gleichen Jahres seine Tätigkeit auf. Entscheidende Impulse für die Gründung des Instituts gingen von der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 aus. Sie legte fest, die ideologische Arbeit der SED in drei Richtungen zu entwickeln: erstens den Marxismus-Leninismus an Hand der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Geschichte der KPdSU gründlich zu studieren; zweitens sich kritisch mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, besonders mit der Politik der sozialdemokratischen Partei, auseinanderzusetzen; und drittens das Studium der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, vor allem der Entwicklung der Länder, die den Weg zum Sozialismus beschritten, systematischer zu betreiben.¹ Demzufolge erhielt das Institut, das als Forschungsinstitut der Partei geschaffen wurde, den Auftrag, die entsprechenden wissenschaftlichen Grundlagen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Herausgabe der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus zu besorgen.²

Als im Jahre 1949 eine kleine Gruppe erfahrener marxistischer Gesellschaftswissenschaftler, vor allem Philosophen, Historiker und Ökonomen sowie Redakteure ihre Arbeit im Institut aufnahm, setzte sie die bereits nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte Herausgabe von Werken der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus systematisch fort. Unschätzbaren Wert für die erfolgreiche Tätigkeit des Instituts hat die Übermittlung der jahrzehntelangen umfangreichen Erfahrungen des *Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau*, zu dem von Anfang an eine enge Zusammenarbeit hergestellt wurde. Ob es sich um die Erfahrungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Edition der Werke der Klassiker handelte, um die Übergabe der Redaktions-

1 Vgl. Die nächsten Aufgaben der SED. In: Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1950, S. 183.

2 Vgl. Bericht des Parteivorstandes der SED an den III. Parteitag der SED, Berlin 1950, S. 191/192.

unterlagen der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU besorgten Ausgaben der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus für die Vorbereitung und Herausgabe der deutschen Ausgaben dieser Werke, oder ob es sich um die Vermittlung von Erfahrungen zur Entwicklung der Forschungsarbeit, um die Beschaffung deutschsprachiger Literatur und anderer Quellen zur Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung handelte, stets war sich das Institut der Hilfe des Moskauer Bruderinstituts gewiß.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung war der Beschluß der 7. Tagung des ZK der SED vom 20. Oktober 1951 über „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“. Mit diesem Beschluß wurden die Aufgaben des Instituts präzisiert und wesentlich erweitert.

Das ZK der SED beauftragte das Institut, in enger Zusammenarbeit mit dem *Dietz-Verlag Berlin* die Werke *W. I. Lenins* auf der Grundlage der 4. russischen Ausgabe herauszugeben. Der Beschluß legte ferner fest, die nach 1945 noch nicht erschienenen Einzelwerke von *Marx* und *Engels* zu veröffentlichen. Zugleich erteilte das Zentralkomitee den Auftrag, mit der wissenschaftlichen Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu beginnen.³ Diese Aufgabe gewann noch an Bedeutung, nachdem die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschloß, nunmehr in allen Bereichen der Gesellschaft in der DDR die Grundlagen des Sozialismus zu errichten. Davon ausgehend, übertrug das Politbüro der SED 1953 dem Institut die Aufgabe, sich der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zuzuwenden. Es ging vor allem darum, durch die Veröffentlichung von Reden und Schriften führender Persönlichkeiten und von Dokumenten der Arbeiterbewegung hierfür entsprechende Quellengrundlagen zu erschließen. Noch im gleichen Jahr faßte das Politbüro den Beschluß, durch das Institut die 40bändige *Marx-Engels-Werkausgabe* in deutscher Sprache auf der Grundlage der zweiten Ausgabe in russischer Sprache zu besorgen. Damit waren die Aufgaben des Instituts für eine weite Perspektive abgesteckt.

Nachdem 1955 die ersten Bände der *Lenin-Werkausgabe* erschienen, konnte nach langjähriger und angestrenzter Arbeit 1965 die Veröffentlichung der 40bändigen *Werkausgabe* abgeschlossen werden. Lag die erste Auflage jedes Bandes zwischen 30 000 und 50 000 Exemplaren, so sind von allen Bänden inzwischen Nachauflagen erschienen, so daß heute von jedem Band bis zu 300 000 Exemplare vorliegen.

Noch 1953 wurde mit der Arbeit zur Herausgabe der 40bändigen *Marx-Engels-Werkausgabe* begonnen, 1956 erschien der erste Band, 1968 konnte die Herausgabe abgeschlossen werden. Damit liegt die bisher umfassendste Veröffentlichung des literarischen Nachlasses der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus in deutscher Sprache vor.

Mit dem Beginn der systematischen Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1953 durch das Institut ging die SED dazu über, die Erfahrungen und Lehren aus der eigenen Parteigeschichte und aus den revolutionären Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse verstärkt für die Herausarbeitung eines auf der Grundlage des historischen Materialismus beruhenden Geschichtsbildes, für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen zu nutzen. Die ersten Schritte, um eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ausar-

3 Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, Berlin 1952, S. 580.

beiten zu können, bestanden zunächst darin, die Edition von Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der revolutionären Partei der Arbeiterklasse vorzubereiten und dadurch Grundlagen für die Forschungsarbeit zu schaffen. Die Quellenedition des Instituts umfaßt seit dieser Zeit die Herausgabe von Dokumenten aus der Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung, von Reden und Schriften führender Persönlichkeiten und von Erinnerungen der Veteranen der Arbeiterbewegung.

Die erste größere Auswahl von Materialien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands erschien 1954 anlässlich des IV. Parteitages der SED unter dem Titel „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914—1946“. Ihr folgte eine mehrere Bände umfassende Quellenpublikation unter dem Titel „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die weiter vervollständigt wird. Insgesamt hat das Institut seit seinem Bestehen 46 Bände mit Dokumenten zur Geschichte der Partei sowie der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung herausgegeben.

Unter den Titeln „Unvergesslicher Lenin“, „Unter der roten Fahne“ und „Vorwärts und nicht vergessen“ erschienen die ersten Bände mit Erinnerungen von Veteranen der Arbeiterbewegung. Heute liegen 19 Titel derartiger Erinnerungsbände vor. Eine umfangreiche Arbeit leistete und leistet das Institut durch die Herausgabe von Reden und Schriften hervorragender Persönlichkeiten der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Inzwischen liegen von mehr als 20 Persönlichkeiten ein- bzw. mehrbändige Ausgaben ihrer Arbeiten vor.

Im engsten Zusammenhang mit der Quellenedition und auf dieser Grundlage entwickelte sich schrittweise die direkte wissenschaftliche Forschungsarbeit zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Zunächst wurden einzelne Probleme und Aktionen der revolutionären Arbeiterbewegung sowie bestimmte Höhepunkte im Kampf der Partei untersucht und dargestellt. So erschienen zum Beispiel Studien zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, zur Herausbildung der Eisenacher Partei, über den Kampf der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz, über den Kampf *Karl Liebknechts* gegen den imperialistischen Krieg, über Probleme der Novemberrevolution 1918/1919, zu Fragen der Entstehung der KPD, der Märzkämpfe 1921, des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Enteignung der Fürsten, des antifaschistischen Widerstandskampfes der KPD und zur Geschichte des Vereinigungsprozesses von KPD und SPD zur SED. Es folgten umfassendere Forschungen zu Grundproblemen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, wobei die Erforschung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1945 und damit der Geschichte der SED ein immer größeres Gewicht erhielt. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten fanden ihren Niederschlag in zahlreichen Monographien und Biographien. In den fünfziger Jahren wurden auch erste Schritte zur Erforschung von Problemen der internationalen Arbeiterbewegung getan und verstärkt die gemeinsamen Kampftraditionen von KPD und KPdSU Gegenstand der Forschung und Edition.

Die erste Zusammenfassung der Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung bis Anfang der sechziger Jahre erfolgte in der auf Beschluß der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED vom Juni 1962 erarbeiteten achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die 1966 erschien. An der Erarbeitung waren neben Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED auch Historiker anderer Institute beteiligt. Dieses Werk ist die erste zusammenfassende marxistisch-leninistische Darstellung

der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zu den 60er Jahren unseres Jahrhunderts.

Es spiegelt den Anfang der sechziger Jahre erreichten Stand der Erkenntnisse wider und machte zugleich deutlich, welche Probleme der Geschichte der Arbeiterbewegung und besonders der KPD und der SED noch tiefgründiger wissenschaftlich untersucht und dargestellt werden mußten. In Ergänzung zu diesem Geschichtswerk erschien 1967 ein dreibändiges Nachschlagwerk „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik“.

II. Zur Tätigkeit in den 70er Jahren und zu den nächsten Aufgaben

Zu Beginn der 70er Jahre leitete der VIII. Parteitag der SED mit seinen Beschlüssen auch einen neuen Abschnitt in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung und damit in der Tätigkeit des Instituts ein. Er stellte die Aufgabe, in der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten.

Erstmals wurden die grundlegenden Aufgaben für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und damit auch für die Tätigkeit und die Verantwortung des Instituts in einem „Zentralen Forschungsplan der Gesellschaftswissenschaften der DDR 1971 bis 1975“ formuliert, den das Politbüro des ZK der SED im Januar 1972 bestätigte.⁴

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED wurde Leitinstitut für die Marx-Engels-Forschung und die geschichtswissenschaftlichen Forschungen in der DDR. Zur Leitung dieser Tätigkeit wurden am Institut der Wissenschaftliche Rat für die Marx-Engels-Forschung der DDR und der Rat für Geschichtswissenschaft gebildet. In diesem Zusammenhang gewann die Qualifizierung der Mitarbeiter wachsende Bedeutung. Auf Anordnung des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen wurde dem Institut das Promotionsrecht übertragen.

Angesichts der Tatsache, daß sich der Marxismus-Leninismus zur einflußreichsten Ideologie der Gegenwart entwickelt hat und in den sozialistischen Ländern die Weltanschauung der Arbeiterklasse zur herrschenden Ideologie geworden ist, wurde die Veröffentlichung des gesamten literarischen Nachlasses der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zu einer bedeutenden politischen und wissenschaftlichen Aufgabe. Gleichzeitig waren die jahrzehntelangen Forschungsarbeiten sowjetischer Wissenschaftler sowie die Forschungen marxistisch-leninistischer Wissenschaftler anderer Länder, vor allem in den sozialistischen Staaten, darunter in der DDR, eine wesentliche Voraussetzung, um eine so verantwortungsvolle, umfassende und komplizierte Aufgabe in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Aufgrund gemeinsamer Beschlüsse der Zentralkomitees der KPdSU und der SED wurden die Institute für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU und der SED beauftragt, die historisch-kritische *Marx-Engels-Gesamtausgabe* (MEGA) vorzubereiten und durch den Dietz-Verlag Berlin zu veröffentlichen.⁵ Die Lösung dieser Aufgabe steht seitdem im Mittelpunkt der Marx-Engels-Forschung in der DDR.

Durch die Herausgabe des *Marx-Engels-Jahrbuches*, dessen dritter Band demnächst erscheint, wird der Leser mit Grundproblemen der Marx-Engels-Forschung vertraut gemacht, kann er tiefer in die Geschichte und Problematik einzelner Werke eindringen.

⁴ Vgl. Einheit, 1/1972, S. 169 ff.

⁵ Zu Plan und Methode der MEGA vgl.: Informationsberichte des IMSF, Nr. 24, Neuere Marx-Engels-Forschung, Frankfurt/Main 1976; sowie den Beitrag von E. Kundel/A. Malysch in diesem Band.

Hier wird er auch über Nachträge zu bereits erschienenen MEGA-Bänden informiert. Der raschen Verbreitung der Ergebnisse der MEGA-Forschung dienen auch die 1977 erstmalig erschienenen *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, von denen bisher 5 Hefte vorliegen.

Wenn auch im Mittelpunkt der Marx-Engels-Forschung und -Edition — in engster Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der *Akademie der Wissenschaften der DDR*, von Universitäten und Hochschulen der DDR — die Arbeit an der MEGA steht, so wurde doch auch die allgemeine Marx-Engels-Edition weiter fortgesetzt. Die 40bändige Werkausgabe wird durch Ergänzungsbände komplettiert, einzelne Bände werden überarbeitet und neu herausgegeben. Von 1970 bis 1972 erschien die Ausgabe „Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Werke in sechs Bänden“. Mit der Herausgabe eines Sachregisters für diese Bände steht dem Leser ein Hilfsmittel zur Erschließung zur Verfügung. Außerdem wurden einige thematische Bände erarbeitet. So wurde beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Institut 1975 ein Band zum Thema „Revolutionäres Parteiprogramm — revolutionäre Arbeitereinheit“ zum 100. Jahrestag der Kritik von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* am Gothaer Programmentwurf herausgebracht. In Gemeinschaftsarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Halle entstand die von einem Autorenkollektiv erarbeitete Monographie zum Thema „Das Elend der Marxologie“. Demnächst werden die Monographien „Marx und Engels über die historische Mission der Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei — Ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Marx-Engels-Verfälschung“ und „Marx und Engels über Sozialismus und Kommunismus“ erscheinen. Weitere biographische Publikationen über Marx und Engels sind geplant.

Bis 1985 werden etwa 20 weitere Bände der MEGA erscheinen, die Bände 4 bis 8 des *Marx-Engels-Jahrbuches*, ein Sachregister für die Marx-Engels-Werkausgabe und weitere Studien über die Entwicklungstendenzen der Marx-Engels-Verfälschung in der Gegenwart.

In der *Lenin-Edition* wurde in den 70er Jahren die Werkausgabe weiter vervollständigt. Als gesonderte Reihe begann das Institut 1969 mit der Herausgabe der Bände 46 bis 55 der 5. russischen Ausgabe unter dem Titel „Lenin. Briefe“. Mit der Veröffentlichung des Bandes X der Briefe *Lenins* wurde sie 1977 abgeschlossen. 1970 und 1971 erschien die Ausgabe „W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in sechs Bänden“. Zur besseren Erschließung wurde ein Sachregister zusammengestellt.

Neben den Werkausgaben gab das Institut eine Reihe von thematischen Bänden mit Arbeiten Lenins zu Grundfragen der Politik der Partei, des sozialistischen Aufbaus und des Kampfes gegen den Imperialismus heraus. Diese Tätigkeit wird fortgesetzt. Anlässlich des 110. Geburtstages *W. I. Lenins* hat das Institut einen Text-Bild-Band zum Thema „Lenin in Deutschland“ herausgegeben. Er gibt dem Leser näheren Aufschluß über die Verbindung *Lenins* zu Deutschland und der deutschen Arbeiterbewegung.

Mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR erwachsen der Geschichtswissenschaft ebenfalls neue Aufgaben. Die Historiker, besonders die Parteihistoriker, waren aufgefordert, die geschichtlichen Zusammenhänge noch gründlicher zu erfassen und vor allem die großen revolutionären Traditionen des Kampfes der Volksmassen, besonders der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei zu erforschen und darzustellen. Nach mehrjährigen umfassenden Vorarbeiten eines großen Kollektivs von Mitarbeitern, darunter vieler Wissenschaftler des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, konnte 1974 eine umfangreiche Arbeit zur Geschichte des deutschen Volkes unter dem Titel „Klassenkampf — Tradition — Sozialismus. Von den

Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Grundriß" vorgelegt werden. Inzwischen ist dieses Werk in einer durchgesehenen und bis zum IX. Parteitag der SED erweiterten 2. Auflage mit verändertem Titel „Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Klassenkampf. Tradition. Sozialismus" erschienen.

Im Mittelpunkt der Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1945 standen Untersuchungen und Darstellungen des Kampfes und der Rolle der KPD für die Aneignung und Durchsetzung des Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung und die Ausarbeitung des Weges der Arbeiterklasse zur Macht, insbesondere in den Jahren des illegalen Kampfes gegen den Faschismus. Im Zentrum der Forschungen für die Zeit nach 1945 stand die Vorbereitung und Herausgabe der „Geschichte der SED. Abriss“, die Anfang 1978 erschienen ist. Erstmals liegt nunmehr eine geschlossene Darstellung der Entwicklung der SED, ihres Kampfes um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, um die Durchführung der sozialistischen Revolution und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und um die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vor.

Weitere Veröffentlichungen vervollständigen das Bild der Tätigkeit des Instituts. So erschien 1974 der Bildband „Mit der Sowjetunion für immer fest verbunden“, 1976 der Band „Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten“ und 1978 die „Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919“. Im gleichen Jahr gab das Institut das Buch „Erich Honecker. Skizze seines politischen Lebens“ heraus, in dem der Weg Erich Honeckers von einem Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands bis zum Generalsekretär der SED gezeigt wird und wichtige Entwicklungsetappen seines Lebens und Wirkens in untrennbarer Verbindung mit der Geschichte der SED dargestellt werden.

Die Erforschung und Darstellung von Problemen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung erhält zunehmendes Gewicht. Deshalb wurde vor Jahren am Institut ein spezieller Bereich für die Erforschung der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung geschaffen und die Arbeit auf diesem Gebiet wesentlich verstärkt. Dabei stehen Forschungen über die Durchsetzung des Leninismus in der Kommunistischen Internationale, zur Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Strategie, vor allem zur Gewinnung der Massen, im Vordergrund. Gleichzeitig werden jedoch Vorbereitungen getroffen, künftig intensiver über Grundfragen der Geschichte der Arbeiterbewegung der sozialistischen Länder zu forschen. Es geht darum, historische Aspekte der wachsenden Zusammenarbeit der sozialistischen Staatengemeinschaft und der Rolle der KPdSU in diesem gesetzmäßigen Entwicklungsprozeß näher zu untersuchen.

Im Jahre 1974 erschien ein Band mit Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. 1975 gab das Institut die Arbeit „Einheit im Kampf gegen Faschismus und Krieg! Der VII. Kongreß der KI 1935“ heraus. Im gleichen Jahr veröffentlichte das IML die Schrift „Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale“.

Gegenwärtig wird ein Band mit Bildern und Materialien über das weltweite Wirken der Kommunistischen Internationale von 1919 bis 1943 für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus vorbereitet. Demnächst erscheint ein Band über „Die Arbeiterbewegung europäischer Länder im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr in den

20er und 30er Jahren", an dem Autoren verschiedener Länder mitgearbeitet haben. Ein ähnlicher Band wird über die Zusammenarbeit kommunistischer und Arbeiterparteien sozialistischer Länder für Frieden und Sicherheit von 1945 bis zur Gegenwart vorbereitet.

Mit der Veröffentlichung der *Ernst-Thälmann-Biographie* im Jahre 1979 setzte das Institut die seit Jahren erfolgte Herausgabe von Biographien bedeutender Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung fort. Nach den Biographien über *Karl Marx*, *Friedrich Engels*, *Rosa Luxemburg*, *Wilhelm Pieck*, *Otto Grotewohl* und über andere Persönlichkeiten liegt nun erstmalig eine wissenschaftliche Darstellung des Lebens und Wirkens *Ernst Thälmanns* vor.

Das Institut für Marxismus-Leninismus ist auch für die theoretische, konzeptionelle und methodologische Anleitung der Arbeit zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, zur Regionalgeschichte und zur Betriebsgeschichte in der DDR verantwortlich. Im Mittelpunkt dieser Forschungsarbeit stehen die revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung im jeweiligen Territorium bzw. Betrieb, wobei schon seit Jahren der Erforschung des revolutionären Umwälzungsprozesses nach 1945 in Bezirken, Kreisen und Großbetrieben, vor allem der Geschichte von Bezirks- und Kreisparteiorganisationen der Partei der Arbeiterklasse als Teil der Geschichte der SED, große Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Auf dem Gebiet der Parteigeschichte werden die Forschungen bis Mitte der achtziger Jahre auf die umfassende Darstellung der Geschichte der marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse konzentriert. Sie werden die Entwicklung von *Marx* und *Engels*, dem Bund der Kommunisten, bis zum Beginn der achtziger Jahre unseres Jahrhunderts umfassen.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich das Institut auch mit Grundfragen des wissenschaftlichen Kommunismus. Hier geht es vor allem um Forschungen zur Entwicklung der Theorie des Sozialismus in Beschlüssen und Dokumenten der SED sowie um die Untersuchung bestimmter Seiten der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise.

Faßt man die Forschungsgebiete, mit denen sich das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED befaßt, zusammen, so ergeben sich folgende Bereiche: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945; Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte; Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Marx-Engels-Forschung und -Edition, Edition der Werke W. I. Lenins und Forschungen zum wissenschaftlichen Kommunismus.

III. Wichtige Institutsinstitutionen

Die Institutszeitschrift

In dem Maße, wie sich die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung entwickelten, wurde es notwendig, die Ergebnisse rascher der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diesem Ziel dient die seit 1959 herausgegebene Zeitschrift des Instituts, die zunächst unter dem Titel „*Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*“ (BzG) erschien und seit 1969 den Titel „*Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*“ trägt.

Die Institutszeitschrift propagiert revolutionäre Kampftraditionen der deutschen und

der internationalen Arbeiterbewegung und publiziert neue Forschungsergebnisse. Durch Veröffentlichung von Artikeln zu Grundfragen der geschichtswissenschaftlichen Forschung und der Marx-Engels-Forschung, zu Grundproblemen der Geschichte der KPD und der SED, über den proletarischen Internationalismus, zur Geschichte der KI und zur Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung nimmt die BzG orientierenden Einfluß auf die geschichtswissenschaftliche Forschung in der DDR.

Ein besonderes Anliegen der Zeitschrift besteht darin, die Auseinandersetzung mit imperialistischen Geschichtsfälschungen und dem rechten und „linken“ Opportunismus zu führen, kritisch die Geschichte der SPD zu betrachten und die Wirkung der Politik der rechten sozialdemokratischen Führer in der deutschen Arbeiterbewegung zu behandeln.

Das Zentrale Parteiarchiv (ZPA)

Gründung und Entwicklung des Instituts waren mit dem Aufbau eines historischen Archivs verbunden. In den ersten Jahren der Existenz des Instituts noch im Rahmen der Bibliothek mit der Sammlung organisationseigener Schriftstücke und anderer Materialien von Organisationen der Arbeiterbewegung befaßt, entwickelte sich das Archiv im Zusammenhang mit Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und dem Anwachsen seiner Bestände immer mehr zu einer Abteilung des Instituts. Seit 1963 ist es das *Zentrale Parteiarchiv der SED* (ZPA). Es ist die bedeutendste Aufbewahrungsstelle der organisationseigenen archivalischen Quellen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Das ZPA sammelt alle dokumentarischen und sonstigen Materialien, die vor 1945 in den politischen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem in KPD und SPD, entstanden sind. In ihm befinden sich das archivwürdige Dokumentationsgut des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD aus der Zeit vom Juni 1945 bis zur Gründung der SED im April 1946, das Dokumentationsgut des Parteivorstandes bzw. des Zentralkomitees der SED und historisch wertvolle Nachlaßteile verstorbener führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Das ZPA ist zugleich die einzige Aufbewahrungsstätte der Dokumente von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* in der DDR. Außerdem sammelt das Archiv Erinnerungen führender Funktionäre der Partei.

Die wichtigsten Aufgaben des Parteiarchivs bestehen darin, das Archiv- und Dokumentationsgut für die Forschung zu erschließen, Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung zu veröffentlichen und die bei den Bezirksleitungen der SED bestehenden Bezirksparteiarchive wissenschaftlich-methodisch anzuleiten.

Die Bibliothek

In mehr als 30 Jahren ist die Bibliothek mit ihren über 300 000 Büchern und Broschüren und ihrem großen Bestand an Zeitungen und Zeitschriften zu einer der bedeutendsten Spezialbibliotheken auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus und der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung geworden. Sie ist Archivbibliothek der SED. In ihr finden sich Bestände aus der Tätigkeit der I. Internationale und der Kommunistischen Internationale sowie eine nahezu vollständige Sammlung aller deutschsprachigen Ausgaben von *Marx*, *Engels* und *Lenin*, unter denen viele Raritäten sind. Das Institut

unterhält umfangreiche Tauschbeziehungen mit Bibliotheken und wissenschaftlichen Instituten in sozialistischen Ländern sowie in einigen kapitalistischen Staaten.

Die Bibliothek leistet umfangreiche bibliographische Arbeiten. Bereits seit 30 Jahren erscheint regelmäßig die Bibliographie ausgewählter Buch- und Zeitschriftenliteratur zur Arbeiterbewegung, die 1950 erstmalig als internationale Bibliographie der marxistischen Zeitschriftenliteratur herausgegeben wurde und seit 1960 in der Institutszeitschrift veröffentlicht wird. Darüber hinaus publizierte die Bibliothek eine Reihe von Spezialbibliographien.

Zentralstelle für Information und Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Marx-Engels-Forschung

Aus den wachsenden Anforderungen und den Bedürfnissen der Wissenschaftsbereiche, für die das Institut verantwortlich ist, erwuchs in den sechziger Jahren die Notwendigkeit, eine über die katalogmäßige Erschließung und über die bibliographische Information hinausgehende wissenschaftliche Information für die wissenschaftliche und propagandistische Arbeit zu entwickeln. Deshalb wurde der „Dokumentationsdienst zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Marx-Engels-Forschung“ geschaffen. Er erscheint seit Mitte 1963 regelmäßig in Karteiform. Ausgewertet und referiert werden monographische Arbeiten und wichtige Zeitschriftenartikel zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart, zur Marx-Engels-Forschung, zu den Beziehungen Lenins zur deutschen Arbeiterbewegung und zu den Beziehungen der deutschen zur internationalen Arbeiterbewegung und ihren Organisationen.

Die Informations- und Dokumentationsstelle des Instituts, die seit Ende der 60er Jahre nicht mehr zur Bibliothek gehört, ist im System der gesellschaftswissenschaftlichen Information und Dokumentation in der DDR Zentralstelle für Information und Dokumentation auf den Gebieten der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Marx-Engels-Forschung in der DDR. In Kooperation mit der Zentralstelle für Information und Dokumentation auf dem Gebiet der Geschichte am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR wurde ein Thesaurus für Geschichte erarbeitet, der die Grundlage für die Speicherung der Ergebnisse der Forschung auf diesem Gebiet bildet.

Internationale Beziehungen

Im Verlaufe seiner Geschichte haben sich die internationalen Beziehungen des Instituts entwickelt, mehr und mehr verbreitert und vertieft. Besonders enge Beziehungen unterhält das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED mit dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Über viele Jahre hinweg hat sich zwischen beiden Instituten eine enge wissenschaftliche Zusammenarbeit herausgebildet, die heute bis hin zur Kooperation der Arbeit beider Institute auf verschiedenen Gebieten der Forschungs- und Editionstätigkeit reicht. Dabei ist zweifellos die gemeinsame Arbeit an der MEGA das bedeutendste Objekt kooperativer Tätigkeit.

Das Institut arbeitet mit folgenden anderen Instituten für Marxismus-Leninismus bzw. für Parteigeschichte der sozialistischen Länder eng zusammen:

Institut für Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei beim ZK der BKP;

Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung Jugoslawiens und dem Institut für Marxistische Studien bei der Akademie der Wissenschaften Sloweniens;
Institut für Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Revolution beim ZK der Kommunistischen Partei Kubas;

Institut für Parteigeschichte beim ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei;
Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des ZK der PVAP, Institut für Arbeiterbewegung der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP und dem Zentralen Archiv des ZK der PVAP;

Institut für historische und sozialpolitische Studien beim ZK der RKP;

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPČ und dem Institut für Geschichte der Kommunistischen Partei der Slowakei;

Institut für Parteigeschichte beim ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei;

Kommission für die Erforschung der Parteigeschichte beim ZK der Kommunistischen Partei Vietnams.

Seit vielen Jahren bestehen enge Verbindungen zu Instituten und Kommissionen für Parteigeschichte bei den Zentralkomitees kommunistischer und Arbeiterparteien in kapitalistischen Ländern und auch mit dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main.

Auf internationalen Konferenzen, Kolloquien, besonders Rundtischgesprächen usw. im In- und Ausland wirkt das IML auf vielfältige Weise am internationalen wissenschaftlichen Leben mit. Es unterhält zahlreiche Kontakte zu marxistischen Wissenschaftlern und zu Spezialisten in der ganzen Welt.

Das Institut für Marxistische Forschungen (I.R.M.)*, Paris

Roger Martelli

1. Die Zielsetzung des Instituts für Marxistische Forschungen — 2. Arbeitsperspektiven.

1. Die Zielsetzung des Instituts für Marxistische Forschungen

Die Schaffung des Instituts für Marxistische Forschungen (Institut de Recherches Marxistes — I.R.M.) geht auf den im Juni 1979 vom Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei gefaßten Beschluß zurück, das (1959 gegründete) Centre d'Etudes et de Recherches Marxistes und das (1966 gegründete) Institut Maurice Thorez zu einem neuen Zentrum zu vereinigen. Das neue Institut wurde am 19. Oktober 1979 von seiner Leiterin, *Francette Lazard*, der Öffentlichkeit offiziell vorgestellt. Am 1. und 2. Dezember diskutierte eine Versammlung mit fast 1500 Teilnehmern über die Konzeption des I.R.M., die globale Ausrichtung seiner Arbeit und die für ihre praktische Durchführung notwendigen Strukturen.

Das Betätigungsfeld des I.R.M. ist groß, erfährt seine grundlegende Strukturierung aber durch den Bezug zur Strategie der FKP. Die im I.R.M. durchgeführte Forschung findet die Logik ihrer Organisation und ihres Arbeitsrhythmus ausschließlich in ihren eigenen wissenschaftlichen Bedingungen. Jedoch liegt ihr allgemeiner und letzter Zweck nicht in ihr selbst. Das I.R.M. will auf die „Fragen antworten, die aus einer gesellschaftlichen Praxis erwachsen, welche selbst einen besonderen Charakter hat“; es ist ein „Zentrum für Marxistische Forschungen, das sich direkt mit den großen theoretischen Fragen auseinandersetzt, die durch die Anwendung der neuen Strategie der FKP aufgeworfen werden“ (*F. Lazard* am 19. Oktober).

Die Organisierung der Institutsaktivitäten nach Arbeitsbereichen ist nicht willkürlich, sondern ergibt sich aus einer vorherigen Analyse der Ziele der Forschung und ihrer Mittel: Sie erlaubt es, wesentliche Probleme bei der Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität zu bestimmen, die Herangehensweisen erfordern, welche gleichzeitig breit gefächert und im ganzen Institut miteinander verbunden sind.

Im I.R.M. gibt es im Augenblick 6 Arbeitsbereiche: *französische Gesellschaft; historische Bewegung der Gesellschaftsformationen; internationales Leben; Krise der Lebensweisen und der menschlichen Beziehungen, individuelle Befreiung und soziale Befreiung; Wissenschaft und Technik, gegenwärtiger Stand und vorausschauende Einschätzung ihrer Bewegung und ihrer sozialen Implikationen; die Dynamik der Erkenntnisse, Marxismus und Philosophie in ihrer Geschichte und Perspektive.*

* Entnommen aus: *La Pensée*, Paris, Nr. 211, 1980 (gekürzt)
Übersetzung: Ilse Utz

Jeder Bereich bestimmt seine eigenen Arbeitsschwerpunkte, stellt seine Forschungsteams auf. Die Verbindung zwischen den Bereichen wird auf mehrere Arten hergestellt werden: auf der Ebene der Gruppen, die ein und dasselbe Thema oder ähnliche Gegenstände bearbeiten, jedoch in verschiedenen Epochen oder nach verschiedenen Ansätzen, wobei ihre Arbeiten im Rahmen der Buchausgaben oder Zeitschriften publiziert werden, die — in jeweils spezifischer Weise — mit dem I.R.M. verbunden sind (bereits jetzt *La Pensée* und *Les Cahiers d'Histoire*); schließlich durch Studientage oder Kolloquien (für 1980 sind zwei Veranstaltungen vorgesehen: über die Selbstverwaltung; über das Verhältnis der FKP zur französischen Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart).

2. Arbeitsperspektiven

Die Organisationsformen der Arbeit werden sich in dem Maße verändern, wie sich die Forschungstätigkeit konkret entwickeln wird; auf jeden Fall machen sie bereits jetzt die Aufnahme der Arbeit möglich. Nach dem Treffen von Anfang Dezember wurden ein erstes Bündel von Vorschlägen zur feineren Strukturierung der Arbeit vorgelegt und einige Arbeitsschwerpunkte definiert. Wir werden sie nach Bereichen auführen.

Bereich „Französische Gesellschaft“

Bestimmte Fragenkomplexe werden im Rahmen von 5 ziemlich großen Arbeitskollektiven genauer untersucht werden, die die Tätigkeit kleinerer Arbeitsgruppen koordinieren werden:

— die Untersuchung der sozialen Klassen, die ausgehend von allen Faktoren durchgeführt wird, die für die Erfassung der verschiedenen Ebenen notwendig sind, auf denen sich die innere Kohärenz der sozialen Gruppen herausbildet (Arbeitsprozeß, Stellung in der Produktionsweise, Konsumtionsformen, Art und Höhe des Einkommens, Zugehörigkeitsgefühl, ideelle oder an Symbolen orientierte Vorstellungswelt usw.);

— die Untersuchung der verschiedenen Aspekte der politischen Prozesse wird die Analyse der Verhaltensweisen, wie sie in den Meinungen, im Wählerverhalten, in der politischen Aktivität zum Ausdruck kommen, aber auch in den verschiedenen Formen gesellschaftlicher Praxis wirksam werden, mit der Analyse der verschiedenen Arten von politischen und gewerkschaftlichen Verbänden und Organisationen verbinden;

— der Staatsapparat wird unter dem Gesichtspunkt seines Funktionierens auf zentraler und lokaler Ebene, seiner Verbindungen mit den Klassen und ihren Kämpfen untersucht werden; ebenso unter dem Gesichtspunkt seiner gesamtgesellschaftlichen Rolle;

— bei der Analyse des Funktionierens der französischen Gesellschaft kann man außerdem unmöglich die verschiedenen Ebenen außer acht lassen, auf denen sich eine lokale und regionale Kohärenz herausbildet und die im nationalen Rahmen miteinander verquickt sind;

— das Begreifen der Struktur und Entwicklung der französischen Gesellschaft setzt schließlich gründlichere Kenntnisse über den französischen Produktionsapparat und das gesamte Wirtschaftssystem voraus.

Bereich „Historische Bewegung der Gesellschaftsformationen“

Dieser Bereich setzt sich das Ziel, einige große Themen des Denkens und Forschens zu behandeln:

- die langfristige Entwicklung der französischen Gesellschaft;
- die verschiedenen Aspekte oder „Momente“ des sozialen Lebens: die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse in ihrer Wechselbeziehung; der Staat, die politischen Phänomene, die Parteien einschließlich der FKP, die „Mentalitäten“, die Kulturen, Ideologien, subjektiven Vorstellungen usw.;
- die Einheit der Gesellschaftsformationen und ihre langfristigen und kurzfristigen Bewegungen (Reproduktion, Widerspruch, Krise und Übergang);
- die Vereinheitlichungs- und Differenzierungsprozesse des sozialen Lebens. Kann man die spezifischen Merkmale einer gesellschaftlichen Formation zu einem gegebenen Zeitpunkt erfassen, und wie kann man es? Wie kann man die Beziehungen von Gesellschaftsformationen untereinander erfassen?
- die Geschichte und die geschichtliche Darstellung: ihre soziale Funktion, ihre Rolle bei der Entstehung der Vorstellungen und Bewußtseinsformen;
- schließlich die Geschichtswissenschaft, ihre Grundbegriffe und ihre Instrumente.

Diese großen Themen, die jede theoretisch bedeutsame historische Reflexion auf sich ziehen, werden auf der Grundlage exakter Forschungsarbeiten behandelt werden, die im Rahmen von zu großen geschichtlichen Perioden gebildeten Arbeitskollektiven durchgeführt werden. Ausgehend von diesen exakteren Arbeiten werden Besprechungen in größerem Maßstab organisiert werden, die mehrere Arbeitsgruppen oder mehrere Kollektive umfassen. Aber diese Verankerung in bestimmten historischen Perioden muß es erlauben, zu abstrakte Erörterungen, die Gegenüberstellung von geschlossenen historischen Interpretationssystemen sowie die zu starke Parzellierung und Spezialisierung zu vermeiden.

Bereich „Internationales Leben“

Er gliedert sich in folgende große Kollektive:

- „Imperialismus“: der französische Imperialismus und die anderen Imperialismen, die interimperialistischen Beziehungen in ihrer Umstrukturierung, die Strategie gegenüber der Dritten Welt, die Formen supranationaler Integration, auch auf ideologischem und politischem Gebiet;
- das Kollektiv „Sozialismus“ wird den bestehenden Sozialismus in seiner Gesamtheit und seiner Vielfalt, die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und die Beziehungen dieser Länder mit der übrigen Welt untersuchen;
- die Frage „Neue internationale Ordnung“ könnte ausgehend von ihren gegenwärtigen (ökonomischen, technologischen, landwirtschaftlichen, kulturellen) Bedingungen, der soziopolitischen Situation der nationalen Befreiungsbewegungen, den notwendigen Grundlagen der Beherrschung der internationalen Beziehungen angegangen werden (Koexistenz, Kämpfe, Blockfreiheit, Nation, Kooperation, internationale Gremien, Völkerrecht, Abrüstung usw.).

Bereich „Krise der Lebensweisen und der menschlichen Beziehungen, individuelle Befreiung und soziale Befreiung“

Dieser Bereich, der die realen Individuen zu seinem spezifischen Untersuchungsgegenstand macht, orientiert seine Tätigkeit auf 9 Arbeitsschwerpunkte:

— die Frauenbewegung: Ursachen der Ungleichheit, Bewegungen der Frauen zur Er kämpfung ihrer Befreiung, Arbeiterbewegung, Frauen im Arbeitsprozeß, Hausarbeit, Neuverteilung der Männer- und Frauenrolle, neue Paar-Beziehungen, Sexualität usw.;

— die Familie: Veränderung der Institution Familie, ihr Verhältnis zum Staat, zur Gesellschaft, ihr Platz im Prozeß der ideologischen Reproduktion und der Sozialisation des Kindes; die zwischenmenschlichen Beziehungen im Rahmen der Familie;

— die menschlichen Beziehungen bei der Arbeit: der Betrieb, seine Trennung schaffenden und Trennung aufhebenden Prozesse und ihre Auswirkungen auf die Persönlichkeit;

— das Verhältnis zwischen „Anthroponomie“ und Ökonomie, zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den konkreten Individuen in ihrer Gesamtheit anhand der Untersuchung der Lebensweisen und der Formen gesellschaftlicher Praxis;

— Biographie(n): das Verhältnis zwischen Individualität und den gesamten gesellschaftlichen Verhältnissen;

— die Sprache im Frankreich der Krise;

— die Verinnerlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse;

— die Konstituierung der Persönlichkeit des Kindes;

— die Krise der interpersonellen Beziehungen.

Bereich „Wissenschaft und Technik“

Seine Struktur wird aus drei Arbeitsbereichen gebildet, um die herum sich Gruppen organisieren:

— Kraftlinien der wissenschaftlichen Erkenntnis; vorläufig obliegt es einer Gruppe, eine Bilanz und Prognose der allgemeinen Bewegung der Wissenschaft zu geben;

— soziale Implikationen der Wissenschaft; vier Gruppen werden die folgenden Themenkomplexe bearbeiten: Biologie und Gesellschaft, der Mensch und die Natur, die Organisation des Wissens (Forschungsmethoden, kulturelle Aneignung der Wissenschaft usw.), Informatik;

— Wissenschaft, Technik und die Entwicklung der Produktivkräfte: die Technologien, die „wissenschaftlich-technische Revolution“.

Bereich „Dynamik der Erkenntnisse“

Er hat vier allgemeine Seminare vorgesehen:

— Nationalität(en) heute: philosophische Kategorien und Ausarbeitung der Erkenntnis in der wissenschaftlichen Praxis; das „Werden“ des Positivismus; die Theorie der Modelle;

— Wissenschaft, Wissen, gesellschaftliche Praxis, Politik und Ideologie; die Gruppe, die bereits zu dem Thema „Mathematik, Wissenschaft und Ideologie“ gebildet wurde, könnte durch analoge Gruppen ergänzt werden, die sich mit den anderen Wissenschaften

befassen; die Frage des Verhältnisses zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und staatlicher Gewalt könnte in den Bereichen Informatik, Medizin und Psychiatrie etc. untersucht werden;

— **Marxismus und Philosophie:** dieses Seminar würde gleichzeitig die Frage der Philosophie im Marxismus und des Marxismus in der Philosophie behandeln. Bereits vorgeschlagene Themen: Engels und der Neukantianismus, die Frankfurter Schule, Ernst Bloch, der Marxismus der 60er Jahre, die Kategorien Wesen und Widerspruch, Dialektik der Natur. . . ;

— theoretische Probleme des Begriffspaares subjektiv/objektiv; der kreative, imaginäre Charakter der Sprache; die Symbolik, die religiöse Dimension (die Praxis, das Erleben); das Erlebte, das Vorgestellte, das Subjektive in der Psychoanalyse; das Problem der Moral (Praxis, Klassen, Verhaltensweisen, Werturteile).

Der Aufbau dieses ehrgeizigen Programms beginnt nicht beim Nullpunkt: er kann auf frühere, im Rahmen des C.E.R.M. und des Instituts Maurice Thorez durchgeführte Arbeiten zurückgreifen; auf der anderen Seite stützt es sich auf eine Forschungsmethode, die zwar nicht mit einem vereinfachenden „Monolithismus“ gleichzusetzen ist, aber eine in sich geschlossene und einheitliche Vorgehensweise darstellt.

Das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP, Budapest

Tibor Halay

1. Charakter und Tätigkeit des Instituts; — 2. Forschungsrichtungen und -themen; — 3. Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit.

Das Institut für Gesellschaftswissenschaften (IG) wurde vor mehr als 10 Jahren gegründet. Es ist eine wissenschaftliche Einrichtung beim ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) und Bestandteil des institutionellen Wissenschafts- und Forschungssystems Ungarns. Es hat die Aufgabe, die aktuellen gesellschaftspolitischen Probleme zu studieren, theoretische und empirische Forschungen durchzuführen, an der Entscheidungsvorbereitung politischer Organe teilzunehmen und Aufgaben bei der Koordinierung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in Ungarn zu übernehmen.

1. Charakter und Tätigkeit des Instituts

Die Tätigkeit des IG entspricht in den wesentlichen Zügen derjenigen anderer gesellschaftswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen in Ungarn. Einige Besonderheiten sind jedoch durch den komplexen Charakter des Gegenstandes und der Methoden der Forschung bestimmt. Die Untersuchungsprobleme tangieren mehrere Wissenschaftsdisziplinen. Die Aufgabenstellung ist in der Regel mittelfristig, nur selten langfristig.

Die Forschungsergebnisse sind überwiegend Ergebnisse kollektiver Arbeit, in die die individuellen Forschungen integriert sind. Die Aufgabenstellung bedingt, daß im Institut keine auf Dauer fixierten Arbeitsgruppen oder Abteilungen bestehen, sondern daß diese stets gemäß den gegebenen Forschungsthemen — in der Regel für fünf Jahre — organisiert werden. Sie wurden dementsprechend, seit Bestehen des IG, mehrmals reorganisiert. Die Forschungsarbeit hat interdisziplinären Charakter. In den einzelnen Forschungsgruppen arbeiten je nach der Aufgabenstellung Philosophen, Ökonomen, Juristen, Historiker, Soziologen, Psychologen und Mathematiker zusammen. Im IG werden unterschiedliche Typen von Forschungen mit ihnen jeweils entsprechenden Methoden durchgeführt.

So gibt es grundlegende Studien theoretischen Charakters, z. B. über die Einordnung und Rolle der Räte in der ungarischen Gesellschaft während der Vorbereitung des „Rätegesetzes“ vom Jahre 1971, über theoretische Fragen der Entwicklung der Sozialstruktur, über die Perspektiven des Bildungssystems usw. Daneben stehen regelmäßig empirische soziologische Untersuchungen mit unterschiedlichen methodischen Verfahren auf dem Programm. Früher gab es umfangreiche Erhebungen zur Situation der Arbeiterklasse, zu Lebensbedingungen und Bildungsverhältnissen der verschiedenen Arbeiterschichten, zur Durchsetzung der Betriebsdemokratie und zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Pendler. Danach fand seitens des IG eine umfangreiche empirische Erfassung der Situation der Intelligenz in der Provinz und nachher — unter Nutzung der gesammelten Erfah-

rungen — in Budapest statt. Ein großer Teil der Erhebungen ist in ein Forschungsprojekt größeren Umfangs integriert, und zwar der Überprüfung der Klassen- und Schichtstruktur der ungarischen Gesellschaft. Als Endprodukte der empirischen und der Grundlagenforschung unseres Institutes über die Struktur der ungarischen Gesellschaft könnten zahlreiche Publikationen angesehen und angeführt werden.

Im Laufe der vergangenen 10 Jahre wurden mehr als 200 Studien, Monographien und Studienbände veröffentlicht. Das Institut gibt auch die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „*Társadalomtudományi Közlemények*“ (Gesellschaftswissenschaftliche Mitteilungen) heraus. Daneben werden auch sogenannte Werkstattstudien veröffentlicht, die Detailresultate der einzelnen Forschungen enthalten und den Bedürfnissen engerer Fachkreise entsprechen. Bücher für einen breiteren Leserkreis oder für die wissenschaftliche Öffentlichkeit erscheinen auch bei verschiedenen Buchverlagen. In einzelnen Fällen, wie z. B. zur Sozialstruktur und zur Jugendforschung oder im Zusammenhang mit ideologischen Problemen, veröffentlichen wir auch Bücher in russischer, englischer oder auch in anderen Sprachen. So wurde z. B. anlässlich des 9. Weltkongresses der Soziologen ein Studienband über die Sozialstruktur in russischer und englischer Sprache veröffentlicht; anlässlich des im Jahre 1979 in Moskau veranstalteten Weltkongresses der Politologen veröffentlichten wir eine Publikation unter dem Titel „*Some issues of the political system in Hungary*“. Unsere Zeitschrift veröffentlicht in erster Linie die Studien und Diskussionsartikel unserer Mitarbeiter, daneben kommen darin auch andere in- und ausländische Autoren zu Wort. Die Redaktion der Zeitschrift und der sonstigen Publikationen fällt in den Arbeitsbereich des IG.

In der Periode 1975 bis 1980 bestanden in unserem Institut 5 Forschungsgruppen. Zur Unterstützung der Forschungsarbeit entstand auch eine Dokumentations- und Informationsabteilung. Selbstverständlich verfügen wir entsprechend den Forschungsthemen auch über eine entsprechende Bibliothek und eine Dokumentationsbasis. Außer unseren eigenen Mitarbeitern werden für einzelne Themen auch namhafte externe inländische Experten, Gelehrte usw. für einen bestimmten Zeitraum zur Mitarbeit herangezogen.

2. Forschungsrichtungen und -themen

In der vergangenen 5-Jahresperiode wurde die Forschungsarbeit auf der Grundlage folgender Forschungsrichtungen organisiert:

- a) Entwicklung des Staates und der Demokratie;
- b) Kennzeichen des entwickelten Sozialismus;
- c) Gestaltung der Sozialstruktur und ihr Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Bewußtsein;
- d) einzelne ideologische Prozesse der Gegenwart;
- e) Lage der Jugend, Probleme der zukünftigen Entwicklung des Bildungssystems.

Unsere Tätigkeit im Rahmen dieser Forschungsrichtungen kann für die vergangenen Jahre wie folgt konkreter bestimmt werden:

Zu a): "Im Rahmen der mit dem Komplex *Staat und Demokratie* zusammenhängenden Forschungen untersuchten wir die Einordnung der gesellschaftlichen Organe in das System der politischen Machtausübung, das Vertretungssystem, die Tätigkeit der staatlichen Verwaltung und die Bürgerrechte. Das Institut beteiligte sich auch an der Formulierung der Prinzipien des *Rätegesetzes* von 1971, an der theoretischen Vorbereitung der

Verfassungsreform und der damit zusammenhängenden Gesetze der Staatsorganisation mit Verfassungsrang.

Seit geraumer Zeit analysiert das Institut Begriff und Inhalt des politischen Systems. Die Untersuchungen sind nicht institutionell, sondern funktionell ausgerichtet. In den Diskussionen der vergangenen Jahre stellte sich auch die Frage der Einordnung nicht-staatlicher gesellschaftlicher Organe. Besonders sorgfältige Analysen erfordern dabei die Gewerkschaften und ihre Interessenvertretungsfunktion. Die Vervollkommnung der gesellschaftlich-politischen Funktion der in den Staatsapparat integrierten Vertretungsorgane (Parlament, örtliche Räte usw.) bildet ein anderes großes Gebiet in der Entwicklung der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft.

Wir analysierten, wo und mit welchen Garantien es notwendig ist, die Interessen der Individuen oder bestimmter sozialer Gruppen im System der politischen Organisation zu stärken. Die durch die einzelnen Institutionen vertretenen Interessen sind keineswegs im voraus gegeben oder einheitlich. Darum ist es erforderlich, auch innerhalb der Institutionen — z. B. in den Gewerkschaften — die unterschiedlichen Interessen in Rechnung zu stellen, sie abzuwägen, abzustimmen und fallweise auch miteinander zu konfrontieren. Die Abstimmung, Konfrontation und Vertretung unterschiedlicher Interessen und Anschauungen erfolgt in unserer Gesellschaft kontinuierlich, an verschiedenen Orten und in verschiedenen Organisationen. Wir sind bestrebt, die Formulierung und Durchsetzung der Interessen mit dem gesamten Mechanismus der sozialistischen Demokratie zu gewährleisten.

Unsere Forschungsergebnisse bestärken uns in unserer Überzeugung, daß kontroverse Anschauungen und Meinungen — sowie ihre Abstimmung und Konfrontation — in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ständig entstehen und bestehen und im gesellschaftlichen Prozeß reproduziert werden. Die Meinungsunterschiede erscheinen zwar nicht in spektakulärer, sensationeller Form, mit der Entwicklung des politischen Systems, mit der Erweiterung der Staatsbürgerrechte bilden wir jedoch eine die inhaltliche Lösung der Probleme sichernde Demokratie heraus.

Zu b): Die im Themenkomplex *Kennzeichen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft* untersuchten Fragen betreffen die historische Stellung des Sozialismus, die Produktivkräfte der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, einzelne Fragen der sozialen Gleichheit und des Kollektivismus, allgemeine Gesetzmäßigkeiten und nationale Eigenheiten im Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Hierzu erschienen als Forschungsergebnisse mehrere Werke z. B. über das System und über die Entwicklung der Arbeitsteilung, über die gesellschaftliche Information und Informiertheit, über die Frauen u. a. Anhand von Daten der sozialistischen Länder wurde auch eine internationale Bibliographie über Probleme beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zusammengestellt.

Zu c): Innerhalb des Themenkomplexes *Sozialstruktur und soziales Bewußtsein* befaßt sich unser Institut insbesondere mit drei Fragen: Probleme der Annäherung der Klassen, innere Schichtung und Dynamik der Arbeiterklasse, Widerspiegelung sozialer Gleichheit und Ungleichheit im Bewußtsein und in den damit zusammenhängenden Wertorientierungen.

Für die Koordinierung der hierzu laufenden ungarischen Forschungen trägt unser Institut ebenfalls die Verantwortung. Im Interesse der weiteren Untersuchung dieser Probleme wird die entsprechende Forschungsarbeit in den nächsten 10 Jahren noch erweitert wer-

den. Das Forschungsprogramm „*Gestaltung der Sozialstruktur, der Lebensweise und des Bewußtseins in Ungarn*“ wird als vorrangiges Projekt auf zentraler Ebene koordiniert.

Zu diesem Thema gab es schon bemerkenswerte Publikationen. Unter dem Titel „*Entwicklung unserer Sozialstruktur*“ erschien ein zusammenfassendes Werk in drei Bänden. Veröffentlicht wurden Monographien und Studienbände wie z. B. „*Pendler*“, „*Änderungen in der Struktur der Arbeiterklasse*“, „*Soziale Gliederung in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*“ u. a.

Zum Thema „*Annäherungsprozesse zwischen der Arbeiterklasse und der technischen Intelligenz*“ beteiligten wir uns an einer internationalen empirischen soziologischen Untersuchung, die im Rahmen der entsprechenden gemeinsamen Problemkommission der Akademien der Wissenschaften der RGW-Länder Europas durchgeführt wird und der Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen, die DDR, Rumänien, die Sowjetunion und Ungarn angehören.

Mit dem Erreichen eines mittleren Entwicklungsniveaus und der Umwandlung Ungarns in ein industrielles Agrarland zeigten sich qualitative Veränderungen des Wachstumsprozesses unserer Gesellschaft, so u. a. in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft, in ihrer Fachbildung, Schulbildung, Kultur, ihrem politischen und ideologischen Charakter. Im Vergleich zu früher verringerten sich auch die Unterschiede innerhalb unserer Bauernschaft; ihre jahrhundertelange Abkapselung ist verschwunden. Mit den wirtschaftlichen Erfolgen der Genossenschaftsbewegung veränderte sich auch der Charakter der Bauernschaft. Eine ähnliche Entwicklung durchlief auch die Intelligenz, indem sich die Intelligenzberufe auch für Arbeiter und Bauern öffneten. Anstatt der früher außerordentlich starken sozialen Differenzierung entstand eine in jeder Hinsicht ausgeglichene Struktur der Arbeiterschaft, der Bauernschaft und der Intelligenz.

Aus unseren bisherigen Forschungsergebnissen ergibt sich — was die Zukunft unserer Sozialstruktur betrifft —, daß die Periode der extensiven strukturellen Umwandlung unserer Gesellschaft abgeschlossen ist. Mit einer weiteren raschen Umwandlung ist nicht zu rechnen. Aufgrund der Annäherung der Klassen und Schichten ist zu beobachten, daß die Unterschiede innerhalb der Klasse manchmal bereits größer sind als jene zwischen den Klassen und den abgegrenzten sozialen Schichten (z. B. sind Hilfsarbeiter und Facharbeiter derzeit hinsichtlich ihrer Lebensführung, materiellen Lage, in ihrem kulturellen und politischen Verhalten weiter voneinander entfernt als Facharbeiter und Angehörige der Intelligenz). Außer den derzeitigen Schichtunterschieden könnten in Zukunft neuartige Differenzen entstehen. Die Schulbildung und die regionalen Unterschiede könnten eine bedeutendere Rolle erhalten als früher. All dies rückt den Problemkreis Gleichheit und Ungleichheit in den Vordergrund des Interesses der Gesellschaft. Mit den Ausdrucksformen des Gleichheits-Ungleichheits-Bewußtseins und seinen strukturellen Komponenten begannen wir uns in den vergangenen Jahren intensiver zu befassen. Obwohl sich unsere Forschungen erst im Anfangsstadium befinden, sind wir der Ansicht, daß dieser Themenkreis in Zukunft eine wichtige Frage der sozialistischen Entwicklung darstellen wird. Zwei grundlegende Tendenzen unserer Verhältnisse stoßen in dieser Frage aufeinander: die immer konsequentere Realisierung der Anforderung einer Verteilung gemäß der Arbeitsleistung und die Absicht einer Erweiterung der sozialen Umverteilung.

Zu d): Auf dem Gebiet *ideologischer Probleme* bearbeiten wir gegenwärtig u. a. folgende Fragen: eine kritische Analyse der bürgerlichen Interpretation des realen Sozialis-

mus, eine Kritik der technokratischen Theorien sowie die Erforschung neuerer Tendenzen der bürgerlichen Ideologie.

Zu e): Im Rahmen des Themenkomplexes *Jugend und Gesellschaft* werden z. Zt. folgende Probleme untersucht: Zusammenhang zwischen der Gesellschaftsstruktur und dem Schul- und Bildungssystem, Prozeß des Heranwachsens junger Arbeiter und Eingliederung der jungen Facharbeiter in die Gesellschaft, Fragen der Jugend und Familie.

In Ungarn koordiniert das IG auch die Jugendforschung, deren 5-Jahrplan z. Zt. ausgearbeitet wird. Im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften der europäischen RGW-Staaten in der *Problemkommission „Die Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozeß“* koordiniert unser Institut eine internationale Vergleichsuntersuchung zum Thema *„Lebensperspektive der Jugend im Sozialismus“*, die jetzt abgeschlossen wird. Dazu wurden jährlich Arbeitskonferenzen der Wissenschaftler aus Bulgarien, der Tschechoslowakei, der DDR, aus Polen, der Sowjetunion und Ungarn veranstaltet. An diesen Aktivitäten sind die wissenschaftlichen Institute der Bruderparteien und die Institute der Akademien der Wissenschaften der genannten Ländern gemeinsam beteiligt.

3. Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit

Im Laufe der vergangenen 10 Jahre entfalteten sich umfangreiche Beziehungen zwischen unserem Institut und ausländischen Einrichtungen ähnlichen Profils. Unsere Beziehungen mit den Einrichtungen der sozialistischen Länder entwickelten sich meist auf der Basis bilateraler Abkommen. Ähnliche Abkommen bzw. Kontaktaufnahmen entstanden auch mit einer Reihe von Forschungsinstituten in kapitalistischen Ländern, darunter zu Einrichtungen kommunistischer Bruderparteien, zu der kommunistischen Bewegung nahestehenden Instituten und zu mehreren unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Forschungsinstituten in Westeuropa. Wir beteiligen uns regelmäßig an den bedeutenden internationalen Konferenzen und Weltkongressen der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen (beispielsweise in den vergangenen Jahren am Weltkongreß der Soziologen, am Weltkongreß der Philosophen, am Weltkongreß der Politologen, an den in Cavtat/Jugoslawien veranstalteten Konferenzen, am Forum zur Arbeiterbewegung unter der Schirmherrschaft der UNESCO in Paris). Wie schon erwähnt, ist die Beteiligung an den gemeinsamen Forschungsarbeiten und den gemeinsamen empirischen soziologischen Untersuchungen der sechs bzw. sieben RGW-Staaten zu den Themen *„Annäherungsprozesse zwischen der Arbeiterklasse und der technischen Intelligenz“* und *„Lebensperspektive der Jugend im Sozialismus“* ein zentraler Bereich unserer internationalen Aktivitäten.

Kooperationsbeziehungen gibt es u. a. mit dem *Institut für internationale Arbeiterbewegung* (IMRD) der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, mit dem *Marxistischen Forschungszentrum*, das im Bereich des Präsidiums des ZK des BDKJ, Belgrad, arbeitet und mit dem *Institut für Gesellschaftskunde* der Akademie der Wissenschaften von Kuba.

Wir organisieren bi- und multilaterale Rundtischkonferenzen und Diskussionen. Mit zahlreichen ausländischen Teilnehmern gab es derartige Veranstaltungen z. B. zu Fragen der Menschenrechte (Budapest), über das Verhältnis zwischen Staat und Partei (Bukarest), über die Interessen in der sozialistischen Gesellschaft (Gdansk), über

Bündnispolitik (Paris), über die Leitung der Gesellschaft in Ungarn (Rom), über politisches System und Demokratie (Amsterdam) usw.

Selbstverständlich gibt es auch einen regen Dokumentations- und Informationsaustausch. In organisierter Form realisiert sich dieser im Rahmen der internationalen Informationsorganisation für Gesellschaftswissenschaften der sozialistischen Länder (MISZON), in welcher auch wir vertreten sind. Gleichzeitig vollzieht er sich auf der Basis entsprechender Vereinbarungen mit Partnerinstituten. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf die gegenseitige Teilnahme an internationalen Konferenzen, Beratungen, Diskussions- und Gedenksitzungen.

Unsere Beziehungen zu Forschungsinstituten der kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder nahmen in den letzten Jahren systematischen Charakter an.

Mit dem *Gramsci-Institut*, Rom, seinen Wissenschaftlern und Leitern arbeiten wir schon seit geraumer Zeit zusammen. Dies beinhaltet auch den Austausch von Wissenschaftlern, von Informationen sowie die Veranstaltung von Rundtischkonferenzen in Budapest und Rom (u. a. über Erfahrungen der sozialistischen Entwicklung Ungarns, über die Jugend- und Bildungsprobleme). Mit dem *Institut für Marxistische Forschung (IRM)*, Paris, bestehen ähnliche Beziehungen. Neben dem Austausch von Wissenschaftlern und Informationen führen wir auch in theoretischen Fragen Diskussionen durch (so u. a. in Budapest über Demokratie in Staat und Partei, über Bündnispolitik, über Probleme des ideologischen Kampfes, über den Einfluß der Änderung der Sozialstruktur auf das politische System und anderes).

Auch mit dem *IMSF*, Frankfurt/M., besteht seit einigen Jahren ein Meinungs- und Informationsaustausch zu Fragen der politischen Demokratie, der heutigen Sozialdemokratie, zur Situation und Perspektive der Jugend und zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Darüber hinaus fanden zwischen IG und IMSF Rundtischbesprechungen, Diskussionen und — im beschränkten Maße — Wissenschaftleraustausch und Wissenschaftlerkonsultationen statt. Auf der Grundlage der Materialien eines gemeinsamen Rundtischgespräches, das im November 1979 in Budapest stattfand, wird z. Zt. von beiden Instituten unter dem Titel „*Arbeiterklasse und Intelligenz in der BRD und in Ungarn*“ die Veröffentlichung eines Studienbandes vorbereitet, der in ungarisch und deutsch 1980 in Ungarn und der BRD erscheinen wird.

Zwischen dem griechischen *KME (Zentrum für Marxistische Forschung)*, Athen, und dem IG entwickelten sich ebenfalls auf der Basis des Material- und Dokumentenaustausches intensive Beziehungen. Über die gemeinsame Arbeit wurde im Jahre 1977 ein Abkommen abgeschlossen. Außer dem gegenseitigen wissenschaftlichen Informationsaustausch bemühen wir uns um die Erweiterung der Beziehungen zu Wissenschaftlergruppen, die im Rahmen der kommunistischen Parteien Großbritanniens, Österreichs und Finnlands tätig sind.

Seit Jahren pflegen wir auch die Beziehungen mit dem *Institut für Sozialforschung (ISF)* an der Universität Frankfurt/Main in der BRD. Wir organisierten den Austausch von Wissenschaftlern und veranstalteten in der BRD und in Ungarn Diskussionen über konkrete Fragen wie Frauenprobleme, über die Beziehung von gesellschaftlichen Verhältnissen und gesellschaftlichem Bewußtsein, über die Beziehungen von Effektivität, Gesellschaft und Wirtschaft sowie über Fragen der Lohnsysteme. Im vergangenen Jahre wurden ebenfalls Beziehungen zu dem *Stichting Instituut voor Politiek en Sociaal Onderzoek*, Amsterdam, und zur *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn, hergestellt. Im Entwicklungszu-

stand befindet sich gegenwärtig noch die Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Instituten der sozialistischen Parteien Belgiens und Finnlands.

Wir sind daran interessiert, unsere internationalen Beziehungen und Kooperationen im Zusammenhang mit der Thematik unserer Forschungen zu entwickeln und alles zu unterstützen und zu fördern, was diesen Prozeß voranbringt.

Das Institut für Internationale Arbeiterbewegung (IMRD), Moskau

J. Emeljanow

1. Grundrichtungen der Forschung; — 2. Internationale Verbindungen und Zusammenarbeit; — 3. Die Zeitschrift „Die Arbeiterklasse und die heutige Welt“.

Das Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau (in der Abkürzung IMRD nach den Anfangsbuchstaben in russisch — institut meshdunarodnogo rabotschego dwishenija) wurde 1966 als wissenschaftliche Einrichtung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gegründet. Direktor des IMRD ist das korrespondierende Mitglied der AdW, Prof. Dr. *Timur T. Timofejew*. Es führt Forschungsarbeiten zu aktuellen Problemen der internationalen Arbeiterbewegung durch und fungiert als Zentrum zur Durchführung derartiger Forschungen in der UdSSR. Die Gründung eines spezialisierten Instituts für Fragen der internationalen Arbeiterbewegung war ein wichtiger Ausdruck des wachsenden Einflusses der Wissenschaftler unseres Landes, die sich mit Fragen der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigen, und der wachsenden Aktivitäten der Arbeiterbewegung selbst.

Besonders in den letzten beiden Jahrzehnten erhielten Studien über die Geschichte und die gegenwärtige Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Sowjetunion einen breiteren Rahmen. Sie umfassen immer weitere Bereiche ihrer sozialen und politischen Aktivitäten. Der Umfang der Quellen erweiterte sich wesentlich, und die Forschungsmethoden wurden weiterentwickelt. In den 60er und 70er Jahren wurde die Erforschung der internationalen Arbeiterbewegung in der UdSSR ein selbständiger Zweig der Gesellschaftswissenschaft.

Die Erforschung der Probleme der internationalen Arbeiterbewegung hat interdisziplinären Charakter und wird durch die kollektiven Anstrengungen von Historikern, Philosophen, Ökonomen, Soziologen und Juristen verwirklicht.

1. Grundrichtungen der Forschung

Die wissenschaftliche Tätigkeit des IMRD verwirklicht sich im Zusammenhang und im Rahmen der bestätigten Pläne der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Forschungsarbeit, die durch das Kollektiv der an ihrer Verwirklichung arbeitenden Wissenschaftler aufgestellt und durch den *Wissenschaftlichen Rat des Instituts* bestätigt werden.

Es gibt heute im IMRD folgende Grundrichtungen der wissenschaftlichen Forschung:

- theoretische und ideologisch-politische Probleme der Arbeiterbewegung;
- neue Erscheinungen in der Arbeiterbewegung kapitalistischer Länder;
- die Entwicklung der Arbeiterklasse der sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution;
- Probleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Die Resultate der laufenden wissenschaftlichen Arbeit des Instituts dienen der Vorbe-

reitung grundlegender Arbeiten zu verschiedenen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung.

Bei der Erforschung der theoretischen und ideologisch-politischen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung nimmt die Untersuchung der aktuellen Probleme der Entwicklung des revolutionären Weltprozesses und der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einen wichtigen Platz ein.

Eine Reihe wichtiger Untersuchungen war Problemen der Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet. Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ist zweifellos die Geschichte des beharrlichen Kampfes und angespannter Schlachten auf dem Wege zu einer neuen Gesellschaft. Die bis heute erreichten wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Fortschritte der Menschheit sind ebenso zweifellos mit dem Prozeß des Wachstums der Arbeiterklasse und dem Massencharakter ihrer Bewegung verbunden. Im Verlaufe einer Reihe von Jahren fand die wissenschaftliche Verallgemeinerung der weltweiten Erfahrungen der Arbeiterbewegung die besondere Aufmerksamkeit des Institutskollektivs. So gestatten z. B. erst grundlegende historisch-theoretische Untersuchungen, die hauptsächlichlichen Veränderungen und Tendenzen darzustellen, die in der heutigen Welt stattfinden. Eine solche grundlegende Arbeit ist das siebenbändige Werk *„Internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie“*. Erschienen sind bisher die ersten drei Bände.

Das Grundanliegen dieser Arbeit war die Schaffung eines hinreichend vollständigen Bildes der sozialökonomischen und ideologisch-politischen Entwicklung der Arbeiterklasse, ihres Heranreifens zur führenden Kraft der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Es bestand auch darin, vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung als Ganzes jene Ereignisse und Probleme folgerichtig wiederzugeben, die in unmittelbarer Beziehung zur Arbeiterklasse stehen, und am konkreten Material ihre wachsende Rolle als Faktor der Sicherung des sozialen Fortschritts der Menschheit zu zeigen.

Der erste Band umfaßt die Periode von der Geburt des Vorproletariats bis zur Pariser Kommune 1871. Weitgespannt ist auch der geographische Rahmen des Werkes. Vom Standpunkt der Autoren gibt es eine Arbeiterklasse nicht nur in Westeuropa und Nordamerika, wo die Arbeiterbewegung früher und intensiver begann. Die Studie schließt vielmehr auch die Länder Osteuropas, Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ein. In diesem Band werden Verallgemeinerungen über Gesetzmäßigkeiten, Tendenzen und Besonderheiten dieser wichtigen Periode des Entstehens der internationalen Arbeiterbewegung getroffen.

Werden im ersten Band die Geburt, Entstehung und die ersten Etappen der internationalen Arbeiterbewegung gezeigt, so beleuchtet der zweite Band die Entwicklung dieser Bewegung auf einer höheren Entwicklungsetappe mit neuen qualitativen Kennzeichen. Es handelt sich um die Periode 1871 bis 1904. Es werden in diesem Band sowohl die wesentlichen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten dargestellt als auch die Besonderheiten des Kampfes in einzelnen Ländern.

Für den dritten Band ist die Revolution 1905 bis 1907 in Rußland der Ausgangspunkt. Daran zeigt sich, daß sich in der Weltgeschichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts mächtige revolutionäre Schlachten entfalten, die durch die Arbeiterklasse geführt werden. Es wird in diesem Band den grundlegenden Ereignissen der internationalen Arbeiterbewegung bis 1917 nachgegangen.

Ein Grundzug unserer Zeit ist heute die Verbreiterung der Maßstäbe und die Beschleunigung

nigung des Tempos der revolutionären Weltprozesse. Eine Reihe theoretischer Studien von Wissenschaftlern des Instituts befaßt sich mit der Analyse der zeitgenössischen Arbeiterklasse, mit Besonderheiten der Entwicklung der Arbeiterklasse unter Bedingungen der Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Erweiterung der Maßstäbe der revolutionär-demokratischen Bewegung.

Die Arbeiten der Wissenschaftler des Instituts zur Erforschung der Arbeiterbewegung kapitalistischer Länder widerspiegeln die Wirksamkeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus bei der Zuspitzung sozialer Probleme der Werktätigen und die Besonderheiten der Beteiligung der Arbeiter am politischen Leben. Eine besondere Bedeutung besitzt das Studium der Probleme des Kampfes für die Einheit der Arbeiterbewegung und aller antimonopolistischen Kräfte. Bei der Erforschung der Arbeiterbewegung hat die Analyse der Sozialstruktur der modernen kapitalistischen Gesellschaft eine besondere Bedeutung. Die Arbeiten des Instituts analysieren den wachsenden Umfang der Arbeiterklasse und ihre Rolle in der Gesellschaftsstruktur sowie auf der Grundlage der Sozialstruktur kapitalistischer Länder die verschiedenen Konzeptionen der Differenzierung der Gesellschaft.

Entwicklung und Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordern die Untersuchung ihrer Auswirkungen auf die unterschiedlichen Gesellschaftsschichten. In vielen IMRD-Arbeiten werden Niveau und Maßstäbe der Verbreitung der Automation und anderer Formen der wissenschaftlich-technischen Revolution, ihrer Folgen für die Berufs- und Qualifikationsstruktur und die gesellschaftspolitische Aktivität der Arbeiterklasse betrachtet. Eine Reihe von Monographien analysiert mit den Veränderungen der ökonomischen Existenzbedingungen der Werktätigen verschiedener Länder verbundene Fragen, sie betrachtet die Veränderungen in Struktur und Dynamik der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Löhne sowie die Bewegung für demokratische Kontrolle in der Produktion in Westeuropa usw. Ebenfalls erschienen Studien zu solchen Aspekten der internationalen Arbeiterbewegung wie den ausländischen Arbeitern als untrennbarer Bestandteil des westeuropäischen Proletariats.

Als neue Erscheinung der letzten Jahre kann in den kapitalistischen Ländern die wachsende Aktivität der internationalen Monopole angesehen werden. Deshalb widmet das IMRD der Erforschung der Probleme der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen imperialistischer Integration und der aktiven Tätigkeit transnationaler Monopole große Aufmerksamkeit.

Die Erforschung der konkreten Mechanismen, über die die Veränderungen der Sozialstruktur ihren Ausdruck im sozialpsychologischen und politischen Niveau finden, das Studium der Geschichte, der nationalen und gesellschaftlichen Traditionen, die Analyse des politischen Verhaltens der Werktätigen der entwickelten kapitalistischen Länder sind Gegenstand jener Arbeiten, die sich mit den konkreten politischen und sozialen Problemen der USA, Japans, der BRD, Frankreichs, Englands, Italiens usw. befassen.

Große Aufmerksamkeit widmet das IMRD den komplizierten sozialen Prozessen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Der Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse, ihrer Einbeziehung in das ökonomische und gesellschaftspolitische Leben findet in einer Vielzahl von Arbeiten wissenschaftlicher Mitarbeiter des IMRD seine Widerspiegelung.

Einige Arbeiten des Instituts beschäftigen sich mit den spezifischen Kampfformen der Arbeiterklasse. Auf der Grundlage problemorientiert-historischer Methoden wurden z. B. Streiks analysiert. Die Klärung von Problemen der Massenbewegung der Arbeiter ist

auf spezifische Weise mit der Erforschung ihrer Beteiligung am politischen Leben verbunden. Das Gewicht des politischen Kampfes der Arbeiterklasse der folgenden Entwicklungsstufen in dieser wichtigen Sphäre bestimmt die Nationalgeschichte ihrer politischen Partei. In den letzten Jahren erschien eine große Zahl von Monographien und Artikeln, die sich mit verschiedenen Etappen der ideologisch-politischen und organisatorischen Entwicklung der Partei der Arbeiterklasse befaßten.

Die Entwicklung der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder, die zur Mehrheit der Bevölkerung wurde, stellt sich auch als Herausbildung neuer Kräfte dar, die den weiteren Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft sichern. Das Begreifen dieser Erscheinungen in all ihrer Kompliziertheit ist eine unabdingbare Voraussetzung wissenschaftlich begründeter Sozialpolitik. Für die Gesellschaftswissenschaft unseres Landes ist die Erforschung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der politischen Entwicklung und im wirtschaftlichen Leben der UdSSR in der Etappe des reifen Sozialismus und des Übergangs von sozialistischen zu kommunistischen Verhältnissen und Beziehungen eine wichtige Aufgabe. Dies trifft ebenfalls zu auf die Fragen des Wohlstands- und Kulturniveaus der Werktätigen, der Entwicklung der Lebensweise und der Festigung der neuen historischen Menschengemeinschaft — des Sowjetvolkes.

Einige IMRD-Arbeiten fußen unmittelbar auf eigenen soziologischen Erhebungen und Untersuchungen. Sie befassen sich mit der Rolle und dem Platz der Arbeiterklasse in der sozialökonomischen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, mit verschiedenen Aspekten der sozialen Entwicklung der Arbeiterklasse, mit dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf den Arbeitsinhalt und mit der sozialen Orientierung der Arbeiter. Besondere Aufmerksamkeit fanden Untersuchungen zu Fragen der Entwicklung der jungen Generation, zu Problemen der beruflichen und sozialen Orientierung der jungen Generation der Arbeiterklasse.

Wichtige Arbeiten des IMRD beschäftigen sich auch mit der Erforschung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Auf der Basis von Tatsachen- und Dokumentenmaterial erfolgt die Analyse der Besonderheiten der Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung verschiedener Regionen und Länder der Erde, von Problemen und Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung. Besondere Beachtung findet dabei die Rolle der Gewerkschaften im Kampf für Frieden, Abrüstung und die Lösung der globalen Probleme, die vor der Menschheit stehen.

Das IMRD gibt die Serie „*Bibliothek der Arbeiterbewegung*“ heraus, in der Arbeiten bekannter Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung veröffentlicht werden. Die aktuellen Probleme der kommunistischen und Arbeiterbewegung werden in dem Jahrbuch des IMRD „*Internationale Arbeiterbewegung*“ behandelt, das sich in der UdSSR und in den sozialistischen Bruderländern wachsender Popularität erfreut. In den verschiedenen Ausgaben dieses wissenschaftlichen Nachschlagewerkes sind Übersichten über die kommunistische und Arbeiterbewegung der meisten Länder der Erde enthalten. Ebenfalls enthält jede Ausgabe analytisch orientierte Aufsätze, die grundlegende Aspekte der Lage und des Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung untersuchen.

Viele IMRD-Arbeiten wurden in Fremdsprachen übersetzt und erschienen im Ausland. Sie erfreuten sich einer hohen Wertschätzung in der sowjetischen Parteipresse und in der Presse von Bruderparteien, die diese Arbeiten für ihre eigene praktische Arbeit benutzten. Die Forschungsarbeit und ihre Ergebnisse drücken sich jedoch nicht nur in Monographien und anderen wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus, sondern auch in Empfeh-

lungen und Ratschlägen des IMRD, die in Zeitungsartikeln sowie in Beiträgen zu wissenschaftlichen Konferenzen und Zusammenkünften gegeben werden.

Eine wachsende Zahl wissenschaftlicher Studien des Instituts wird in engem Kontakt mit dem materiellen Produktionsprozeß realisiert. Erfolgreich konnten die Auswertungen soziologischer Erhebungen und Untersuchungen in Großbetrieben der Industrie der Sowjetunion abgeschlossen werden.

2. Internationale Verbindungen und Zusammenarbeit des IMRD

Als internationales Zentrum zur Erforschung der Arbeiterbewegung spielt das IMRD eine beachtliche Rolle. Besonders aktiv gestalten sich die Verbindungen und die Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen sozialistischer Länder, und zwar sowohl im multilateralen Rahmen der *Problemkommission* der Akademien der Wissenschaften „*Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß*“ als auch auf bilateraler Grundlage.

In den vergangenen Jahren führten Wissenschaftler sozialistischer Länder u. a. wissenschaftliche Untersuchungen zu folgenden Problemkomplexen gemeinsam durch: Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Weltproletariats und der Klassenkampf; Probleme der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern; die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaftsstruktur; die werktätige Jugend; soziale Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution; die Entwicklung der Arbeiterklasse in den Ländern des sozialistischen Weltsystems; die Arbeiterklasse im Kampf um einen Entwicklungsweg zur Befreiung des Landes.

Die Arbeit der *Problemkommission* realisiert sich auf der Grundlage und im Rahmen der Fünfjahrpläne ihrer Teilnehmer. Im Rahmen und auf der Grundlage dieser Pläne erarbeiteten und publizierten IMRD-Wissenschaftler und Wissenschaftler aus anderen sozialistischen Ländern grundlegende Arbeiten zu aktuellen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung. Im Rahmen der *Problemkommission* wurde u. a. die internationale empirische Vergleichsuntersuchung „*Lebenswege und -perspektiven der Jugend in der sozialistischen Gesellschaft*“ realisiert, und zwar auf der Basis eines gemeinsamen methodologischen Vorgehens. Seit 1977 gibt die *Problemkommission* das Jahrbuch „*Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß*“ heraus.

Das IMRD betätigt sich aktiv im Rahmen internationaler wissenschaftlicher Vereinigungen sowie an internationalen wissenschaftlichen Kongressen und Konferenzen. Es ist Teilnehmer an der Arbeit der *Internationalen Vereinigung der Institute und Gesellschaften für die Geschichte und die sozialen Probleme der Arbeiterbewegung*. Es beteiligt sich ebenfalls an den Aktivitäten der *Unterkommission zur Erforschung der Probleme der Arbeit*, die im Rahmen der ständigen *sowjetisch-amerikanischen Kommission für die Beziehungen zwischen der AdW der UdSSR und dem Amerikanischen Rat Wissenschaftlicher Gesellschaften* gebildet wurde. In den letzten Jahren galt die Aufmerksamkeit des Instituts auch der Produktion und Herausgabe gemeinsamer Arbeiten mit Wissenschaftlern kapitalistischer Länder.

3. Die Zeitschrift „Die Arbeiterklasse und die heutige Welt“

Diese wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Zeitschrift erscheint z. Z. zweimonatlich in einer Auflage von 14 000 Exemplaren. Sie wird von einem Redaktionskollegium geleitet. Chefredakteur ist Prof. Dr. A. I. Sobolew. Ihr Gegenstand sind theoretische Probleme des revolutionären Weltprozesses sowie die wachsende gesellschaftspolitische Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Als Organ des IMRD stützt sie sich jedoch nicht nur auf den Mitarbeiterstab dieses Instituts, sondern sie verfügt innerhalb und außerhalb der Grenzen der UdSSR über einen breiten Mitarbeiterkreis, und zwar von Wissenschaftlern, Mitarbeitern der verschiedensten wissenschaftlichen Forschungsinstitute, Professoren und Lehrkräften an Hochschulen, Parteiarbeitern, Gewerkschaftsaktivisten usw. Auf ihren Seiten kommen regelmäßig auch leitende Persönlichkeiten der internationalen kommunistischen Bewegung und marxistische Wissenschaftler des Auslandes zu Wort. Einen breiten Raum nimmt die Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder ein sowie der Kampf der Arbeiterklasse in den verschiedenen Regionen und Ländern der kapitalistischen Welt. Einen festen Platz haben auch Konjunkturübersichten über Lage und Kampf der Arbeiterklasse entwickelter kapitalistischer Länder und über Streikkämpfe des Proletariats in der kapitalistischen Welt. Diese Übersichten werden in den Sektoren und Abteilungen des IMRD erarbeitet. Als Grundlage benutzt werden dabei vor allem die verschiedensten statistischen Nachschlagewerke.

In der Erarbeitung der aktuellen Probleme der gegenwärtigen internationalen Arbeiterbewegung läßt sich die Zeitschrift von der welthistorischen Bedeutung der Innen- und Außenpolitik der KPdSU und der kommunistischen Bruderparteien leiten. Deshalb wird in den Beiträgen und Materialien der Zeitschrift die Rolle des realen Sozialismus in der UdSSR und in einer Reihe anderer Länder für die weltweite Befreiungsbewegung unterstrichen.

In der Zeitschrift werden systematisch auch Dokumente von Arbeiter- und revolutionär-demokratischen Parteien veröffentlicht. In der Rubrik „Wissenschaftliches Leben“ findet der Leser Berichte über eine Vielzahl wissenschaftlicher Konferenzen, Sessionen, Symposien, die in der UdSSR oder im Ausland stattfanden.

IMSF – 1980

Publikationen und Konferenzen, Seminare, Vortragsveranstaltungen des IMSF

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Der Berichtszeitraum deckt sich nicht ganz mit dem Kalenderjahr 1980; er umfaßt die Jahrbuchperiode 1980 von Oktober 1979 bis Oktober 1980.)

I. Publikationen

1. Theorie und Methode, Bd. 3: Demographie — Einführung in die marxistische Bevölkerungswissenschaft. Mit Beiträgen von A. Donda, E. Hofsten, P. Khatbari, A. Ja. Kvasa, K. Lungwitz, M. u. M. Macura, E. Magvas, V. M. Medkov, Z. Pavlik, E. Strohbach, E. Szabady, D. I. Valentej, A. G. Visnevskij und N. V. Zvereva. Hrsg. IMSF, 215 Seiten, DM 15,—
2. Theorie und Methode, Bd. 4: Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute. Beiträge zur marxistischen Diskussion um Wert und Gebrauchswert der Arbeitskraft. Mit Beiträgen aus der UdSSR, der DDR und Frankreich. Hrsg. IMSF, 204 Seiten, DM 15,—
3. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 9: Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? Materialien zu den offenen und verdeckten Rüstungs- und Militärausgaben im Bundeshaushalt — Kosten des Bonner Atomprogramms — Verfasser: Eberhard Dähne, 218 Seiten, DM 17,—
4. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 10: Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus und Sozialismus (am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen). Referate eines gemeinsamen Seminars des Instituts für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus, Warschau, und des IMSF, Frankfurt/M.; ca. 250 Seiten, DM 15,—
5. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 11: Arbeiterklasse und Intelligenz in der BRD und in Ungarn. Überarbeitete und ergänzte Materialien eines Rundtischgesprächs mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften des ZK der USAP, Budapest, ca. 200 Seiten, DM 15,—
6. IMSF-Informationsbericht, Bedingungen und Faktoren der Entwicklung politischen Klassenbewußtseins (Arbeitstitel). Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über junge Mitglieder der DKP, Verfasser: Dirk Hämisch
7. Edgar Gärtner, Arbeiterklasse und Ökologie, 271 Seiten, DM 13,50. (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)
8. Neokolonialismus der BRD und antiimperialistischer Befreiungskampf, Materialien eines gemeinsamen Kolloquiums des IMSF und des Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB), Marburg, mit Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien sowie nationaler Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. 119 Seiten, DM 7,50 (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)

9. *Josef Schleifstein*, Die „Sozialfaschismus“-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund. 94 Seiten, DM 6,50 (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)
10. DGB wohin? Dokumente zur Programmdiskussion. Eingeleitet und kommentiert von *Frank Deppe*. Erweiterte Neuauflage, Hrsg. IMSF, 326 Seiten, DM 14,— (Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt/M.)
11. *Anna Glaasmer, Thomas Steinberg* u. a., Angestelltenrationalisierung und Gegenwehr, Heft 15 der Nachrichten-Reihe, 96 Seiten, DM 5,— (Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt/M.)
12. *Gert Hautsch*, Arbeitszeitverkürzung. Diskussionen, Forderungen, Kämpfe, Heft 16 der Nachrichten-Reihe, 96 Seiten, DM 5,— (Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt/M.)
13. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF — Heft 7: Stahlstreik und Tarifrunde 78/79. Verfasser *G. Hautsch, B. Semmler*. 112 Seiten, DM 5,—
14. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF — Heft 8: Arbeitskampf an neuen Fronten. Zu den Aktionen und Streiks im Bereich der GTB, HBV, GEW und RFFU 1979. Verfasser: Autorenkollektiv. 124 Seiten, DM 5,—
15. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF — Heft 9: Rückkehr zur Sozialpartnerschaft? Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Aktionen 1979/80. Verfasser: Autorenkollektiv. 120 Seiten. DM 5,—
16. *Jörg Goldberg, Bernd Semmler*, Der starke Mann des Kapitals. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F. J. Strauß, 191 Seiten, DM 8,— (Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln)
17. Handbuch für Arbeiter und Angestellte. Zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis. Erarbeitet und herausgegeben vom IMSF, 4. völlig neu überarbeitete Auflage, ca. 400 Seiten (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)
18. Technik — Umwelt — Zukunft. Eine marxistische Diskussion über Technologieentwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die „Grünen“. Materialien der Tagung „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen“, veranstaltet vom IMSF am 29./30. März 1980 in Frankfurt/M., Taschenbuch im Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., 1980, ca. 300 Seiten
19. Der staatsmonopolistische Kapitalismus der BRD in Daten und Fakten — Materialsammlung — Hrsg. IMSF
20. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus*. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt/M.), vier Ausgaben

II. Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen

1. Gemeinsames Seminar mit dem Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus, Warschau, in Frankfurt/M. am 22. und 23. Oktober 1979 zum Thema „Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus und Sozialismus“ am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.
Materialien des Seminars: Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 10, Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus und Sozialismus, ca. 250 Seiten, DM 15,—
Seminarberichte: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Nr. 1/1980 mit gleichem Titel; Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF 3, 1980
2. Rundtischgespräch im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP, Budapest, vom 19. bis 23. November 1979, über Probleme der Sozialstrukturanalyse in der BRD und in Ungarn.
 Überarbeitete und ergänzte *Materialien* des Rundtischgesprächs: Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 11, Arbeiterklasse und Intelligenz in der BRD und in Ungarn, ca. 200 Seiten, DM 15,—
3. Vortragsveranstaltungen, gemeinsam mit dem MSB Spartakus, in Bielefeld, Münster, Hannover und Oldenburg vom 27. bis 30. November 1979. Referenten: *Heinz Jung*, *Josef Schleifstein*, Thema: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus und seine Kritiker in der BRD“. An den Veranstaltungen nahmen jeweils zwischen 50 und 100 Wissenschaftler und Studenten teil.
4. Vortragsveranstaltungen mit den Autoren des Buches „Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus“ (Berlin/DDR, 1979), in der Zeit zwischen dem 20. und 27. Januar 1980 in Bremen, Marburg und Frankfurt/M. Referenten: Prof. *Werner Paff*, Prof. *Heinz Petrak*, Dr. *Norbert Madloch*, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR.
5. Seminar zu Fragen der Gewerkschaftstheorie heute, Frankfurt/M., 23. Februar 1980, Referenten: Prof. *Frank Deppe*, Marburg, Prof. *Georg Fülberth*, Marburg, *Klaus Pickshaus*/*Gert Hautsch*, IMSF.
Veröffentlichung der Referate und einer Diskussionsübersicht in: Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/M., 1980
Seminarbericht: Marxistische Blätter Nr. 3/1980
6. Wissenschaftliche Tagung des IMSF: „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen“ am 29. und 30. März 1980 in Frankfurt/M. Teilnehmer: 270 Wissenschaftler unterschiedlicher gesellschafts-, natur- und technikkundenschaftlicher Richtungen, sowie Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Gäste aus der UdSSR, DDR und Holland.
 Referenten: *André Leisewitz*: „Entwicklungsrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner gesellschaftlichen Anwendung“, *Josef Schleifstein*: „Marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus“, *Hans Heinz Holz*: „Zur Kritik bürgerlicher Wissenschafts- und Technikideologie“, *Jan Prieue*: „Ressourcenverknappung, ökonomisches Wachstum und technologischer Wandel“, *Edgar Gärtner*: „Ökologie und Umweltkrise in der Bundesrepublik Deutschland“. Korreferate hielten: *Bernhelm Boß*, *Hellmuth Lange*/*Bernd Moldenbauer*, *Thomas Neumann*, *Hermann Bömer* und *Wolfgang Adamczak*.

Tagungsprotokoll: „Technik — Umwelt — Zukunft. Eine marxistische Diskussion über Technologieentwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die ‚Grünen‘“, Taschenbuch im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M.

Tagungsberichte: „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen — Ergebnisse und Probleme einer Tagung des IMSF“, Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/M., 1980; „Marxistische Blätter“, Heft 4/1980 und „Dialektik“, Band 1, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln, 1980.

7. Diskussionsveranstaltung: „Aktuelle Entwicklungstendenzen der Qualifikation und des Wertes der Arbeitskraft der Lohnarbeiter“ am 25. und 26. Oktober 1980 in Frankfurt/M. Teilnehmer: ca. 20—30 Interessenten, die bereits wissenschaftliche Arbeiten zum Diskussionsgegenstand veröffentlicht haben.

Autoren dieses Bandes

Wilma Albrecht, Mannheim, Staatsexamen in Deutsch, Geschichte, Politik; zeitweise Studienrätin z. A., seit 1979 Aufbaustudium Regionalwissenschaft.

Prof. Dr. Wolfgang Artt, Berlin/DDR, geb. 1929, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg, geb. 1943, Professor für Soziologie an der Universität Marburg, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie und soziale Bewegungen Lateinamerikas; außenwirtschaftliche Verflechtung der BRD.

Christoph Butterwege, Bremen, geb. 1951, Dipl.-Sozialwissenschaftler, M. A. (Philosophie); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Sozialdemokratie, marxistische Staatstheorie.

Dr. J. Emeljanow, Moskau, wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Rainer Falk, Marburg, geb. 1952, Dipl.-Soziologe, Doktorand, Mitarbeiter des Antimperialistischen Informationsbulletins (AIB), Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Politische und ökonomische Beziehungen zwischen der BRD und Entwicklungsländern, Neue internationale Wirtschaftsordnung, politische und soziale Bewegungen Afrikas.

Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg, geb. 1939, Professor für wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg; Arbeitsgebiet: Geschichte der Arbeiterbewegung.

Edgar Gärtner, Luxeuil les Bains/Frankreich, geb. 1949, Hydrobiologe, Diplom in angewandter Ökologie; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Umweltpolitik, Entwicklung von Wissenschaft und Technik.

Dr. Jörg Goldberg, Frankfurt/Main, geb. 1943, Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Krisentheorie, Analyse der Wirtschaftsentwicklung.

Dirk Hänisch, Duisburg, geb. 1954, Student der Sozialwissenschaften; Arbeitsgebiete: Bewußtseinsforschung, Jugendsoziologie und empirische Sozialforschung.

Prof. Dr. Tibor Halay, Budapest, Wirtschaftswissenschaftler, stellvertretender Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP.

Dr. Frigga Haug, Hamburg, geb. 1937, Soziologin, habilitiert für das Fach Sozialpsychologie; Mitherausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift „Das Argument“; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg; Leiterin des Projekts Automation und Qualifikation.

Gert Hautsch, Frankfurt/Main, geb. 1944, Dipl.-Volkswirt, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, ökonomischer Probleme und Prozesse der BRD.

Dr. Johannes Heinrich von Heiseler, Dierdorf, geb. 1938, Soziologe, Mitarbeiter des IMSF, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiet: Probleme der Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins.

Michael Knieriem, Wuppertal, geb. 1943, Studium der Geschichte und Pädagogik, seit 1971 Leiter des Friedrich-Engels-Hauses Wuppertal.

Dr. habil. Friedrich Kröll, Nürnberg, geb. 1945, Soziologe, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Literatur- und Kultursoziologie, Biographie-Forschung.

Dr. Richard Wolfgang Kumpf, Wuppertal, geb. 1922, promoviert in Philosophie, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Marx-Engels-Stiftung e. V. und Leiter des Marx-Engels-Zentrums, Wuppertal.

Prof. Dr. Erich Kundel, Berlin/DDR, Leiter der Marx-Engels-Abteilung am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin; Sekretär der Redaktionskommission der MEGA.

André Leisewitz, Frankfurt/Main, geb. 1947, Dipl.-Biologe, Doktorand, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Wissenschaftsgeschichte, Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Dr. Kaspar Maase, Bad Vilbel, geb. 1946, Lektor und Mitarbeiter des IMSF, Veröffentlichungen zur Kultur- und Freizeittheorie, Kultur- und Freizeitpolitik; Arbeitsgebiete: Kulturpolitik, Lebensweise der Lohnarbeiter in der BRD.

Prof. Dr. Alexander I. Malysch, Moskau, Leiter der Marx-Engels-Abteilung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Sekretär der Redaktionskommission der MEGA.

Roger Martelli, Paris, Mitarbeiter der Zeitschrift „La Pensée“.

Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie, Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus, soziale Bewegungen.

Klaus Pickshaus, Frankfurt/Main, geb. 1949, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, Gewerkschaftstheorie.

Klaus Priester, Frankfurt/Main, geb. 1952, Dipl.-Soziologe, wiss. Assistent, Mitarbeiter an Projekten des IMSF, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Arbeitsbedingungen, Medizinsoziologie, Sozialpolitik.

Witich Roßmann, Marburg, geb. 1951, Politikwissenschaftler, Doktorand; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, Gewerkschaftstheorie.

Dr. Winfried Schwarz, Frankfurt/Main, geb. 1948, Dipl.-Soziologe, Mitarbeiter des IMSF, Veröffentlichungen über Struktur- und Entwicklungsgeschichte der Marx'schen politischen Ökonomie; Arbeitsgebiet: Marxistische politische Ökonomie.

Dr. Angelina Sörgel, Bremen, geb. 1948, Diplom-Ökonom, Lehrbeauftragte an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik, Monopoltheorie, Bilanzanalyse.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 26—42

Edgar Gärtner

Zur Diskussion über ein ökologisches Gesamtkonzept in der BRD

Die Ankündigung eines „Aktionsprogramms Ökologie“ als Grundlage einer höheren Phase der Umweltpolitik in der BRD, die in der Ergänzung des bisherigen „medialen“ Herangehens durch eine umfassende ökologische Betrachtung bestehen soll, wird untersucht auf dem Hintergrund der Geschichte des Umweltprogramms von 1971 und der Nichtrealisierung der dort als zentrales umweltpolitisches Instrumentarium entwickelten „marktwirtschaftlichen“ Auslegung des Verursacherprinzips. In der BRD wurde der Umweltschutz immer dem Interesse der Festigung der Monopolherrschaft untergeordnet. Seit der Rezession von 1974/75 werden die Umweltschutzaufwendungen über das „Gemeinlastprinzip“ konjunkturpolitisch instrumentalisiert. Die Unterordnung der Umweltpolitik unter die Wirtschaftspolitik wird in den 80er Jahren noch verstärkt werden, sofern die Bevölkerungsmehrheit keine antimonopolistische Auslegung des Verursacherprinzips durchsetzen kann.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 43—58

Frigga Haug

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Qualifikationsentwicklung

Der Aufsatz ist eine Replik auf den Beitrag von Lothar Peter in „Marxistische Studien“, Jahrbuch des IMSF 2/1979. Der dort vorgeschlagene Begriff des „kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ wird problematisiert, in seinen Konsequenzen überprüft und ein Festhalten am Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution vorgeschlagen. Dabei wird der Ansatz des Projekts Automation und Qualifikation, von den Produktivkräften als revolutionärer Basis der Produktionsweise auszugehen und von daher die veränderten Bedingungen im Klassenkampf zu studieren, expliziert. Im Anschluß wird zur Überprüfung der Arbeitsweise des Projekts ein Auszug aus seiner empirischen Arbeit vorgestellt. Er gibt zugleich einen konkreten Einblick in die Qualifikationsänderungen und Ausbildungsnotwendigkeiten — hier am Beispiel von Meßwarten.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 59—65

Lothar Peter

Produktivkraftentwicklung, Automation und gesellschaftliche Veränderung. Bemerkungen zur Polemik von Frigga Haug

Der Verfasser geht auf die Charakterisierung der Beziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und die Entwicklung der Produktivkräfte in unserem Jahrhundert ein. Er setzt sich nachdrücklich für die Verwendung des Terminus „kapitalistisch bestimmter wissenschaftlich-technischer Fortschritt“ ein und betont gegen F. Haug die beachtliche Anpassungsfähigkeit kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse im geschichtlichen Prozeß. Nehme man schon für den Kapitalismus eine revolutionäre Umwälzung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit an, müsse die determinierende Rolle der Produktionsverhältnisse übergangen werden. Dementsprechend wendet sich der Verfasser gegen die These vom „Primat der Produktivkräfte“. Er unterstreicht seine schon früher geäußerte Ansicht, daß es für die Arbeiterbewegung erforderlich sei, den Kampf gegen die kapitalistischen Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bis zum Kampf um gesellschaftliche Machtpositionen weiterzutreiben.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 66—86

Klaus Priester

Humanisierung oder Rationalisierung? Zum Forschungsprogramm „Humanisierung der Arbeit“ in der BRD

Der Beitrag zeichnet Inhalte, Ziele und Entwicklung des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ von 1974 nach und analysiert die Praxis der Vergabe von Forschungsprojekten und der Verteilung der Finanzmittel. Es wird gezeigt, daß die Subventionierung technologi-

scher und arbeitsorganisatorischer Rationalisierungsmaßnahmen — vor allem für Großunternehmen — im Mittelpunkt der bisher abgeschlossenen Forschungsvorhaben steht, während die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Abbau von Arbeitsbelastungen der Beschäftigten allenfalls Nebenprodukte sind. Insbesondere die projektübergreifende und -begleitende sozialwissenschaftliche Forschung zur Untersuchung der Folgewirkungen technisch-arbeitsorganisatorischer Veränderungen führt im Rahmen des HdA-Programms bisher ein Schattendasein. Die Perspektiven des HdA-Programms liegen einmal in der Ausweitung der Mitwirkungs-, Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Betriebsräte und betroffene Beschäftigte bereits in der Phase der Projektplanung und -durchführung sowie in der Verzahnung des HdA-Programms mit anderen staatlichen Technologieförderungsprogrammen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 87—97

Georg Fülberth

Zur historischen Entwicklung der marxistischen Gewerkschaftstheorie

Der Verfasser geht dem Problem der Kontinuität der Einschätzung der Gewerkschaften durch die marxistische Arbeiterbewegung nach. Dabei beginnt er mit der Funktionsbestimmung durch Marx. Er stellt heraus, daß Marx und Engels erst unter dem Eindruck der Erfahrungen des Klassenkampfes in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Herausarbeitung der Unterschiede zwischen Partei und Gewerkschaft veranlaßt sind. Er untersucht diese Frage unter dem Gesichtspunkt von Spontaneität/Massenerfahrung — Bewußtheit/Strategiebildung. Dieser Frage geht der Verfasser auch im Partei- und Gewerkschaftskonzept von W. I. Lenin nach. Dabei geht er auch auf einige heute in der Polemik entstellend interpretierte Aussagen Lenins ein. Er vertritt die Auffassung, daß Gewerkschaften in durchkapitalisierten Gesellschaften heute prinzipiell ein höheres Maß an Strategiebildungspotenz zukommt als in früheren Perioden. In der Bestimmung des Verhältnisses Arbeiterpartei — Gewerkschaften ergeben sich nach dem 1. Weltkrieg gegenüber der klassischen Fassung modifizierende Momente, denen die revolutionäre Arbeiterbewegung erst über eine längere Periode gerecht zu werden vermag. Es handelt sich zum einen um die relative historische Stabilität integrationistischer Strömungen in der Arbeiterbewegung und um die Entstehung faschistischer Massenbewegungen. Unter diesem Blickwinkel wird auch die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik dargestellt. Im Durchschlagen ideologischer und politischer Segmentierung bzw. Teilerfahrungen auf die Orientierung und Strategie der KPD sieht der Verfasser die wesentliche Grundlage in der Folge selbstkritisch bereinigter Fehler.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 98—117

Gert Hautsch / Klaus Pickshaus

Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft — Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute

Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das auf einem Seminar des IMSF zur marxistischen Gewerkschaftstheorie am 23. 2. 1980 in Frankfurt/Main gehalten wurde. Der Beitrag versteht sich in großen Teilen als ein Anknüpfen und kritisches Erörtern einiger von F. Deppe in seinem Buch (Autonomie und Integration) vorgelegten Thesen. Er geht aber auch auf weitere aktuelle gewerkschaftstheoretische Publikationen ein. In einem ersten Abschnitt wird für eine präzisere Bestimmung des Autonomie-Begriffs von der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit aus votiert, d. h. die Wechselwirkung parteipolitischer und gewerkschaftlicher Formationen wird besonders betont. Der enge Zusammenhang innergewerkschaftlicher Kräfteverhältnisse mit denen auf der parteipolitischen Ebene wird in einem zweiten Abschnitt für die Realisierung von Einheit und Autonomie der Gewerkschaftsbewegung untersucht. Unter dem Blickwinkel einer spezifischen Ausformulierung der Politik in den Gewerkschaften, die durch die unmittelbare Nähe zu den Klasseninteressen geprägt ist, werden in weiteren Teilen die Bedeutung von gewerkschaftspolitischen Strömungen, insbesondere der reformistischen Richtung, und die Notwendigkeit der Vereinheitlichung in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung behandelt.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 127—148

Dirk Hänisch

Entwicklungsbedingungen und Faktoren politischen Klassenbewußtseins — Ergebnisse einer empirischen Studie über junge Mitglieder in der DKP

In diesem Beitrag, der sich auf Ergebnisse einer größeren empirischen Studie des IMSF stützt, werden einige Aspekte der Bedingungen politischer Sozialisation und Organisationsbereitschaft Jugendlicher, die sich in der DKP organisierten, vorgestellt. Soziales Profil dieser Jugendlichen und ihre soziale und politische Herkunft, die

Bedeutung der Einflüsse des Elternhauses und der Freunde bzw. des sozialen Umfeldes für die Herausbildung des politischen Interesses stehen neben der Frage, welche Rolle den Aktionserfahrungen für die Entwicklung des sozialistischen Klassenbewußtseins zukommt, im Vordergrund. Ergebnisse anderer Untersuchungen und Vergleichsdaten der Bevölkerung werden, soweit möglich, in die Betrachtung einbezogen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 149—171

Kaspar Maase

Zwischen „Verbürgerlichung“ und „Klasse für sich“. Ansätze zur Untersuchung von Lebensweise und Kultur der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik

Der Artikel setzt sich mit Analysen und Einschätzungen zur Lebensweise der Arbeiterklasse auseinander, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik veröffentlicht wurden. Im Mittelpunkt stehen die Thesen einer „Verbürgerlichung“ der Lebensweise der Lohnarbeiter. Dagegen vertritt der Autor, daß der Begriff nur für ideologische Prozesse sinnvoll ist; Fragen einer isoliert-privaten Lebensführung, des „Privatismus“, sind unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um die Hegemonie in der Lebensweise der Lohnarbeiter zu untersuchen. Besonders wichtig scheint der Zusammenhang zwischen Lebensweise und Aktivierung für interessenvertretendes Handeln; die Entwicklung neuer Formen von Arbeiteröffentlichkeit scheint dafür ein wichtiges Vermittlungsglied. Eine Auffassung der Lebensweise der Lohnarbeiter als Produkt der Kapitalbewegung wird vorgeschlagen, um gegenwärtige Prozesse angemessen historisch einschätzen und beeinflussen zu können.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 172—190

Friedhelm Kröll

Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse

Der Beitrag versteht sich als Einstieg in eine zukünftige materialistische Vereinsforschung. Er versucht einen Überblick über den Stand der Vereinsforschung in der BRD zu geben. Es wird zunächst der Frage nach dem in jüngster Zeit wieder gewachsenen Interesse der Sozialforschung an der Vereinsproblematik nachgegangen. Weiter wird eine skizzenartige Einordnung kultursoziologischer Vereinsforschung in eine theoretische Konzeption der Lebensweise der Arbeiterklasse versucht. Im Hauptteil werden in einem ersten Abschnitt, nach Sachkomplexen geordnet, wichtige Publikationen der Vereinsforschung in der BRD vorgestellt. In einem zweiten Abschnitt werden einige Ergebnisse der Vereinsforschung, die besondere Relevanz für die Frage nach der Rolle der Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse besitzen, referiert.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 191—218

Dieter Boris/Rainer Falk

Modernisierung und internationale Arbeitsteilung. Staatsmonopolistische Struktur- und Modernisierungspolitik und fortschreitender Internationalisierungsprozeß

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts geht der Frage nach, in welchem Ausmaß es bisher zur Durchsetzung neuer Elemente in der Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungsländern gekommen ist. Im Mittelpunkt steht vor allem die Wechselwirkung zwischen staatsmonopolistischer Struktur- und Modernisierungspolitik, internationaler Expansion des westdeutschen Monopolkapitals und weltwirtschaftlichen Strukturwandelprozessen. An Hand der Import/Export-Beziehungen, der westdeutschen Direktinvestitionen und der Entwicklung von Auslandsproduktion und Auslandsbeschäftigung wird der Durchsetzungsgrad der „neuen“ internationalen Arbeitsteilung dargestellt. Schließlich werden Widersprüche, Grenzen und mögliche Konsequenzen des staatsmonopolistischen Struktur- und Modernisierungskonzepts benannt.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 219—238

Wilma Albrecht

Zum Investitionsmechanismus der staatsmonopolistischen Regionalpolitik in der BRD

Nach einer knappen Darlegung der Hauptetappen der Entwicklung der Regionalpolitik in der BRD und ihrer wesentlichen Inhalte und Formen untersucht der Beitrag die Investitionsförderungsprogramme als die Hauptinstrumente der Regionalpolitik. Dabei finden die derzeit gültigen und wirksamen gesetzlichen Grundlagen besondere Aufmerksamkeit, darunter vor allem die Programme auf der Grundlage der ‚Gemeinschaftsaufgabe‘. Wirtschaftspolitisch sieht der Beitrag die Regionalpolitik gegenwärtig der ‚Modernisierungsstrategie‘ unterge-

ordnet, wobei für die jüngste Periode das Wirksamwerden der ‚privatmonopolistischen Entwicklungsvariante‘ des SMK zu konstatieren sei. Trotz beachtlicher durch den Staat per gezielter Programme und allgemeiner Maßnahmen umverteilter Mittel sei die Regionalpolitik ihrer gesetzlich fixierten Aufgabe, der Beseitigung regionaler Disproportionen, nicht gerecht geworden. Hauptgrund ist die Unverbindlichkeit dieser Maßnahmen für das Investitionsverhalten (und die Arbeitsplatzeffekte) des Privatkapitals. Eine ‚Erfolgskontrolle‘ bestehe nicht. In einem Exkurs wird auf die bürgerliche Standorttheorie eingegangen, die den staatsmonopolistischen Regionalaktivitäten zugrunde liegt. Es wird nachgewiesen, daß in ihr Prämissen wirksam sind, die mit der Wirklichkeit des SMK nicht vereinbar sind, die deshalb die Triebkräfte des Investitionsverhaltens des Privatkapitals auch nur ungenügend erfassen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 239—257

Jörg Goldberg

Neue ökonomische Krisentendenzen im Kapitalismus. Ein Literaturbericht

Der Beitrag untersucht, welche theoretische Reflexion die jüngere ökonomische Entwicklung der BRD bei einigen linken Ökonomen der BRD (u. a. Altvater, Müller/Vogt, K. G. Zinn) gefunden hat. Es geht vor allem um die kritische Analyse ihrer theoretischen Krisen- und Stagnationserklärungen. Der Verfasser verfolgt dabei die grundlegenden Argumentationskomplexe: Profitproduktion, Verteilungsproblem, Monopolisierung, Weltmarkt, strukturelle Disproportionen, Wirtschaftspolitik, ‚lange Wellen‘. Für einen Teil der Autoren werden Inkonsistenzen aufgedeckt, die sich aus ihrer Ablehnung der SMK- und Monopoltheorie ergeben. Die Konzeption der ‚langen Wellen‘ als theoretisches Erklärungsmuster wird vom Verfasser abgelehnt. Der Phasenwechsel müsse im konkret-historischen Kontext untersucht werden.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 258—270

Christoph Butterwege

Monopolgruppen und Staat

Der Verfasser plädiert für eine stärkere Berücksichtigung einer den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprechenden Monopolgruppentheorie. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Rezeption wesentlicher Grundzüge der Monopolgruppentheorie, wie sie von Varga, Kuczynski, Gossweiler, Schröter, Eichholz u. a. ausgearbeitet und auf die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in der Periode 1900—1945 angewendet wurde. Der Verfasser hält die unvermittelte Übernahme des Monopolgruppenkonzepts aus der Weimarer Republik für die BRD nicht für möglich. Er untersucht charakteristische Momente der Beziehung von Ökonomie und Politik in den verschiedenen Entwicklungsetappen der BRD, um damit Grundlagen für die weitere Untersuchung des Umsetzungsmechanismus der Monopolinteressen in staatliche Politik zu schaffen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 271—296

Winfried Schwarz

Der „junge Marx“ in der Literatur 1975—1980.

Bericht über veränderte Interpretationstendenzen

Die Vorherrschaft der in den 50er und 60er Jahren praktizierten Methode der bürgerlichen Marxbeschäftigung, den jungen Marx als Entfremdungsphilosophen gegen den Marxismus auszuspielen, scheint bis auf wenige Ausnahmen vorbei zu sein. Dafür treten seit Mitte der 70er Jahre verstärkt einerseits wieder konservativere Politikwissenschaftler und Theologen auf, die selbst den jungen Marx ablehnen, und andererseits solche neuen Interpreten, die durch die ökonomiekritische Rezeption des Marxismus Anfang der 70er Jahre geprägt worden sind. Wenngleich bei letzteren eine Tendenz zu ökonomischer Überinterpretation der Frühschriften besteht, gehen doch von ihnen sowie von einigen Wissenschaftstheoretikern die interessantesten Impulse aus.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 297—311

Erich Kundel/Alexander Malysch

Wissenschaftliche Ergebnisse und methodologische Erfahrungen aus der MEGA-Arbeit

Bereits die bisherige Arbeit an der MEGA, dem gegenwärtig größten Vorhaben der internationalen Marx-Engels-Forschung, hat den Erkenntnisstand über die Arbeiten der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus erheblich erweitert. Neue Dokumente wurden entdeckt und veröffentlicht, bislang unveröffentlichte Manuskripte publiziert, vorhandene Veröffentlichungen von Fehlern bereinigt und mit Ergänzungen und Erläute-

rungen vom neuesten Forschungsstand aus versehen. Anhand der vier Abteilungen der MEGA — Werke, Artikel, Schriften; „Kapital“ und Vorarbeiten; Briefwechsel; Exzerpte, Notizen, Marginalien — werden sowohl Beispiele neuerer Forschungsergebnisse vorgestellt als auch die wissenschaftlichen Prinzipien der MEGA-Edition dargestellt: Vollständigkeit bei der Veröffentlichung der Materialien, größtmögliche Originaltreue, chronologische Wiedergabe der gesamten Textentwicklung, theoriegeschichtliche und textanalytische Kommentierung.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 312—320

Michael Knieriem

Die Brüder Ermen in Manchester. Biographische Anmerkungen zu Friedrich Engels' Geschäftspartnern

Einer kurzen Schilderung der Anlässe und Umstände des Kontaktes von Friedrich Engels mit Manchester bzw. seiner Reisen, Rückreisen und Aufenthalte, seiner frühen literarischen Tätigkeit und der Kontakte zu Karl Marx folgt die Darstellung der Rolle der Familie Ermen für Engels, der Quellenlage über diesen Kontakt und der Genealogie dieser Familie. Wahrnehmungsgabe und -interesse des Firmengründers Peter Albert Ermen und damit bis zum gewissen Grad die Persönlichkeit, mit der es Engels in Manchester zu tun hatte, erschließen sich aus Briefen von P. A. Ermen an seine Mutter, die abgedruckt und kommentiert sind.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, 1980, S. 321—329

Richard Kumpf

Militärdienst und Studienabsichten des jungen Engels. Zu einigen neuen Dokumenten

Aufgrund erstmals 1979 in Wuppertal veröffentlichter Dokumente ist es dem Autor möglich, den Lebensabschnitt des am 28. 11. 1820 geborenen Friedrich Engels von seinem Schulabgang 1838 bis etwa 1844/45 näher zu beleuchten. Vor dem Hintergrund seines intensiven Wunsches nach einer wissenschaftlichen Universitätsausbildung wird verständlich, weshalb er sich freiwillig zum Militärdienst meldet — damit versucht er, die Absicht des Vaters zu unterlaufen, ihn ins Geschäft zu nehmen —, und zwar nach Berlin — weil ihm dies den Kontakt zur Universität möglich macht. Ansonsten hätte es näher gelegen, einen Standort im Rheinland als Dienort — die Auswahl stand Freiwilligen offen — zu wählen. Die Hospitation an der Berliner Universität verstärkt Engels' Wunsch. Infolge der Abhängigkeit vom Vater — er ist mit 22 noch nicht volljährig — geht er nach Manchester (1842), um seine kaufmännische Ausbildung zu vervollkommen. Nach seiner Rückkehr befreundet er sich 1844 in Paris mit Karl Marx. Damals ist er schon Kommunist. In Behördenberichten von 1845 ist von „kommunistischen Umtriebe(n)“ des jungen Engels die Rede. Offensichtlich wird sein Wunsch nach einem Studium durch die gemeinsame politische und theoretische Arbeit mit Karl Marx in den Hintergrund gedrängt.

Der Anhang enthält Engels betreffende Polizeiakten der Stadt Brüssel vom April/Mai 1845 und ein Auswanderungsgesuch von Engels vom April 1845.

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF

2/1979

Aus dem Inhalt

Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie

Jörg Goldberg

Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen

Winfried Schwarz

Analyse der ökonomischen Stagnationstendenzen (Konferenzbericht)

Heinz Jung

Gesamtkapital – Monopole – Staat

Angelina Sörgel

Monopolisierung und Monopolkommission

Helga Bufe/Jürgen Grumbach

Konzentration und staatliche Finanzierung der Kernenergieindustrie

Hermann Bömer

Regionale Strukturkrisen im SMK und marxistische Raumökonomie

Walter Simon

Unternehmensverbände in der EG

Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft

Eberhard Dähne/Klaus Dieckhoff

Einkommen und individuelle Konsumtion in den siebziger Jahren

Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis

Gert Hautsch/Klaus Pickshaus

Integration und Gewerkschaftsanalyse.

Zur Diskussion einiger gewerkschaftstheoretischer Ansätze

Gert Hautsch/Bernd Semmler

Stahlstreik und Tarifrunde '78/'79.

Lothar Peter

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung

Klaus Priester

Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifkämpfe (Konferenzbericht)

Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse

Josef Schleitstein

Bemerkungen zur Entwicklung der sozialpartnerschaftlichen Ideologie und Praxis

Harald Werner

Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein – zur Bedeutung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein

J. H. von Heiseler

Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse – Bemerkungen zu

theoretischen und methodologischen Fragen

Wissenschaftsentwicklung in der BRD

Klaus Priester

Forschung in der Arbeiterbewegung.

Zur Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI)

Mira Maase

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Ausländische Forschungseinrichtungen

Rob Mlikowski

Die Arbeit des Instituts für Politik und soziale Forschungen (IPSO), Amsterdam

Max Schmidt

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR zu Berlin (IPW)

Augustyn Wajda

Das Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Band 2/1979, 437 Seiten, fester Einband DM 24,-

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF 1/1978

Aus dem Inhalt

Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie

Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD
Christoph Butterwegge, Markt, Plan und Profit. Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung
Wolf-Dietrich Schmidt, Verfassung und Monopole — Aspekte zur antimonopolistischen Diskussion in Westdeutschland 1945—1947

Jörg Goldberg, Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik. Eine Darstellung und Kritik von empirischen Versuchen

Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft

Eberhard Dähne, Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung
Klaus Priester, Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und -belastungen in der Bundesrepublik
Ingeborg Nödlinger, Frauenemanzipation und Wirtschaftskrise in der BRD

Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis

Klaus Pickshaus, Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978

Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse
J. H. v. Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise

Frank Deppe, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD
Klaus Priester, Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein. Bericht über ein Kolloquium des IMSF

Marx-Engels-Forschung

Winfried Schwarz, Der Aufbauplan des „Kapital“, die Konkurrenzformen und die Kritiker der Monopoltheorie

Wissenschaftsentwicklung in der BRD

Kaspar Maase, Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie
Johanna Hund, Das „Institut für sozialwissenschaftliche Forschung“, München

Ausländische Forschungseinrichtungen

S. L. Woronkow, Über die Tätigkeit des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Anna Morre/Walter Michell, Das „Institut für wirtschaftspolitische Studien“ der IKP (CESPE)

IMSF — 1978: Publikationen, Konferenzen, Kolloquien

Band 1/1978, 374 Seiten, fester Einband, DM 24,—

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen
(IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

Theorie und Methode -

Monographien und Sammelbände ausländischer marxistischer Wissenschaftler zu Problemen von Gesellschaft, Ideologie und Wissenschaft

Theorie und Methode I

G. G. Dligenski

Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen
Frankfurt am Main 1978, 252 Seiten, Typoskript, DM 15,—

Aus dem Inhalt: I. Psychologie und Klassenbewußtsein:
II. Bedürfnisse und Massenbewußtsein:
III. Zur Psychologie der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus:

Theorie und Methode II

Bürgerliche Revolutionen.

Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen
Frankfurt am Main 1979, 292 Seiten, Typoskript, DM 15,—

Der Band enthält Beiträge von marxistischen Historikern und Gesellschaftswissenschaftlern aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion. Er knüpft an die in den letzten Jahren sehr lebhaft geführte Diskussion über den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus an und behandelt Fragen des gesamten bürgerlichen Revolutionszyklus in Westeuropa.

Theorie und Methode III

Demographie.

Einführung in die marxistische Bevölkerungswissenschaft

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen,
Frankfurt/M. 1980, 216 Seiten, Typoskript, DM 15,—

Probleme der Bevölkerungsentwicklung spielen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik seit einigen Jahren eine beachtliche Rolle. Entgegen der Bedeutung ihres Gegenstandes ist die Bevölkerungswissenschaft in der Bundesrepublik insgesamt ein wenig entwickelter Wissenschaftszweig und speziell von marxistischer Seite liegen noch kaum Untersuchungen vor. Aufgabe des angezeigten Bandes ist es daher, den Leser in der Bundesrepublik mit einigen theoretischen, methodischen und empirischen Grundproblemen der marxistischen Bevölkerungswissenschaft bekannt zu machen und eigene Forschungen auf diesem Gebiet anzuregen. Die Beiträge stammen von Wissenschaftlern aus der DDR, der UdSSR, aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien sowie aus Schweden.

Theorie und Methode IV

Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute.

Beiträge zur marxistischen Diskussion um Wert und Gebrauchswert der Arbeitskraft

Herausgegeben vom IMSF, 204 Seiten, Typoskript, DM 15,—

Diskussionsbeiträge aus der UdSSR, der DDR und Frankreich

Aus dem Inhalt: Steigender oder sinkender Wert der WareArbeitskraft? — Die Konturen der theoretischen Problematik / Reproduktionstyp, Reallohn, Wert der Ware Arbeitskraft: Erste Zusammenfassung — Repliken — Diskussionsfortsetzung / Zusammenfassung der theoretischen Argumente und Standpunkte (Leipziger Kolloquium 1977) / Aktuelle Diskussionsfelder

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Soziale Bewegungen

Analyse und Dokumentation des IMSF

Redaktionsbeirat:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/Main; Manfred Balder, Wiesbaden; Willi Bleicher, Stuttgart; Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg; Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg; Prof. Dr. Jörg Huffscheid, Bremen; Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen; Dr. Werner Petschick, Frankfurt/Main.

Redaktion:

Gert Hautsch, Dr. J. H. v. Heiseler, Klaus Pickshaus.

Die bisherigen Hefte der Reihe:

1. B. Göther/K. Pickshaus, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, nr 5
2. P. Katzer, Zur Gewerkschaftsjugendbewegung. Probleme und Entwicklung seit Ende der sechziger Jahre, nr 6
3. K. Pickshaus u. a., Tarifbewegungen und Arbeitskämpfe 1976/77, nr 8
4. A. Lenhardt, G. Weiß, Stahlkrise an der Saar. Ein Kampf um Arbeitsplätze, nr 11
5. G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 77, nr 12
6. K. Pickshaus/W. Roßmann, Streik und Aussperrung 78. Hafen-Druck-Metall, nr. 13
7. G. Hautsch/B. Semmler, Stahlstreik und Tarifrunde 78/79
8. Autorenkollektiv, Arbeitskampf an neuen Fronten. Zu den Aktionen und Streiks im Bereich der GTB, HBV, GEW und RFFU 1979
9. Autorenkollektiv, Rückkehr zur Sozialpartnerschaft? Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Aktionen 1979/80

Zur Zielsetzung der Reihe

„Soziale Bewegungen“ analysieren und dokumentieren fortlaufend, d. h. mindestens zweimal jährlich:

- die wichtigsten Ergebnisse der Tarifrunden
- Hintergründe, Verlauf und Erfahrungen von Streikämpfen
- Aktionen gegen negative Rationalisierungsfolgen, Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau
- Probleme der Bewußtseinsentwicklung
- allgemeine Entwicklungstendenzen der Streikentwicklung und der sozialen Beziehungen in der Bundesrepublik
- und ebenfalls demokratische und Bürgerinitiativ-Bewegungen.

Der Dokumentationsteil erhöht den Wert als Nachschlagewerk, der nicht nur im einzelnen Heft, sondern vor allem in der Kontinuität dieser Analysen und Dokumentationen über eine längere Zeit sichtbar wird.

Die Hefte der Reihe Soziale Bewegungen können entweder einzeln oder als Fortsetzungslieferung über den Buchhandel oder direkt vom IMSF bezogen werden. Einzelpreis pro Heft DM 5,—.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, Frankfurt am Main 1

Frank Deppe, Willi Gerns, Heinz Jung (Hrsg.)

Marxismus & Arbeiterbewegung

375 Seiten, Paperback, 19,80 DM

Der Band ist Josef Schleifstein, dem Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), zum 65. Geburtstag gewidmet. Er vereinigt 25 Aufsätze, die von Wissenschaftlern und Politikern aus den verschiedensten Bereichen, wie Hochschule, IMSF, demokratische Organisationen etc., geschrieben wurden.

Die Beiträge behandeln die Schwerpunkte „Geschichte der Arbeiterbewegung“, „Ideologie und Arbeiterklasse“ sowie „Strategie und Taktik des Klassenkampfes heute“. Das Buch vermittelt als Ganzes einen Überblick über die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland während unseres Jahrhunderts.

Im Zentrum steht die Geschichte der Bundesrepublik mit ihren Widersprüchen und Entwicklungstendenzen, mit der vielfältigen Praxis der arbeitenden Menschen zur Durchsetzung ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Interessen. Dazu werden die wesentlichen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung seit der Novemberrevolution in Erinnerung gerufen und ausgewertet.

VERLAG Hedderheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt/Main 50
MARXISTISCHE BLÄTTER

Heinz Jung / Josef Schleifstein

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland

Eine allgemeinverständliche Antwort

280 Seiten, Paperback, 17,— DM

Die Schrift gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird die Entwicklung der SMK-Theorie und ihrer theoretischen Grundlagen sowie ihre Durchsetzung, Verbreitung und Entwicklung in der Bundesrepublik skizziert. Daneben findet sich ein kurzer Abriß des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD und seiner jüngsten Entwicklungstendenzen. Der zweite Teil enthält in einer systematischen Reihenfolge die Auseinandersetzung mit der Kritik an der SMK-Theorie.

„Das Buch ist... ein wesentlicher, interessanter Beitrag zur marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie und zur staatsmonopolistischen Regulierung...“ Es gelingt den Autoren, „die Theorie vom SMK... zu präzisieren und um viele Erkenntnisse zu bereichern sowie simplifizierenden Auffassungen entgegenzuwirken.“ (IPW-Berichte, Berlin, 2/1980)

„... es ist kein besserwisserisches Buch, das hier — allgemeinverständlich, aber nicht anspruchslos — geschrieben worden ist.“ „... ebenso deutlich und überzeugend zeigen sie, wie außerordentlich fruchtbar die konsequente Aufnahme und Weiterentwicklung der von Marx und Engels erarbeiteten Methode und Kategorien der Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Entwicklung ist...“ (DVZ, Düsseldorf, 24. 1. 1980)

Edgar Gärtner

Arbeiterklasse und Ökologie

271 Seiten, Taschenbuch, 13,50 DM

IMSF (Hrsg.)

Technik – Umwelt – Zukunft

Eine marxistische Diskussion über Technologieentwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die „Grünen“

Ca. 190 Seiten, Taschenbuch · Erscheint zur Buchmesse in Frankfurt

VERLAG Hedderheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt/Main 50

MARXISTISCHE BLÄTTER

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



**STAAT UND
MONOPOLE (III)**
AS 36

Stamokap-Theorie. Krisenpolitik.
Nationalisierungsprogramm BRD.
Demokratische Wirtschaftsplanung
Italien. Albers, Goldschmidt, Jung.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



**AKTUALISIERUNG
BRECHTS**
AS 50

Brechts Beitrag zum Marxismus; Litera-
turtheorie; Widerspruchskunst des Vol-
ker Braun. Bearbeitungstechnik, Lehr-
stückpraxis. Biermanns Vertonungen.
Haug, Hermand, Knopf, Wekwerth u.a.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



**ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTS-
POLITIK 2**
AS 52

Adressat, politische Grundlagen der
Memoranden. »Alternative Utopie« oder
»Systemüberwindung«; Konzeption der
CDU/CSU. Nachfrageorientierte Be-
schäftigungspolitik. Finanzierung expan-
siver Staatshaushalte.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Der gewöhnliche Kapitalismus

Frank Niess

Geschichte der Arbeitslosigkeit
Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe:
Ein Kapitel deutscher Sozialgeschichte
250 Seiten, DM 14,80

Jörg Hulferschmid/Herbert Schul (Hrsg.)

Gesellschaft im Konkurs?
Handbuch zur Krise in der BRD
2., erweiterte Auflage, 538 Seiten, DM 16,80

Kurt Bunke (Hrsg.)

Lehrerarbeitslosigkeit
2. Auflage, 140 Seiten, DM 9,80

Brigitte Nauhaus

**Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der
gegenwärtigen Krise**
Hochschulschriften
240 Seiten, DM 28,—

Ulrich Briefs

Arbeiten ohne Sinn und Perspektive?
Zur Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit den
„neuen Technologien“
Ca. 200 Seiten, ca. DM 12,80 (Mai/Juni 1980)

Walter Simon

**Macht und Herrschaft der Unternehmensverbände
BDI, BDA und DIHT**
Im ökonomischen und politischen System der Bundesrepublik
240 Seiten, DM 9,80

Helga Buße/Jürgen Grumbach

Staat und Atomindustrie
Kernenergiepolitik in der BRD
306 Seiten, DM 14,80

Gerhard Kade

Die Bedrohungsängste
Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“
Mit umfangreichem Dokumentenmaterial und Abbildungen
294 Seiten, DM 12,80

Winfried von Bredow

Die Zukunft der Entspannung
210 Seiten, DM 12,80

Soziale Bewegungen

F. Deppa/G. Fülberth/W. Harrer u. a.

**Geschichte der deutschen
Gewerkschaftsbewegung**
2., durchgesehene Auflage, 475 Seiten, DM 12,80

Jörg Berlin (Hrsg.)

Die deutsche Revolution 1918/19
Quellen und Dokumente
Mit zahlreichen Abbildungen und Faksimiles
384 Seiten, DM 12,80

J. v. Freyberg/G. Fülberth u. a. (Hrsg.)

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
2., verbesserte Auflage, 496 Seiten, DM 12,80

Wolfgang Abendroth

**Aufstieg und Krise der
deutschen Sozialdemokratie**
Das Problem der Zweckentfremdung durch die Anpassungsten-
denz an vorgegebene Machtverhältnisse
4., aktualisierte Auflage, 142 Seiten, DM 9,80

Ina Hermes

Gegen Imperialismus und Krieg
Gewerkschaften in der II. Internationale 1889-1914
232 Seiten, DM 14,80

Gerhard Bauß

**Die Studentenbewegung der 60er Jahre in der
Bundesrepublik und Westberlin**
Ein Handbuch
363 Seiten, DM 14,80

Johanna Hund/Christine Praß (Hrsg.)

Die Unbescheldenen
Betriebsrätinnen erzählen
Mit zahlreichen Fotos
134 Seiten, DM 12,80

Winfried Schwamborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer
8., aktualisierte Auflage
160 Seiten, DM 9,80

Jürgen Grumbach (Hrsg.)

Reaktoren und Raketen
Atomare Gefahren und Bürgerprotest
Ca. 220 Seiten, ca. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

L. Peter/P. Raane/W. Petschick

Rationalisierung Auswirkungen - Antworten

180 Seiten, Preis DM 13,— ISBN 3-88367-032-4

nachrichten-reihe 15

Anna Glaesmer/Thomas Steinberg (IMSF)

Angestellten-Rationalisierung und Gegenwehr

96 Seiten, Preis DM 5,— ISBN 3-88367-030-8



Nachrichten-Verlags-GmbH

Glauburgstraße 66 · Telefon (06 11) 599791

Postfach 180372

6000 Frankfurt am Main 1

Kleine Arbeiter bibliothek

Bestellung über den Buchhandel
oder direkt bei
Darnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144
8000 München 40

Der Soldat und die Frau

Max Walter Schulz
(Band 59, 184 Seiten, DM 8,—)

Die Geschichte eines Kriegsgefangenen der Stalingrader Schlacht. — Der Obergefreite Martin Röder, Gutsnecht aus Schlesien, wird als Gefangener einem Leichensuchtrupp zugeteilt, er findet unter den Toten seinen Sohn. Röder begreift, ohne Lebenssinn kann er nicht überleben. In einem zerstörten Dorf, dessen übriggebliebenen Bewohnern er anstelle eines Pferdes zur Arbeit überlassen wird, beginnt für Martin Röder der Weg zu einer neuen Menschwerdung.



Die Jagd nach der Million

Ilf / Petrow
(Band 56, 428 Seiten, DM 9,80)

Der „große Kombinator“ Ostap Bender (dem Leser schon bekannt aus „12 Stühle“ / Darnitz Verlag, DM 9,80) stürzt sich in diesem Buch in neue Abenteuer. Die Väter des „tüchtigen“ Ostap, das Satirikerpaar Ilf / Petrow, hatten ihn zwar schon in den „12 Stühlen“ am Berufsrisiko zugrunde gehen lassen, fanden aber nachher, es sei schade um ihn. So schrieben sie diese neue Betrüger- und Spießbürgerstory, die an Witz und Einfallsreichtum die „12 Stühle“ fast noch übertrifft.



...und ruhig fließet der Rhein

Herausgeber: Jürgen-Peter Stössel
(Band 60, 220 Seiten, DM 8,—)

Geschichten, Gedichte und Berichte zu 30 Jahren Bundesrepublik. U. a. die Autoren: Therese Angeloff, Arnfried Astel, Peter O. Chotjewitz, Franz Josef Degenhardt, Ingeborg Drewitz, Gisela Elsner, Erich Fried, Martin Gregor-Dellin, Margarete Hannsmann, Dietrich Kittner, Ursula Krechel, August Kühn, Roland Lang, Richard Limpert, Peter Maiwald, Angelika Mechtel, Peter Rühmkorf, Erasmus Schöfer, Peter Schütt, Uwe Timm, Uwe Wandrey.

Geschichte der politischen Ökonomie des Marxismus - Leninismus

Anschauungsmaterial 1. Band:

Von Prof. Dr. sc. Günter Fabiunke

336 Seiten, 297 Abbildungen, Pappband, 18,60 DM

Bestellangaben: 675 167 8 / Fabiunke, Gesch. PÖ 1

Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie · Ökonomisch-philosophische Manuskripte · Das Elend der Philosophie · Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie · Zur Kritik der Politischen Ökonomie · DAS KAPITAL

Anschauungsmaterial 2. Band:

Von Prof. Dr. sc. Günter Fabiunke

Etwa 336 Seiten, 204 Abbildungen, Pappband, etwa 18,60 DM

Bestellangaben: 675 245 1 / Fabiunke, Gesch. PÖ 2

Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik · Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland · Die Agrarfrage und die Marxkritiker · Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus · Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht



DDR · 1055 Berlin · Am Friedrichshain 22

Neuerscheinungen



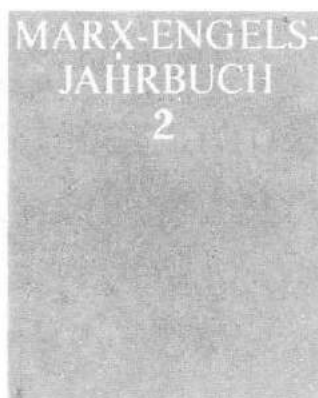
Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA)

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

**Dritte Abteilung · Briefwechsel
Band 2 · Karl Marx/Friedrich Engels
Briefwechsel Mai 1846 bis Dezember
1848**

Text/Apparat · 54, 1209 Seiten
Mit 33 Abbildungen sowie
Zeichnungen von Friedrich Engels
Kunstleder im Schuber · 135,- M
Best.-Nr.: 7449008
Bestellwort: MEGA, 3. Abt., Bd. 2

In etwa 300 Briefen – darunter die im Anhang zum großen Teil erstmals veröffentlichten Briefe an Marx und Engels – werden neue Angaben über die Tätigkeit von Marx und Engels als Führer des Brüsseler Kommunistischen Korrespondenz-Komitees, über ihre führende Rolle in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“, über ihre Bemühungen um die Schaffung und Festigung des Bundes der Kommunisten und über das Wirken der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vermittelt.



Marx-Engels-Jahrbuch

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Band 2
420 Seiten · Kunstleder · 38,- M
Best.-Nr.: 7368646
Bestellwort: M/E, Jahrbuch 2

Aus dem Inhalt:

Artikel: Die Bedeutung des „Anti-Dühring“ für den Kampf um die weltanschaulichen Grundlagen des Proletariats. Die Entwicklung der ökonomischen Lehre des Marxismus im „Anti-Dühring“. Marx und Engels über die historische Mission der Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Marx-Engels-Verfälschung. Der Variantenapparat der MEGA. Zur Herausbildung der Marxschen Lehre von der produktiven und unproduktiven Arbeit von 1857 bis 1863. Die Verbreitung des „Anti-Dühring“ in Rußland, Edgar von Westphalen. **Dokumente und Materialien:** Zur Entstehungsgeschichte des „Anti-Dühring“ (Unveröffentlichte Briefe von Wilhelm Liebknecht und Hermann Ramm an Karl Marx und Friedrich Engels). **Rezensionen:** MEGA · Zweite Abteilung. „Das Kapital“ und Vorarbeiten. Band 3, Teil 1 und Band 3, Teil 2 · MEGA · Vierte Abteilung · Exzerpte · Notizen · Marginalien · Band 1.



DIETZ VERLAG BERLIN · DDR-102 Berlin, Wallstraße 76-79



Dokumente zur deutschen Geschichte 1905–1909

Herausgegeben und bearbeitet von Dieter Fricke
141 Seiten, 142 mm × 200 mm, Broschur.

4,80 M, Ausland 8,- M
Bestellnummer: 570 390 6
Kurzwort: Dokumente 1905–1909

In der Reihe „Dokumente zur deutschen Geschichte“ werden zeitgenössische Quellen über die Entwicklung des imperialistischen Deutschlands vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1945 veröffentlicht. In der für weite Leserkreise bestimmten Dokumentenauswahl finden wichtige Vorgänge und Ereignisse in allen gesellschaftlichen Bereichen Berücksichtigung.

Dieser Band enthält Dokumente aus den Jahren 1905–1909, in denen Deutschland unter dem Einfluß der Revolution 1905/07 in Rußland stand. Sie vermitteln eine Vorstellung von den Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten und Revisionisten über die Lehren der Revolution und ihre Auswirkungen, die zu neuen Strömungen in der Arbeiterbewegung führten. Sie weisen nach, daß der sozialdemokratische Parteivorstand immer mehr von opportunistischen Kräften beherrscht wurde und die von den Linken geführte Massenbewegung gegen Kriegspolitik und für demokratische Rechte zu bremsen bemüht war. Außerdem wird sichtbar, daß die Wirtschaftskrise von 1907 bis 1909 zu einer weiteren Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals führte und damit die ökonomische und politische Macht der großen Monopole in Deutschland stärkte.

**Dokumente
zur deutschen
Geschichte**

1905-1909

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

DDR – 108 Berlin, Postfach 1216